

Linda Erker | Michael Rosecker (Hg.)

Antisemitische und rechte Netzwerke in der Zwischenkriegszeit

*Zur Bedeutung informeller Machtstrukturen für die
politische Radikalisierung in Österreich*

Verlag Karl-Renner-Institut, Wien

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber

Karl-Renner-Institut | Karl-Popper-Straße 8 | 1100 Wien
post@renner-institut.at | renner-institut.at

Redaktion und Lektorat

Christine Bobek | Linda Erker | Madhavi Hussajenoff | Michael Rosecker

Grafische Gestaltung

Michael Rosecker

Druck und Herstellungsort

Gutenberg-Werbering Gesellschaft m.b.H. | Anastasius-Grün-Straße 6 | 4020 Linz
office@gutenberg.at | gutenberg.at

Bildnachweis

Archiv des Österreichischen Alpenvereins | Archiv des Österreichischen Gebirgsvereins | Archiv der Universität Wien | Deutsches Bundesarchiv | Karl-Renner-Museum | Österreichischer Cartellverband | Österreichische Nationalbibliothek | Sammlung Stefan Eminger | Wiener Stadt- und Landesarchiv

ISBN: 978-3-85464-045-5

Inhaltsverzeichnis

Doris Bures	7
Zum Geleit	
Linda Erker Michael Rosecker	9
Antisemitische und politische Netzwerke in der Zwischenkriegszeit. Zur Bedeutung informeller Machtstrukturen für die Radikalisierung in Österreich	
Harald Katzmaier	19
Wut, Hass und Geheimnis in den Netzwerken der autoritären Macht. Ein Blick der Sozialen Netzwerkforschung auf das Thema dieses Bandes	
Andreas Huber	31
Kornblume und Hakenkreuz. Die Mitglieder des Deutschen Klubs 1908 bis 1939	
Klaus Taschwer	53
Vereinszweck: Bekämpfung des Judentums. Zur Frühgeschichte des Antisemitenbundes 1919 bis 1921	
Florian Wenninger	75
„Eine krankhafte Erscheinung [...] im Programm der sonst so tüchtigen und vortrefflichen Christlichsozialen Partei.“ Antisemitismus im Politischen Katholizismus vom Fin de Siècle bis zum Austrofaschismus	
Stephan Roth	105
„Politische Bestrebungen liegen dem CV fern.“ Der CV/ÖCV in der Zwischenkriegszeit	
Stefan Eminger	123
Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Katholisch-Deutschnationale in Bund Neuland und Cartellverband	

Robert Obermair	145
Oswald Menghin. Eine Karriere im Zentrum schwarz-brauner Beziehungsgeflechte	
Kamila Staudigl-Ciechowicz	163
Zur Universität Wien als Cliques-Schnittpunkt. Am Beispiel der Disziplinarfälle Josef Bayer und Stephan Brassloff	
Ilse Reiter-Zatloukal	187
Antisemitische Vernetzungen von Juristen in der Zwischenkriegszeit. Eine Spurensuche	
Péter Techet	227
Hans Kelsen als Zielscheibe. Antisemitismus im Kontext der rechts- wissenschaftlichen Debatten der Ersten Republik	
Tobias Röck	243
Der Nachrichtendienst der österreichischen NSDAP-Landesleitung (1933-1935): Antidemokratische Netzwerke als Nährboden illegaler nationalsozialistischer Betätigung in Österreich	
Gunnar Mertz	261
Der Alpenverein und die illegale NSDAP in Österreich 1933 bis 1938. Ein Nährboden nationalsozialistischer Agitation	
Tano Bojankin	279
Das Netzwerk des Mandl-Konzerns. Unterwanderung und Destabilisierung demokratischer Staaten durch einen Rüstungskonzern	
Florian Ruttner	297
Die „völkerverbindende Kraft des Antisemitismus“. Hans Krebs und ein Versuch der internationalen Netzwerkbildung	
Autor:innen	317
Personenverzeichnis	321

Doris Bures

Zum Geleit

In Österreich stellte Antisemitismus ein tiefverankertes und weitverbreitetes Phänomen dar, lange bevor der Nationalsozialismus politisch an Boden gewann und schließlich an die Macht kam. Schon in der Habsburgermonarchie, in der sich west- und osteuropäische Traditionen des christlichen Antisemitismus mit „modernen“ biologistischen und populistischen Formen des Antisemitismus verbanden, entwickelte er eine große Wirkmächtigkeit. Erst recht mit der demokratischen politischen Massenmobilisierung und schrittweisen Etablierung der massenmedialen Informationsflüsse Ende des 19. Jahrhunderts entfaltete er völlig seine destruktive Kraft. Als skrupellos eingesetztes Mittel der populistischen Propaganda, weltanschaulichen Identitätsbildung und mobilisierenden Feindbildkonstruktion, zum Beispiel bei Georg von Schönerer oder Karl Lueger, wurde er zentraler Bestandteil der politischen Auseinandersetzung. Mit der Ausrufung der Republik und der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts gehörte er schließlich zum politischen Grundton der Zwischenkriegszeit in Österreich.

Um der Brisanz des Themas und den vielschichtigen Ausformungen des Phänomens gerecht zu werden, ist die wissenschaftliche Aufarbeitung von großer Bedeutung. Ebenso ist es auch heute politisch relevant, sich mit dem Spannungsfeld einer generellen Politik der Feindkonstruktion, gesellschaftlichen Spaltung, Ausgrenzung und Diskriminierung auseinanderzusetzen. Die weitreichenden Folgen solch einer politischen Kultur - die Shoah als Vertreibung und schließlich systematische Ermordung der jüdischen Gemeinschaften im Machtbereich NS-Deutschlands während des Zweiten Weltkriegs - sind im Sinne historischer Verantwortung aufzuarbeiten. Sie sind aber auch als Mahnung an die krisengebeutelte politische Gegenwart zu verstehen, wie verletzlich demokratische Gesellschaften, Menschenrechte und friedliches Zusammenleben sein können.

Ich danke den Initiator:innen der wissenschaftlichen Tagung „Antisemitische und politische Netzwerke in der Zwischenkriegszeit“, dem Karl-Renner-Institut und dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, die es

ermöglichten, dass hier neue wissenschaftliche Arbeiten und Erkenntnisse vorgestellt und öffentlich diskutiert werden konnten. Dass daraus dieser Tagungsband entstand und somit die Forschungs- und Diskussionsergebnisse breit zugänglich macht, ist besonders erfreulich. Ins Besondere möchte ich allen Vortragenden und Autor:innen danken, die bereit waren, hier mit- und zusammenzuarbeiten. Solch ein Zusammenwirken zwischen aktueller Wissenschaft, politischer Erwachsenenbildung und interessierter Öffentlichkeit soll Anreiz für weitere Initiativen dieser Art sein. Es stärkt das historische Verständnis, den politischen Sachverstand und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein aller Beteiligten der demokratischen Öffentlichkeit und somit die heute herausgeforderte Demokratie.

Linda Erker | Michael Rosecker

Antisemitische und politische Netzwerke in der Zwischenkriegszeit

*Zur Bedeutung informeller Machtstrukturen für die Radikalisierung
in Österreich*

Zu einer Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der Geschichte Österreichs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehört vor allem die Beschäftigung mit dem Antisemitismus, der tief in die politische Kultur eingeschrieben war. Seine Verankerung in der österreichischen Gesellschaft der Ersten Republik ist vielschichtig und umfassend. Seit dem Mittelalter sind antisemitische Propaganda, Agitation und rechtliche Diskriminierungen von Jüdinnen und Juden nachzuweisen. Im 19. Jahrhundert kam hinzu, dass die Habsburgermonarchie, im Zentrum Europas gelegen, allen geistigen Strömungen der Zeit ausgesetzt war. Sie wurde so zu einem Brennpunkt der damit verbundenen Innovationen und Konflikte. Das betraf auch die Bedeutung und Formen des Antisemitismus. Von katholischer Kirche und christlicher Volksfrömmigkeit traditionell gepflegter religiöser Antijudaismus verband sich mit „modernem“ pseudowissenschaftlich-rassistischem Antisemitismus. Eigenständige Formen des Judenhasses trafen auf west- und osteuropäische Einflüsse. Gemeinsam machten sie die österreichische Variante zu einer der ausgeprägtesten in West- und Zentraleuropa - lange vor Adolf Hitlers Machtübernahme in Deutschland 1933.¹ Verschärft wurde diese Tatsache dadurch, dass die Modernisierung Österreich-Ungarns durch Industrialisierung, Verwissenschaftlichung/Technisierung des Daseins, neue Ideologien und soziale Emanzipationsbestrebungen verspätet und somit „sprunghaft“ einsetzte. Konflikte zwischen traditionellen und „modernen“ Vorstellungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft intensivierten sich. Gefühle der Orientierungslosigkeit und Zukunftsängste wurden unter anderem auch von Politikern mit Antisemitismus bedient und dieser selbst gegen die Veränderungen instrumentalisiert. Von vielen Institutionen (Kirchen, Parteien, Vereinen etc.) und deren Führungspersonal wurde er gepflegt und tief eingeschrieben in alltägliche Rituale und die politische Kultur.

1 Bruce Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, 20.

Hinzukam, dass dem Antisemitismus im habsburgischen Vielvölkerstaat eine spezifische politische Identifikationsrolle von Teilen der politischen Eliten zukam. In deutschnationalen Kreisen und den schlagenden Burschenschaften der Donaumonarchie wurde der völkisch-rassistisch begründete Antisemitismus nach dem Zerfall der alten liberalen Honoratiorenparteien ab den 1870er-Jahren dominantes politisches Element. Er wurde nach der Gründung des (klein)deutschen Nationalstaats (Deutsches Kaiserreich) im Jahr 1871 - ohne die „Deutschen“ der österreichisch-ungarischen Monarchie - in diesen Milieus zentrales Identifikationsmerkmal und Grundorientierung. Vor allem durch die Agitation der Alldeutschen Bewegung Georg Heinrich (von) Schönerers wurden alte liberale Ideen durch den aggressiven Antisemitismus verdrängt. Die Vorstellung einer „nationalen Volksgemeinschaft“, die auf „rassenbiologischer“ Zugehörigkeit beruhe, wurde dominierend. Ebenso Vorstellungen, der Antisemitismus sei ein „Brückenbauer“ zwischen den bürgerlichen Parteien, wurden seit den 1890er-Jahren von christlichsozialen, katholisch-nationalen, deutschnationalen und später nationalsozialistischen Politikern bemüht; nicht zuletzt auch von Karl Lueger. Er selbst nutze das antisemitische Ressentiment als weltanschaulich-emotionales Bindeglied zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen seiner von ihm gegründeten Christlichsozialen Partei. Im Slogan „Antisemiten vereinigt euch!“ erkannte er den weltanschaulichen Kitt und das politische Werkzeug zur Schaffung bürgerlicher politischer Kooperation: „Die Christlichsozialen werden nationales Wasser in ihren Wein gießen und die Deutschnationalen christliches Wasser in ihren Wein gießen und beides wird sich ausgleichen.“²

Die politische Wirksamkeit und Mobilisierungskraft des Antisemitismus wurden im Ersten Weltkrieg verschärft und gewannen mit der Republikgründung und der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts 1918 an Dynamik. Das antisemitische Ressentiment wurde als agitatorisches Massenmobilisierungsinstrument für neue Schichten von Wähler:innen und als „nationales“ Abgrenzungswerkzeug in der umstrittenen und schwankenden Identitätsbildung des neuen Staates verwendet und kultiviert. Als Produkt des Krieges war die junge Republik vielen Krisen und Spannungen ausgesetzt. Sie wurde von vielen als ein „Zwergstaat“ ohne nationale Identität und als eine wirtschaftlich nicht überlebensfähige „Zwergenwirtschaft“ empfunden. Es konnten kaum gemeinsame Vorstellungen über die Eigenschaften und Ziele des neuen Staates entwickelt werden und die politische Landschaft blieb fragmentiert. Somit entstand keine „politische Kultur“³, die in der Lage

2 Zit. n. Andrew G. Whiteside, Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet, Graz-Wien-Köln 1981, 133.

3 Anton Pelinka, Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918-1938, Wien 2017.

gewesen wäre, Konflikte demokratisch auszutragen, haltbare Kompromisse zu finden und die schweren Nachkriegskrisen zu meistern. Dies beförderte die Entwicklung einer weitgehenden Polarisierung der Gesellschaft und einer an Feindbildern ausgerichteten Politik.

Die Erste Republik war ebenso geprägt von verdeckten elitären Machtstrukturen. Auf vielfältige Weise sollten demokratische Prozesse unterlaufen, wirtschaftliche Interessen bedient, persönliche Bereicherung ermöglicht und schließlich republikanische Institutionen unterwandert und/oder delegitimiert werden. Diese ökonomisch und politisch motivierten Machtnetzwerke von Männern nahmen auf vielfältige Weise Einfluss auf politische Entwicklungen in den 1920er-Jahren und waren in den 1930er-Jahren maßgeblich an der nationalsozialistischen Unterwanderung Österreichs beteiligt. Alles in allem wurde das Einsickern des Antisemitismus so endgültig als Mittel und Zweck in alle Bereiche der Gesellschaft (Politik, Wirtschaft, Religion, Kultur und Wissenschaft) befördert und dieser wurde ein zentrales soziales und politisches Phänomen, das dem Nationalsozialismus den Weg ebnete.

Diese verdeckten Netzwerke bildeten sich aber nicht nur in der österreichischen Parteienlandschaft ab, sondern manifestierten sich vor allem in Verbänden, Vereinen und Klubs, die etwa auch bei Postenbesetzungen intervenierten oder im Hintergrund in politischen Gerichtsprozessen eine Rolle spielten. Zentrale weltanschauliche Klammer war dabei der politische Antisemitismus, der über Parteigrenzen hinweg die Rhetorik prägte. Hatten sich die historiografischen Blicke auf die Erste Republik bisher allzu sehr auf politische Parteien, Institutionen und große Persönlichkeiten gerichtet, so gerieten in den letzten Jahren auch - zum Teil geheime - Netzwerke stärker in den Fokus, so auch in diesem Band.

Die hier vorgelegten Beiträge fassen die Ergebnisse der Tagung „Antisemitische und politische Netzwerke in der Zwischenkriegszeit. Zur Bedeutung informeller Machtstrukturen für die Radikalisierung in der Ersten Republik“ zusammen, die am 10. Juni 2021 als Kooperation des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien mit dem Karl-Renner-Institut in Wien stattfand. Ziel der Veranstaltung war es, die Rolle eben jener informeller Strukturen in der österreichischen Zwischenkriegszeit und ihre Bedeutung für die zeit-historische Forschung herauszuarbeiten. Männer der politischen Elite nutzten diese Drehscheiben für den Austausch von antidemokratischen und antisemitischen Inhalten, um ihnen gesamtgesellschaftlich zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Vereine und Klubs agierten außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung und waren gerade dadurch Umschlagplätze traditioneller und neuer rechter Ideen. Es waren Orte der Zusammenarbeit von Christlich-sozialen, Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Hier zirkulierten hinter

den Kulissen schon lange vor 1938 bzw. 1933 der Anschlussgedanke und der Wunsch nach dem Ende der Demokratie. Vor allem bemühte man sich in diesen Kreisen - im Sinne früherer Negative Campaignings - ganz gezielt um Diskriminierung der linken, jüdischen oder freimaurerischen Gegner:innen. Dabei waren fast alle Mittel recht: von geheimen Vorsprachen und Interventionen bis hin zu öffentlichen Verleumdungskampagnen und z. B. dem Organisieren antisemitischer Protestaktionen und gewalttätiger Übergriffe.

*Der Deutsche Klub, ein mächtiges rechtes Netzwerk
in der Zwischenkriegszeit*

Der Ausgangspunkt des gemeinsamen Symposiums waren neue Forschungen zum Deutschen Klub, einem kaum erforschten Verein, der von 1908 bis 1939 in Wien bestand. Die Publikation „Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg“ von Andreas Huber, Linda Erker und Klaus Taschwer aus dem Jahr 2020 legte so manches offen, das sich in der Zwischenkriegszeit in Österreich zutrug: Das mächtige rechte Netzwerk des elitären Deutschen Klubs nahm auf vielfältige Weise Einfluss auf politische Entwicklungen in den 1920er-Jahren und war in den 1930er-Jahren maßgeblich an der nationalsozialistischen Unterwanderung Österreichs beteiligt. Nach der Kriegsniederlage 1918 wuchsen sowohl der Einfluss wie auch die Mitgliederzahlen des Klubs. Der Verein, der ab 1923 seinen Sitz im Leopoldinischen Trakt der Hofburg (unter dem heutigen Sitz des Bundespräsidenten) hatte, war der Treffpunkt der rechten, deutschnationalen und antisemitischen Elite Wiens und hatte stets rund 1.000 ausschließlich männliche und „arische“ Mitglieder vor allem aus dem Bildungsbürgertum: höhere Beamte, Universitätsprofessoren, Ärzte, Rechtsanwälte, aber auch Spitzenpolitiker, darunter 18 Minister. Dem Deutschen Klub schlossen sich vor allem jene Teile des Bürgertums an, die von den Sparmaßnahmen nach dem Ersten Weltkrieg besonders betroffen waren: höhere Beamte, pensionierte Offiziere und auch Adelige, deren Titel aberkannt wurden. Sie bestimmten den immer extremeren rechtsnationalistischen, antidemokratischen und antisemitischen Kurs des Vereins mit. Die Studie liefert insbesondere durch die Recherchen von Andreas Huber auch genaue Aufschlüsse über die Sozialstruktur des Vereins - und wie sie sich im Laufe der Jahre wandelte.

Bestimmte Schlüsselereignisse, Entwicklungen aber auch andere Vereine oder Institutionen der 1920er-Jahre erscheinen im Wissen um die Mitglieder des Deutschen Klubs, deren Vernetzung und Aktivitäten in einem neuen Licht: So waren in wichtigen Prozessen - wie jenem gegen die rechten Schattendorf-Attentäter oder gegen den Mörder des jüdischen Schriftstellers Hugo Bettauer - sowohl Anwälte wie auch Staatsanwälte und Richter Mitglieder

des Vereins oder standen ihm nahe. Zudem waren etliche Präsidenten und Mitglieder der Gerichtshöfe sowie nahezu alle Vertreter der frühen NS-Presse in Österreich im Deutschen Klub versammelt. Spätestens mit dem Verbot der NSDAP 1933 wurde der Deutsche Klub ein wichtiger Treffpunkt der NS-Elite bzw. der NS-Sympathisanten in Wien, was zeigt, wie sehr hier bürgerliche Kreise an der nationalsozialistischen Unterwanderung beteiligt waren. Man könnte etwas überspitzt sagen, dass die NSDAP in Österreich weniger eine nationalsozialistische Arbeiter- als eine Akademikerpartei war. Der französische Autor Julien Benda⁴ hat in dem Zusammenhang bereits 1927 von einem „Verrat der Intellektuellen“ geschrieben, die nach dem Ersten Weltkrieg für rassistische und nationalistische Ideen eingetreten seien. In Wien waren diese rechten Intellektuellen, deren Namen man heute kaum mehr kennt, ziemlich vollständig im Deutschen Klub versammelt. Einige der führenden Mitglieder des Deutschen Klubs waren auch in den missglückten Juliputsch und das Attentat auf Engelbert Dollfuß im Sommer 1934 involviert. Dennoch wurde der Verein nur für wenige Wochen gesperrt.

Diese bürgerliche Personengruppe wurde bisher vor allem als „betont Nationale“ oder „katholisch Nationale“ bezeichnet. In Rahmen der Studie wird sie mit dem Begriff „Austro-Nazis“ - analog zu dem der Austromarxisten oder der Austrofaschisten - deutlicher als bisher in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt, zumal sie viele zentrale Inhalte der NS-Ideologie teilte. Nach dem „Anschluss“ 1938 besetzten Mitglieder des Deutschen Klubs zahlreiche Spitzenpositionen. Etliche dieser „Austro-Nazis“ des Deutschen Klubs machten im Nationalsozialismus Karriere. Einige davon waren an NS-Verbrechen mittelbar oder unmittelbar beteiligt. Die Recherchen zeigen dabei eindrücklich, wie fließend die Übergänge zwischen „nationalistisch“ und nationalsozialistisch für die Elite des sogenannten „dritten Lagers“ in den 1930er-Jahren waren - und wie diese Netzwerke in der Zweiten Republik weiterwirkten.

Nach Kriegsende fanden sich die Namen etlicher Vereinsmitglieder auf den Kriegsverbrecherlisten. In Berichten über Volksgerichtsprozesse gegen NS-Täter wurde der Deutsche Klub unter anderem als „Sammelplatz der Hochverräter“ oder als „Zentrale der Naziagitation“ für die Zeit bereits vor 1938 bezeichnet. Die meisten der ehemaligen Klubmitglieder - so sie über-

4 Julien Benda, *Der Verrat der Intellektuellen*. Essay. Aus dem Französischen von Arthur Merin, Mainz 2013. Der Essay *La trahison des clercs* des französischen Philosophen und Schriftstellers Julien Benda (1867-1956) erschien erstmals 1927. In dieser Streitschrift kritisierte er die Intellektuellen seiner Zeit, die sich zu sehr in „politische Leidenschaften“ einließen. Von seiner Kritik waren insbesondere antidemokratisch eingestellte französische Nationalisten, intellektuelle Rechtsextremisten und deutschnationale Gelehrte betroffen, aber auch kommunistische Intellektuelle, die Gewalt als legitimes politisches Mittel gut hießen.

haupt belangt wurden - kamen mit relativ glimpflichen Strafen davon oder wurden rasch begnadigt. 1957 gründeten Erich Führer, Franz Hueber und Karl Anton Rohan - drei ehemalige Klub- und NSDAP-Mitglieder - den Neuen Klub als Nachfolgeverein des Deutschen Klubs. Angesichts der neuen Erkenntnisse über den Deutschen Klub ist es eine offene Frage, ob die Zulassung dieses Vereins nicht in Konflikt mit dem Verbotsgesetz stand. Der Neue Klub, der bis heute in Wien und Salzburg existiert, wurde zu einem Treffpunkt der intellektuellen „Ehemaligen“, erreichte aber nie mehr die politische Bedeutung des Deutschen Klubs.

Antisemitische und politische Vernetzung, kein Einzelfall

Mit dem Wissen um die Geschichte des Klubs, der Vernetzung seiner Mitglieder und deren politischen Ziele wurde eindrücklich gezeigt, wie lohnend es ist, nach der Wirkungsmacht formeller wie auch informeller Netzwerke zu fragen. Die Beiträge in diesem Sammelband bestätigen die Beobachtung, dass insbesondere die Erforschung vieler weiterer klandestiner Machtstrukturen sowie die Verschränkung einzelner Vereins- und Parteigeschichten noch viel Neues zutage fördern kann. Wer kannte wen woher und wo wurden Entscheidungen lobbyiert, getroffen und gleichzeitig nie öffentlich gemacht? Welche Rolle spielten der Antisemitismus und antidemokratische Haltungen der rechten Männer, die sich vor allem gegen die mit der Republikgründung einhergehenden Veränderungen in Staat und Gesellschaft richteten? In welchen Kreisen und Institutionen sowie mit welcher Intention wurden jahrzehntelange Kontinuitäten der Anfeindung von Jüdinnen und Juden weiter forciert und mit welchen Absichten wurden auch neue politische Zweckfreundschaften begründet? Warum kann man mit Fug und Recht feststellen: Die Geschichte des Deutschen Klubs ist auf gewisse Weise kein Einzelfall? Die vorliegende Textsammlung möchte den aktuellen Forschungsstand zu diesen und weiteren Fragen einem breiten Publikum zugänglich machen.

Andreas Huber legt in seinem Text „Kornblume und Hakenkreuz“ eine detaillierte Bestandsaufnahme zur Sozialstruktur und Mitgliederentwicklung des Deutschen Klubs vor. Als Basis seiner kompakten Ausführungen dienen die Mitgliederverzeichnisse des Deutschen Klubs der Jahre 1913, 1919 und 1939, die im Vereinsperiodikum *Mitteilungen des Deutschen Klubs* von 1924 bis 1939 verzeichneten Beitritte und schließlich die Ämter und jeweilige Funktionsdauer von 164 bislang bekannten Vorstandsmitgliedern.

Im darauffolgenden Beitrag „Vereinszweck: Bekämpfung des Judentums“ von Klaus Taschwer wird die Geschichte einer zentralen Massenmobilisierungsorganisation des Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit mit neuen Quellen und Erkenntnissen vorgestellt: der Antisemitenbund. Er diente ab sei-

ner Gründung 1919 nicht nur als Werkzeug der antisemitischen Massenmobilisierung, sondern auch als überparteilicher Brückenschlag zwischen Deutschnationalen und Christlichsozialen. Nach 1945 verdrängt und „vergessen“ rückt der Artikel eine bisher bloß beiläufig beachtete Organisation in den Fokus.

Florian Wenninger folgt mit „Eine krankhafte Erscheinung [...] im Programm der sonst so tüchtigen und vortrefflichen Christlichsozialen Partei“ und zeigt, welche zentrale programmatische und mobilisierende Rolle der Antisemitismus im politischen Katholizismus vom Fin de Siècle bis zum Austrofaschismus einnahm. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, inwieweit sich vor 1933 tatsächlich signifikante Unterschiede zwischen katholischem und völkischem Antisemitismus feststellen lassen.

Stephan Roth skizziert die weltanschauliche Orientierung, die Funktionsweise als akademisches Netzwerk und die unterschiedlichen Strömungen innerhalb des CV/ÖCV von seinen Anfängen bis zur Auflösung nach dem „Anschluss“ 1938. Er stellt dabei u. a. die Verbindungen zum und die Abgrenzungen vom CV/ÖCV zum deutschnationalen und nationalsozialistischen Lager und die damit einhergehenden Auseinandersetzungen innerhalb der katholischen Studentenschaft ins Zentrum.

Mit dem Artikel „Zwischen Kreuz und Hakenkreuz“ ergänzt Stefan Eminger das Bild und beschäftigt sich mit den Katholisch-Nationalen und dem 1921 geschaffenen Bund Neuland. In seinem Beitrag geht es um die jüngere Generation der zeitgenössisch schon „Brückenbauer“ genannten Persönlichkeiten, die an eine Vereinbarkeit von katholischer Kirche und Nationalsozialismus glaubte. Eminger geht der Frage nach den Auswirkungen der politischen Brüche 1933, 1938 und 1945 auf die Überzeugungen und Seilschaften der Aktivisten nach und macht damit auch einen Schritt in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Eine herausstechende Persönlichkeit der „Brückenbauer“, nämlich Oswald Menghin, wird von Robert Obermair näher beleuchtet. Unter dem Titel „Eine Karriere im Zentrum schwarz-brauner Beziehungsgeflechte“ werden die Verstrickung des Prähistorikers, Universitätsprofessors und Rektors an der Universität Wien in antisemitische und politische Netzwerke der Zwischenkriegszeit über die Jahre 1933, 1938 und 1945 hinweg in den Blick genommen. Auch hier wird deutlich, dass diese Schlüsseljahre oftmals nur vermeintliche Zäsuren darstellen.

Kamila Staudigl-Ciechowicz spezifiziert in ihrem Beitrag „Zur Universität Wien als Cliques-Schnittpunkt“ die weitreichende Rolle der antisemitischen Netzwerke in akademischen Gremien anhand der Disziplinarverfahren gegen den Urgeschichtler Josef Bayer und den Rechtswissenschaftler Stephan Brassloff. Die Untersuchung konzentriert sich in erster Linie und beispielhaft

auf die Machenschaften der geheimen Deutschen Gemeinschaft (aufgelöst 1930), deren Ziel es war, akademische Karrieren zu zerstören bzw. den universitären Alltag ihrer Opfer wesentlich zu erschweren.

Im anschließenden Artikel von Ilse Reiter-Zatloukal, „Antisemitische Vernetzungen von Juristen in der Zwischenkriegszeit“, wird gezeigt, wie sehr der Juristenstand sowohl in der Habsburgermonarchie als auch in der Zeit nach 1918 in besonderer und vielfältigster Weise in Beziehung zum Antisemitismus stand. Juristen waren sowohl in gesellschaftspolitisch relevanten Feldern bzw. in politischen Bewegungen aktiv und bekleideten bedeutende Ämter und Positionen. Die Tätigkeitsfelder und Aktionen antisemitischer und deutschnationaler sowie nationalsozialistischer Netzwerke werden minutiös nachgezeichnet.

Péter Tchetet befasst sich im Artikel „Hans Kelsens als Zielscheibe“ mit der heftigen Auseinandersetzung zwischen autoritärem Staats- sowie naturrechtlichem Rechtsdenken und positivistischem Rechtsverständnis. Er beschreibt anhand der Debatten zwischen den Rechtswissenschaftlern Alexander Hold-Ferneck und Ernst Schwind auf der einen und Hans Kelsen auf der anderen Seite eine in der Zwischenkriegszeit politisch relevante theoretische (antisemitisch geführte) Auseinandersetzung über die Grenzen der Universität Wien hinaus: Seien Staat und Recht überzeitliche „Ordnungen“ oder doch Produkt demokratischer Politik?

Einen ganz anderen Fokus legt Tobias Röck. Er zeichnet in seinem Artikel über den Nachrichtendienst der österreichischen NSDAP-Landesleitung Wien von 1933 bis 1935 beispielgebend die Betätigung und Wirkung antidemokratischer illegaler nationalsozialistischer Netzwerke nach. Wie sehr diese Nährboden für die weitreichende Unterwanderung staatlicher Strukturen, insbesondere im Bereich der Judikative wie auch der Exekutive in Form der Sicherheitskräfte waren, wird dabei sicht- und nachvollziehbar. Die treibende Kraft hinter dem Nachrichtendienst war Otto Gustav Wächter, Vorstandsmitglied im Deutschen Klub, seit 1932 SS-Mitglied und einer der führenden und einflussreichsten NSDAP-Funktionäre in Österreich.

Die Unterwanderung von Gesellschaft und Staat durch die NSDAP zeigt ebenso Gunnar Mertz eindrucksvoll am Beispiel des landesweit aktiven Alpenvereins in Österreich. Er beschreibt, wie die strategische und in den einzelnen Sektionen unterschiedlich intensiv betriebene Unterwanderung in drei Phasen erfolgte: Die Entwicklung reichte von der offenen Agitation mit massiver deutscher Unterstützung im Umfeld des Juliputsches 1934 über die konspirative Reorganisation und Kaderschulung bis zur gezielten Nachwuchsförderung zur endgültigen Unterwanderung.

Welche Rolle ein Rüstungskonzern und insbesondere Fritz Mandl als Unternehmerpersönlichkeit bei der Destabilisierung demokratischer Staaten spielen konnte, zeigt Tano Bojankin in seinem Text „Das Netzwerk des Mandl-Konzerns“. Die Hirtenberger Patronenfabrik wurde 1860 im gleichnamigen Ort in Niederösterreich gegründet und wuchs sich zu einem Konzern aus, der ein maßgebliches Netzwerk der illegalen Aufrüstung in der Ersten Republik wurde. Mandl finanzierte die Heimwehr und verfolgte gemeinsam mit Gleichgesinnten wie Waldemar Papst und Ernst Rüdiger Starhemberg einen politischen Umsturzplan, noch bevor sich der Austrofaschismus etablierte.

Auf ein zu wenig beachtetes, global relevantes Thema verweist am Ende des Bandes Florian Ruttner. Er erzählt die Geschichte des Antisemiten und nationalsozialistischen Politikers Hans Krebs und dessen Versuch, „mit der völkerverbindenden Kraft des Antisemitismus“ eine nationalsozialistische Internationale zu gründen. Im Zentrum des Ansinnens stand ein Sammelband mit 22 Beiträgen von antisemitischen Autoren aus 16 verschiedenen Ländern. Krebs verfolgte damit kein geringeres Ziel als die „antisemitischen Führer aller Völker“ zu einem Netzwerk zu verknüpfen.

Danksagungen

Allen Beteiligten, die maßgeblich dafür verantwortlich sind, dass die Tagung und dieser Sammelband zustande kamen, sei von ganzem Herzen gedankt: Den Autor:innen und Vortragenden, die bereit waren, ihre spannenden Forschungsergebnisse öffentlich zu diskutieren und zu publizieren, den Reviewer:innen, die mit wissenschaftlich strengem Blick die Qualität der Inhalte prüften und hohe Standards garantierten und schließlich den Kolleg:innen des Karl-Renner-Instituts, Madhavi Hussajenoff, Christine Bobek und Raoul Facchin, die keine Mühen scheuten, einen reibungslosen Ablauf der Tagung und eine professionelle Entstehung der Publikation zu gewährleisten. Mit viel Herzblut und Hirnschmalz hat kollegiale Teamarbeit aller Beteiligten gezeigt, was die Kombination wissenschaftlicher Arbeit, demokratiepolitischer Erwachsenenbildung und öffentlicher Debatte alles leisten und wie viel Freude sie machen kann.

Harald Katzmaier

Wut, Hass und Geheimnis in den Netzwerken der autoritären Macht

Ein Blick der Sozialen Netzwerkforschung auf das Thema dieses Bandes

Nicht genug für alle? Wer dieser Tage (Sommer 2022) die fortschreitende Eskalation von politischer Polarisierung, geopolitischen militärischen Konflikten, algorithmisch exponentiell entflammtem Hass im Digitalen sowie den globalen Aufstieg antidemokratischer Einstellungen verfolgt, mag immer stärker an die Verwerfungen der Ersten Republik und die Jahre vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erinnert sein. Der Eindruck eines politischen und ökonomischen Systems, das durch Krieg, Inflation und Energiekrise außer Kontrolle zu geraten droht, gekoppelt mit infernal Bildern von brennenden - durch fortschreitende Erderwärmung ausgetrockneten - Landschaften und schmelzenden Gletschern bilden einen dunklen Zukunftshorizont, in dem der Kampf um das nackte Überleben sich als unser aller künftiges Schicksal abzeichnet. Eingeklemmt zwischen der Furcht vor dem Ende-der-Welt (Klimawandel, Atomkrieg, Hungerkrise) und dem Ende-des-Monats (die zu zahlenden Rechnungen) scheinen die Wege in eine für alle Menschen gedeihliche Zukunft verschlossen.

Und es ist exakt diese dunkle psychosoziale Disposition, in der die faschistischen und autoritären Strömungen ihren fruchtbarsten Nährboden finden. Wie der aus Deutschland emigrierte Psychoanalytiker Leo Löwenthal schon 1949 in seiner außergewöhnlichen Analyse der inneramerikanischen Varianten der autoritären Propaganda in den „Prophets of Deceit“¹ zeigte, basiert die autoritäre Agitation auf der manichäischen Konstruktion einer Welt voller missgünstiger Feindseligkeit und tödlicher Gefahren, in der im Malthus'schen Sinne nicht genug Platz und Ressourcen für alle da sind. Aus diesem düsteren Verständnis heraus sei es klar, dass der Mensch sich in seinem Überlebenskampf gegen seine existenziellen Feinde fortwährend zur Wehr setzen muss. Jene, die behaupten würden, es sei genügend für alle da, eine solche Gesellschaft wäre möglich, wären gefährliche, naive und welt-

1 Leo Löwenthal/Norbert Guterman, Prophets of Deceit. A Study of the Techniques of the American Agitator, New York 1949.

fremde Idealisten („Gutmenschen“). Realistisch hingegen ist Knappheit, Krieg, Dominanz und das Recht des Stärkeren, das im Sieg begründet liegt.

Der autoritäre Agitator verspricht nun seiner Gefolgschaft, so Löwenthal, in dieser harten, brutalen, kalten sozialdarwinistischen Welt keineswegs ein Leben in Milch und Honig. Viel mehr lautet sein Angebot, dass jene, die ihm folgen, auf der Seite der überlebenden Sieger stehen werden. Nach dem Sieg über den liberalen, jüdischen, marxistischen Feind würden sie die Rolle als Lagerwärter und nicht die der Insassen einnehmen. Hinter all der Hetze gegen Juden, Marxisten, Bürokraten, Humanisten etc. sei der Grundtenor der faschistischen Rede laut Leo Löwenthal: Wer in einer unbarmherzigen Welt, die niemals allen einen Platz bieten wird, sich der autoritären Ordnung fügt und sich in den Kampf gegen die inneren Feinde einreihet, wird überleben. Alle anderen werden vernichtet oder eingesperrt.

Der Herstellung des autoritären Rappports im Sinne von „Schutz und Gehorsam“² als Quelle der Befehlsmacht über die Menschen setzt die innerpsychologische Wirklichkeit einer angsterfüllten Welt im Chaos voraus, in der der Schutz nur noch durch das Wirken eines autoritären Führers gewährleistet werden kann. Die alte liberale parlamentarisch-demokratische Ordnung kann diesen Schutz, so der autoritäre Agitator in der Analyse von Löwenthal, nicht mehr gewährleisten, sondern im Gegenteil, die alten Eliten würden als Feinde der Bevölkerung diesen aktiv schädigen. Deshalb betreibt die autoritäre Agitation eine Art von inverser Psychoanalyse; es sollen die Spannungen nicht abgebaut, sondern müssen permanent vergrößert, die Gefahr, die von Juden, Marxisten und Sozialschmarotzern ausginge, in immer monströseren und dramatischeren Bildern beschrieben werden. Die Nation stehe vor dem Abgrund. Nur ein genialer, sich aufopfernder Führer könne, indem er die äußersten Maßnahmen ergreife und die Feinde, die für Abstieg, Inflation und Unsicherheit verantwortlich seien, aus dem Weg schaffen, das bedrängte Volk schützen, die Welt vor dem Zusammenbruch wahren und die alte Ordnung mit Ruhm, Selbstwert und Stolz der Nation wiederherstellen.

Die Waffe der Wut

Die autoritäre Propaganda könnte nur wenig massenwirksam sein, wäre die innerpsychische Wirklichkeit, welche die autoritäre Gefolgschaft ermöglicht, völlig von objektiven gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Prozessen entkoppelt. Es war Karl Polanyi, der in einer mehrere Kapitel um-

2 „Der ewige Zusammenhang von Schutz und Gehorsam“ ist bei Carl Schmitt ein Topos, der sich in seinen Schriften bis nach dem Krieg immer wieder findet. Siehe etwa Carl Schmitt, *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*, 4. Aufl., Berlin 1997, 295 und Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, 6. Aufl., Berlin 1996, 53.

fassenden Analyse des Faschismus in der „Great Transformation“³ diesen als eine pathologische Reaktionsbildung auf das gescheiterte „frivolous experiment“⁴ des Globalisierungs- und Liberalisierungsprozesses der 1920er-Jahre beschrieb. Trauma, soziale Beschämung und Abwertungen in einer Welt von Dauerkonkurrenz sowie Verlust von sicheren Bindungen und beständigem Vertrauen, verbunden mit Ungleichverteilung von ökonomischen Gütern und gesellschaftlichem Status verwandeln sich in soziale Wut. Sie ist der sozialpsychologische Rohstoff für Hass und Antisemitismus. Es ist der psychologische Schmerz dieser Wut, den der autoritäre Strategie in den Poren der Lebenswelt seiner Gefolgschaft aufspürt und als Hauptwaffe im Kampf zur Erlangung der eigenen Macht einsetzen wird.

Wie der von den Nazis in jungen Jahren aus Wien vertriebene Psychoanalytiker Otto Kernberg in seinen für das Verständnis von Antisemitismus und Gewalt maßgeblichen Studien⁵ zeigte, liegt die Genese des Hasses in der Wut als Primäraffekt der Aggression. Erlebt jemand sein Verhältnis zur Welt als schmerzhaft, traumatisch und kränkend und dies über einen längeren Zeitraum hinweg, dann kann Hass, wie Kernberg zeigte, eine chronische Disposition der Wut mit der Intention des Zerstörens, der Rache und des sadistischen Unterdrückens des „bösen Objekts“ werden. Wut ist die primäre Reaktion auf diesen verletzenden Angriff auf die eigene Identität und die Kohärenzerfahrung des eigenen In-der-Welt-Seins. In einer Welt, die innerpsychisch immer weniger verstanden und durch fehlende Solidarbeziehungen nicht mehr gemeinsam verarbeitet werden kann. In einem Alltag, dem durch Armut die ökonomischen Mittel zur Bewältigung fehlen und darüber hinaus die eigene Rolle und Existenz als sinnlos und abgewertet erfahren werden, benennt der autoritäre Strategie dem Wütenden Objekte als Ursache seines Leidens. Der „Jude“, der „Marxist“, der „Humanist“ oder die „Klima- und Regenbogenaktivistin“ als Sündenböcke sind geboren.

Chronische Wut, eingebaut in der Objektbeziehung zwischen dem leidenden Subjekt und dem wuterzeugenden Objekt, führt zum Wunsch, das wuterzeugende Objekt zu eliminieren. Zerstöre was dir Schmerz bereitet. Die erste Phase der antisemitischen Aggression unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, wie sie etwa noch im Antisemitenbund⁶ artikuliert wurde, galt noch der Entfernung aus den Verwaltungsinstitutionen, den Universitäten

3 Karl Polanyi, *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*, New York-Toronto 1944.

4 Polanyi, ebd., 19-20.

5 Otto F. Kernberg, *Aggression in Personality Disorders and Perversions*, Yale 1992.

6 Siehe in diesem Band: Klaus Taschwer; Vereinszweck: Bekämpfung des Judentums. Zur Frühgeschichte des Antisemitenbundes 1919 bis 1921.

sowie dem Ruf nach der Ausweisung der „Ostjuden“ aus Wien. Die darauffolgenden Eskalationsstufen in der politischen Transformation von Wut in politische Macht galten jedoch schon der sadistischen Rache, dem Wunsch, dem „bösen Objekt“ Schmerz zuzufügen.

Spätestens mit den Pogromen in den Tagen des „Anschlusses“ im März 1938 schaffte es der autoritäre Strategie, die Beziehung der wütenden Anhängerschaft zur Mitwelt von einer zunächst reaktiven und passiven Rolle fundamental zu transformieren. Das sich als passives Opfer wählende Subjekt bekam „von oben“ den Auftrag und die Genehmigung, als Lynchmob aktiv zu werden. Die Ermächtigung der Massen im Faschismus erfüllte sich in den Pogromen der Nacht des „Anschlusses“ und der „Reichskristallnacht“. Der chronisch wütende und gekränkte Mensch erfährt sich in Mord, Folter und Zerstörung letztendlich als Handelnder der Welt gegenüber. Die Absicht, Kontrolle über den eigenen Schmerz zu erlangen, indem anderen Schmerz zugefügt wird, die jeder Form von Gewalt innewohnende sadistische Perversion als misslingender Selbstheilungsversuch tat auch hier ihr Werk.

Die Macht des Sündenbocks

Die sozialpsychologischen Mechanismen der Herausbildung von Hass und sadistischer Gewalt dürfen jedoch nicht unabhängig von einer allgemeinen Theorie gesellschaftlicher Macht verstanden werden. Wie bereits mehrfach ausgeführt, ist die Transformation von gesellschaftlicher Wut in antisemitische Gewalt Teil einer umfassenden Machtstrategie der Aneignung und Kontrolle gesellschaftlicher und ökonomischer Ressourcen. Um politische Verfügungsgewalt und Hegemonie über Raum (Territorium des Einflusses), Zeit (Kontrolle über Geschwindigkeit von Prozessen) und die Aufmerksamkeit (Kontrolle über Medien und „Frames“) einer Population zu erlangen, benötigt Macht Koordinationsmechanismen zur Ausrichtung und Abstimmung der vorgefundenen Pluralität von widersprüchlichen persönlichen und institutionellen Interessen, Einstellungen und Ressourcen.

In der liberal-demokratischen Version dieser Koordinationsleistung, wie sie Hans Kelsen im „Wesen und Wert der Demokratie“⁷ vorstellte, heißt dies, dass es breite gesellschaftliche und parlamentarische Prozesse der Willensbildung und Aushandlung geben muss, um der Tatsache der „Heteronomie des Willens“ gerecht zu werden und die pluralen Rationalitäten und Interessen durch normative, institutionelle Prozesse zu regulieren. Neben der

7 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen 1929.

Feindsetzung als Essenz des Politischen⁸ war die vollständige Ausschaltung der „Potestas indirecta“⁹, also der Ausschluss von politischen Interessensgruppen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Prozess der politischen Willensbildung zugunsten eines akklamatorischen Führerprinzips, die von Carl Schmitt zum Ausdruck gebrachte autoritäre Gegenposition. Der allgemeine Wille wird nicht wie im Falle der liberalen Demokratie politisch-institutionell zuallererst im inner- wie außerparlamentarischen Prozess konstruiert, sondern wird als im „Volk“ bereits als fertig gegeben vorausgesetzt. Er wird vom autoritären Führer als „Wille des Volks“ artikuliert und qua Akklamation in der Massenveranstaltung „abgenickt“.

Die liberal-demokratische Ordnung überantwortet die Regulation sozialer Komplexität einem institutionellen Verfahren, an dessen Ende die Ambiguität des Kompromisses steht, um ein möglichst hohes Level an organisierter Pluralität zu gewährleisten. Der Autoritarismus hingegen zielt auf die maximale Komplexitätsreduktion und die Umformung aller Vielfalt und Mehrdeutigkeit in hierarchisch-zentralisierte Uniformität und Eindeutigkeit. Während die gesellschaftliche Realitätsprüfung, also die Festlegung dessen, was „Wahrheit“ und „Wirklichkeit“ ist, in einer pluralen Demokratie in ein dezentrales Netzwerk von Wissenschaft, Gerichtsbarkeit, Journalismus, Polizei und Zivilgesellschaft ausgelagert ist¹⁰, integriert und zentralisiert der Autoritarismus diese Realitätssetzung in der Figur des religiösen oder politischen Führers als einzig legitime Instanz der Wahrheitsbestimmung.

Chronischer Hass und Vorurteile erfüllen nun, wie das Autor:innenteam rund um Theodor W. Adorno in seiner „Studie zum Autoritären Charakter“¹¹ gezeigt hat, eine zentrale Aufgabe als Mittel der Reduktion von Komplexität in einer Gruppe. Die psychoanalytische Projektion innerer Ängste, Konflikte und Widersprüche (sowohl innerhalb der Person als auch innerhalb der Gemeinschaft) auf den Sündenbock stabilisiert die Gruppe, ja formt sie gerade erst zu einer psycho-sozialen Einheit. Wie sowohl der Mitbegründer des Faches der Soziologie, Georg Simmel,¹² als auch Fritz Heider als Begründer der netzwerkanalytischen Balancetheorie¹³ zeigten, ist das „Gesetz der Transiti-

8 Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 88 (1927), 1-33.

9 Carl Schmitt, Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes, Hamburg 1938.

10 Jonathan Rauch, The Constitution of Knowledge. A Defense of Truth, Washington DC 2021.

11 Theodor W. Adorno/Else Frenkel-Brunswik/Daniel Levinson/Nevitt Sanford, The Authoritarian Personality, Studies in Prejudice Series, New York 1950.

12 Georg Simmel, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Leipzig 1908.

13 Fritz Heider, The Psychology of Interpersonal Relations, Hoboken 1958.

vität“ ein fundamentales Gesetz sozialer Beziehungen. Je mehr gemeinsame Feindschaften und gemeinsame Objekte des Hasses geteilt werden, desto stabiler und belastbarer wird die Beziehung zwischen zwei Personen. Schon Sigmund Freud verwies im Jahr 1930 im „Unbehagen der Kultur“¹⁴ darauf, dass jede Beziehung einen ambivalenten Charakter aufweist, also von mehr oder weniger bewussten und unbewussten freundschaftlichen und feindlichen Anteilen gekennzeichnet ist. Somit dienen gemeinsame Feindbilder dazu, die inneren Konflikt auslagern und somit beruhigen zu können.

Es benötigt den negativen Dritten (also eine „Triade“) damit eine Zweierbeziehung („Dyade“) ausbalanciert wird. Je mehr Hass in einer Gruppe auf ein gemeinsames Objekt gerichtet wird, desto stabiler wird sie, desto mehr kann sie innere Rivalitäten, Eifersüchte und Stellungskämpfe im Zaum halten. Je widersprüchlicher, ungleicher und konfliktreicher Gruppen und Gesellschaften nach innen organisiert sind, desto mehr sind sie von einem gemeinsamen Feind zur Aufrechterhaltung ihrer inneren Kohärenz abhängig. Die „Negativität kollektiver Verhaltensweisen“¹⁵, wie Georg Simmel sie in einem Exkurs in seiner „Soziologie“ nennt, wird zur Quelle von innerer Stabilität und bildet die Grundlage gemeinsamer Identität. Allerdings bleibt Kontinuität der eigenen Beziehungen dadurch an das Fortbestehen des Objekts des Hasses gekettet, das eigentlich vernichtet werden sollte. Es darf die Vernichtung des bösen Objekts damit niemals vollständig genug sein. Immer wieder von Neuem werden im Verborgenen „die Juden“ und andere übelwollende Feind:innen vermutet. Da der Fortbestand der eigenen Beziehungen von diesem Objekt des Hasses abhängig bleibt, gewinnt es eine enorme Macht über die Gruppe und gewinnt in seiner Größe und Bedeutung im Sinne einer paranoiden Grunddisposition immer mehr an Bedeutung.

Hier schließt auch René Girards anthropologische und religionswissenschaftliche Analyse der Genese von Gewalt¹⁶ an. Er beschrieb, welche Funktion die mimetische Dynamik in einer Gruppe hat und warum aus Sündenböcken später machtvolle „Götter“ werden können. Gesellschaften und Beziehungen, so Girard, sind geprägt von der Konkurrenz um begehrte Werte und knappe Güter und Positionen. Das macht die Konkurrierenden im mimetischen Prinzip zum einen einander immer ähnlicher, da Konkurrent:innen und Feind:innen sich immer stärker imitieren. Zum anderen führt die Konkurrenz ebenso zu einer ständig wachsenden Spannung und „Überhitzung“ der Gesellschaft, weil das gesellschaftliche Band durch die

14 Sigmund Freud, Das Unbehagen in der Kultur, Gesammelte Werke, Bd. 14, Wien 1930, 149-506.

15 Georg Simmel, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Leipzig 1908, 533-534.

16 René Girard, La Violence et le sacré, Paris 1972.

Konkurrenz, die bis in die Bekannt- und Freundschaften hineinreicht, immer angespannter wird und zu reißen droht. Exakt in diesem Moment ist es der gemeinsame Sündenbock, auf den die Aggression und Wut der Gruppe entladen wird und es den in negativen Alltagsbeziehungen befindlichen Gruppenmitgliedern erleichtert, weiterhin nebeneinander und miteinander zu leben. Wenn allerdings der Sündenbock so eine enorme Fähigkeit hatte, für das ganze Elend verantwortlich zu sein, muss er mit einer enormen Macht ausgestattet sein. René Girard sieht hier die religionsgeschichtliche Genese der Vergöttlichung der Opfer aus Sündenbockmorden, wie am Beispiel von Jesus von Nazareth ausgeführt.

Das Geheimnis

Ist die Vergemeinschaftung heterogener Teile einer Gesellschaft unter dem Banner des Hasses wesentliche Technik der Transformation von affektiver Energie in autoritäre Beziehungsstrukturen, so ist die soziologische Rolle „des Geheimnisses“ als „soziales Band“ ein anderer wesentlicher Aspekt für das Verständnis der autoritären Machtarchitektur. Georg Simmels Analysen zu diesem Thema gehören bis heute zu den tiefgründigsten hinsichtlich der struktur- und formgebenden Funktion, die das Geheimnis mit sich bringt.¹⁷ Gelingt es einer Gruppe, so Simmel, vor dem Rest der Gesellschaft die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe als Geheimnis zu verbergen, entsteht eine besondere Wir-Identität, die nicht bloß durch die Macht der Verschwiegenheit eine scharfe Grenzlinie zwischen dem Innen und Außen schafft, sondern darüber hinaus das Gefühl festigt, einer auserwählten Elite anzugehören.

Die Unterwanderung von bestehenden zivilgesellschaftlichen Vereinen und Einrichtungen, in denen sich unter dem Deckmantel gemeinsamer Freizeit-Kultur-Sozialaktivitäten illegale Zellen formierten¹⁸, ist eine typische Strategie von „Covert Networks“. Diese informellen Netzwerke mit illegalen oder kriminellen Zielsetzungen etablieren sich im Schatten eines legalen und meist harmlos wirkenden Vereinszwecks.¹⁹ Das Geheimnis, bekennende:r Nationalsozialist:in und Gegner:in der bestehenden Ordnung zu sein und das Schweigen in der Öffentlichkeit darüber ist neben der Chronifizierung des Hasses formgebend für die Netzwerke des Nationalsozialismus vor ihrer Machtergreifung. Hass und Geheimnis sind hier konstitutive soziale Instrumente der Netzwerk- und Gruppenbildung, sowohl was die Wahl von

17 Simmel, Soziologie.

18 Siehe etwa in diesem Band: Gunnar Mertz, Der Alpenverein und die illegale NSDAP in Österreich 1933 bis 1938.

19 Gisela Bichler, Understanding Criminal Networks. A Research Guide, Berkeley 2019.

Freundschaften, aber auch was die Entstehung von informellen Seilschaften im Kontext beruflicher und wirtschaftlicher Interessen betrifft.

Bei all den ideologischen und sozialpsychologischen Überlegungen im Zusammenhang mit den antisemitischen Vereinen und Netzwerken der Zwischenkriegszeit muss immer im Auge behalten werden, dass es sich bei der Mitgliedschaft etwa im „Deutschen Klub“ oder im „Antisemitenbund“ auch um simple Strategien zur Durchsetzung ökonomischer Vorteile und berufsbezogener Interessen handelte. Der antisemitische Hass war ein Selektionskriterium für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, deren Mitglieder untereinander in der Lage waren, sich durch Abstimmung und Koordination ökonomische und symbolische Vorteile zu verschaffen.²⁰ Vor allem wenn es gelingen würde, Juden aus bestehenden Positionen zu verdrängen, um deren leergewordene Plätze dann selber einzunehmen. Deshalb war gerade an den Universitäten, in der Justiz und in der Verwaltung die Zugehörigkeit zu einer antisemitischen Gruppe mit potenziell persönlichen ökonomischen Vorteilen verbunden.²¹

Der Hass auf Jüdinnen und Juden sowie das in der Öffentlichkeit gehütete Geheimnis, die bestehende Grundordnung abzulehnen, waren demnach soziologische Instrumente zur Konstitution einer Seilschaft, deren wechselseitige Verpflichtungsbeziehungen den Mitgliedern einen Koordinationsvorteil gegenüber der Konkurrenz brachte. Der Antisemitismus als Erkennungszeichen der Gruppenzugehörigkeit korrespondiert in dieser Hinsicht mit der ständischen Vorstellung, Märkte schließen und Positionen exklusiv vergeben zu können, um lokale Netzwerke autoritär kontrollierter Monopole für gesellschaftlich erzeugte Werte und Güter zu knüpfen.

Die Verhinderung, Verdrängung und Vertreibung von politischen Gegner:innen und wirtschaftlichen Konkurrent:innen durch ein qua Ressentiment und Geheimnis verbundenes Netzwerk hoher Beziehungsdichte ist ein Lehrbuchbeispiel eines Closure Networks. Dessen Ziel nie die Verbesserung von Wertschöpfung und Vergrößerung von Kreativität ist, sondern die rücksichtslose Aneignung gesellschaftlicher Ressourcen auf Kosten anderer. Der für kreative und werterzeugende Prozesse notwendige offene Austausch über die eigene Gruppe hinweg wurde von der antisemitischen Propaganda der kosmopolitischen Illoyalität gegenüber dem „Volk“ bezichtigt (der heimatlose „Jude“ des internationalen Kapitals). Für die parasitäre Strategie dieser Netzwerke der Extraktion der antisemitischen „Lokalist:innen“, durch-

20 Ilse Reiter-Zatloukal, Antisemitismus und Juristenstand. Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät und Rechtspraxis vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum „Anschluss“ 1938, in: Oliver Rathkolb (Hg.), *Der lange Schatten des Antisemitismus. Kritische Auseinandersetzungen mit der Geschichte der Universität Wien im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2013, 183-206.

21 Peter Berger, *Die Wiener Hochschule für Welthandel und ihre Professoren 1938-1945*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 10 (1999) 1, 153-195.

aus vergleichbar mit Mafianetzwerken, sind jedoch wertschöpfende, offene, unterschiedliche soziale Kreise und Welten verbindende Netzwerke Voraussetzung. Primär auf Schließung, Mobbing und Extraktion ausgerichtet, fehlt der antisemitischen Clique aus eigener Kraft die Bestimmung des Positiven.

Der primär männlichen Beutegemeinschaft ist allerdings die Möglichkeit, die durch die Vertreibung der Jüdinnen und Juden frei werdenden Plätze mit Karrieristen zu füllen, begrenzt - irgendwann sind die Posten vergeben. Damit geht ein wesentlicher Anreiz einer Mitgliedschaft für den Nachwuchs verloren. Um Aspiranten und Mitläufern einen persönlichen Nutzen der Zugehörigkeit zu signalisieren, bleibt als Mechanismus nur die Radikalisierung und Verstärkung des Hasses. Wenn es schon keine sichere Karriere im Staatsdienst wird, so zumindest die Möglichkeit als Sonderpolizist oder Lagerwärter in Freiheit den eigenen sadistischen Neigungen nachgehen zu können.

Ein neuer Schatten der Zukunft

Faschismus, Autoritarismus und Antisemitismus erleben dort ihren Aufschwung, wo die Erosion von ökonomischen Sicherheiten, meritokratischen Anerkennungs- und Statussystemen und der Verlust an sicheren sozialen Bindungen Angst und Wut freisetzen. Diese werden von zynischen politischen Machtzirkeln verstärkt und instrumentalisiert, mit dem Ziel der Erlangung neuer oder wie im Falle der „rohen Bürgerlichkeit“ der Erhaltung der bestehenden Macht. Je atomisierter und vereinzelter der Mensch in seiner Angst, desto mehr sehnt er sich nach dem Schutz der Zugehörigkeit zu einer ihn beheimatenden Gruppe, desto erfolgsversprechender ist die autoritäre Fabrikation von Führerkult und Hassobjekten. Dasselbe gilt für jene, die durch ökonomische und technologische Veränderungen ihren bisherigen beruflichen Rollenstatus verlieren. Anerkannte und wertgeschätzte soziale Rollen und Positionen gleichen einem schützenden Gewand. Menschen, denen das Reputationskapital einer anerkannten Rolle fehlt, erfahren sich als nackt und suchen, wie der Psychoanalytiker Vamik Volkan ausführt, Schutz unter dem „Dach der Gruppenidentität“²². Ethno-Nationalismus, chauvinistischer Patriotismus, Antisemitismus und Rassismus sind aggressive Strategien der temporären Herstellung schützender Gruppenidentitäten vor dem Hintergrund fehlender gesellschaftlicher Anerkennung und Einbettung in solidarische Netzwerke.

Wie die psychologische Bindungs- und Traumaforschung unter dem Begriff der „Ko-Regulation“²³ zeigt, ist die Frage, ob eine für das Einzelsubjekt

22 Vamik Volkan, *Blindes Vertrauen. Großgruppen und ihre Führer in Zeiten der Krise und des Terrors*, Gießen 2005.

23 John Bowlby, *Attachment and Loss*, London 1971 und Susan M. Johnson, *Attachment Theory in Practice*, New York-London 2019.

nicht tolerierbare Situation zu einem Trauma wird oder nicht, stark davon abhängig, ob es eine andere Person oder Instanz gibt, die als Schutzschirm wirken kann und hilft, die Krise entweder abzuwehren oder die Erfahrungen zu verarbeiten („Ko-Regulation“). Eine Welt des Krieges, der Erderhitzung und der permanenten Drohung von Statusverlust und ökonomischer Abwertung wäre eingebettet in eine solidarische Beziehungskultur für den Einzelnen noch eher zu ertragen. Aber gezeichnet und erschöpft nach Jahren der neoliberalen Konkurrenz am Berufs- und Arbeitsmarkt sowie durch enttäuschende Freundschafts- und Beziehungserfahrungen misstrauisch geworden, führt die Welterfahrung vor dem einsamen Bildschirm zu immer mehr lähmender Angst, stummer Wut und dystopischer Zukunftsfurcht.

Anfällig für verschwörungstheoretische Welterklärungen, retrotopischen und restaurativen Mythen sowie geködert von algorithmisch generierten Affekten der Angst, des Hasses und ethno-nationalen Stolzes, erlebt der antiliberalen, antidemokratischen Autoritarismus einen massiven globalen Aufschwung. Es scheint, als stünden wir abermals vor den anomischen Trümmern eines gescheiterten Globalisierungs- und Liberalisierungsversuchs, mit dem Karl Polanyi die Weimarer Republik charakterisierte. Diesmal sind wir allerdings mit einer geopolitischen Blockbildung antidemokratischer Atomkräfte sowie einer sich herausbildenden konservativ-autoritären Internationalen konfrontiert. All das ereignet sich vor dem Hintergrund einer sich immer rascher erwärmenden Erde, der nicht bloß unsere Ideen von fossilem Wohlstand und materiellem Fortschritt in Frage stellt, sondern als existenzielle Bedrohung für das Leben an sich darstellt. Sozialdarwinistische und malthusianistische Wahrnehmungen der Welt erstarken und bestätigen damit implizit die von Leo Löwenthal in den „Prophets of Deceit“ herausgearbeiteten autoritären Prämissen (das Leben als Nullsummenspiel, als Kampf ums Dasein etc.).

Eingeklemmt zwischen Vorstellungen des ökologischen Endes-der-Welt und der ökonomischen Furcht vor der Zahlungsunfähigkeit am Ende-des-Monats, zieht sich die soziale Zeit zu einem angstvoll pulsierenden Augenblick zusammen. Die soziale Horizontlinie eines gemeinsamen Richtungssinns verschwindet. Das „Prinzip Hoffnung“²⁴ im Sinne der nach-vorne-gerichteten Antizipation von Noch-nicht-Erdachtem, Noch-nicht-Erarbeitetem und Noch-nicht-Realisiertem weicht dem Prinzip Rückzug in die nostalgische Vergangenheit.

Das demokratische Antidot auf die autoritäre, ethno-nationale Bedrohung kann daher nicht in der Zeichnung möglichst düsterer und dystopischer Zukunftsbilder liegen. Angst verkürzt den Schatten der Zukunft und verengt den

24 Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/Main 1959.

Diskontierungszeitraum der sozialen Investitionen in Bindungen und Beziehungen. Wo Angst und Furcht den Zugang zu einer positiven Zukunftserwartung vermauern, beginnt wie bei einer Massenpanik jeder nur noch auf sich selbst zu blicken und hört auf, sich mit anderen zu koordinieren. Aus dem „unendlichen Spiel“²⁵ der Freundschaft, Nachbarschaft und Solidarität wird ein „endliches Spiel“, bei dem die „Gewinner“ über die „Verlierer“ trampeln. Sollen die Abgewerteten, Schutzlosen und von mimetischer Konkurrenz Erschöpften nicht beim Versuch, ihre verwundete Identität zu reparieren, dem Hass auf Sündenbockobjekte anheimfallen, muss die existierende soziale Wut und Aggression auf ein positives Ziel hin sublimiert werden.

Gerade der aus ökologischen Gründen dringend notwendige Rückzug aus der fossilen Moderne sowie die bestehende erpresserische Abhängigkeit von fossilen Diktaturen verlangt nach einem neuen „Kaprun-Moment“²⁶. Das heißt, es braucht eine immense kollektive Kraftanstrengung zur Erlangung einer neuen energetischen Unabhängigkeit durch die Aktivierung des gesamten erneuerbaren Energie-Potenzials. Dasselbe gilt für den Bereich Energiespeicher, Daten und künstliche Intelligenz. Auch hier besteht ein dringender Bedarf Abhängigkeiten zu reduzieren, die eigene Souveränität zu stärken und gemeinsam neue Kapazitäten aufzubauen. Darüber hinaus verlangt die durchgehende Etablierung einer Circular Economy den Umbau unserer Stoff- und Materialkreisläufe mit enormen Möglichkeiten, Teil eines positiven Zukunftsprozesses zu sein. Die in diesen Vorhaben liegenden Chancen der Etablierung einer neuen postfossilen Autonomie und Identität eines „neuen Wir“ könnte jene Einladung sein, statt die Wut in ein hasserfülltes Gegeneinander zu lenken, sie auf die Möglichkeit einer neuen Zukunft eines neuen Seite-an-Seite zu richten.

Die Wirklichkeit einer demokratischen Aufbruchsgesellschaft, die aus den bestehenden ökonomischen und ökologischen Sackgassen auszieht, anstatt sich in einem fantasierten nostalgischen „Gestern“ und der Pflege von Feindschaften im Inneren zu verlieren, setzte eine enorme kommunikative und organisatorische Anstrengung voraus, Menschen auf diesem gemeinsamen Weg realiter einzubinden. Es war Hans Kelsen, der in „Wesen und Wert der Demokratie“ die politischen Parteien als „Organe von Willensbildungsprozessen“ bestimmte und ihnen die verfassungsgemäße Rolle, diese Willensbildungsprozesse zu koordinieren zuschrieb.

Will die pluralistische liberale Demokratie in einer sich verengenden Welt eine Zukunft haben, müssen nicht bloß die Algorithmen, die in Wut, Hass

25 James P. Carse, *Finite and Infinite Games. A Vision of Life as Play and Possibility*, New York 1986.

26 Die Eröffnung des Staukraftwerks Kaprun galt als Symbol des österreichischen Wiederaufbaus und Neubeginns nach dem Zweiten Weltkrieg.

und Polarisierung ihr Geschäftsmodell begründen, in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt werden. Es gilt auch, die Funktionsweise politischer Parteien und allgemeiner Willensbildungsprozesse so zu reformieren, dass die derzeitige Trennung zwischen reinen politischen „Insider“-Netzwerken und einer entkoppelten Peripherie von „Outsidern“ aufhebt und Menschen die reale Erfahrung machen, dass ihr Schmerz, ihre Enttäuschung und Wut nicht als bloße moralische Schwäche abgewertet werden (und damit die Abgewerteten eine sekundäre Abwertung erfahren), sondern sie sich vielmehr als aktiver Teil von sinnstiftenden Zukunftsprojekten erleben können und für sie eine Alternative zu Nostalgie, Hass und Feindbildbildung tatsächlich gegeben ist.

Andreas Huber

Kornblume und Hakenkreuz

Die Mitglieder des Deutschen Klubs 1908 bis 1939

Der 1908 gegründete Deutsche Klub war zeit seines Bestehens der einflussreichste deutschnationale Verein Österreichs und mit Beginn der 1930er-Jahre ein wichtiges Refugium für die NSDAP, insbesondere nach deren Verbot 1933. Seine Mitglieder fanden sich in vier politischen Systemen unter den Eliten in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Bereichen. Seinen größten Einfluss erlangte der Klub aber nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938, als viele seiner Mitglieder in Spitzenpositionen gehiebt wurden, nicht zuletzt im „Anschlusskabinett“ unter Arthur Seyß-Inquart. Dieser Beitrag versteht sich als Bestandsaufnahme zur Sozialstruktur und Mitgliederentwicklung des Vereins.¹ Er ist chronologisch aufgebaut und analysiert mittels soziodemografischer Daten (Berufsstruktur) wie auch Vereinsmitgliedschaften die ideologische Ausrichtung des Netzwerks in seiner rund 30-jährigen Geschichte. Besonderes Augenmerk gilt den Ursachen für die Radikalisierung in der Ersten Republik, die Anfang der 1930er-Jahre in einer bedingungslosen Unterstützung für die NSDAP mündete. Darüber hinaus stehen Aspekte wie die Mitgliederrekrutierung und die Zusammensetzung des Vorstands im Zentrum, die mit den jeweiligen politischen Entwicklungen in Beziehung gesetzt werden.

Dem Beitrag liegen die Mitgliederverzeichnisse des Deutschen Klubs der Jahre 1913, 1919 und 1939 zugrunde, außerdem die im Vereinsperiodikum *Mitteilungen des Deutschen Klubs* von 1924 bis 1939 verzeichneten Beitritte² und schließlich die Ämter und jeweilige Funktionsdauer von 164 bislang bekannten Vorstandsmitgliedern. Für diese wurden auch systematisch Mit-

1 Vgl. Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, *Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg*, Wien 2020. Dieser Beitrag versteht sich als Ergänzung zur Monografie, in deren Rahmen einige der hier behandelten Aspekte (Vorstand, Mitgliederrekrutierung etc.) nur angeschnitten werden konnten. Linda Erker, Michael Rosecker, Klaus Taschwer und der/dem anonymen Reviewer:in darf ich an dieser Stelle für die kritische Durchsicht dieses Artikels und wichtige Rückmeldungen danken.

2 Unter diesen 1.029 neu Eingetretenen befinden sich 37 Wiedereintritte, von denen wiederum zehn in diesen eineinhalb Jahrzehnten aus- und wiedereingetreten waren.

gliedschaften im Verband Alter Burschenschaftler Österreichs³ und (für das Jahr 1908) des Kyffhäuser-Verbandes der wehrhaften Vereine deutscher Studenten in der Ostmark erhoben. Die Datensammlung umfasst derzeit über 2.300 Personen. Da die Beitritte erst ab Jänner 1924 regelmäßig im Vereinsperiodikum publiziert wurden, ist sie allerdings nicht ganz vollständig.⁴ In den Mitteilungen und in den Mitgliederlisten sind die Merkmale akademischer Grad, Beruf⁵ und Anschrift (letztere bis Juni 1934) verzeichnet.

***Die Gründung: Eine Allianz aus Burschenschaftlern und „Kyffhäusern“
(1908 bis 1913)***

Die Gründungsmitglieder des Deutschen Klubs rekrutierten sich aus dem Verband Alter Burschenschaftler Österreichs und dem Kyffhäuser-Verband der Alten Herren der wehrhaften Vereine deutscher Studenten in der Ostmark, zwei Dachverbände, die mit der Vereinsgründung eine Versöhnung und Kooperation anstrebten. Diese lieferten sich trotz der fast deckungsgleichen ideologischen Ausrichtung Konflikte um die Stellung zur Mensur.⁶ Die Burschenschaftler praktizierten den traditionellen Fechtkampf zwischen zwei Mitgliedern verschiedener Studentenverbindungen, wohingegen die Kyffhäuser ihn ablehnten. An der Mensurfrage hatten sich - neben der Stellung zur katholischen Kirche - auch die oftmals gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern nationaler und katholischer Studentenverbindungen entzündet. Das Jahr der Klubgründung 1908 fiel nicht nur mit dem Höhepunkt dieses Akademischen Kulturkampfes zusammen, der Cartellverband der katholischen Studentenverbindungen (CV) erreichte in diesem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts auch sein stärkstes Wachstum: 39 neue Verbindungen, darunter zwölf österreichische, konnte er in seine Reihen aufnehmen.⁷ Die Geschlossenheit nach außen war daher ein Gebot der Stunde im nationalen akademischen Milieu und wohl auch maßgeblich für die Gründung des Deutschen Klubs. Dieser konnte am 21. Februar 1908

3 Später: Vereinigung der Alten Burschenschaftler, Gauverband „Donaugau“.

4 Wer etwa im Gründungsjahr beigetreten und noch vor der Publikation des ersten Mitgliederzeichnisses im Juni 1913 ausgetreten oder verstorben ist, fehlt. Ausgehend von der Mitgliederentwicklung ab 1924 und der hohen Fluktuation von 1913 bis 1939 ist so von einer niedrigen dreistelligen Zahl nicht erfasster Klubmitglieder auszugehen.

5 In etwa 10 % der Fälle fehlten entsprechende Angaben. Diese konnten teilweise anderen Verzeichnissen, etwa dem „Lehmann Online“ entnommen werden. Vgl. Lehmann 1859-1922, URL: <https://www.digital.wienbibliothek.at/nav/classification/2609> (abgerufen 8.1.2022).

6 Weitere Beiträge zur Geschichte des Deutschen Klubs, *Mitteilungen des Deutschen Klubs* (MDK), Dezember 1928, 1-2.

7 Vgl. Gerhard Popp, CV in Österreich 1864-1938. Organisation, Binnenstruktur und politische Funktion, Wien-Köln-Graz 1984, 13-25.

mit knapp über vierzig Männern seine konstituierende Sitzung abhalten.⁸ Zum ersten Obmann wurde der damals 42-jährige Sekretär der Niederösterreichischen Kammer für Handel und Gewerbe, Richard Riedl, gewählt. Der Vorsitz sollte jeweils zwischen den beiden Altherrenverbänden wechseln.⁹ Riedl war seit 1886 Mitglied der Wiener Burschenschaft Albia, die wiederum mit der Teutonia Prag (Klubmitbegründer Adolf Kofend) und der Arminia Graz seit 1887 das sogenannte Schwarz-Rot-Goldene Kartell bildete.¹⁰ Diesem gehörten fünf der 23 Vorstandsmitglieder an, wobei zwei von ihnen - der Mediziner Wilhelm Buchta (Arminia Graz) und der technische Konsulent Albrecht Gröling (Albia Wien) - in den folgenden Jahren noch die Leitung des Vereins übernahmen. 13 Mitglieder des obersten Gremiums waren Burschenschafter, acht waren Kyffhäuser, darunter der Obmann-Stellvertreter Gustav Bodirsky.¹¹ Mit Heinz Julius Tomaseth, Kustos an der Albertina, war zudem ein Mitglied des Corps Symposion Wien im Vorstand vertreten.¹² Angehörige anderer deutschnationaler Korporationen, das waren neben den Corps vor allem Sängerschaften und akademische Turnvereine, waren zu Beginn vermutlich nur sehr schwach im Verein vertreten. Das Durchschnittsalter der ersten Vorstandsmitglieder lag bei etwa 45 Jahren.¹³ Dem obersten Gremium oblag auch die Neuaufnahme von Mitgliedern (mit Dreiviertelmehrheit), die „Deutsche männlichen Geschlechts“ sein mussten.¹⁴ Ein offizieller „Arierparagraf“ war insofern nicht nötig, als ihn die Burschenschaften und die wehrhaften Vereine ohnehin praktizierten. Erst 1924 war ein solcher auch offiziell in den Statuten verankert.¹⁵

Nur knapp 15 Monate nach der Gründung am 31. März 1909 zählte der Verein 347 Mitglieder.¹⁶ Noch im gleichen Jahr konnte auch ein Klubheim bezogen werden. Nachfolger von Richard Riedl als Obmann wurde Victor

8 Vgl. Zwanzig Jahre Deutscher Klub, MDK, November 1928, 1.

9 Vgl. Weitere Beiträge zur Geschichte des Deutschen Klubs, MDK, Dezember 1928, 1-2.

10 Riedl wurde auch ehrenhalber Mitglied der Arminia Graz und der Teutonia Prag, ein übliches Verfahren in diesem Verband. Das Kartell bildet eigenen Angaben zufolge den ältesten Zusammenschluss dieser Art in der Deutschen Burschenschaft. Vgl. „Das Schwarz-Rot-Goldene Kartell“. Ein Bund an drei Hochschulorten, <http://albia.at> (abgerufen 8.1.2022). Die Teutonia firmiert heute unter der Bezeichnung Teutonia Prag zu Würzburg.

11 Vgl. Weitere Beiträge zur Geschichte des Deutschen Klubs, MDK, Dezember 1928, 1-2.

12 Lediglich der Mediziner Alexander Kolisko scheint in keiner der bislang durchgesehenen Mitgliederlisten auf.

13 Diese Behauptung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass nur zu knapp 50% der ersten Vorstandsmitglieder Geburtsdaten vorliegen.

14 Satzungen des Vereines „Deutscher Klub“. (Genehmigt mit Erlaß der k. k. n. ö. Statthalterei vom 24. Jänner 1909, Z. V-2561/1.), Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), 1.3.2.119. A32.3596-1924, DK-Satzungen 1907-1939.

15 Vgl. ebd.

16 Deutscher Klub, *Neues Wiener Tagblatt*, 13.4.1909, 10.

Ohnhäuser, der Generaldirektor der Versicherungsanstalt Janus, der auch Vizepräsident des österreichisch-ungarischen Verbandes der Privat-Versicherungsanstalten war.¹⁷ Ohnhäuser, Mitglied des Vereins deutscher Studenten Oppavia, hatte die Funktion bis zu seinem Tod am 2. Dezember 1911 inne.¹⁸ Dritter Obmann wurde der bereits genannte Albrecht Gröling.¹⁹ Dieser hatte 1910 mit seinem Vorgänger wie auch mit dem Direktor der Centralbank der deutschen Sparkassen in Prag (Zweiganstalt Wien) Zdenko Hauska und dem Reichsratsabgeordneten und ehemaligen Minister Heinrich Prade (dieser war auch Oberkurator der Versicherungsgesellschaft Janus) die Österreichische Industrie- und Handelsbank²⁰ gegründet, eine von mehreren großen Banken der Habsburgermonarchie, die dem deutschnationalen Lager zuzurechnen waren.²¹

Am 30. Juni 1913, während Grölings Obmannschaft, legte der Deutsche Klub sein erstes Mitgliederverzeichnis vor. Rund fünf Jahre nach seiner Gründung gehörten dem Verein 455 Männer an. Seit der Hauptversammlung im März 1909 war der Mitgliederstand also nur moderat angestiegen. Dieser rekrutierte sich zu über zwei Drittel (68%) aus dem Bildungsbürgertum, darunter etwa 107 höhere Beamte und öffentlich Bedienstete, vierzig Ärzte (Beamte im Gesundheitswesen und Privatdozenten an der Medizinischen Fakultät einberechnet waren es 59), je 35 Hochschulprofessoren und Rechtsanwälte sowie 31 Ingenieure und Architekten (siehe Tabelle 2). Nicht einberechnet sind in dieser Gruppe 25 Beamte ohne abgeschlossene Hochschulbildung. Diese zählten insofern zu einer Minderheit im Mitgliederstand, als sich der Akademikeranteil auf 72 % belief – der höchste Anteilswert bis zur Auflösung 1939.²² Das Besitzbürgertum war mit 47 Fabrikanten (10 %) und 31 leitenden Angestellten (darunter auch Bank- und Versicherungsdirektoren) vertreten, wobei höchstwahrscheinlich auch ein Gutteil der 17 Kaufleute – sofern es sich um Großkaufleute handelte – dieser Kategorie hinzugezählt werden kann.²³ Von den 33 Ministerialbeamten arbeitete fast die Hälfte, nämlich 15, im Eisenbahnministerium.²⁴

17 Zwanzig Jahre Deutscher Klub, MDK, November 1928, 1.

18 Vgl. Todesfälle, *Linzer Volksblatt*, 5.12.1911, 3.

19 Vgl. Zwanzig Jahre Deutscher Klub, MDK, November 1928, 1.

20 Vgl. *Wiener Zeitung*, 4.2.1910, 6.

21 Vgl. Gernot Stimmer, *Eliten in Österreich 1848-1970*, Bd. 2, Wien-Köln-Graz 1997, 653.

22 Ingenieure, das heißt Absolventen der Technischen Hochschulen, sind hier inbegriffen.

23 Eine Differenzierung in Großkaufleute und Kaufleute war auf Basis der vorliegenden Daten nicht möglich.

24 In diesem Feld gab es bereits in der Habsburgermonarchie nationale Gewerkschaften. Vgl. Peter Autengruber, *Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945*, Wien 2017, 43.

Stark im Mitgliederstand vertreten waren auch Wissenschaftler, darunter 35 Hochschulprofessoren. Abgesehen von den etwas stärker vertretenen Geisteswissenschaftlern (insbesondere Historiker) entsprachen die Anteile der einzelnen Fachbereiche aber den Kräfteverhältnissen an den Hochschulen. Den Einfluss der Universitätsprofessoren verdeutlicht vor allem ein Blick auf den Vorstand, wo sie acht von 31 Mitgliedern stellten. In diesem Gremium waren weitere zwölf Personen aus dem höheren Beamtentum vertreten, von denen wiederum vier aus dem Archiv-, Bibliotheks- und Museumsbereich kamen, darunter mit Lothar Groß und Emanuel Schwab zwei Archivare wie auch der Direktor des Naturhistorischen Museums (damals k. k. Naturhistorisches Hofmuseum) Friedrich Martin Berwerth. Der Großteil der führenden Mitglieder stand also in einem öffentlichen Dienstverhältnis. Von den deutschnationalen Splittergruppen im Reichsrat war vor allem die aus der Schönerer-Gruppe hervorgegangene Deutschradikale Partei unter Karl Hermann Wolf, einer der Anführer der Los-von-Rom-Bewegung, stark im Verein vertreten. Neben Wolf selbst waren das etwa oben genannter Bodirsky, Rudolf Heine, Gustav Hummer und Albert von Mühlwerth.

Etablierung: Gemeinsame Wirkungsstätte des nationalen Altherrentums (1914 bis 1918/19)

Die folgenden Jahre waren von einem starken Wachstum des Mitgliederstandes geprägt, wofür das Vereinsperiodikum später eine „nationale Welle“ während des Ersten Weltkrieges verantwortlich machte.²⁵ Wenige Monate nach Ausrufung der Republik (mit Stand vom 15. März 1919) zählte der Verein 1.019 Mitglieder (siehe Abbildung 1). Mittlerweile war ein Viertel der 1913 im Verein organisierten Männer (114 Personen) ausgeschieden. Binnen nicht einmal sechs Jahren waren dem Deutschen Klub also mindestens 678 Männer beigetreten, womit sich der durchschnittliche Zuwachs pro Jahr im Vergleich zur Phase 1909 bis 1913 mehr als vervierfacht hatte. Vieles spricht dafür, dass dieser Mitgliederzuwachs vor allem in die zweite Hälfte des Ersten Weltkrieges fiel und mit dem Zusammenschluss der deutschnationalen Korporationen zu tun hatte. Vollendet und institutionalisiert wurde dieser 1918.

Am 17. Jänner 1918 waren die Vertreter von vier Altherren-Verbänden (darunter Burschenschaften und Kyffhäuser) in der Wiener Gastwirtschaft Weingartl zusammengetroffen, um die Arbeit an einem „Zusammenschluß aller farbentragenden völkischen Körperschaften der Studentenschaft“ aufzunehmen. Ihr Hauptantrieb war der Kampf gegen „die wachsende Macht des Judentums auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in wirtschaftlicher,

²⁵ Zwanzig Jahre Deutscher Klub, MDK, November 1928, 1.

besonders aber in geistiger Beziehung“.²⁶ Aber auch die politischen Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene, hervorzuheben seien hier die massiven Streikbewegungen und die beginnende Sowjetisierung Russlands, mochten den Zusammenschluss dieser völkischen Eliten befördert haben. In den Selbstdarstellungen ist davon allerdings keine Rede. Im wenig später konstituierten Vollzugsausschuss fanden sich Vertreter von Burschenschaften, wehrhaften Vereinen, Corps, Landsmannschaften, Akademischen Turnvereinen, Sängerschaften und der Deutschen Lesehalle an der Technik. Dem Ausschuss stand mit August Schachermayr (VDSt Philadelphia) ein Mitbegründer des Deutschen Klubs vor. Zu den weiteren Führungsmitgliedern zählten unter anderem der Anglist Kurt Knoll (VDSt Asciburgia und Oppavia) sowie der Rechtsanwalt Herbert Dölter (Burschenschaft Arminia Graz). Die Vertreter erklärten in den im Folgenden beschlossenen Leitsätzen „die Durchführung des Kampfes für das deutsche Volkstum in Österreich und hauptsächlich *gegen das Judentum und gegen jegliche das deutsche Volkstum verleugnende Internationale* als die erste Pflicht der nationalen Studentenschaft“. Im gleichen Atemzug wurde der Kampf gegen die klerikale Studentenschaft für beendet erklärt.²⁷ Es war dies die Geburtsstunde des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes in der Ostmark, der nach Schätzungen Kurt Knolls etwa 16.000 Männer fassen sollte und sich als eine „Art völkisch-politischer Pflicht-Gewerkschaft“²⁸ verstand. Dessen Gründung und Ausrichtung ist für die Geschichte der Ersten Republik von entscheidender Bedeutung, legte er doch den Grundstein für die Konstituierung der Deutschen Gemeinschaft (ein antisemitischer und antimarxistischer Geheimbund bestehend aus deutschnationalen und klerikalen Eliten)²⁹, der Deutschen Studentenschaft (die national-klerikale Studierendenvertretung der Ersten Republik, die Juden und Jüdinnen von der Mitgliedschaft ausschloss) und des überparteilichen Antisemitenbundes.³⁰ Diese Zusammenschlüsse bildeten wiederum die Basis für eine - im Vergleich zur Monarchie - noch konsequentere Aus-

26 Kurt Knoll, Die Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft „Oppavia“ in Wien im Rahmen der allgemeinen studentischen Entwicklung an den Wiener Hochschulen, Bd. 2, Wien 1924, 760-761.

27 Vgl. ebd., 760-762. Hervorhebungen im Original (meist in Sperrschrift) werden hier durchwegs kursiv gesetzt.

28 Vgl. ebd., 763.

29 Deren Gründer Herbert Dölter übernahm nach August Schachermayr die Obmannschaft des Bundes. Vgl. ebd., 764.

30 Vgl. zum Antisemitenbund den Beitrag von Klaus Taschwer in diesem Sammelband sowie Bruce Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, 233-238.

grenzung von Juden, Linken und Liberalen, aber wohl auch für die spätere Koalition von Christlichsozialer Partei und Großdeutscher Volkspartei.

Die Gründung des Deutschen Burschenbundes und die neue Allianz der Korporationen trugen zweifellos zum Mitgliederzuwachs im Klub bis zum Frühjahr 1919 bei.³¹ Seine Bedeutung als Sammelbecken der deutschnationalen Eliten erlangte der Deutsche Klub also vermutlich erst in der zweiten Hälfte des Weltkrieges. Als Indiz dafür mag der Burschenschaftleranteil im stark angewachsenen Vorstand (1913 31 und 1919 bereits 46 Männer) dienen, der sich von 52 auf 28 % halbiert hatte. Das war Ausdruck von zwei - vermutlich parallel verlaufenden - Entwicklungen: (1) eines verstärkten Zustroms der Alten Herren aus den Corps, Landsmannschaften, Sängerschaften und Turnvereinen in den Jahren nach 1913, also vor allem während der Kriegsjahre, und (2) einer zunehmenden Öffnung des Vereins gegenüber nicht akademischen Kreisen, vor allem Wirtschaftstreibenden. Tatsächlich war der Akademikeranteil von 72 auf 62 % gesunken, im Vorstand sogar von 90 auf 70 %. Im Mitgliederstand war der Anteil des Bildungsbürgertums leicht von 68 auf 64 % zurückgegangen, und auch die Veränderungen in der Berufsstruktur fielen trotz der fast 700 neuen Mitglieder eher marginal aus. Mit dem Verlust des Sudetenlandes, der Hochburg der Deutschnationalen (1919 stammten 9 % der Klubmitglieder aus Böhmen, Mähren und Schlesien), an die neu gegründete Tschechoslowakei und der Reduktion der Zahl an Abgeordneten hatten auch einige Politiker aus dem Deutschen Klub ihren Sitz im Parlament verloren. Sie waren also nicht Teil der Konstituierenden Nationalversammlung, die am 16. Februar 1919 gewählt worden war. In dieser waren nun sechs Klubmitglieder vertreten: Franz Dinghofer, Karl Kittinger, Adam Müller-Guttenbrunn, Hans Schürff, Leopold Waber und Rudolf Wedra. Diese waren im Folgejahr unter den Gründungsmitgliedern der Großdeutschen Volkspartei, welche die zahlreichen deutschnationalen Parteien - mit Ausnahme der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der nationalen Bauernparteien (Gründung der Deutschösterreichischen Bauernpartei im Juni 1920) - einte.³² Der Deutsche Klub selbst hatte sich spätestens mit Kriegsende als „gemeinsame Wirkungsstätte des gesamten national gesinnten Altherrentums“ etabliert.³³

31 Eine wichtige Rolle spielten wohl auch der gesteigerte Deutschnationalismus in den Kriegsjahren und allgemein die politischen Entwicklungen nach der Ermordung Karl Stürgkhs durch Friedrich Adler im Oktober 1916. In deren Folge wurden einige Teile der radikal deutschnationalen Osterbegeherschrift doch nicht umgesetzt. Vgl. dazu auch Kapitel 2 in Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub.

32 Vgl. Robert Kriechbaumer, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Wien-Köln-Weimar 2001, 499.

33 Weitere Beiträge zur Geschichte des Deutschen Klubs, MDK, Dezember 1928, 1-2.

Radikalisierung: Eine Spurensuche anhand der Sozialstruktur (1918/19 bis 1933)

Die Hinwendung des Deutschen Klubs zu antiparlamentarischen und faschistischen Bewegungen, ab 1932 insbesondere zur NSDAP, geht Hand in Hand mit der Rekrutierung seiner Mitglieder aus den deutschnationalen Korporationen, die sich nach 1918 zunehmend gegen die Demokratie positionierten. Im Klub waren aber auch jene Berufsgruppen stark vertreten, in deren Reihen sich verhältnismäßig viele Unterstützer und Wähler faschistischer Bewegungen fanden. Dass sich die Deutschnationalen nach Kriegsende an der Proklamation der Republik und an der Ausarbeitung einer Verfassung beteiligten, war auch dem starken Abschneiden des Lagers bei den Reichsratswahlen 1911 geschuldet. Die Ergebnisse ließen eine parlamentarische Mehrheit erhoffen. Doch sollten sich diese Erwartungen angesichts des Verlusts der politischen Hauptrekrutierungsgebiete (Sudetenländer, Südsteiermark) und der Wirkung des Verhältniswahlrechts, das der zersplitterten deutschnational-völkischen Parteienlandschaft abträglich war, nicht einmal ansatzweise erfüllen. Die Beteiligung vieler Korporierter an den Regierungskabinetten und die Besetzung von Spitzenpositionen in der Republik bewirkte bei den nationalen Korporationen aber gegenüber der neuen Staatsform eine gewisse Akzeptanz. Sehr lange währte diese allerdings nicht. Das Beispiel der Burschenschaften, der organisatorisch und politisch dominierenden Gruppe dieses Milieus in der Ersten Republik, zeigt das deutlich. Aus ihren Reihen rekrutierten sich - ausgehend von den Anteilswerten im Vorstand - schätzungsweise ein Viertel bis ein Drittel der Klubmitglieder. Die Burschenschaften wandten sich spätestens Mitte der 1920er-Jahre ebenso radikal von der Demokratie ab wie der zweite Dachverband, der bei der Klubgründung Pate gestanden war: der Kyffhäuser-Verband der wehrhaften Vereine.³⁴ Bei diesem fortschreitenden Prozess wirkten die Korporationen wohl ebenso auf den Deutschen Klub ein wie das umgekehrt der Fall war.³⁵ Die politische Heimat der nationalen Studentenverbindungen waren Ende der 1920er-Jahre aber vor allem die Heimatschutzverbände, was etwa in einem Beschluss des volkspolitischen Ausschusses der Vereinigung der alten Burschenschafter in Wien seinen Ausdruck fand: Die Alten Herren sollten diesen beitreten. Aber auch der Nationalsozialismus gewann in den Burschenschaften nun zusehends an Boden. Nach dem gescheiterten Pfrimer-Putsch 1931 und dem Zusammenschluss von Steirischem Heimatschutz und NSDAP zu einer Kampfgemein-

34 Vgl. Stimmer, *Eliten in Österreich*, Bd. 2, 500-503.

35 Vgl. Gernot Stimmer bezeichnet den Klub als „offizielle Plattform des ideologischen Umschwungs“. Vgl. ebd., 504.

schaft kulminierte dies 1932 im Verbot der Mitgliedschaft bei den Heimwehren und einem verpflichtenden Beitritt zu den NS-Wehrformationen SA, SS und Steirischem Heimatschutz für die Aktivitas und jüngere Alte Herren.³⁶

Aus der starken Präsenz Korporierter im Deutschen Klub resultieren wenig überraschend auch Ähnlichkeiten zwischen der Berufsstruktur im Verein und jener in den nationalen Studentenverbindungen. So stellten die öffentlich Bediensteten nach dem Ersten Weltkrieg 45% des Mitgliederstandes, was sich weitgehend mit den Anteilswerten der Staatsbediensteten in den deutschnationalen Korporationen gegen Ende der Habsburgermonarchie deckt.³⁷ Eben jene Berufsgruppe erfuhr in der Ersten Republik drei Mal eine deutliche Abwertung ihres Besitzstandes und ihres sozialen Status. So wurden nach Kriegsende ihre Gehälter und Bezüge nicht an die gesteigerten Lebenshaltungskosten, eine unmittelbare Folge der Hyperinflation, angepasst. Zweitens waren die öffentlich Bediensteten die Hauptleidtragenden der Genfer Protokolle. Die Republik Österreich erhielt damit eine Völkerbundanleihe über 650 Millionen Goldkronen, musste sich dafür aber zu einem umfangreichen Reform- und Sanierungsprogramm verpflichten. Eine unmittelbare Folge waren 84.000 Entlassungen und Frühpensionierungen, womit ein Drittel aller öffentlich Bediensteten ihren Posten verlor.³⁸ Diese Maßnahmen führten auch zu tiefem Misstrauen zwischen der Großdeutschen Volkspartei und ihrer Anhängerschaft, was auch die späteren Erfolge von Heimwehr und NSDAP zulasten der Großdeutschen miterklärt.³⁹ Der dritte Einschnitt folgte Anfang der 1930er-Jahre nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt, der größten Bank des Landes. Um die immensen Kosten für die Sanierung zu decken, kürzte die Regierung nicht zuletzt die Beamtengehälter und baute wiederum Angestellte im Bundesdienst ab, deren Zahl binnen drei Jahren von 195.000 (1930) auf 166.000 sank. Aus diesen Entwicklungen resultierte nicht nur ein hohes Misstrauen der öffentlich Bediensteten gegenüber der Republik, sondern auch die Hinwendung vieler dieser Personen zur NSDAP. Bei ihnen handelte es sich, so resümiert der Wahlforscher Dirk Hänisch, um jene soziale Gruppe, die vermutlich am schlechtesten in die Erste Republik integriert war.⁴⁰

36 Vgl. ebd., 506-509.

37 Die Anteilswerte in den Korporationen: Corps 1909: 44%, Burschenschaften 1912: 44%, Landsmannschaften 1910: 50 %, Turnvereine 1914: 49 %, Wehrhafte Vereine 1912: 42 %. Vgl. Stimmer, Eliten in Österreich, Bd. 1, 233-234.

38 Vgl. Dirk Hänisch, Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils, Wien-Köln-Weimar 1998, 35-38.

39 Vgl. ebd., 57.

40 Vgl. ebd., 35-38.

Eine bedeutende Gruppe unter den (einst) öffentlich Bediensteten waren die Offiziere. Deren absolute Anzahl war zwar verschwindend gering (lediglich dreißig traten von Anfang 1924 bis April 1933 dem Verein bei), sie übten jedoch umso größeren Einfluss auf die Entwicklung des Klubs aus. Von diesen dreißig Männern waren zum Zeitpunkt ihres Beitritts 24 bereits pensioniert, eine anderweitige Anstellung war im Vereinsperiodikum nicht vermerkt. Hinzu kamen elf weitere Männer, die in der Habsburgermonarchie (und möglicherweise noch am Beginn der Ersten Republik) als Offiziere gedient hatten und nun einer anderen Arbeit, meist als Angestellte, nachgingen. Nach Kriegsende 1918 waren sie nicht nur mit einem Statusverlust konfrontiert, sondern auch mit Anfeindungen aus der Bevölkerung, die den Krieg - und damit auch die Armee - für die katastrophale Situation zu Beginn der Ersten Republik verantwortlich machte.⁴¹ In ihrem eigentlichen Berufsfeld kamen in der Ersten Republik nur wenige unter, da Österreich sich am 10. September 1919 im Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye dazu verpflichtet hatte, die Stärke des Heeres drastisch zu beschränken. Von den über 9.000 Berufsoffizieren, die sich um die Aufnahme ins Bundesheer bemüht hatten, wurden lediglich 2.100 tatsächlich übernommen.⁴² Demnach waren binnen kurzer Zeit Tausende Offiziere beschäftigungslos und gezwungen sich eine neue Existenz aufzubauen, was sie empfänglich für antidemokratisches und radikales Gedankengut machte. Dem folgte in vielen Fällen politisches Engagement.⁴³ Die prekäre Lage machte aber auch die Bildung von Netzwerken überaus wichtig. Der Deutsche Klub bot beste Voraussetzungen, um politisch aktiv zu werden und Kontakte zu schmieden.

Das traf auch auf den späteren Klubobmann Carl Bardolff zu. Der studierte Jurist und ehemalige k. u. k. Feldmarschalleutnant fand nach Kriegsende kein Auskommen mit seiner Pension und begann als Rechtsanwaltsanwärter in Gröbming im Ennstal zu arbeiten. Er hielt unter anderem Vorträge im dortigen Turnverein und wurde Obmann der Grazer Ortsgruppe des Nationalverbandes deutschösterreichischer Offiziere. Ebenso trat er der Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs bei, dem Deutschen Klub 1927. Bardolff erhielt schließlich das Angebot, als Geschäftsführer und Verwaltungsrat in den Konzern des Großindustriellen Peter Westen einzutreten.⁴⁴ Der Nationalverband deutschösterreichischer Offiziere sowie dessen Ableger, die Arbeits-

41 Vgl. Peter Melichar, Die Kämpfe merkwürdig Untoter. K. u. k. Offiziere in der Ersten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 9 (1998) 1, 51-84, 51 und 55.

42 Vgl. ebd., 64-65.

43 Vgl. ebd., 51 und 55.

44 Vgl. ebd., 67-68.

gemeinschaft völkischer Offiziere⁴⁵, hielten ihre Versammlungen in den Klubräumlichkeiten ab.⁴⁶ Mit dem Oberst a. D. Herbert Hiltl trat 1929 auch der oberste Führer der Frontkämpfervereinigung dem Deutschen Klub bei. Hiltl hatte den paramilitärisch organisierten Verein, dessen führende Funktionäre ausschließlich ehemalige Offiziere waren, 1920 gegründet. Dieser stand seinen Leitsätzen zufolge auf „arisch parteiunpolitischer Grundlage“ und zählte 1921 bereits 4.000 Mitglieder, 1923 waren es 10.000.⁴⁷ Die 1935 aufgelöste Vereinigung arbeitete eng mit den Nationalsozialisten zusammen.⁴⁸

Ab 1931 rief das Vereinsperiodikum regelmäßig dazu auf, neue Mitglieder zu werben.⁴⁹ Dieser Aufruf war möglicherweise Indiz für eine erhöhte Fluktuation infolge der Hinwendung zu antiparlamentarischen Bewegungen ab Ende der 1920er-Jahre, die 1931/32 in eine offene Parteinahme des Vereins für die NSDAP mündete.⁵⁰ So hielt der Staatsanwalt Alfons Langer Mitte 1932 im Deutschen Klub eine Lobrede auf die NSDAP, der es im Deutschen Reich bereits gelungen sei, die „Vernichtung der Parteien“ voranzutreiben. Das war unzweideutig und stieß bei vielen Klubmitgliedern auf wohlwollende Resonanz.⁵¹

Im Dezember 1932 veröffentlichte der Verein erstmals eine Rangliste der erfolgreichsten Werber. An dessen Spitze stand der pensionierte Oberstleutnant Ernst Groß.⁵² Bei sieben der acht Genannten handelte es sich um Mitglieder des 22-köpfigen Vorstands. Diese acht Männer aus dem etwa 1.000 Mann zählenden Verein zeichneten für 47 von 122 Beitritten der Jahre 1931 und 1932 verantwortlich. Das waren immerhin 39 %. Die Rekrutierung neuer Klubmitglieder erfolgte also nicht von einer breiten Basis aus, sie lag in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Gruppe, die maßgeblich die personelle und auch ideologische Entwicklung bestimmte. In der Aufstellung findet sich auch Arthur Seyß-Inquart, der vier Mitglieder geworben hatte, darunter wohl auch seinen Freund Otto Wächter. Der Rechtsanwalt, der im Nationalsozialismus Gouverneur des Distrikts Krakau und später des Dist-

45 Vgl. Nationalverband deutschösterreichischer Offiziere, *Deutsches Volksblatt*, 7.11.1920, 8.

46 Vgl. Arbeitsgemeinschaft völkischer Offiziere, *Österreichische Wehrzeitung*, 19.1.1923, 7.

47 Melichar, *Die Kämpfe*, 61.

48 Vgl. ebd., 83.

49 Der erste Hinweis findet sich im Oktober 1931. Vgl. MDK, Oktober 1931, 4.

50 Vgl. zur Entwicklung in Innsbruck Michael Gehler, *Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918-1938*, Innsbruck 1938, 304-311.

51 Aussprache über die Wahlen in Österreich und im Deutschen Reiche, MDK, Juni 1932, 7-9.

52 Vgl. Werbet Klubmitglieder!, MDK, Dezember 1932, 5. Groß war auch Vorsitzender der „Deutsches Heim, Wirtschaftsgenossenschaft deutscher Mittelständler“. An die Speisegenossenschaft verpachtete der Deutsche Klub fünf seiner Räume. Vgl. dazu Kapitel 4 in Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*.

riks Galizien wurde, war im März 1931 zum Klub gestoßen und wurde nur acht Monate später in den Vorstand gewählt.⁵³

Mitgliederfluktuation und Hinwendung zur NSDAP (1933 bis 1938)

Während seines Bestehens verzeichnete der Deutsche Klub mindestens fünf Phasen verstärkter Beitritte (siehe Abbildung 1). In den ersten eineinhalb Jahrzehnten waren das die unmittelbare Gründungsphase 1908/09, die Kriegsjahre 1914 bis 1918 sowie die Zeit nach dem Bezug neuer Räumlichkeiten im Leopoldinischen Trakt 1923/24. Zehn Jahre danach schnellte die Zahl der Neubeaitriffe ein viertes Mal in die Höhe: Infolge wiederholten nationalsozialistischen Terrors wurde die NSDAP am 19. Juni 1933 verboten. Der Deutsche Klub gewann dadurch an Attraktivität und entwickelte sich zu einem wichtigen Treffpunkt illegaler Nationalsozialisten. Binnen eines Jahres segnete der Vorstand 130 Neubeaitriffe ab. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es nicht einmal halb so viele gewesen.⁵⁴ In den Mitteilungen vom Juli 1933 fanden sich darunter etwa der Wiener Gauleiter Alfred Eduard Frauenfeld, der Führer der Gruppe Wien des NS-nahen Kampfbundes für deutsche Kultur Mirko Jelusich (ab spätestens 1932 NSDAP-Mitglied) sowie der Illustrator im Österreichischen Bundesverlag Karl Alexander Wilke, der kurz nach dem „Anschluss“ dessen kommissarischer Leiter wurde. Beim Beitraittsprozedere selbst ließ der Vorstand nun höchste Vorsicht walten. Im Juni 1934 etwa wurden die Namen von Antragstellern um eine Mitgliedschaft 14 Tage in den Klubräumen affiziert. Die endgültige Aufnahme erfolgte erst dann, wenn binnen dieser Frist kein Einspruch erfolgt war.⁵⁵

Diese Beispiele und die hohen Beitraittszahlen legen die Vermutung nahe, dass dem Deutschen Klub nach dem Juni 1933 verhältnismäßig viele Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten der NSDAP beitraitten. Anhand der verfügbaren Daten kann diese Hypothese aber nicht bestätigt werden. So ist bei den Vereinsmitgliedern mit Stand September 1939 kein Zusammenhang zwischen dem Beitraittsdatum und einer NSDAP-Mitgliedschaft feststellbar. Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei den Funktionären, wobei die Ergebnisse angesichts der geringen Fallzahlen und der wohl nicht ganz verlässlichen

53 Vgl. zu Wächter Philippe Sands, *The Ratline. Love, Lies and Justice on the Trail of a Nazi Fugitive*, London 2020.

54 Diese 56 Beitraitte waren in den *Mitteilungen des Deutschen Klubs* von Juni 1932 bis April 1933 vermerkt. Der tatsächliche Zeitraum mochte also geringfügig kürzer gewesen sein.

55 Vgl. Bezirks-Polizei-Kommissariat Innere Stadt in Wien, Bericht vom 12. Juni 1934. Archiv der Bundespolizeidirektion (ABPD), Vereins- und Versammlungswesen, Bestand „Deutscher Klub“.

Quellenbasis mit Vorsicht zu genießen sind.⁵⁶ Gemäß den Angaben im Mitgliederverzeichnis 1939 schwankte der Anteil der - noch im Mitgliederstand vertretenen - Vorstandsmitglieder zwischen einem und zwei Drittel (1927 und 1928: 33 %, 1929/30: 67 %, 1931: 54 %). Bei den ab der Hauptversammlung vom 10. Februar 1932 Gewählten lag der Anteilswert der NSDAP-Mitglieder aber bei jeweils mindestens 74 %. Diese Unterstützung der NSDAP durch die höchsten Klub-Repräsentanten schlug sich bei einigen in politischem Aktivismus nieder - unter anderem im Zuge des Juliputsches.

Die Beteiligung (ehemals) führender Mitglieder des Deutschen Klubs an diesem Umsturzversuch, im Zuge dessen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet wurde, war die vermutlich größte Zäsur in der Geschichte des Vereins. Angesichts der Vorkommnisse nahmen sich die Folgen - auch im Mitgliederstand - aber vergleichsweise harmlos aus. Otto Wächter, der am 26. Jänner 1932 in den Vorstand gewählt worden war, zählte zu den Hauptbeteiligten des Putsches und flüchtete nach dessen Scheitern ins Deutsche Reich. Erstmals in den Vorstand gewählt worden war bei dieser Hauptversammlung 1932 auch Harald Leithe-Jasper, der in führender Stellung im Braumüller-Verlag tätig war und im Deutschen Klub als zweiter Schriftwart fungierte. Er war 1934 politischer Berater Wächters und flüchtete ebenso nach NS-Deutschland, wo er 1936/37 Mitarbeiter der Dienststelle Ribbentrop wurde.⁵⁷

(Ehemalige) Vorstandsmitglieder waren auch Teil eines NS-Nachrichtendienstes gewesen, den die Exekutive im Juli 1934 ausforschen konnte.⁵⁸ Unter den Beteiligten fanden sich wiederum Otto Wächter wie auch Rüdiger Morawetz, der beruflich - ebenso wie sein Kompagnon Wächter - als Rechtsanwalt tätig war. Beide waren dem Deutschen Klub erst 1930 beziehungsweise 1931 beigetreten. Otto Bersch, der Leiter dieses sogenannten Wirtschaftlichen Nachrichtendienstes,⁵⁹ war nach dem NSDAP-Verbot 1933 zum Verein gestoßen, desgleichen der Abteilungsvorstand bei der Firma Böhler & Co. Josef Kern.⁶⁰ Das fünfte Klubmitglied in dieser Gruppe, der spätere Bürgermeister Wiens in der NS-Zeit Hanns Blaschke, gehörte dem Verein seit Ende 1926 an. Bei den Genannten handelte es sich teils um Angehörige der Wirtschaftsab-

56 Ausgangspunkt sind die 1939 noch im Mitgliederstand befindlichen (ehemaligen) Funktionäre, problematisch sind auch die fehlenden Vorstandsmitglieder der Jahre 1921 bis 1926.

57 Zu Leithe-Jasper vgl. Peter Broucek (Hg.), Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. 2, Wien-Köln-Graz 1983, 75.

58 Vgl. BPD Wien an das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Abteilung G.D. 2, 8. November 1934. ABPD, Bestand „Deutscher Klub“.

59 Vgl. Oliver Rathkolb/Theodor Venus, Reichsbankanstalten 1938-1945 am Beispiel der Reichsbankhauptstelle. Studie im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank, Wien 2013, 12.

60 Neben den Genannten hatten dem Nachrichtendienst auch Rudolf Pavlu, Julius Meergans-Meazza und Botho Brüda angehört, die nach derzeitigem Stand keine Klubmitglieder waren.

teilung (Hauptabteilung IV) in der NS-Landesleitung. Das Beispiel der Nachrichtendienst-Angehörigen und der Putschisten legt die Vermutung nahe, dass exponierte Nationalsozialisten verstärkt nach 1930 zum Klub stießen.

Am 31. August 1934 wurde der Deutsche Klub offiziell behördlich geschlossen, zumal erwiesen war, dass sich seine Mitglieder in staatsfeindlichem Sinne betätigt und des Hochverrates schuldig gemacht hatten.⁶¹ Rund zehn Wochen später, am 8. November, konnte der Verein wieder seine Pforten öffnen,⁶² obwohl mittlerweile außer Zweifel stand, dass der Deutsche Klub nicht nur als Treffpunkt illegaler Nationalsozialisten, sondern auch einiger Putschisten gedient hatte.⁶³ Die Regierung war offenbar der Meinung, illegale Nationalsozialisten auf diese Weise leichter überwachen zu können.⁶⁴ Erstaunlich ist die Entscheidung dennoch, zumal der Verein keine Veranlassung sah, jene Mitglieder aus dem Mitgliederstand zu entfernen, gegen die ein Strafverfahren aus politischen Gründen lief.⁶⁵ Selbst Rüdiger Morawetz (Rechtsanwaltsanwärter), Wolfgang Hielle (Druckereibesitzer) und Josef Kern (Angestellter), die allesamt wegen einer am oder seit dem 25. Juli 1934 begangenen verbotenen politischen Handlung rechtskräftig zu einer polizeilichen Verwaltungsstrafe verurteilt wurden, blieben im Verein und unterschrieben lediglich eine vorgedruckte Loyalitätserklärung.

Der Vorstand verpflichtete sich nur zum Ausschluss jener Mitglieder, „die wegen hochverräterischer oder staatsfeindlicher Betätigung gerichtlich verurteilt wurden, oder gegen welche bei gleichzeitiger Flucht ins Ausland ein in dieser Richtung begründeter Verdacht besteht“.⁶⁶ Die Vorstellungen der Bundespolizeidirektion Wien, wonach das oberste Gremium infolge einer Neukonstituierung „vollkommen einwandfrei“ sein müsste, erfüllten sich aber nur bedingt: 18 von 22 Männern blieben in ihren Funktionen. Mindestens drei der Ausgeschiedenen waren ins Deutsche Reich geflüchtet. Vierzig Mitglieder sollen infolge des Juliputsches dem Verein von sich aus den Rücken gekehrt haben.⁶⁷ Heikel waren die Entwicklungen des

61 Vgl. Telefonische Weisung durch Ludwig Weiser, 20. August 1934. ABPD, Bestand „Deutscher Klub“.

62 Vgl. Zur Kenntnisnahme!, MDK, November 1934, 1; Zulässigkeit der Mitgliedschaft beim Deutschen Klub für Bundesangestellte usw., MDK, Jänner 1935, 1.

63 Bericht der Bundes-Polizeidirektion in Wien an das Bundeskanzleramt, V.B. 5968/9/1934, vom 8. November. ABPD, Bestand „Deutscher Klub“.

64 Vgl. dazu die unterlassene Auflösung des Antisemitenbundes in Pauley, Antisemitismus, 236.

65 Vgl. BPD Wien an das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Abteilung G.D. 2, 8. November 1934. ABPD, Bestand „Deutscher Klub“.

66 Der Direktor des Kriegsarchivs Edmund Glaise-Horstenau an den Polizeipräsidenten, 14.12.1934. ABPD, Bestand „Deutscher Klub“.

67 MDK, März 1938, 2.

Jahres 1934 für die vielen öffentlich Bediensteten im Verein, doch ließ das Bundeskanzleramt mit Bescheid vom 21. Dezember 1934 wissen, dass gegen eine Klubmitgliedschaft „mit Rücksicht auf ihre Stellung als Bundesangestellte ein dienstliches Bedenken nicht obwalte“.⁶⁸ Trotz dieses Achtungserfolgs fanden sich vor allem höhere Beamte und öffentlich Bedienstete im Dollfuß-Schuschnigg-Regime nur noch selten unter den Neuaufnahmen, zumal der Loyalitätsdruck gegenüber der Regierung bei manchem Sympathisanten des Vereins wohl doch schwerer wog.⁶⁹ Eine Zäsur bei den hinzukommenden Berufsgruppen markierte das Ende der Demokratie und die Etablierung der Diktatur in Österreich aber nicht: Vielmehr setzten sich manche Trends aus der Ersten Republik verstärkt fort. So stieg etwa der Anteil der Offiziere noch einmal leicht an - auf nunmehr 7 % bei den Neuaufnahmen.

Vom Juliputsch 1934 bis zum Juliabkommen in Berchtesgaden 1936, als die Regierung eine Politik der Härte gegen den illegalen Nationalsozialismus fuhr, brachen die Beitrittszahlen mit insgesamt nur achtzig neuen Mitgliedern ein (siehe Tabelle 1). Das waren durchschnittlich 3,4 Beitritte pro Monat und damit nur noch ein Drittel des Werts nach dem NSDAP-Verbot (9,9). Aber auch in den Jahren 1924 bis (Juni) 1933 hatte der Verein im Schnitt 5,6 Mitglieder pro Monat aufnehmen können. Einem Teil der bürgerlichen NS-Anhänger war der Klubboden nun also doch zu heiß geworden. Das Juliabkommen 1936 erwies sich dann als Katalysator für die Beitritte zum Verein und als hauptverantwortlich für die fünfte und letzte Phase eines massiven Zulaufs. Dieser Andrang ging so weit, dass der Vorstand im September 1937 verlautbarte, die Mitgliederaufnahme bis auf Weiteres zu sperren. Dieser Aufnahmestopp galt offenbar schon seit Juni dieses Jahres. 91 Männer waren bis dahin beigetreten.⁷⁰ Das zeigt deutlich, wie sehr sich das nationale beziehungsweise nationalsozialistische Lager nach den Zugeständnissen Schuschniggs im Aufwind sah. Als am 1. Jänner 1938 die Sperre wieder aufgehoben wurde,⁷¹ ging es in der gleichen Form weiter. In den wenigen Wochen von Jahresbeginn bis zur Hauptversammlung am 24. Februar 1938 traten dem Verein 61 Männer bei, trotz einer vorherge-

68 Zulässigkeit der Mitgliedschaft beim Deutschen Klub für Bundesangestellte usw., MDK, Jänner 1935, 1.

69 Dieses Phänomen war auch bei den NSDAP-Beitritten zu beobachten. Vgl. Gerhard Botz, Die österreichische NSDAP als asymmetrische Volkspartei. Soziale Dynamiken oder bürokratische Selbstkonstruktion?, in: Jürgen W. Falter (Hg.), *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945*, Frankfurt/Main-New York 2016, 417-499, 447.

70 Vgl. Mitteilungen des Vorstandes, MDK, September 1937, 3; „Hauptversammlung vom 24. Februar 1938“, MDK, März 1938, 3-4.

71 Vgl. Aufhebung der Mitgliedersperre, MDK, Dezember 1937, 1.

henden Verschärfung der Aufnahmemodalitäten. Rund zwei Wochen vor dem „Anschluss“ zählte der Verein damit wieder über 1.000 Mitglieder (bei Jahresende waren es 979 gewesen, siehe Abbildung 1).⁷²

Zustrom und Massenaustritte nach dem „Anschluss“ (1938/39)

Der „Anschluss“ im März 1938 tat dem Zustrom zum Deutschen Klub keinen Abbruch, ganz im Gegenteil. Es ist naheliegend, dass sich viele einen Vorteil durch die Klubmitgliedschaft erhofften, ähnlich der Zugehörigkeit zur NSDAP. Der Vorstand sah sich deshalb „zu besonderer Vorsicht verpflichtet“.⁷³ Listen neuer Mitglieder fanden sich in den ersten Monaten des Jahres 1938 nicht im Vereinsperiodikum.⁷⁴ Unter den 93 im Periodikum verzeichneten Neuaufnahmen nach dem „Anschluss“ (bis Juli 1939) waren vor allem leitende Angestellte (18%), Fabrikanten (12%) und Offiziere (10%) stark vertreten. Viele von ihnen hatten den ausgewiesenen Posten erst infolge des politischen Umbruchs erhalten, so etwa Egon Raisp, der nunmehrige Leiter der Niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt.⁷⁵

Die letzte außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Klubs fand am 30. September 1939 statt. Einer Order von Joseph Bürckel zufolge sollte sich der Verein auflösen, wozu sich seine Mitglieder in der genannten Zusammenkunft aber nicht durchringen konnten. Der Deutsche Klub wurde drei Wochen später per 21. Oktober 1939 auf Basis des Vereinsüberleitungsgesetzes aufgelöst.⁷⁶ Der neu gewählte Obmann Alfons Langer hatte zuvor noch sein Möglichstes getan, um den Fortbestand zu sichern und am 7. Oktober ein längeres Schreiben an den Gauleiter gerichtet. Er hob darin die Verdienste des Vereins für den (illegalen) Nationalsozialismus hervor und legte zur Untermauerung seines Begehrs eine Mitgliederliste mit Stand vom 30. September 1939 bei. In dieser waren auch Mitgliedschaften in der NSDAP sowie in anderen NS-Organisationen aufgelistet. Rund 50% der Mitglieder, so Langer, gehörten der NSDAP an.⁷⁷ Obwohl vor allem die Angaben zu den Mitgliedschaften in NS-Organisationen nicht vollständig sind,⁷⁸ so bietet sie doch aufschlussreiche Er-

72 Vgl. Hauptversammlung vom 24. Februar 1938, MDK, März 1938, 3-4.

73 Vgl. ebd.

74 So ist auch sehr wahrscheinlich, dass die 61 von 1. Jänner bis 28. Februar 1938 beigetretenen Mitglieder nicht verzeichnet wurden.

75 Vgl. Rathkolb/Venus, Reichsbankenanstalten, 51.

76 Vgl. Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 187.

77 Vgl. Alfons Langer an Gauleiter Josef Bürckel, 7.10.1939. BArch, R 43/II/823.

78 Zumindest in einem Fall sind sie auch falsch. So ist der Theologe Gustav Entz als NSDAP-Mitglied ausgewiesen. Tatsächlich stellte Entz zwar einen Aufnahmeantrag, dieser wurde im April 1939 aber abgelehnt. Vgl. Roman Pfefferle/Hans Pfefferle, Glimpflich entnazifiziert. Die Professoren-schaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren, Göttingen 2014, 250.

kenntnisse zur Involvierung der Klubmitglieder in den Nationalsozialismus und die Fluktuation seit Veröffentlichung der ersten beiden Listen in den Jahren 1913 und 1919.

256 der 924 Mitglieder (28 %) sind als „Pg“ ausgewiesen (siehe Tabelle 1), zehn als SS- und sieben als SA-Mitglieder, doch steht außer Zweifel, dass die tatsächlichen Werte im Deutschen Klub - jedenfalls bis Kriegsende - wesentlich höher lagen. Diese (zu) niedrigen Zahlen mögen einerseits auf die Schwierigkeiten der Klubführung bei der Informationsbeschaffung zurückzuführen sein, andererseits auf die lange Bearbeitungszeit der Anträge durch die NS-Behörden. Die NSDAP-Führung war dem Ansturm auf NSDAP-Mitgliedschaften mit einer Sperre entgegengetreten, zugleich sollte eine „Bestandsaufnahme“ aller österreichischen Nationalsozialisten erfolgen. Das waren „[d]iejenigen Volksgenossen, die bisher Mitglieder der NSDAP waren“ und jene, „die bis zum 11. März 1938 sich als Nationalsozialisten betätigt haben und durch ihre nationalsozialistische Betätigung mit die Voraussetzung zu der Entwicklung des 11. März 1938 geschaffen haben“.⁷⁹ Von März bis Dezember 1938 stellten alleine in Wien 274.000 Personen einen solchen Antrag. Ein Jahr nach dem „Anschluss“, im März 1939, betrug der Mitgliederstand in der nunmehrigen „Ostmark“ 221.017 und war damit noch weit entfernt vom Höchststand im März 1943 mit 693.007 Mitgliedern.⁸⁰ Bis Kriegsende, so ist anzunehmen, war also weit über die Hälfte der Klubmitglieder der NSDAP beigetreten. Die Ergebnisse des Medizinhistorikers Michael Hubenstorf bestätigen diese These zumindest für die Ärzteschaft. Von 69 Medizинern, die im September 1939 dem Verein angehörten, waren bis Kriegsende mindestens 49 der NSDAP beigetreten, also zumindest 71 %. Möglicherweise lag der Prozentsatz sogar über 80. Unter ihnen befanden sich zudem sechs SA- sowie sechs SS-Mitglieder.⁸¹

Der Mitgliederstand von 924 Personen zeugt aber auch von einer Vielzahl an Austritten, die wohl auf die Turbulenzen um die drohende Auflösung des

79 Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1940, 165-168.

80 Vgl. Gerhard Jagschitz, Von der „Bewegung“ zum Apparat. Zur Phänomenologie der NSDAP 1938 bis 1945, in: Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2001, 88-122, 107-108. Unter diesen „Gauen der Ostmark“ befanden sich aber auch die eingegliederten Gebiete der CSR und Jugoslawiens. Allerdings soll die Zahl an Parteigenossen auf dem Gebiet Nachkriegsösterreichs durch die Neubetriebe bis 1945 tatsächlich diese Zahl erreicht haben. Gerhard Botz, Die österreichischen NSDAP-Mitglieder. Probleme einer quantitativen Analyse aufgrund der NSDAP-Zentralkartei im Berlin Document Center, in: Reinhard Mann (Hg.), Die Nationalsozialisten. Analysen faschistischer Bewegungen, Stuttgart 1980, 98-136, 119.

81 So könnte die tatsächliche Zahl der Nationalsozialisten aufgrund einiger nicht gesicherter NSDAP-Mitgliedschaften bis zu 57 betragen.

Vereins und den zwangsweisen Umzug von der Hofburg in das Palais Pollak-Rudin zurückzuführen waren. Angesichts der mindestens 154 Beitritte von Jänner 1938 bis Juli 1939 müssen den Klub bis Ende September 1939 über 200 Personen verlassen haben. Zudem hatten zwölf der 21 Vorstandsmitglieder im Rahmen der außerordentlichen Hauptversammlung im November 1938 ihre Funktion niedergelegt. Von den Mitgliedern des Jahres 1919 war nicht einmal mehr ein Fünftel (19 %) im Verein noch aktiv, von jenen aus 1913 waren es 21%, was auf eine etwas höhere Identifikation dieser „Gründungsmitglieder“ mit dem Klub schließen lässt. Weitaus höher waren die Verbleiberaten bei den ehemaligen Vorstandsmitgliedern, so gehörten immerhin 43% der Vorstandsmitglieder aus 1919 noch dem Verein an. Auch von den am 21. Februar 1908 gewählten Funktionären waren noch sechs in der Mitgliederliste vertreten, darunter auch der mittlerweile 73-jährige Richard Riedl. Er war einer von 129 Männern, bei denen der Zusatz „i[n] R[ente]“ beziehungsweise „a[ußer] D[ienst]“ vermerkt war. Die abschätzigste Bemerkung Arthur Seyß-Inquarts aus 1939, es handle sich beim Deutschen Klub um einen „Pensionistenverein“, war also auch Ausdruck eines im Laufe der Jahre deutlich gestiegenen Durchschnittsalters. In dem Statement spiegelt sich aber auch der Bedeutungsverlust des Vereins wider, der seine Aufgabe erfüllt hatte und auf den die neuen Machthaber nun nicht mehr angewiesen waren. Seyß-Inquart ging wohl auch aus Kalkül etwas auf Distanz zum Deutschen Klub, der auf seinem Weg zum Reichsstatthalter von immenser Bedeutung gewesen war.⁸²

Resümee und Ausblick

In der Mitgliederentwicklung des Deutschen Klubs spiegeln sich einerseits die Zäsuren in der rund 30-jährigen Geschichte deutlich wider, andererseits werden die Politik und das Wirken des Vereins erst über die Analyse seiner Sozialstruktur fassbar. Als Schlüsselereignis ist der Erste Weltkrieg hervorzuheben: Er trug nicht nur maßgeblich zur Radikalisierung des Vereins - und weiter Bevölkerungsschichten im Allgemeinen - bei, sondern auch zum Zusammenschluss der deutschnationalen Korporationen. Dies bescherte dem Deutschen Klub einen massiven Mitgliederzuwachs (um mehr als 100 % von 1913 bis 1919) und Bedeutungsgewinn. Das festigte seine Position als wichtigster Verein des deutschnationalen Lagers in Österreich. Die schrittweise Entfremdung von der parlamentarischen Demokratie und die Hinwendung zu autoritären faschistischen Bewegungen wie der Heimwehr und schließlich der NSDAP ging Hand in Hand mit der Entwicklung in den Korporationen, aber auch weiten Teilen der öffentlich Bediensteten. Letztere stellten

82 Arthur Seyß-Inquart an Josef Bürckel, 29. Juni 1939, abgedruckt in Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft. Seyß-Inquart und der Anschluss, Wien-Frankfurt/Main-Zürich 1971, 344.

beinahe die Hälfte der Mitglieder. Aber auch der ehemalige Adel (mit rund 10 % im Mitgliederstand vertreten) und die größtenteils pensionierten oder entlassenen Offiziere hatten nach dem Ersten Weltkrieg eine Zurücksetzung und Kränkung erfahren. Viele Klubmitglieder aus ihren Reihen waren federführend an der Radikalisierung des Vereins beteiligt.

Die vorliegenden Ergebnisse unterstreichen, dass es sich bei den Mitgliedern des Deutschen Klubs um keine statische, sondern eine dynamische Größe handelte. Der Mitgliederstand von 1919 war zwanzig Jahre später zu rund 80 % durch neu Hinzugekommene ersetzt worden. Durchschnittlich sechzig bis siebzig Neuaufnahmen pro Jahr gingen einher mit etwa genauso vielen Austritten (Todesfälle inbegriffen). Das bedingungslose Eintreten für den Nationalsozialismus, so ist anzunehmen, verstärkte diese Tendenzen ab Anfang der 1930er-Jahre. Selbst infolge des „Anschluss“, als der Deutsche Klub seinen größten Einfluss erlangt hatte, verließ eine dreistellige Zahl an Mitgliedern den Verein - vermutlich auch deshalb, weil er für viele (illegale) Nationalsozialisten nun seinen Nutzen verloren hatte. Alle Obmänner der ersten 18 Jahre entstammten dem aus drei Burschenschaften bestehenden „Schwarz-Rot-Goldenen Kartell“ oder dem schlesischen Verein deutscher Studenten Oppavia, ehe Mitte der 1920er-Jahre auch Alte Herren der Corps, Sängerschaften und Turnvereine die Spitze des Vereins gelangten. Für eingehende Studien zur Involvierung der Korporationen in den Nationalsozialismus, zum Verhältnis von Nationalen und Nationalsozialisten (zwei Gruppen, die sich oftmals überschneiden) bietet der Deutsche Klub ein überaus ertragreiches Untersuchungsfeld. Dementsprechend versteht sich diese Studie nicht nur als Bestandsaufnahme, sondern auch als Ausgangspunkt weiterer Forschungen.

Tabelle 1: Beitritte zum Deutschen Klub unterteilt nach politischen Brüchen 1924 bis 1939 *

<i>Zeitraum</i>	<i>Beitritte absolut</i>	<i>Ø Beitrittszahl/Monat</i>
<i>1.1.1924-19.6.1933</i>	635	5,6
<i>20.6.1933-25.7.1934</i>	130	9,9
<i>26.7.1934-11.7.1936</i>	80	3,4
<i>12.7.1936-12.3.1938</i>	91	4,5
<i>13.03.1938-31.7.1939</i>	93	5,6
<i>Gesamt:</i>	1029	5,5

Quelle: *Mitteilungen des Deutschen Klubs, 1924-1939*

* Zehn Personen traten dem Deutschen Klub im Zeitraum 1924 bis 1939 bei, traten aus und schlossen sich dem Verein ein zweites Mal an. Sie wurden in dieser Tabelle zwei Mal berücksichtigt, in Tabelle 2 jedoch nur einmal.

Tabelle 2: Berufsstruktur der Mitglieder des Deutschen Klubs 1913 bis 1939 *

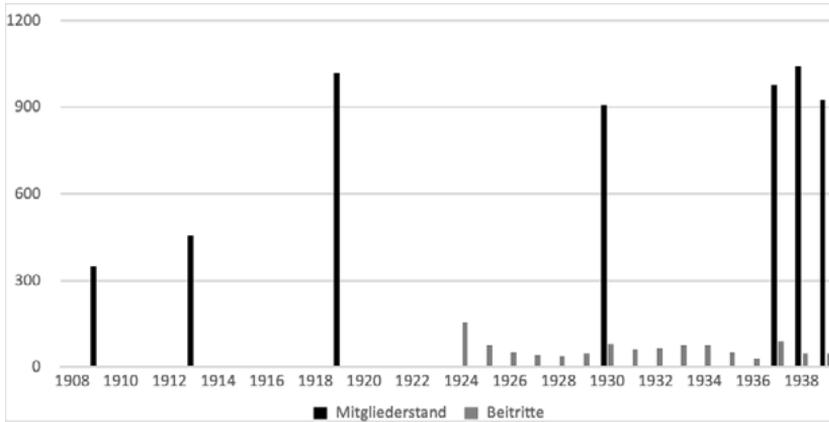
<i>Berufsgruppen</i>	<i>Verzeichnis 1913</i>	<i>Verzeichnis 1919</i>	<i>Beitritte 1924-139</i>	<i>Verzeichnis 1939</i>	<i>NSDAP 1939</i>
<i>Akademische, künstlerische und publizistische Berufe</i>					
Höhere Beamte und öffentl. Bedienstete	107	238	122	169	40
Richter	9	28	34	36	5
Staatsanwälte	2	7	6	6	5
Rechtsanwälte (inkl. Anwärter)	35	60	84	83	29
Notare (inklusive Anwärter)	9	13	16	18	7
Hochschul- professoren	35	80	37	60	22
Privatdozenten	5	15	9	3	1
Hochschul- assistenten	3	8	14	7	1
Lehrer an Höheren Schulen	11	26	20	18	3
Außeruniversitäre Wissenschaftler	6	6	2	3	1
Ärzte	40	53	34	45	13
Apotheker	3	4	12	12	--
Geistliche & Kirchenbeamte	3	7	2	5	2
Schriftsteller & Schriftleiter	10	17	24	21	9
Andere künstler. & publizist. Berufe	1	5	10	9	3
Chemiker & Physiker	--	2	4	2	--
Architekten & Ingenieure (inkl. Patentanwälte)	31	83	79	64	14

Quellen: Mitgliederverzeichnisse des Deutschen Klubs, 30. Juni 1913, 15. März 1919, 30. September 1939; *Mitteilungen des Deutschen Klubs, 1924-1939*

<i>Berufsgruppen</i>	Verzeichnis 1913	Verzeichnis 1919	Beitritte 1924-139	Verzeichnis 1939	NSDAP 1939
<i>Wirtschaftliche Selbstständige, leitende Angestellte & Offiziere</i>					
Fabrikanten	47	122	67	83	27
(Groß-)Kaufleute	16	25	113	73	21
Kleingewerbetrei- bende & Handwerker	--	1	4	3	1
Hoteliers & Gast- wirte	--	--	3	2	--
Privatiers & Rentner	1	1	2	2	1
Leitende Angestellte	31	46	91	65	14
Makler & Handels- vertreter	--	--	--	2	--
Offiziere	1	12	60	44	16
Großgrundbesitzer & Domänenpächter	3	15	9	8	2
Bauern & Landwirte	--	--	5	3	3
<i>Wirtschaftlich Un- selbstständige ohne abgeschlossene Hochschulbildung</i>					
Beamte & öffentlich Bedienstete	25	42	43	24	6
Lehrer	4	15	7	3	1
Angestellte	4	29	61	41	5
Studenten	--	5	23	4	1
Ohne Angaben	13	52	22	5	2
Sonstige	--	2	--	1	1
Gesamt:	455	1019	1019	924	256

* Nähere Angaben zum Prozedere bei der Berufsstrukturanalyse sind online unter <https://ihsa.academia.edu/AndreasHuber/Deutscher-Klub> abrufbar. Dort findet sich eine längere Version dieses Artikels, angereichert u. a. durch die Mitgliederliste 1939 und eine Aufstellung aller bislang bekannten Funktionäre.

Abbildung I: Mitgliederstand des Deutschen Klubs und Beitritte zum Verein 1908 bis 1939 *



Quellen: Mitgliederverzeichnisse des Deutschen Klubs, 30. Juni 1913, 15. März 1919, 30. September 1939; *Mitteilungen des Deutschen Klubs*, 1924-1939

* Die Stichtage, für die Mitgliederstände zu einzelnen Jahren aufliegen, variieren (siehe auch die Daten zu den Mitgliederverzeichnissen). Weitere Beitrittszahlen oder Mitgliederstände sind bis dato nicht bekannt.

Klaus Taschwer

Vereinszweck: Bekämpfung des Judentums

Zur Frühgeschichte des Antisemitenbundes 1919 bis 1921

Die pogromartigen Ausschreitungen nach dem „Anschluss“ 1938 in Wien haben viele zeitgenössische Beobachter:innen entsetzt. „An diesem Abend brach die Hölle los“, heißt es etwa beim deutschen Schriftsteller Carl Zuckmayer, dessen eindringliche Schilderungen der Ereignisse am 12. März oft zitiert worden sind.¹ In den Wochen und Monaten danach nahmen die Peinigungen der jüdischen Bevölkerung noch weiter zu. Die Verhaftungen und „Arisierungen“ wurden mit einer solchen Brutalität vollstreckt, dass man sogar im „Altreich“ etwas mehr Zurückhaltung verlangte. Auch die Vertreibungen und Deportationen von Wiener Jüdinnen und Juden wurden in einer logistischen Effizienz abgewickelt, was sie zum Modell für das gesamte Deutsche Reich machte.

Warum aber kam es ausgerechnet in Wien und im übrigen Österreich zu derartigen Auswüchsen des spontanen wie auch wohl organisierten Judenhasses? Die Begeisterung für den Nationalsozialismus kann nur bedingt als Erklärung herhalten. Die NSDAP war von Juni 1933 bis März 1938 verboten, ihre in die Illegalität gedrängten Mitglieder waren im Austrofaschismus verfolgt worden und flüchteten ins Deutsche Reich. Lag es also womöglich weniger an der Begeisterung für den Nationalsozialismus als an einem besonders ausgeprägten Judenhass, der sich im März 1938 in Österreich ungebremsst Bahn brach? Ein Bonmot, das dem Schriftsteller Alfred Polgar zugeschrieben wird, deutet in diese Richtung: „Die Deutschen sind erstklassige Nazis, aber lausige Antisemiten. Die Österreicher sind lausige Nazis, aber bei Gott, was für erstklassige Antisemiten sie sind!“²

Bleibt die Frage, warum der Judenhass gerade in Wien und Österreich so extreme Formen annahm. Eine wichtige Rolle bei dieser Radikalisierung, so lautet eine Behauptung dieses Beitrags sowie weiterer Texte in diesem Sammelband, spielte ein Geflecht an rechten und antisemitischen Organisationen in der Zwischenkriegszeit. Ihr radikaler, hetzerischer Antisemitis-

1 Carl Zuckmayer, *Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft*, Frankfurt/Main 1966, 71-72.

2 Zit. und übersetzt n. George Clare, *Last Waltz in Vienna: The Destruction of a Family, 1842-1942*, London 1981, 221.

mus blieb aber nicht auf diese Vereine beschränkt, die mit den Parteien des rechtskonservativen politischen Spektrums eng vernetzt waren. Diese übernahmen und „normalisierten“ die Hetze, um damit erfolgreich Wahlen zu schlagen. Von den zuständigen Stellen im Innen- und Justizministerium, die ebenfalls unter rechtskonservativer Ägide standen, wurden diese Vereine und ihre radikale Rhetorik geduldet und nur in den seltensten Fällen geahndet.

Unter diesen extremistischen Netzwerken nahm der 1919 gegründete Antisemitenbund in den frühen 1920er-Jahren und dann wieder ab 1933 eine führende Rolle ein. Dieser überparteiliche Verein wurde in mehreren einschlägigen Publikationen zum Antisemitismus und Nationalsozialismus in der Zwischenkriegszeit zwar mehr oder weniger ausführlich erwähnt.³ Dennoch liegt über diesen Verein und seine Aktivitäten bis heute keine umfassende Monografie vor. Ähnlich wie der Deutsche Klub, die Deutsche Gemeinschaft und andere Netzwerke wurde auch der Antisemitenbund von der Zeitgeschichtsforschung nach 1945 lange übersehen. In der folgenden Darstellung, die sich auf zum Teil wenig bekannte Archivbestände und neue Zeitungsrecherchen stützt,⁴ soll gezeigt werden, wie der Antisemitenbund ab seiner Gründung im Juni 1919 mithalf, jenes antisemitische Klima mitvorzubereiten, das mit dem „Anschluss“ 1938 für die jüdische Bevölkerung in ein Inferno umschlug. Aufgrund der gebotenen Kürze liegt der Fokus dieses Beitrags auf den ersten drei Jahren des Antisemitenbundes. Weitere Kapitel zur Geschichte dieses Vereins - unter anderem zu seinen Zeitschriften,⁵ zu den Aktivitäten in den Bundesländern (insbesondere Salzburg und Tirol) sowie zu seiner Rolle im Austrofaschismus - sind in Vorbereitung.

3 Vgl. chronologisch gereiht: Francis L. Carsten, *Faschismus in Österreich*. Von Schönerer zu Hitler. Wilhelm Fink, München 1978, insbes. 90-96 und 263-264; Günter Fellner, *Antisemitismus in Salzburg 1918-1938*, Salzburg 1979, 128-158; Herbert Rütgen, *Antisemitismus in allen Lagern*. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik Österreich 1918-1938, Graz 1989, 358-375; Bruce Pauley, *Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung*, Wien 1993 (orig. 1992), insbes. 233-238. Der Antisemitenbund wurde aber auch in einer Monografie über die Kriegsflüchtlinge aus dem Osten thematisiert, nämlich Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Kriegsflüchtlinge in Wien 1914-1923, Wien-Köln-Weimar 1995, 176-186. Für kürzere lexikalische Einträge neben den Einträgen bei Wikipedia vgl. Christian Pape, *Antisemitenbund (Österreich)*, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin-Boston 2012, 33-34; sowie „Stichwort Antisemitenbund“ des Projekts „Transdisziplinäre Konstellationen in der österreichischen Literatur, Kunst und Kultur der Zwischenkriegszeit“, <https://litkult1920er.aau.at/litkult-lexikon/antisemitenbund> (abgerufen 1.11.2022).

4 Zu diesen Beständen zählen jene des Österreichischen Staatsarchivs, des Wiener Stadt- und Landesarchivs, des Archivs der Bundespolizei, sowie des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW).

5 *Der eiserne Besen* (1919 bis 1921 in Wien, 1923 bis 1932 in Salzburg), *Der Stürmer* (1933 bis 1934, nicht zu verwechseln mit dem *Stürmer* in Deutschland) und *Der Streiter* (1934).

Vorgeschichte und Gründung

Der 1919 gegründete Antisemitenbund hatte, wie viele andere antisemitische Aktivitäten der Ersten Republik, Vorläufer in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Auf Vereins- und Parteiebene gab es in Wien zumindest zwei Vereinigungen, die unter diesem oder leicht abgewandelte Namen Judenhass verbreiteten. Der erste dieser Vereine, denen die Politik Karl Luegers zu „judenfreundlich“ war, war der Bund der Antisemiten für Niederösterreich, der Ende 1903 von Josef Gregorig und anderen Christlichsozialen gegründet wurde,⁶ Angeblich trat Adolf Hitler diesem frühen „Antisemitenbund“ 1908 bei, wie sein Freund August Kubizek behauptete; Belege für Hitlers Mitgliedschaft gibt es aber nicht.⁷

1909, nach dem Tod von Gregorig, wurde in Wien ein „Bund der deutschen Antisemiten“ ins Leben gerufen. Wichtigster Betreiber dieses Vereins war wieder ein christlichsozialer Politiker, nämlich Ernst Vergani, der sich auch schon im Bund der Antisemiten für Niederösterreich engagiert hatte und der nach Karl Luegers Tod 1910 die Partei stärker deutschnational ausrichten wollte. Ein ähnliches Naheverhältnis zwischen christlichsozialen Parteivertretern und einer radikal antisemitischen Organisation, die zugleich auch als ein Bindeglied zu den Deutschnationalen fungierte, ist auch im Fall des weitaus einflussreicheren Antisemitenbundes zu beobachten, der im Juni 1919 - wohl nicht ganz zufällig in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Gründung der Deutschen Gemeinschaft und der Deutschen Studentenschaft - ins Leben gerufen wurde. Diese beiden Vereine wiesen einige Gemeinsamkeiten mit dem Antisemitenbund auf: neben dem Antisemitismus auch die Kooperation zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen. Dazu gab es personelle Überschneidungen.

Im politischen und wirtschaftlichen Krisenjahr 1919 hatten diese drei Vereine die Schuldigen für die schwierige Lage des Landes und seiner Bevölkerung schnell ausgemacht: die Kriegsflüchtlinge aus dem Osten, die sich insbesondere in Wien niedergelassen hatten. Sie wurden als „Ostjuden“ diffamiert und zum Hauptziel der antisemitischen Hetze. Doch die Suche nach den Schuldigen ging noch weiter: In einer rassistischen Klammer wurden die schon länger in Wien lebenden Personen jüdischer Herkunft - egal ob der Religion angehörend oder konvertiert - ebenfalls für die Krise mitverantwortlich gemacht.

6 Vgl. Bund der Antisemiten für Niederösterreich, *Deutsches Volksblatt*, 15.12.1903, 4. Die konstituierende Generalversammlung fand am 13. Dezember 1903 statt.

7 Zu den antisemitischen Vereinen vor 1914 vgl. auch Hannes Leidinger/Christian Rapp, Hitler: Prägende Jahre. Kindheit und Jugend 1889-1914, Salzburg-Wien 2020, 178-186.

Herrscht über diese Zuwanderung als politisch instrumentalisierter Auslöser des verstärkten Juden hasses nach 1918 in Wien wenig Zweifel, so liegen über die konkrete Gründungsgeschichte des Antisemitenbundes bisher durchwegs unvollständige Darstellungen vor. In den meisten wird behauptet, dass der christlichsoziale Politiker Anton Jerzabek sowie der deutschnationale und später nationalsozialistische Aktivist Robert Körber den Verein gegründet hätten bzw. dessen ersten Vorsitzenden gewesen seien.⁸ Das sind in der Literatur immer wieder tradierte Irrtümer, denn als offizieller Initiator und Gründer scheint sowohl in den Akten der Vereinspolizei wie auch in Zeitungsberichten vielmehr Karl Sedlak auf. Dieser war Journalist und arbeitete für verschiedene deutschnationale und völkische Zeitungen⁹ und war zumindest 1913 Mitglied im Deutschen Klub. 1918 wurde er Bezirksrat in Wien-Währing.

Sedlak brachte im Frühjahr 1919 den ersten Antrag zur Genehmigung des Vereins ein. Die erste vereinspolizeiliche Zulassung erfolgte am 3. Juni 1919. Wenig später berichtete das von Ernst Vergani gegründete antisemitische *Deutsche Volksblatt*, dass Sedlaks Gründung große Begeisterung ausgelöst habe. Schon bei der ersten Versammlung hätten sich viele Teilnehmer aufgefordert in großer Zahl bereit erklärt, in den Vorstand einzutreten: „Diese Begeisterung, die namentlich auch in den Kreisen der Kriegsteilnehmer oder, besser gesagt, den Frontkämpfern sich bemerkbar macht, ist die beste Gewähr, daß das Werk glücken wird und daß es eine neue Brücke zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen bilden wird.“¹⁰

Die erste große Werbeeinschaltung in eigener Sache erhielt der Antisemitenbund dann wenige Tage später in der rechtskatholischen *Reichspost*, die mit dem *Deutschen Volksblatt* die mediale antisemitische Verbindungssache zwischen den Christlichsozialen und den Deutschnationalen bildete. Die von Friedrich Funder herausgegebene Zeitung druckte Ende Juni 1919 eine Selbstdarstellung des neuen Vereins ab¹¹ und sollte dem Antisemitenbund auch in den weiteren Jahren publizistisch unterstützen. Der PR-Text stellte den Antisemitenbund einleitend in die Tradition deutscher Schutzvereine: So wie der Deutsche Schulverein, der Bund der Deutschen in Böhmen oder der Verein Südmark solle er erfolgreich Anliegen der Deutschen „unterstützen und för-

8 Der Fehler passierte das erste Mal vermutlich 1964 bei Peter G. J. Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914*, Göttingen 2004 (Neuaufgabe), 322 und wurde dann immer wieder kopiert, etwa bei Pauley, *Antisemitismus*, 233 oder Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“, 182.

9 Zum Zeitpunkt der Vereinsgründung war er in leitender Position für die „Ostdeutsche Rundschau“ tätig, die vom deutschnationalen Politiker Karl Hermann Wolff 1890 gegründet worden war. Ihr folgte ab 1921 die noch radikalere *Deutschösterreichische Tages-Zeitung* nach.

10 Schutzverein „Antisemitenbund“, *Deutsches Volksblatt*, 24.6.1919, 4.

11 Der Antisemitenbund, *Reichspost*, 29.6.1919, 8.

dem“; „[...] so will der ‚Antisemitenbund‘ die überall in Deutschösterreich von Seiten der Juden dem Deutschen drohenden Gefahren abwehren“. Der Hass, dem „wir Deutsche“ nach dem Krieg überall begegnen, werde „von Juden immer aufs [N]eue aufgepeitscht“. Bolschewismus und Kommunismus seien „Werke der Juden“¹². Gezeichnet war der Hetzartikel vom „Vorstand des Antisemitenbundes“. Dessen erster Vereinsobmann war der Mediziner Julius Rader.¹³ Der Stabsarzt a. D. war ein Deutschnationaler aus dem Schönerer-Umfeld mit einschlägiger Vergangenheit als Burschenschafter. Der Mediziner hatte trotz seines hohen Alters noch am Weltkrieg teilgenommen und betätigte sich danach so wie Sedlak als Bezirksrat in Währing.¹⁴ Am 5. August 1919 fand unter der Obmannschaft des damals 67-jährigen eine erste Vollversammlung des Vereins statt, der sich zu diesem Anlass offiziell in Deutschösterreichischer Schutzverein Antisemiten-Bund umbenannte. Bei dieser Sitzung wurden die Bundesstatuten leicht abgeändert und den Behörden neuerlich zur Prüfung übermittelt.¹⁵ Das betreffende Schreiben war von Sedlak, Rader und Anton Schubert¹⁶ unterzeichnet.

Die Prüfung der Statuten

Zuständig für die Genehmigung des Vereins waren das Justiz- und das Innenministerium. Das Justizministerium gab sich in seiner Beurteilung vom 20. August 1919 kritisch-zurückhaltend und monierte drei Punkte: Erstens könnte es sich beim Antisemitenbund um einen politischen Verein handeln, denn Vereinszweck sei „die Bekämpfung des Judentums und des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens“. Deshalb müsse das Innenministerium mit dem Fall befasst werden.¹⁷ Zweitens führte das Justizministerium an, dass bestimmte Maßnahmen zum Erreichen des Vereinsziels gegen den § 302 des Strafgesetzes verstoßen könnten. Konkret ge-

12 Der Antisemitenbund, *Reichspost*, 29.6.1919, 8.

13 Karl Sedlak gab sich mit der Rolle eines Schriftführers zufrieden und wurde Ende 1922 zum Ehrenmitglied ernannt, vgl. Hauptversammlung des Antisemitenbundes, *Reichspost - Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk*, 4.4.1922, 6.

14 Für eine Kurzbiografie Raders vgl. 70. Geburtstag Dr. Julius Rader, *Freie Stimmen*, 10.4.1922, 2-3.

15 Laut den Akten im Staatsarchiv ist unklar, was an den Statuten bisher gefehlt hatte oder ob sie nur in einer überarbeiteten Form übermittelt wurden. Vermutlich ging es auch um eine Abstimmung mit den Statuten für die Ortsgruppen, vgl. Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Signatur 15/5, Aktenzahl 28.716/1919.

16 Schubert war in den 1920er-Jahren Oberbibliothekar an der Technischen Hochschule Wien. Er referierte im November 1924 im Deutschen Klub über „Die wirtschaftliche Macht des Judentums in Deutschösterreich“, vgl. Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, *Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg*, Wien 2020, 67.

17 Wie Fn. 15, auch für alle weiteren Zitate aus dem Genehmigungsverfahren.

meint war Absatz c) dieses Paragraphen („Aufreizung zu Feindseligkeiten gegen Nationalitäten, Religionsgenossenschaften, Körperschaften u. dgl.“), der in den nächsten Jahren immer wieder gegen den Antisemitenbund ins Treffen geführt werden sollte. Moniert wurde das geplante Erstellen von Adresslisten der in den einzelnen Orten lebenden jüdischen Personen, was zu deren Boykottierung führen könnte. Eine solche „feindselige Tendenz ist auch in anderen Bestimmungen nicht zu verkennen“, urteilte das Justizministerium, um allerdings sogleich zu relativieren, „ohne daß geradezu gesagt werden kann, die Aufreizung zu Feindseligkeiten liege in der Absicht des Vereines“.

Drittens wurden noch einige Formulierungen der Satzungen beanstandet, „die ehrenkränkende Bemerkungen über das Judentum enthalten“ und daher als gesetzeswidrig betrachtet werden müssen. Das Ergebnis: In den Satzungen wurden die diffamierenden Passagen wie das „gesamte [...] zersetzende, unterwühlende und erwürgende Semiten(Juden)tum“ (§ 2) oder „Alleinherrschaft volksfremder Semiten(Juden)klüngel“ (§ 3 d) gestrichen. Weitere Einsprüche gegen die Statuten seitens der Staatskanzlei (in einem Schreiben vom 19. August) blieben aus, sodass der Verein ein weiteres Mal am 3. September 1919 vom Innenministerium, das den Antisemitenbund nicht als politischen Verein und auch die Bedenken in Sachen § 302 allem Anschein nach als unbegründet ansah, genehmigt wurde.

Dass nur „Nichtsemiten (Nichtjuden)“ Mitglieder des Antisemitenbundes werden konnten, versteht sich von selbst. Jeweils 20 Mitglieder waren nötig, um auf unterster Ebene eine Ortsgruppe zu bilden. Gab es in einem Bundesland genügend Ortsgruppen, konnte auch ein „Vereinsgau“ gebildet werden. Oberste Instanz war die Vereinsleitung in Wien. Dem Vereinsausschuss, der sich bei der ersten Hauptversammlung des neuen Vereins am 4. Oktober 1919 im Alten Rathaus in der Wipplingerstraße konstituierte, gehörten neben Obmann Rader unter anderem noch Paul Karger, Alexander Frey, Josef Rothmeyer, Erwin Gemeiner und Franz Odehnal an.¹⁸ Letzterer war zu diesem Zeitpunkt als christlichsozialer Gemeinderat in Wien das wohl bekannteste Vorstandsmitglied des Vereins. Ein Jahr später wurde Odehnal Nationalratsabgeordneter für die Christlichsozialen und von Mai 1922 bis April 1923 Verkehrsminister. Er gehörte außerdem dem katholischen Flügel der antisemitischen Deutschen Gemeinschaft in einer Führungsposition an. Als Geschäftsstelle des Antisemitenbundes wurde die Adresse Josefstädterstraße 9/8 im achten Bezirk angegeben, in unmittelbarer Nähe zum Antisemitenhof in der Josefgasse, wo das antisemitische *Deutsche Volksblatt* produziert wurde. Der Verein hatte auch ein eigenes Abzeichen, ein eigenwilliges Kreuz mit den Buchstaben AB auf Eichenlaub.

18 Vgl. *Wiener Stimmen*, 14.10.1919, 4.

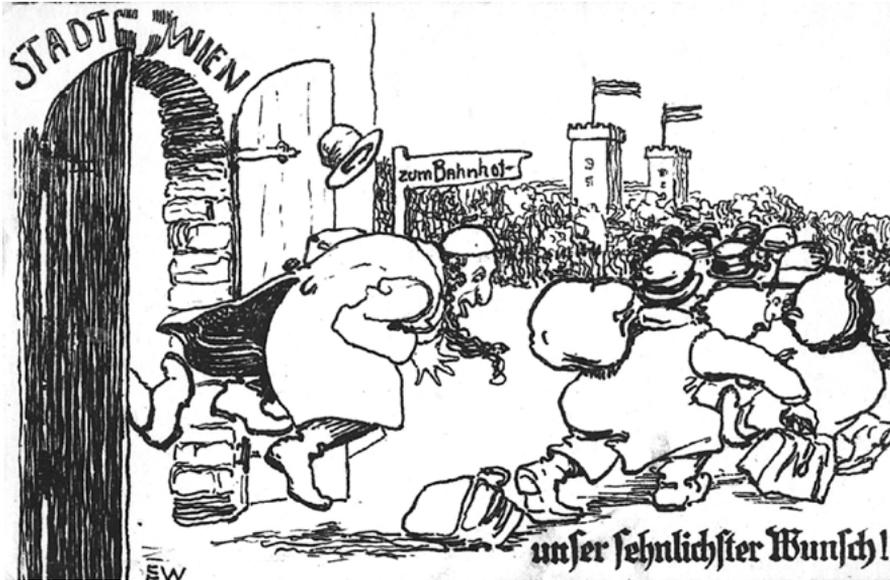
Die Mobilisierungskraft des Vereins war in den ersten Monaten seines Bestehens durchaus beeindruckend, geht man von den vereinseigenen Angaben aus. Laut dem Bericht von Vorstandsobmann Rader hatte der Antisemitenbund zum Zeitpunkt der Hauptversammlung Anfang Oktober 1919 bereits 10.000 Mitglieder in insgesamt 432 Ortsgruppen in Österreich. 14 Ortsgruppen gebe es in der Tschechoslowakei, dazu kämen noch einige in Ungarn. Es waren wohl auch diese Zahlen, die auch bei den Christlichsozialen für Interesse an dieser radikalen Bewegung sorgten. In den nächsten Wochen und Monaten sollten einige rechte christlichsoziale Politiker im Antisemitenbund führende Rollen übernehmen - sowohl im Verein wie auch bei dessen Veranstaltungen, die nur dank des massiven Einsatzes der Polizei nicht in Pogromen in der Leopoldstadt endeten.

Die ersten Veranstaltungen

Wenige Wochen nach der ersten Genehmigung des Vereins im Juni 1919 hielten die ersten Ortsgruppen bereits Kundgebungen ab. So etwa lud die Ortsgruppe Leopoldstadt am 4. Juli 1919 zu einer Versammlung und einem Vortrag von Anton Orel. Der rabiate antisemitische Aktivist hatte 1905 den christlichen antikapitalistischen Bund der Arbeiterjugend Österreichs und 1918 die kleine antisemitisch ausgerichtete Deutschösterreichische Volkspartei gegründet. Nun sprach er für den Antisemitenbund über die „tieferen Ursachen und das Wesen des Judaismus“.¹⁹ Im Herbst 1919 wurden die Aktivitäten verstärkt - nicht zuletzt auch durch Flugblätter und Plakate, die insbesondere in der Leopoldstadt und benachbarten Bezirken für Beunruhigung sorgten, da sie auch zur Gewalt gegen Jüdinnen und Juden aufforderten. Unmittelbar vor Rosch ha-Schana, dem jüdischen Neujahrstag, der 1919 auf den 25. September fiel, wurden etwa Plakate mit Parolen wie „Ostjuden hinaus, fort mit den fremden Schmarotzern!“ oder „Ostjuden hinaus, Platz den Heimkehrern!“ affiziert.

Direkt am jüdischen Feiertag fand dann vor dem Rathaus in Wien die erste größere Kundgebung mit Beteiligung des Antisemitenbundes statt. Veranstaltet wurde die Kundgebung nominell allerdings noch vom Deutschen Volksrat für Wien und Niederösterreich. Zu den Rednern vor rund 5.000 Teilnehmern gehörten der großdeutsche Nationalratsabgeordnete Josef Ursin und der frühe Nationalsozialist Walter Riehl, damals niederösterreichischer Landtagsabgeordneter. Zentrale Forderung der Veranstaltung war die Ausweisung der Ostjuden, die ultimativ bis zum 3. Oktober zu erfolgen habe. Zudem wurde zu einer weiteren Veranstaltung am 5. Oktober aufgerufen.

19 Antisemitische Hetze in Wien, *Jüdische Korrespondenz*, 18.7.1919, 4.



Postkarte des Antisemitenbundes aus dem Jahr 1919, die bereits bildlich den 1922 erscheinenden Roman Hugo Bettauers „Die Stadt ohne Juden“ vorwegnimmt. 1924 wurde dieser unter der Regie des Autors verfilmt. | Gemeinfrei

Nach dem Ende der Kundgebung zogen der antisemitische Mob zur Redaktion der linken Zeitung *Der Abend* in der Canisiusgasse im 9. Gemeindebezirk. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und Zionisten. Ein Exekutivbeamter und ein jüdischer Arbeiter wurden laut Polizeiangaben schwer verletzt.²⁰ Der Versuch der Kundgebungsteilnehmer, in den zweiten Bezirk zu ziehen und dort Gewalttaten zu begehen, konnte aber augenscheinlich vereitelt werden. Laut der Wochenzeitschrift *Jüdische Korrespondenz* kam es bloß am Mathildenplatz (dem heutigen Gaußplatz) zu einem Zusammenstoß „zwischen der antisemitischen Bande und der jüdischen Schutzwache“ bei dem ein Jude verletzt worden sei.²¹ Aufgrund dieser Ereignisse suchte tags darauf der US-amerikanische Generalkonsul Albert Halstead Staatskanzler Karl Renner zu einem Besuch auf.²² Halstead warnte, dass weitere Kundgebungen dieser Art die öffentliche Meinung in den USA, die Österreich mit Hilfszahlungen unterstützten, negativ beeinflussen würden und erinnerte daran, dass die Ratifizierung der Pariser Vorortverträge anstand.

20 Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“, 179.

21 Die antisemitische Hetze in Wien, *Jüdische Korrespondenz*, 7.10.1919, 2-3.

22 Ein Besuch des amerikanischen Generalkonsuls beim Staatskanzler, *Neue Freie Presse*, 26.9.1919, 1.

Dennoch fand am 5. Oktober die angekündigte Massenkundgebung statt, diesmal offiziell veranstaltet vom Antisemitenbund, der tags zuvor seine erste Hauptversammlung abgehalten hatte. Straßenkundgebungen im Anschluss an die Veranstaltung wurden untersagt. Über die Anzahl der teilnehmenden Personen gibt es unterschiedliche Angaben, die von 5.500 bis 15.000 reichen.²³ Die Polizei schätzte die Zahl auf 10.000. Ein Teil davon fand sich an diesem Sonntag in der Volkshalle des Wiener Rathauses ein, der andere Teil harrte auf dem Platz davor aus. Parallel dazu fand unweit davon eine kommunistische Gegendemonstration im Votivpark statt. Die Veranstaltung im Rathaus richtete sich „gegen die immer unerträglicher werdende Anmaßung, Überhebung und Vorherrschaft des Judentums“ und nahm laut Zeitungsberichten einen sehr stürmischen Verlauf. Unter den Rednern befand sich abermals - und entgegen einer mit den Behörden getroffenen Abmachung - Anton Orel, dessen hetzerische Reden besonders gefürchtet waren. Dieser ging über diese Forderung weit hinaus und erklärte, dass nicht nur die Ostjuden, sondern alle Juden „entfernt werden müssten, um dem drohenden Untergang Wiens vorzubeugen“.

Weitere Wortmeldungen kamen unter anderem von Anton Jerzabek und Walter Gattermayer, am Platz vor dem Rathaus von Pater Schmiedhuber. Ihr Tenor war: Die galizischen Juden würden „nicht nur das wirtschaftliche und sittliche Leben der Bevölkerung vollständig untergraben“, sondern „auch der Bevölkerung und den Heimkehrern Wohnung und Lebensmittel wegnehmen“. Entsprechend wurde verlangt, „endlich die Ostjuden auszuweisen“, und zwar binnen 14 Tagen. Nach Ablauf dieser Frist, die nach anderen Angaben erst am 25. November 1919 endete²⁴ - „müßte seitens der Veranstalter jede Verantwortung an den kommenden Geschehnissen abgelehnt werden“.²⁵ Nach der Veranstaltung kam es zu den eigentlich verbotenen Straßenkundgebungen. Schwerere Krawalle und ein Vordringen des Mobs in die Leopoldstadt konnten diesmal nur durch ein Großaufgebot an Polizeikräften verhindert werden. Es gab mehrere Zwischenfälle insbesondere im Stadtpark, insgesamt vier Anhaltungen unter anderem wegen unerlaubten Waffentragens. Die Polizeidirektion entschied sich wegen der Vorkommnisse, weitere Veranstaltungen dieser Art vorläufig nicht mehr zu genehmigen.²⁶ Die Exekutive sollte gegenüber dem Antisemitenbund, der seine Anliegen ganz eindeutig auf die Straße bringen wollte, eine mehr oder weniger nachgiebige Politik betreiben und konnte sich

23 Vgl. unter anderem Die Antisemitendemonstration, Wiener Montags-Journal, 6.10.1919, 2; Die Wiener Antisemitenkundgebung, Neues Grazer Volksblatt, 6.10.1919, 1.

24 Die Wiener Antisemitenkundgebung, Neues Grazer Volksblatt, 6.10.1919, 1.

25 Polizeibericht zit. n. Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“, 180.

26 Der Parteirat der Wiener Christlichsozialen, *Reichspost*, 23.11.1919, 2-3.

zu keinem grundsätzlichen Verbot durchringen, was wohl auch daran lag, dass der Verein Unterstützung der bürgerlichen Parteien - und dabei auch der Christlichsozialen - genoss.

Der Antisemitenbund und die Christlichsozialen

Verwunderlich ist, warum der Antisemitenbund als eigentlicher Verursacher der Vorfälle unbelangt blieb und auch keine Auflösung des Vereins beantragt wurde. Wer meinte, dass es angesichts solcher Vorfälle, die ohne massiven Polizeieinsatz zu Pogromen geführt hätten, zu einer geschlossenen Distanzierung der politischen Parteien vom Antisemitenbund gekommen wäre, wurde enttäuscht. Genau das Gegenteil war der Fall: Beim Parteirat der Wiener Christlichsozialen am 23. November 1919 legte Leopold Kunschak folgende bemerkenswerte EntschlieÙung vor: „Den Parteimitgliedern wird der Beitritt zum Antisemitenbund empfohlen. Sollten jedoch, wie von einigen Seiten mitgeteilt wird, im Antisemitenbund direkte oder indirekte Angriffe auf die christlichsoziale Partei geäuÙert werden, so sind alle Parteimitglieder verpflichtet [...] diese Angriffe unverzüglich der Parteileitung mitzuteilen.“ Der Vorschlag wurde laut dem Zeitungsbericht „nach einer längeren Wechselrede“ angenommen.²⁷ Wer von den christlichsozialen Politikern dem Antisemitenbund beitrug, ist nicht bekannt und wäre eine interessante Frage für weitere Recherchen. Konkrete Aufschlüsse über Mitgliederzahlen und deren Entwicklung fehlen ebenfalls. Ein Mitgliedsschein aus der Steiermark lässt immerhin darauf schließen, dass es bis zum Zeitpunkt seiner Ausstellung im Jahr 1920 in jedem Fall mehr als 25.000 Personen gewesen sein müssen.

Antisemitische Tendenzen gab es zu dieser Zeit in allen Parteien, doch die Radikalität des Judenhasses war ungleich verteilt. Bei der Sozialdemokratie war es vor allem Albert Sever, der als Landeshauptmann von Niederösterreich (damals inklusive Wien) im Herbst 1919 einen Erlass herausgab, der das weitere Verbleiben der Flüchtlinge von einer Aufenthaltsbewilligung abhängig machte - die aber nur in seltenen Fällen gewährt wurde. Und Karl Renner bediente sich in den frühen 1920er-Jahren in einigen Parlamentsreden sarkastisch antisemitischer Polemik, um sich über die Nicht-Einlösung hetzerischer antisemitischer Versprechungen der Christlichsozialen als Mobilisierungsinstrument im Wahlkampf 1920 zu mokieren. Bei den Deutschen war Leopold Waber als Innenminister 1921 dafür verantwortlich, dass den „Ostjuden“ das Optionsrecht verweigert wurde, was Waber auch noch rassistisch begründete.

²⁷ Der Parteirat der Wiener Christlichsozialen, *Reichspost*, 23.11.1919, 2-3.

Besonders stark ausgeprägt war der Antisemitismus bei den Christlichsozialen, was - dank Karl Lueger - eine gewisse Tradition hatte und auch dadurch zum Ausdruck kam, dass mit Anton Jerzabek im Laufe des Jahres 1920 ein christlichsozialer Politiker die Obmannschaft des Vereins übernahm, nachdem Rader aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten musste. Jerzabek, der ebenso wie sein Vorgänger Arzt war, hatte sich bereits im Februar 1919 als führender antisemitischer Christlichsozialer exponiert. Er war Wortführer einer Gruppe von insgesamt zwanzig Abgeordneten seiner Partei gewesen, die in der provisorischen Nationalversammlung das Verbot der Einwanderung bzw. die Ausweisung von jüdischen Flüchtlingen unter bestimmten Bedingungen verlangt hatten.²⁸

Kunschaks Empfehlung, dem Antisemitenbund beizutreten und die Obmannschaft eines christlichsozialen Politikers diesem Verein sind nur zwei von vielen Hinweisen darauf, wie wichtig der Antisemitismus als Thema für die Christlichsoziale Partei in dieser Zeit war. In klassischer rechtspopulistischer Weise wurde den jüdischen Migrant:innen, aber auch der assimilierten jüdischen Bevölkerung Wiens die Schuld für die politische und wirtschaftliche Krisensituation gegeben. Antisemitismus wurde dann auch zum großen Wahlkampfthema im Laufe des Jahres 1920, und dafür kam es auch zu strategischen Allianzen zwischen dem Antisemitenbund und den Christlichsozialen.

So konnte am 7. Juni 1920 abermals unter Duldung der Polizei eine weitere große antisemitische Kundgebung im Wiener Rathaus stattfinden, die wieder vom Antisemitenbund - diesmal gemeinsam mit der im April 1920 gegründeten Frontkämpfervereinigung - organisiert wurde. Der Anlass für die hetzerische Veranstaltung, an der nach Presseberichten rund 10.000 Personen teilnahmen: Die Regierung habe „immer noch nichts gegen die Plage des Ostjudentums in Wien unternommen“, wie es in einem Bericht der *Reichspost* hieß.²⁹ Unter dem Vorsitz von Anton Jerzabek, der die einflussreichsten Worte sprach, hielt der damalige christlichsoziale Parteiohmann Leopold Kunschak den Hauptvortrag zum Thema „Lösung der Judenfrage“. Im Zentrum seines Vortrags stand das Thema der Ausweisung der Ostjuden. Aufgrund der Friedensverträge sei deren Ausweisung dann nicht mehr gesetzlich möglich, wenn sie keine Dokumente mehr hätten. Damit sei aber die Frage nicht erledigt, versprach Kunschak und hatte - zitiert nach der *Reichspost* - folgenden Vorschlag parat: „Wenn ich aber ein Raubtier nicht aus dem Land bringen kann, dann sperre ich es in den Käfig ein.“ Nach stürmischem Applaus der Anwesenden bekräftigte Kunschak, dass wir jene Ostjuden, die keine Dokumente mehr hätten, „in Flüchtlingslagern konzentrieren“ müss-

28 Vgl. Pauley, Antisemitismus, 127.

29 Die Antisemitenversammlung im Rathaus, *Reichspost*, 8.6.1920, 5.

ten. Außerdem solle es aber auch jüdischen Lehrern verboten werden, an arischen Schulen zu unterrichten. An den Hochschulen müsse eine Numerus clausus eingeführt werden, der Jude „wird nur zugelassen im Verhältnis zu Zahl seines Volkes zu unserer deutschen Bevölkerung“.

Einer der Redner der Veranstaltung war der damals 27-jährige Studentenvertreter Engelbert Dollfuß. Laut dem Bericht der *Reichspost* prangerte er „die Verjudung der Hochschulen an und begrüßte es, daß die antisemitischen Kundgebungen an der Universität die Öffentlichkeit auf die Verjudung unserer Hochschulen aufmerksam gemacht haben“.³⁰ Nach der Veranstaltung zog die Menge zunächst zum Schwarzenbergplatz, wo die Polizei die Kundgebung auflösen wollte. Dennoch begaben sich 4.000 Personen unter dem Ruf „Auf in die Leopoldstadt“ weiter in Richtung Aspernbrücke. Erst dort konnte von der Polizei ein Vordringen in den zweiten Bezirk vereitelt werden.³¹ Die Veranstaltung und die Ausschreitungen danach fanden auch ein internationales Echo.³²

Diese antisemitischen Vorstöße christlichsozialer Politiker standen unter dem Eindruck der Wahlen am 17. Oktober 1920, die zu einer Richtungsentscheidung werden sollte. Dabei war es aber aufgrund der 1919 geknüpften rechten antisemitischen Netzwerke vermutlich schon eine vorab vereinbarte Sache, dass die Christlichsozialen mit den Deutschnationalen eine Koalition bilden würden.³³ Die Christlichsozialen setzten bei ihrem Wahlkampf - so wie Lueger zwanzig Jahre zuvor - ganz auf die Karte und das Mobilisierungspotenzial des radikalen Antisemitismus, sowohl in Reden wie auch in jenem bekannten Wahlplakat, das im Herbst 1920 von den Christlichsozialen affiziert wurde.

Ignaz Seipel, seines Zeichens christlichsozialer Abgeordneter, Professor für katholische Theologie, Prälat und später Bundeskanzler, forderte in einer Rede am 22. September 1920 abermals einen Numerus clausus für jüdische Studierende und rechtfertigte solche Diskriminierungen wie folgt: „Dieser Antisemitismus ist ebenso wie jener, zu dem uns der wirtschaftliche Kampf zwingt, ein reiner Notwehrantisemitismus. Ein anderer ist der großen Rasse der Österreicher und insbesondere der Wiener überhaupt fremd. Die Gefahr von Pogromen besteht bei dem Charakter unseres Volkes nicht.“³⁴ Das

30 Die Antisemitenversammlung im Rathaus, *Reichspost*, 8.6.1920, 5.

31 Eine Antisemiten-Kundgebung in Wien, *Die Neue Zeitung*, 8.6.1920, 4.

32 Two Americans Hurt in Anti-Semitic Riot, *New York Times*, 10.6.1920, 11.

33 Vgl. Arthur Seyß-Inquart, der 1939 in einem Brief an Heinrich Himmler im Zusammenhang mit der Deutschen Gemeinschaft meinte: Es sei „ein Erfolg der Tätigkeit dieser Gesellschaft gewesen, daß die schwarz-rote Koalition zum Bruch und die Marxisten niemals wieder in die Regierung kamen“, zit. n. Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft. Seyß-Inquart und der Anschluß. Wien-Frankfurt/Main-Zürich 1971, 364.

34 „Die Kulturpolitik der Christlichsozialen“ von Dr. Ignaz Seipel, *Reichspost*, 23.9.1920, 1-2, 2. Hervorhebung im Original.

Das christlichsoziale Wahlplakat der Nationalratswahl 1920 zeigt eine - in Anspielung auf die Sozialdemokratie - rote „jüdische Schlange“, die den „österreichischen Adler“ erdrosselt. Es wurde vom Grafiker, Maler und Bühnenbildner Bernd Steiner entworfen. Im selben Jahr war er zum künstlerischen Leiter des Verlags der Wiener Graphischen Werkstätte berufen worden und war für den Buchschmuck und die Illustration zahlreicher Publikationen verantwortlich.

| Österreichische Nationalbibliothek

Bild online nicht verfügbar.

war angesichts der Ausschreitungen, die in den Monaten zuvor nur dank des Einsatzes der Polizei nicht gewalttätiger endeten, eine mutige Behauptung. Tags darauf sekundierte ihm abermals Engelbert Dollfuß als Vertreter der katholischen Fraktion der Deutschen Studentenschaft:

„Hier hilft kein Herumdoktern, weg mit allen fremden Juden aus dem Osten, Beschränkung aller derer, die diesen den Weg vorbereitet haben, den so genannten bodenständigen Juden, auf die ihnen [...] nach ihren Köpfen gebührende Zahl! Nur so können wir unserer heimischen Jugend den akademischen Boden sichern.“³⁵

Auch der „überparteiliche“ Antisemitenbund mischte sich in den Wahlkampf ein und hatte eine Wahlempfehlung, die mehrere Optionen offenließ - alle freilich rechts der Mitte: In der Vereinszeitschrift *Der eiserne Besen* (Untertitel: „Ein Blatt der Notwehr“), die ab Juli 1919 erschien und in Themenwahl und Sprache den *Stürmer* in Deutschland vorwegnahm, hieß es wie folgt:

„Deutsche! Arier! [...] Am 17. Oktober sollt Ihr über Euer und Eures Landes weiteres Schicksal entscheiden! Wollt Ihr, dass der jüdischen Vorherrschaft in deutschen Landen, jüdischer Ausbeutung und Volksverhetzung

35 „Fremdländer“-Frage in der Wiener Universität“, *Reichspost*, 24.9.1920, 5.

ein Ende gesetzt [...], dann dürft ihr keinen Juden oder Judenfreund wählen! [...] Von den größeren Parteien sind judenrein und judengegenersch nur: die Christlichsoziale Partei, der Deutsche Bauernbund, die Deutsch-österreichische Volkspartei, die Großdeutsche Volkspartei (Vereinigung aller völkischen Gruppen) und die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Denket daran am 17. Oktober 1920!“³⁶

Die antisemitische Hetze brachte den gewünschten Erfolg. Doch mit dem Wahlsieg der Christlichsozialen und der deutschnationalen Parteien gab es nun sowohl für den Antisemitenbund wie auch für die Regierung ein gewisses Dilemma: Die radikalen Forderungen aus dem Wahlkampf konnten unmöglich eingelöst werden, da sie gegen die Verfassung, aber auch gegen internationale Verträge verstießen. Die antisemitische Mobilisierung wurde für den Antisemitenbund entsprechend schwieriger; einige seiner Vorstandsmitglieder tendierten deshalb dazu, ihn von der Parteipolitik unabhängiger zu machen. Umgekehrt mussten die regierenden Christlichsozialen und Deutschnationalen nach Ausreden suchen, warum sie nicht das taten, was sie versprochen hatten. Dieses Dilemma zeigte sich bei einer weiteren Veranstaltung des Antisemitenbundes kurz nach den Wahlen - zumindest in der Berichterstattung der *Arbeiter-Zeitung*: Die christlichsozialen Wortführer des Antisemitenbundes - wieder einmal Jerzabek und Kunschak - konnten nicht mehr auf die „Soziregierung“ schimpfen; der Besuch sei entsprechend schwach geblieben.³⁷

Am Tag vor dieser Veranstaltung berichtete Vorsitzender Jerzabek über die Tätigkeit des Vereines im abgelaufenen Vereinsjahr.³⁸ Der Verein habe 15 neue Ortsgruppen in Wien, acht in der Provinz und einen Gau in der Steiermark gegründet. Der Antisemitenbund habe sich auch mit anderen Vereinigungen, so mit der Frontkämpfervereinigung, zur gemeinsamen Arbeit zusammengeschlossen. Die Lösung der Judenfrage habe freilich nur geringe Fortschritte gemacht. Im vergangenen Jahr seien im Ganzen nur 8.000 Ostjuden abgeschoben worden; wenn man bedenkt, so Jerzabek weiter, dass sich hier 350.000 Ostjuden befinden, sei das nur ein ganz verschwindender Prozentsatz.³⁹

Eine der zahlreichen Ortsgruppen war jene von Amstetten, die vom christlichsozialen Politiker Hans Höller vermutlich 1920 mitbegründet wurde. Diese Ortsgruppe ist auch deshalb bemerkenswert, weil sie ein eigenes Notgeld herausgab: Scheine im Wert von 10, 20 und 50 Heller. Es darf vermutet werden,

36 *Der eiserne Besen*, 15.10.1920, 1. Die Zeitschrift wurde ursprünglich vom Deutschen Volksrat für Wien und Niederösterreich herausgegeben, ab dem Frühjahr 1920 (mit der Folge 13 vom Antisemitenbund).

37 Die verwirrten Antisemiten: Der Antisemitenbund, *Arbeiter-Zeitung*, 8.11.1919, 4-5.

38 *Deutsches Volksblatt*, 7.11.1920, Jahresversammlung des Antisemitenbundes, 5.

39 Ebd.

dass die Idee auf Höller zurückgeht, der Sparkassenangestellter war und es bis zum Sparkassendirektor brachte.

Diese Ortsgruppe war auch sonst recht aktiv: So forderte sie in einer Petition, die unter anderem im *Deutschen Volksblatt* abgedruckt wurden, antisemitische Gemeindevertreter Ende Mai 1921 dazu auf, dass in ihrem Ort keine jüdischen Sommerfrischler aufgenommen werden sollten. Viele Gemeinden hätten „diesen Beschluß im verflossenen Sommer zum nachweisbaren Vorteil der Gesamtbevölkerung durchgeführt. Der Dank unserer von jüdischem Schmarotzertum in Not und Elend getriebenen, bodenständigen, arischen Einwohnerschaft wäre der unschätzbare Lohn für eine so wackere Tat.“⁴⁰

Der Antisemitentag im März 1921

Eine der folgenreichsten Veranstaltungen des Antisemitenbundes war der Antisemitentag im März 1921, der so wie der Verein nach 1945 lange aus dem kollektiven Gedächtnis Österreichs verdrängt blieb.⁴¹ Als die beiden Initiatoren gelten Anton Jerzabek und Walter Riehl, der Mitgründer und Vorsitzender der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) sowie Vorstandsmitglied im Deutschen Klub war. In den Räumlichkeiten dieses Vereins fanden auch die vorbereitenden Sitzungen des Antisemitentags statt.⁴² Dass die Organisatoren ihre Veranstaltung ausgerechnet vom 11. bis zum 13. März stattfinden ließen, war womöglich kein Zufall: Praktisch auf den Tag genau 500 Jahre zuvor, am 12. März 1421, wurden auf der Gänseweide (der heutigen Weißgerberlände im dritten Wiener Gemeindebezirk) etwa 200 Jüdinnen und Juden wegen einer angeblichen Hostienschändung verbrannt.

Eine Ankündigung dieses Antisemitentages fand sich am 20. Februar 1921 im *Eisernen Besen*. Diese Annonce liest sich mit dem Wissen von heute einmal mehr wie eine Prophezeiung dessen, was 17 Jahre danach in Österreich passieren sollte: „Wenn jeder seine Pflicht tut, dann wird die Tagung vom 11., 12. und 13. März der Anfang des Befreiungskampfes aller Arier werden. Denn so

40 *Deutsches Volksblatt*, 29.5.1921, 5.

41 Zum Antisemitentag vgl. Wolfgang Benz, Antisemitentag (Wien 1921), in: Wolfgang Benz (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 8: Nachträge und Register. Berlin-Boston 2015, 159-162. Zum hundertsten Jahrestag im März 2021 erschienen zwei Artikel über die dreitägige Veranstaltung: Wolfgang Duchkowitsch, Wiener Antisemitentag 1921: Schweigen, Beifall und Abscheu, *Wiener Zeitung*, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/kultur/medien/2095848-Wiener-Antisemitentag-1921-Schweigen-Beifall-und-Abscheu.html> (abgerufen 1.11.2022); sowie Klaus Taschwer, Antisemitentag 1921: „Der Anfang des Befreiungskampfes aller Arier“, *Der Standard*, <https://www.derstandard.de/story/2000124985999> (abgerufen 1.11.2022). Die folgende Darstellung hält sich vor allem an den zuletzt zitierten Text.

42 Vgl. Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*, 58-59.

war's stets: dem Morgenrauen folgt der Tag!⁴³ Der Antisemitenbund wollte sich bei der dreitägigen Veranstaltung in erster Linie mit Repräsentanten anderer antisemitischer Vereine in Österreich und dem benachbarten Ausland vernetzen. Zu den 62 Teilnehmern der Tagung zählten entsprechend Vertreter zahlreicher weiterer antisemitischer Vereine aus Berlin („Verband gegen die Überhebung des Judentums“), Budapest („Erwachendes Ungarn“) oder Bratislava, die nach Wien angereist waren.

Eröffnet wurde die Veranstaltung erneut vom christlichsozialen Politiker Anton Jerzabek, der einmal mehr die Dolchstoßlegende beschwor: „Nur der Kräfte lähmenden Zersetzung, die das deutsche Volk durch das Judengift erfahren hat, verdankt die Entente den Sieg.“ In den danach folgenden Vorträgen und Diskussionen in der Wiener Bäckergenossenschaft wurde unter anderem „die Verjudung der Hochschulen“, der „jüdische Einfluss auf die Pflichtschulen“ oder die angebliche Dominanz der Juden auch in der Presse, der Kunst und Literatur angeprangert.

Zu den Rednern gehörte auch Mitorganisator Walter Riehl sowie der aus München angereiste Hermann Esser. Der damals erst 20-jährige Redakteur des Völkischen Beobachters und frühe Hitler-Intimus überbrachte die Grüße der „radikal-judenfeindlichen reichsdeutschen Nationalsozialisten“. Der zweite Tag begann mit einer Trauerkundgebung für den 1901 verstorbenen Pfarrer Josef Deckert, der für seine antisemitischen Umtriebe mehrfach angeklagt und zu Geldstrafen verurteilt worden war. Die Teilnehmer beschlossen einstimmig, die Regierung aufzufordern, alle seit 1914 eingewanderten „Ostjuden“ bis 1. April 1921 auszuweisen. Nach weiteren Vorträgen am Vormittag des 13. März, einem Sonntag, folgten am Nachmittag Ansprachen in der Volkshalle des Neuen Rathauses. Gegen 17 Uhr hatten sich bereits über 5.000 Personen versammelt, für die nicht mehr genug Platz in der Volkshalle war.⁴⁴ Also wich man auf den Platz vor dem Rathaus aus. Unter den versammelten Antisemiten waren Repräsentanten des Nationalverbands deutsch-österreichischer Offiziere, der Frontkämpfervereinigung, der Nationalsozialistischen Partei oder der Gewerkschaft der völkischen Postler.

Die Wiener Zeitungen berichteten mehr oder weniger ausführlich über den Antisemitentag und vor allem über die Ausschreitungen nach dessen Ende:⁴⁵ Denn nach der öffentlichen Kundgebung am Sonntag setzte sich ein

43 *Der eiserne Besen*, 20.2.1921, 1.

44 In der Literatur ist immer wieder von 40.000 Teilnehmern die Rede. Dieses Missverständnis rührt daher, dass die in- und ausländischen Vereine, deren Repräsentanten sich in Wien trafen, insgesamt 40.000 Mitglieder hatten.

45 Vgl. Ausschreitungen des antisemitischen Pöbels, *Der Morgen*, 14.3.1921, 3; Der Abschluss des Antisemitentages, *Neues Montagsblatt* 14.3.1921, 2; Antisemitische Ausschreitungen in der Inneren Stadt, *Neue Freie Presse*, 14.3.1921, 4; Antisemitische Strassenexcesse in Wien, *Wiener Sonn- und Montagszeitung*, 14.2.1921, 2.

Demonstrationszug von angeblich 6.000 bis 8.000 Menschen in Bewegung, angeführt von einer Musikkapelle und gefolgt von Frontkämpfern. Vor dem Burgtheater kam es zu einer Konfrontation mit kommunistischen Gegendemonstranten, die erstmals ein Einschreiten der Polizei nötig machte. Die antisemitischen Demonstranten zogen weiter zum Parlament, vor dem sie „Deutschland, Deutschland über alles“ absangen. Der nächste Halt fand bei der Babenbergerstraße statt, wo sich eine Kolonne von Straßenbahnzügen gebildet hatte. Gewaltbereite jagten Passant:innen und verprügelten Personen, die für jüdisch gehalten wurden.

Rund 800 Personen war es gelungen, bis zur Rotenturmstraße vorzudringen und auch dort antisemitisch motivierte Tötlichkeiten zu begehen. Bevor der Mob über den Donaukanal in die Leopoldstadt vordringen konnte, wurde er von einem massiven Aufgebot der Polizei abgedrängt. Eine Bilanz in der Presse lautete: Das „wüste Treiben der Straßenbahnstürmer, der Fensterscheibenzerschmetterer, der Helden vom geschwungenen Stock und vom Schlagring“ habe auch international das peinlichste Aufsehen und die schärfste Missbilligung hervorgerufen.⁴⁶ 25 Personen wurden wegen polizeiwidrigen Verhaltens und öffentlicher Gewalttätigkeit verhaftet.

Im Juni 1921 standen sieben der Rädelsführer vor Gericht.⁴⁷ Zwei Männer wurden zu strengem einmonatigem Arrest, drei zu zweiwöchigem Arrest verurteilt, aber nur bedingt. Eine milde Strafe, monierte die *Arbeiter-Zeitung* und sprach einmal mehr von Klassenjustiz. Einer der drei zu 14 Tagen bedingtem Arrest Verurteilten war der damals 20-jährige Jus-Student Otto Wächter. An seiner Person zeigt sich exemplarisch, wohin diese antisemitische Radikalisierung führen konnte: Der Sohn des hochdekorierten Generals Josef Wächter, der im Herbst 1921 Heeresminister (parteilos) werden sollte, gehörte dem rechten Freikorps „Deutsche Wehr“ an und sollte ab den frühen 1930er-Jahren zu einem der führenden Nationalsozialisten Österreichs aufsteigen. Otto Wächter - wie sein Vater Mitglied des Deutschen Klubs - spielte 1934 beim missglückten Juli-Putsch eine entscheidende Rolle, flüchtete nach Deutschland, wurde nach dem „Anschluss“ zunächst Staatssekretär im Kabinett Arthur Seyß-Inquart und war als solcher für die Entlassung der jüdischen Beamten zuständig.⁴⁸

46 Antisemitische Ausschreitungen in der Inneren Stadt, *Neue Freie Presse*, 14.3.1921, 4.

47 Zur Gerichtsverhandlung vgl. Nachspiel zu einem Antisemitenrummel, *Arbeiter-Zeitung*, 29.6.1921, 9; Verurteilte Demonstranten, *Illustrierte Kronen-Zeitung*, 29.6.1921, 8.

48 Zu Otto Wächters nachrichtendienstlichen NS-Aktivitäten in der Zwischenkriegszeit vgl. den Beitrag von Tobias Röck in diesem Band; zu seiner weiteren Karriere vgl. zuletzt Philippe Sands, *Die Rattenlinie. Ein Nazi auf der Flucht, Lügen, Liebe und die Suche nach der Wahrheit*, Frankfurt/Main 2020.

Die weitere Geschichte des Antisemitenbundes

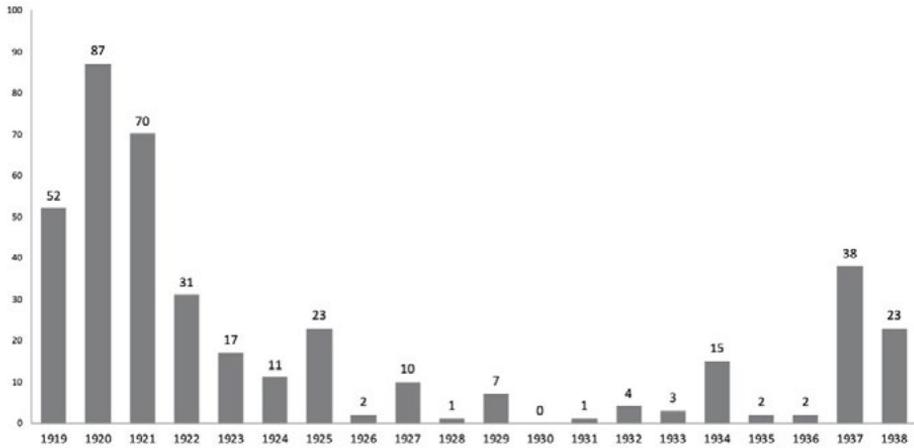
Ein Monat vor dem Prozess gegen den jungen Wächter und seine Kollegen begann der Antisemitenbund mit dem Anlegen von sogenannten Judenkatastern, wie das im Paragraf 3 der Bundessatzungen des Vereins vorgesehen war. Konkret schalteten Zeitungen, die dem Antisemitenbund wohl gesonnenen waren - also insbesondere die *Reichspost* und das *Deutsche Volksblatt* - Aufforderungen an die „arische Bevölkerung Wiens“, Listen der jüdischen Bewohner:innen von Wiener Wohnhäusern zu erstellen.⁴⁹ Das sei ein „un-erlässliches Mittel zu Erreichung des Vereinszweckes“ und derzeit „umso notwendiger geworden, als alle in letzter Zeit von amtlicher Seite durchgeführten Volksnachweise (Volkszählungen) keine Angaben über Glaubensbekenntnis und Rassenzugehörigkeit enthalten“. Aufschlussreich ist auch die neue Adresse des Antisemitenbundes, an die diese Daten übermittelt werden sollen, nämlich Josefgasse 4-6 in der Josefstadt. Das war die Anschrift des bereits erwähnten Antisemitenhofs, in dem ab 1888 das antisemitische *Deutsche Volksblatt* erschien und ab 1. April 1921 die *Deutschösterreichische Tages-Zeitung* (Dötz).

Die weitere Geschichte des Vereins sei hier nur in Stichworten zusammengefasst. Der Einfluss des Antisemitenbundes ging im Laufe der nächsten Jahre mehr oder weniger kontinuierlich zurück, was sich auch an der Schließung von etlichen Ortsgruppen und an der abnehmenden Frequenz der Berichterstattung über den Verein in der heimischen Presse ablesen lässt. Die höhere Frequenz 1925 rührt vor allem daher, dass es nicht nur seitens des Antisemitenbundes gewaltsame Proteste gegen den internationalen Zionistenkongress gab, der im August desselben Jahres in Wien stattfand. Mit den Unruhen im August 1925, die vom „völkisch-antisemitischen Kampfausschuss“ angezettelt worden waren und die zur Verhaftung von über 200 Demonstrierenden führte, hatte der gewalttätige Radauantisemitismus - zumindest jenseits der Universitäten - seinen Höhepunkt vorläufig überschritten.⁵⁰ In der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre und Anfang der 1930er-Jahre blieb es um den Antisemitenbund relativ ruhig. Besonders aktiv zeigten sich die Ortsgruppen allerdings in Tirol und in Salzburg, wo der Anteil der jüdischen Bevölkerung

49 Anlage eines Judenkatasters für Wien, *Reichspost*, 11.5.1921, 5 und tags darauf mit dem identischen Text im *Deutschen Volksblatt*, 12.5.1921, 5. Die beiden Zeitungen und auch andere Blätter schalteten diese Aufforderung zum Teil mehrfach.

50 Dieser „völkisch-antisemitische Kampfausschuss“ hatte sich 1923 auf studentische Initiative hin gegründet. Ihm gehörten mehrere antisemitische Organisationen an: neben dem Antisemitenbund unter anderem der Deutsche Klub, der Alldeutsche Verband, der Deutsche Turnerbund (1919), die Frontkämpfervereinigung, der Nationalsozialistische Verein oder die Vereinigte deutsche Studentenschaft.

Anzahl der Artikel mit Nennung des Antisemitenbundes in ANNO - Historische Zeitungen und Zeitschriften. | Eigene Darstellung Klaus Taschwer



vergleichsweise gering war.⁵¹ In Salzburg wurde ab September 1923 bis 1932 auch die Zeitschrift *Der eiserne Besen* herausgegeben, die von Juli 1919 bis 1921 in Wien erschienen war. Ein besondere Infamie der Zeitschrift war der regelmäßige Abdruck des Salzburger „Judenkatasters“: Die Redaktion veröffentlichte an prominenter Stelle Namen und Adressen von Geschäften oder Gaststätten jüdischer Besitzer:innen, die gemieden werden sollten. Dazu kamen aber auch Namen und Adressen prominenter jüdischer Privatpersonen wie Max Reinhardt oder Stefan Zweig.

Für den Relevanzverlust des Antisemitenbundes Mitte der 1920er-Jahre zumindest in Wien dürften mehrere Entwicklungen mitverantwortlich gewesen sein. Erstens ist für die gesamte Zwischenkriegszeit zu beobachten, dass antisemitische Agitation eher in wirtschaftlichen und politischen Krisenjahren politischen Erfolg zeitigte. Zweitens waren mit der Deutschen Gemeinschaft oder der Deutschen Studentenschaft Organisationen geschaffen worden, die Jüdinnen und Juden auf mehr oder weniger informeller Ebene diskriminierten, was ein wichtiges Anliegen des Antisemitenbundes erfüllte. Drittens waren die Christlichsozialen und Deutschnationalen ab 1920 in Regierungsverantwortung, was zu Spannungen zwischen der mehr oder weniger prag-

51 Zum Antisemitenbund in Tirol vgl. Niko Hofinger, „Unsere Lösung ist: Tirol den Tirolern!“ Antisemitismus in Tirol 1918-1938, *Zeitgeschichte* 21 (1994) 3/4, 83-108; Ders., Antisemitismus in Tirol 1933 bis 1938 Gedankenexperimente und Fakten zu einer fast unveröffentlichten Normalität, in: Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.), *Antisemitismus in Österreich 1933-1938*, Wien-Köln-Weimar 2018, 953-962. Zum Antisemitenbund in Salzburg vgl. Fellner, *Antisemitismus in Salzburg*, 128-158.

matischen Parteipolitik und den extremistischen Forderungen des Antisemitenbundes führte.⁵² Viertens gab es schließlich im Herbst 1923 an der Spitze der NSDAP in Österreich einen erzwungenen Wechsel: Walter Riehl, der mit den Christlichsozialen und insbesondere Jerzabek gut konnte, wurde entmachtet.⁵³ Damit fand auch die Unterstützung der NSDAP für den Antisemitenbund fürs Erste ihr Ende.

Seine zweite Hochphase hatte der Antisemitenbund unmittelbar nach der Zuspitzung der politischen Lage in Österreich und Deutschland Anfang 1933.⁵⁴ Der Verein, der immer noch unter dem Vorsitz Anton Jerzabeks stand, rief abermals zu Massenkundgebungen auf und wurde entsprechend wieder Thema in der Presseberichterstattung. Seine neuerlichen Aktivitäten wurden von den austrofaschistischen Machthabern und der Polizei genau beobachtet, wovon die zahlreichen erhaltenen Polizeidokumente zeugen. Der Verein stand nämlich im nicht unbegründeten Verdacht, von den ab Juni 1933 in die Illegalität gedrängten Nationalsozialisten für eigene Aktivitäten genützt zu werden. Ein Verbot des Antisemitenbundes wurde zwar ausgesprochen, aber nie vollzogen. Damit zeigt sich auch an diesem Verein wie etwa auch am Deutschen Klub, dass der Umgang mit Sympathisant:innen des Nationalsozialismus in der Zeit zwischen 1933 und 1938 durchaus ambivalent sein konnte und klare Trennlinien nicht überall gezogen wurden. Mit dem „Anschluss“ hatte auch der Antisemitenbund seinen Zweck erfüllt: Der Verein wurde auf Antrag des Stillhaltekommissars für Organisationen, Vereine und Verbände vom 12. August 1938 aufgelöst.

Nach 1945 waren öffentliche Thematisierungen des Antisemitenbundes und etwaiger Mitgliedschaften in diesem Verein kaum mehr ein Thema. Es scheint fast so, als ob es den Antisemitenbund, der Zehntausende Mitglieder in Österreich hatte, gar nicht gegeben hätte. Eine beiläufige Kurznachricht in der kommunistischen Tageszeitung *Österreichische Volksstimme*, die im Mai

52 In diesem Zusammenhang und im neuen Wissen, dass Kunschak seinen Parteimitgliedern sogar den Beitritt zum Antisemitenbund empfahl, erscheinen die Wortmeldungen von Karl Renner 1920/21 in einem etwas anderen Licht, vgl. etwa Franz Schausberger, Dr. Karl Renner und der Antisemitismus, Austria-Forum, https://austria-forum.org/af/Biographien/Renner%2C_Karl/Renner_Antisemitismus (abgerufen 1.11.2022). Renner stellte in seinen sarkastischen Auslassungen, die fraglos selbst auch antisemitische Polemik sind, eben dieses Dilemma des programmatischen Antisemitismus der Christlichsozialen bloß: einerseits hetzerischen Antisemitismus zu predigen, aber andererseits den radikalen Worten aus verschiedenen Gründen keine Taten folgen zu lassen.

53 Unter Riehls Führung der Partei von Mai 1918 bis September 1923 habe es noch keine Gegensätze zwischen katholischer Kirche und dem Nationalsozialismus gegeben, wie Riehl rückblickend in einem Brief an den bischöflichen NS-Sympathisanten Alois Hudal formulieren sollte, vgl. Alois C. Hudal, Römische Tagebücher. Lebensbeichte eines alten Bischofs, Graz-Stuttgart 1976, 146.

54 Vgl. Pauley, Antisemitismus, 235-238.

1947 in der New Yorker Exilzeitung *Austro American Tribune* nachgedruckt wurde, war eine der wenigen Ausnahmen:

„Der frühere Obmannstellvertreter des Deutsch-österreichischen Antisemitenbundes [Hans] Höller ist heute Sparkassendirektor von Amstetten und Vorstandsmitglied der Niederösterreichischen Handelskammer. Höller hat sein ganzes Leben in den Dienst‘ des Antisemitismus gestellt. Schon im Jahr 1920 war er leitendes Mitglied des Antisemitenbundes und hat sich in der Nazizeit nicht genug hervortun können. [...] Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die österreichischen Zustände, daß ein Mann, der an der Spitze eines Vereins gestanden hat, welcher ganz offen den Judentumhaß und den Antisemitismus predigte, heute Vorstandsmitglied der Niederösterreichischen Handelskammer ist.“⁵⁵

Resümee und Aktualität

Für viele der antisemitischen Aktionen und Maßnahmen ab dem März 1938 brauchte es nicht nur den Hass auf Jüdinnen und Juden, den der Antisemitenbund gemeinsam mit ähnlichen Vereinen fast zwei Jahrzehnte lang erfolgreich geschürt hatte. Es war auch Wissen darüber nötig, wer nach den Nürnberger Rassegesetzen als „jüdisch“ galt, wo diese Personen wohnten und über welche Besitztümer sie verfügten. Auch für diese Informationen hatte der Antisemitenbund mit seinen Judenkatastern längst gesorgt. Und die Protagonisten dieses Vereins nahmen in ihren Reden und Texten Elemente jener Vertreibungs- und Vernichtungspläne vorweg, die nach 1938 von NS-Politikern und -Bevollmächtigten brutal vollstreckt wurde.

Bereits in dieser Frühzeit des Vereins, auf die sich dieser Beitrag konzentriert, waren so gut wie alle radikalen Elemente des Judentums Hasses vorhanden, der 1938 ohne jede Kontrolle losbrechen konnte. Erklärungsbedürftig ist dabei so Manches: etwa, warum der Verein überhaupt zugelassen und nie verboten wurde oder warum seine hetzerischen Veranstaltungen nicht strikter unterbunden wurden. Einige der frühen Großkundgebungen in Wien hätten ohne Einschreiten der Polizei in Pogromen in der Leopoldstadt geendet, dem Wohnbezirk mit den meisten jüdischen Bewohner:innen. Offen für die Forschung sind aber noch viele andere Aspekte: So weiß man sowohl auf Bundesebene wie Ortsgruppenebene wenig bis nichts über die Mitglieder

⁵⁵ Antisemitenführer - Vorstandsmitglied der n.-ö. Handelskammer, *Volksstimme*, 18.2.1947, 3, wiederabgedruckt in „... bezeichnendes Licht ...“, *Austro American Tribune* (Mai 1947) 10, 6. Der christlichsoziale Politiker war von 1921 bis 1934 Landtagsabgeordneter und war von 1934 bis 1938 und dann wieder 1945 Bürgermeister von Amstetten. In seinem ausführlichen Eintrag in Wikipedia ist sein Antisemitismus mit keinem Wort erwähnt, vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_H%C3%B6ller_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_H%C3%B6ller_(Politiker)) (abgerufen 1.11.2022).

des Antisemitenbundes. Zu klären wäre in dem Zusammenhang auch, wie viele christlichsoziale Politiker (und welche) der Aufforderung Kunschaks Ende 1919 nachkamen, dem extremistischen Verein beizutreten.

Am Antisemitenbund und seiner Frühgeschichte lässt sich aber auch zeigen, dass Phänomene, die heute als „radikalierter Konservatismus“,⁵⁶ „rohe Bürgerlichkeit“ oder „autoritärer Nationalradikalismus“ bezeichnet werden, nicht erst seit ein paar Jahren, sondern auch schon vor ziemlich genau hundert Jahren in ganz ähnlicher Weise existierten. So nützte die Christlichsoziale Partei bald nach der Gründung des Antisemitenbundes, für die deutschnationale Aktivisten und Politiker verantwortlich waren, einmal mehr das Mobilisierungspotenzial des Judenhasses für sich. Nach dem Wahlsieg 1920 stand die Partei vor dem Dilemma, ihre eigenen radikalen antisemitischen Forderungen einzulösen. Das trug neben einigen anderen Entwicklungen letztlich dazu bei, dass der Antisemitenbund Anfang der 1920er-Jahre an Einfluss verlor, ehe er ab 1933 wieder einen starken Aufschwung erfuhr.

In gewisser Weise ist dieses Wechselspiel zwischen einem extremistischen Netzwerk und etablierten Parteien, das sich für Antisemitenbund und der Bürgerblockregierung Anfang der 1920er-Jahre beobachten lässt, aber auch eine frühe Blaupause für das, was sich nach 2015 in Österreich und einigen anderen Ländern beobachten ließ. Auch hier wurden Flüchtlinge von radikalen außerparlamentarischen Gruppen wie den Identitären nicht nur geschickt dafür genützt, Öffentlichkeit für die eigenen völkischen und rassistischen Anliegen herzustellen. Für kurze Zeit gelang es dieser Gruppe sogar, Einfluss auf die türkis-blaue Regierung zu nehmen, indem diese 2018 unter anderem - quasi auf Anraten der Identitären - den Beitritt zum UN-Migrationspakt verweigerte.⁵⁷

56 Vgl. Natascha Strobl, *Radikalierter Konservatismus*, Berlin 2021. Etliche der Charakteristika, die Strobl für die rechtskonservativen und rechtsnationalen Parteien und ihre Spitzenpräsidenten der 2010er-Jahre beschreibt, treffen mit entsprechender Adaptierung auch auf die Zwischenkriegszeit zu, so auch das Wechselverhältnis zwischen radikalen außerparlamentarischen Netzwerken und den rechtspopulistischen Parteien.

57 Der Autor dankt Kurt Bauer, Linda Erker, Ferdinand Gschwendtner, Nikolaus Hagen, Michael Hubenstorf, Andreas Huber und Martin Krusche für zahlreiche wertvolle Verbesserungsvorschläge und Hilfestellungen.

Florian Wenninger

„Eine krankhafte Erscheinung [...] im Programm der sonst so tüchtigen und vortrefflichen Christlichsozialen Partei.“¹

Antisemitismus im Politischen Katholizismus vom Fin de Siècle bis zum Austrofascismus

Als nach der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg das Grauen des NS-Massenmordes öffentlich wurde, setzte eine breite Absetzbewegung vom Antisemitismus als Ideologie hinter dem Massenmord ein. Mit einem Mal schien die Judenhetze, die dem Holocaust vorausgegangen war, von kaum jemandem geteilt worden zu sein - und wenn, dann zumindest nicht in jener Form, wie sie die NS-Propaganda kultiviert hatte.

Der Wunsch, mit den begangenen Ungeheuerlichkeiten möglichst nicht in Verbindung gebracht zu werden, erfasste nach 1945 auch das einstige christlichsoziale Milieu. Ausgehend von späteren Distanzierungsversuchen zeichnet der vorliegende Beitrag² Charakter und Funktion des Antisemitismus im politischen Katholizismus³ unter besonderer Berücksichtigung der Christlichsozialen Partei seit deren Anfängen in den 1890ern nach. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, inwieweit sich vor 1933 tatsächlich signifikante Unterschiede zwischen katholischem und völkischem Antisemitismus feststellen lassen, ob es also, wie nicht nur prominente christlichsoziale Akteure, sondern auch Historiker nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder einmahnten, tatsächlich zu differenzieren gilt zwischen einem (weitgehend folgenlosen) „populistischen“ Antisemitismus und einem (potenziell

1 Heinrich Coudenhove-Kalergi, Das Wesen des Antisemitismus, in: Richard N. Coudenhove Kalergi/Heinrich Coudenhove-Kalergi, Judenhass - Antisemitismus, Wien u. a. 1936, 89-311, 282-283.

2 Für wertvolle Hinweise und Hilfestellungen bin ich Charlotte Rönchen und Nomi Halpern zu herzlichem Dank verpflichtet.

3 Im Folgenden wird „Politischer Katholizismus“ als Sammelkategorie für eine Strömung gebraucht, deren parteipolitischer Arm ab den 1890er-Jahren die Christlichsoziale Partei war, zu der darüber hinaus aber auch der Klerus und ein weitverzweigtes Vereinsnetzwerk zählten, in dem Geistliche und Laien teils eng zusammenarbeiteten, teils getrennt voneinander wirkten, vgl. Ernst Hanisch, Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich, 1918-1938, Wien-Salzburg 1977.

genozidalen) „rassischen“ Antisemitismus?⁴ Desgleichen wird versucht, Akteursnetzwerke zu identifizieren, die sich durch ihre antisemitische Agitation innerhalb des politischen Katholizismus besonders hervortaten.

Antisemiten, die nach 1945 keine mehr sein wollten.

Das Beispiel Leopold Kunschak

Bei den Wiener Gemeinderatswahlen 1932 erlebten die Christlichsozialen ein Debakel und verloren etwa ein Drittel ihrer Wähler:innen an die NSDAP. Einen musste das ganz besonders schmerzen: die unangefochtene Galionsfigur der christlichsozialen Arbeiterbewegung Leopold Kunschak, der in Wien seit 1921 als Parteiobmann fungierte. Kunschak hatte seine gesamte politische Laufbahn auf der Wirkmacht antijüdischer Vorurteile aufgebaut. Dennoch wurde er nun 1932 von einer Partei geschlagen, die inhaltlich auf das gleiche Pferd setzte, in deren agitatorischem Zentrum also ebenfalls die Judenhetze stand. Wie war das möglich? Zwei Begründungen lagen nahe: Erstens hatte der Aufstieg der österreichischen NSDAP erst kurz zuvor begonnen; anders als die Christlichsozialen, seit Jahrzehnten eine etablierte Partei, waren die Nazis⁵ daher nicht mit dem Vorwurf konfrontiert, es puncto Judenhetze bloß bei Lippenkenntnissen bewenden zu lassen. Zweitens war der Antisemitismus der Nazis wesentlich aggressiver und gewalttätiger. Wie es auch sein mochte: Innerparteilich war Kunschaks Stellung mit der Wahlniederlage unhaltbar geworden. An seine Stelle als Parteiobmann trat der CVer Robert Krasser (KaV Norica Wien), dessen Antrittsrede im Mai 1932 getrost als Wegmarke zur Faschisierung der Christlichsozialen Partei gelten darf. Ausgerechnet der rabiate Antisemit Kunschak musste sich nun von seinem Nachfolger anhören:

„Bei jedem Unglück sucht man einen Schuldigen [...] Da ist es doch - lassen Sie mich höflich sein - höchst unpraktisch, wenn ausgerechnet in einer solchen Zeit, in der kein Mensch mehr an unsere heutige Demokratie glaubt, unsere Partei immer und immer wieder [...] für diesen Parlamen-

4 Im gegenständlichen Text wird eine geschlechtergerechte Sprache gebraucht: wo Frauen vorkommen oder gemeint sind, sollen sie sichtbar gemacht werden. Wo dies aber - wo im hier angesprochenen Diskurs - nicht der Fall ist, wird auch exklusiv die maskuline Form gebraucht.

5 Die Selbstbezeichnung „Nationalsozialismus“ bzw. die Selbstzuschreibung „nationalsozialistisch“ ist für sich genommen demagogisch, weil die realpolitische Ausrichtung der NSDAP zwar hypernationalistisch, aber in keiner wie immer gearteten Form sozialistisch war, im Gegenteil: Ziel der NSDAP - und daher auch Ursache ihrer Unterstützung durch zahlreiche Industrielle, Bankiers und Reeder - war die Stabilisierung der bürgerlichen Eigentumsordnung, mitnichten deren Beseitigung. Der Begriff „nationalsozialistisch“ ist daher in allen Variationen als Propagandabegriff anzusehen, der helfen sollte, eine rechtsradikale Partei auch in proletarischen Milieus wählbar zu machen. Um diese Demagogie nicht unbewusst fortzuschreiben, ist im Folgenden alternativ wahlweise von „NS“ oder „Nazis“ die Rede.

Bilder online nicht verfügbar.

Einsame konservative Mahner:innen. *Links*: Richard Coudenhove-Kalergi, Gründer der Paneuropa-Bewegung, publizierte inmitten des um sich greifenden, sich rasch weiter radikalisierenden Antisemitismus der 1930er ein Buch mit eigenen Texten und Schriften seines Vaters, die sich gegen Judenhass wandten. *Rechts*: Gruppierungen wie Irene Harands „Österreichische Volkspartei“ stemmten sich gleichfalls gegen die Flut, die auch im katholischen Milieu um sich griff. Initiativen wie jene Kalergis und Harands zeugten von moralischer und ideeller Standhaftigkeit, blieben aber letztlich unbedeutende Randerscheinungen. Der konservative Mainstream, national oder katholisch, war über Generationen antisemitisch. | *Österreichische Nationalbibliothek*

tarismus eintritt! [...] Welche zugkräftigen Ideen haben wir in den letzten Jahren noch gehabt? Bei der Eroberung Wiens durch Lueger war eine der zündenden Ideen der Antisemitismus. Aus staatspolitischen Erwägungen ist es damit in unserer Partei bedenklich still geworden. Damit hat sich unsere Partei eines ihrer volkstümlichsten und agitatorisch wirksamsten Schlagwörter entledigt.“⁶

Die Lehre der christlichsozialen Parteiführung aus der verlorenen Wahl 1932 war also nicht weniger, sondern mehr Antisemitismus. Alte Einsichten und Gewohnheiten sind schwer abzulegen. Nachdem er in den Anfängen der Zweiten Republik wieder auf die politische Bühne zurückgekehrt war, wollte Kunschak von der „zündenden Idee“ trotz des NS-Völkermordes, der sich inzwischen ereignet hatte, nicht lassen. Im September 1945, eine knappe

6 Zit. n. *Reichspost*, 23.5.1932, 2. Hervorhebung im Original.

Woche, nachdem er sein Amt als erster ÖVP-Obmann an Leopold Figl abgetreten hatte,⁷ agitierte der nunmehrige ÖVP-Präsident Kunschak im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Wien gegen jüdische Displaced Persons. Er gab ihnen die Schuld an der wirtschaftlichen Misere und bekräftigte bei dieser Gelegenheit, „schon immer“ Antisemit gewesen zu sein - was er auch bleiben wolle.⁸ Zwei Vertreter des World Jewish Congress (WJC), der in Österreich Holocaust-Überlebende betreute, ersuchten Kunschak daraufhin um eine persönliche Unterredung. Nach dem Zusammentreffen fertigten die beiden, Ernest Stiasny und Siegfried Altmann, einen internen Bericht über den Verlauf der Unterhaltung an. Demzufolge erklärte Kunschak, „diese völlig mißverständene Rede“ habe ihm schon „viel Verdruß bereitet“, weshalb er wiederholt bestrebt gewesen sei, Fehlinterpretationen zu berichtigen. Im Bericht wurde Kunschak wie folgt zitiert:

„In einer der Wahlreden [gemeint ist die inkriminierte Veranstaltung im September 1945] behandelte ich die Geschichte des Antisemitismus in Österreich [...]. Es gab die folgenden Arten von Antisemitismus: einen geschäftlichen, geführt von dem Abgeordneten Schneider, einen Religiösen, geführt von Dr. Pattai. Daneben entstand, von Schönerer geführt, der Rassen-Antisemitismus. Man weiss, wie Schönerer damals handgreiflich wurde und kennt die sich anschließenden Prozesse. Nicht auf den Rassen-Antisemitismus, sondern auf den wirtschaftlich-religiösen baute Lueger auf. [...] Ich selbst, so erklärte ich der Versammlung - war immer Antisemit, aber niemals Rassenantisemit. Von den Gedanken als gläubiger Katholik ausgehend, daß die Juden ebenso Geschöpfe Gottes, wie wir alle, sind, muß jeder gläubige Katholik den Rassenantisemitismus, der Menschen vernichtet, ablehnen. Dies und nichts anderes habe ich gesagt.“⁹

Auf die ausdrückliche Nachfrage der WJC-Delegierten „Hat ihre Auffassung über den wirtschaftlich-religiösen, über den Antisemitismus überhaupt sich modifiziert?“, erwiderte Kunschak dem Bericht zufolge, „meiner Meinung nach gibt es heute in Österreich keine Judenfrage mehr [...] und so muß ich sagen: mein Antisemitismus ist erledigt“.¹⁰

Kunschaks Argumentation darf als Pars pro Toto für Versuche ehemaliger Christlichsozialer gelten, die eigene Judenhetze nach dem Holocaust in ein gnädigeres Licht zu rücken. Hatte man in den 1930ern noch allenthalben un-

7 *Kleines Volksblatt*, Aufbau der ÖVP, vollendet, 9.9.1945, 1.

8 Paul Mychalewicz, Leopold Kunschak - ein unverbesserlicher Antisemit? Quellenkritische Anmerkungen zum Antisemitismusvorwurf 1945, in: *Demokratie und Geschichte* 10 (2009), 341-351.

9 Stellungnahme der WJC-Delegierten Altmann und Stiasny, 1.8.1946, Yad Vashem Archives, O.30 Austria/93, ID 3696219.

10 Ebd.

terstrichen, der eigene Antisemitismus sei lediglich planvoller, zivilisierter, aber deshalb doch gewiss nicht weniger glaubwürdig, weniger konsequent als jener der Nazis, hieß es nach 1945: alles nie so ernst gewesen. Ausführlich wurde nun im Rückblick unterschieden zwischen einem rabiaten völkischen Rassenantisemitismus und der eigenen antijüdischen Agitation, die nie gewalttätig, geschweige denn mörderisch gewesen sei, sondern allenfalls ein Instrument zur Mobilisierung, das man letztlich selbst nie so ganz ernst genommen habe. Zweifel daran wären schon angebracht, weil Kunschak im Gespräch mit den WJC-Delegierten die Schuld am Antisemitismus in geradezu mustergültiger Weise indirekt dessen Opfern anlastete, durch deren Absenz sich die Judenfrage¹¹ erübrigt habe, der Anlass entfallen sei, gegen sie vorzugehen, ja überhaupt, sie zu hassen. Sein Antisemitismus war demnach auch weiterhin keineswegs „erledigt“. Er hatte ihn im Gegenteil konsequent auch über das Kriegsende hinweg beibehalten. Auch die Mäßigung seines Antisemitismus durch den Glauben, die Kunschak im Gespräch mit Stiasny und Altmann geltend machte, war eine so beliebte wie durchsichtige Argumentationsfigur katholischer Selbstrechtfertigung. Tatsächlich nämlich hatte Kunschak in den 1930ern nur zwei Optionen erkennen können: „Entweder löst man die Judenfrage rechtzeitig, Eingebungen der Vernunft und Menschlichkeit folgend, oder sie wird gelöst werden, wie das unvernünftige Tier seinen Feind angeht, im Toben wildgewordenen Instinkts.“¹² Wie noch zu zeigen sein wird, beruhten auch die „humanen“ katholischen Lösungsansätze der Judenfrage auf der Vertreibung, zum geringeren Teil auf der Konversion, jedenfalls aber auf dem Verschwinden des Judentums. In letzter Konsequenz unterschieden sie sich damit nur graduell von der Haltung der Nazis vor Beginn des Zweiten Weltkrieges, der eine weitere Radikalisierungsspirale in Gang setzte. Das heißt explizit nicht, dass der politische Katholizismus vor 1938 in einer ähnlichen Weise antisemitische Ausschreitungen provozierte wie die Nazis. Aber im Grundgedanken, dass die Judenfrage nur zu lösen sei, indem man die Juden in der einen oder anderen Weise zum Verschwinden brächte, war man sich einig. Und Kunschak hielt daran auch nach dem Zweiten Weltkrieg offensichtlich fest: Die Judenfrage war gelöst, weil die Betroffenen weg waren.

Wenig plausibel war auch die zitierte Ex-post-Interpretation des christlichsozialen Antisemitismus selbst. Kunschak zufolge war dieser innerhalb

11 Im weiteren Verlauf wird „Judenfrage“ als historischer Begriff, der seit dem 19. Jahrhundert sowohl in antisemitischen als auch in innerjüdischen Diskursen selbstverständliche Verwendung fand, ohne Anführungszeichen gebraucht. Dies impliziert aber keineswegs, dass der Autor die im Kontext dieser „Frage“ von Antisemit:innen diskutierten Konzepte – sei es Konfession, Vertreibung oder schließlich gar Mord – in welcher Form auch immer zu normalisieren trachtet.

12 So Kunschak in einer Rede vor dem Freiheitsbund, zit. n. Bruce Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, 210-211.

des katholischen Milieus ausschließlich ökonomisch oder religiös motiviert, wohingegen er den „rassischen“ Antisemitismus nach außen ins völkisch-nationale Spektrum verwies.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich rasch, wie sehr hier der Wunsch Vater des Gedankens war. Die von Kunschak gewissermaßen als Stammväter unterschiedlicher antisemitischer Strömungen angerufenen Mitglieder der ersten Generation der Christlichsozialen im 19. Jahrhundert waren keineswegs, wofür er sie nun auszugeben versuchte. So war der von Kunschak als Repräsentant des religiösen Antisemitismus bezeichnete Robert Pattai (1846-1920) in seinen politischen Anfängen in den 1870ern und 1880ern nicht nur ein enger Weggefährte Georg von Schönerers, er machte auch das „Judenproblem“ explizit keineswegs auf religiöser, sondern primär auf nationaler Ebene aus.¹³ Ähnliches galt für den von Kunschak als vorgeblichen Vertreter des ökonomischen Antisemitismus innerhalb der Christlichsozialen namhaft gemachten Ernst Schneider (1850-1913). Auch dieser versicherte von Schönerer 1882 brieflich des gemeinsamen Ziels, „die Juden zu bekämpfen“, ohne dabei in irgendeiner Weise unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Natur des zu lösenden Problems erkennen zu lassen.¹⁴

Schließlich trug auch ein langjähriger Parteifreund Kunschaks, Friedrich Funder, unfreiwillig zur Unterminierung von dessen Argumentation bei. Funder war als Chefredakteur der *Reichspost*, die de facto als christlichsoziales Parteiorgan fungiert hatte, selbst für zahlreiche antisemitische Ausfälle verantwortlich. In der Rückschau räumte er in seinen 1952 veröffentlichten Memoiren ein, es sei schwer, bezüglich der „grundsätzlich verschiedenen Erscheinungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, die unter dem Namen ‚Antisemitismus‘ zusammengefaßt wurden [...] nach dem schauerlichen Intermezzo von Auschwitz-Maydanek den rechten Maßstab zu finden“. Gleichwohl, so Funder weiter, gelte es, „historische Gerechtigkeit walten zu lassen: Man ermittelt den richtigen Sachverhalt bei der Erinnerung, daß während der ganzen Lueger-Zeit nicht ein einziges Mal die Sprüche erhitzter Redner und Zeitungsschreiber zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Juden geführt haben.“¹⁵ In einem kurzen historischen Exkurs ins ausgehende 19. Jahrhundert schilderte Funder den katholischen Antisemitismus als eine raue Form der Volksbelustigung. In seinen euphemistischen Volten widersprach Funder allerdings der Darstellung Kunschaks teils diametral. So äußerte

13 Robert Pattai, Rede über die Judenfrage in Deutschland und Oesterreich [Sonderdruck aus „Oesterreichische Volksfreund“], Wien 1884.

14 Brief von Ernst Schneider an Georg von Schönerer, 4.4.1882, zit. n. Michael Wladika, Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k. u. k. Monarchie, Wien-Köln-Weimar 2005, 145.

15 Friedrich Funder, Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik, Wien 1952, 127.

Funder über Ernst Schneider, in dessen Tradition Kunschak seinen angeblich nicht-rassistischen Antisemitismus verstanden wissen wollte:

„Schneiders Steckenpferd waren rassenantisemitische Ideen, die so bizarr waren, daß man zweifeln mußte, ob er sie selbst ernst nahm oder ob sie nur dazu bestimmt seien, [...] vom versammelten Volke mit gutmütiger schallender Heiterkeit, wie eine Erfrischung unter allerhand Sachlichkeiten, aufgenommen zu werden.“¹⁶

Wie weit es mit Schneiders Gutmütigkeit tatsächlich her war, illustriert eventuell seine im Niederösterreichischen Landtag geäußerte Forderung 1899: „Alle Juden soll man aufhängen.“¹⁷

Dessen ungeachtet fand die Abgrenzung zwischen einem katholischen, angeblich „nur“ populistischen, und einem völkisch-rassistischen Antisemitismus auch noch ein knappes Jahrhundert später Eingang in den wissenschaftlichen Diskurs. Besonders häufig in Debatten um die Bewertung der Person Karl Lueger: So argumentierte der katholische Publizist Kurt Skalnik, Mitherausgeber eines weitverbreiteten zweibändigen Sammelwerkes zur Geschichte der Ersten Republik,¹⁸ gerade die „betont christlichen, [...] bewußt katholischen Kräfte“ seien doch im ausgehenden 19. Jahrhundert bemüht gewesen, „die reißend gewordene antisemitische Strömung in ein ruhiges Bett zu leiten und sie schließlich auslaufen zu lassen“.¹⁹ Die öffentliche Agitation gegen Juden und Jüdinnen mutierte hier argumentativ also zu einer raffinierten Maßnahme, die Gemüter allein mit dem Ziel aufzupeitschen, sie anschließend umso erfolgreicher einhegen und abklingen zu lassen. Ergänzend dazu stellte noch 2010 der Historiker Helmut Rumpler im Hinblick auf Luegers Antisemitismus fest, dieser „war zwar der einigende Faktor der sozial und kulturell buntgemischten Luegerschen Koalition, aber eigentlich nur ein Mittel zur Mobilisierung der Massen. Nie zog er [Lueger, Anm.] aus seinen judenfeindlichen Reden praktische Konsequenzen, sein Antisemitismus war nicht rassistisch, sondern populistisch.“²⁰

Diese hier nur exemplarisch illustrierte Argumentationslinie zum Wesen des christlichsozialen Antisemitismus impliziert vier entscheidende Behauptungen:

1. Dass es seit dem 19. Jahrhundert einen grundlegenden Unterschied zwischen „populistischem“ und „rassistischem“ Antisemitismus gegeben habe.

16 Friedrich Funder, Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik, Wien 1952, 127.

17 Zit. n. Paul Rona, Der christlichsoziale Antisemitismus in Wien 1848-1938, Dipl. Arb., Universität Wien 1991, 88.

18 Vgl. Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.), Österreich 1918-1938, 2 Bde., Graz-Wien-Köln, 1983.

19 Kurt Skalnik, Dr. Karl Lueger. Der Mann zwischen den Zeiten, Wien u. a., 58.

20 Helmut Rumpler, Der Koloss von Wien, in: Damals 2 (2010), 66-67.

2. Dass der Antisemitismus Luegers - und mit ihm jener der Christlichsozialen Partei - nicht etwa Teil des ideologischen Fundamentes der Christlichsozialen gewesen sei, sondern lediglich ein taktisches Ventil, dessen man sich in Wahlzeiten bedient habe.

3. Dass dem christlichsozialen Antisemitismus „rassische“ Bezugspunkte gefehlt hätten, womit implizit unterstellt wird, er habe von daher nie ein dem völkischen Judenhass vergleichbares Radikalisierungspotenzial gehabt.

4. Dass die prinzipielle Harmlosigkeit des christlichsozialen Antisemitismus schon die Tatsache beweise, dass dieser stets auf einer rein rhetorischen Ebene verblieben sei und den Worten nie Taten gefolgt wären.

Im Weiteren soll es auch darum gehen, welche dieser Annahmen einer kritischen Betrachtung standhalten.

Die Vorgeschichte: Die Verschränkung des katholischen Antijudaismus mit dem modernen Antisemitismus am Beispiel der Judenfeindschaft katholischer Geistlicher zwischen den 1860ern und den 1930ern

Der christliche Antijudaismus bildete insgesamt fraglos das ideologische Unterfutter für den modernen Antisemitismus.²¹ Im katholischen Milieu mochten theologische Herleitungen länger eine Rolle spielen als in primär rassistisch geprägten Diskursen, deren Träger:innen sich aller Irrationalität zum Trotz zumeist in einer modern-wissenschaftlichen Tradition begriffen.

Die Weiterentwicklung des alten christlichen Antijudaismus, der seinerseits freilich schon seit dem Mittelalter ökonomisch unterlegt war,²² war auf dem Gebiet der späteren Ersten Republik Österreich eng verwoben mit der Industrialisierung und den damit einhergehenden sozialen und ökonomischen Verwerfungen des 19. Jahrhunderts. Die Industrialisierung ließ die urbanen Zentren rasch anwachsen, intensivierte den Handel und beförderte den gesellschaftlichen Aufstieg eines freisinnig-liberalen Bürgertums, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgreich politische Freiräume für

21 Vgl. Ekkehard W. Stegemann, Die christlichen Wurzeln des Judenhasses, in: Gudrun Hentges/Guy Kempert/Reinhard Kühnl (Hg.), Antisemitismus. Geschichte - Interessensstruktur - Aktualität, Heilbronn 1995, 9-24. Zum protestantischen Antijudaismus vgl. etwa die Beiträge in Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hg.), Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus. Theologische und kirchliche Programme Deutscher Christen, Frankfurt/Main, 1994.

22 Vgl. Isak Arie Hellwing, Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich, Wien-Freiburg-Basel 1972, 38-40. Zum bis in die Spätantike zurückreichenden christlichen Antisemitismus vgl. u. a. die Beiträge von Reinhold Mayer, Wolfgang Wirth, Willehad Paul Eckert und Paul Gerhard Aring in: Günther B. Ginzel, Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Bielefeld 1991.

sich reklamierte. Auf ökonomischer Ebene ließ die Industrialisierung in den Städten ein verelendetes Millionenheer entstehen. Zugleich standen die bürgerlichen Freihandelsinteressen in Widerspruch zu jenen der Landwirtschaft und vor allem des Gewerbes. Ideell wandte sich das nach seiner staatsbürgerlichen Emanzipation strebende, aufgeklärte Bürgertum gegen den Absolutismus und die Vormachtstellung der Kirche. In Reaktion auf solche Bestrebungen entstand nach 1848 ein katholisches Pressewesen, das vor allem von Geistlichen auf den unteren Ebenen der kirchlichen Hierarchie getragen wurde und sich dem Kampf gegen die Moderne verschrieb, die von ihnen stark als eine „jüdische“ interpretiert wurde. Prominente Vertreter dieser Richtung waren etwa Wiener Geistliche wie Clemens Maria Hofbauer, Sebastian Brunner oder Albert Wiesinger. So aggressiv diese von ihren Gegnern als „Hetzkapläne“ diffamierten Priester agieren mochten, am Ende unterlagen auch sie größeren ideellen Trends. Spät, aber doch griff in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in Mitteleuropa das wissenschaftliche Weltbild der Aufklärung Raum. Wo Debatten zumindest formal auf Grundlage rationaler Begründungen geführt werden mussten, reichte es nicht mehr, die Abneigung gegen alles „Jüdische“ primär religiös zu argumentieren. Das musste in den 1880ern auch der Theologe August Rohling erfahren, der an der Prager Universität lehrte, als Fachmann für semitische Sprachen galt und als solcher, gestützt auf vorgebliche Talmudzitate, alte Ritualmordlegenden verbreitete. Rohling, der in den katholischen Kreisen Wiens eine treue Schar von Adorant:innen hatte, beging den folgenschweren Fehler, den Wiener Rabbiner Joseph Bloch wegen Ehrenbeleidigung zu klagen, nachdem ihm dieser öffentlich Fehler und Verdrehungen vorgeworfen hatte. Der folgende Prozess, in dem der bereits erwähnte Robert Pattai als Rohlings Rechtsbeistand fungierte, geriet für diesen zum Debakel. Bloch wies Rohling erfolgreich nach, dass dieser das Hebräische allenfalls rudimentär beherrschte und sich in seinen Behauptungen auf falsche Übersetzungen, Fehlinterpretationen oder überhaupt Erfindungen stützte.²³ Trotz Rohlings offenkundiger Scharlatanerie wurden seine Ritualmordanschuldigungen auch nach dem Prozess noch durch Geistliche weiterverbreitet. Besonders hervor tat sich dabei neben dem deutschen Bonifatius-Verein der Wiener Pfarrer Joseph Deckert (1843-1901), der die alten religiösen Vorurteile auch systematisch mit rassistischen Argumentationsmustern verband.²⁴

23 Die gesamte Causa Rohling ist ausführlich behandelt bei Dirk van Arkel, *Antisemitism in Austria*, phil. Diss., Universität Leiden 1966, 14-29. Vgl. John W. Boyer, *Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848-1897*, Chicago-London 1981, 156.

24 Vgl. Boyer, *Political Radicalism in Late Imperial Vienna*, 156.



Zu den besonders aktiven Propagandisten, in deren Argumentation sich adaptierte mittelalterliche Ritualmordlegenden mit dem moderneren Rassismus verbanden, zählte der Wiener Pfarrer Joseph Deckert, der unter anderem diese Broschüre verfasste. Seinen Predigtzyklus *Türkennot und Judenherrschaft* veröffentlichte er 1893 und verteilte diese Propagandabroschüre gratis in seiner Gemeinde. Für seine antisemitischen Umtriebe wurde Deckert mehrfach angeklagt und zu Geldstrafen verurteilt. | *gemeinfrei*

Deckert nutzte die Aufmerksamkeit durch seine antijüdische Agitation geschickt, um von seinen Anhänger:innen beträchtliche Finanzmittel zu erbiten. Das Geld investierte Deckert in den Bau der Kirche Weinhaus, durch die er sich selbst ein Denkmal setzte. Nicht zufällig ist sie dem heiligen Josef gewidmet. Die Pamphlete Deckerts²⁵ sind beredte Beispiele dafür, wie stark theologisch, ökonomisch, antiliberal und rassistisch motivierter Judenhass schon um die Jahrhundertwende ineinander zu greifen begonnen hatten. Diese Entwicklung setzte sich auch in der Ersten Republik nach 1918 fort: Weiterhin hatten Geistliche einen maßgeblichen Einfluss auf die christlich-soziale Agitation, entweder, weil sie direkt in der Christlichsozialen Partei wirkten, oder weil sie als Prediger und Publizisten inhaltliche Impulse gaben. Gerade unter Klerikern, so ließe sich nun vermuten, würde die spezifische, nicht-rassistische Eigenart des katholischen Antisemitismus besonders deutlich zutage treten.

In ihrer Untersuchung zu Antisemitismus in Wiener Pfarren der Zwischenkriegszeit fanden Nina Scholz und Heiko Heinisch lediglich ein gutes Drittel der antijüdischen Ausritte von Geistlichen religiös begründet.²⁶ Die

25 So etwa Joseph Decker, „Türkennoth und Judenherrschaft“. 2 Conferenzzreden, Wien 1894; Ders., Der ewige Jude „Ahasver“. Zur Abwehr eines philosemitischen Mahnrufes in der Judenfrage, Wien 1894; Ders., Rassenantisemitismus! Auch ein Situationsbild, Wien 1895.

26 Vgl. Nina Scholz/Heiko Heinisch, „Alles werden sich die Christen nicht gefallen lassen“. Wiener Pfarrer und die Juden in der Zwischenkriegszeit, Wien 2001, 24-25.

restlichen zwei Drittel schwammen im damaligen Mainstream des ökonomischen und rassistischen Antisemitismus. Selbst ein Geistlicher wie Georg Bichlmair, der als Leiter des Pauluswerkes Juden und Jüdinnen zur Konversion bewegen und später sogar vor der NS-Verfolgung retten wollte, war in seinem Denken tief vom Rassenantisemitismus durchdrungen.²⁷ Er lehnte noch 1936 die Zulassung von jüdischen Konvertiten für höhere Funktionen unter Hinweis auf deren „böse Erbanlagen“ ab.²⁸

Noch stärker verbreitet als Bichlmairs Schriften waren die programmatischen Artikel seines Zeitgenossen, des Franziskanerpaters Zyrill (ursprünglich Johann) Fischer (1892-1945), der zu den aktivsten geistlichen Publizisten der Zwischenkriegszeit zählte. Obwohl Fischer in der Judenfrage noch als vergleichsweise gemäßigt gelten durfte, war auch seine Argumentation in ihrer Essenz milieutypisch.²⁹ So vertrat auch er 1932, ungeachtet mehrerer Distanzierungen vom Rassenantisemitismus, explizit die Ansicht, die Judenfrage sei „eine der wichtigsten Fragen unseres geistigen und völkischen Lebens“.³⁰ Religiös verargte Fischer, der von Ritualmordbeschuldigungen völlig absah, Juden und Jüdinnen besonders den Gottesmord und die beharrliche Uneinsichtigkeit, mit der sie sich gegen christliche Missionierungsversuche sträubten: „Es lastet ein Fluch auf dem Judentum, seit es den Heiland verworfen und gekreuzigt hat. Und diesen Fluch trägt es in alle Welt. Lässt sich ein Volk mit den Juden ein, so bekommt es selbst diesen Fluch zu spüren.“³¹ Kennzeichnend für Fischers Argumentation waren darüber hinaus antimoderne Reflexe: Wie mehrere seiner Standeskollegen bekämpfte auch er im „Juden“ schlechterdings alles, was er für den Niedergang kirchlicher Macht im Zeitalter der Aufklärung verantwortlich machte. Zentrale Bedeutung hatte dabei die „jüdische Unrast“, eine Chiffre für subversive Aktivitäten aller Art, gleich ob liberaler, freidenkerischer, sozialistischer oder freimaurerischer Provenienz: „Seit dem Tod des Heilandes irren die Juden durch die ganze Welt, können nicht Friede und Ruhe finden und stecken mit ihrer Un-

27 Vgl. Peter Eppel, *Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Die Haltung der Zeitschrift *Schönere Zukunft* zum Nationalsozialismus in Deutschland 1934-1938*, Wien 1980, 151-152.

28 Vgl. Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *NS-Herrschaft in Österreich. 1938-1945*, Wien 1988, 186.

29 Zu Fischers antinationalsozialistischen Aktivitäten siehe: Christian Kitzmüller, „... ein unangenehmer Rufer in der Wüste.“ Der publizistische Widerstand des österreichischen Franziskaners Zyrill Fischer (1892-1945) gegen den Nationalsozialismus, Dipl. Arb., Universität Graz, 2012.

30 Zyrill Fischer, „Ho-Ruck nach Palästina!“ Einige Bemerkungen zur Juden- und Zionistenfrage, in: *Kalender des Katholischen Volksvereines für Oberösterreich für das Jahr 1933*, Linz 1932, 181-190, 190.

31 Ebd., 181-182.

rast auch alle ihre Gastvölker an.³² Der christlichsoziale Kulturpessimismus war allgemein stark antisemitisch orientiert.³³ Fischer folgt diesem Muster und widmet sich speziell dem Medium des „zersetzenden Geistes“, der „Judenpresse“, die „die Bestie im Menschen [...] pflegt [...], Gossenschmutz und Geilheit in alle Häuser hinein[trägt].“³⁴ Gegenwehr sei allgemein schwierig, weil „eben alle wichtigen Stellen schon mehr oder minder verjudet sind“³⁵ – dies nicht nur im Falle der Intelligenz, „auch die breite Masse der Arbeiter läuft am jüdischen Gängelbände. Österreichs sozialdemokratische Arbeiterschaft wird kaum wie eine auf der ganzen Welt von Juden geleitet und genasführt. [...] Und so erhalten die getauften Arbeiter ihr geistiges Brot aus Judengehirnen.“³⁶

Von nachgeordneter Bedeutung, aber keineswegs obsolet, war schließlich auch bei Fischer ökonomisch motivierter Antisemitismus. So beklagte er ausgiebig den „riesige[n] Zustrom von Ostjuden [...], die vor etlichen Jahren ihr ganzes Hab und Gut in einem Sacktuch beisammen hatten, [und nun] ein Riesenvermögen [erworben haben], natürlich auf Kosten der einheimischen Christenbevölkerung. Jetzt gelten wahrlich [...] die Worte der Schrift (Ecclesiasticus 11, 36): ‚Nimmst du einen Fremden auf in dein Haus, so bringt er alles untereinander, richtet dich zugrunde und vertreibt dich aus deinem Eigentum!‘“³⁷ Am Ende schloss sich der argumentative Kreis, wenn Fischer im antijüdischen Hass selbst einen Beleg für die vorgebliche Schuld der Ju-

32 Fischer, Ho-Ruck nach Palästina!, 182.

33 Vgl. dazu exemplarisch die Untersuchung von Ulrich Weinzierl, Die Kultur der *Reichspost*, in: Franz Kadrnoska (Hg.), *Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938*, Wien-München-Zürich, 325-344.

34 Fischer, Ho-Ruck nach Palästina!, 188. Ein besonderes Hassobjekt stellte in puncto Sittenverfall die von Hugo Bettauer herausgegebene Zeitung *Er und Sie. Wochenschrift für Lebenskultur und Erotik* dar, siehe dazu die Rede Kunschaks auf dem Christlichsozialen Landesparteitag 1924, Siebenter Wiener christlichsozialer Parteitag, *Reichspost*, 28.4.1924, 3-4, ausführlich außerdem Murray G. Hall, *Der Fall Bettauer*, Wien 1978. Zur Sittlichkeitsfrage in der frühen antisemitischen Propaganda der Christlichsozialen siehe: Ursula Baudisch, *Der Antisemitismus der Christlichsozialen im Spiegel der parteinahen Presse 1890 bis April 1897*, phil. Diss., Universität Wien 1967, 214-216. Zur zugrunde liegenden Angst vor dem neuen weiblichen Selbstbewusstsein siehe: Alfred Pfoser, *Verstörte Männer und emanzipierte Frauen. Zur Sitten- und Literaturgeschichte der Ersten Republik*, in: Kadrnoska, *Aufbruch*, 205-222. Zur hier anklingenden sexuellen Aufladung des katholischen wie des völkischen bzw. NS-Antisemitismus, manifest im Vorwurf des „jüdischen Mädchenhandels“, den auch Hitler in seinen Wiener Jahren beobachtet haben will, siehe exemplarisch den Artikel „Der Jude als Mädchenhändler“ in der katholischen Antisemitischen Monatsschrift „Die Judenfrage“ vom Juli 1909, 16-18, siehe außerdem Michael Schiestl, *Judenfeindschaft und Antisemitismus in Österreich. Kontinuitäten und Wandel*, phil. Diss., Universität Wien 1992, 310.

35 Fischer, Ho-Ruck nach Palästina!, 188. Hervorhebung im Original.

36 Ebd., 188-189.

37 Ebd., 187. Hervorhebung im Original.

den und Jüdinnen ausmachte: „Würde das Judentum immer und überall [...] offen und ehrlich vorgehen, so würde sicherlich nicht so viel Radauantisemitismus vorhanden sein.“³⁸ Die Folgen der jahrzehntelangen Stimmungsmache gegen die jüdische Minderheit spielte Fischer mit dem Hinweis herunter, diese würden von der „Judenpresse“ maßlos aufgebauscht³⁹ - ein „verfolgtes Volk“ kann unmöglich solchen Einfluß an sich reißen“.⁴⁰ Gemünzt auf die NS-Propaganda fügte Fischer hinzu, deren aggressives Auftreten, das zum Zeitpunkt von Fischers Niederschrift, 1932, schon seit Jahren regelrechte Menschenjagden miteinschloss,⁴¹ sei schlicht ineffizient: „Jedenfalls ist es die allerunglücklichste Judenbekämpfung und zugleich auch der allerungefährlichste Antisemitismus, an allen Straßenecken ‚Juden hinaus!‘ zu brüllen [...] wir [können] mit dem hakenkreuzlerischen Indianergeheul ‚Juda verrecke!‘ - ‚Ho-ruck nach Palästina!‘ die Judenfrage absolut nicht lösen.“⁴²

Wie entsprechende Einlassungen des Salzburger Erzbischofs Sigismund Waitz,⁴³ des Linzer Bischofs Johannes Gföllner,⁴⁴ des Prälaten Ignaz Seipel⁴⁵ oder des Rektors der „Anima“ in Rom, Bischof Alois Hudal, zeigen, beschränkten sich die antisemitischen Ressentiments keineswegs auf den niederen Klerus, sondern waren in der Zwischenkriegszeit auch in weiten Teilen des Episkopats verbreitet. Der Rest der Bischöfe hielt sich zwar stärker zurück, Ferdinand Pawlikowski, der Bischof von Seckau, genehmigte in seiner Diözese aber etwa sehr selbstverständlich die Veröffentlichung mehrerer antijüdischer Schriften,⁴⁶ selbiges war in Tirol der Fall.⁴⁷ Hudals Versuch, Kirche und NS-Ideologie nach der Machtübernahme der Nazis in den 1930ern

38 Fischer, Ho-Ruck nach Palästina!, 184.

39 Vgl. ebd., 187, 189-190.

40 Ebd., 190.

41 Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, 200-202.

42 Fischer, Ho-Ruck nach Palästina!, 185.

43 Sigismund Waitz, Die Kirche Christi und die Synagoge des Satans, in: *Das Neue Reich*, Wochenschrift, 13.6.1920, 599-600. Die theologische Grundlage der Metapher von der „Synagoge des Satans“ bildet die zweite Offenbarung des Johannes im Neuen Testament, vgl. Sylvia Steinbauer, Antisemitismus in der Ersten Republik Österreich. Ein Phänomen mit vielen Gesichtern, betrachtet im Spiegel zeitgenössischer Quellen unter besonderer Berücksichtigung der Karikatur in der periodischen Publizistik, phil. Diss., Universität Wien 1996, 178.

44 Vgl. Johannes Maria Gföllner, Wahrer und Falscher Nationalismus. Hirtenbrief, in: *Linzer Volksblatt*, 24.1.1933, 2.

45 Vgl. Anton Staudinger, Katholischer Antisemitismus in der Ersten Republik, in Gerhard Botz/Ivar Oxaal/Michael Pollak/Nina Scholz (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, Wien 2002, 261-282, 266-268.

46 Vgl. Herbert Rütgen, Antisemitismus in allen Lagern. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik Österreich 1918-1938, Graz 1989, 308-310.

47 Ebd., 310-312.

inhaltlich auszusöhnen,⁴⁸ fand schließlich nicht nur die Unterstützung einzelner Geistlicher wie des Slawisten und dezidierten Nazis Simon Pirchegger, sondern auch so prominente Fürsprecher wie Kardinal Theodor Innitzer.⁴⁹

Antisemitische Laiennetzwerke

Stärker noch als Kleriker waren katholische Laien von rassistischem Denken beeinflusst. Zu einem Gutteil war das wohl auf ihre Ausbildung zurückzuführen: Generationen katholischer Intellektueller studierten an Hochschulen, an denen der Rassismus spätestens seit der Jahrhundertwende hegemonial war. Versuche, die eigene katholische Prägung mit diesem „wissenschaftlichen“ Mainstream zu verbinden, waren denn auch keine große Überraschung.⁵⁰

Wie John Boyer und Anton Staudinger gezeigt haben, waren hier besonders drei Netzwerke einflussreich. Ein viertes, der Antisemitenbund, war zwar vom deutsch-völkischen Journalisten Karl Sedlak gegründet worden, in weiterer Folge übernahm aber bald der Christlichsoziale Anton Jerzabek die Vereinsführung. Obwohl zahlreiche christlichsoziale Parteifunktionäre zum Kreis der Mitglieder, Funktionäre und Agitatoren des Antisemitenbundes zählten, war dieser aufgrund der starken Beteiligung von Großdeutschen und später auch Nazis nicht eindeutig der katholischen Hemisphäre zuzurechnen⁵¹ und wird daher nicht näher behandelt.

Das vermutlich wichtigste Netzwerk auf Ebene der Wiener Christlichsozialen war der um die Jahrhundertwende gegründete, offiziell „unpolitische“ „Katholische Volksbund“. Geistig geprägt war diese Gruppe junger Militanter von einem „intensiven, ans Irrationale grenzenden viszeralen Hass [...] für die Sozialdemokratie“.⁵² Das Ziel des „Volksbundes“ bestand in einer programmatischen Neuausrichtung der christlichsozialen Politik in Richtung eines offensiveren Katholizismus, dem allein man zutraute, verbunden mit ver-

48 Vgl. Alois Hudal, *Das Rassenproblem* [Schriftenreihe im Dienste der katholischen Aktion, 10/11], Lobnig 1936; Ders., *Die Grundlagen des National-Sozialismus*, Leipzig-Wien 1937; Zur Person Hudal siehe zuletzt Thomas Brechenmacher, *Wider bessere Einsicht. Bischof Alois Hudal, Judentum, „Rassenkunde“ und Antisemitismus*, in: *Römische Historische Mitteilungen*, Bd. 57, Wien 2015, 273-323.

49 Zit. n. Leopold Spira, *Feindbild „Jud“. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich*, Wien-München 1981, 90.

50 Vgl. Janek Wasserman, *Black Vienna. The Radical Right in the Red City, 1918-1938*, Ithaka-London 2014.

51 Vgl. Zum Antisemitenbund siehe den Beitrag von Klaus Taschwer in diesem Band, desgl. Christian Pape, *Antisemitenbund (Österreich)*, in Wolfgang Benz (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin-Boston, 33-34.

52 John W. Boyer, *Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf*, Wien-Köln-Weimar 2010, 414-415.

stärkter antisemitischer Agitation, der Sozialdemokratie Herr zu werden.⁵³ Anders als Lueger sahen die Mitglieder des „Volksbundes“ in der Religion kein bloßes Instrument, das sich beliebig zur Wählermaximierung einsetzen ließ, sondern die letztinstanzliche Richtschnur für ihr eigenes Handeln.⁵⁴ Durch das Ziel, die soziale Basis der Christlichsozialen über das „panische, selbstmörderische Kleinbürgertum“⁵⁵ hinaus zu erweitern, kam es zu Interessensallianzen des Volksbundes mit den innerparteilich weitgehend marginalisierten christlichsozialen Arbeiterorganisationen. Ideologisch war das möglich, weil der Volksbund zwar nicht antikapitalistisch orientiert war, jedoch grundsätzlich die Tatsache anerkannte, dass der Kapitalismus soziales Elend verursachte und davon einen gewissen Handlungsbedarf ableitete.⁵⁶ Der Volksbund verfügte über ausgezeichnete Beziehungen zum Episkopat und hatte seinen mächtigsten Unterstützer in Kardinal Gustav Piffl gefunden. Die Struktur bildete in weiterer Folge einen wichtigen Ausgangspunkt für den Verbandskatholizismus der Zwischenkriegszeit⁵⁷ und ein zentrales Rekrutierungsfeld für die rechte Führungsgruppe der Christlichsozialen in der Ersten Republik. So entstammten dem „Volksbund“ neben Ignaz Seipel auch so prominente Namen wie der spätere austrofaschistische Bürgermeister Wiens, Richard Schmitz, der Christgewerkschafter Franz Hemala, Nationalbankpräsident Victor Kienböck oder der bereits erwähnte Friedrich Funder.⁵⁸

Neben dem „Volksbund“ waren mehrere andere bürgerliche Querfrontprojekte bemüht, im Zeichen des Antimarxismus katholisch-religiöse und völkisch-nationale Strömungen zu bündeln. Die im Hinblick auf die Stellung ihrer Mitglieder und ihren Einfluss auf Stellenbesetzungen wichtigste war vermutlich die ebenfalls in Wien ansässige „Deutsche Gemeinschaft“, eine Art rechtsradikale Geheimloge, der neben späteren führenden NS-Funktionären wie dem Wiener NS-Bürgermeister Hermann Neubacher und dem Kurzzeit-Bundeskanzler und Kriegsverbrecher Arthur Seyß-Inquart auch der letzte Obmann der Christlichsozialen, Emmerich Czermak, oder der spätere Bundes-

53 Vgl. Ders., *Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897-1918*, Chicago-London, 1995, 417-419, 434-436.

54 Vgl. ebd., 409-410.

55 So Albert Gessmann in einem Brief an Friedrich Funder 1912, zit. n. Boyer, *Political Crisis*, 313.

56 Zum theoretischen Verständnis der sozialen Frage in der Tradition Vogelsangs wie auch zur praktischen Bedeutung siehe u. a. Anton Staudinger, *Die Christlichsoziale Partei*, in: Weinzierl/Skalnik (Hg.), Österreich, 249-276, 254-256.

57 Vgl. Katharina Ebner, *Politische Katholizismen in Österreich 1933-1938. Aspekte und Desiderate der Forschungslage*, in Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfelds*, Wien-Köln-Weimar 2013, 159-222, 182.

58 Vgl. Boyer, *Political Crisis*, 298-321; Gerhard Hartmann, Richard Schmitz. *Der Beginn einer Karriere im Politischen Katholizismus Österreichs*, in: *Demokratie und Geschichte* 13/14 (2009-2010), bes. ab 84.

kanzler Engelbert Dollfuß⁵⁹ angehörten. Etliche Forderungen der „Deutschen Gemeinschaft“ wurden durch Czermak Anfang der 1930er-Jahre zur programmatischen Grundlage der Christlichsozialen Partei in der Judenfrage.⁶⁰

Im Bemühen, die mehr und mehr Richtung NSDAP abdriftende bürgerliche Jugend zu integrieren, gründeten die maßgeblichen katholischen Verbände wie der „Reichsbund der christlich-deutschen Jugend Österreichs“, die „Christlich-Deutsche Turnerschaft“,⁶¹ der „Cartellverband“⁶² und der „Bund Neuland“⁶³ den „Volksdeutschen Arbeitskreis österreichischer Katholiken“. Diese deklariert antiliberale und vor allem antimarxistische Organisation, die sich als Forum und Diskursverstärker begriff, war auf Basis des Volksgemeinschafts- und Volkstumsgedankens auch per se stark antisemitisch.⁶⁴

Durchaus repräsentativ für den Antisemitismus dieses jungen völkisch-katholischen Spektrums – soweit es in der Judenfrage nicht ohnehin vollinhaltlich die Argumentation der NSDAP teilte – waren jene Stellungnahmen, die im wichtigsten katholischen Theorieorgan der 1930er-Jahre, der *Schöneren Zukunft*, erschienen.⁶⁵

Antisemitismus: Vor 1938 die katholische Antwort auf die Soziale Frage

Mit dem Börsenkrach von 1873 endete die Hochkonjunktur der 1860er und wich einer jahrelangen wirtschaftlichen Abwärtsspirale. Speziell das Klein-

59 Vgl. Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, *Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg*, Wien 2020, 89-116.

60 Vgl. Anton Staudinger, *Katholischer Antisemitismus*, 273-274.

61 Die Christlich-Deutsche Turnerschaft war der späte Versuch des politischen Katholizismus, der Konkurrenz durch das völkisch-nationale Turnwesen eine kirchlich dominierte Alternative entgegenzusetzen. Während es in der Frage der Religiosität Unterschiede gab, war das restliche ideologische Fundament von christlichen und völkischen Turnern weitgehend ident, so auch die Stellung in der Rassenfrage bzw. im Antisemitismus, vgl. Petra Matzinger, *Die Christliche Turnbewegung in Österreich und der Antisemitismus*, Dipl. Arb., Universität Wien 1993, bes. 69.

62 Zum Antisemitismus des Cartellverbandes vgl. Gerhard Hartmann, *Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich*, Kvelaer 2006, 475-498; zu Dollfuß' Bemühen, 1920 innerhalb des gesamtdeutschen CV den „Arierparagraphen“ durchzusetzen, siehe ebd., 493. Zum studentischen Antisemitismus vgl. außerdem Steinbauer, *Antisemitismus*, 139-144.

63 Zum Bund Neuland siehe auch den Beitrag von Stefan Eminger in diesem Band.

64 Vgl. Anton Staudinger, *Zu den Bemühungen katholischer Jungakademiker um eine ständisch-antiparlamentarische und deutsch-völkische Orientierung der Christlichsozialen Partei*, in: Erich Fröschl/Helge Zoitl (Hg.), *Februar 1934. Ursachen - Fakten - Folgen. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts*, abgehalten vom 13. bis 16. Mai 1984 in Wien, Wien 1984, 221-231, 225. Dem Volksdeutschen Arbeitskreis gehörten ausgesprochene katholische Nazis wie Taras Borodajkewycz, Anton Böhm oder Theodor Veiter ebenso an wie völkische Katholiken, die jedoch Distanz zum NS wahrten. Zu letzteren zählten etwa Josef Klaus oder Eugen Kogon, vgl. ebd.

65 Zu Stellenwert und Argumentation des Antisemitismus in der *Schöneren Zukunft* siehe die Analyse von Eppel, *Kreuz und Hakenkreuz*, 153-192.

bürgertum, das nicht über die notwendigen Reserven verfügte, um längere Flauten zu überbrücken, sah sich nun einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt. Einer der ersten katholischen Agitatoren, der diese sozialen Verwerfungen aufgriff, war der 1875 neu berufene Chefredakteur der Wiener Tageszeitung *Das Vaterland*, Karl von Vogelsang. *Das Vaterland* war das Organ der Katholisch-Konservativen Partei, als solche die politische Repräsentanz der Hocharistokratie und des Klerus. Vogelsangs Anliegen bestand im Versuch, über diesen Kreis hinaus zu wirken und eine katholische Antwort auf das namenlose Elend rundum zu geben. In seiner Argumentation verwob Vogelsang Kapitalismuskritik mit antimodernen, antimarxistischen und antisemitischen Versatzstücken zu einem spezifischen Amalgam, das in Abgrenzung zu den herrschenden Verhältnissen die Vision einer ständischen, vormodernen Gesellschaft postulierte, ein Gedanke, der die katholische Soziallehre maßgeblich prägte.⁶⁶

Die Judenfeindschaft in Vogelsang'scher Tradition hatte insbesondere die angeblich spezifische Angewohnheit vermeintlich oder tatsächlich „jüdischer“ Kapitalisten problematisiert, ihre Beschäftigten auszubeuten.⁶⁷ Dieser klassenkämpferische Aspekt trat ab etwa Mitte der 1880er zurück, als katholische und deutschnationale Vertreter gemeinsam die „Vereinigten Christen“ als Vorläufer der Christlichsozialen Partei gründeten, um auf Wiener Kommunalebene als politische Repräsentanz des Gewerbes zu reüssieren. Ihre Propaganda griff nun besonders die jüdische Konkurrenz christlicher Handels- und Gewerbetreibender an.⁶⁸

Wie ihre Vorgängerorganisationen bündelte auch die 1893 gegründete Christlichsoziale Partei vorhandene antijüdische Ressentiments, deren Verstärker sie wurde und ihnen diskursive Legitimität verlieh. In durchaus variierender Gewichtung fungierte „der Jude“ in der christlichsozialen Agitation in dreifacher Weise als Feind par excellence: als übergeordneter, „raffender“ Kapitalist; als unliebsamer Konkurrent (gerade im Handel); schließlich als weltanschaulicher Gegner, „Intelligenzler“ und „Umstürzler“, der durch seinen Egalitarismus die bestehende Ordnung „von unten“ zu untergraben

66 Zu Vogelsangs inhaltlicher Orientierung vgl. Alfred Diamant, *Die österreichischen Katholiken und die Erste Republik. Demokratie, Kapitalismus und soziale Ordnung 1918-1934*, Wien 1960, 51-58. Zum Charakter des Antisemitismus in dieser Phase vgl. John Bunzl/Bernd Marin, *Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien*, Innsbruck 1983, 28-29. Zu den Versuchen Vogelsangs, sich vom völkischen „Radauantisemitismus“ abzuheben vgl. Baudisch, *Antisemitismus*, 54-56.

67 Vgl. Baudisch, *Antisemitismus*, 66-67.

68 Siehe dazu die Analyse der christlichsozialen Publizistik bei Kathrin McEwan, „Wieder Einer“. Eine Diskursanalyse des Antisemitismus der christlichsozialen und deutschnationalen Presse in Wien um 1900, Dipl. Arb., Universität Wien 2006, bes. 50-57. Desgl. Pauley, *Antisemitismus*, 76-77.

drohte. Als willkommener Fixierpunkt mussten vor allem Menschen herhalten, die zu Beginn der 1880er-Jahre als Flüchtlinge vor Pogromen aus Russland und Galizien ins spätere Österreich gekommen waren.⁶⁹

In den späten 1890ern traten im katholischen Milieu Wiens die Christlichen Arbeitervereine unter der Führung des bereits eingangs ausführlich vorgestellten Leopold Kunschak zunehmend in Erscheinung.⁷⁰ Sie standen in einem unmittelbaren Interessengegensatz zu den traditionellen, kleinbürgerlichen Parteiliten. Obwohl Kunschak Arbeitskämpfen ablehnend gegenüberstand, blieben er und seine Anhänger:innen den innerhalb der Parteistrukturen dominierenden Gewerbetreibenden letztlich immer „verhasst“⁷¹ und wurden gegängelt, wann immer sich eine Möglichkeit bot.⁷²

Weil Kunschaks Arbeitervereine dezidiert auf einen Konsens mit der Unternehmenseite hinarbeiteten, dort mit ihren Wünschen aber kaum auf Entgegenkommen stießen, hatten sie ihren Mitgliedern materiell wenig anzubieten. Auch sie konzentrierten sich daher auf eine negativ ausgerichtete Identitätspolitik. Ihre antisemitische Agitation lebte die Tradition Vogelsangs, die Antisemitismus mit antikapitalistischen Tönen und Sozialkritik verband, wesentlich stärker fort als im Rest der Partei.⁷³ In hervorragendem Maße richtete sich der weniger religiös als vielmehr rassistisch argumentierende Antisemitismus Kunschaks und seines Gefolges außerdem gegen die Sozialdemokratie, deren Presse (das „Schächtmesser des Herrn Austerlitz“⁷⁴) und seit den Wahlen 1919 auch gegen die rote Hochburg, das „verjudete Wien“⁷⁵. Mithilfe der Gleichung Juden = Kapitalisten = Sozialdemokraten = Ausbeuter musste man Sozialkritik nicht unmittelbar gegen die besser Situierten unter den eigenen Parteifreunden richten, konnte vielmehr die Verbindung mit diesen stärken, während man gleichzeitig auch die sozialdemokratische Kon-

69 Vgl. Rona, Antisemitismus, 61-63.

70 Zur Geschichte der Christlichen Gewerkschaften vgl. die Beiträge von Johann Gassner, Anton Pelinka und Gerhard Botz in Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung. 18. Linzer Konferenz, 15. bis 17. September 1982: Konfessionelle, liberale und unternehmensabhängige Arbeiterbewegung bis zum zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaften. ITH-Tagungsberichte 18, Wien 1983. Siehe außerdem Gerhard Silberbauer, Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage, Graz-Wien-Köln 1966; Anton Pelinka, Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938, Wien 1972; zuletzt Elisabeth Luif, „... daß die Arbeiterschaft unmittelbar als erster Waggon hinter der Lokomotive rangiert.“ Integrationsstrategien im Austrofaschismus am Beispiel der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“, Masterarbeit, Universität Wien, 2020.

71 Boyer, Political Crisis, 85.

72 Vgl. Silberbauer, Katholiken, 164-166.

73 Vgl. Baudisch, Antisemitismus, 183-185.

74 Herr Dr. Otto Bauer als „Kommißknopf“, in *Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung*, 3.2.1923, 2. Gemeint war Friedrich Austerlitz, der Chefredakteur der sozialdemokratischen *Arbeiter-Zeitung*.

75 Vgl. Pelinka, Stand, 220-221.

kurrenz angreifen und obendrein antiintellektuelle Reflexe (die sozialdemokratischen Führer als „studierte Juden“⁷⁶) bedienen konnte.⁷⁷

Das Verhältnis von Theorie und Praxis im christlichsozialen Antisemitismus von Lueger bis zum Austrofaschismus

Das antijüdische Ressentiment war bereits der zentrale Daseinszweck diverser Vorläufervereine gewesen⁷⁸ und durchzog seit dem ersten Grundsatzdokument, dem „Wahlmanifest der christlich-sozialen Reichspartei“ aus dem Jahr 1907, auch die Programmatik der Partei.⁷⁹ Im November 1919 wurde auf dem Parteitag der Wiener Christlichsozialen ein Programm verabschiedet, dessen Essenz die künftige Position der Partei in der Judenfrage widerspiegelte: die Separierung der jüdischen Bevölkerung als „eigene Nation“, ihre Isolation in eigenen Schulen oder Klassen, die Erschwerung der Einbürgerung „Volksfremder“ und die Einführung eines Numerus clausus im Schul- und Universitätsdienst.⁸⁰ Sämtliche andere Landesparteien taten es, so das nicht schon vorher der Fall gewesen war, dem Wiener Beispiel alsbald gleich und nahmen ihrerseits antisemitische Passagen in ihre Programme auf.⁸¹ Bezeichnenderweise beklagte zwar auch das christlichsoziale Parteiprogramm von 1926 den „zersetzenden jüdischen Einfluss“⁸², wurde allgemein aber dennoch als gemäßigt wahrgenommen, weil es an die kollektive Verunglimpfung keine konkreten Forderungen mehr knüpfte.⁸³

Als die Partei Anfang der 1930er-Jahre ihre antisemitische Agitation in Konkurrenz zu den Nazis neuerlich intensivierte, wurde auch die betreffende Passage des gültigen Parteiprogrammes nachgeschärft. In einem von Richard Schmitz 1932 verantworteten Kommentar wurde nun erläutert:

„Der Antisemitismus ist seit den Uranfängen der Bewegung ein Stück des christlichsozialen Wesens. Kein bloßes Agitationsmittel, sondern ein Teil des Programmes, des geistigen Inhaltes der Partei [...] In dem von zahlrei-

76 Akademiker als Sozialistenführer, *Reichspost*, 11.8.1896, 4.

77 Vgl. Pauley, Antisemitismus, 208.

78 So hatte sich beispielsweise ein sattes Drittel des Programmes der „Vereinigten Christen“, wie Luegers Partei hieß, bevor sie mit anderen Gruppierungen zur Christlichsozialen Partei verschmolz, der Rechtsstellung von Juden gewidmet, vgl. Schiestl, Judenfeindschaft, 296-297.

79 Vgl. Rütgen, Antisemitismus, 84-85.

80 Vgl. Robert Kriechbaumer (Hg.), „Dieses Österreich retten ...“ Die Protokolle der Parteitage der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik, Wien 72-78, bes. 72-73. Für die antisemitisch aufgeladene Atmosphäre siehe außerdem etwa die Wortmeldung von Heinrich Mataja, vgl. ebd., 34.

81 Vgl. Rütgen, Antisemitismus, 86-88; Rona, Antisemitismus, 111-112.

82 Vgl. Kriechbaumer, Österreich, 307.

83 Vgl. ebd., 306-307; Pauley, Antisemitismus, 207.

chen Juden bewohnten Wien [...] ist der Antisemitismus lebendiger und eher zum Radikalismus geneigt als etwa in dem judenarmen Vorarlberg [...] Ähnlich kann der Eintritt wirtschaftlicher Not [...] den in besseren Zeiten ruhiger gewordenen Antisemitismus jäh zu heftigen und leidenschaftlichen Formen aufreiben. Niemals aber ist der Antisemitismus in der Christlichsozialen Partei erstorben gewesen.“⁸⁴

Ebenfalls in die Phase zunehmender Radikalisierung Anfang der 1930er fiel die Beauftragung des völkischen Katholiken und späteren Parteiobermannes Emmerich Czermak mit der Ausarbeitung eines Programms zur „Lösung“ der Judenfrage. Zusammen mit dem Rechtszionisten Oskar Karbach verfasste Czermak die Schrift „Ordnung in der Judenfrage“⁸⁵, in der Emanzipation und Assimilation als Irrwege gebrandmarkt wurden: „Das liberale, sozialistische, bolschewistische Judentum ist [...] ein entartetes Judentum.“⁸⁶ Im Weiteren konstruierte Czermak das Judentum auf explizit völkischer Grundlage,⁸⁷ es „muß der religiöse Deutsche die Annahme der Taufe als ‚Entrebillett‘ für die Juden mit größter Entschiedenheit ablehnen.“⁸⁸

Als Lösung favorisierten die beiden Autoren die Unterstützung rechtszionistischer Bestrebungen Ze'ev Jabotinskys.⁸⁹ Das zwischenzeitlich anzustrebende Ziel sahen Czermak und Karbach darin, „für die im Lande wohnenden Juden, zumindest für die restliche Dauer ihres Aufenthaltes [!] ein wirklich brauchbares Recht“⁹⁰ zu schaffen; die alte christlichsoziale Idee von der Ausnahmegesetzgebung. Dies sei auch zum Besten der jüdischen Bevölkerung, „denn wo immer sie versuchen, gute Deutsche zu mimen, begehen sie Verrat an ihrem jüdischen Blut und Wesen [...]. Wir erwarten [...] von ihnen, daß sie zurückfinden zu ihrem ursprünglich konservativen Wesen und daß sie sich freimachen von der nur durch ihre Phantasie entschuldbaren Illusion der Gleichschaltung mit den Deutschen.“⁹¹

Die Forderung, eine gesetzliche Basis zur Segregation oder Diskriminierung von Juden und Jüdinnen zu schaffen, bildete durch die vier Jahrzehnte ihrer Existenz hindurch ein Kontinuum der Christlichsozialen Partei. Lueger hatte schon 1887 einen Gesetzesvorschlag Georg von Schönerers unterstützt,

84 Generalsekretariat der Christlichsozialen Bundesparteileitung (Hg.), Das christlichsoziale Programm. Mit Erläuterungen von Richard Schmitz, Wien 1932, 67-68.

85 Pauley, Antisemitismus, 213.

86 Emmerich Czermak/Oskar Karbach, Ordnung in der Judenfrage, Wien-Leipzig 1933, 9.

87 Vgl. ebd., 42-43.

88 Ebd., 44.

89 Ebd., 53, 57.

90 Ebd., 58.

91 Ebd., 66-67.

nach dem Vorbild der antichinesischen Einwanderungsgesetze in den USA die jüdische Zuwanderung bzw. Niederlassung in Österreich zu erschweren.⁹² Später forderten die Christlichsozialen etwa Güterkonfiskationen, den Entzug des passiven Wahlrechtes oder auch die Beseitigung der Niederlassungsfreiheit, kurz: die Rücknahme der Judenemanzipation.⁹³ Besonders intensiv waren die einschlägigen Bestrebungen in der Anfangsphase der Ersten Republik. Im Juli 1919 wurde von christlichsozialen Abgeordneten im Parlament ein Gesetzesvorschlag eingebracht, der Namensänderungen verhindern und so die Assimilierung von Juden erschweren sollte.⁹⁴ Zwei Monate später, im September 1919, wurde, befeuert von der christlichsozialen Presse, eine antisemitische Demonstration vor dem Rathaus abgehalten und die „eheste Durchführung des Ostjudenausweisungsgesetzes“ gefordert, weil, wie die *Reichspost* schrieb, die „längere Duldung in Wien [...] die bestehende Judengegnerschaft nur zu einer gefährlichen Höhe emportreiben“ würde.⁹⁵ Im Oktober 1919 forderten christlichsoziale Parlamentarier, Juden vom Armeedienst auszuschließen und sie bei künftigen Volkszählungen als „eigene Rasse“ zu führen.⁹⁶ Den umfassendsten antisemitischen Gesetzesentwurf präsentierte 1919 parteiintern Leopold Kunschak. Er sah die Erfassung der jüdischen Bevölkerung in einem Nationalkataster vor, wobei die Abstammung und nicht das konfessionelle Bekenntnis, ausschlaggebend zu sein habe; durch einen Numerus clausus entsprechend dem jüdischen Anteil an der Gesamtbevölkerung sollte die Teilhabe am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben begrenzt werden, von Ämtern in Staats- und Landesregierungen, in der Nationalversammlung sowie vom Pressewesen seien Juden und Jüdinnen gänzlich auszuschließen. Desgleichen solle ihnen der Dienst in Militär, Gendarmerie, Zoll und Polizei sowie das Richteramt verwehrt sein. Juden und Jüdinnen sollte die Gründung von Vereinen untersagt werden, jüdische Kinder seien möglichst in jüdischen Schulen zusammenzufassen.⁹⁷

In den internen Beratungen hatte der für die Erarbeitung der Verfassung zuständige Staatssekretär Michael Mayr (wie im Übrigen auch Ignaz Seipel) keine prinzipiellen Einwände, plädierte allerdings im Hinblick auf den Friedensvertrag von 1919 auf temporäre Zurückhaltung. Es gibt wenige Beispiele

92 Vgl. Schiestl, Judenfeindschaft, 296.

93 Vgl. Baudisch, Antisemitismus, 120-121.

94 Vgl. Pauley, Antisemitismus, 207.

95 Die Schicksalsfrage der Republik, in: *Reichspost*, 26.9.1919, 1-2.

96 Vgl. Pauley, Antisemitismus, 207.

97 Völlinhaltlich wiedergegeben sind die 13 Punkte des ursprünglichen Forderungskatalogs sowie die Version von 1936 bei Anton Staudinger, Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungsphase der österreichischen Republik, in *Jahrbuch für Zeitgeschichte* 1978, Wien 1979, 36-37 und 40-42.

Bild online nicht verfügbar.

Der Antisemit Leopold Kunschak 1938 (rechts) in Gestapohaft am Morzinplatz. Links neben ihm der ebenfalls internierte Louis von Rothschild, Oberhaupt des Wiener Zweiges der jüdischen Bankiersfamilie, die ein bevorzugtes Ziel antisemitischer Agitation war. | *Österreichische Nationalbibliothek*

für prinzipielle parteiinterne Widerstände gegen antisemitische Reden und Vorhaben. Als Kunschak seinen Katalog präsentierte, widersprach jedoch der spätere Sozialminister Josef Resch unter Hinweis auf die Verfassungswidrigkeit der Forderungen und aus persönlichem Unwillen dagegen, Juden und Jüdinnen als „Staatsbürger zweiter Klasse“ zu behandeln.⁹⁸ Kunschak zog den Entwurf daraufhin zurück, brachte ihn aber 1936 mit von Ignaz Seipel angeratenen Änderungen erneut in der von ihm mitredigierten Zeitschrift *Neue Ordnung* aufs Tapet, „weil mich das Gefühl in seinem Banne hält: Es sei an der Zeit, in der Judenfrage mit der Vogel-Strauß-Politik zu Ende zu kommen und sie einer Lösung auf dem Boden der Vernunft und des Rechtes zuzuführen, ehe die Lösung dem Bereich hemmungsloser Brutalität überantwortet ist.“⁹⁹ Auch dann war ihm - wie allen anderen einschlägigen Initiativen - allerdings kein Erfolg beschieden, weil sie dem Bestreben des Regimes zuwiderliefen, sich international als die zivilisiertere Antithese zu NS-Deutschland zu empfehlen.

Neben dem Ziel einer gesetzlichen Judendiskriminierung war im Einflussbereich der Christlichsozialen ein (nicht restlos konsequenter) struktureller

98 Vgl. ebd., 37-38.

99 Staatsrat Leopold Kunschak, Zur Judenfrage, in: *Neue Ordnung* 1936, 20-22, 22.

Antisemitismus feststellbar. Dieser reichte von der Wiener Kommunalverwaltung unter Lueger¹⁰⁰ bis zum Austrofaschismus.¹⁰¹ In Teilbereichen, vor allem den Hochschulen, war die systematische Benachteiligung von jüdischen Studierenden auch schon in der Ersten Republik ebenso gängige wie gesetzeswidrige Praxis gewesen.¹⁰² Bereits in den Anfängen des Austrofaschismus verbanden katholische Studenten wie der spätere Bundeskanzler und damalige Funktionär der akademischen Jungfront, Josef Klaus, den Ruf nach dem „ständischen Volksstaat“ mit der Forderung, die Hochschulen müssten „wieder zu Erziehungsstätten christlichnationalen Geistes werden [und] von ihr die Zudringlichkeit des Judentums bis zu einem gebührenden Maße zurückgewiesen“¹⁰³ werden. Die Praxis des Austrofaschismus entsprach dieser Forderung so systematisch, dass sich die Vereinigung jüdischer Ärzte 1937 genötigt sah, jüdische Maturant:innen in einem eigenen Schreiben vor einem Medizinstudium zu warnen, da die Aussichten für jüdische Absolvent:innen gegen Null tendierten.¹⁰⁴ Die Wiener Stadtverwaltung wurde nach 1934 systematisch von jüdischen, nicht aber von nichtjüdischen Sozialdemokraten „gesäubert“¹⁰⁵, zudem erging im September gleichen Jahres ein Erlass des Wiener Stadtschulrates, der abermals auf die Segregation jüdischer Kinder zielte und Juden-

100 Vgl. Boyer, *Political Crisis*, 29-31, 64-65.

101 Vgl. Emmerich Tálos, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem Österreich 1933-1938*, Berlin-Münster-London-Wien-Zürich 2013, 470-490; Desgl. die Beiträge in Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.), *Antisemitismus in Österreich 1933-1938*, Wien-Köln-Weimar 2018.

102 Von den Universitätsrektoren wurde ein ausschließlich von christlichsozialen und deutschnationalen Studentenverbindungen gewähltes und beschicktes Gremium, der deutsch-arische Hochschulausschuss, als legitime Vertretung der Studierenden anerkannt; die Gleispach'sche Studentenordnung führte an der Universität Wien 1930 die Kategorie der Volkszugehörigkeit ein, offenbar eine Vorleistung auf einen künftig beabsichtigten Numerus clausus für jüdische Studierende. Die Definition des „Jüdischen“ folgte dabei dem Rasseprinzip; an der Technischen Hochschule war eine derartige Zulassungsbeschränkung für Juden und Jüdinnen bereits seit 1923 in Kraft und wurde trotz ihrer offenkundigen Rechtswidrigkeit beibehalten; antisemitische christlichsoziale und deutschnationale Professoren bildeten eine antisemitische Heimgesellschaft, die Bärenhöhle, mit dem Ziel, systematisch die Habilitation bzw. Berufung von Juden zu sabotieren, siehe zu all diesen Punkten ausführlich Linda Erker, *Die Universität Wien im Austrofaschismus. Österreichische Hochschulpolitik 1933 bis 1938, ihre Vorbedingungen und langfristigen Nachwirkungen*, Göttingen 2021, 33-62; Klaus Taschwer, *Geheimsache Bärenhöhle. Wie eine antisemitische Professorenclique nach 1918 an der Universität Wien jüdische Forscherinnen und Forscher vertrieb*, in: Regina Fritz/Grzegorz Rossoliński-Liebe/Jana Starek (Hg.), *Alma mater antisemitica. Akademisches Milieu, Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939*, Wien 2016, 221-242; Juliane Mikoletzky, „Von jeher ein Hort starker nationaler Gesinnung“. Die Technische Hochschule in Wien und der Nationalsozialismus, Wien 2003.

103 Josef Klaus, *Die Akademische Jungfront*, in: *Reichspost*, 9.3.1933, 11.

104 Vgl. Helmut Wohnout, *Die Janusköpfigkeit des autoritären Österreich. Katholischer Antisemitismus in den Jahren vor 1938*, in: *Geschichte und Gegenwart* 13 (März 1994), 3-16, 10.

105 Ebd., 9.

klassen als Vorstufe zu eigenen Judenschulen anvisierte. Nach internationalen Protesten wurde dieser Plan zwar schließlich zurückgenommen, die Idee, die jüdische Bevölkerung von der nichtjüdischen zu separieren, tauchte dennoch in verschiedenen Varianten weiter auf.¹⁰⁶ Dass der Antisemitismus keineswegs nur theoretisch, sondern durchaus praktisch orientiert war, illustrierten abseits dessen diverse Boykottaufrufe christlichsozialer Gruppierungen und Repräsentanten, die insbesondere in der Vorweihnachtszeit eine jahrzehntelange Tradition hatten.¹⁰⁷ Friedrich Funder versuchte später, derlei Aktivitäten unter Hinweis auf ihre mangelnde Effektivität vom Tisch zu wischen: „Die unter dem Motto ‚Kauft nur bei Christen‘ [...] geführte Propaganda [vermochte] den Käuferstrom [...] nicht aus seinen gewohnten Bahnen zu bringen.“¹⁰⁸ Dass der katholische Antisemitismus stets nur Stimmungsmache gewesen wäre, ohne konkrete Konsequenzen zu zeitigen, stimmte also schon auf program-matischer und struktureller Ebene offensichtlich nicht. Auch der Hinweis auf die vermeintliche Friedfertigkeit der katholischen Judenhetze wirkt bei näherer Betrachtung wenig überzeugend. Dies illustrierten schon die Anfänge der politischen Nutzbarmachung antijüdischer Ressentiments unter Lueger.

Ein anschauliches Bild der Aufwallungen, die dieser mit seinen Kampagnen provozierte, vermittelt ein Zeitungsbericht über Ausschreitungen im Dezember 1895. Nachdem eine Kundgebung des katholischen Schulvereins Wien-Leopoldstadt aufgrund der hoffnungslos überfüllten Räumlichkeiten von den Behörden vorzeitig abgebrochen worden war, hatte in der Menge das Gerücht die Runde gemacht, hinter dieser Maßnahme steckten Juden. Daraufhin formierte sich ein spontaner Demonstrationzug von etwa zweitausend Frauen. Was folgte, beschrieb die liberale *Neue Freie Presse* als einen „Straßenexzesse [...] der in Wien bisher noch nicht beobachtet worden ist“.¹⁰⁹ Im Bericht hieß es weiter:

„Der Strom ergießt sich in die Praterstraße und nun beginnt eine Reihe von widerlichsten Szenen. Unter dem unaufhörlichen Geheul ‚Hoch Lueger! Nieder mit den Juden! Kauft nur bei Christen! Aufhängen die Juden! Kauft’s nix bei Juden!‘ wälzt sich der [...] Menschenstrom [...] der Stadt zu; jüdische Passanten, die nicht schnell genug ausweichen, werden angespuckt, insultiert und gestoßen. Sie flüchten eilends aus dem Bereich

106 Ebd., 10-11. Siehe auch Emmerich Tálos, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933-1938*, Berlin-Münster-London-Wien-Zürich 2013, 480-482; Desgl. Maren Seliger, *Scheinparlamentarismus im Führerstaat. „Gemeindevertretung“ im Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Funktionen und politische Profile Wiener Räte und Ratsherren 1934-1945 im Vergleich*, Wien 2010, 133.

107 Vgl. Wohnout, *Janusköpfigkeit*, 15; Boyer, *Political Radicalism*, 378-379, 382.

108 Funder, *Gestern*, 127.

109 Ein antisemitischer Straßentumult, *Neue Freie Presse*, 3.12.1895, 6.

der Menge, die ihnen die unflätigsten Schimpfworte nachbrüllt und jede einzelne dieser Rohheiten mit Gejohl und Gelächter begleitet.“¹¹⁰

Angesichts der aufgebrauchten Menge musste sich die Polizei mehrfach zurückziehen.

Die vielen kleinen Anfeindungen, denen Juden und Jüdinnen buchstäblich über Jahrzehnte und Generationen hinweg im Alltag als Resultat der gegen sie gerichteten Stimmungsmache ausgesetzt waren, sind kaum dokumentiert. Umso eindrücklicher belegt sind dafür die Geschehnisse rund um den 14. Zionistischen Weltkongress im August 1925 in Wien. Bereits nachdem die Wahl des Tagungsortes bekannt geworden war, hatten Christlichsoziale gemeinsam mit Nazis umgehend Proteste organisiert. Die Bundesregierung, die den Zionistenkongress ursprünglich wegen der erwarteten Einnahmen aus dem Fremdenverkehr begrüßt hatte, zeigte sich vom Unmut in den eigenen Reihen anfangs nicht sonderlich beeindruckt. Nachdem es in Wien im Juli 1925 massive Ausschreitungen gegeben hatte,¹¹¹ fühlte sich der Wiener Polizeipräsidenten Johannes Schober an „verrückte Leute [...] Verbrecher oder Geisteskranke“ erinnert.¹¹² Als schließlich Nazis und christlichsoziale Turner Hand in Hand die „arisch-christliche Bevölkerung“ zum Widerstand gegen den Kongress aufriefen¹¹³ und eine regelrechte Flut von Protestnoten deutschnationaler wie christlichsozialer Verbände¹¹⁴ einging, wurde dem deutschnationalen Justizminister Hans Schürff, selbst deklariertes Antisemit, zusehends mulmig: „Jeder Hinweis darauf, daß wir die Zionisten fördern sollten, um die Juden wegzubringen, ziehen nicht mehr, auch nicht die volkswirtschaftliche Seite. Wir sind in einer Stimmung wie in den Zeiten des Hepp-Hepp-Antisemitismus.“¹¹⁵

Die Angst Schürffs und seiner Kollegen im Ministerrat war nun vor allem, in der Öffentlichkeit als eine „jüdische Regierung“¹¹⁶ zu erscheinen. Man veranlasste daher, dass der Zionistenkongress trotz rechtmäßig abgeschlossenem Nutzungsvertrags nicht in der Hofburg stattfinden durfte und vermied es entgegen den üblichen Usancen auch die jüdischen Spitzenfunktionäre zu

110 Ein antisemitischer Straßentumult, *Neue Freie Presse*, 3.12.1895, 6.

111 Vgl. Clemens Stachel, *Öffentlichkeit, Antisemitismus, Gewalt. Der Fall Mohapl und die politische Kultur der ersten österreichischen Republik*, Dipl. Arb., Universität Wien 2007, 49-51.

112 So Polizeipräsident Schober im Ministerrat am 10. August 1925, Protokoll des Ministerrates, 10.8.1925, 263.

113 Vgl. das Plakat „Der Zionisten-Kongreß nähert sich“, Plakatsammlung der Österreichischen Nationalbibliothek, AC 10651955.

114 ÖStA, AdR, BKA, Präs. Zl. 105.315/1925.

115 Zit. n. Protokoll des Ministerrates, 10.8.1925, 263.

116 Vgl. Wortmeldung Schürff, Protokoll des Ministerrates vom 10.8.1925, 264.

einem offiziellen Empfang zu laden. Zugleich versuchte man, die Wogen zu glätten, indem man sich bemühte, die Berichterstattung über den Kongress in den eigenen Blättern zu unterbinden.¹¹⁷ Schließlich interpretierte man den Zweck der Veranstaltung auch im antisemitischen Sinne: Der Zionismus bezwecke die Abwanderung der jüdischen Bevölkerung nach Palästina, „vom rein österreichischen Standpunkt“ sei „den Zionisten ein möglichst vollständiger Erfolg ihrer Bestrebungen [zu] wünschen“, wie Bundeskanzler Rudolf Ramek erklärte.¹¹⁸

Sollte die Regierung geglaubt haben, die Lage damit unter Kontrolle bringen zu können, musste sie bald feststellen, dass ihr Optimismus verfrüht gewesen war. Völkische und christlichsoziale Verbände setzten die Mobilisierung ihrer Anhänger:innen unverdrossen fort und organisierten, zeitgleich zum Zionistenkongress, eine Gegenveranstaltung in Form des „arischen“ „Wiener Volkstages“.¹¹⁹ Sorgen machte der Exekutive dabei ausdrücklich nicht die NS-Agitation, schließlich habe sich erst unlängst gezeigt, „wo die radikalen Elemente zu suchen sind. Die Hitlergarde hat keinen Eindruck gemacht, viel gefährlicher ist es, wenn sich die [christlichen] Turner einmengen“, so Polizeipräsident Schober, der bei dieser Gelegenheit auch die eigene Abneigung gegen Juden und Jüdinnen durchscheinen ließ: „Unterschätzen dürfen wir diese Bewegung nicht, denn die Regierung und niemand hat die Masse mehr in der Hand. Der Instinkt richtet sich gegen das freche jüdische Treiben.“¹²⁰ Weil sie die öffentliche Ordnung ernstlich bedroht sahen, entschlossen sich die Behörden, den für 17. August anberaumten „Volkstag“ ganz zu verbieten. Nachdem sich der christlichsoziale Gemeinderat Anton Jerzabek, der dem Antisemitenbund¹²¹ vorstand, erfolglos für eine Aufhebung des Verbotes eingesetzt hatte,¹²² kam es am betreffenden Tag zu einer Demonstration von deutschnationalen und christlichen Turnern, bei der Randalen mit etlichen Verletzten nicht ausblieben.¹²³ Am Ende hielt die Bundesregierung das Verbot des „Volkstags“ nicht durch. Die Antisemitenkundgebung konnte fünf Tage später, am 22. August 1925, mit behördlichem Segen stattfinden. Es war letztlich wohl nur den massiven Sicherheitsmaßnahmen der Exekutive

117 Wortmeldung Ramek, Protokoll des Ministerrates, 10.8.1925, 261. Speziell die *Reichspost* hatte zuvor die Stimmung massiv angeheizt.

118 Vgl. Wortmeldung Ramek, Protokoll des Ministerrates, 10.8.1925, 261.

119 Vgl. Berichterstattung in der *Reichspost*, 15., 17. und 18.8.1925, im Bauernbündler, 15.8.1925 und in der ebenfalls den Christlichsozialen zuneigenden Neuen Zeitung, 17. und 18.8.1925. Vgl. außerdem Pauley, Antisemitismus, 152-162.

120 Wortmeldung Schürff, Protokoll des Ministerrates, 10.8.1925, 259.

121 Zum Antisemitenbund vgl. Fn. 51 sowie Rütgen, Antisemitismus, 358-375.

122 Vgl. Stachel, Öffentlichkeit, 99.

123 Vgl. Sturm in Wien, *Reichspost*, 18.8.1925, 1-2.

zu danken, dass es dabei nicht zu neuerlichen Ausschreitungen kam.¹²⁴ Anti-jüdische Exzesse wie dieser waren nicht die Regel. Gleichwohl kamen sie bis unmittelbar vor dem „Anschluss“ 1938 vor, das Spektrum reichte von physischen Attacken auf Einzelpersonen über regelrechte Jagden auf jüdische Studierende an den Universitäten bis hin zur Demolierung von Auslagen und Brandanschlägen auf jüdische Bethäuser.¹²⁵ Anschließende Distanzierungen von Übergriffen waren in einem solchen Kontext als Teil der antisemitischen Agitation zu verstehen, nicht als Bemühen um Friedfertigkeit, im Gegenteil: Das Beharren darauf, der jeweils eigene Antisemitismus sei „nüchterner“, gleichsam zivilisiert, und die Distanzierung vom „Radauantisemitismus“, vom vulgären Pogrom gehört(e) zum fixen Repertoire antisemitischer Agitation jedweder Couleur. Selbst Hermann Göring versicherte in den Anfängen der NS-Herrschaft, als es auf den Straßen des Deutschen Reiches bereits die ersten Ausschreitungen gab, „staatstreue Juden“ hätten selbstverständlich nichts zu befürchten, „die Regierung würde niemals dulden, daß ein Mensch nur deshalb irgendwelchen Verfolgungen ausgesetzt werde, weil er Jude sei.“¹²⁶ Erst diese Abgrenzung machte das Ungeheuerliche diskursiv denkbar. Auch der politische Katholizismus distanzierte sich noch in den 1930er-Jahren wiederholt vom „Radauantisemitismus“, zugleich versuchte man aber selbst, die ersten Pogrome nach der Machtübernahme der Nazis als allzu pflegliche Behandlung zu denunzieren:

„[...] da und dort wurde einzelnen Juden übel mitgespielt. Aber sofort schritt die Regierung des Dritten Reiches [...] energisch ein. [...] So beginnt ‚das gigantische Aufbauwerk des Nationalsozialismus‘ [...] de facto mit einer großzügigen Judenschutzaktion und die Massen [...] haben das Nachsehen.“¹²⁷

Resümee: Zu Erscheinungsformen und Funktionalität des katholischen Antisemitismus

Alle vier der eingangs erwähnten Zuschreibungen, den Charakter des katholischen Antisemitismus betreffend, erweisen sich bei näherer Betrachtung als in dieser Form nicht haltbar. So ist auf inhaltlicher Ebene seit dem 19. Jahr-

124 Vgl. Bilanz, *Reichspost*, 23.8.1923, 1-2. Siehe auch Poukar hetzt, Poukar warnt, *Arbeiter-Zeitung*, 23.8.1923, 5. Der im Titel adressierte Raimund Poukar avancierte nach 1945 zum Pressereferenten des Unterrichtsministeriums und war ein wichtiger Wegbereiter der konservativen Geschichtsschreibung über die Zwischenkriegszeit, vgl. Florian Wenninger, *Austrofaschismus*, in: Marcus Gräser/Dirk Rupnow (Hg.), *Österreichische Zeitgeschichte - Zeitgeschichte in Österreich. Eine Standortbestimmung in Zeiten des Umbruchs*, Wien 2021, 67-107.

125 Wohnout, Janusköpfigkeit, 15.

126 Zit. n. Kein Antisemitismus im Dritten Reich, *Reichspost*, 27.3.1933, 2.

127 Ebd.

hundert eine klare Grenzziehung zwischen katholischem und völkischem Antisemitismus nicht möglich. Vielmehr integrierte der religiöse Antijudaismus sukzessive auch wirtschaftliche, kulturelle, politische und rassistische Aspekte. Desgleichen war der Antisemitismus für den politischen Katholizismus keineswegs „nur“ ein taktisches Instrument in Wahlkampfzeiten, sondern bildete seit den 1870er-Jahren eine ideologische Klammer, um eine heterogene soziale Basis zusammenzuhalten. Im Zeichen des Feindbildes „Jud“ formierte sich eine buntscheckige Allianz aus städtischem Kleinbürgertum, katholischer Bauernschaft, einstmaligem Feudaladel und Klerus, später auch der katholischen Arbeiterbewegung. Während man sozial kaum ähnlich gelagerte Interessen hatte, fand man sich in einem auf den jeweiligen Bedarf hin zugeschnittenen antisemitischen Stereotyp wieder.

Zum Feindbild wurde, was die vorgeblich natürliche, vorindustrielle Ordnung in Frage stellte: einerseits alles, was mit Aufklärung, Säkularisierung, Rationalismus und letztlich mit Liberalismus assoziiert wurde, andererseits sämtliche Forderungen nach mehr sozialer Gleichheit einschließlich staatsbürgerlicher Gleichberechtigung. Gerade die Koppelung der antisemitischen Agitation mit der sozialen Frage macht seine Funktionalität besonders anschaulich. Um konkrete materielle Verbesserungen umzusetzen, gab es innerhalb der Christlichsozialen keine wie immer gearteten Mehrheiten. Ignorieren ließ sich die Soziale Frage angesichts der schrittweisen Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts andererseits auch nicht. Antisemitismus war ein Versuch, diesem Dilemma zu entkommen und den Frust zu kanalisieren, der aus den prekären Lebensverhältnissen der Arbeiterschaft, wie auch aus den Abstiegsängsten des Kleinbürgertums resultierte. Zugleich bot die Judenhetze eine willkommene Möglichkeit, durch permanente Angriffe auf „eine Bonzenpartei, in der die Söhne Judas das große Wort führen“¹²⁸, der aufkommenden Arbeiterbewegung zu schaden.

Schlussendlich ist auch die vorgebliche Harmlosigkeit des christlichsozialen Antisemitismus durchaus zweifelhaft und verblieb dieser keineswegs nur auf einer theoretischen Ebene. Innerhalb der Christlichsozialen Partei wurden mehrfach „Lösungsansätze“ für die Judenfrage entwickelt. Dabei wurde eindeutig von einer rassistischen, nicht einer religiösen Konstruktion des Judentums ausgegangen und entfiel gedanklich die Möglichkeit der Konversion bzw. Assimilation. Die Forderung nach einer Segregation und Diskriminierung als Vorstufe zur Vertreibung war ein innerhalb des politischen Katholizismus weithin geteilter Konsens, dessen Umsetzung aus rein takti-

128 Georg Jantschge, Nach der Niederlage. Ein Nachwort zum Parteitag der österr. Sozialdemokratie, in: Volkswohl 18 (1927) 2, 377-381, 377.

schen Erwägungen immer wieder hintangestellt wurde. Abseits programmatischer Erwägungen führte die jahrzehntelange Stimmungsmache außerdem bereits in der Lueger-Ära zu Ausschreitungen, diese setzten sich unter den Vorzeichen verstärkter gesellschaftlicher Polarisierung nach 1918 fort. Sie verwiesen auf ein beträchtliches Radikalisierungspotenzial des katholischen Antisemitismus, auf dem die NS-Propaganda später aufbauen konnte.

Stephan Roth

„Politische Bestrebungen liegen dem CV fern.“

Der CV/ÖCV in der Zwischenkriegszeit

Mit dem Ende der Monarchie und der Etablierung der Republik ist in Österreich im Kontext bürgerlich-konservativer Politik ein steigender Einfluss des (gesamtdeutschen) Cartellverbands der katholischen deutschen Studentenverbindungen¹ (CV) bzw. mit der Abspaltung 1933 des Österreichischen Cartellverbandes (ÖCV) innerhalb der mittleren und oberen Hierarchieebene der Christlichsozialen Partei zu konstatieren. Den 27 österreichischen Regierungen der Zwischenkriegszeit gehörten immer Mitglieder von Studentenverbindungen des CV bzw. ÖCV an. Acht von ihnen bekleideten das Amt des Bundeskanzlers und standen dabei an der Spitze von 19 Regierungen. Insgesamt waren es 28 Personen,² die als Mitglieder von CV/ÖCV-Verbindungen den Regierungen zwischen 1918 und 1938 als Bundeskanzler, Minister oder Staatssekretäre angehörten.³ Diese Entwicklung lässt sich auch auf die Ebene des Nationalrates übertragen, wo der Anteil der CVer innerhalb der Christlichsozialen Fraktion nach der Reichsratswahl 1907 bei 19,59 Prozent lag und

-
- 1 Zu den Begrifflichkeiten: die Termini Studentenverbindung, Verbindung und Korporation werden im vorliegenden Aufsatz grundsätzlich synonym verwendet. Wo es sich explizit um katholische Studentenverbindungen handelt, ist dies jeweils ausgewiesen. Davon abzugrenzen ist das wehrstudentische, also schlagende Milieu (Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften und Turnerschaften).
 - 2 Es handelte sich um folgende Personen (in der Reihenfolge ihrer erstmaligen Regierungszugehörigkeit): 31.10.1918 Josef Resch (Ehrenmitglied Norica Wien), 15.03.1919 Wilhelm Miklas (Ehrenmitglied Austria Wien), 17.10.1919 Rudolf Ramek (Norica Wien), 17.10.1919 Michael Mayr (Ehrenmitglied Austria Innsbruck), 7.7.1920 Eduard Heigl (Ehrenmitglied Waltharia Wien), 20.11.1920 Carl Vaugoin (Ehrenmitglied Rudolfina), 21.6.1921 Franz Pauer (Norica Wien), 31.5.1922 Ignaz Seipel (Ehrenmitglied Norica Wien), 31.5.1922 Richard Schmitz (Norica Wien), 31.5.1922 Emil Schneider (Leopoldina Innsbruck), 31.5.1922 August Ségur-Cabanac (Ehrenmitglied Rudolfina Wien), 20.11.1924 Jakob Ahrer (Traungau Graz), 15.1.1926 Josef Kollmann (Ehrenmitglied Amelungia Wien), 15.1.1926 Anton Rintelen (Traungau Graz), 4.5.1929 Emmerich Czermak (Nordgau Wien), 26.9.1929 Theodor Innitzer (Nordgau Wien), 4.12.1930 Otto Ender (Austria Innsbruck), 4.12.1930 Engelbert Dollfuß (Franco-Bavaria), 20.6.1931 Karl Buresch (Welfia Klosterneuburg), 20.5.1932 Kurt Schuschnigg (Austria Innsbruck), 20.5.1932 Franz Stockinger (Franco-Bavaria), 29.7.1934 Josef Reiter (Ehrenmitglied Franco-Bavaria), 17.10.1935 Franz Dobretsberger (Carolina Graz), 17.10.1935 Ludwig Strobl (Franco-Bavaria), 14.5.1936 Hans Pernter (Norica Wien), 16.2.1938 Guido Schmidt (Norica Wien), 16.2.1938 Julius Raab (Norica Wien), 11.3.1938 Oswald Menghin (Rudolfina Wien).
 - 3 Personenabgleich zwischen Liste der österreichischen Bundesregierungen von 1918-1938. URL: <https://www.parlament.gv.at/WWER/BREG/REG> und des Biographischen Lexikon des ÖCV <https://oecv.at/Biolex> (alle abgerufen 4.2.2022).

bis zur Nationalratswahl 1930 auf 34,85 Prozent anstieg.⁴ Ähnliche Trends können ab 1918 auch für den Bundesrat, die Landtage, die größeren Städte sowie für den akademischen Beamtenapparat festgestellt werden.⁵

Insofern ist es bei einer derart starken Durchdringung aller staatlichen Bereiche mit Mitgliedern von katholischen Verbindungen nachvollziehbar, wenn Bilder geheimer Machtzirkel, Seilschaften und Vetternwirtschaft evoziert werden. Meist wird bei biographischen Betrachtungen zu einzelnen politischen Akteuren darauf Bezug genommen.⁶ Spätestens beim Hinweis auf eine Mitgliedschaft beim CV/ÖCV oder besser gesagt bei einer seiner Mitgliedsverbindungen erfolgt zumindest ein Verweis, oft ohne genaueres Wissen über Wesen und Hintergrund der Verbindung bzw. des Verbandes, der die biographierte Person angehört (hat). Diese Verkürzungen, die aus einer ex post Betrachtung allzu einfach heutige Maßstäbe an damaliges Handeln anlegen wollen, tun der Geschichte nicht genüge. Unzulässige Vermischungen zwischen völlig unterschiedlichen Gruppierungen erzeugen den Eindruck, es gäbe nur „die“ Studentenverbindungen, „die“ sich immer ident verhalten würden. Es braucht aber einen wesentlich differenzierteren, fachlich fundierteren Blickwinkel, der genau diese Schattenflächen erhellt - und das sine ira et studio. Nur so kann eine Annäherung an dieses äußerst komplexe Thema erfolgen, das vermeintlich einfacher begreifbar scheint, wenn es in bloßen Schlagworten kategorisiert wird. In dieser Hinsicht ist es daher hilfreich, Fragen zu den Zielsetzungen des CV zu stellen, nach seinen Wurzeln und deren Entwicklung zu suchen, sowie Trennlinien zu anderen weltanschaulichen Gruppierungen zu bestimmen. Denn genau diese Beschäfti-

4 Gerhard Hartmann, *Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung*, Graz 1994, 116.

5 Gerhard Hartmann, *Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich*, Kvelaer 2006, 269.

6 Vgl. beispielhaft: *Karrierenetzwerk CV: „Als die Brüder ihre Macht verloren“*, in: *Kurier* 6.11.2017, <https://kurier.at/politik/inland/cartellverband-als-die-brueder-ihre-macht-verloren/296.430.208> (abgerufen 28.4.2022); *Karrierenetzwerk CV: „Die vermeintliche Macht“*, in: *Wiener Zeitung*, 13.12.2013, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/594311-Die-vermeintliche-Macht.html> (abgerufen 28.4.2022); *Karrierenetzwerk CV: „Wir kennen uns, und wir helfen uns“*, in: *Der Standard*, 13.11.2014, <https://www.derstandard.at/story/2000007928129/karrierenetzwerk-cv-wir-kennen-uns-und-wir-helfen-uns>; *Karrierenetzwerk CV: „Cartellverband. Zwischen Dollfuß und dem lieben Gott.“*, in: *Die Presse*, Wien 17.5.2011, <https://www.diepresse.com/662170/cartellverband-zwischen-dollfuss-und-dem-lieben-gott> (abgerufen 28.4.2022); *Cartellverband: „Wer aus der Kirche austritt, der geht“*, in: *Der Standard*, 27.10.2014, <https://www.derstandard.at/story/2000007166981/wer-aus-der-kirche-austritt-der-geht>; *Macht und Mythos: Der Cartellverband an den Universitäten*, in: *Der Standard*, 10.11.2014, <https://www.derstandard.at/story/2000007757965/macht-und-mythos-der-cartellverband-an-den-universitaeten>; *ÖH trifft Cartellverband: Dollfuß-Verteidiger gegen Kommunistinnen*, in: *Der Standard*, 20.11.2014, <https://www.derstandard.at/story/2000008411907/oeh-trifft-cartellverband-dollfuss-verteidiger-gegen-kommunistinnen> (alle abgerufen 4.2.2022).

gung erhellt den Blick für die Grauschattierungen abseits der bestehenden einfachen Kategorisierungsmuster, die so oft perpetuiert werden. Für die österreichische Zwischenkriegszeit sind in diesem Zusammenhang folgende Fragen von besonderer Bedeutung:

1. Wie funktionierte das Netzwerk CV/ÖCV?
2. Welche Rolle spielte der Antisemitismus im CV/ÖCV?
3. Wie war das Verhältnis des CV/ÖCV zu wehrstudentischen (schlagenden) Verbindungen, dem deutschnationalen Lager und später zum Nationalsozialismus?

Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg

Dauerhafte Diskussionen um Satzungen, Strukturen und Abläufe, das Einsetzen von Kommissionen und Arbeitskreisen, die Abgrenzung oder Annäherung zu anderen Organisationen, Interventionen bei Universitätsbehörden sowie die Suche nach Unterstützung bei Politik und der katholischen Kirche begleiteten den CV und seine Verbindungen seit dessen Gründertagen. Insofern ist ein Exkurs in die Gründungszeit katholischer Studentenverbindungen sinnvoll, um das Selbstverständnis dieses Verbandes besser verstehen zu können. Dazu muss tief ins 19. Jahrhundert eingetaucht werden, um die Rahmenbedingungen der damaligen katholischen Bevölkerung zu verstehen. Nach dem Wiener Kongress als Endpunkt der Napoleonischen Kriege 1815 und dem an die Stelle des Heiligen Römischen Reiches tretenden Deutschen Bund, verschoben sich eine Vielzahl von territorialen Grenzen im deutschsprachigen Raum und der Einfluss der katholischen Kirche nahm ab. Dieser Gebiets- und Machtverlust hatte für viele Katholiken in Deutschland nachhaltige Folgen, kamen sie doch oft unter die Herrschaft protestantischer Landesherren, wodurch sie verschiedenste Benachteiligungen akzeptieren mussten. Während die Amtskirche bedingt durch die politischen Verschiebungen mit der Neuorganisation ihrer Diözesen und Vermögenssituation beschäftigt war, kam es im weitgehend auf sich selbst gestellten Kirchenvolk ebenfalls zu einer Neuorientierung, die zu einem Gutteil von Laien getragen wurde. Dabei entstand eine Form des Katholizismus, die nicht immer deckungsgleich mit den Vorstellungen der Amtskirche war und zur Herausbildung eines eigenständigen katholischen Milieus mit einer Vielzahl von katholischen Vereinen führte.⁷ Die Bildung von katholischen Studentenverbindungen ist im Lichte dieses im Vormärz erwachenden Vereinskatholizismus zu sehen.

Die gegen Ende der Napoleonischen Kriege aufkommende Burschenschaftsidee mit ihrem Wahlspruch „Gott, Ehre, Freiheit, Vaterland“ verstand

7 Karl-Egon Lönne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1986, 81–82.

sich anfänglich durchaus als christlich (aufgrund ihrer Mitglieder) im protestantischen Sinne. Die Religiosität trat aber zugunsten einer radikalen Politisierung zunehmend in den Hintergrund. Viele Studenten lehnten aber aus religiösen Gründen Mensur- und Duellwesen ab und vermissten gleichzeitig das christlich-religiöse Element in ihrem traditionellen Gemeinschaftsleben, was zur Suche nach entsprechenden neuen Organisationsformen führte.⁸

In Abkehr von diesem nationalen Schwerpunkt und der damit einhergehenden Politisierung, in Hinwendung zur Religion und vor allem auch im Gegensatz zum Duellwesen entstanden unter anderem katholische Verbindungen. Diese übernahmen die seit Beginn des 19. Jahrhunderts etablierte Organisationsform der bereits bestehenden schlagenden Verbindungen und den Großteil des farbstudentischen Brauchtums. Sie trugen also Band und Mütze, feierten Kommerse und Kneipen, rieben Salamander⁹ und verwendeten bei Feierlichkeiten auch den Schläger,¹⁰ diesen jedoch nur als Symbol studentischer Freiheit.¹¹ Ebenso dienten als höchstes Entscheidungsgremium regelmäßig stattfindende demokratische Convente.

Im prinzipiellen Bereich verfolgten die katholischen Verbindungen bei der Etablierung eines eigenen Studentenverbindungs milieus allerdings andere Zielsetzungen, die in der Zeit des antiklerikalen Liberalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit den drei Leitbegriffen (1) Religion, (2) Wissenschaft und (3) Freundschaft abgesteckt wurden und als Handlungsgerüst, sowie als Voraussetzung für eine Aufnahme in die Verbindung dienten. Diese Prinzipien wurden in der Gründungsphase des CV in den 1850/60er-Jahren von den ältesten Verbindungen Aenania München (gegründet 1851), Winfridia Breslau (gegründet 1856), Guestfalia Tübingen (gegründet 1859) und Austria Innsbruck (gegründet 1864) im Zuge der miteinander gepflegten Korrespondenz, die als Cartellverhältnis bezeichnet wurde, definiert. Die starke Anbindung an das katholische Milieu ist auch daran ablesbar, dass die jährlichen später als Cartellversammlung bezeichneten Verbandstreffen, zunächst bei den Allgemeinen Katholikentagen stattfanden.¹²

8 Hartmann, Gott und Vaterland, 26.

9 Als Kommers oder Kneipe wird eine traditionelle studentische Feier bezeichnet, die bei Studentenverbindungen üblich ist. Als Salamander wird eine rituelle Form des Zutrinkens bezeichnet.

10 Der Schläger oder Korbschläger ist eine studentische Fechtwaffe, die bei Messuren verwendet wird. Der sogenannte Paradeschläger hat eine stumpfe Klinge und wird als Teil der sogenannten Vollwachs getragen. Als Vollwachs wird die offizielle festliche Bekleidung bezeichnet, die von Chargierten bei offiziellen farbstudentischen Feierlichkeiten getragen wird.

11 1514 gestattete Kaiser Maximilian I. den Studenten das Tragen von Waffen. Seither wird dieses Privileg als Symbol ihres gesellschaftlichen Ranges und ihrer Freiheit interpretiert. Vgl. Peter Krause, „O alte Burschenherrlichkeit“. Studenten und ihr Brauchtum, Graz 1979, 26.

12 Christopher Dowe, Auch Bildungsbürger. Katholische Studierende und Akademiker im Kaiserreich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 171), Göttingen 2006, 31-32.

Das vierte Prinzip, die Vaterlandsliebe, kam erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts hinzu, nicht zuletzt um den Vorwurf mangelnder patriotischer Gesinnung zu begegnen, dem CV-Verbindungen von deutschnationaler Seite ausgesetzt waren. Diese Unterstellungen stammten noch aus der Zeit des Kulturkampfes¹³ mit den gesellschaftlichen Konfliktthemen Deutsche Frage, „Ultramontanismus“ und dem damit einhergehenden Vorwurf, als Katholik kein „guter Deutscher“ sein zu können.¹⁴

Als weiterführender Konflikt des Kulturkampfes ist insbesondere im cisleithanischen Teil der Donaumonarchie der akademische Kulturkampf hervorzuheben, der das Verhältnis der katholischen Studentenverbindungen zu den schlagenden Verbindungen und zur liberal-freisinnigen, später deutschnationalen Professorenschaft ab den 1880er-Jahren bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges bestimmte. In diesem langjährigen Konflikt wurden von deutschnationaler Seite allein die Existenz der langsam aber stetig wachsenden katholischen Verbindungen als Provokation und Konkurrenz angesehen. Die Auseinandersetzungen wurden zum Teil mit unglaublicher Gewalt ausgetragen und drehten sich vordergründig immer um dieselben Themen: Zum einen ging es um die Akzeptanz, katholische Couleur-Studenten offen mit Farben, also mit Band und Deckel, auftreten zu lassen, sowie um das Auffahrtsrecht katholischer Chargierter bei der Inauguration des Rektors und anderer akademischer Feierlichkeiten. Mit diesem Themenkreis ging auch die Frage einher, ob katholische Chargierte in der Öffentlichkeit Schläger tragen dürften oder nicht. Zum anderen gab es abseits der universitären Ebene personelle Berührungspunkte der jeweiligen studentischen Lager zu den entstehenden konkurrierenden parlamentarischen Parteien. So mussten die deutschnationalen Parteien im Reichsrat, die ihr Personal zu einem Gutteil aus dem wehrstudentischen Milieu bezogen, ab 1900 einen Verlust in der Wählergunst zu Kenntnis nehmen. Gleichzeitig kam es zu einer Annäherung und schließlich Einigung der Kräfte des parteipolitischen Katholizismus, die einen beträchtlichen Teil ihrer Abgeordneten und Funktionäre aus dem CV bezogen.¹⁵ Eine wichtige Rolle in diesem Einigungsprozess spielte die 1894 öffentlich auf einem Kommers des CV geschlossene Freundschaft zwischen Alfred Ebenhoch von der Katholischen Volkspartei und Karl Lueger dem Gründer der Christlichsozialen Partei. Lueger war Ehrenmitglied der Wiener CV-Verbindung Norica während Ebenhoch seit 1874 Mitglied der ersten öster-

13 Als Kulturkampf wird der Konflikt zwischen dem Königreich Preußen bzw. ab 1871 dem Deutschen Kaiserreich und der katholischen Kirche bezeichnet. Er fand seinen Höhepunkt von 1871-1878.

14 Bernhard Moser, Die katholische akademische Studentenverbindung Norica in Wien 1883-1938. Versuch einer Strukturanalyse, phil. Diss., Universität Wien 1983, 106.

15 Hartmann, Gott und Vaterland, 109-110.

reichischen CV-Verbindung Austria Innsbruck war.¹⁶ Durch die Fusion mit der Katholischen Volkspartei bei der Wahl im Mai 1907 wurde die Christlich-soziale Partei mit 41,1 Prozent erstmals stimmenstärkste Fraktion im Reichsrat. Die Sozialdemokraten folgten ihnen mit 29 Prozent, während auf das zersplitterte deutschnationale Lager lediglich 18,5 Prozent entfielen.¹⁷ Dieses Ergebnis wurde sicher auch durch die Abschaffung des Zensuswahlrechtes und die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer begünstigt. Bei der folgenden Reichsratswahl 1911 verschoben sich die Machtverhältnisse wieder zu Gunsten der deutschnationalen und liberalen Parteien, die miteinander koalitierten. Die Christlichsozialen hatten mit dem Tod Karl Luegers 1910 ihre Integrationsfigur verloren und mussten massive Stimmen- und Mandatsverluste hinnehmen.¹⁸ Auch an den österreichischen Universitäten und Hochschulen behielten die schlagenden Verbindungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts quantitativ die Oberhand gegenüber den katholischen Verbindungen. Alleine die Burschenschaften umfassten 21 Verbindungen, die sich seit 1889 zum Linzer Delegierten-Convent zusammengeschlossen hatten.¹⁹ Aus diesem Verband entwickelte sich 1907 die Burschenschaft der Ostmark, die 1919 schließlich in der länderübergreifenden Deutschen Burschenschaft Aufnahme fand.²⁰ Hinzu kamen acht Corps, die sich in eigenen, kurzlebigen Verbänden organisierten, ebenso wie Landsmannschaften, Akademische Turnvereine bzw. Sängerschaften. Dem standen 1898 auf dem Gebiet des heutigen Österreich mit der bereits genannten Austria Innsbruck sowie Austria Wien, Norica Wien, Carolina Graz und Rudolphina Wien lediglich fünf katholische Studentenverbindungen gegenüber. Das Kräfteverhältnis sprach also eindeutig für das wehrstudentische Lager, auch wenn bis 1914 die Zahl der katholischen Studentenverbindungen in Österreich, die in der Folge auch in den CV aufgenommen wurden, auf 16 Verbindungen anstieg.

Heute sind die Auseinandersetzungen des akademischen Kulturkampfes, also des Konflikts zwischen katholischen und schlagenden Studenten-

16 <https://oecv.at/Biolex/Detail/10400136> (abgerufen 4.2.2022).

17 Reinhold Knoll, Zur Tradition der christlich-sozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 13), Wien 1973, 248-249.

18 Robert Kriechbaumer, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek 12), Wien 2001, 252.

19 Rudolph Berger, Festschrift zur Feier des 10jährigen Bestehens des Verbandes Alter Burschenschafter „Wartburg“ und des Linzer Delegierten-Conventes, Linz 1899, 36.

20 Alexander Graf, „Los von Rom“ und „Heim ins Reich“. Das deutschnationale Akademikermilieu an den cisleithanischen Hochschulen der Habsburgermonarchie 1859-1914 (Geschichte und Bildung 3), Münster 2006, 70.

verbindungen, in Vergessenheit geraten. Am bekanntesten ist wahrscheinlich die Wahrmond-Affäre aus dem Jahr 1907/08, eine Auseinandersetzung von katholischen Studenten mit dem Innsbrucker Kirchenrechtsprofessor Ludwig Wahrmond, der in seiner auf einem Vortrag fußenden Broschüre *Katholische Weltanschauung und freie Wissenschaft*²¹ die Position vertrat, dass eine Unvereinbarkeit zwischen „voraussetzungsloser Wissenschaft“ und katholischem Glauben bestünde, dass Katholiken also aufgrund ihres Glaubens nicht Wissenschaft betreiben könnten. Der Konflikt wuchs sich zu einer landesweit bekannten Affäre aus, die in allen Gesellschaftsschichten zur Kenntnis genommen wurde und von der jeweiligen weltanschaulich zuordenbaren Presse je nach politischer Ausrichtung mit antiklerikalen bzw. antisemitischen Ausfällen untermauert wurde.²² So inspirierte die antisemitische Berichterstattung klerikaler Blätter gegen Wahrmond den mit ihm befreundeten Schriftsteller Arthur Schnitzler unter anderem zu seinem Theaterstück *Professor Bernhards*.²³ Die aufgeheizte Stimmung führte zu Demonstrationen, Streiks, Schlägereien, universitären Farbverboten und schließlich zur zeitweiligen Schließung der Universität Innsbruck, dem Ausgangsort der Affäre.²⁴ Im Zuge der später als Universitäts- bzw. Kulturkampfdebatte bezeichneten Auseinandersetzung im Reichsrat wurden die katholischen Studenten von der Christlichsozialen Partei unterstützt, während Wahrmond vor allem von Deutschnationalen, Nationalliberalen und den Sozialdemokraten Zuspruch bekam. Auf christlichsozialer Seite traten vor allem die beiden Abgeordneten Karl Drexel (Ehrenmitglied bei Austria Wien) und Michael Mayr (Ehrenmitglied bei Austria Innsbruck) mit ihren Debattenbeiträgen hervor. Beide bekleideten auch in der Zwischenkriegszeit wichtige politische Positionen: Drexler als Mitglied des Bundesrates in der Funktion des ständig stellvertretenden Vorsitzenden (1920-1923)²⁵ und Mayr als Bundeskanzler (1920-1921)²⁶. Beide Seiten blieben einander in der Debatte um

21 Ludwig Wahrmond, *Katholische Weltanschauung und freie Wissenschaft*, München 1908, 55.

22 Hermann J. W. Kuprian, „Machen Sie diesem Skandal ein Ende. Ihre Rektoren sind eine nette Gesellschaft.“ Modernismuskritik, Kulturkampf und Freiheit der Wissenschaft: Die Wahrmond-Affäre 1907/08, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*, Thaur-Wien-München 1995, 119-120.

23 Nikolaj Beier, „Vor allem bin ich ich ...“. Judentum, Akkulturation und Antisemitismus in Arthur Schnitzlers *Leben und Werk*, Göttingen 2008, 311-312.

24 Kuprian, Wahrmond, 123-124.

25 Klaus Pfitzner, *Korporierte Vorarlberger Politiker 1848 bis 2003*, in: *Acta Studentica*, Nr. 149-150, Wien 2004, 47-55.

26 Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.), *Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1950*. Lange von Burgenkron Emil - [Maier] Simon Martin Bd. 5 (Lfg. 21-25), Wien 1993, (Lfg. 25) 439-440.

hochschulpolitische Machtpositionen nichts schuldig und sparten nicht mit antisemitischen bzw. antiklerikalen Ressentiments.²⁷ Schlussendlich wurde Wahrmond nach Intervention von Kaiser Franz Joseph²⁸ von Innsbruck an die deutsche Universität in Prag versetzt.

Dieser bekanntesten Episode des akademischen Kulturkampfes gingen allerdings seit Jahrzehnten Konflikte zwischen CV-Verbindungen und schlagenden Korporationen voraus, wie etwa die sogenannte „Austernschlacht“ vom 26. Oktober 1889, als circa fünfzig Angehörige der beiden katholischen Verbindungen Austria Wien und Norica Wien am damals üblichen Samstagsbummel an der Universität Wien in Couleur teilnehmen wollten, sich einer Übermacht von 600 bis 800 schlagenden Verbindungsstudenten gegenüber sahen, von diesen mit Stöcken aus dem Universitätsgebäude getrieben und im nahen Rathauspark in eine wüste Schlägerei verwickelt wurden.²⁹ Zu den Teilnehmern auf katholischer Seite zählten unter anderem die späteren Politiker Josef Schlegel (1927-1934 Landeshauptmann von Oberösterreich) und Franz Xaver Pauer (1921-1922 Sozialminister der Regierung Schober I).³⁰ Zentrum dieser mit dem sogenannten „Holzkomment“³¹ ausgetragenen Konflikte war in Österreich aber zweifelsohne die Universität Graz. Die Vehemenz, mit der die schlagenden Verbindungen in Graz katholischen Studenten begegneten, war im deutschsprachigen Raum einzigartig. Attacken auf Farben tragende katholische Studenten, die gewaltsame Verhinderung ihrer Promotionsfeiern oder ihrer Stiftungsfeste war in Graz traurige Realität.³² Zusammenfassend muss konstatiert werden, dass die Zugehörigkeit zu einer katholischen Studentenverbindung damals eine Gewalterfahrung sein konnte. Ihren gewaltsamen Höhepunkt fanden diese Auseinandersetzungen allerdings in Innsbruck, als der katholisch korporierte Student Max Ghezze nach einer Schlägerei mit Mitgliedern des schlagenden Corps Gothia an den Folgen seiner Verletzungen am 6. November 1912 verstarb.³³ All diese Zwischenfälle und Affären sind kennzeichnend für die Beziehung zwischen dem waffenstudentischen und dem katholischen Studentenlager bis 1914, die schlagenden lehnten die katholischen Studenten aus ideologischen Gründen ab und gingen mit großer Aggression gegen sie vor.

27 Ebd., 100.

28 Kuprian, Wahrmond, 124.

29 Hartmann, Gott und Vaterland, 110.

30 Für Kirche und Recht. Festschrift Franz Loidl, Wien 1985, 328-329.

31 Bezeichnung für eine Prügelei unter Studenten abseits des geltenden Comments.

32 Für Kirche und Recht, 139.

33 <https://oecv.at/Biolex/Detail/12900061> (abgerufen 4.2.2022).

Der CV in der Zwischenkriegszeit

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges umfasste der CV als länderübergreifender Verband im Deutschen Reich und Österreich-Ungarn achtzig Verbindungen mit mehr als 12.000 Mitgliedern.³⁴ Von diesen achtzig Verbindungen waren 16 auf dem Gebiet des heutigen Österreichs beheimatet.³⁵ 7.200 Mitglieder nahmen als Soldaten am Krieg teil, knapp 1.300 von ihnen fielen oder starben an den Folgen ihrer Verletzungen - etwa 200 davon waren Mitglieder der 16 österreichischen Verbindungen.³⁶

Mit dem Kriegsende 1918 und dem damit einhergehenden Zusammenbruch der Monarchie stellten sich für den CV grundsätzliche Fragen, mit denen sich der Verband seit seiner Gründung noch nicht auseinandersetzen musste. Dies galt insbesondere für die Frage, ob Monarchie oder Republik als Staatsform zu präferieren sei. Abhängig von den handelnden Personen divergierten die Positionen zu dieser Frage in den einzelnen Verbindungen erheblich. So vertrat beispielsweise der spätere Wiener Vizebürgermeister Ernst Karl Winter (1934-1936) als einflussreicher Aktiver von Nibelungia Wien vehement monarchistische Positionen,³⁷ während Norica Wien in der Beschreibung von Friedrich Funder³⁸ eine pragmatische Position vertrat und in der Wahl der Staatsform eine Aufgabe der aktiven Politik sah, die nicht die Sache der Norica sei.³⁹ Einer umfassenden Diskussion war auch die Frage eines möglichen „Anschlusses“ Österreichs an die Deutsche (Weimarer) Republik unterworfen. Wie auch in anderen weltanschaulichen Strömungen Österreichs waren innerhalb der CV-Verbindungen bei dieser Frage die Befürworter in der Mehrzahl.⁴⁰ Gegen die bisher gepflogene Usance der politischen Neutralität wurden nun all diese politischen Fragen im publizistischen Verbandsorgan „Academia“ ausführlich diskutiert. Als Verband aber vermied es der CV/ÖCV auch weiterhin eine offizielle parteipolitische Bindung einzuge-

34 Gesamtverzeichnis des CV, Wien 1927, LVI.

35 Ebd., XIII.

36 Ebd., 771.

37 Hartmann, CV, 84.

38 Friedrich Funder (1872-1959), Publizist und Journalist, langjähriger Chefredakteur und Herausgeber der vom katholischen Pressverein Herold produzierten Tageszeitung *Reichspost*. Die *Reichspost* richtete sich an eine katholische Leserschaft und stand der Christlichsozialen Partei nahe, war aber keine Parteizeitung. Sie verfolgte vor allem in wirtschaftlichen Fragen eine antisemitische Linie. Funder war ein Vertreter der christlichen Soziallehre und führender Funktionär des CV/ÖCV. Nach der Republikgründung 1918 trat er gegen den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland auf. Am 13. März 1938 Verhaftung durch die Gestapo und Internierung in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg, 1939 Freilassung nach Intervention durch den Vatikan. 1945 Gründer der Zeitschrift *Die Furche*.

39 Friedrich Funder/Gustav Blenk/Otto Tschulik, 75 Jahre Norica. Wien 1961, 156-157.

40 Hartmann, Gott und Vaterland, 223-224.

hen, trotzdem verstand er sich durch seine Programmatik mit den drei (von insgesamt vier) Prinzipien Katholizismus, Vaterlandsliebe und Wissenschaft als staatstragend. Dieses politische Selbstverständnis des CV/ÖCV wirkte bis weit in die Gründungsjahre der Zweiten Republik hinein und wurde vom katholischen Sozialreformer und Soziologen August Maria Knoll, Mitglied der ÖCV Verbindung Nibelungia Wien, folgendermaßen beschrieben: „[...] Wir sind ein freier auf Lebenszeit vereidigter katholischer Männerbund, welcher in der Kirche, im Staate, auf dem akademischen Boden steht, um daselbst [...] in der Funktion eines Hauptes oder Gliedes zu wirken. [...] Wir sind eine akademische Querverbindung durch Kirche, Staat und Wissenschaft.“⁴¹

Im Lichte der seit Gründung des CV skizzierten Entwicklungen und der mit dem Systemwechsel 1918/19 verbundenen Veränderungen sei nun auf die anfangs drei formulierten Fragestellungen eingegangen.

Frage 1: Wie funktionierte das Netzwerk CV/ÖCV?

Der CV war seit seiner Gründung (1856) allein durch das stetige Wachstum des Verbandes ständigen Veränderungen unterworfen. Die Funktionalität als Netzwerk musste an seine Größe angepasst werden. Nach dem Ersten Weltkrieg war der CV nicht mehr nur auf zwei Länder aufgeteilt, sondern auch auf die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns; Adaptionen an die neuen Bedingungen erschienen sinnvoll. So wurde bereits auf der ersten Cartellversammlung nach dem Krieg 1919 in Würzburg die seit 1890 in den Satzungen verankerte Bestimmung „Politische Bestrebungen liegen dem CV fern“⁴² zur Diskussion gestellt. Vor allem deutsche CV-Verbindungen wollten die Neutralität des Verbandes in politischen Fragen beseitigen. Das Vorhaben scheiterte an der Ablehnung durch die österreichischen Delegierten und wurde auf Ebene des ÖCV offiziell erst 1968 abgeschafft.⁴³ Auf derselben Cartellversammlung wurde auch der Ruf nach einer effizienteren Organisationsform des Gesamtverbandes laut. Bisher lag die Leitung des Verbandes beim sogenannten „Vorort“, einer jeweils auf der Cartellversammlung temporär für ein Jahr gewählten Verbindung. Ihr kam die Aufgabe zu, den Verband nach außen hin zu vertreten, sowie Koordinations- und Kommunikationsaufgaben nach innen zu gewährleisten.⁴⁴ Treibende Kraft dieser Reformüberlegungen

41 August Maria Knoll, CV und Politik. Drei Notizen, in: Alexander Ortel (Hg.), Festschrift der K.Ö.H.V. Nordgau-Wien zum 50. Stiftungsfest, Wien 1950, 38, zit. n. Gernot Stimmer, Eliten in Österreich 1848-1970, Bd. 2 (Studien zur Politik und Verwaltung 57), Wien 1997, 968.

42 § 3 der Satzungen des CV von 1890. *Correspondenzblatt* des CV Nr. 57, 15.6.1890, zit. n. Gerhard Hartmann, Gott und Vaterland, 46.

43 Hartmann, CV, 88-89.

44 Gerhard Popp, CV in Österreich 1864-1938. Organisation, Binnenstruktur und politische Funktion, Wien 1984, 39-40.

war Robert Krasser,⁴⁵ Senior der Altherrenschaft von Norica Wien und wohl eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des CV bzw. ÖCV.⁴⁶ Er forderte die Einführung eines eigenen CV-Sekretariats, ein Wunsch, dem in abgeänderter Form 1921 mit der Gründung des Academia-Beirates und der damit verbundenen Etablierung einzelner Ressorts wie Seelsorge, Hochschulpolitik, Statistik etc. entsprochen wurde. Einhergehend damit wurde auch die regionale Organisation der Alten Herren in Regional-, Landes- und Fachzirkel sowie deren spätere Zusammenführung in eigene Landescartellverbände stark vorangerieben. Damit wurde die Vernetzung innerhalb des Verbandes verbessert. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass diese horizontale Vernetzung der Mitglieder im österreichischen Teil des CV besser gelöst wurde als vergleichsweise in Deutschland.⁴⁷ Eine Vermutung ist, dass das hohe Engagement von Robert Krasser für diesen Vernetzungsprozess zu größerem Erfolg als im Nachbarland führte. Krasser selbst stand dem Wiener Altherrenbund, dem größten derartigen Bund im gesamten CV, von 1920 bis 1930 vor. Zur Kommunikation im Verband und den Verbindungen diente seit 1888 die monatlich erscheinende, bereits erwähnte Academia sowie interne Verbindungszeitschriften. Hinzu kam ein regelmäßig aktualisiertes Gesamtverzeichnis, das in der Zwischenkriegszeit ab 1924 im Zweijahresrhythmus erschien. Verantwortlich dafür war mit Engelbert Siegel⁴⁸ ein Bundesbruder, also ebenso Mitglied bei Norica Wien, und enger Vertrauter von Robert Krasser.

Eine wichtige Rolle punkto Vernetzung österreichischer CVer spielte der Berufspolitiker Richard Wollek. Ursprünglich bei Austria Innsbruck korporiert, erhielt er im Laufe seines Lebens aufgrund seiner vielfältigen Tätigkeiten im Verband, mit nur zwei Ausnahmen, die Bänder aller CV-Verbindungen in Österreich. Wollek wurde auf Betreiben von Albert Geßmann 1906 Parteisekretär der Christlichsozialen und hatte als Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag (1908-1920), Reichsratsabgeordneter (1911-1918) und Nationalratsabgeordneter (1920-1934) zahlreiche politische Funktionen inne. Quasi mit Antritt seiner Funktion als Parteisekretär gründete er 1906 eine Art von Stellenvermittlung für den CV in Österreich. Dies geschah natürlich

45 Robert Krasser (1882-1958), Pädagoge, ab 1934 geschäftsführender Vizepräsident des Wiener Stadtschulrates. 1932 bis 1934 Obmann der Christlichsozialen Partei im Wiener Landtag. Gegner eines „Anschlusses“ Österreichs an Deutschland. 1938 und 1944 kurzzeitige Verhaftungen durch die Gestapo, 1939 zwangsweise Versetzung in den Ruhestand. 1945 wiederum Vizepräsident des Wiener Stadtschulrates. Philistersenior der KaV Norica Wien von 1913 bis 1956, Vorsitzender des ÖCV-Beirates bzw. der Verbandsführung des ÖCV von 1933 bis 1948 und Vorsitzender der Altherrenschaft des ÖCV von 1948 bis 1955.

46 <https://oecv.at/Biolex/Detail/12500146> (abgerufen 4.2.2022).

47 Popp, CV, 85.

48 <https://oecv.at/Biolex/Detail/12500386> (abgerufen 4.2.2022).

Bild online nicht verfügbar.

Die Gebrüder Krasser um das Jahr 1900 im Coleur ihrer 1883 gegründeten Verbindung Norica Wien. | *Österreichischer Cartellverband*

aus weltanschaulichen-politischen Überlegungen, um Einfluss für die eigene politischen Klientel zu sichern und in der Folge zu steigern. Für die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg kam eine soziale Tangente hinzu, die darauf bedacht war, jungen Akademikern aus den eigenen Reihen leichter in den Beruf zu helfen.⁴⁹ Wollek kann als ein im Hintergrund agierender Netzwerker bezeichnet werden, er war u. a. im Vorstand des Katholischen Volksbundes und des Pressvereins Herold, der die *Reichspost* und das Kleine Volksblatt herausgab.⁵⁰ Darüber hinaus war er, wie einige anderer CVer auch, Mitglied der Deutschen Gemeinschaft, einem 1919 in Wien gegründeten antisemitischen Bund, der Liberale, Freimaurer, alle linken politischen Parteien sowie deren SympathisantInnen bekämpfte. Über seine dortige Tätigkeit ist zurzeit aber nichts Konkretes bekannt.⁵¹ Die höchste Auszeichnung des ÖCV ist das 1953 nach Wollek benannte rot-weiß-rote Band „In vestigiis Wollek“.

Frage 2: Welche Rolle spielte der Antisemitismus im CV/ÖCV?

Der CV ist Teil des katholischen Milieus und seit Gründung seiner ersten Verbindungen eng mit dem katholischen Klerus verbunden. Die hohe Zahl von

49 <https://oecv.at/Biolex/Detail/10401148> (abgerufen 4.2.2022).

50 Wolfgang Rosar, *Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß*, Wien 1971, 32.

51 Siehe auch Exkurs: *Die Deutsche Gemeinschaft (1919-1930)*. Kapitel 3, in: Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, *Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg*, Wien 2020, 89-116.

Theologen und Priestern in den Verbindungen speziell in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens unterstreicht dieses Faktum. So war der erste Österreicher, der bei einer CV-Verbindung aufgenommen wurde, der 1853 bei Aenania München rezipierte, aus Tirol stammende Priester Franz Senn.⁵² Er war 1869 einer der Mitbegründer des Deutschen Alpenvereins. Es verwundert daher nicht, dass viele CVer auch dem Antijudaismus der katholischen Kirche mit den klassischen Stereotypen „Christusmörder“, „Wucherer“, „Schacherer“, aber auch den neueren im Antimodernismus gepflegten Topoi vom vermeintlich schädlichen Einfluss von „den Juden“ vor allem im Wirtschafts- und Kulturleben und vom vermeintlichen Hass von Juden und Jüdinnen gegen das Christentum folgten. Hier fielen Konkurrenzängste und antiliberaler Reflexe bei den CVer, die in der Frühzeit zumeist Söhne aus kleinbürgerlichem oder bäuerlichem Haus waren, auf fruchtbaren Boden.⁵³ Dieses Gemisch aus Vorurteilen des „alten“ und „neuen“ Antisemitismus wurde zu einem Erfolgsgaranten des politischen Katholizismus. Die Christlichsoziale Partei unter Karl Lueger hielt dies auch im Wahlmanifest zur Reichsratswahl 1907 erstmals programmatisch fest. Dieser grundsätzlichen Ausrichtung blieben die Christlichsozialen in den folgenden Jahrzehnten treu, sie standen mit dieser Haltung im politischen Spektrum Österreichs jedoch nicht alleine da.⁵⁴

Insbesondere durch die Flucht vieler osteuropäischer Jüdinnen und Juden während des Ersten Weltkrieges nach Österreich und Deutschland erhielten rasseantisemitische Vorurteile zu Beginn der Zwischenkriegszeit neue Nahrung, die auf universitärem Boden einer besonderen Radikalisierung unterworfen waren. Federführend war in diesem Zusammenhang der zwar zahlenmäßig kleine, aber umso aktivere Verband Deutscher Studenten (VDSt), der es verstand, politischen Einfluss in der Studentenschaft zu erlangen. Ein wehrstudentischer Verband nach dem anderen implementierte den „Arierparagraphen“ in seinen Satzungen.⁵⁵ Im CV wurde diese Bewegung zunächst skeptisch betrachtet, zumal der VDSt nicht nur antisemitisch, sondern seit jeher auch antikatholisch eingestellt war und diesbezügliche Erfahrungen aus dem Akademischen Kulturkampf noch in schmerzlicher Erinnerung waren. Auf der Cartellversammlung 1919 in Würzburg meinte deshalb einer der Redner, dass sich der CV nicht von der Hochflut der Ju-

52 <https://oecv.at/Biolex/Detail/38800001> (abgerufen 4.2.2022).

53 Florian Wenninger, „... für das ganze christliche Volk eine Frage auf Leben und Tod.“, in: Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloucal (Hg.), Antisemitismus in Österreich 1933-1938, Wien 2018, 199.

54 Hartmann, Gott und Vaterland, 483.

55 Hans Peter Bleuel/Ernst Klüppel, Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologie - Programme - Aktionen 1918-1935, Gütersloh 1967, 145.

denfeindschaft fortreißen lassen dürfe.⁵⁶ Aber bereits ein Jahr später stellten die beiden Vertreter von Franko-Bavaria Wien auf der Cartellversammlung 1920 in Regensburg, der spätere Bundeskanzler Engelbert Dollfuß gemeinsam mit Pater Nivard Schlögl den Antrag, „die deutsch-arische Abstammung, nachweisbar bis zu den Großeltern“ als Bedingung für eine Aufnahme in die Verbindungen zu machen. Der Antrag wurde mit nur zwei Gegenstimmen angenommen. Bei der damals obligatorischen nochmaligen schriftlichen Abstimmung erhielt der Antrag allerdings nicht mehr das notwendige Quorum und trat damit nicht in Kraft.⁵⁷ Es gab also keinen „Arierparagrafen“ im CV.

Eine weltanschaulich bedeutende Rolle kam im CV dem Verbandsseelsorger zu, eine Funktion, die 1921 mit der Einrichtung des Academia-Beirates geschaffen wurde und bis zur Gleichschaltung des CV nach der Macht ergreifung Adolf Hitlers 1933 mit dem Münchner Franziskanerpater Erhard Schlund besetzt war. Schlund bezog immer wieder Stellung zum rassetheoretischen Antisemitismus und forderte die Mitglieder des CV zur klaren Unterscheidung auf: Er räumte zwar ein und bedauerte, dass viele Jüdinnen und Juden einen negativen Einfluss auf Religion, Sitte, Literatur und Kunst sowie das politische und soziale Leben hätten, gleichzeitig wies er aber darauf hin, dass Jüdinnen und Juden ebenso wie Christinnen und Christen die Offenbarungen des Alten Testaments zuteil geworden seien und Christinnen und Christen allen Menschen gerecht werden müssen und somit auch Jüdinnen und Juden. Schlund vertrat auch die Ansicht, dass die Wissenschaft von den „Rassen“ noch nicht ausgereift sei und dass die Angehörigen aller „Rassen“ Kinder Gottes seien und Gott eine Aufgabe für sie alle hätte. Folgerichtig könne keiner „Rasse“ das Existenzrecht abgesprochen werden, weshalb Christinnen und Christen zu wahrer Nächstenliebe - eben auch gegenüber Jüdinnen und Juden - verpflichtet seien.⁵⁸

Diese Ablehnung des rassistisch begründeten Antisemitismus bei gleichzeitigem Festhalten am alten christlich-katholischen Antijudaismus soll dessen Verwerflichkeit nicht beschönigen, stellt aber trotzdem einen massiven qualitativen Unterschied dar. Aus religiöser Sicht, die für CVer verbindlich war, wurde also der Rasseantisemitismus abgelehnt, in der Praxis der einzelnen Verbindungen sah dies freilich anders aus und hing von der Einstellung der handelnden Personen ab. Einzelne Verbindungen hatten einen „Arierparagrafen“, andere nahmen katholisch getaufte Juden auf. Auf Ebene des

56 Bleuel/Klennert, Deutsche Studenten, 150.

57 Hartmann, Gott und Vaterland, 493.

58 Bleuel/Klennert, Studenten, 151-152.

ÖCV sind mit Johann Hardeck,⁵⁹ Karl Kummer⁶⁰ und Franz Deutsch⁶¹ bisher drei Mitglieder bekannt, die unter die Bestimmungen der Nürnberger Gesetze fielen und im Holocaust ermordet wurden.

Die Meinungen zum Antisemitismus konnten sogar innerhalb einer Verbindung ganz unterschiedlich sein. Dies sei am Beispiel von Nordgau Wien gezeigt, dem auch der eben erwähnte im Holocaust ermordete Franz Deutsch angehörte. Einer seiner älteren Bundesbrüder war der zeitweilige Unterrichtsminister und Spitzenfunktionär des ÖCV Emmerich Czermak, der unter anderem in seinem Text *Der CV und die Judenfrage*⁶² massiv rasseantisemitische Positionen vertrat, sich gleichzeitig aber vom Nationalsozialismus distanzierte und auch Mitglied der Deutschen Gemeinschaft war.⁶³ Ein anderer jüngerer Bundesbruder von Deutsch bei Nordgau war Arthur Lanc, der 1944 als Amtsarzt in Gmünd im Waldviertel durch sein mutiges Auftreten gemeinsam mit seiner Frau jüdischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus Ungarn das Leben rettete. Lanc und seine Frau wurden 1986 von der Gedenkstätte Yad Vashem als Gerechte unter den Völkern ausgezeichnet.⁶⁴

Frage 3: Wie war das Verhältnis des CV/ÖCV zu wehrstudentischen (schlagenden) Verbindungen, dem deutschnationalen Lager und später zum Nationalsozialismus?

Wie bereits dargelegt, war das Verhältnis zwischen wehrstudentischen und katholischen Farbstudenten in Österreich seit den 1880er-Jahren von gewalttätigen Konflikten geprägt. Der Erste Weltkrieg und der Einsatz fast aller Studenten an der Front hob die unüberwindbar scheinenden Gegensätze zwischen den beiden Lagern kurzfristig auf, die gemeinsame Kriegserfahrung vereinte sie. Zumindest in den ersten Jahren nach dem Krieg waren die Studenten bereit, ein Stück weit aufeinander zuzugehen.⁶⁵ Ergebnis der

59 Peter Krause/Herbert Reinelt/Helmut Schmitt (Hg.), *Farben tragen, Farbe bekennen 1938-1945. Katholische Korporierte in Widerstand und Verfolgung*, Teil 2 (Tradition und Zukunft 18), Wien 2020, 115. Zit. n. Gerhard Hartmann, WHR OberSan.R Dr. Arthur Lanc, ÖCV, URL: <https://oecv.at/Biolex/Detail/12600204> (abgerufen 23.12.2022).

60 Herbert Fritz/Peter Krause (Hg.), *Farben tragen, Farbe bekennen 1938-1945. Katholische Korporierte in Widerstand und Verfolgung*; Wien 2013 (Tradition und Zukunft 13), 395.

61 Ebd., 259.

62 Emmerich Czermak, *Der CV und die Judenfrage*, in: *Der CV, der Träger des katholischen Farbstudententums und die neue Zeit* (Schriften des ÖCV Heft 1/3), Wien 1936, 60-66.

63 Rosar, *Deutsche Gemeinschaft*, 32.

64 Krause/Reinelt/Schmitt, *Farben Tragen 2, 195-197*. Zit. n. Hartmann, WHR OberSan.R Dr. Arthur Lanc, ÖCV, URL: <https://oecv.at/Biolex/Detail/12600204> (abgerufen 23.12.2022).

65 Michael Gehler, *Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918-1938* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 6), Innsbruck 1990, 29.

Zusammenarbeit der Studentengeneration von 1918 war einerseits die Etablierung der Deutschen Studentenschaft (DSt) als Zusammenschluss aller Studentenausschüsse der deutschsprachigen Universitäten in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei mit dem hochgesteckten Ziel, die weltanschaulichen Differenzen zu überwinden und studentische Interessen zu vertreten.⁶⁶ Andererseits konnte 1921 das Erlanger Verbändeabkommen mit einer eigenen Ehrenordnung beschlossen werden, die darauf abzielte, gegenseitige Konflikte nicht mehr mit dem „Holzcomment“, sondern durch Ehrengerichte zu lösen. Mit dem Ausscheiden der Kriegsgeneration nach Abschluss ihres Studiums Anfang der 1920er-Jahre schwand allerdings das gegenseitige Verständnis und ein Rückfall in alte Umgangsmuster war die Folge, auch wenn es auf Ebene der DSt bis August 1932 eine Zusammenarbeit gab.⁶⁷ Zwei Aspekte seien als mögliche Erklärung für diesen Rückfall in alte Muster genannt: Einerseits war das burschenschaftliche Lager in Österreich viel radikaler (und auch gewaltbereiter) als jenes in Deutschland,⁶⁸ andererseits hielt der verstärkte Zulauf zu den katholischen Verbindungen auch in der Zwischenkriegszeit unvermindert an. Das wehrstudentische Lager war quantitativ zwar immer noch stärker als die katholischen Verbindungen, der zahlenmäßige Abstand zueinander verringerte sich aber. So kamen 1930 auf einen Alten Herren im CV 3,5 Alte Herren bei schlagenden Verbindungen, während dieses Verhältnis bei den Aktiven (also Studierenden) mit 1 zu 2,6 für die katholischen Farbstudenten günstiger ausfiel. Konkurrenzgedanken lagen da nicht fern.⁶⁹

Punkto Deutsche Frage kann festgehalten werden, dass man sich im CV durchwegs als Deutsche verstand - auch in Österreich. Seit 1923 wurden auf den Cartellversammlungen regelmäßig Beschlüsse gefasst, die die Einheit des Deutschen Volkes zum Inhalt hatten. Allerdings vermied es der CV seiner auf politische Neutralität bedachten Satzungen wegen, den staatlichen „Anschluss“ Österreichs an Deutschland zu fordern.⁷⁰

Gegen den aufkommenden Nationalsozialismus bezog der CV als Verband bereits in den frühen 1920er-Jahren Stellung. Der bereits erwähnte CV-Seelinger Erhard Schlund analysierte in seiner 1923 erschienenen und damals

66 Hartmann, Gott und Vaterland, 283.

67 Ebd., 286-287.

68 Andreas Peham, „Durch Reinheit zur Einheit.“ Zur Kritik des deutschnationalen Korporationswesens in Österreich unter besonderer Berücksichtigung antisemitischer Traditionslinien und nationalsozialistischer Bezüge. 33-35, URL: https://www.doew.at/cms/download/6or5r/peham_burschenschaften.pdf (abgerufen 4.2.2022).

69 Hartmann, CV, 90.

70 Hartmann, Gott und Vaterland, 336-337.

weitverbreiteten Publikation Neugermanisches Heidentum⁷¹ im heutigen Deutschland das Programm der erst drei Jahre zuvor gegründeten NSDAP. Er erkannte im Nationalsozialismus eine Weltanschauung, die im Gegensatz zum Christentum stand und mit ihrem extremen Antisemitismus geradezu als „widerchristlich“ zu bezeichnen sei. Trotzdem übte der Nationalsozialismus offenbar auch auf manche Angehörige von CV-Verbindungen eine große Anziehungskraft aus. Anders ist die Äußerung eines Redners auf der Cartellversammlung 1930 nicht zu erklären, dass das Tragen des Bandes einer CV-Verbindung zur Parteiuniform der NSDAP nicht statthaft sei.⁷²

Die Opposition zum Nationalsozialismus war auch der Grund für die sogenannte „Abschaltung“ (Austritt) der Österreichischen CV-Verbindungen vom Gesamtverband. Nach der Machtübernahme Hitlers am 30. Jänner 1933 begann der Prozess der Gleichschaltung des CV in Deutschland mit der erzwungenen, für den CV bisher unüblichen Etablierung des Führerprinzips. Gleichzeitig erfolgte eine Annäherung an den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB). Zum Führer des CV wurde am 7. Juli 1933 der bei Ripuarria Freiburg korporierte Jurist Edmund Forstbach ernannt, der als eine der ersten Amtshandlungen alle Mitglieder der österreichischen Bundesregierung, die bei CV-Verbindungen korporiert waren, aus dem CV ausschloss. Davon waren neben Bundeskanzler Engelbert Dollfuß auch die Minister Kurt Schuschnigg, Karl Buresch, Fritz Stockinger und Carl Vaugin betroffen. Abgesehen davon, dass Einzelpersonen nicht aus dem CV ausgeschlossen werden können, da nur die Verbindungen Mitglieder des Verbandes sind, stellte dieser Akt eine nicht hinnehmbare Provokation für die österreichischen Verbindungen dar, die am 10. Juli 1933 zur Gründung des ÖCV führte.⁷³ Nach dem „Anschluss“ 1938 wurde der ÖCV im Zuge der nationalsozialistischen Maßnahmen gegenüber Vereinen aufgelöst, viele seiner Mitglieder wurden, nicht zuletzt wegen ihres Engagements in der Zeit der Regierungsdiktatur, vom NS-Regime diskriminiert und verfolgt. So lag der Anteil der ÖCVer am ersten Österreichertransport in das Konzentrationslager Dachau („Prominententransport“) am 1. April 1938 bei etwa zehn Prozent.⁷⁴ In fast keiner katholisch-konservativen Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime fehlte es an Mitgliedern aus ÖCV-Verbindungen. Das gut gepflegte Netzwerk und die daraus resultierenden Vertrauensverhältnisse waren unter den Bedingungen der Illegalität für konspirative Tätigkeiten nur von Vorteil.

71 Erhard Schlund, Neugermanisches Heidentum im heutigen Deutschland, München 1923, 82.

72 Hartmann, Gott und Vaterland, 341.

73 Hartmann, CV, 129-130.

74 Wolfgang Neugebauer, Der österreichische Widerstand 1938-1945, Wien 2008, 157.

Trotz der weltanschaulichen Resistenz des Verbandes gegen den Nationalsozialismus gab es innerhalb des ÖCV auch Personen, die es für vereinbar hielten, sowohl einer katholischen Verbindung als auch der (in Österreich von 1933-1938 verbotenen) NSDAP anzugehören oder zumindest in deren Sinne zu agieren. Zu den bekanntesten unter ihnen gehörten etwa Taras Borodajkewicz, Josef Nadler, Wilhelm Wolf, Theodor Veiter, Oswald Menghin, Karl Gottfried Hugelmann oder Guido Schmidt. Nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten die einzelnen Verbindungen des ÖCV im Zuge ihrer Wiedergründung (ab Mai 1945) sogenannte „Besondere Verbindungsgerichte“, die das Verhalten ihrer Mitglieder während der Zeit des Nationalsozialismus überprüften. Alle eben genannten Personen wurden nach 1945 nicht wieder in ihre Verbindungen aufgenommen. In diesem Zusammenhang ist der Fall von Guido Schmidt, der im Zuge des Berchtesgadener Abkommens Außenminister und ab 1938 Direktor der neu gegründeten Hermann-Göring-Werke in Linz (heute VOEST) wurde, besonders bemerkenswert. Schmidt wurde vor dem Volksgericht Wien wegen Hochverrats angeklagt und freigesprochen (!), seine Verbindung Norica Wien verweigerte ihm jedoch die Wiederaufnahme.⁷⁵

Nach 1945 hat der ÖCV, sicher auch geläutert durch die Verbrechen des Nationalsozialismus, unter denen viele seiner Mitglieder gelitten hatten, eine Abkehr von antisemitischen und deutschnationalen Anklängen und Ansätzen der Vergangenheit vollzogen. Dieser Prozess bekam durch die 1965 im Rahmen des Zweiten Vatikanischen Konzils verabschiedete Erklärung „*Nostra aetate*“⁷⁶ besonderes Gewicht. Die katholische Amtskirche beschrieb darin ihre Haltung zu den nichtchristlichen Religionen, im speziellen zum Judentum. Sie anerkannte das Judentum als das erwählte Volk Gottes, in dem das Christentum wurzelt und forderte alle ihre Kräfte auf, die Verbreitung judenfeindlicher Lehren zu unterbinden.⁷⁷ Diese religiösen Positionen sind für den ÖCV als katholischen Verband bindend. Für das wehrstudentische Milieu kann die Abkehr von Deutschnationalismus und Antisemitismus bis heute nicht konstatiert werden.

75 Georg Schmitz, Guido Schmidt und die Norica. Ein Beitrag zur Aufarbeitung der jüngeren Zeitgeschichte im Rahmen des Österreichischen Cartellverbandes, in: Helmut Wohnout (Hg.), *Demokratie und Geschichte* 2007/08, Wien 2009, 207-229.

76 https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651028_nostra-aetate_ge.html (abgerufen 4.2.2022).

77 Andreas Renz, *Die katholische Kirche und der interreligiöse Dialog. 50 Jahre „Nostra aetate“ – Entstehung, Rezeption, Wirkung*, Stuttgart 2014, 13-22.

Stefan Eminger

Zwischen Kreuz und Hakenkreuz

Katholisch-Deutschnationale in Bund Neuland und Cartellverband

Über die „Katholisch-Deutschnationalen“ ist schon viel geforscht worden. Es handelt sich dabei um Persönlichkeiten, die an eine Vereinbarkeit von katholischer Kirche und Nationalsozialismus glaubten und daher in Österreich schon zeitgenössisch „Brückenbauer“ genannt wurden;¹ im allgemeinen verbindet man damit bekannte Namen, wie Edmund Glaise-Horstenau, Hans Eibl, Heinrich Srbik oder Bischof Alois Hudal.² In diesem Beitrag geht es um die jüngere Generation dieser politischen Richtung; mithin vor allem um Männer, die um 1900 geboren wurden und im 1921 geschaffenen Bund Neuland sowie in dessen Umfeld aktiv waren. Wenn auch eine sozialstatistische Analyse der Mitglieder von Neuland künftigen Forschungen vorbehalten ist, gibt es gute Gründe, der Kategorie Generationalität hier eine wichtige Rolle zuzuweisen. Neuland war ein zum größten Teil bildungsbürgerlich geprägter Verband der Kriegsjugendgeneration;³ eine Gruppe junger Menschen, die den Ersten Weltkrieg nicht beim Militär, sondern an der „Heimatfront“ erlebt und die ökonomisch verheerenden Folgen der Nachkriegsinflation als Ereignis erfahren hatten, das die bürgerliche Welt gleichsam auf den Kopf gestellt hat.⁴ Die Bedeutung einer generationell spezifisch geformten Erfahrung stellten führende Mitglieder des Bundes auch selbst heraus.⁵

1 Erika Weinzierl, Prüfstand. Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus. Unter Mitwirkung von Ursula Schulmeister, Mödling 1988, 63-74.

2 Peter Broucek, Katholisch-nationale Persönlichkeiten (= Wiener Katholische Akademie, Miscellanea LXII), Wien 1979; John Haag, Marginal Men and the Dream of the Reich: Eight Austrian National-Catholic Intellectuals 1918-1938, in: Stein U. Larsen/Bernt Hagtvat/Jan Petter Myklebust (Hg.), Who were the Fascists. Social Roots of European Fascism, Bergen-Oslo-Tromsø 1980, 239-248. Zu Hudal Johannes Sachslehner, Hitlers Mann im Vatikan. Bischof Alois Hudal. Ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Kirche, Wien-Graz 2019.

3 Der Begriff findet sich bei Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt/Main 1986, 28-31.

4 Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003, 25.

5 Am deutlichsten bei Fritz Flor, Die junge Generation, in: Friedrich Heiss/A. Hillen Ziegfeld (Hg.), Bekenntnis zu Österreich, Berlin 1932, 71-80.

Der Bund Neuland war eine Gemeinschaft tief katholischer Jugendlicher, die sich als katholische Avantgarde fühlten.⁶ Neuland orientierte sich stärker als andere Verbände der katholischen Jugend in Österreich am autonomen Lebensideal der „bündischen“ Jugendbewegung. Im Vergleich zum „Reichsbund der katholischen deutschen Jugend Österreichs“, der ausschließlich Burschen umfasste und 1931 etwa 66.000 Mitglieder zählte,⁷ war Neuland, dem Jugendliche beider Geschlechter angehörten, keine große Organisation. Der Bund hatte 1931 in ganz Österreich ungefähr 900 Mitglieder;⁸ einigendes Band waren insbesondere die Zeitschriften *Neue Jugend* (1919-1938) und *Neuland* (1923-1935). Gesellschaftspolitisch war und ist Neuland nicht leicht einzuordnen. So stand der reformorientierte Bund in Distanz zur kirchlichen Hierarchie und nahm im Bereich der Liturgie bereits Neuerungen vorweg, die erst nach dem II. Vatikanischen Konzil (1962-1965) allgemein verbindlich wurden.⁹ Überdies trat Neuland seit der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre zunehmend gegen den politischen Katholizismus der Christlichsozialen Partei (CSP) auf und stand auch der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur kritisch gegenüber. Ferner wies er Strömungen auf, die den Dialog mit der sozialdemokratischen Arbeiter:innenschaft suchten und den Einsatz für das deutsche Volkstum stark betonten.¹⁰

Im Mittelpunkt dieser Studie stehen zentrale Persönlichkeiten der katholisch-deutschnationalen Richtung von Neuland, die sich mit Gleichgesinnten aus dem katholischen Cartellverband (CV) um einen „Ausgleich“ von Kirche und der NS-Bewegung bemühten. Hauptziel des Beitrags ist es, den politischen Stellenwert dieser noch wenig untersuchten jüngeren Gene-

6 Zum Bund Neuland siehe detailliert Gerhard Seewann, *Österreichische Jugendbewegung 1900 bis 1938. Die Entstehung der Deutschen Jugendbewegung in Österreich-Ungarn 1900 bis 1914 und die Fortsetzung in ihrem katholischen Zweig „Bund Neuland“ von 1918 bis 1938*, 2 Bde., Frankfurt/Main 1971, sowie eine Innensicht von Franz M. Kapfhammer, *Neuland. Erlebnis einer Jugendbewegung*, Graz-Wien-Köln 1987.

7 Johanna Gehmacher, *Jugendbewegung und Jugendorganisationen in der Ersten Republik*, in: Emmerich Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hanisch/Anton Staudinger, *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1938*, Wien 1995, 292-303, 299.

8 Ebd., 300.

9 Kapfhammer, *Neuland*, 49-54. Siehe dazu auch die Schilderung des späteren Widerstandskämpfers und Verlegers Fritz Molden, der sich Neuland als Elfjähriger 1935 angeschlossen hatte; Fritz Molden, *Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern. Bericht einer unruhigen Jugend*, 2. Aufl., Wien-München-Zürich 1976, 45-46.

10 Brigitte Behal, *Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutschnationaler katholischer Eliten im Zeitraum 1930-1965. Ihr Weg und Wandel in diesen Jahren am Beispiel Dr. Anton Böhms, Dr. Theodor Veiters und ihrer katholischen und politischen Netzwerke*, phil. Diss., Universität Wien 2009, 93-94, 99. Zum Dialog mit der Sozialdemokratie siehe insbesondere Erik Kroiher, *Bruchlinien und Kontinuitäten österreichischer Zivilgesellschaft: katholisches jugendbündisches Leben der Zwischenkriegszeit in seiner geistesgeschichtlichen Wirkung am Beispiel Felix Hurdes*, phil. Diss., Universität Wien 2016, 172-174.

Bilder online nicht verfügbar.

Links: Der Akademikerseelsorger Karl Rudolf war in den 1920er-Jahren eine der prägenden Persönlichkeiten im Bund Neuland. | *Österreichischer Cartellverband* *Rechts:* Buchdeckel der Publikation des Volksdeutschen Arbeitskreises zum Katholikentag in Wien. | *Sammlung Eminger*

ration Katholisch-Deutschnationaler im Hinblick auf den „Anschluss“ 1938 an NS-Deutschland zu analysieren. Welcher Netzwerke bedienten sie sich, welche Aktionen setzten sie, und wo wurde allenfalls die Grenze zwischen „Ausgleich“ und Kollaboration überschritten? Darüber hinaus will die Untersuchung klären, ob und wenn ja, welche Auswirkungen die politischen Zäsuren 1933, 1938 und 1945 auf die Überzeugungen und Seilschaften dieser Aktivisten hatten.

Der Christlich-Deutsche Studentenbund

Am Beginn der Karriere dieser jüngeren Generation von Katholisch-Deutschnationalen stand der kurzlebige Christlich-Deutsche Studentenbund (CDSB) in Wien. Mittelschüler und junge Studierende haben den Bund Anfang 1919 unter Federführung des beliebten Wiener Studentenseelsorgers Karl Rudolf (1886-1964) gegründet.¹¹ Der CDSB, dem - damals im katholischen Verbands-

¹¹ Otto Krammer, Der Christlich-Deutsche Studentenbund (CDSB) und seine Folgen (Neustudentische Liga u. a.), in: Österreichischer Verein für Studentengeschichte (Hg.), Die Vorträge der zweiten österreichischen Studentenhistorikertagung, Klosterneuburg 1976, Wien 1976, 53-68, 53-54.

leben durchaus unüblich - auch junge Frauen und Mädchen angehörten,¹² war als katholisches Gegengewicht zum Deutschen Mittelschülerbund und zu den antiklerikalen sozialdemokratischen Schüler- und Studentenorganisationen gedacht. Er bemühte sich, katholische Jugendliche höherer Schulbildung zuzuführen und sah sich als Verteidiger des Einflusses der katholischen Kirche auf Schule und Erziehung. Der CDSB war antiliberal und antisemitisch. Bereits in der Gründungssitzung wies der Geistliche Karl Rudolf „auf das zersetzende Treiben des entarteten und entfremdeten Judentums“ hin, „das alle Leidenschaften der gottlosen Leere austobe: Selbstsucht, Herrschsucht, Mammonismus, Unsittlichkeit.“¹³

Im Herbst 1920 übernahm der junge Priester Michael Pfliegler (1891-1972) die Redaktion der Bundeszeitschrift *Neue Jugend*. Pfliegler erlangte rasch überragenden Einfluss auf den jugendbewegten Flügel des CDSB, der immer mehr in Konkurrenz zu den eher traditionell verbandskatholisch orientierten Mitgliedern trat.¹⁴ Der CDSB brach auseinander, und die Anhänger:innen Pflieglers gründeten im Frühjahr 1921 den Bund Neuland. Der 17-jährige Wiener Gymnasiast Anton Böhm (1904-1998) wurde in die Leitung gewählt und 1926 Obmann von Neuland.¹⁵ Gemeinsam mit den geistlichen Führern Pfliegler und Rudolf stand Böhm bis zur Selbstauflösung des Bundes nach dem „Anschluss“ 1938 an der Spitze von Neuland.¹⁶ Er entwickelte sich bis dahin zu einer der bekanntesten Persönlichkeiten im katholisch-deutschnationalen Milieu. Bei der Wahl Böhms in die Leitung von Neuland waren auch zwei seiner künftig engsten Freunde anwesend: der um zwei Jahre ältere Taras Borodajkewycz (1902-1984) und Franz Hieronymus Riedl (1906-1994).¹⁷

Volksdeutscher Arbeitskreis österreichischer Katholiken

Vor dem Hintergrund der ökonomisch-politischen Doppelkrise der frühen 1930er-Jahre und dem zunehmenden Machtverlust der regierenden Christlichsozialen Partei erfolgte ein Politisierungsschub im Bund Neuland. Es bil-

12 Im neunköpfigen ersten Vorstand des Bundes von 1919 waren mit Olga Fert und Helene Eppel zwei Frauen vertreten, siehe: Kroiher, Bruchlinien, 108.

13 Nachlass Prälat Karl Rudolf, zit. n. Seewann, Jugendbewegung, Bd. 1, 168.

14 Kroiher, Bruchlinien, 116-117, 168-169; Alfred Missong, „Mein Leben und Arbeiten“. Autobiographie Alfred Missongs, in: Alfred Missong, Christentum und Politik in Österreich. Ausgewählte Schriften 1924-1950 (herausgegeben von Alfred Missong jun. in Verbindung mit Cornelia Hoffmann und Gerald Stourzh, Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 55), Wien-Köln-Graz 2006, 15-46, 24.

15 Der Autor der oben erwähnten Monographie über den Bund Neuland, Franz M. Kapfhammer, war ein Freund und Klassenkollege von Anton Böhm, siehe: Kapfhammer, Neuland, 29.

16 Zum Ende von Neuland 1938 siehe: Seewann, Jugendbewegung, Bd. 2, 587-588.

17 Behal, Kontinuitäten, 65.

dete sich eine Gruppe von Neuländern und betont deutschnationalen CVern aus dem Umfeld Neulands, die sich Volksdeutscher Arbeitskreis österreichischer Katholiken nannte und 1932 mit einem „Programm junger Katholiken“ für eine „völkisch-staatliche Neugestaltung“ an die Öffentlichkeit trat. Ziel dieser Gruppe war die Erneuerung der CSP im Sinne einer ständisch-antidemokratischen Ausrichtung.¹⁸

Mitglieder dieses Arbeitskreises waren zum einen die Neuland-Führer Karl Rudolf und Anton Böhm, ferner der Journalist und „Grenzlandbeauftragte“ des Bundes Franz H. Riedl, der Universitätsassistent und Protegé von Oswald Menghin, Fritz Flor, der in der niederösterreichischen Heimwehr für einen radikalen faschistischen Kurs eintrat,¹⁹ der gesamtdeutsche Historiker und Landesarchivar Karl Lechner, der Publizist Eugen Kogon, Franz Reder u. a.; neben den Neuländern fanden sich im Volksdeutschen Arbeitskreis politisch rechts stehende CVer mit engen Verbindungen zu Neuland: etwa Wilhelm Wolf, Beamter im Unterrichtsministerium und später Außenminister im „Anschluss“-Kabinett Seyss-Inquarts; der Heinrich Srbik-Schüler und bereits erwähnte Taras Borodajkewycz; der wissenschaftliche Sekretär von Karl Gottfried Hugelmann, Theodor Veiter; die Historiker Ernst Klebel und Reinhold Lorenz oder die Jugend- und Studentenführer Walter Ternik (auch: Trnik) und Josef Klaus.²⁰

Franz H. Riedl stellte im Sommer 1932 die Grundzüge des Programms in der neuen Jugend-Beilage der *Reichspost* vor.²¹ Er nahm in Anspruch, für die „junge katholische deutsche Generation in Österreich“ zu sprechen und propagierte ein hegemoniales Gesamtdeutschtum in Mitteleuropa sowie eine ständische Ordnung. Das Programm ließ Anklänge an die einflussreiche Staatslehre Othmar Spanns erkennen und war antiparlamentarisch, antiliberal, antimarxistisch und antisemitisch. Der „wahre“, ständisch gegliederte

18 Anton Staudinger, Zu den Bemühungen katholischer Jungakademiker um eine ständisch-antiparlamentarische und deutsch-völkische Orientierung der Christlichsozialen Partei, in: Erich Fröschl/Helge Zoitl (Hg.), Februar 1934. Ursachen - Fakten - Folgen (Thema Zeitgeschichte, Bd. 2), Wien 1984, 221-231, 224-225.

19 Zur politischen Ausrichtung Flors siehe: Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte, Bd. 7), Wien 1985, 346-347, sowie detailliert Johannes Koll, Fritz Flor und die Verlockung der Politik: Universität - Heimwehr - Nationalsozialismus, in: Andre Gingrich/Peter Rohrbacher (Hg.), Völkerkunde zur NS-Zeit aus Wien (1938-1945). Institutionen, Biographien und Praktiken in Netzwerken, Bd. I (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Sitzungsberichte der philosophisch-historischen Klasse, 913, Veröffentlichungen zur Sozialanthropologie, Bd. 27/1), Wien 2021, 311-339.

20 Liste der Mitglieder des Arbeitskreises, hs. datiert mit 1932. Institut für Zeitgeschichte Wien, Archiv, Do 183, NI 10, Sammlung Theodor Veiter, Mappe 1.

21 Franz Riedl, Haltung und Wille, *Reichspost*, 9.6.1932, 13-14; dort auch die folgenden Zitate.

„Volksstaat“ wurde als Ideal der jungen katholisch-deutschen Generation gepriesen. Diese bekenne sich „rückhaltlos“ zu einer „gesamtdeutschen Gestaltung Mitteleuropas, in der Österreich eine „eigenrechtliche autonome Stellung“ innehat. Unter „Volk“ verstehe die von Riedl beschworene junge Generation die „Gemeinschaft des Geistes und Schicksals, aber auch des Blutes“, wenn sie auch die alleinige Ableitung des Volkstums „aus Blut und Rasse“ ablehne. Das Judentum sei „nach Art und Geist ein Fremdkörper und sein übermäßiger Einfluß ist mit allen Mitteln zu bekämpfen und besonders auf kulturellem Gebiet ganz zu beseitigen“. Der Parteienstaat sei nicht das Ideal der jungen Generation; ebenso lehne man Kapitalismus und Sozialismus ab. Ziel sei der christliche „autoritäre Staat“, verbunden mit „grundstürzender, vorbehaltloser sozialer Reform“.

Bedeutung erlangte der Arbeitskreis u. a. dadurch, dass er im 1932 neu ernannten Erzbischof von Wien, Theodor Innitzer, einen einflussreichen Förderer hatte und bei dem katholischen Großereignis der 1930er-Jahre in Österreich eine zentrale Rolle spielte: beim „Deutschen Katholikentag“ in September 1933 in Wien. Außerdem dominierte die Gruppe in den frühen 1930er-Jahren die katholischen Jugendverbände. So stand etwa Walter Ternik an der Spitze der Arbeitsgemeinschaft katholischer Jugendverbände, in der sich 1931 CV, Christlich-deutsche Turnerschaft, Katholisch-deutscher Studentenbund, Katholischer Gesellenverein, Mädchenverband, Neuland, Reichsbund der katholischen deutschen Jugend Österreichs und die Vereinigung Katholischer deutscher Hochschülerinnen zusammengefounden hatten.²² Theodor Veiter wiederum war von 1931 bis Mai 1933 Vorsitzender der Katholisch-Deutschen Hochschülerschaft Österreichs,²³ in dessen 14-köpfiger Leitung acht Mitglieder des „Volksdeutschen Arbeitskreises“ vertreten waren.²⁴

Ferner verfügte der Arbeitskreis v. a. durch Anton Böhm, Karl Rudolf und Eugen Kogon über gute Kontakte zur *Schöneren Zukunft*, der größten katholisch-rechtskonservativen Wochenzeitung im gesamten deutschen Sprachraum.²⁵ Darüber hinaus verfolgte er seine Ziele durch die Publikation breit rezipierter gesamtdeutscher Darstellungen.

22 Arbeitsgemeinschaft katholischer Jugendverbände, *Reichspost*, 6.12.1931, 10-11; Die Sammelplätze, *Reichspost*, 9.6.1932, 14.

23 Gerhard Hartmann, Dr. Theodor Veiter, ÖCV, URL: <https://oecv.at/Biolex/Detail/13209501> (abgerufen 13.4.2022).

24 Der christliche Volksstaat. Jahrbuch 1933 der Katholischen Deutschen Hochschülerschaft Österreichs, herausgegeben von Theodor Veiter, Salzburg 1933, 112.

25 Peter Eppel, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Die Haltung der Zeitschrift *Schönere Zukunft* zum Nationalsozialismus in Deutschland 1934-1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Bd. 69), Wien-Köln-Graz 1980, 307-309; Janek Wasserman, Black Vienna. The Radical Right in the Red City, 1918-1938, Ithaca-London 2014, 45-46.

Gesamtdeutsche Publikationsprojekte

Nach Adam Wandruszka, ein Schüler Heinrich Srbiks und Neuland nahestehend,²⁶ gab die Gruppe 1932 einen Sammelband mit dem Titel „Bekenntnis zu Österreich“ heraus.²⁷ Der Titel war jedoch irreführend. Denn „Bekenntnis zu Österreich“, so hieß es in der Einführung, „ist das Bekenntnis zum Deutschen Reich, zu dem unsere Sehnsucht uns treibt als unsere letzte Erfüllung“.²⁸ Das Werk erschien anlässlich einer „Sternfahrt“ männlicher Jugendlicher aus „allen Teilen des deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa“ nach Eisenstadt im Burgenland.²⁹ Die Aktion wurde von der Mittelstelle deutscher Jugend in Europa, die vom jungkonservativ-bündischen Grenzlandaktivisten Friedrich Heiss geleitet wurde,³⁰ organisiert; etwa 1.200 Jugendliche nahmen teil. Sie legten Erde „aus ihrer Heimat“ vor dem Denkmal des „Schöpfers des Deutschlandliedes“ Joseph Haydn nieder, dessen Geburtstag sich damals - 1932 - zum 200. Mal jährte.³¹ Das Buch erschien im „Volk und Reich“ Verlag des Wieners Friedrich Heiss,³² der neben dem Nationalsozialisten der ersten Stunde, Arnold Hillen Ziegfeld,³³ auch als Herausgeber fungierte. Der Band versammelte die Beiträge von neun Autoren, darunter der spätere NS-Bürgermeister von Wien Hermann Neubacher. Fünf Autoren gehörten dem Volksdeutschen Arbeitskreis an.³⁴ Das Werk firmierte laut Wandruszka als eine Art „Vorläufer“ der Publikation „Katholischer Glaube und Deutsches Volkstum in Österreich“, die vom Volksdeutschen Arbeitskreis an-

26 Fritz Fellner bezeichnete Michael Pfliegler als Lehrer und Mentor Wandruszkas. Adam Wandruszka wirkte überdies 1961 an der Festschrift für Pfliegler mit; Fritz Fellner, Adam Wandruszka - Erlebte Geschichte, in: Fritz Fellner, Geschichtsschreibung und nationale Identität. Probleme und Leistungen der österreichischen Geschichtswissenschaft, Wien-Köln-Weimar 2002, 375; Adam Wandruszka, 1918 - Eine Zeitenwende?, in: Karl Rudolf/Leopold Lentner (Hg.), Custos quid de nocte? Österreichisches Geistesleben seit der Jahrhundertwende. Michael Pfliegler zur Vollendung seines 70. Lebensjahres von Schülern und Freunden dargeboten, Wien 1961, 1-6.

27 Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, in: Heinrich Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954, 289-485, 411; Friedrich Heiss/A. Hillen Ziegfeld (Hg.), Bekenntnis zu Österreich, Berlin 1932.

28 Heiss/Hillen Ziegfeld, Bekenntnis, VII.

29 Ebd., IV.

30 Zu Friedrich Heiss und zur Mittelstelle siehe: Thomas Müller, Volk und Reich, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Unter Mitarbeit von Matthias Berg, München 2008, 700-704, 700.

31 Heiss/Hillen-Ziegfeld, Bekenntnis, IV; zur Kundgebung in Eisenstadt siehe: *Der freie Burgenländer. Unabhängige deutsche Zeitung für das Burgenland*, 7.8.1932, 3-4.

32 Müller, Volk, 702-703.

33 Hillen Ziegfeld war seit 1921 Mitglied der NSDAP, vgl. ebd., 701.

34 Es waren dies Anton Böhm, Franz H. Riedl, Theodor Veiter, Fritz Flor und Reinhold Lorenz; die restlichen Autoren waren Otto Brunner, Konrad Pfitzner und Emil Mika.

lässlich des bereits erwähnten Allgemeinen Deutschen Katholikentags 1933 in Wien herausgebracht wurde, wie auch des bekannten Sammelbandes „Österreich. Erbe und Sendung im deutschen Raum“ (1936), herausgegeben von dem Historiker Heinrich Srbik und dem katholisch-deutschnationalen Germanisten Josef Nadler.³⁵

Der Allgemeine Deutsche Katholikentag fand vom 7. bis 12. September 1933 in Wien statt und zeigte u. a., dass Mitglieder des Arbeitskreises innerhalb der Kirche an Einfluss gewonnen hatten. Als Koordinator des Programmausschusses stand Domkurat Karl Rudolf dem wichtigsten vorbereitenden Gremium des Katholikentages vor. Wie so oft, folgte er auch hier weitgehend den Vorstellungen Anton Böhm, der auf diese Weise zum „Vordenker“ des Katholikentages wurde und auch die Eröffnungsrede in der Karlskirche hielt.³⁶ Neben Böhm waren in diesem Ausschuss mit Wilhelm Wolf und Taras Borodajkewycz noch weitere Mitglieder des Volksdeutschen Arbeitskreises vertreten. Borodajkewycz bekleidete zudem die Funktion des Sekretärs des Katholikentagsbüros, gab den Führer des Katholikentages heraus und wurde u. a. dafür mit dem päpstlichen Ehrenkreuz „Pro Ecclesia et Pontifice“ ausgezeichnet.³⁷ Theodor Veiter fungierte als Schriftführer im Ausschuss für Organisation und Veranstaltungen, in der Mitgliedergruppe für die Jugend arbeitete er u. a. mit Walter Ternik und Josef Klaus zusammen. Franz H. Riedl wiederum war wie Borodajkewycz und Eugen Kogon im Ausschuss für Presse und Propaganda aktiv.³⁸

Die Katholikentagspublikation „Katholischer Glaube und Deutsches Volkstum in Österreich“ brachte der Arbeitskreis unter seinem eigenen Namen heraus. In seinem Schlusswort verortete er den „geschichtlichen Sinn“ des Katholikentages in der „Erweckung des Bewußtseins von der religiösen Bedeutung der Volksgemeinschaft“ und erblickte als Zweck des Katholikentages, „die deutsche Volksgemeinschaft über die Grenzen aller Staaten, in denen Deutsche siedeln, hinweg gleichsam in ihrer religiösen Bedeutung erscheinen zu lassen: als Gemeinschaft des Glaubens, des Opfern und Betens.“³⁹

35 Wandruszka, Struktur, 411-412.

36 Maximilian Liebmann, Die geistige Konzeption der österreichischen Katholikentage in der Ersten Republik, in: Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik. Auswahl der bei den Symposien in Wien vom 11. bis 13. November 1980 und am 27. und 28. Oktober 1982 gehaltenen Referate (Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, Bd. 10) 125-175, 145-146, 169.

37 Jiří Němec, Taras (von) Borodajkewycz (1902-1984). Zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus: der Versuch, das Unvereinbare zu verbinden, in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900-1945, Bd. 3, Wien-Köln-Weimar 2019, 527-605, 538.

38 Allgemeiner Deutscher Katholikentag Wien 1933, 7. bis 12. September, Wien 1934, 7-9.

39 Volksdeutscher Arbeitskreis österreichischer Katholiken (Hg.), Katholischer Glaube und Deutsches Volkstum in Österreich, Salzburg 1933, 304.

Hinwendung zur NSDAP

Eine Reihe von Mitgliedern des Volksdeutschen Arbeitskreises bemühte sich schon in den frühen 1930er-Jahren, Verbindungen zum Nationalsozialismus zu knüpfen. Der Obmann von Neuland, Anton Böhm, etwa schrieb unter dem Eindruck der Machtergreifung Adolf Hitlers in Deutschland unter seinem Pseudonym „n. m.“ in der Bundeszeitschrift, dass sich die Christlichsozialen um „neue Koalitions-genossen umsehen“ müssten, wenn sie weiterhin regieren wollten. Dort hieß es weiter: „Es werden nur die Nationalsozialisten sein können, der Weg nach links ist verrammelt.“⁴⁰ Das Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland rechtfertigte Böhm als „nationale(s) Notwehrrecht“, denn „[...] Die Juden sind, daran ändert keine noch so geistige Auffassung der Judenfrage etwas, ein Fremdvolk, das wegen der Verfluchung, unter der es bis zum Ende der Tage leiden wird, überall nur als Minderheit lebt.“⁴¹ Zwei Monate später trat Böhm der NSDAP bei, die Eröffnungsrede des Katholikentages hielt er bereits als (illegales) NS-Parteimitglied.⁴² Auch andere Mitglieder dieser Gruppe junger Katholisch-Deutschnationaler schlossen sich der NSDAP schon in der frühen illegalen Phase 1933/34 an: Fritz Flor (April 1934),⁴³ Theodor Veiter (1934),⁴⁴ Franz H. Riedl (18. Juni 1933),⁴⁵ Ernst Klebel (1. Juni 1933),⁴⁶ Taras Borodajkewycz (1934),⁴⁷ Franz Reder (9. Juni 1934)⁴⁸ und Walter Ternik (Anfang Juni 1934)⁴⁹. Eugen Kogon, der, wiewohl Sohn einer jüdischen Mutter, mit der NSDAP sympathisiert hatte, wandte sich hingegen damals von den Nationalsozialisten ab und engagierte sich fortan verstärkt in der katholischen NS-gegnerischen Zeitschrift *Der christliche Ständestaat*.⁵⁰

Die NS-Drift einer Reihe bekannter Mitglieder aus dem Umfeld Neulands blieb nicht unkommentiert. So forderten die Ostmärkischen Sturmsharen

40 Neuland, 1933, 88, zit. n. Seewann, Jugendbewegung, Bd. 2, 862.

41 Neuland, 1933, 108-109, zit. n. ebd., 862-863.

42 Personal-Fragebogen von Anton Böhm vom 24.5.1938. ÖStA/AdR, Zivilakten NS-Zeit, Gauakt 37.724, Böhm Anton.

43 Personal-Fragebogen von Fritz Flor vom 27.6.1938. ÖStA/AdR, Zivilakten NS-Zeit, Gauakt 15.608, Flor Fritz.

44 Behal, Kontinuitäten, 197.

45 Franz Hieronymus Riedl, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Hieronymus_Riedl (abgerufen 12.2.2022).

46 Wolfram Ziegler, Ernst Klebel (1896-1961). Facetten einer österreichischen Historikerkarriere, in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900-1945, Bd. 2, Wien-Köln-Weimar 2012, 489-522, 505; Gerhard Hartmann, HS Prof. Dr. Ernst Klebel, URL: <https://oecv.at/Biolex/Detail/41100001> (abgerufen 27.1.2022).

47 Némec, Borodajkewycz, 549 und 554.

48 Christian Reder, Deformierte Bürgerlichkeit, Wien 2016, 74.

49 Behal, Kontinuitäten, 194.

50 Eppel, Kreuz, 77.

Mitte 1935 von Neuland „ein offenes und ehrliches Abrücken von den ewigen Brückenbauversuchen und von den Beziehungen mit Kreisen um gewisse Wiener Zeitschriften und Professoren, die sich ihrer Sympathie für das Dritte Reich offen rühmen“. ⁵¹ Zumindest bei einem Teil der Neuländer konnte von Brücken bauen nicht mehr die Rede sein, da er bereits die Nationalsozialisten unterstützte. Fritz Flor etwa bemühte sich 1933 wiederholt um ein Abkommen des Heimatschutzes mit der NSDAP. Anfang 1934 wurde er mit dem niederösterreichischen Heimwehrführer Albrecht Alberti in der Wohnung des Wiener Gauleiters Alfred Eduard Frauenfeld verhaftet. Flor betätigte sich nach seiner Freilassung im illegalen NS-Nachrichtendienst als Mitarbeiter von Otto Gustav Wächter, Hermann Neubacher und Arthur Seyss-Inquart und gab nach dem Juliabkommen 1936 die *Alpenländische Korrespondenz* heraus, das damalige Sprachrohr Seyss-Inquarts. ⁵² Im Herbst 1937 flog in Wien ein von Flor geleitetes illegales „Pressbüro“ auf, das Drucksorten und Zeitungen für die verbotene NSDAP herstellte. ⁵³

Franz H. Riedl war Ausschussmitglied im Deutschen Schulverein Südmärk sowie Mitglied in der überparteilichen Anschlussorganisation Österreichisch-Deutscher Volksbund. Seit 1932 fungierte er als Leiter des Grenzlandamtes der deutschen Studentenschaft. Zum Zeitpunkt des Verbotes der NSDAP 1933 arbeitete er als Wiener Korrespondent der katholischen reichsdeutschen Tageszeitung *Germania* und wurde wegen regierungskritischer Schreibweise verhaftet. Nach seiner Freilassung war er kurz Schriftleiter der betont deutschnationalen *Wiener Neuesten Nachrichten* und wiederholt inhaftiert. Er flüchtete nach Budapest, wo er bis zum „Anschluss“ 1938 als Korrespondent mehrerer reichsdeutscher Zeitungen tätig war. Riedls Netzwerk, das auch von seiner Mitgliedschaft im Deutschen Klub profitierte, ⁵⁴ konnte sich sehen lassen: Unter den Gewährsleuten für seine Angaben bei der „Betreuungsstelle für Opfer der NS-Bewegung“ fanden sich neben seinen Freunden Anton Böhm und Walter Petwaidic, letzterer ab 1938 der starke Mann im österreichischen Pressewesen, auch Otto Gustav Wächter oder der enge Mitarbeiter Seyss-Inquarts, SS-Sturmbannführer Franz Hammerschmidt. ⁵⁵ Anton Böhm gelang es bis 1938, seine NSDAP-Mitgliedschaft zu verheimlichen. Während er als Mitglied der Vaterländischen Front „äußerlich den loyalen Österreicher spielte“, habe er sich bereits vor dem „Anschluss“ „weitgehend

51 Eppel, Kreuz, 309.

52 Personal-Fragebogen von Fritz Flor vom 27.6.1938. ÖStA/AdR, Zivilakten NS-Zeit, Gauakt 15.608, Flor Fritz; Wiltschegg, Heimwehr, 347; Koll, Flor, 320-322.

53 Illegales Preßbüro aufgedeckt, *Westböhmisches Tageszeitung. Pilsner Tagblatt*, 22.10.1937, 1.

54 Zum Deutschen Klub siehe: Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, *Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg*, Wien 2020.

55 Behal, Kontinuitäten, 203.

auf die Seite der katholischen Schleppträger Hitlers geschlagen“, merkte etwa der katholische Schriftsteller Alfred Missong, der Böhms seit ihren gemeinsamen Tagen beim CDSB kannte, nach dem Ende der NS-Herrschaft bitter an.⁵⁶ Laut Missong trug Böhms die Hauptverantwortung dafür, dass Neuland „schändlicherweise zu einer Schlüsselstellung des Nationalsozialismus im katholischen Bereich geworden“ sei.⁵⁷

In den Jahren der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur war Böhms in der katholischen Zeitschrift *Schönere Zukunft* (SZ) die rechte Hand des Herausgebers Joseph Eberle. Er fungierte als dessen Verbindungsmann nach NS-Deutschland, wo die Zeitschrift ihr Hauptpublikum hatte, aber aufgrund ihrer katholischen Ausrichtung immer wieder in Kritik geriet. Es war vor allem Böhms Verdienst, dass die SZ in Deutschland weiterhin erscheinen konnte. Böhms hielt sich immer wieder im „Altreich“ auf und knüpfte dort vor allem zum Pressedienst im Auswärtigen Amt in Berlin engere Kontakte. Auch zum Sonderbevollmächtigten Adolf Hitlers in Wien, zu Franz von Papen, unterhielt Böhms gute Beziehungen. Außerdem war er häufiger Gast in der Deutschen Gesandtschaft in Wien, wie übrigens auch seine Freunde vom Volksdeutschen Arbeitskreis, Wilhelm Wolf und Taras Borodajkewycz.⁵⁸

Mitte der 1930er-Jahre schlitterte der Bund Neuland in eine Krise. Konservative Geistliche hatten Neuland bei der römischen Kurie wegen Häresie und Ablehnung der kirchlichen Hierarchie denunziert. Kardinal Innitzer war im Februar 1936 durch eine Weisung der römischen Kurie gezwungen, den Bund aufzulösen, dachte aber nicht an eine dauerhafte Sistierung. Böhms und seine Mitstreiter gaben daraufhin dem Bund erstmals Statuten, gründeten diesen neu und gliederten ihn in die Katholische Aktion ein. Innitzer sah die kirchlichen Forderungen erfüllt und berief Böhms daraufhin nicht nur abermals zum Bundesführer von Neuland, sondern auch zum Diözesanführer der Katholischen Aktion für Wien.⁵⁹

Ungeachtet dieser Turbulenzen gelang dem Volksdeutschen Arbeitskreis mit dem 1936 publizierten Sammelband „Österreich. Erbe und Sendung im deutschen Raum“ ein großer Wurf.⁶⁰ Das Buch wurde zu einem Standard-

56 Missong, *Leben*, 29.

57 Ebd., 24.

58 Behal, *Kontinuitäten*, 109-115.

59 Ebd., 99-101; Seewann, *Jugendbewegung*, Bd. 2, 572-581.

60 Gernot Heiss, Im „Reich der Unbegreiflichkeiten“, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 7 (1996) 4, 455-478, 460 und 464; bei den Autoren des Bandes handelte es sich um folgende Wissenschaftler: Rudolf Egger, Hans Hirsch, Otto Brunner, Heinrich Kretschmayr, Paul Müller, Heinrich Srbik, Reinhold Lorenz, Ludwig Bittner, Edmund Glaise-Horstenau, Karl Braunias, Karl Lechner, Taras Borodajkewycz, Josef Nadler, Hans Sedlmayr, Leopold Nowak und Wilhelm Bauer.

werk der „gesamtdeutschen Geschichtsauffassung“ und in den Rezensionsjournalen NS-Deutschlands auch entsprechend gefeiert.⁶¹ Indem es den Zusammenschluss deutsch-österreichisch-habsburgischer und deutsch-preußischer Länder historisch legitimierte, lag es ganz auf der politischen Linie des Arbeitskreises. Der Band wurde auch in Österreich ein Bestseller und in regimeloyalen Kreisen zumeist lobend besprochen. Kritik gab es lediglich an einigen „allzu deutschtümeln[n]e[n] Passagen“ im Text des Neuländers Karl Lechner,⁶² der nach Ansicht des Rezensenten in der *Reichspost* auch besser auf „jede Polemik gegen die großösterreichische Betrachtungsweise der Probleme“ verzichtet hätte.⁶³ Wie der Katholikentagsband 1933 erschien auch dieses Buch beim Verlag Anton Pustet in Salzburg, der damals zur Grazer Styria-Gruppe zählte. Verlagsleiter bei Pustet war seit 1930 Otto Müller.⁶⁴

„Anschluss“ 1938 - am Höhepunkt

Beim „Anschluss“ 1938 spielten mehrere Mitglieder des Volksdeutschen Arbeitskreises für kurze Zeit ihre wohl wichtigste Rolle. Während Neuländer wie Felix Hurdes und später auch Lois Weinberger ins KZ kamen, machten andere - zumindest kurzfristig - Karriere. Der Neuland nahestehende Wilhelm Wolf wurde Außenminister, der Neuländer Fritz Flor rückte nach einiger Zeit auch offiziell in den Stab von Reichsstatthalter Seyss-Inquart auf.⁶⁵ Franz H. Riedl und Anton Böhm wurden nacheinander Regierungskommissare bei der Liquidierung des katholischen Herold-Verlages und der Ausrichtung christlichsozialen *Reichspost* auf die Ziele des Nationalsozialismus. Franz Reder organisierte als Parteibeauftragter der NSDAP die „Arisierung“ des Wiener Holzhandels,⁶⁶ Walter Ternik, 1937 noch Generalsekretär der Katholischen Arbeiterbewegung Österreichs,⁶⁷ liquidierte die Vaterländische Front und übertrug deren Vermögen ins Eigentum der NSDAP.⁶⁸

61 Karl G. Hugelmann, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte (1937) 438-439; W[ilhelm] Schüssler, in: Historische Zeitschrift (1938) 377.

62 Karl Lechner, Besiedlung und Volkstum der österreichischen Länder, in: Josef Nadler/Heinrich von Srbik (Hg.), Österreich. Erbe und Sendung im deutschen Raum, Salzburg-Leipzig 1936, 21-42.

63 Professor Dr. Johann Triebel, in: *Reichspost*, 28.6.1936, 19.

64 Murray G. Hall, Otto Müller Verlag (Salzburg-Innsbruck-Leipzig), URL: Otto Müller Verlag - Österreichische Verlagsgeschichte (murrayhall.com) (abgerufen 13.4.2022).

65 Wiltschegg, Heimwehr, 347; Koll, Flor, 326.

66 Reder, Bürgerlichkeit, 88 und 90-94.

67 *Mühlviertler Nachrichten*, 24.9.1937, 9.

68 Behal, Kontinuitäten, 241.

Das Logo der Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden verband das Kreuz mit dem Hakenkreuz. Es sollte die Versöhnung von katholischer Kirche und NS-Staat sowie die Durchdringung der Kirche mit „nationalsozialistischem Geist“ symbolisieren.

| Maximilian Liebmann, *Kardinal Innitzer und der Anschluss. Kirche und Nationalsozialismus in Österreich 1938*, Graz 1982, Cover.

Bild online nicht verfügbar.

Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden

Die zustimmende Erklärung der österreichischen Bischöfe zum „Anschluss“ im März 1938 war ganz im Sinne der Katholisch-Deutschnationalen. Der ersehnte „Ausgleich“ zwischen Kirche und Nationalsozialismus schien möglich. Als an der Erklärung u. a. vom Vatikan Kritik geübt wurde, wandte sich eine Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden (AGF) kurz vor der „Volksabstimmung“ des 10. April 1938 mit einem eindringlichen Schreiben an Kardinal Innitzer, um diesen in seinem Kurs zu bestärken.⁶⁹ Die Arbeitsgemeinschaft existierte bereits seit den frühen 1930er-Jahren und umfasste vor allem Geistliche der mittleren und niederen Hierarchiestufe, die an eine Vereinbarkeit von Katholizismus und Nationalsozialismus glaubten.⁷⁰ Das erwähnte Schreiben vom „Schmerzensfreitag“ (8. April) war von insgesamt 18 Personen, darunter acht Laien, unterzeichnet. Der Initiator Karl Pischtiak, Mitarbeiter des Wiener Gauleiters Josef Bürckel und illegaler Nationalsozialist, freute sich, dass er die Unterschriften „fast aller Persönlichkeiten“ erlangt hatte, „die beim Kardinal etwas gelten“.⁷¹ Unter den Laien befanden

69 Zur AGF siehe: Eva Maria Kaiser, *Hitlers Jünger und Gottes Hirten. Der Einsatz der katholischen Bischöfe Österreichs für ehemalige Nationalsozialisten nach 1945* (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, Bd. 63), Wien-Köln-Weimar 2017, 279-285.

70 Josef Lettl, *Die Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden 1938*, Dipl. Arb., Universität Linz 1981, 11

71 Pischtiak, *Tätigkeitsbericht*, 135, zit. n. Maximilian Liebmann, *Theodor Innitzer und der Anschluss. Österreichs Kirche 1938* (Grazer Beiträge zur Theologie-Geschichte und kirchlichen Zeit-Geschichte, Bd. 3), Graz-Wien-Köln 1988, 142.

sich mit Böhm, Riedl, Borodajkewycz und dem niederösterreichischen Landesarchivar Karl Lechner vier Mitglieder des Volksdeutschen Arbeitskreises.⁷² Das Papier stellte die „Aussöhnung“ des Katholizismus mit dem Nationalsozialismus als wichtigste Überlebensbedingung der Kirche im neuen Staat und Adolf Hitler als tiefgläubig und barmherzig dar. In dem Schreiben hieß es u. a.: „Die katholische Kirche hat sich in den vergangenen Jahren in Oesterreich weitgehend mit einem politischen Regime identifiziert, das unter der Flagge eines katholischen Regimes namenloses Leid über das Land gebracht hat. [...]. In dem Augenblick, da sich die Kirche gegen den neuen Staat stellt, wird in den Augen der Bevölkerung der zum Verräter, der die Partei der Kirche ergreift. [...] Mit mindestens demselben Recht, mit dem die französischen Katholiken sich mit der Regierung des Gottesleugners Leon Blum gut stellen dürfen, können wir österreichischen Katholiken einen tiefgläubigen Adolf Hitler unterstützen, der durch Taten christlicher Barmherzigkeit mehr Menschen mit Gott versöhnt hat, als in Frankreich mit Streik und Klassenhass dem Satan in die Hände getrieben werden!“⁷³

Nach der „Volksabstimmung“ entfaltete die AGF für einige Wochen umfangreichere Aktivitäten. Sie organisierte für Innitzer eine „Dankadresse“ aus den Reihen des Klerus, warb um neue Mitglieder und für ihre Idee, gleichzeitig „braver Katholik und guter Nationalsozialist“ sein zu können.⁷⁴ Für ihre Öffentlichkeitsarbeit bediente sich die Arbeitsgemeinschaft insbesondere der *Reichspost*, zu der sie durch Regierungskommissar Franz H. Riedl gute Kontakte hatte.⁷⁵ Als Riedl zuließ, dass eine offenbar gegen die AGF gerichtete Weisung Innitzers an den Diözesanklerus, sich jedweder politischer Betätigung zu enthalten, in der *Reichspost* erscheinen konnte,⁷⁶ bestellte Gauleiter Josef Bürckel Anton Böhm anstelle von Riedl zum Regierungskommissär der *Reichspost*.⁷⁷ Nicht zuletzt aufgrund des anhaltenden Drucks aus Rom beendeten die österreichischen Bischöfe Mitte August 1938 die Verhandlungen mit Bürckel, für die sich etwa auch Wilhelm Wolf, seit Jänner 1938 NSDAP-Mitglied, persönlich eingesetzt hatte.⁷⁸ Damit war auch das Schicksal der AGF

72 Die übrigen Laien waren das Ehepaar Graf Dubsky, der Philosophieprofessor Hans Eibl und der Dichter und Schriftsteller Friedrich Schreyvogel; Lettl, Arbeitsgemeinschaft, II.

73 Faksimile in Liebmann, Innitzer, 140-141. Sperrung im Original.

74 Mitteilungsblatt Nr. 2 der „Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden“, September 1938, zit. n. Nina Scholz/Heiko Heinisch, „... alles werden sich die Christen nicht gefallen lassen.“ Wiener Pfarren und die Juden in der Zwischenkriegszeit, Wien 2001, 100.

75 Lettl, Arbeitsgemeinschaft, 19.

76 *Reichspost*, 27.5.1938, 8.

77 Liebmann, Innitzer, 288-289, Fn. 374; Eppel, Kreuz, 51.

78 Liebmann, Innitzer, 161.

besiegelt. Ende September verboten die Bischöfe Geistlichen die Mitgliedschaft bei der AGF.⁷⁹

Der Sturm des erzbischöflichen Palais in Wien durch Hitler-Jugend und SA am 8. Oktober 1938 entzog allen Bemühungen um ein tragfähiges Arrangement zwischen NS-Staat und Kirche den Boden. Die Zeit der „Brückenbauer“ war vorüber; aus der Sicht des NS-Regimes hatten sie wohl ihre Schuldigkeit getan. Die führenden Männer des Volksdeutschen Arbeitskreises spielten im „Dritten Reich“ keine bedeutende Rolle mehr; im Gegenteil. Da sich die Fronten zwischen Kirche und NS-Staat weiter verhärtet hatten, wuchs in der NSDAP das Misstrauen gegen prononcierte Katholiken.⁸⁰ So wurde etwa die illegale Parteizugehörigkeit Theodor Veiters und Walter Terniks angezweifelt und schließlich nicht bestätigt. Als ehemalige Mitglieder des CV, durch ihre katholische Weltanschauung und ihre Kontakte zu führenden Vertretern des politischen Katholizismus schienen sie als Nationalsozialisten nicht tragbar.⁸¹ Auch Borodajkewycz, wiewohl als illegaler Nationalsozialist anerkannt (Beitritt 1934),⁸² war in NS-Parteikreisen nicht unumstritten. Zum einen stand er dem SS-Sicherheitsdienst um Walter Höttl nahe,⁸³ zum anderen war er 1943 vom Ausschluss aus der Partei bedroht, protestierte dagegen und blieb NSDAP Mitglied.⁸⁴ In politischen Gutachten wurde Borodajkewycz' „konfessionelle Bindung“ hervorgestrichen und dieser mit spürbarer Skepsis als einer der „bemerkenswertesten Vertreter der katholisch-nationalen Zwischenschicht“ betrachtet.⁸⁵ Über den Landesarchivar Karl Lechner liegen ähnliche widersprüchliche politische Beurteilungen vor.⁸⁶ Prälat Karl Rudolf war überhaupt in den Widerstand gewechselt; das ihm übertragene Seelsorgeinstitut am Wiener Stephansplatz habe nach Fritz Molden im Rahmen der Jugendseelsorge als „Widerstandszelle“ fungiert.⁸⁷ Anton Böhm und Franz H. Riedl genossen dagegen während der NS-Zeit weiterhin das Vertrauen der NSDAP.

79 Lettl, Arbeitsgemeinschaft, 58.

80 Wilhelm Wolf und Fritz Flor kamen 1939 bei Autounfällen ums Leben, deren Umstände in der Literatur vielfach als mysteriös oder geheimnisvoll bezeichnet wurden; vgl. etwa Weinzierl, Prüfstand, 73.

81 Behal, Kontinuitäten, 198; Beschluss des Gaugerichtes Wien der NSDAP vom 21.5.1940. ÖStA/AdR, Zivilakten NS-Zeit (Gauakten), Zl. 3365, Veiter Theodor.

82 Němec, Borodajkewycz, 554.

83 Höttl bezeichnete Borodajkewycz in einem Aktenvermerk vom 27.8.1941 als einen „der besten Mitarbeiter auf dem kirchlichen Sektor“, zit. n. ebd., 561.

84 Ebd., 565-566.

85 Ebd., 561-562.

86 Stefan Eminger/Ralph Andraschek-Holzer, Karl Lechner (1897-1975). Landeshistoriker zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus, in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900-1945, Bd. 2, Wien-Köln-Weimar 2012, 523-590, 550-551.

87 Molden, Fepolinski, 159.

Nach 1945

Nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft 1945 hatten die „Brückenbauer“ erheblichen Erklärungsbedarf. In der neu gegründeten ÖVP standen zunächst NS-Opfer und Mitglieder des ÖCV für eine strenge Linie in Sachen Entnazifizierung. Im ÖCV sorgte insbesondere Robert Krasser für eine unachgiebige Haltung. Exponierte „Brückenbauer“ wie Ernst Klebel, Taras Borodajkewycz, Karl Lechner oder Theodor Veiter wurden formell ausgeschlossen oder in den Verzeichnissen nicht mehr geführt.⁸⁸ Die katholische Kirche hielt sich mit öffentlichen Äußerungen zum Thema Bund Neuland und „Brückenbauer“ zurück. Intern aber schwelte der Konflikt aus der Zwischenkriegszeit weiter, verschärft durch Reibereien um die Federführung beim Neuaufbau der Katholischen Aktion. So bezeichnete etwa Monsignore Jakob Fried, ein leitender Vertreter des Verbandskatholizismus, den führenden Neuländer Anton Böhm in einem internen Schreiben als „Verräter“ und diesen wie auch andere einflussreiche Anhänger des Bundes als „ausgesprochene Schrittmacher des Nazismus“.⁸⁹ Fried, der viereinhalb Jahre in Gefängnissen des NS-Staates verbracht hatte und beim Wiederaufbau der katholischen Laienorganisation (Katholische Aktion) gegenüber Otto Mauer und Karl Rudolf ins Hintertreffen geraten war,⁹⁰ fällte 1949 ein vernichtendes Urteil über den Kreis um Karl Rudolf: „Dr. Rudolf und seine Anhänger sind ein Krebschaden für die Kirche“.⁹¹

Der 1949 wieder gegründete Bund Neuland, der mehrere Opfer des NS-Regimes in seinen Reihen hatte, zeigte sich mit jenen Neuländern solidarisch, die mit ebendiesem Regime kollaboriert hatten. „Die Liebe zu denen, die ‚un-treu‘ wurden, war stärker als der Ärger über sie - das Gemeinsame, vor allem aber das Religiöse entschied“, schrieb etwa Franz M. Kapfhammer dreißig Jahre später.⁹² Kapfhammers Schulfreund Anton Böhm,⁹³ der nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft 16 Monate lang im US-amerikanischen Internierungslager Glasenbach in Salzburg (Camp Marcus W. Orr) inhaftiert war, konnte sich bei seiner Entnazifizierung auf die Netzwerke von Neuland

88 Gerhard Hartmann, Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich, Kvelaer 2006, 343-346.

89 Stellungnahme von Jakob Fried vom 3.12.1946. Diözesanarchiv Wien, Bischofsakten Innitzer, Kassetten 15, Faszikel 7, Neuland, sowie Schreiben von Jakob Fried vom 25.4.1947. Diözesanarchiv Wien, Nachlass Jakob Fried; beides zit. n. Behal, Kontinuitäten, 102-103.

90 Gerhard Hartmann, KonsR. Präl. Domkap. Dr. Karl Rudolf, ÖCV, URL: ÖCV - KonsR. Präl. Domkap. Dr. Karl Rudolf (oecv.at) (abgerufen 13.4.2022).

91 Schreiben Jakob Fried vom 28.10.1949, 8. Diözesanarchiv Wien, NL Jakob Fried, zit. n. Behal, Kontinuitäten, 103.

92 Kapfhammer, Neuland, 169.

93 Ebd., 29.

verlassen. Der KZ-Häftling Lois Weinberger, Neuländer und nunmehr Vizebürgermeister von Wien, sowie die Neuland-Priester Karl Rudolf, Michael Pfliegler und Otto Mauer⁹⁴ stellten Böhm „Persilscheine“ aus.⁹⁵ Otto Mauer, in der NS-Zeit mehrmals verhaftet und mit Predigtverbot belegt,⁹⁶ sowie ein weiterer Neuländer, Otto Schulmeister, der spätere Chefredakteur der Tageszeitung *Die Presse*,⁹⁷ verschafften Böhm auch einen Verdienst. Sie holten diesen in die Redaktion der bedeutenden katholischen Kulturzeitschrift *Wort und Wahrheit*.⁹⁸ 1953 wechselte Böhm nach Deutschland zu der kämpferischen, konservativ-katholischen Zeitschrift *Rheinischer Merkur*, wo er sich durch seine politische Linie die Gunst Konrad Adenauers erwarb und 1963 zum Chefredakteur aufstieg.⁹⁹ Generell bekleideten eine ganze Reihe von Neuländern zumindest in den ersten Nachkriegsjahrzehnten einflussreiche Positionen in Politik und katholischer Kirche. So prägte Pfliegler, den Anton Böhm „im Format“ nur mit Ignaz Seipel vergleichbar sah, von seiner Wiener Lehrkanzel für Moral- und später Pastoraltheologie aus bis 1961 Generationen von jungen Priestern.¹⁰⁰ Karl Rudolf widmete sich insbesondere der Modernisierung der Seelsorge, vor allem in der Großstadt. Er blieb Leiter des 1931 von ihm gegründeten Seelsorgeinstituts des erzbischöflichen Ordinariates (nunmehr Pastoralamt), stand dem 1948 neu geschaffenen österreichweiten Seelsorgeinstitut vor und bestimmte den Kurs der Katholischen Aktion.¹⁰¹ Die glänzendste Karriere aber machte der ehemalige Neulandführer von Melk,¹⁰² Franz König (1905-2004), der 1956 als Nachfolger Innitzers zum Erzbischof von Wien und zwei Jahre später zum Kardinal aufstieg. In der Politik sind neben den genannten ÖVP-Gründungsmitgliedern Hurdes und Weinberger die Landespolitiker Hanns Koren (1906-1985) und Hans Lechner (1913-1994) sowie der Neuland nahestehende Bundeskanzler Josef Klaus (1964-1970) zu nennen. Der steiri-

94 Otto Mauer war dem Bund Neuland in der Zweiten Republik nicht mehr beigetreten, pflegte aber weiterhin Kontakte mit Neuländern; siehe dazu Richard Olechowski, Otto Mauer - Ein Leben für Humanität und Kunst, in: Michael Benedikt/Reinhold Knoll/Franz Schwediauer/Cornelius Zehetner (Hg.), *Verdrängter Humanismus - verzögerte Aufklärung*, Bd. VI: Philosophie in Österreich 1951 bis 2000. Auf der Suche nach authentischem Philosophieren, Wien 2010, 680-711, 687.

95 Behal, *Kontinuitäten*, 316-317, 323.

96 Bernhard A. Böhler, *Monsignore Otto Mauer. Ein Leben für Kirche und Kunst*, Wien 2003, 38-47.

97 Otto Schulmeister, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Schulmeister (abgerufen 12.2.2022).

98 Behal, *Kontinuitäten*, 324.

99 Ebd., 329-330.

100 Anton Böhm 1971 über Pfliegler, zit. n. Kapfhammer, *Neuland*, 1987, 219-220.

101 Johann Weißensteiner, Prälat Karl Rudolf. Ein Stürmer und Dränger in der Kirche, in: Jan Mikrut (Hg.), *Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs*, Bd. 4, Wien 2002, 261-325.

102 Prof. Dr. Franz Hieronymus Riedl, in: *Volkstum zwischen Moldau, Etsch und Donau. Festschrift für Franz Hieronymus Riedl* (Ethnos, Schriftenreihe der Forschungsstelle für Nationalitäten- und Sprachenfragen, Bd. 10), Wien-Stuttgart 1971, 1-22, 4; Seewann, *Jugendbewegung*, Bd. 1, 264.

sche Volkskundler und Kulturpolitiker Koren, der 1970 das Avantgarde-Festival „Steirischer Herbst“ gegründet hat, arbeitete in den 1930ern als Lektor beim erwähnten Anton Pustet-Verlag in Salzburg, war nach 1945 führend am Aufbau der Katholischen Aktion in der Steiermark beteiligt und wurde dort Kulturlandesrat, Landeshauptmannstellvertreter und Landtagspräsident.¹⁰³ Koren war seit den 1930ern mit dem späteren Salzburger Landeshauptmann Hans Lechner bekannt, der wiederum seit seiner Zeit als Studentenvertreter in Wien in den frühen 1930er-Jahren mit Josef Klaus in Kontakt war. In der Zweiten Republik holte ihn Klaus in die Salzburger Landesverwaltung, wo Lechner zum Landesrat und bald darauf zum Landeshauptmann aufstieg.¹⁰⁴

Eine Auseinandersetzung der jüngeren Generation der Katholisch-Deutschnationalen mit der Verstrickung in die NS-Verbrechen fand nicht oder nur sehr oberflächlich statt. Während Böhm Ende der 1950er-Jahre alle Verantwortung „Hitler, Himmler und den anderen Verbrechern an der Spitze“ zuwies und sich als Teil der „gutgläubigen Gefolgschaft“ betrachtete, die den Nationalsozialismus „als Vehikel zur Herstellung der deutschen Einheit betrachtet habe,¹⁰⁵ setzte sich sein Freund Franz H. Riedl nach Südtirol ab und betätigte sich als Fluchthelfer für behördlich gesuchte NS-Täter. Riedl wurde ein wichtiges Glied der viel zitierten „Rattenlinie“.¹⁰⁶ Seit 1948 bei der katholisch-konservativen Südtiroler Zeitung „Dolomiten“ beschäftigt, stellte er die Kontakte der flüchtigen Nationalsozialisten zu Bischof Alois Hudal in Rom und zu weiteren kirchlichen Kreisen in Österreich und Italien her.¹⁰⁷ Ein prominenter Schützling von Riedl war etwa der SS-Sturmbannführer Otto Gustav Wächter, den Riedl schon aus dem Deutschen Klub in Wien kannte.¹⁰⁸ Riedl wurde 1961 aus Italien ausgewiesen, weil er sich in der Zeitung „Dolomiten“ NS-freundlich geäußert hatte.¹⁰⁹

103 Gerhard Hartmann, LHStv. LT-Präs. Abg. z. NR Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren, ÖCV, URL: ÖCV - LHStv. LT-Präs. Abg. z. NR Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren (oecv.at) (abgerufen 13.4.2022).

104 Alexander Pinwinkler, Dipl.-Ing. DDR. Hans Lechner, in: Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus. Biografische Recherchen zu NS-belasteten Straßennamen, URL: Stadt Salzburg - Dipl.-Ing. DDR. Hans Lechner (stadt-salzburg.at) (abgerufen 13.4.2022); Johann Kolmbauer, Altlandeshauptmann Dipl.-Ing. DDR. Hans Lechner und der Bund „Neuland“, in: Salzburg. Geschichte und Politik 3 (1993) 7-18.

105 Schreiben Anton Böhm an Ernst Klebel vom 4.11.1958. NÖ Landesarchiv, Nachlass Klebel Ernst, Signatur K N092.

106 Als „Rattenlinien“ (englisch rat lines) bezeichnete der US-amerikanische Geheimdienst nach dem Zweiten Weltkrieg die Fluchtrouten gesuchter NS-Verbrecher.

107 Gerald Steinacher, Nazis auf der Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee kamen (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 26), Innsbruck-Wien-Bozen 2008, 260-264.

108 Philippe Sands, Die Rattenlinie. Ein Nazi auf der Flucht. Lügen, Liebe und die Suche nach der Wahrheit, Frankfurt/Main 2020, 291-292.

109 Behal, Kontinuitäten, 363-364.

Als politisch weiterhin aktiv erwies sich nach 1945 Taras Borodajkewycz. Auch er konnte sich zunächst auf „kirchliche Kreise“ verlassen, die sich, wie er selbst sagte, „sehr für ihn einsetzen“¹¹⁰. Gemeinsam mit Anton Böhm kam er vorerst bei Otto Müller, dem Verleger von Publikationen des seinerzeitigen Volksdeutschen Arbeitskreises, als Lektor in Salzburg unter.¹¹¹ Sein Anliegen war weiterhin die Verständigung von Nationalsozialisten und katholisch-konservativen Politikern. 1949 war er einer der Teilnehmer der „geheimen“ Gespräche zwischen Nationalsozialisten und ÖVP-Politikern in Oberweis,¹¹² 1954 kandidierte er für den Wiener VdU.¹¹³ Seit den 1950er-Jahren war er Teil des sogenannten Ennstaler Kreises,¹¹⁴ einer „Runde“, wie er selbst sagte, „von 80 % ehemaligen Nazis und Nationalen und 20 % vernünftigen und deutschbewussten ÖVPlern, denn auch solche gibt es“¹¹⁵. Sein Freund aus Neuland-Tagen, Franz H. Riedl, nahm dort ebenfalls teil.¹¹⁶ Die beiden hatten auch gute Beziehungen zum Neuen Klub, der Nachfolgeorganisation des einflussreichen Deutschen Klubs der Zwischenkriegszeit. Borodajkewycz wurde Vizepräsident und Ehrenmitglied,¹¹⁷ Riedl trat dort mit Vorträgen in Erscheinung,¹¹⁸ und Anton Böhm, in den 1950ern aufgefordert dort zu sprechen, bekundete damals zumindest die feste Absicht, das auch zu tun.¹¹⁹ 1955 gelang Borodajkewycz ein Karrieresprung: Die ÖVP-Spitzenpolitiker Reinhard Kamitz und Heinrich Drimmel verhalfen ihm zu einer Professur an der Hochschule für Welthandel. Borodajkewycz machte dort u. a. durch antisemitische Äußerungen von sich reden und wurde nach dem bekannten Skandal Mitte der 1960er-Jahre pensioniert.¹²⁰

110 Schreiben von Taras Borodajkewycz an Ernst Klebel vom 9.4.1946. NÖ Landesarchiv, Nachlass Klebel Ernst, Signatur K N092.

111 Behal, Kontinuitäten, 318.

112 Unter den Teilnehmern in Oberweis befand sich übrigens auch Friedrich Heiss, der Herausgeber und Verleger des vom Arbeitskreis volksdeutscher Katholiken initiierten Buches „Bekenntnis zu Österreich“; Margit Reiter, *Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ*, Göttingen 2019, 98.

113 Ebd., 97-99, 101.

114 Ebd., 97-99, 101, 264 und 311.

115 Schreiben von Taras Borodajkewycz an Ernst Klebel vom 7.12.1954. NÖ Landesarchiv, Nachlass Klebel Ernst, Signatur K N092.

116 Ebd.

117 Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*, 233.

118 Prof. Dr. Franz Hieronymus Riedl, in: *Volkstum zwischen Moldau, Etsch und Donau. Festschrift für Franz Hieronymus Riedl* (Ethnos, Schriftenreihe der Forschungsstelle für Nationalitäten- und Sprachenfragen, Bd. 10), Wien-Stuttgart 1971, 1-22, 21.

119 NÖ Landesarchiv, Nachlass Ernst Klebel, Signatur K N092, Schreiben Anton Böhm an Ernst Klebel vom 8.5.1958.

120 Němec, *Borodajkewycz*, 596-599.

Resümee

Die jüngere Generation der Katholisch-Deutschnationalen entwickelte eine beachtliche Bandbreite an Aktivitäten für den „Anschluss“. Klaus Breuning sieht in ihnen „die eigentlichen Aktivisten“ der Katholisch-Deutschnationalen.¹²¹ In den frühen 1930er-Jahren dominierten sie den Bund Neuland und die katholisch-deutsche Hochschülerschaft. Am Allgemeinen deutschen Katholikentag wirkten sie an führender Stelle mit, in auflagenstarken Zeitungen und Buchprojekten propagierten sie gemeinsam mit der älteren Generation an Prominenten ihr ständisch-antiparlamentarisch-gesamtdeutsches Programm. Mit der Ersten Republik konnten sie sich nie anfreunden. Der Traum von einem Sacrum Imperium, einem am Heiligen Römischen Reich deutscher Nation orientierten und von Deutschen geführten Mittel- und Südosteuropa machte den expansiven Nationalsozialismus attraktiv. Geteilt wurden auch der Antisemitismus und die Vorstellung einer engen Verbindung zwischen Führer und Gefolgschaft in einer deutschen Volksgemeinschaft. Die Fixierung auf ein „geeintes Deutschland“ war bisweilen stärker als die Loyalität zur katholischen Kirche, die fest hinter dem österreichischen Regime stand und aus deren Publizistik deutliche Warnungen vor dem Nationalsozialismus kamen. Das Juliabkommen 1936 und der Schwenk der österreichischen Bischöfe durch die „Anschluss“-Erklärung vom März 1938 schienen den Katholisch-Deutschnationalen recht zu geben. Manche von ihnen stellten sich in den Dienst der Nazifizierung kirchennaher oder „ständestaatlicher“ Einrichtungen und engagierten sich in einer dubiosen „Ausgleichs“-Vereinigung. Im ÖCV, der zur Trägerschicht des politischen Katholizismus und der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur zählte, blieben die Katholisch-Deutschnationalen insbesondere seit der NS-Machtergreifung in Deutschland und endgültig seit dem „Anschluss“ 1938 trotz mancher ideologischen Überschneidungen in der Minderheit.

Die Erfahrung des NS-Staates spaltete auch Neuland in Opfer und Täter. Anders als im ÖCV tat das der Loyalität im Bund Neuland nach 1945 keinen Abbruch. Ebenso wie die katholische Kirche insgesamt war der Bund um rasche Integration der ehemaligen Nationalsozialisten bemüht.

Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle im Nationalsozialismus kam es bei den meisten Katholisch-Deutschnationalen nicht. Aktivisten wie Franz H. Riedl oder Taras Borodajkewycz blieben ihren Überzeugungen treu und agitierten gegen die sogenannten „45er“ in der neu gegründeten ÖVP. Insbesondere nach der Ablöse Leopold Figls als Bundeskanzler (1953) und nach dem Abzug der Alliierten aus Österreich fanden sie

121 Klaus Breuning, *Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929-1934)*, München 1969, 256.

dafür eine Zeit lang günstige politische Rahmenbedingungen vor. Borodajkewycz erhielt eine Hochschulprofessur, der NS-Flüchtlingshelfer Riedl dissertierte 1951 an der Universität Innsbruck. 1966 wurde ihm der Titel Professor verliehen, 1968 wurde er u. a. wegen seiner Verdienste „um die kulturelle Förderung Südtirols“ in das Ehrenbuch der Universität Innsbruck eingetragen; zusätzlich erhielt er von der Universität das Ehrenzeichen „Excellenti in Litteris“.¹²² Theodor Veiter wurde 1972 mit dem Großen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet.¹²³

122 Franz Hieronymus Riedl, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Hieronymus_Riedl (abgerufen 12.2.2022).

123 Gerhard Hartmann, Dr. Theodor Veiter, URL: <https://oecv.at/Biolex/Detail/13209501> (abgerufen 12.2.2022).

Robert Obermair

Oswald Menghin

Eine Karriere im Zentrum schwarz-brauner Beziehungsgeflechte

Oswald Menghin, der als Professor für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Wien eine zentrale Rolle im österreichischen Wissenschaftsraum der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einnahm, wird in der Forschungsliteratur immer wieder als ein Paradebeispiel der katholisch-nationalen „Brückenbauer“¹, also jener Personengruppe, die eine Annäherung zwischen katholisch-konservativer und deutschnationaler/nationalsozialistischer Seite anstrebte bzw. zu erleichtern versuchte, genannt. In dieser Rolle war er aktiv in die Vorbereitung des „Anschlusses“ involviert - ein Engagement, das schließlich in seiner Übernahme des Unterrichtsministeriums im Frühjahr 1938 gipfelte. Der vorliegende Beitrag analysiert die Verstrickung des Prähistorikers in antisemitische und politische Netzwerke der Zwischenkriegszeit und nimmt Kontinuitäten dieser alten Verbindungen über die vermeintlichen Zäsuren der Jahre 1933, 1938 und 1945 hinweg in den Blick. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den eng miteinander verflochtenen Sphären Wissenschaft und Politik. Dabei soll sowohl der Frage nachgegangen werden, wie Menghin sich in der Zwischenkriegszeit - beginnend mit einem Engagement für ein „deutsches Südtirol“ - politisch zunehmend radikalisierte und wie er wiederum bereits lange vor 1938 dazu beitrug, antidemokratische und antisemitische Ideen gesellschaftsfähig zu machen.

Frühe Sozialisation

1888 in Meran/Merano geboren, wuchs Oswald Menghin in einer Grenzlandregion auf, deren Gesellschaft - neben der alles dominierenden Frage nach einer italienischen oder „deutschen“ Identität - von katholischen, konservativen und immer wieder auch antisemitischen Einstellungen geprägt war.² Mit dem Historiker Laurence Cole kann festgestellt werden, dass die pat-

1 Siehe zum Beispiel John Haag, *Triumph and Neglect: Austrian Hochschulen and the Anschluss*, in: William Edward Wright (Hg.), *Austria, 1938-1988. Anschluss and fifty years (Studies in Austrian literature, culture, and thought)*, Riverside, CA 1995, 135-166, 148.

2 Vgl. Sabine Mayr, *Von Heinrich Heine bis David Vogel. Das andere Meran aus jüdischer Perspektive*, Innsbruck 2019, 32.

riotisch-konservative Interpretation einer „Deuschtiroler“ Identität bereits im 19. Jahrhundert mit antisemitischen Vorurteilen verknüpft war.³ Dieser Kampf um eine „Deuschtiroler“ Identität war Teil der politisch dominierenden Frage des Grenzstatus Südtirols, der für die weitere politische Entwicklung Menghins entscheidend werden sollte.

Besonders prägend dürfte in dieser Phase der Einfluss seines Vaters Alois Menghin gewesen sein, der es aus ärmlichen bäuerlichen Verhältnissen bis zum Tiroler Landesschulrat gebracht hatte.⁴ Alois Menghin nahm als Pädagoge in Meran nicht nur im schulischen Feld eine dominierende Stellung ein, sondern war auch politisch bestens vernetzt, sei es als Teil des Konservativen Bürgerklubs Meran,⁵ als Gemeinderatsmitglied⁶ oder auch als Mitglied der Ortsgruppe des Heimatschutz.⁷ Besonders Letzteres lässt bereits sein Engagement für ein „deutsches Tirol“ vermuten, sah sich der Heimatschutz doch als „deutschnationaler Schutzverein“.⁸ Als umtriebiger Schulbuch- und Sachbuchautor konnte Alois Menghin derartigen politischen Ideen eine große Reichweite verschaffen. Der tiefgläubige Katholik, der sich selbst als Südtirols führender Vertreter des Antimodernismus verstand,⁹ focht einen lebenslangen Kampf gegen Materialismus, Liberalismus und Sozialismus¹⁰ - Ideen, die sein heranwachsender Sohn begierig aufgriff und die diesen bis an dessen eigenes Lebensende prägen sollten. Quer durch das Lebenswerk Alois Menghins zieht sich zudem eine kontinuierliche Überbetonung einer „patriotischen Heimatliebe“. Seinen erzieherischen Anspruch als Pädagoge nie verleugnend, war er der Ansicht, dass es zentrale Aufgabe seiner Generation sei, in jüngeren Generationen patriotische Gefühle zu erwecken.¹¹ Gemeint war hier

3 Vgl. Laurence Cole „Für Gott, Kaiser und Vaterland“. Nationale Identität der deutschsprachigen Bevölkerung Tirols 1860-1914 (Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 28), Frankfurt/Main-New York 2000, 196.

4 Vgl. Drahtnachrichten, *Innsbrucker Nachrichten*, 28.9.1910, 8.

5 Vgl. Aus Stadt und Land, *Innsbrucker Nachrichten*, 26.10.1908, 4.

6 Vgl. Aus Stadt und Land, *Innsbrucker Nachrichten*, 23.5.1908, 6.

7 Vgl. Vereinsnachrichten, *Neuigkeits-Welt-Blatt*, 27.10.1908, 10.

8 Siehe: Davide Zaffi, Die deutschen nationalen Schutzvereine in Tirol und im Küstenland, in: Angelo Ara/Eberhard Kolb (Hg.), Grenzregionen im Zeitalter der Nationalismen. Elsaß-Lothringen/Trient-Triest, 1870-1914 (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient 12), Berlin 1998, 257-284 in diesem Zusammenhang.

9 Vgl. Richard S. Geehr, Oswald Menghin, ein Vertreter der katholischen Nationalen, in: Isabella Ackerl/Rudolf Neck (Hg.), Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik (Veröffentlichungen/Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich 10), Wien 1986, 9-24, 13.

10 Vgl. Alois Menghin, Gestalten und Bilder vom Ersten katholischen Lehrertage in Meran, in: Im Zeichen des Kreuzes oder der Loge. Die Lehrertage in Meran und Brünn, Wien 1898, 5-42, 20.

11 Vgl. Alois Menghin, Fürst und Vaterland! Ein Jahr aus dem Leben eines Habsburgers in Tirol. Eine geschichtliche Erzählung für die Jugend und das Volk, Freiburg 1900.

im Sinne Menghins vor allem ein tirolerischer bzw. deutscher Patriotismus; positive Bezugnahmen auf „Österreich“ finden sich - mit Ausnahme seiner Verehrung für das Haus Habsburg - in seinen Publikationen so gut wie nicht. Dies ergab sich wohl nicht zuletzt daraus, dass Menghin seine Heimatregion als Grenzlanddeutschtum interpretierte und sich konstant bemüht sah, zu zeigen „wie tief das deutsche Element in dem Volke an der Grenze deutschen Wesens wurzelt“¹². Besonders deutlich wird dies in der in seinen Publikationen immer wiederkehrenden Verehrung Andreas Hofers und der „blutgetränkten Tiroler Heldenkämpfe“ von 1809,¹³ deren Geist das „deutsche Volk“ schlussendlich zum Sieg über Napoleon erweckt habe.¹⁴ Gerade dieser letzte Gedanke, der später auch für seinen Sohn nicht unwichtig sein sollte, kann als paradigmatisch für das Selbstverständnis des Milieus gelten, in dem Menghin verwurzelt war: Seit 1848 wurden die Ereignisse von 1809 immer mehr als antiitalienischer, katholischer und deutschnationaler Freiheitskampf gewertet.¹⁵

Im Lichte dieser zu jener Zeit in der Region um Meran dominierenden Themen und Ideen kann angenommen werden, dass der junge Oswald Menghin nicht nur im familiären und privaten Umfeld mit derartigen Einstellungen und Überzeugungen in Berührung kam, sondern auch im Laufe seiner schulischen Ausbildung, die ihn nach dem Besuch der lokalen Volksschule an das Gymnasium seiner Heimatstadt führte.¹⁶ 1906 verließ er die Schule mit Auszeichnung in Richtung Wien.¹⁷

Erste Netzwerke in Wien

Unmittelbar nach dem „Anschluss“ 1938 erklärte Menghin rückblickend, dass er die Universität Wien als Student zunächst nur als Lehreinrichtung wahrnahm, an der er die von seinen Eltern und der Schule in Meran erhaltene Ausbildung verfeinern konnte. Sein Weltbild sei in anderen Kreisen als der Universität geprägt worden. Menghins Verbindungen zur Bauernschaft hätten

12 Alois Menghin, *Mythen, Sagen, Legenden und Schwänke, Sitten und Gebräuche, Meinungen, Sprüche, Redensarten etc. des Volkes an der deutschen Sprachgrenze*, Meran 1884, 6.

13 Zum Beispiel Alois Menghin, Blasius Trogmann, ein Erinnerungsblatt für die Tiroler Heldengalerie, o. O. 1908, 9.

14 Vgl. Alois Menghin, Andreas Hofer und das Jahr 1809. Ein Geschichtsbild für Jugend und Volk, Graz 1909, 177.

15 Vgl. Rolf Petri, Nordschleswig und Südtirol. „Heimat“ im Kontext multipler Identitäten (1815-1945), in: Michael G. Müller/Rolf Petri (Hg.), *Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen* (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 16), Marburg 2002, 161-197, 163-164.

16 Vgl. Menghin, *Curriculum Vitae*, 1913. Österreichisches Staatsarchiv (ÖSTA), Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), U-Allg., PA Menghin (Ktn. 674).

17 Vgl. Maturitätsprüfung am k. k. Obergymnasium in Meran, *Bozner Nachrichten*, 3.7.1906, 5.

ihn zu einem starken Antagonismus gegen den universitären „liberalistischen Geist“ gezwungen.¹⁸ Und in der Tat fand der junge Student der (u. a.) prähistorischen Archäologie in Wien rasch Zugang zu Netzwerken, die weltanschaulich seiner frühen Sozialisation entsprachen. Diese konzentrierten sich zwar teilweise auf die Universität Wien selbst, aber reichten auch deutlich darüber hinaus. Grob eingeteilt könnte man diese Netzwerke einem Tiroler Milieu in Wien bzw. einem katholisch-konservativen Milieu zuordnen, wobei zwischen beiden Sphären deutliche Überschneidungen sowohl personeller, aber auch weltanschaulicher Natur bestanden.

Mit den (Süd-)Tiroler Kreisen in Wien war Menghin in erster Linie zunächst über lose Freundeskreise und Stammtische, aber auch durch gemeinsame Veranstaltungen verbunden,¹⁹ später allerdings auch in organisierter Form, wie etwa mit dem Andreas-Hoferbund für Tirol.²⁰ In vielfältiger Weise finden sich gerade in diesem Verhältnis zur Tiroler „Community“ in Wien Parallelen zur frühen Sozialisation in seiner Heimat, die auch im kulturellen Bereich immer wieder deutlich sichtbar werden – so beispielsweise, als Menghin 1909 Teil einer von „Die deutsche Heimat“ organisierten Produktion des Theaterstücks „Andreas Hofer“ in Wien war.²¹

Bald nach seiner Ankunft in Wien fand Menghin zudem Anschluss an die Leo-Gesellschaft,²² die das Ziel hatte, Wissenschaft, Kunst und Kultur auf katholische Weise zu pflegen und katholische Gelehrte in Österreich zu vereinen.²³ In der Überzeugung, Teil eines „geistigen Kampfes“ zu sein, beabsichtigte die Leo-Gesellschaft, die „materialistisch-positivistische Weltanschauung“, deren weitgehende Verbreitung sie sowohl an Universitäten als auch im öffentlichen Leben vermutete, zu überwinden.²⁴ In Hinblick auf die grundlegenden Überzeugungen, die Oswald Menghin bereits nach Wien mitgebracht hatte, ist es wenig überraschend, dass er der Leo-Gesellschaft über viele Jahre eng verbunden blieb.

Erste Impulse für eine spätere Radikalisierung erhielt er hingegen bald im Umfeld des einflussreichen Konservativen, Schriftstellers und Kulturphilosophen Richard von Kralik, zu dem sein Vater Alois Menghin 1908 den Kontakt herstellte. Kralik strebte eine Restauration deutscher Kultur aus „Volkstum“

18 Vgl. Menghin, Erlebnis eines Österreicherers, Kölnische Zeitung, 16.3.1938.

19 Vgl. Josef Weingartner, Oswald Menghin zum 60. Geburtstag, in: Der Schlern 22 (1948) 4, 122-123.

20 Vgl. *Bozner Nachrichten*, 23.10.1919, 5.

21 Vgl. Theater und Musik, *Innsbrucker Nachrichten*, 8.6.1910, 8.

22 Vgl. Gelehrter von Weltruf aus Meran, Dolomiten, 27./28.4.1968, 12.

23 Vgl. Janek Wasserman, *Black Vienna. The Radical Right in the Red City, 1918-1938*, Ithaka-London 2014, 20.

24 Siehe dazu die programmatische Schrift Franz M. Schindler, *Die Leo-Gesellschaft 1891-1901*, Wien 1902.

und Katholizismus an.²⁵ Bereits ein erster Blick auf jene Veröffentlichungen, in denen Menghin auf Kralik Bezug nimmt, verdeutlicht, wie sehr er den Mann verehrte. Besonders begeistert war Menghin davon, dass Kralik „eine Weltanschauung“ besaß, wie er es ausdrückte.²⁶ Menghin war nicht allein: Kralik beeinflusste eine Reihe junger Männer, darunter den Juristen und späteren Universitätsprofessor Karl Gottfried Hugelmann, Hans Eibl, später Professor für Philosophie und Wilhelm Wolf, Historiker und Politiker, der im Zuge des „Anschlusses“ Außenminister werden sollte.²⁷ Im katholisch-konservativen Milieu sind in Menghins ersten Jahren in Wien zudem seine umtriebigen Aktivitäten in diversen CV-Studentenverbindungen nicht zu unterschätzen. Schon wenige Wochen nach seiner Ankunft in der Hauptstadt wurde er Mitglied der Rudolfina Wien.²⁸ Die zu diesem Zeitpunkt erst wenige Jahre bestehende Verbindung sah sich als militante Speerspitze in den heftigen (auch physischen) Auseinandersetzungen mit deutschnationalen Studentenverbindungen.²⁹ Spätestens mit Ende des Ersten Weltkriegs kam es jedoch zu einer Annäherung zwischen den ehemals verfeindeten Verbindungen³⁰ - eine Entwicklung, die nicht zuletzt von der geteilten Idee einer „großdeutschen Gemeinschaft“ geprägt war, denn auch ein Großteil der katholisch-konservativen Verbindungen befürwortete nach Kriegsende den Anschluss an Deutschland.³¹

Menghin selbst hatte zu dieser Zeit seine „Aktivenzeit“ in den CV-Verbindungen bereits hinter sich gebracht (auch wenn er den Verbindungen noch bis 1938 nahestehen sollte) und sich 1913 für Urgeschichte des Menschen habilitierte.³² 1918 wurde er zum außerordentlichen Professor für prähistorische Archäologie an der Universität Wien ernannt.³³ Im Laufe seiner ersten

25 Vgl. Otto H. Urban, Oswald Menghin. Professor für Urgeschichte, Unterrichtsminister 1938, in: Mitchell G. Ash/Josef Ehmer (Hg.), Universität - Politik - Gesellschaft (650 Jahre Universität Wien - Aufbruch ins neue Jahrhundert 2), Göttingen 2015, 299-304, 302.

26 Richard v. Kralik, Gesammelte Werke, Burggräfler, 12.3.1910, Beilage.

27 Vgl. Peter Broucek, Katholisch-Nationale Persönlichkeiten, in: Wiener Katholische Akademie Miscellanea 62 (1979), 1-15, 4.

28 Vgl. Menghin, Fragebogen, Birgitz, 21.9.1938. Universitätsarchiv Wien (UAW), PA Menghin, PH PA 2617/161.

29 Vgl. Robert Jiresch, Geschichte der katholisch-österreichischen Studentenverbindung „Rudolfina“, Wien 1933, 22-23.

30 Vgl. Erika Weinzierl, Hochschulleben und Hochschulpolitik zwischen den Kriegen, in: Norbert Leser (Hg.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit (Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1), Wien 1981, 72-85, 73.

31 Vgl. Gerhard Popp, CV in Österreich. 1864-1938; Organisation, Binnenstruktur und politische Funktion (Schriften des Karl von Vogelsang-Institutes 2), Wien 1984, 281.

32 Vgl. Dekan der philosophischen Fakultät der Universität Wien an das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht, Wien, 2.5.1913. UAW, PA Menghin, PH PA 2617/161.

33 Vgl. k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht, GZ 25.396, Wien, 19.7.1918. ÖSTA, AVA, U-Allg., PA Menghin (Ktn. 674).

beiden Jahrzehnte in Wien knüpfte er neben den bereits erwähnten auch im wissenschaftlichen Feld immer breitere Netzwerke; zum Beispiel im Umfeld der Anthropologischen Gesellschaft³⁴ in Wien und der Wiener Prähistorischen Gesellschaft³⁵.

*Die „Tiroler Volksabstimmung“ als markanter Marker
im Radikalisierungsprozess*

Zu Beginn der Ersten Republik nahm Menghin im akademischen Feld als junger - seit 1922 ordentlicher³⁶ - Professor mit besten Verbindungen im wissenschaftlichen Bereich, aber auch darüber hinaus, eine zunehmend einflussreiche Stellung ein.³⁷ Diese beruflich abgesicherte Position ermöglichte es ihm, sich öffentlich politisch zu exponieren. Wie sein Vater verstand Oswald Menghin seine Herkunftsregion Zeit seines Lebens als Deutschsüdtirol.³⁸ Als die Region mit dem Vertrag von Saint-Germain-en-Laye 1919 endgültig Italien zugeschlagen wurde, sah Menghin den Zeitpunkt gekommen, sich öffentlich zu deklarieren. Zunächst versuchte er in Zeitungsartikeln im In- und Ausland auf Basis historischer und ethnographischer Daten zu beweisen, dass die Region „deutsch“ und nicht italienisch sei.³⁹ 1919 unterzeichnete er die Leitsätze des Volksaufklärungsbunds deutscher Föderalisten für ein einiges freies Deutschland wahrhaft gleichberechtigter Bundesstaaten mit Anschluß der Deutschösterreicher an das Reich.⁴⁰ Im selben Jahr war er in die Vorbereitungen einer Wiener Dependence des bereits erwähnten Andreas-Hoferbunds für Tirol involviert, einer Organisation mit dem Ziel der „Befreiung“ der „Brüder“ südlich des Brenners.⁴¹

34 Vgl. Angelika Heinrich, Sammlungsleiter und Direktoren: von der Anthropologisch-ethnographischen Abtheilung zur Prähistorischen Abteilung des Naturhistorischen Museums Wien (1876-2000), in: Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien 139 (2009), 51-61, 55.

35 Vgl. Oswald Menghin/Georg Kyrle, Die Gründung der Wiener Prähistorischen Gesellschaft, in: Wiener Prähistorische Zeitschrift 1 (1914) 3-4, 3.

36 Vgl. Bundespräsident Michael Hainisch (Abschrift), Wien, 22.3.1922. ÖSTA, AVA, U-Allg., PA Menghin (Ktn. 674).

37 Zu seiner Vernetzung im wissenschaftlichen Bereich siehe zuletzt auch Otto H. Urban, Ein Prähistoriker und Unterrichtsminister in der NS-Zeit: Oswald Menghin und die „Kulturkreislehre“ von Pater Wilhelm Schmidt, in: Andre Gingrich/Peter Rohrbacher (Hg.), Völkerkunde zur NS-Zeit aus Wien (1938-1945) (Veröffentlichungen zur Sozialanthropologie Bd. 27/1), Wien 2021, 231-292.

38 Oswald Menghin, Neue Wallburgenfoschungen in Deutschsüdtirol, in: Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien 50 (1920), 53-64.

39 Siehe zum Beispiel: Das Schicksal Südtirols und die Neutralen, *Reichspost*, 19.4.1919, 2.

40 Vgl. Zur deutschen Verfassung, *Deutsches Volksblatt*, 2.1.1920, 3-4.

41 Vgl. *Bozner Nachrichten*, 23.10.1919, 5.

Seine Anstrengungen erreichten 1921 ihren Höhepunkt, als Menghin den sogenannten Arbeitsausschuß für die Tiroler Volksabstimmung in Wien leitete, ein loser Verband, der die Forderungen der geplanten Tiroler Volksabstimmung zugunsten einer Vereinigung des gesamten „deutschen Volkes“ bewarb.⁴² Die Gruppe um Menghin erhoffte sich in der Volksabstimmung eine starke Unterstützung ihrer Sache. Zur Abstimmung am 24. April 1921 organisierte der Arbeitsausschuß einen Sonderzug von Wien nach Tirol. Menghin, der die Reisegruppe anführte, hielt vor Abfahrt des Zugs in Wien noch eine Kampfrede, in der er das „Selbstbestimmungsrecht“ des „deutschen Volkes“ hervorstrich.⁴³ Wie das folgende Zitat aus dieser Rede zeigt, ging es Menghin zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr rein um den „Anschluss“ Südtirols an Österreich, sondern um die übergeordnete Idee einer Vereinigung aller „Deutschen“:

„Das Land Tirol ruft seine Kinder heim und will sie befragen, ob sie gewillt sind, noch länger in einem Vaterland zu wohnen, das in der gegenwärtigen Form gegen seinen Willen geschaffen wurde. [...] Wenn wir heute von Wien losziehen, so haben wir nur den einen Wunsch, daß Wien dem Tiroler Beispiel bald folge. Die deutsche Einheit wird kommen, weil sie kommen muß.“⁴⁴

Die Region blieb bekanntlich trotz des eindeutigen Abstimmungsergebnisses Teil Italiens. Die Ereignisse von 1921 sollten Menghin dennoch nachhaltig prägen. Er hatte nicht nur begonnen, sich exponiert politisch zu engagieren, sondern auch enge Verbindungen zu Kreisen geknüpft, die während seines Studiums erbitterte Gegner seines Milieus waren.⁴⁵ Führende deutschnationale Persönlichkeiten sollten Menghins Engagement für die Tiroler Einheit nicht vergessen. Noch 1937 wies z. B. die illegale Führung der österreichischen NSDAP ausdrücklich darauf hin, dass Menghins Anteil am Ergebnis der Abstimmung 1921 nicht zu unterschätzen sei.⁴⁶

42 Vgl. Die Anschlussabstimmung in Tirol, *Arbeiter-Zeitung*, 19.4.1921, 4.

43 Abreise zur Tiroler Abstimmung, *Reichspost*, 23.4.1921, 4.

44 *Deutsches Volksblatt*, 23.4.1921, 2.

45 Inwieweit es auch schon in den Jahren des Ersten Weltkriegs zu einer diesbezüglichen Annäherung Menghins gekommen ist, lässt sich auf Basis des derzeit bekannten Quellenmaterials nicht befriedigend bestimmen. Ein Konvolut zu Materialien zum Thema „Deutschnationale Österreich“ in der Sammlung der Österreichischen Nationalbibliothek (online unter: http://digital.onb.ac.at/RepViewer/viewer.faces?doc=DTL_4565733 - der Autor dankt Klaus Taschwer für diesen Hinweis) könnte unter Umständen Rückschlüsse darauf zulassen, dass Menghin während der Jahre des Ersten Weltkriegs auch an deutschnationale Kreise Anschluss gefunden hat. Da die in dieser Sammlung vorhandenen Dokumente zwar Oswald Menghin zuordenbar sind, allerdings auf Basis der derzeit verfügbaren Informationen keine stichhaltigen Angaben zum Zeitpunkt bzw. Kontext der Sammeltätigkeit gemacht werden können, können diesbezüglich noch keine abschließenden Einordnungen erfolgen.

46 Vgl. Lagebericht der illegalen Landesleitung der N.S.D.A.P. Oesterreichs über die Zeit vom 24. Jänner bis zum 14. Februar 1937. Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), Volksgericht, Vr 4105/46.

Neue Netzwerke

Ausgehend von den ersten Kooperationen in der „Südtirol-Frage“ näherte sich Menghin im Laufe der 1920er-Jahre sukzessive deutschnationalen bzw. nationalsozialistischen Kreisen. Er war dabei nicht allein. Eine Synthese von „Deutschtum“ und Katholizismus wurde zu dieser Zeit in weiten Teilen der katholischen Intelligenz durchaus wohlwollend diskutiert.⁴⁷ Nichtsdestoweniger entfernte sich Menghin in dieser Zeit mehr und mehr vom christlichsozialen Lager,⁴⁸ während er zunehmend Berührungspunkte zur in ihrer Aufbauphase befindlichen NSDAP fand. Bereits 1923 hielt er z. B. einen Vortrag über die „Judenfrage“ für die Währinger Ortsgruppe der Partei. Ein Jahr später wurde er vom Leiter der Prähistorischen und der Anthropologischen Abteilung des Naturhistorischen Museums Josef Bayer bei einer Pressekonferenz - zusammen mit dem Paläontologen Othenio Abel, dem Geographen Eduard Brückner, dem Orientalisten Viktor Christian, dem Philologen Rudolf Much und dem Kunsthistoriker Josef Strzygowski - als „Hakenkreuzprofessor“ titulierte.⁴⁹

Überhaupt waren die österreichischen Universitäten in der Zwischenkriegszeit von der politischen Rechten mit starken antiliberalen und antisemitischen Tendenzen geprägt.⁵⁰ Im Laufe der 1920er-Jahre entwickelten sich die Universitäten zu ideologischen und aktivistischen Hochburgen des Deutschnationalismus.⁵¹ So stand Menghin mit seinen Überzeugungen zum „Anschluss“ und der Idee einer „deutschen KulturNation“ nicht allein auf weiter Flur - ganz im Gegenteil: Die Mehrheit der Wiener Universitätsangehörigen unterstützte wohl die Idee eines „Anschlusses“⁵² und zahlreiche

47 Siehe dazu beispielsweise Johann Hoffmann, *Das Deutschtum Nordgaus im Wandel der Zeit*, in: Alexander Ortel (Hg.), *Festschrift der K.Ö.H.V. Nordgau-Wien zum 50. Stiftungsfeste*, Wien 1950, 66-74, 72.

48 Siehe zum Beispiel Menghin an Sterneder, Wien, 9.2.1927. Franz-Michael-Felder-Archiv, Nachlass Hans Sterneder, N 54; B; 213.

49 Vgl. Otto H. Urban, *Die Urgeschichte an der Universität Wien vor, während und nach der NS-Zeit*, in: Mitchell G. Ash/Wolfram Nieß/Ramon Pils (Hg.), *Geisteswissenschaften im Nationalsozialismus. Das Beispiel der Universität Wien*, Göttingen 2010, 371-395, 375-376.

50 Vgl. Friedrich Stadler, *Antisemitismus an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien - Am Beispiel von Moritz Schlick und seines Wiener Kreises*, in: Oliver Rathkolb (Hg.), *Der lange Schatten des Antisemitismus. Kritische Auseinandersetzungen mit der Geschichte der Universität Wien im 19. und 20. Jahrhundert (Zeitgeschichte im Kontext 8)*, Göttingen 2013, 207-235, 215.

51 Vgl. Walter Höflechner, *Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938*, in: Christian Brünner/Helmut Konrad (Hg.), *Die Universität und 1938 (Böhlhaus zeitgeschichtliche Bibliothek 11)*, Wien-Köln 1989, 57-74, 66-67.

52 Vgl. Mitchell G. Ash, *Die Universität Wien in den politischen Umbrüchen des 19. und 20. Jahrhunderts*, in: Mitchell G. Ash/Josef Ehmer (Hg.), *Universität - Politik - Gesellschaft (650 Jahre Universität Wien - Aufbruch ins neue Jahrhundert 2)*, Göttingen 2015, 29-172, 62.

Oswald Menghin als Rektor der Universität Wien 1935/36. Als Unterrichtsminister, der er am 11. März 1938 wurde, führte er zwei Tage vor der feierlichen Wiedereröffnung der Universität Wien, am 23. April 1938, den Numerus clausus von zwei Prozent für jüdische Studierende ein (rund ein Zehntel der bisherigen Anzahl). Im Mai 1938 traten schließlich die Nürnberger Rassegesetze von 1935 in Österreich in Kraft. | *Archiv der Universität Wien*



Professoren nutzten ihre Vorlesungen, um radikale Kritik an den Prinzipien der demokratischen Republik und des liberalen Rechtsstaats zu üben.⁵³

Neben der öffentlichen Artikulierung derartiger Ansichten versuchten zentrale Akteure der Universität Wien, von der ideologischen Rhetorik auch zur politischen Aktion zu kommen. Bekanntestes Beispiel hierfür ist das klandestine Netzwerk der sogenannten Bärenhöhle, ein Zusammenschluss von 19 Professoren an der Philosophischen Fakultät mit antisemitischer und antimarxistischer Agenda, das ab 1921/22 Personalentscheidungen an der Universität manipulierte.⁵⁴ Während die Mitglieder der Bärenhöhle - darunter auch Menghin - versuchten, Karriereschritte von Wissenschaftler:innen zu verhindern, die sie als liberal, links oder jüdisch wahrnahmen, waren sie gleichzeitig darum bemüht, die Karrieren ihrer Mitglieder und von Wissenschaftlern, die ihrer Ideologie entsprachen, voranzutreiben.⁵⁵ Wie das Bei-

53 Vgl. Klaus-Jörg Siegfried, *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns; zur politischen Funktion seiner Gesellschaftslehre und Ständestaatskonzeption*, 1973, Wien 1974, 69. Siehe in diesem Zusammenhang zuletzt auch Linda Erker, *Die Universität Wien im Austrofaschismus. Österreichische Hochschulpolitik 1933 bis 1938, ihre Vorbedingungen und langfristigen Nachwirkungen* (Schriften des Archivs der Universität Wien 29), Göttingen 2021, 27-67.

54 Vgl. Klaus Taschwer, *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert*, Wien 2015, 13.

55 Vgl. Ash, *Universität*, 85.

spiel Menghin zeigt, waren die meisten Mitglieder der Bärenhöhle auch in anderen antisemitischen, deutschnationalen und katholischen Netzwerken organisiert.⁵⁶

Menghin war zumindest im Zeitraum zwischen 1919 und 1926 Teil der Deutschen Gemeinschaft⁵⁷ und damit eines einflussreichen Netzwerkes, das sich aus Hunderten von Mitgliedern zusammensetzte, die durchwegs wichtige Positionen im akademischen und öffentlichen Sektor bekleideten. Die Deutsche Gemeinschaft war nach Ende des Ersten Weltkriegs von Mitgliedern katholischer und deutschnationaler Studentenverbindungen gegründet worden, um den ideologischen Kampf zwischen diesen beiden Gruppen an den österreichischen Universitäten zu beenden und ein Bündnis gegen das „Ungeradentum“ zu schmieden, ein Begriff, mit dem Marxismus, Liberalismus, Freimaurerei und Judentum umfasst wurden.⁵⁸ Während sich die Mitglieder der Organisation gegenseitig Positionen im akademischen Bereich und der öffentlichen Verwaltung zuschanzten, versuchten sie, ihre politischen Gegner:innen von diesen Positionen fernzuhalten.⁵⁹

Das Netzwerk hatte in seiner ursprünglichen Form kein dauerhaftes Bestehen, nicht zuletzt wegen Streitigkeiten um Postenbesetzungen. 1930 löste sich der Geheimbund schließlich auf.⁶⁰ Auch wenn die Deutsche Gemeinschaft als Organisation somit am Ende war, erwies sich der anfängliche Kompromiss zwischen Deutschnationalen und Christlichsozialen, der hier realisiert worden war, als wesentlich für spätere politische Entwicklungen im Austrofaschismus und auch für Menghin, der in diesem Zusammenhang vermutlich erstmals Arthur Seyss-Inquart kennenlernte.⁶¹ Die hier genannten Zusammenschlüsse sind nur Beispiele für die facettenreichen vielfältigen Netzwerke der politischen Rechten in der Ersten Republik, die auch in weiteren einflussreichen Zusammenschlüssen wie beispielsweise dem Deutschen Klub⁶² zusammenfand.

Geschickt agierende Akteure wie Menghin konnten so in der Zwischenkriegszeit nicht nur ihre berufliche Karriere vorantreiben, sondern auch

56 Vgl. Taschwer, Hochburg, 112.

57 Vgl. Menghin, Fragebogen, Birgitz, 21.9.1938. UAW, PA Menghin, PH PA 2617/161.

58 Vgl. Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß, Wien-Fankfurt/Main-Zürich 1971, 29-30. Siehe auch Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg, Wien 2020, 89-116.

59 Vgl. Martina Aicher, Deutsche Gemeinschaft (Österreich), in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin-Boston 2012, 150-151.

60 Vgl. Rosar, Gemeinschaft, 34.

61 Vgl. Urban, Urgeschichte, 375.

62 Vgl. Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub.

ideologische und politische Überzeugungen in die Tat umsetzen. So wurde Menghin in den 1920er-Jahren mit Unterstützung aus diesen Netzwerken 1927 beispielsweise korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften⁶³ und 1928 Dekan der Philosophischen Fakultät.⁶⁴

Katholisch-Nationale als Wegbereiter des „Anschlusses“

Die lagerübergreifende politische Rechte verblieb bis Anfang der 1930er-Jahre in vielen Fragen relativ einig. Die politischen Veränderungen in Deutschland und Österreich führten allerdings bald zu einer angespannten politischen Lage. Im Zuge der Errichtung des austrofaschistischen „Ständestaates“ änderten die Christlichsozialen ihre Position zum „Anschluss“ und propagierten nun eine neue österreichische Staatsideologie als Alternative.⁶⁵ Nach dem „Anschluss“ behauptete Menghin, in dieser Situation klar Stellung bezogen zu haben:

„Im Juni 1933 [von einem Forschungsaufenthalt in Ägypten] nach Wien zurückgekehrt, kam ich gerade zurecht um die ersten Phasen des nun offen aufbrechenden Konfliktes zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und dem politischen Katholizismus mitzumachen. Obgleich aus dem C.V. hervorgegangen, war ich keinen Augenblick im Zweifel, wo ich mich als Deutscher hinstellen hatte. Meine Stellungnahme in der Anschluß- und Judenfrage hatte ich schon gleich nach dem Weltkriege eindeutig bezogen und konnte die Bestrebungen der Regierung Dollfuß daher nur als traurige Verwirrung betrachten.“⁶⁶

Ganz so klar, wie Menghin dies 1938 darstellte, fiel seine Positionierung in den Jahren des Austrofaschismus allerdings nicht aus, auch wenn er sich mit seinem 1934 erschienenem Werk *Geist und Blut* einen Namen als Antisemit⁶⁷ machte. Der Prähistoriker erwies sich einmal mehr als geschickt handelnder Akteur,⁶⁸ der wie weitere katholisch-nationale Intellektuelle in den Jahren vor dem „Anschluss“ Handlungsspielräume für sich und die NS-Bewegung eröffnete. Menghin unterhielt enge Verbindungen zur austrofaschistischen

63 Vgl. Sitzungsprotokoll der Österreichischen Akademie der Wissenschaften A824 vom 31.5.1927. Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (AÖAW).

64 Vgl. Hochschulnachrichten, *Reichspost*, 19.6.1928, 8.

65 Vgl. Erwin A. Schmidl, März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich, Wien 1987, 15.

66 Menghin, Curriculum Vitae, 1938. ÖSTA, AVA, Unterricht-KB NS-FB 1938, Ktn. 1 FB Menghin.

67 Vgl. Johannes Feichtinger, *Wissenschaft als reflexives Projekt. Von Bolzano über Freud zu Kelsen: Österreichische Wissenschaftsgeschichte 1848-1938*, Bielefeld 2010, 530.

68 Wie auch die Deutsche Gesandtschaft in Wien schon 1936 feststellte. Siehe Deutsche Gesandtschaft Wien an das Auswärtige Amt in Berlin ZL A.5866 (Abschrift), Wien, 28.10.1936. Leopoldina-Archiv, MI, MNr. 4378.

Elite, wozu vor allem seine Vernetzung im katholischen Milieu und hier besonders im CV beitrug. In seinen den „Anschluss“ betreffenden Positionen war er im CV nicht allein: Spätestens ab 1935 gewannen die Katholisch-Nationalen auch innerhalb des CV zunehmend an Einfluss.⁶⁹ Und nicht nur dort: An den Universitäten bemühten sich die neuen austrofaschistischen Machthaber vergeblich, eine „Österreich-Ideologie“ gegen die katholisch-national und deutschnational bzw. nationalsozialistisch dominierten Universitätsangehörigen nachhaltig durchzusetzen.⁷⁰ Dieser Kampf um die Köpfe scheiterte nicht zuletzt daran, dass katholisch-nationale Wissenschaftler wie Menghin – der im Juni 1934 allerdings der Vaterländischen Front beigetreten war⁷¹ – zu einflussreichen Positionen in den Universitäten aufgestiegen waren. Menghin erreichte so den Höhepunkt seiner akademischen Karriere an der Universität Wien im Studienjahr 1935/36, als er Rektor wurde.⁷² Seine einflussreiche Stellung im wissenschaftlichen Bereich nutzte er (und auch andere), um die Umsetzung seine politischen Überzeugungen voranzutreiben.

Nach dem gescheiterten Putschversuch des Juli 1934 hatten die Nationalsozialisten zunehmend ihre Strategie zur Machtübernahme in Österreich von einem „revolutionären“ hin zu einem „evolutionären“ Weg adaptiert. Unter diesen Rahmenbedingungen wurde Franz von Papen als Sondergesandter Adolf Hitlers nach Wien geschickt.⁷³ Während das „Deutsche Reich“ die illegalen nationalsozialistischen Parteiorganisationen in Österreich weiterhin finanziell unterstützte, verlagerte sich der Fokus nun auf die Unterwanderung des Landes. In dieser Phase gewannen Deutschnationale und Katholisch-Nationale, die nicht offiziell der NSDAP angehörten, als Vermittler an Bedeutung. Obwohl die Austrofaschisten die Nationalsozialisten nicht offen in ihre Organisationen und Verwaltungen einbeziehen wollten, waren sie gegenüber dem „nationalen Lager“ insgesamt nicht so zurückhaltend. Dabei half sicherlich, dass gerade die Katholisch-Nationalen und führende Vertreter der austrofaschistischen Regierung biografische Parallelen teilten und seit Jahren Teil gemeinsamer Netzwerke waren. So war Kurt Schuschnigg beispielsweise Mitglied der Deutschen Gemeinschaft.⁷⁴

69 Vgl. Michael Gehler, Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918-1938 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 6), Innsbruck 1990, 174.

70 Siehe dazu auch Stadler, Antisemitismus, 216. Vgl. auch Erker, Die Universität Wien im Austrofaschismus.

71 Vgl. Der Reichsstatthalter, Fragebogen, Wien, 14.5.1938. ÖSTA, AVA, Unterricht-KB NS-FB 1938, Ktn. 1 FB Menghin.

72 Vgl. Der neue Rektor der Wiener Universität, *Neue Freie Presse*, 27.6.1935, 6.

73 Vgl. Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 9. 1890 - 1990), Wien 1994, 321.

74 Vgl. Gabriele Volsansky, Pakt auf Zeit. Das Deutsch-Österreichische Juli-Abkommen 1936 (Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek Vol. 37), Wien-Köln-Weimar 2001, 80.

Menghin, der ein „entschlossener Anhänger des gesamtdeutschen Gedankens“⁷⁵ blieb, nahm 1936 eine zunehmend bedeutende Rolle bei den Versuchen, die NS-Bewegung aus der Illegalität zu führen, ein. Dabei kamen ihm seine guten Kontakte zur austrofaschistischen Elite, aber auch zu führenden Proponenten des „nationalen“ Lagers wie Seyss-Inquart - mit denen er sich noch lange nach 1945 rühmte⁷⁶ - zu Gute. Unterstützt wurde er dabei durch von Papen, der versuchte, die Karrieren Katholisch-Nationaler zu fördern, um ihre Positionen in weiterer Folge für die politische Arbeit zu stärken.⁷⁷ So wurde Menghin auf Drängen der Deutschen Gesandtschaft beispielsweise 1936 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina⁷⁸ und im Jahr darauf Ehrendoktor der Universität Göttingen.⁷⁹

Die Bestrebungen von Papens waren nicht vergebens. Immer wieder wurde nun angedacht, Menghin führende politische Rollen zu übertragen, so zum Beispiel im April 1936 als Regierungsmitglied.⁸⁰ Nach dem Juliabkommen 1936 waren die Bemühungen, Katholisch-Nationale wie Menghin in politisch einflussreiche Positionen zu hieven, zunehmend von Erfolg gekrönt. Bereits im Juli 1936 wurde Menghin Teil des Führerrats der Vaterländischen Front,⁸¹ Anfang 1937 Mitglied des Siebener-Komitees⁸² und schließlich im Juni 1937 führendes Mitglied der Volkspolitischen Referate. Während die austrofaschistische Regierung im Rahmen all dieser Initiativen⁸³ versuchte, eine Brücke zum „nationalen Lager“ zu schlagen und den „moderaten“ Teil der NS-Bewegung in den „Ständestaat“ zu integrieren,⁸⁴ zielten die zu „Integrie-

75 Deutsche Gesandtschaft Wien an das Auswärtige Amt in Berlin ZL A.5866 (Abschrift), Wien, 28.10.1936. Leopoldina-Archiv, MI, MNr. 4378.

76 Vgl. Menghin an Rosar, Kufstein, 19.11.1969. Privatarhiv Wolfgang Rosar.

77 Vgl. Broucek, Persönlichkeiten, 8-9.

78 Vgl. Deutsche Gesandtschaft Wien an das Auswärtige Amt in Berlin ZL A.5866 (Abschrift), Wien, 28.10.1936. Leopoldina-Archiv, MI, MNr. 4378.

79 Vgl. Dekan der philosophischen Fakultät der Universität Göttingen to Rektor Neumann, Göttingen, 23.7.1937, UAG, II Ph 5e.

80 Vgl. Rosar, Gemeinschaft, 90.

81 Vgl. Seventh army internment camp 72 Ludwigsburg (Adler, Frank L.), Report of Preliminary Interrogation, Ludwigsburg, 6.3.1946. National Archives and Records Administration (NARA), RG 319, IRR - Personal Name Files, Entry 134 B, Menghin, Oswald D001474.

82 Vgl. Bundespolizeidirektion Salzburg, Niederschrift Vernehmung Egbert Mannlicher, Salzburg, 7.8.1946. WStLA, Volksgericht, Vr 4105/46. Manchmal auch als „Siebener-Ausschuss“ bezeichnet. Mit Menghin im „Siebener-Komitee“: Stefan Berghammer, Gilbert in der Maur, Hugo Jury, Egbert Mannlicher, Ferdinand Wolfsegger und Leopold Tavs.

83 Vgl. Emmerich Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933-1938 (Politik und Zeitgeschichte 8), Wien-Berlin 2013, 522.

84 Siehe in diesem Zusammenhang zum Beispiel BMI, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit an die Staatsanwaltschaft beim Volksgerichtshof [sic] in Wien, Zl. 34.900-2/46, Wien, 1.5.1946. WStLA, Volksgericht, Vr 6203/48.

renden“ ihrerseits auf eine weitere Unterwanderung der österreichischen Politik und Verwaltung.⁸⁵ Mit Blick auf den im Frühjahr 1938 tatsächlich erfolgten „Anschluss“ muss festgestellt werden, dass die Unterwanderung wesentlich erfolgreicher war als der Versuch der Eingliederung.

Der „Anschluss“ und das Fortbestehen alter Netzwerke

Im März 1938 hatten die Katholisch-Nationalen ihr lang ersehntes Ziel erreicht. Einige ihrer führenden Proponenten übernahmen in der ersten Phase der Eingliederung Österreichs in das „Deutsche Reich“ zentrale Positionen in Politik, Wissenschaft und Verwaltung. So auch Menghin, der zum Unterrichtsminister ernannt wurde. Die meisten von ihnen hielten sich allerdings nicht lange in der Verwaltung des neuen Systems. Für die „Übergangszeit“ erwies sich jedoch die Tatsache, dass einige Mitglieder des Seyss-Inquart-Kabinetts angesehene Katholiken waren, als geschickter diplomatischer Schachzug der Nationalsozialisten.

Als Ende Mai 1938 die verfassungsrechtliche, administrative und politische Neuordnung Österreichs in die entscheidende Umsetzungsphase ging⁸⁶ und Seyss-Inquart die Arbeitsaufteilung der neuen „Landesregierung“ verkündete, endete Menghins kurze Zeit als Minister.⁸⁷ Der Prozess des Machtverlusts Katholisch-Nationaler lässt sich am Beispiel Menghins diesbezüglich aus zwei zentralen Entwicklungen erklären: Erstens (und entscheidend) sahen die Nationalsozialisten nach der Festigung ihrer Macht in Österreich keinen Nutzen mehr darin, Verbindungsmänner zum alten Regime und zur katholischen Elite in politisch einflussreichen Positionen zu belassen. Zweitens wollte Menghin selbst in seine Position an der Universität zurückkehren, nicht zuletzt, weil er erkannt hatte, dass sein Handlungsspielraum als Minister immer kleiner geworden war. Das bedeutete allerdings nicht, dass Menghin begonnen hatte, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Wenige Wochen danach bewarb er sich im Juni 1938 um die Mitgliedschaft in der NSDAP,⁸⁸ in die er mit deutlicher Verzögerung zwei Jahre später, im Juli 1940 aufgenommen wurde.⁸⁹ Für seine wichtige Rolle als Wegbereiter vor

85 Vgl. Norbert Schausberger, *Der Griff nach Österreich. Der Anschluss*, Wien-München 1978, 379.

86 Vgl. Gerhard Botz, *Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938-1940)* (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 1), Wien 1988, 100.

87 Vgl. Reichsstatthalter Österreich, *Erlaß über die Geschäftseinteilung der österreichischen Landesregierung*, 30.5.1938.

88 Vgl. Personal-Fragebogen zum Antragschein auf Ausstellung einer vorläufigen Mitgliedskarte (NSDAP), Wien, 24.6.1938. ÖSTA, Archiv der Republik (AdR)/BMI/GA 27.420.

89 Vgl. Menghin, *Ergänzung der Personalmeldungen*, Wien, 15.10.1942. ÖSTA, AdR/BMU/PA Menghin, Oswald.

1938 bzw. in den ersten Wochen des „Anschlusses“ wurde er noch lange nach Ende seines Ministeramts belohnt, indem sein Professorengehalt mit einer Zulage fast verdoppelt wurde.⁹⁰

Nach seiner Rückkehr an die Universität Wien wandte sich Menghin wieder der Forschung und Lehre zu. Eine aktive weitere politische Tätigkeit ist während der restlichen NS-Herrschaft nicht nachweisbar. Dies bedeutet allerdings im Umkehrschluss nicht, dass sich Menghin nun von der nationalsozialistischen Ideologie distanzierte. Auch im wissenschaftlichen Bereich zeigte er keine Berührungängste zu den NS-Machthabern und strich immer wieder die ideologische Bedeutung prähistorischer (archäologischer) Forschung hervor.⁹¹ Als „teilnehmendes Mitglied“ des SS-Ahnenerbes⁹² war er einmal mehr in wissenschaftliche Ränkespiele involviert und positionierte sich erneut als geschickt handelnder Akteur im polykratischen NS-System. Dass er dabei ohne zu zögern aus der verbrecherischen NS-Politik auch wissenschaftliches Kapital schlug, zeigt seine führende Involvierung in archäologische Ausgrabungen im Gau Oberdonau, die unter Ausbeutung von Internierten des KZ Gusen durchgeführt wurden.⁹³ Trotz all dem blieb er Teilen des NS-Apparats aufgrund seiner katholischen Verwurzelung und Verbindungen zum vorangegangenen Regime suspekt. So berichtete beispielsweise der SD bis kurz vor Kriegsende regelmäßig über Menghin.⁹⁴

Die Netzwerke in Politik, Wissenschaft und Kirche, die Menghin lange vor 1938 geknüpft hatte, überdauerten die Jahre der NS-Herrschaft. Der Prähistoriker verließ Wien zu Ostern 1945 in Richtung Salzburg. In Mattsee wurde er wenige Wochen nach der Befreiung von einer Einheit des US-Geheimdienstes Counter Intelligence Corps (CIC) verhaftet.⁹⁵ Bereits während seiner US-Gefangenschaft begann er Pläne für seine Nachkriegszukunft zu schmieden. Dabei konnte er sich einmal mehr auf seine Verbindungen verlassen. Mit Hilfe vor allem aus dem privaten (allen voran seiner Frau Mara), wissenschaftlichen (hier sind vor allem Menghins gut begüterter vormaliger Student Emil Herdmenger und sein Wiener Assistent Christian Pescheck zu nennen, die

90 Vgl. Dekanat der philosophischen Fakultät der Universität Wien, Überleitung der ordentlichen Hochschulprofessoren in das Reichsbesoldungsgesetz, Wien, 9.6.1939. ÖSTA, AdR/BMU/PA Menghin, Oswald.

91 Vgl. Menghin an die Akademie der Wissenschaften, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Klasse, Wien, 20.4.1939. AÖAW Prähistorische Kommission, B59.

92 Vgl. Ahnenerbe an Menghin, ZL A/6/p 26 So, 26.3.1940. BArch NS 21/1943.

93 Vgl. Robert Obermair, Kurt Willvonseder. Vom SS-Ahnenerbe zum Salzburger Museum Carolino Augusteum, Salzburg 2016, 91-III.

94 Vgl. Amt VII, Ausweichstelle Brabant I, ZL VII B3 - Lv/Ku, 11.1.1945. BArch R 58/5886.

95 Vgl. Polizeikommissariat Währing, Bericht Menghin, Wien, 7.5.1945. WStLA Volksgericht, Vr 4105/46. - Parker, Preliminary Interrogation Report Oswald Menghin, Darmstadt, 29.7.1946. NARA, RG 319, IRR - Personal Name Files, Entry 134 B, Menghin, Oswald D001474.

die akademische Hilfe für Menghin koordinierten) und kirchlichen Milieu (vor allem der Salzburger Fürsterzbischof Andreas Rohrer) gelang es ihm zunächst im Februar 1947 aus der Internierung entlassen zu werden⁹⁶ und in Deutschland unterzutauchen, wo er sich in erster Linie in Gudensberg in der Nähe von Kassel aufgehalten haben dürfte,⁹⁷ während die österreichischen Behörden nach wie vor nach ihm fahndeten.⁹⁸ Auch in der Folgezeit konnte er sich auf seine Netzwerke verlassen und mit Unterstützung aus der katholischen Kirche, allen voran einmal mehr mit Hilfe Rohrachers,⁹⁹ seine Flucht nach Südamerika planen. Im Frühjahr 1948 erreichte er über Italien tatsächlich Argentinien, wo er - nicht zuletzt dank der Vorarbeiten seiner Netzwerke, deren Kontakte bis nach Südamerika reichten¹⁰⁰ - umgehend eine zweite wissenschaftliche Karriere starten konnte. Zunächst als Professor an der Universität von Buenos Aires und später zusätzlich als Professor an der Universität von La Plata wurde er zu einem der einflussreichsten Prähistoriker Südamerikas, der auch hier sowohl im wissenschaftlichen als auch politischen Milieu bestens vernetzt war.¹⁰¹

Auf seine Kontakte in der alten Heimat konnte er ebenso weiter zählen. Vor allem mit Hilfe des mittlerweile zum führenden ÖVP-Politiker aufgestiegenen CV-Mitglieds Heinrich Drimmel - während des Austrofaschismus u. a. Sachwalter der Universität Wien - und dem im wissenschaftlichen Bereich äußerst einflussreichen Richard Meister, u. a. Mitglied der Bärenhöhle und des Deutschen Klubs, erhielt er zunächst - wohlgemerkt immer noch als gesuchter Kriegsverbrecher - 1954 einen österreichischen Reisepass.¹⁰² Zwei Jahre später erreichten Menghins alte Kontakte die Einstellung sämtlicher Ermittlungen und der Fahndung nach dem Flüchtigen.¹⁰³ Ein letzter Wer-

96 Vgl. Entlassungsschein für Zivilpersonen aus dem Internierungslager 74, Ludwigsburg, 12.2.1947. WStLA, Volksgericht, Vr 6202/48.

97 Siehe dazu vor allem die im Vorgeschichtlichen Seminar Marburg, Nachlass Merhart, Ordner Privat L-M enthaltenen Aktenbestände.

98 Siehe z.B.: BMI, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit an alle Sicherheitsdirektionen und die Bundespolizeidirektion Wien, Wien, 9.1.1948. ÖSTA, AdR, BMI, 106.100-2/57.

99 Siehe dazu den Bestand Archiv der Erzdiözese Salzburg, AT-AES, 2.1, 19/32.

100 Siehe zum Beispiel Straubinger an MacDonagh, La Plata, 24.6.1947. Archivo Histórico del Museo de La Plata, Instituto del Museo, Dirección y Secretaría, Carpeta N° 77, Expediente letra R, N° 315, año 1947.

101 Siehe dazu zum Beispiel Philip L. Kohl/José A. Pérez Gollán, Religion, Politics and Prehistory. Reassessing the Lingering Legacy of Oswald Menghin, in: *Current Anthropology* 43 (2002) 4, 561-586.

102 Vgl. Drimmel an Meister, Wien, 13.12.1954. UAW, Nachlass Meister, Ktn. 336.

103 Vgl. Landesgericht für Strafsachen Wien an das Rektorat der Universität Wien, ZL. VG 6 Vr 6202/48 Ur 773/48, Wien, 25.10.1956. UAW, PA Menghin, PH PA 2617/161; Landesgericht für Strafsachen Wien an das Bundesministerium für Inneres, Abteilung 2, Widerruf, Wien, 25.10.1956. WStLA, Volksgericht, Vr 6202/48.

mutstropfen blieb noch, aber auch hier waren die alten Freunde zur Stelle. 1957 wurde Menghin offiziell vom österreichischen Unterrichtsministerium in den Ruhestand versetzt.¹⁰⁴ Selbst seine Tätigkeit als Minister wurde ihm auf seinen Ruhegenuss vollständig angerechnet.¹⁰⁵

Resümee

Beginnend mit seiner Tätigkeit für ein „deutsches“ Südtirol durchlief Oswald Menghin einen Prozess der politischen Radikalisierung und vielfältigen Vernetzung in Wien, der ihn schließlich 1938 zum Ministeramt führte. Menghin und gleichgesinnte Intellektuelle im katholisch-nationalen Milieu ebneten den Weg für die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich, was einer der Gründe für den in vielerlei Hinsicht reibungslosen „Anschluss“ war. Wissenschaftler wie Menghin entwickelten nicht nur durch ihre aktive politische Betätigung politischen Einfluss, sondern auch durch ihre Arbeit an den Universitäten. So lässt sich feststellen, dass Menghin und eine ganze Reihe seiner Zeitgenossen sowohl wissenschaftliche als auch gesellschaftliche Wegbereiter des Nationalsozialismus wurden. Letztendlich lag darin Menghins wahre politische Bedeutung und Verantwortung. Er war zwar auch für sein Handeln als Minister verantwortlich und die Reichweite seines in mancher Hinsicht begrenzten Agierens in dieser Funktion ist nicht zu unterschätzen, besonders auch was das rasante Tempo der „Säuberungen“ der österreichischen Universitäten betrifft. Aber es war seine Rolle bei der Vorbereitung des „Anschlusses“, die ihn für die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich so bedeutend machte.

Der Fall Menghin kann als Paradebeispiel für die vielfältigen Verflechtungen zwischen Wissenschaft, Politik und katholischer Kirche gesehen werden. Die Kontakte, die er in formellen und informellen Netzwerken der Zwischenkriegszeit knüpfen konnte, halfen ihm nicht nur in seiner akademischen Karriere, sondern boten ihm zudem politische Rückendeckung und einen politischen Gestaltungsspielraum. Diese dauerhaften Verbindungen erleichterten Menghin auch die Flucht nach Südamerika und den Beginn seiner zweiten Karriere. Zu guter Letzt spielten sie eine entscheidende Rolle bei der offiziellen Rehabilitierung Menghins in Österreich. Insofern ist der Fall Menghin nicht außergewöhnlich, sondern paradigmatisch für ein Milieu.

104 Vgl. BKA, Auswärtige Angelegenheiten an die Österreichische Botschaft in Buenos Aires GZ 225.415-Pol/57, Wien, 23.10.1957. ÖSTA, AdR/BMfaA/II pol 1957/Arg. 49.

105 Vgl. BMfU, GZ 12.367-IX/B/1957Z, Wien 19.8.1957. ÖSTA, AdR/BMU/PA Menghin, Oswald.

Kamila Staudigl-Ciechowicz

Zur Universität Wien als Cliques-Schnittpunkt

Am Beispiel der Disziplinarfälle Josef Bayer und Stephan Brassloff

Der Beitrag analysiert die Disziplinaruntersuchungen gegen den Privatdozenten Josef Bayer 1924 und gegen den außerordentlichen Professor Stephan Brassloff 1925. Anhand dieser Disziplinarverfahren wird der Frage nachgegangen, inwiefern antisemitische und antisozialistische Netzwerker sich in das universitäre organisatorische Gefüge integrierten, welche Schlüsselpositionen notwendig waren, um die maßgeblichen Personalentscheidungen zu beeinflussen und welche Folgen scheinbar inneruniversitäre Vorgänge entfalteten. In beiden Fällen lässt die Quellenlage eine vertiefte Untersuchung zu. Die Ereignisse lassen sich anhand der vollständig erhaltenen Disziplinarakten des Akademischen Senats rekonstruieren.¹ Da ein Disziplinarverfahren in beiden Fällen eingeleitet wurde und eine mündliche Verhandlung stattfand, sind die Disziplinarakten besonders umfangreich und detailliert. Zusätzliche Informationen liefern zeitgenössische Zeitungsberichte. Die Presse berichtete intensiv über beide Angelegenheiten – ein besonderer Umstand, da bei Disziplinarverfahren für gewöhnlich die beteiligten Personen zur Verschwiegenheit verpflichtet waren und folglich Disziplinarangelegenheiten nicht in medialer Berichterstattung aufschienen.² Von außergewöhnlicher, wenn nicht sogar entscheidender Bedeutung für die Analyse der beiden Disziplinaruntersuchungen unter dem Aspekt der Cliqueswirtschaft sind die Protokolle der Sitzungen der Fachgruppe Hochschule der Deutschen Gemeinschaft. Nach aktuellem Forschungsstand sind Niederschriften von vier Sitzungen erhalten und zwar für die Jahre 1925 bis 1926. Gerade diese Protokolle behandeln die Disziplinarfälle Josef Bayer und Stephan Brassloff und ermöglichen dadurch die Zuordnung der Vorgänge im Umfeld der beiden Disziplinarverfahren zu den Aktivitäten der Deutschen Gemeinschaft.³

1 Universitätsarchiv Wien (UAW), Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.340 (= GZ 104 ex 1925/26); UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25).

2 Kamila Staudigl-Ciechowicz, Das Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht der Universität Wien 1848-1938 (Schriften des Archivs der Universität Wien 22), Göttingen 2017, 394-395.

3 Protokolle der Sitzungen der Fachgruppe Hochschule der Deutschen Gemeinschaft abgedruckt in: Andreas Huber, Antisemitische Schaltzentrale, *Academia*, 22-31, URL: [https://www.academia.edu/42048759/\[Antisemitische_Schaltzentrale_Die_Deutsche_Gemeinschaft_und_%C3%96sterreichs_Hochschulen_in_der_Ersten_Republik\]\]](https://www.academia.edu/42048759/[Antisemitische_Schaltzentrale_Die_Deutsche_Gemeinschaft_und_%C3%96sterreichs_Hochschulen_in_der_Ersten_Republik]]) (abgerufen 23.10.2021).

Die Untersuchung konzentriert sich in erster Linie auf die Machenschaften der Deutschen Gemeinschaft.⁴ Neben ihr waren der Deutsche Klub und die „Bärenhöhle“⁵ als antisemitische Netzwerke im Untersuchungszeitraum an der Universität Wien tätig. Der Deutsche Klub vereinigte Männer unter anderem aus Beamtschaft, Politik, Justiz und Hochschulen und veranstaltete regelmäßige Treffen und Vorträge, die in Tageszeitungen angekündigt wurden - trat also nach außen hin in Erscheinung. Die anderen beiden Cliques agierten hingegen im Geheimen.⁶ Die Deutsche Gemeinschaft entfaltete ihre Tätigkeit universitätsweit, die „Bärenhöhle“ beschränkte sich auf die Philosophische Fakultät. In puncto ideologischer und politischer Ausrichtung, sowie antisemitischer Grundhaltung standen sich die drei Organisationen nahe. Sie lehnten liberale und sozialistische Gedanken ab und vernetzten in den 1920er-Jahren Männer von deutschnationaler und katholisch-konservativer Gesinnung.⁷ Ihre Aktionen richteten sich gegen „Jüdinnen und Juden, Linke, Freimaurer und/oder Atheisten“.⁸ Wer für sie als „jüdisch“ galt, bestimmte sich nicht nach konfessionellen Kriterien, sondern nach rassistischen Überlegungen. In manchen Fällen genügte für die Einordnung als „jüdisch“ auch die reine Außenwahrnehmung - sei es durch ein entsprechendes soziales Umfeld oder wenn die Person bereits bei oberflächlicher Betrachtung bestimmten Vorurteilen entsprach.⁹

Die Protokolle der Deutschen Gemeinschaft Fachgruppe Hochschule geben Einblicke in die Tätigkeitsmuster dieser Clique, die katholische und deutschnationale Kräfte an der Universität Wien stärken, sozialistische und jüdische Einflüsse vom akademischen Boden hingegen vertreiben wollte. Um ihre Ziele im universitären Bereich zu erreichen, stellte sie Kontakte zwischen ihren Mitgliedern, den leitenden Organen der Universität bzw. der Fakultäten, der Deutschen Studentenschaft als selbst ernannter Vertretung der

4 Vgl. zur Deutschen Gemeinschaft: Huber, *Antisemitische Schaltzentrale*; Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, *Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg*, Wien 2020, 89-116.

5 Zum Deutschen Klub vgl. Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*. Zur Bärenhöhle vgl. Klaus Taschwer, *Geheimsache Bärenhöhle. Wie eine antisemitische Professorenclique nach 1918 an der Universität Wien jüdische Forscherinnen und Forscher vertrieb*, in: Regina Fritz/Grzegorz Rossoliński-Liebe/Jana Starek (Hg.), *Alma Mater Antisemitica*, Wien 2016, 221-242.

6 Für einen Überblick zu deren Organisation und Zielen mit weiteren Literaturhinweisen vgl. in diesem Band: Ilse Reiter Zatloukal, *Antisemitische Vernetzungen von Juristen in der Zwischenkriegszeit*.

7 Vgl. Klaus Taschwer, *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert*, Wien 2015, 103.

8 Ebd.

9 So wurde Eric Voegelin als „Jude“ von antisemitischen Kollegen wahrgenommen, u. a. weil er einen schleichenden Gang hatte. Staudigl-Ciechowicz, *Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht*, 119.

Studierenden und dem Unterrichtsministerium her. Neben der Ausnützung von persönlichen Kontakten innerhalb der entscheidungsbefugten Organe versuchte die Deutsche Gemeinschaft wiederholt mittels medialer Aktionen in Tageszeitungen wie der *Deutschösterreichischen Tageszeitung* Einfluss auf die universitären Entscheidungsträger auszuüben.

Universitäre Entscheidungsträger und Abläufe - ein Überblick

In einem ersten Schritt soll der Blick auf die universitäre Struktur gerichtet werden. Ziel ist es aufzuzeigen, welche Entscheidungsträger über eine erfolgreiche akademische Karriere bestimmten. Es soll auch aufgezeigt werden, um es aus der Sicht der Cliques zu formulieren, an welchen neuralgischen Stellen Kontaktmänner platziert sein mussten, um eine universitäre Laufbahn zu erleichtern bzw. zu verhindern. Von besonderem Interesse sind also jene Gremien, welche Einfluss auf Habilitationen, Berufungen und Disziplinarangelegenheiten hatten. Die Habilitation stellte den ersten Schritt der universitären Laufbahn dar. Mit der Verleihung der Lehrbefugnis war der Status des Privatdozenten¹⁰ verbunden. Privatdozent:innen waren berechtigt, Lehrveranstaltungen an der Fakultät, an der ihre Habilitation erfolgt war, anzubieten. Ihre Position war mit keinerlei Gehaltsverpflichtungen seitens des Staates oder der Universität verbunden. Sie hatten auch nur sehr eingeschränkte Mitspracherechte in universitären Organen. Trotzdem wurden bei Habilitationsverfahren die Kandidatinnen und Kandidaten genau auf ihre Eignung geprüft und das nicht nur aus fachlicher Sicht. Auch persönliche, politische und sogar rassistische Umstände konnten von Bedeutung sein. Das Professorenkollegium achtete darauf, dass die Habilitationswerber:innen in die Gemeinschaft der Lehrenden (vermeintlich) passten. So konnten sich frühere Auseinandersetzungen zwischen Habilitationswerber:innen und Mitgliedern vom Professorenkollegium nachteilig auf die Entscheidung auswirken.¹¹ Gerade für das Habilitationsverfahren war es wichtig, einen Fürsprecher (Frauen waren bis dato nicht in solche Positionen gelangt) im Professorenkollegium zu haben.

10 In den zeitgenössischen Gesetzestexten wurde die Bezeichnung Privatdozent nicht gegendert. In der Zwischenkriegszeit gab es nur sehr wenige Privatdozentinnen an der Universität Wien. Die universitäre Laufbahn stand Frauen lange Zeit verschlossen, als erste Frau habilitierte sich die Romanistin Elise Richter. Vgl. Katharina Kniefacz/Herbert Posch, Elise Richter, URL: <https://geschichte.univie.ac.at/de/elise-richter> (abgerufen 2.5.2022).

11 Siehe bspw. Christoph Schmetterer, Am Weg von Czernowitz nach Wien gescheitert. Karl Friedrich Adler, in: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs 4 (2014), 241-253; Staudigl-Ciechowicz, Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht, 279-280. Es ist anzunehmen, dass ähnliche Fälle existieren, jedoch nicht belegbar sind. Im Vorfeld des Habilitationsprozesses standen in der Regel informelle Gespräche zwecks Einschätzung der Erfolgchancen, so dass kontroversen Interessent:innen bereits vorab von weiteren Schritten abgeraten wurde.

Wie die Historikerin Irene Ranzmaier in ihrer Studie zur Anthropologie an der Universität Wien zeigt, war ein „entschlossene[r] Förderer unter den Professoren“¹² für den positiven Ausgang der Habilitation wichtig - und umso mehr für die weitere akademische Karriere.¹³ Je besser diese Person an der Universität vernetzt war, desto höher waren die Chancen für eine unproblematische und schnelle Erlangung der Venia. Gleichzeitig war es von Vorteil, wenn der Mentor aus dem gleichen Fachbereich kam wie die Habilitationswerber:innen. Angesichts der fachlichen Diversität in den Professorenkollegien besaßen einige seiner Mitglieder nicht die entsprechende Expertise, um fachfremde Habilitand:innen zu beurteilen. Umso wichtiger war die Meinung der fachnahen Professoren, die in der Regel als Referenten in der Angelegenheit fungierten.

Die zweite, festigende Stufe der universitären Karriere war die Bestellung zum Universitätsprofessor¹⁴ durch Ernennung seitens des Kaisers bzw. in der Republik des Bundespräsidenten.¹⁵ Davon zu unterscheiden ist die Verleihung des bloßen Titels eines ordentlichen oder außerordentlichen Universitätsprofessors.¹⁶ Während die Ernennung zum Professor mit einer staatlichen Anstellung und einem Gehalt verbunden war, handelte es sich bei der Titelverleihung um eine reine Auszeichnung, die keine weiteren Rechte oder Pflichten seitens des Staates bzw. der Universität vorsah. Der Bestellung zum Universitätsprofessor war das Berufungsverfahren vorangestellt. Bei diesem hatte das Professorenkollegium zumeist die Möglichkeit mitzubestimmen. Es war angehalten, einen Dreiervorschlag mit den drei besten Kandidaten zu erstellen und dem Unterrichtsministerium vorzulegen. In der Regel folgte der Minister dem Vorschlag der Fakultät. Die potenziellen Schwierigkeiten bei der Einigung auf die vorgeschlagenen Personen entsprachen jenen bei der Habilitation. Die Entscheidung, einen Wissenschaftler in den Besetzungsvorschlag aufzunehmen, war allerdings von weitreichenderen Konsequenzen als die Verleihung der Lehrbefugnis. Anders als Privatdozent:innen hatten Professoren verschiedene Mitspracherechte an der Fakultät, waren also im Sinne einer „Ordinarienrepublik“¹⁷ an der Leitung der Universität beteiligt.

12 Irene Ranzmaier, *Die Anthropologische Gesellschaft in Wien und die akademische Etablierung anthropologischer Disziplinen an der Universität Wien 1870-1930 (Wissenschaft, Macht und Kultur in der modernen Geschichte 2)*, Wien-Köln-Weimar 2013, 224.

13 Für die Rechtswissenschaften vgl. Kamila Staudigl-Ciechowicz, „Judenrein“? Zum Antisemitismus an der Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät vor 1938, in: *Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs 11* (2021) 1, 100-118, 114.

14 Als erste ordentliche Professorin an der Universität Wien wurde Berta Karlik 1956 berufen.

15 Staudigl-Ciechowicz, *Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht*, 137-149.

16 Ebd., 305-306 und 349-350.

17 Sascha Ferz, *Ewige Universitätsreform. Das Organisationsrecht der österreichischen Universitäten von den theresianischen Reformen bis zum UOG 1993 (Rechts- und Sozialwissenschaftliche Reihe 27)*, Frankfurt/Main-Berlin-Bern-Bruxelles-New York-Oxford-Wien 2000, 220 mwN.

Folglich war es von großer Bedeutung für das Professorenkollegium, wen sie in ihre Mitte kooptierten. Schon in zeitgenössischen Kreisen wurde die Ausgestaltung der Habilitations- und der Berufungsverfahren durchaus kritisch hinterfragt. Dass Machenschaften in diesen Verfahren eine große Rolle spielen konnten, zeigt der im April 1924 veröffentlichte Text des Historikers und sozialdemokratischen Politikers Ludo Moritz Hartmann.¹⁸ Er kritisierte darin die „Art der Auslese der Professoren und Hochschullehrer“. Denn die starke Einflussnahme der Professoren auf die Auswahl ihrer künftigen Kollegen war mit der Gefahr verbunden, dass, so Hartmann weiter „eine kleine und im wesentlichen unkontrollierbare Clique die Auslese der Professoren bestimmt, eine Clique, welche naturgemäß heute beeinflusst ist durch ihr soziales Niveau, durch gesellschaftliche und familiäre Bande, durch Beziehungen der wissenschaftlichen Schulen untereinander.“¹⁹

Während es bei Habilitationen und Berufungen um die Auswahl der künftigen Mitglieder des Lehrkörpers ging, konnte für den Fall, dass ein bestehendes Mitglied der Fakultät dem Ansehen der Universität schadete, ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden.²⁰ Die Leitung der Universität, darunter fiel auch die Disziplinargerichtsbarkeit, oblag dem Akademischen Senat.

Dieser setzte sich (primär)²¹ aus Ordinarien der Universität zusammen. Ein Blick auf die Zusammensetzung dieses Gremiums der Universität Wien in den Jahren 1924 bis 1926 zeigt, dass viele seiner Mitglieder dem Deutschen Klub angehörten.²² Da vollständige Mitgliederlisten für die hier behandelten antisemitischen Gesellschaften fehlen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass noch

18 Ludo M. Hartmann, Grundlagen einer Universitätsreform, in: Der Kampf 17 (1924) 4, 142-145. Für den Hinweis zu diesem Artikel danke ich Klaus Taschwer.

19 Hartmann, Universitätsreform, 144.

20 Verfahrensvorschriften wurden 1922 durch den Akademischen Senat der Universität Wien unter der Bezeichnung Disziplinarordnung für Lehrpersonen der Wiener Universität erlassen und 1929 ergänzt. Vgl. Staudigl-Ciechowicz, Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht, 356-357. Im Austrofaschismus erließ die Bundesregierung ein eigenes Disziplinargesetz (BGBl. II 232/1934).

21 Mit der Novelle des Organisationsgesetzes (RGBl. 62/1873) aus 1922 (BGBl. 546/1922) konnten Privatdozent:innen das Amt der im Akademischen Senat sitzenden Senatoren de lege ausüben, de facto kam es zu keiner Bestellung eines Nicht-Ordinarius zum Senator an der Universität Wien bis 1938. Vgl. Staudigl-Ciechowicz, Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht, 301.

22 Der Akademischen Senat setzte sich 1924/25 wie folgt zusammen: Hans Sperl, Johannes Döller, Ernst Tomek, Hans Voltelini, Richard Wasicky, Hans Uebersberger, Karl Völker, Theodor Innitzer, Moritz Wlassak, Alfred Fischel, Franz Sueß, Franz Zehentbauer, Wenzel Gleispach, Josef Schaffer, Emil Reisch. Dem Deutschen Klub (DK) gehörten an: Sperl, Uebersberger, Völker, Gleispach und Reisch. Voltelini stand dem Deutschen Klub zumindest nahe. Zehentbauer war Mitglied in der Deutschen Gemeinschaft (DG). Eine ähnliche Anzahl an Klubmitgliedern (DK) weist der Akademische Senat im Studienjahr 1925/26 auf: Karl Luick (DK), Hans Sperl (DK), Konstantin Hohenlohe, Wenzel Gleispach (DK), Richard Wasicky, Felix Exner, Gustav Entz (DK), Ernst Tomek, Hans Voltelini, Alfred Fischel, Hans Uebersberger (DK), Wenzel Pohl, Josef Hupka, Josef Schaffer, Emil Reisch (DK).

weitere Amtsträger Mitglieder waren. Auffallend ist, dass in beiden Studienjahren die Rektoren Mitglieder des Deutschen Klubs waren. Noch deutlicher wird die umfassende Verbindung der Rektoren der Universität Wien zu antisemitischen Netzwerken,²³ wenn man die gesamte Zwischenkriegszeit berücksichtigt.²⁴ Von den vier Rektoren, die die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät stellte, waren alle beim Deutschen Klub, von neun Rektoren von der Philosophischen Fakultät waren zumindest sieben beim Deutschen Klub. Nicht zum Deutschen Klub gehörten nach heutigem Forschungsstand die vier Mediziner und die drei Theologen, die zwischen 1918 und 1938 das Rektorsamt bekleideten, doch war der Mediziner Leopold Arzt Mitglied der zu seiner Rektorszeit bereits aufgelösten Deutschen Gemeinschaft.²⁵

Der Akademische Senat als Leitungsorgan hatte zwar die Disziplinargerichtsbarkeit an der Universität Wien inne, die Disziplinarverfahren als solche wurden jedoch von der Disziplinarkammer durchgeführt.²⁶ Die Disziplinarkammer setzte sich aus sieben Mitgliedern zusammen. Der Vorsitzende und die Beisitzer waren meistens ordentliche Professoren.²⁷ Die beiden Standsvertreter hingegen gehörten dem Stand des Beklagten an. Insbesondere dem Disziplinaranwalt kam eine wichtige Stellung zu, da die Kammer in der Regel seinem Vorschlag folgte. Die Disziplinarordnung 1922 bestimmte, dass der Akademische Senat einen Disziplinaranwalt für drei Jahre zu bestellen hatte. Dieser musste ein rechtskundiger ordentlicher Professor sein und durfte nicht dem Akademischen Senat angehören. Der Disziplinaranwalt beschäftigte sich mit jedem potenziellen Disziplinarvergehen und stellte - meist durch einen Untersuchungsführer - notwendige Erhebungen an. War der Sachverhalt ausreichend geklärt, legte er die Anzeige und seine Anträge dem Vorsitzenden der Disziplinarkammer vor. Durch seine Funktion konnte der Disziplinaranwalt folglich beeinflussen, wie eine Angelegenheit dargestellt wurde und ob die Anschuldigung weiterverfolgt wurde.

Der wohl bekannteste Disziplinaranwalt in der Zwischenkriegszeit war der Strafrechtler Wenzel Gleispach, der auch andere wichtige Ämter an der Universität Wien bekleidete und nach seiner Zwangspensionierung von der Universität Wien 1933 Karriere im nationalsozialistischen Deutschen Reich - unter

23 Vgl. die Übersicht in: Kamila Staudigl-Ciechowicz, Exkurs: Akademischer Antisemitismus, in: Thomas Olechowski/Tamara Ehs/Kamila Staudigl-Ciechowicz, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938 (Schriften des Archivs der Universität Wien 20), Göttingen 2014, 71.

24 Dabei wurde die Mitgliedschaft zu irgendeinem Zeitpunkt auch vor oder nach der Rektorswürde berücksichtigt.

25 Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 212.

26 Ausführlich zur Disziplinargerichtsbarkeit vgl. Staudigl-Ciechowicz, Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht, 351-455.

27 In der Zwischenkriegszeit gab es an der Universität weder weibliche ordentliche noch außerordentliche Professoren.

anderem als Experte für Kriegsstrafrecht - machte. In den beiden im Zuge dieses Artikels näher beleuchteten Disziplinarfällen war der Kirchenrechtler Rudolf Köstler Disziplinaranwalt. Köstler war seit 1913 zunächst Extraordinarius und ab 1923 Ordinarius für Kirchenrecht an der Juridischen Fakultät der Universität Wien.²⁸ Politisch ist Köstler schwieriger als Gleispach einzuordnen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass er Mitglied des Deutschen Klubs oder der Deutschen Gemeinschaft war. In seinem Gauakt scheint er als Mitglied des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbunds und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt auf.²⁹ Die Beurteilungen seiner Person im Gauakt fallen unterschiedlich aus: Im März 1939 wird er als „politisch völlig einwandfrei“ beschrieben, im Mai 1943 hingegen „wird darauf hingewiesen, dass Köstler als weltfremder, abstrakter Gelehrter vom Standpunkt der nationalsozialistischen Wissenschaftsauffassung abgelehnt werden muss“.³⁰ Die Tätigkeit Köstlers als Rechtsberater³¹ des Rektors der Universität Wien, Fritz Knoll, sowie seine Funktion als Universitätsrechtsrat und Mitglied des Akademischen Senats 1938 bis 1945³² lässt die Schlussfolgerung zu, dass Köstler den nationalsozialistischen Kreisen zumindest nicht offen ablehnend gegenüberstand.

Ein Blick auf die Zusammensetzung der Disziplinarkammern in den Jahren 1924 bis 1926 - also im für die untersuchten Fälle relevanten Zeitraum - zeigt, dass auch hier einige Mitglieder dem Deutschen Klub angehörten,³³ so

28 Kamila Staudigl-Ciechowicz, Kirchenrecht, in: Thomas Olechowski/Tamara Ehs/Kamila Staudigl-Ciechowicz, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938 (Schriften des Archivs der Universität Wien 20), Göttingen 2014, 323-324.

29 Vgl. Irmgard Schartner, Die Staatsrechtler der juristischen Fakultät der Universität Wien im „Ansturm“ des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main-Berlin-Bern-Bruxelles-New York-Oxford-Wien 2011, 191.

30 Zit. n. Schartner, Staatsrechtler, 191.

31 In seinem Lebenslauf, verfasst 1941 anlässlich der Wahl zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften, verweist Köstler auf seine Tätigkeit für Rektor Knoll und die Wiederbestellung durch Rektor Pernkopf. Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Personalakt Rudolf Köstler, Lebenslauf v. 26.11.1941, 3.

32 Diese Funktionen scheinen im Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Wien auf. So bspw. für das Sommersemester 1943, 24. Vgl. auch Roman Pfefferle/Hans Pfefferle, Glimpflich entnazifiziert. Die Professorenschaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren (Schriften des Archivs der Universität Wien 18), Göttingen 2014, 334.

33 Die Disziplinarkammern hatten zwar für jedes Studienjahr eine fixe Zusammensetzung, diese konnte für die einzelnen Fälle jedoch aufgrund von bspw. Krankheiten oder Ablehnungen einzelner Mitglieder variieren. Beim Fall Bayer setzte sich die Disziplinarkammer wie folgt zusammen: Ernst Schwind (DK), Konstantin Hohenlohe, Gustav Walker, Julius Wagner-Jauregg (später ersetzt durch Josef Schaffer), Friedrich Becke (DK), Wilhelm Czermak (DK, DG), Rudolf Egger (DG). Verhandlungsschrift v. 14.5.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= 256 ex 1924/25), 41. Beim Fall Brassloff sah die Zusammensetzung folgendermaßen aus: Ernst Schwind (DK), Johannes Döllner, Hans Mayer, Josef Schaffer, Alfons Dopsch (DK, DG) (später ersetzt durch Rudolf Much [DK, DG]), Karl Gottfried Hugelmann (DK), Adolf Merkl. Protokoll der mündlichen Verhandlung v. 14.12.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S. 185.340 (= GZ 104 ex 1925/26), 38.

auch der Vorsitzende der Disziplinarkammer, Ernst Schwind (Jurist, Rechtshistoriker). Auffallend ist, dass in beiden Fällen gerade bei den Standesvertretern die weiteren Mitglieder des Deutschen Klubs zu finden sind.³⁴ Wilhelm Czermak (Ägyptologe, Afrikanist) als Standesvertreter im Disziplinarfall Josef Bayer mutet fast absurd an: Czermak war nämlich nicht nur beim Deutschen Klub und der Bärenhöhle, sondern auch bei der Deutschen Gemeinschaft, gegen die Bayer in den Medien berichtete, was ihn überhaupt erst vor das Disziplinargericht brachte.

Prinzipiell war die Teilnahme an mehreren antisemitischen Gesellschaften - wie es bei Wilhelm Czermak der Fall war - nicht unüblich. Es verwundert nicht, dass es zwischen den drei Gesellschaften personelle Überschneidungen gab, hatten sie schließlich vergleichbare Ziele. So war der Ordinarius der germanischen Sprachgeschichte und Altertumskunde, Rudolf Much, sowohl Mitglied in der Bärenhöhle als auch in der Deutschen Gemeinschaft und im Deutschen Klub, ebenso der Ägyptologe Hermann Junker und der Prähistoriker Oswald Menghin.³⁵ Gerade mit dieser bestens vernetzten Gruppe ließ sich der Privatdozent für Urgeschichte und Abteilungsleiter am Naturhistorischen Museum, Josef Bayer, 1924 auf einen medial ausgetragenen Streit ein.

Der Fall Bayer

Josef Bayer³⁶ war zum Zeitpunkt der folgenschweren Auseinandersetzung bereits ein etablierter Forscher, er hatte an den Ausgrabungen der Venus von Willendorf 1908 teilgenommen. Mit der Universität Wien war er durch eine jahrelange Lehrtätigkeit verbunden. Bayer hatte ursprünglich 1911 den Antrag auf Verleihung der *Venia Legendi* auf dem Gebiet „Urgeschichte des Menschen“ eingereicht.³⁷ Sein Antrag wurde zunächst auf Eis gelegt und ihm angeraten noch weitere wissenschaftliche Arbeiten nachzureichen, da er sich bislang nur auf die Altsteinzeit konzentriert hatte.³⁸ Im März 1913 sprach sich das Professorenkollegium schließlich mit einer Gegenstimme für Bayer aus und er erhielt die Lehrbefugnis an der Universität Wien. Hauptberuflich war Bayer im Naturhistorischen Museum Wien tätig, wo er unter anderem mit dem Orientalisten Viktor Christian und dem Ethnologen Friedrich (Fritz) Röck aneinandergeriet.

Ein kurzer Blick auf die beteiligten Wissenschaftler zeigt, dass hier politische und persönliche Gegensätze, aber auch unterschiedliche Schulen

34 Im Fall Bayer waren Wilhelm Czermak (DK, DG) und Rudolf Egger (DG) die Standesvertreter, im Fall Brassloff Karl Gottfried Hugelmann (DK) und Adolf Merkl.

35 Taschwer, *Hochburg des Antisemitismus*, 112-113; Taschwer, *Geheimsache Bärenhöhle*, 230; Staudigl-Ciechowicz, *Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht*, 123.

36 Vgl. Staudigl-Ciechowicz, *Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht*, 763-770.

37 Ranzmaier, *Anthropologische Gesellschaft*, 220.

38 Ebd.

aufeinandertrafen. An dem Konflikt beteiligt waren auf der einen Seite Josef Bayer und auf der anderen Seite Othenio Abel, Eduard Brückner, Viktor Christian, Ferdinand Hochstetter, Hermann Junker, Oswald Menghin, Rudolf Much, Eugen Oberhummer, Josef Strzygowski, Richard Wettstein und Wilhelm Schmidt. Auffallend ist, dass sich unter Bayers Gegnern Vertreter verschiedener Fachdisziplinen befanden, der Urgeschichte im engeren Sinn war nur Oswald Menghin zuzuordnen. Menghin hatte sich bei Urhistoriker Moriz Hoernes 1913 habilitiert und war als dessen Nachfolger *unico loco* von der Philosophischen Fakultät Ende 1917 vorgeschlagen worden. Zwar war damals auch Josef Bayer zur näheren Auswahl gestanden, doch setzte sich Menghin³⁹ schlussendlich durch.⁴⁰ Dabei scheint der geschichtswissenschaftliche Zugang Menghins im Gegensatz zum naturwissenschaftlichen Zugang Bayers für ihn gesprochen zu haben.⁴¹ Auffallend ist, dass einige der Kommissionsmitglieder, die den Berufungsvorschlag ausgearbeitet hatten, wenige Jahre später gemeinsam mit Menghin die Bärenhöhle bildeten.⁴² Die Vermutung liegt nahe, dass sie schon 1917 Wissenschaftler ähnlicher Weltanschauung bevorzugten und Menghin somit auch in dieser Hinsicht punktete. Im Juli 1918 wurde Menghin zum Extraordinarius und bereits 1922 zum Ordinarius ernannt.

Am 25. Juli 1924 berichtete die Abendausgabe der *Neuen Freien Presse* von einem Konflikt zwischen Bayer und mehreren Universitätsprofessoren.⁴³ Der formale Streitpunkt war die Änderung der Organisation des Naturhistorischen Museums. Dabei ging es um die Aufteilung der Anthropologisch-ethnographischen Abteilung in drei eigenständige Abteilungen: eine prähistorische, eine anthropologische und eine ethnographische. Diese Neustrukturierung schwächte die Stellung Bayers im Museum und war seiner Ansicht nach auch fachlich nicht notwendig.⁴⁴ Zwar erfolgte zu dieser Zeit eine Ausdifferenzierung der Fächer im universitären Bereich, doch sah Bayer darin kein Argument für die notwendige Trennung im musealen Bereich. Anders beurteilten mehrere Universitätsprofessoren die Angelegenheit gegenüber dem Unterrichtsministerium, dem das Naturhistorische Museum unterstand. Die Frage der Teilung der Abteilung war bereits seit 1921 diskutiert

39 Zu Oswald Menghin siehe Robert Obermairs Aufsatz in diesem Band „Oswald Menghin. Eine Karriere im Zentrum schwarz-brauner Beziehungsgeflechte“.

40 Für Menghin sprachen sich insbesondere Max Dvorak, Oswald Redlich, Rudolf Much und Rudolf Pösch aus. Ranzmaier, *Anthropologische Gesellschaft*, 226.

41 Ebd.

42 Laut Ranzmaier, *Anthropologische Gesellschaft*, 227, Fn. 663 waren unter anderen Rudolf Geyer, Rudolf Much und Othenio Abel Mitglieder der Berufungskommission. Sie gehörten später zur Bärenhöhle. Taschwer, *Hochburg des Antisemitismus*, 109-112.

43 Ein Konflikt im Naturhistorischen Museum, *Neue Freie Presse*, 25.7.1924, *Abendblatt*, 2.

44 Der Konflikt im Naturhistorischen Museum, *Neue Freie Presse*, 30.7.1924, 8.

worden, insbesondere Much und Menghin dürften sich dafür eingesetzt haben.⁴⁵ Nach dem Abgang Viktor Christians vom Naturhistorischen Museum, der 1924 zum Extraordinarius an der Universität Wien ernannt wurde, entflammte die Diskussion aufs Neue.

Die *Neue Freie Presse* nannte sieben Professoren namentlich als Teilnehmer der besagten Besprechung im Unterrichtsministerium:⁴⁶ Oswald Menghin, Othenio Abel, Viktor Christian, Eduard Brückner, Rudolf Much, Hermann Junker und Ferdinand Hochstetter. Bayer ortete hinter den Änderungen in der Struktur des Museums den Versuch, ihn aus politischen Gründen zu verdrängen, da er den deutschnationalen Kreisen im Gegensatz zu den genannten Professoren nicht nahestand.⁴⁷ Nicht fachliche Argumente, sondern wissenschaftliche und politische Differenzen mit seiner Person führte Bayer als Ursache an. Den unmittelbaren Auslöser sah Bayer in der Berufung des Sozialdemokraten jüdischer Herkunft Julius Tandler zum Mitglied des von Bayer initiierten Forschungsinstituts für „Rassen- und Konstitutionsanthropologie“. Insbesondere mit Viktor Christian hatte Bayer eine konfliktgeladene Vorgeschichte. Christian war bis April 1924 für die ethnografische Sammlung zuständig. Diese war Teil der Anthropologisch-ethnographischen Abteilung unter dem Direktor Bayer. Im bereits erwähnten Artikel der *Neuen Freien Presse* vom 25. Juli 1924 wurde von früheren Auseinandersetzungen zwischen Bayer und Christian im Naturhistorischen Museum berichtet, die derart schwer waren, dass Christian Bayer zum Duell aufgefordert habe, Bayer jedoch ablehnt haben soll.⁴⁸ Bayer sah die genannten Professoren - wie die *Neue Freie Presse* berichtete - als Teil jener „Kreise, die der Deutschen Gesellschaft in Wien, die eine rein antisemitische Propaganda entfalte, nahe stehen“ und erklärte, dass „diese Kreise an der Universität eine gewisse herrschende Stellung einnehmen und ihre Entscheidungen in der Form von Diktaten fassen, wobei alle sich nicht fügenden Elemente von der Verdrängung bedroht sind“⁴⁹ - was auch für Bayer selbst zutraf.

Auch in anderen Zeitungen erschienen Berichte mit prägnanten Schlagzeilen. *Der Tag* berichtete von der „Cliqueswirtschaft an der Wiener Universität“,⁵⁰ *Der Abend* titulierte seinen Bericht „Die Hakenkreuzprofes-

45 Amtserinnerung, GZ 14875/24, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Unterricht Allg., Ktn. 3609.

46 Ein Konflikt im Naturhistorischen Museum, *Neue Freie Presse*, 25.7.1924, *Abendblatt*, 2.

47 Klaus Taschwer, Hexenjagd gegen den Mitentdecker der Venus von Willendorf, URL: <https://www.derstandard.at/story/2000064860115/hexenjagd-gegen-den-mitentdecker-der-venus-von-willendorf> (abgerufen 1.5.2022).

48 Ein Konflikt im Naturhistorischen Museum, *Neue Freie Presse*, 25.7.1924, *Abendblatt*, 2.

49 Ebd.

50 Cliqueswirtschaft an der Wiener Universität, *Der Tag*, 26.7.1924, Artikel enthalten in Disziplinarakt: UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), Beilage zu 2 lit. E.

soren“,⁵¹ das *Neue 8 Uhr Blatt* schrieb von „Hakenkreuzhetze in der Wissenschaft“.⁵² Ein Blick auf die betroffenen Professoren zeigt, dass von den elf Professoren, die an der Besprechung im Unterrichtsministerium beteiligt waren, zumindest acht nachweislich bei einer der antisemitischen und antisozialistischen Seilschaften Mitglied waren.⁵³ Zwar war Bayer nicht jüdischer Herkunft, doch eckte er mit seiner Unterstützung von Julius Tandler als prominentem Linken und „Juden“ bei den antisemitischen Kreisen an. Somit hatte Bayer mit seinen Anschuldigungen eine politische Kampagne gegen ihn zu fahren, ins Schwarze getroffen. Was er allerdings nicht bedacht hatte, war die Verletzung des Ansehens der Universität Wien durch eine von ihm dazu einberufene Pressekonferenz und das Öffentlichmachen des Konflikts am 25. Juli 1924. Vermutlich waren die weiter oben bereits erwähnten Ausführungen Ludo M. Hartmanns inspirierend für Bayers Vorgehen gegenüber der Presse. Hartmann hatte im April 1924 seinen Vortrag zur Universitätsreform publiziert und darin die Kontrolle der „Cliqueneinflüsse“ an der Universität durch „das Gegengift der Öffentlichkeit“ gefordert. Er verlangte – freilich mit Blick auf Habilitationen und Berufungen –, dass „also Öffentlichkeit im vollsten Ausmaß garantiert sein muß, damit die Auslese nicht durch andere der Wissenschaft fremde Motive beeinflusst wird“.⁵⁴ Es dauerte allerdings über drei Monate, bis Eduard Brückner gegen Bayer im Namen aller betroffenen Professoren am 11. November 1924 eine Disziplinaranzeige einbrachte. Er warf Bayer vor, durch die Anrufung der Presse nicht nur die Ehre der beteiligten Professoren verletzt zu haben, sondern auch das Ansehen der Philosophischen Fakultät und der Universität Wien als solcher.⁵⁵

Dann ging es recht schnell: Bereits am 18. November ersuchte der frisch inaugurierte Rektor und späteres Mitglied des Deutschen Klubs, Hans Sperl, den Disziplinaranwalt und Kirchenrechtler Rudolf Köstler um die Bearbei-

51 Die Hakenkreuzprofessoren, *Der Abend*, 26.7.1924. Artikel enthalten in Disziplinarakt: UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), Beilage zu 2 lit. F.

52 Hakenkreuzhetze in der Wissenschaft, *Neues 8 Uhr Blatt*, 25.7.1924, 2.

53 Othenio Abel (DK, Bärenhöhle), Viktor Christian (DK, Bärenhöhle), Ferdinand Hochstetter (DK), Hermann Junker (DG, DK, Bärenhöhle), Oswald Menghin (DG, DK, Bärenhöhle), Rudolf Much (DG, DK, Bärenhöhle), Eugen Oberhammer (DK), Richard Wettstein (DK). Vgl. Staudigl-Ciechowicz, Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht, 770; Kamila Staudigl-Ciechowicz, Die Akademie der Wissenschaften in Wien, in: Thomas Olechowski/Tamara Ehs/Kamila Staudigl-Ciechowicz, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938 (Schriften des Archivs der Universität Wien 20), Göttingen 2014, 687-700, 688-689; Taschwer, Geheimsache Bärenhöhle, 228-230.

54 Hartmann, Universitätsreform, 144. Für diesen Hinweis danke ich Klaus Taschwer.

55 Disziplinaranzeige v. 8./11.11.1924, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 1. Bei Staudigl-Ciechowicz, Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht, 764 ist das Datum der Anzeige irrtümlich mit 1.11.1924 angegeben.

tung der Anzeige.⁵⁶ Die Einvernahme Bayers gestaltete sich schwierig. Noch im November lud Köstler Bayer zu einem Gespräch ein, erst der zweiten Einladung kam Bayer nach und erschien am 28. November bei Köstler.⁵⁷ Zu der Angelegenheit wollte sich Bayer nicht äußern, um dem laufenden Verfahren beim Verwaltungsgerichtshof nicht zu schaden. Bayer hatte sich gegen die Verfügung des Unterrichtsministeriums, die er als „Einschränkung seines Wirkungskreises“ sah, mit Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gewandt.⁵⁸ Rund eine Woche vor der Einvernahme hatte das *Salzburger Volksblatt* berichtet, dass die Angelegenheit Bayer wohl meritorisch vor dem Verwaltungsgerichtshof verhandelt werde, da das Unterrichtsministerium um eine Stellungnahme ersucht worden war.⁵⁹ Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes dürfte Anfang 1925 gefallen sein. Am 9. Jänner berichtete das *Salzburger Volksblatt*, dass „der Beschwerde nicht stattgegeben wurde“.⁶⁰ Bayer wollte sich dem Disziplinaranwalt gegenüber trotzdem eindeutig kooperationswillig zeigen und verfasste am Tag nach seinem Gespräch mit Köstler einen Brief, worin er Köstler anbot, sich schriftlich zu den Vorwürfen der Verletzung des Ansehens der Universität zu äußern. Bei einer mündlichen Erörterung befürchtete Bayer, die Amtsverschwiegenheit eventuell zu verletzen, insbesondere da es sich nicht um inneruniversitäre Angelegenheiten handelte.⁶¹ Trotz der Zusicherungen Köstlers bezüglich der Verschwiegenheit verweigerte Bayer die mündliche Einvernahme. Selbst der Hinweis, dass diese Weigerung ein weiteres Disziplinar delikt darstelle, da sie als Versuch, sich der Verantwortung zu entziehen, gewertet werde,⁶² konnte Bayer nicht zu einem Gespräch bewegen. Schlussendlich wurde sowohl Bayers Verhalten der Presse gegenüber als auch seine anfangs fehlende Bereitschaft, an dem Verfahren mitzuwirken, zum Anklagepunkt im Disziplinarverfahren gemacht.

Bemerkenswert ist, dass in der Disziplinkammer, die Bayers Fall behandelte, beide Standesmitglieder eine Verbindung zur Deutschen Gemeinschaft aufweisen. Wilhelm Czermak war insgesamt bestens vernetzt, im Oktober

56 Rektor an den Disziplinaranwalt, 18.11.1924, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 3b.

57 Protokoll v. 28.11.1924, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 6.

58 Die Reorganisation des Naturhistorischen Museums, *Neues Wiener Journal*, 4.9.1924, 10.

59 Direktor Bayers Klage, *Salzburger Volksblatt*, 20.11.1924, 3.

60 Die neuen Unterabteilungen im Naturhistorischen Museum, *Salzburger Volksblatt*, 9.1.1925, 6. In der Sammlung der Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes aus 1925 findet sich der Fall nicht.

61 Bayer an Köstler, 29.11.1924, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 7.

62 Köstler an Bayer, 1.12.1924, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 8.

1924, also noch vor der Disziplinaranzeige, war er als Mitglied im Deutschen Klub aufgenommen worden,⁶³ auch in der Bärenhöhle und der Deutschen Gemeinschaft war er verankert. Somit verwundert es nicht, dass die Deutsche Gemeinschaft Informationen aus erster Hand über den Verlauf des Verfahrens hatte. Der zweite Standesvertreter, Rudolf Egger, wurde erst 1926 in die Deutsche Gemeinschaft aufgenommen.⁶⁴ Inwiefern seine Zusammenarbeit mit Czermak im Fall Bayer dafür ausschlaggebend war, kann freilich nur vermutet werden. Klar ist, dass Bayer die Verbindung der beiden Standesvertreter zu den antisemitischen Seilschaften unbekannt sein musste, denn er hatte das Recht, zwei Mitglieder der Disziplinkammer ohne Angabe von Gründen abzulehnen, nahm jedoch davon keinen Gebrauch.

Mitte Mai 1925 fand die mündliche Disziplinarverhandlung statt. Der Disziplinaranwalt beantragte den Entzug der Lehrbefugnis, was die Disziplinkammer einstimmig annahm.⁶⁵ Zwei Monate später folgte der Akademische Senat, ebenfalls einstimmig, dem Urteilsvorschlag der Kammer.⁶⁶ Der Entzug der Lehrbefugnis war die höchste Disziplinarstrafe gegen Privatdozent:innen, jedoch nicht unüblich in ähnlichen Fällen.⁶⁷ Äußerungen in Medien, die geeignet waren, das Ansehen der Universität zu schädigen, wurden in der Regel sehr streng geahndet. Bayer ergriff dagegen Rechtsmittel, das Unterrichtsministerium senkte schlussendlich das Strafausmaß herab und verhängte 1927 statt einer vollständigen Aberkennung der Lehrbefugnis eine auf drei Jahre befristete Entziehung der *Venia Legendi*.⁶⁸

Es bleibt die Frage, was steckte wirklich hinter dem Angriff auf Bayer? Hier zeigen die wenigen erhaltenen Protokolle der Deutschen Gemeinschaft die Motive für die gegen Bayer gerichteten Aktionen. So heißt es im Protokoll der Sitzung vom 4. Dezember 1925,⁶⁹ zwei Monate nach der Rechtsmittelerhebung, wie folgt:

„Czermak beantragt Eingreifen wegen Direktor Doz. Bayer, der wegen unerhörter Angriffe auf die Universität u. Professoren der *venia legendi* entkleidet wurde, aber rekurierte u. daher noch liest. Charakter Bayers

63 *Mitteilungen des Deutschen Klubs*, 10/1924.

64 Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*, 112.

65 Beratungsprotokoll der Disziplinkommission v. 14.5.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 42.

66 Beratungsprotokoll des Akademischen Senats v. 16.7.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 44.

67 Vgl. Staudigl-Ciechowicz, *Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht*, 437-438.

68 Schreiben des Unterrichtsministeriums v. 27.8.1927, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 54.

69 Sitzung der Deutschen Gemeinschaft (Fachgruppe Hochschulen) v. 4.12.1925, Transkription abgedruckt in: Huber, *Antisemitische Schaltzentrale*. Hervorhebungen im Original.

schlecht, politischer Utilitarier, ungerad freundlich, jetzt stark rot, sehr gefährlich, wenn er Direktor des neuen Museums u. der Hofburg wird. Ministerium soll Senatsbeschluss bestätigen! - Alle für energische Betreuung. Durch Junker bei Minister, Gleispach bei Senat. - Korrespondenz! (Anfrage in der Presse).“

Den Bericht zum Fall Bayer erstattete also der Standesvertreter im Disziplinarverfahren, Wilhelm Czermak. Deutlich wird dadurch, dass es sich tatsächlich, wie Bayer vermutete, nicht primär um wissenschaftliche Überlegungen handelte, sondern um die Degradierung seiner Person. Die Deutsche Gemeinschaft bezeichnete Bayer als „ungerad freundlich“ - den Ausdruck „Ungerade“ verwendete die Deutsche Gemeinschaft stets bei Personen, die aus politischen, rassistischen oder ideologischen Gründen nicht in ihr Weltbild passten. Auch wurde er als sozialdemokratisch und somit politischer Gegner abgelehnt. Wie auch im Protokoll ausgeführt: Da die Entscheidung des Akademischen Senats nicht rechtskräftig war, konnte Bayer ungehindert Lehrveranstaltungen abhalten, was der Deutschen Gemeinschaft ein Dorn im Auge war. Folglich wurden Interventionen beim Unterrichtsministerium und beim Akademischen Senat beschlossen, um die Bestätigung des Disziplinarurteils zu beschleunigen. Bei Unterrichtsminister Emil Schneider sollte der Ägyptologe Hermann Junker urgieren. Dass diese Aufgabe gerade Junker zufiel, könnte damit zusammenhängen, dass Junker Kontakte zum Cartellverband (CV) hatte, worauf die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft der Studentenverbindung Austria an Junker Anfang Juni 1926 bei der 50-jährigen Gründungsfeier hinweist.⁷⁰ Gleichzeitig erhielt auch Unterrichtsminister Schneider, der durch die Mitgliedschaft in der Studentenverbindung Leopoldina bereits CV-Mitglied war, das Ehrenband Austrias.⁷¹

Der bereits erwähnte Wenzel Gleispach hingegen wurde aufgefordert, beim Akademischen Senat den Fall aufzuwerfen. Zwar scheint er auf der Mitgliederliste der Deutschen Gemeinschaft bei den Hochschullehrern nicht auf, doch ist davon auszugehen, dass Gleispach mehr als nur ein informierter Beobachter war. Für seine Mitwirkung an der Deutschen Gemeinschaft spricht einerseits seine ideologische Nähe; Gleispachs „Radauantisemitismus“⁷² war

70 Austrias Jubelfest, Salzburger Chronik, 8.6.1926, 3. Hermann Junker scheint in der Datenbank des Österreichischen Cartellverbands als ausgeschiedenes Mitglied auf: Gerhard Hartmann, Hermann Junker, URL: <https://oecv.at/Biolex/Detail/10909098> (abgerufen 1.5.2022).

71 Austrias Jubelfest, Salzburger Chronik, 8.6.1926, 3. Emil Schneider scheint in der Datenbank des Österreichischen Cartellverbands als Mitglied auf: Gerhard Hartmann, Emil Schneider, URL: <https://oecv.at/Biolex/Detail/12100903> (abgerufen 1.5.2022).

72 Gleispach ohne ..., *Arbeiter-Zeitung*, 8.8.1930, 3.

auch nichtuniversitären Kreisen bekannt.⁷³ Andererseits war Gleispach innerhalb und außerhalb der Universität bestens vernetzt, sodass er für allfällige Interventionen für die Deutsche Gemeinschaft von großem Nutzen sein konnte. Wie die Intervention Gleispachs im konkreten Fall ausgestaltet war, kann nur vermutet werden. Im Dezember 1925 war Gleispach Dekan der Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät und war somit ein Mitglied des Akademischen Senats. Dass gerade er, obwohl er als Dekan der juristischen Fakultät für Bayer nicht zuständig war und in diesem Studienjahr auch keinerlei Funktionen in der Disziplinarkammer innehatte, für diese Aufgabe ausgewählt wurde, lag vermutlich daran, dass im Studienjahr 1925/26 kein Mitglied der Deutschen Gemeinschaft im Akademischen Senat saß und Gleispach mit dieser Clique ausreichend gut vernetzt war, dass man an ihn herantrat. Die Angelegenheit Bayer wurde im Sommersemester 1926 tatsächlich im Akademischen Senat verhandelt. Zu Semesterende wurde schlussendlich das Unterrichtsministerium aufgefordert, den Fall ehestens zu erledigen,⁷⁴ da durch das Weiterlehren Bayers das Ansehen der Universität leide. Diese Aufforderung wiederholte der Akademische Senat ein halbes Jahr später,⁷⁵ da die Reaktion des Unterrichtsministeriums auf sich warten ließ. Die Entscheidung des Ministers Richard Schmitz, der in der Zwischenzeit zum Unterrichtsminister ernannt worden war, erfolgte erst im August 1927.⁷⁶ Das Disziplinarerkenntnis des Akademischen Senats wurde zwar in puncto der Schuldfrage bestätigt, doch milderte der Unterrichtsminister die Strafe auf eine dreijährige Entziehung der Lehrbefugnis ab.

Abschließend soll ein Blick auf die Folgen der Angelegenheit Bayer außerhalb der Universität geworfen werden. Die organisatorischen Änderungen im Naturhistorischen Museum führten nicht nur zu Streitigkeiten Bayers mit den beteiligten Universitätsprofessoren, auch innerhalb des Naturhistorischen Museums war die Situation konfliktbeladen. Zwischen Bayer als Direktor der Prähistorischen und Anthropologischen Abteilung und Friedrich Röck als Leiter der Ethnographischen Abteilung kam es zu Auseinandersetzungen, die in einer Ehrenbeleidigungsklage Röcks gegen Bayer gipfelten.⁷⁷ Röck war bereits seit 1920 als Assistent an der ethnographischen Sammlung

73 Kamila Staudigl-Ciechowicz, Strafrecht und Strafprozessrecht, in: Thomas Olechowski/Tamara Ehs/Kamila Staudigl-Ciechowicz, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938 (Schriften des Archivs der Universität Wien 20), Göttingen 2014, 420-463, 426-432.

74 Rektor an das Unterrichtsministerium, 3.7.1926, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 52.

75 Rektor an das Unterrichtsministerium, 27.12.1926, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 53.

76 Erledigung v. 27.8.1927, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.321 (= GZ 256 ex 1924/25), 54.

77 Der Konflikt in der Leitung des Naturhistorischen Museums, *Reichspost*, 22.11.1924, 10.

beschäftigt,⁷⁸ als im April 1924 der Leiter der Ethnographischen Abteilung, Viktor Christian, eine außerordentliche Professur an der Universität Wien annahm, stieg Röck im Dezember 1925 zum Leiter der Abteilung auf.⁷⁹

In weiterer Folge war die Frage entscheidend, wer Direktor des künftigen Museums für Völkerkunde werden sollte. Ausgerechnet Teile der von Bayer ursprünglich geleiteten Abteilung sollten in die nahegelegene Neue Burg ziehen und dort organisatorisch vom Naturhistorischen Museum getrennt ein neues und eigenständiges Museum ausmachen.⁸⁰ Die Bestrebungen der Deutschen Gemeinschaft gingen dahin, eine mögliche Einsetzung Bayers als Direktors zu verhindern, wie sich aus der Passage, „sehr gefährlich, wenn er Direktor des neuen Museum[s]“, im bereits erwähnten Protokoll ergibt. Schließlich sah ihn dieser Geheimbund als „stark rot“ und somit politisch unerwünscht an. Ziel war es stattdessen, Friedrich Röck an der Spitze des Museums zu installieren. Dass dabei weniger wissenschaftliche Kompetenzen und primär ideologische Gedanken im Vordergrund standen, ergibt sich aus mehreren Faktoren. Röck war seit Ende 1924 Mitglied des Deutschen Klubs,⁸¹ somit ganz auf weltanschaulicher Linie der Professoren-Clique. Auch persönlich war Röck mit den beteiligten Professoren bestens bekannt. Bereits 1923 brachte er den Antrag auf Habilitation an der Wiener Philosophischen Fakultät ein und das zuständige Professorenkollegium holte ein externes Gutachten des Amerikanisten Walter Lehmann ein. Dieses fiel äußerst negativ aus, schadete Röck letzten Endes jedoch nicht.⁸² Zwar wurde es in der Habilitationskommission verlesen, allerdings gänzlich ignoriert. Stattdessen ging man dazu über, Röck zu habilitieren. Kennzeichnend dafür ist die Aussage des Kunsthistorikers Josef Strzygowski, der sich aus „persönlichen Gründen“ für Röck aussprach.⁸³ Wie der Sozialanthropologe Peter Rohrbacher treffend feststellt, sicherten Röck „nicht seine professionellen Fähigkeiten, sondern seine Nähe zu deutschnationalen Netzwerken“ die Habilitation.⁸⁴

Ein Blick auf die weiteren Entwicklungen im Bereich der Museumslandschaft zeigt, dass die Teilung der Anthropologisch-ethnographischen Ab-

78 Peter Rohrbacher, *Encrypted Astronomy, Astral Mythologies, and Ancient Mexican Studies in Austria, 1910-1945*, in: *Rev. antropol* (Sao Paulo, Online) 62 (2019) 1, 144-165, 148.

79 Rohrbacher, *Encrypted Astronomy*, 149.

80 Ranzmaier, *Anthropologische Gesellschaft*, 253-254.

81 *Mitteilungen des Deutschen Klubs*, 11/1924.

82 Rohrbacher, *Encrypted Astronomy*, 146; Peter Rohrbacher, „Verschollene Kulturzusammenhänge“: Der Altorientalist und Altamerikanist Friedrich Röck und seine Stellung in der NS-Zeit, in: Andre Gingrich/Peter Rohrbacher (Hg.), *Völkerkunde zur NS-Zeit aus Wien (1938-45)* Bd. 2, Wien 2021, 585-666, 600-601.

83 Zit. n. Rohrbacher, *Encrypted Astronomy*, 146; Rohrbacher, „Verschollene Kulturzusammenhänge“, 601.

84 Rohrbacher, *Encrypted Astronomy*, 146; Rohrbacher, „Verschollene Kulturzusammenhänge“, 601.

teilung tatsächlich zur Bildung eines neuen Museums führte.⁸⁵ Im Mai 1928 wurde das Museum für Völkerkunde eröffnet, das sich unter anderem aus der ethnographischen Sammlung des Naturhistorischen Museums speiste.⁸⁶ Zum Leiter des Museums für Völkerkunde wurde schlussendlich tatsächlich Friedrich Röck bestellt. Die fachliche Ausdifferenzierung erfolgte parallel auch auf den Universitäten. Während noch 1925 an der Universität Wien einerseits das Anthropologisch-Ethnographische Institut unter Otto Reche und das Urgeschichtliche Institut unter Oswald Menghin operierten, ist im Verzeichnis der akademischen Behörden und Lehrpersonen der Universität Wien für das Studienjahr 1929/30 bereits die Teilung, so wie sie auch im Naturhistorischen Museum durchgeführt wurde, ersichtlich:⁸⁷ Nebeneinander bestanden das Anthropologische Institut unter Josef Weninger, das Urgeschichtliche Institut unter Oswald Menghin und das Institut für Völkerkunde unter Wilhelm Koppers.

Angesichts der skizzierten Entwicklung können sachliche Gründe für die Trennung der Abteilungen am Naturhistorischen Museum zwar nicht von der Hand gewiesen werden, doch gerade diese disziplinäre Ausdifferenzierung bedurfte einer politischen und personellen Absicherung. Auffallend ist, dass die Leitungspositionen dieser neuen Einheiten mit Wissenschaftlern besetzt wurden, die in einer Verbindung zu den Professoren standen, die in der Causa Bayer beteiligt waren. Zum Vorstand des Instituts für Völkerkunde wurde Pater Wilhelm Koppers bestellt. Er war ein enger wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ethnologen Wilhelm Schmidt,⁸⁸ der sich in der Zwischenkriegszeit „als Antisemit und Antidemokrat sowie als Anhänger der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur hervorgetan“ hatte.⁸⁹ Und zum Vorstand des Anthropologischen Instituts wurde Josef Weninger ernannt, dessen Berufung auf die Nachfolge Reches 1927 stark von Eugen Oberhammer, Oswald Menghin und Othenio Abel unterstützt wurde.⁹⁰

Der Fall Brassloff

Die bereits erwähnte Sitzung der Deutschen Gemeinschaft vom Dezember 1925 ist auch in Hinblick auf den hier näher zu beleuchtenden zweiten Diszi-

85 Zur Entstehung des Museums für Völkerkunde vgl. Christian F. Feest, Das Museum für Völkerkunde, in: Kurt Binder/Christian F. Feest (Hg.), Das Museum für Völkerkunde in Wien, Salzburg 1980, 13-34.

86 Zur Eröffnung des neuen Museums für Völkerkunde in Wien, *Reichspost*, 26.5.1928, 7.

87 Rektorat der Universität (Hg.), Die Akademischen Behörden, Professoren, Privatdozenten, Lehrer, Beamten usw. an der Universität zu Wien für das Studienjahr 1929/30, Wien 1929, 85-86.

88 Andre Gingrich, Die Geschichte des Instituts seit 1900: Ein Überblick, URL: <https://ksa.univie.ac.at/institut/geschichte> (abgerufen 17.5.2021).

89 Taschwer, Hochburg des Antisemitismus, 252.

90 Ranzmaier, Anthropologische Gesellschaft, 248-250.

plinarfall aufschlussreich. Dieser Fall war an der Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät angesiedelt. Im Gegensatz zur Philosophischen Fakultät gehörten nur wenige Mitglieder der juristischen Fakultät der Deutschen Gemeinschaft an. Weitaus größer war die Zahl der Juristen im Deutschen Klub.⁹¹ Aus den erhaltenen Protokollen der Deutschen Gemeinschaft geht hervor, dass der Nationalökonom Othmar Spann sich äußerst aktiv an den Aktionen des Geheimbundes beteiligte.⁹² Spann war ebenfalls Mitglied im Deutschen Klub, wie auch sein Kollege, der Strafrechtler Wenzel Gleispach, der auch in dessen Vorstand saß.⁹³

Auch im Fall Brassloff⁹⁴ bezeugen die Protokolle die Involvierung der Deutschen Gemeinschaft. Stephan Brassloff hatte sich bereits 1903 an der Universität Wien habilitiert und ab diesem Zeitpunkt regelmäßig Lehrveranstaltungen an der juristischen Fakultät abgehalten.⁹⁵ 1919 wurde Brassloff zum außerordentlichen Professor ernannt, eine ordentliche Professur blieb ihm als Jude jedoch in der Zwischenkriegszeit verwehrt. Kurz bevor ein Lehrstuhl in seinem Fachgebiet durch die Emeritierung eines Fachkollegen frei wurde, hetzten 1925 die „völkischen“ Studierenden gegen Brassloff. Dieser war als Vortragender sehr beliebt und soll einen lebhaften Stil gehabt haben. In seinen Lehrveranstaltungen machte er vereinzelt zweideutige oder nach heutigem Verständnis sexistische Witze.⁹⁶ Bis zum Sommersemester 1925 störte sich niemand daran und das, obwohl Brassloff zehn bis 16 Stunden wöchentlich vortrug.⁹⁷ Dieser Umstand änderte sich schlagartig im Sommer 1925, als „völkische“ Studenten Brassloffs Vortragsstil und seine Äußerungen als „mit der Auffassung über die deutsche Sitte“⁹⁸ unvereinbar anprangerten, im September 1925 den Akademischen Senat informierten und eine Reihe von vermeintlichen Äußerungen Brassloffs vor dem Disziplinaranwalt Rudolf Köstler zu Protokoll gaben. Bereits Ende August 1925 hetzte die antisemitische Deutsche Arbeiterpresse anlässlich dieser Vorwürfe gegen Brassloff, bezeichnete sein Verhalten als „asiatisch-jüdische Schweinereien“, ihn selbst

91 Vgl. dazu den Aufsatz von Ilse Reiter-Zatloukal „Antisemitische Vernetzungen von Juristen in der Zwischenkriegszeit“ in diesem Band.

92 Die Transkription der Protokolle ist abgedruckt bei: Huber, Antisemitische Schaltzentrale.

93 *Mitteilungen des Deutschen Klubs*, 2/1930, 1.

94 Vgl. Franz Stefan Meissel, Römisches Recht und Erinnerungskultur - zum Gedenken an Stephan Brassloff (1875-1943) (Vienna Law Inauguration Lectures 1), Wien 2008, II-16; Staudigl-Ciechowicz, *Habilitations- und Disziplinarrecht*, 540-546.

95 Kamila Staudigl-Ciechowicz, „Judenrein“? Zum Antisemitismus an der Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät vor 1938, in: *Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs* 11 (2021), 100-118, 110.

96 Eine Aufzählung der ihm vorgeworfenen Aussagen, die er zum Teil im Disziplinarverfahren zugab, findet sich in: Staudigl-Ciechowicz, *Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht*, 543-544.

97 Das ergibt sich aus den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Wien aus den 1920er-Jahren.

98 Eingabe v. 24.9.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S. 185.340, 2.

Bilder online nicht verfügbar.

Links: Josef Bayer wurde im niederösterreichischen Oberhollabrunn geboren. In die Wissenschaftsgeschichte ging er auch als Entdecker der „Venus von Willendorf“ ein. *Rechts:* Der in Wien geborene Stephan Brassloff im Jahr 1936. Er und seine Frau wurden 1942 in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert, wo sie auch beide bald danach verstarben. | *Österreichische Nationalbibliothek*

als „anthropoide[s] Lebewesen“ sowie „Verherrlicher der Syphilis und des ausserehelichen Verkehrs“ und forderte die Pensionierung aller „jüdischen“ Professoren.⁹⁹ In den folgenden Wochen nahmen weitere Zeitungen dieses Thema auf. Als Reaktion auf diese Zeitungsartikel brachte Brassloff Ende September 1925 eine Selbstanzeige beim juristischen Dekanat ein, was eine übliche Vorgehensweise in Fällen war, „wenn ehrenrührige Gerüchte oder Vorwürfe über die betroffene Person im Umlauf waren.“¹⁰⁰ Ziel einer Selbstanzeige war es, durch eine Disziplinaruntersuchung diese Anschuldigungen offiziell zu entkräften, was jedoch nicht immer gelang.

Anfang November 1925 beschloss die Disziplinarkammer ein Disziplinarverfahren gegen Brassloff einzuleiten, als Untersuchungsführer für die Voruntersuchung wurde der Völkerrechtler Alexander Hold-Ferneck bestellt, der im Herbst 1924 als Mitglied in den Deutschen Klub aufgenommen worden war.¹⁰¹ Einen Monat später, am 1. Dezember 1925, tagte die Disziplinarkammer. Die Voruntersuchung war abgeschlossen und die Disziplinarkammer

99 Talmudlehre an der Alma Mater, Deutsche Arbeiterpresse, 1.8.1925.

100 Staudigl-Ciechowicz, Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht, 374.

101 *Mitteilungen des Deutschen Klubs*, 10/1924.

setzte den Termin für die mündliche Verhandlung des Falles Brassloff fest.¹⁰² Brassloff zog den Anwalt und sozialdemokratischen Abgeordneten Arnold Eisler zur Unterstützung heran.¹⁰³ Vorgeworfen wurden ihm zwanzig Äußerungen, die für den Fall ihrer Richtigkeit „die Würde eine[s] Universitätslehrers und die akademische Disziplin verletzte[n].“¹⁰⁴ Dabei handelte es sich um Aussagen wie: „In jeder Allianz gibt es einen Reiter und ein Pferd; in der Ehe ist der Mann der Reiter, die Frau das Pferd. [...] Die Dreikinder-Ehe ist die beste, beim dritten Mal gelingt’s am besten.“¹⁰⁵

Noch vor der mündlichen Verhandlung der Disziplinarkammer fand die bereits erwähnte Sitzung der Deutschen Gemeinschaft statt. Den Vorsitz führte Othmar Spann, die Angelegenheit Brassloff wurde ausgiebig besprochen. Das Protokoll hielt fest:

„Prof. Brasslow [sic!]: hat Jahrelang über röm. Recht lesen [sic], die un-erhörtesten Witze gemacht. Studentenführer Kolbe wollte Krawall machen, Spann hatte geraten, er solle nur notieren. Körber rollte das ganze nochmals auf und ging etappenweise schärfer vor. Jetzt denkt man an eine 2semestrige Suspendierung.

Kelsen hat sich zur Verteidigung gemeldet; er ist sehr geschickt und daher gefährlich. Körber griff wieder in der Presse an („wenn der Bettauer ist Kelsen den Bettauerist Brasslow verteidigt, wird sich ein Rotstock [sic] finden ...“; darauf legte K. die Verteidigung nieder. Man muß jetzt gut nachhelfen! Alles aufbieten, um Br. ganz zu amovieren.

Alles stimmt bei!

Zehentbauer will mit Döller sprechen (Disz. senat).

Spann hat in Graz die Studenten ersucht, zu unterstützen.

Die christl. Studenten hier wollten durch eine Deputation einwirken.

Es soll eine 10 gliedrige Deputation zu den Funktionären gehen: (Schwindt, Gleispach, Rektor, Minister etc).

Imendörffer: nach d. Wr. Morgenzeitung wurde Br. ‚nach Jerusalem berufen‘. Energische Bekämpfung Brasslows durch Amovierung auf immer!¹⁰⁶

102 Es wurden zwei Termine beschlossen, da Brassloff um schnelle Erledigung bat, schlug die Kammer den 10.12.1925 bzw. falls dies für Brassloff zu kurzfristig sei den 17.12.1925 vor. Schlussendlich fand die mündliche Verhandlung am 14.12.1925 statt. Protokoll der Disziplinarkammer v. 1.12.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.340 (= GZ 104 ex 1925/26), 27.

103 Vollmacht v. 16.11.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.340 (= GZ 104 ex 1925/26), Beilage zu 21.

104 Protokoll der mündlichen Verhandlung v. 14.12.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.340 (= GZ 104 ex 1925/26), 38/1.

105 Protokoll der mündlichen Verhandlung v. 14.12.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.340 (= GZ 104 ex 1925/26), 38/2.

106 Protokoll v. 4.12.1925, zit. n. Huber, Antisemitische Schaltzentrale, 25-26, auch abgedruckt bei: Michael Siegert, Numerus Juden raus, in: Forum 241 (1974), 35-37. Unterstreichung im Original.

Klar geht aus dem Protokoll hervor, dass eine Aktion gegen Brassloff bereits länger geplant war. Der erwähnte Studentenführer Walter Kolbe hatte Anfang 1925 sein Studium der Staatswissenschaften bereits beendet.¹⁰⁷ Informationen zum Disziplinarverfahren konnte Alfons Dopsch geliefert haben, der ein Mitglied in der Deutschen Gemeinschaft¹⁰⁸ und Beisitzer im Verfahren gegen Brassloff war. Das Protokoll zeigt deutlich die Schritte der antisemitischen Hetzkampagne und die akkordierten Aktionen zwischen den Vertretern der Studentenschaft, insbesondere Robert Körber,¹⁰⁹ der antisemitischen Presse und den Mitgliedern der Deutschen Gemeinschaft, die ihren Einfluss gegen Brassloff spielen ließen. So hieß es im Protokoll „Alles aufbieten, um Br[assloff] ganz zu amovieren.“¹¹⁰ Folglich mussten noch weitere Kontakte in die Disziplinarkammer gesichert werden, um dieses Ziel zu erreichen. Franz Zehentbauer, Theologe und Mitglied der Deutschen Gemeinschaft, erklärte sich bereit, mit dem Theologen Johannes Döllner zu sprechen, der in der Angelegenheit Brassloff Mitglied in der Disziplinarkammer war. Wenige Tage nach der Sitzung der Deutschen Gemeinschaft erkrankte Alfons Dopsch, doch auch sein Ersatzmann, der Germanist Rudolf Much, war ein Mitglied der Deutschen Gemeinschaft.¹¹¹

Gleichzeitig wurde in der antisemitischen Presse gehetzt und gedroht, ganz besonders sollte der Staatsrechtler Hans Kelsen¹¹² von einer weiteren Intervention abgehalten werden, da ihn die antisemitischen Kreise als „sehr geschickt und daher gefährlich“, wie es im Protokoll hieß, hielten. Nicht vergessen war wohl Kelsens erfolgreiche Verteidigung des Physikers Karl Horowitz im Disziplinarverfahren ein Jahr zuvor, gegen den die antisemitischen Seilschaften intrigiert hatten.¹¹³ Ähnliche Zeitungsartikel, wie jener von Körber laut Protokoll initiiert, wurden im November 1925 in der *Deutschen Arbeiterpresse* veröffentlicht¹¹⁴ und bedrohten Kelsen ganz offen:

107 UAW, J RA St 245.

108 Huber, Antisemitische Schaltzentrale, II, Fn. 41.

109 Vgl. zu ihm den Vortrag zu „Radikalisierung der Gebildeten. Das Institut zur Pflege deutschen Wissens und das Kulturamt der Deutschen Studentenschaft“ von Andreas Huber im Rahmen der Tagung „Antisemitische und politische Netzwerke in der Zwischenkriegszeit“, URL: https://www.youtube.com/watch?v=vf4BI9bw1_c (abgerufen 1.5.2022).

110 Protokoll v. 4.12.1925, zit. n. Michael Siegert, Numerus Juden raus, in: Forum 241 (1974), 35-37, 36; auch abgedruckt bei: Huber, Antisemitische Schaltzentrale, 25. Unterstreichung im Original.

111 Schreiben des Vorsitzenden der Disziplinarkammer an Rudolf Much v. 9.12.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.340 (= GZ 104 ex 1925/26), Beilage zu 36.

112 Vgl. zu Kelsen in diesem Band: Péter Techet, Hans Kelsen als Zielscheibe: Antisemitismus im Kontext der rechtswissenschaftlichen Debatten der Ersten Republik.

113 Thomas Olechowski, Hans Kelsen. Biographie eines Rechtswissenschaftlers, Tübingen 2020, 401. Dokumentation des Disziplinarfalles Horowitz vgl. Staudigl-Ciechowicz, Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht, 540-546. Zur trotzdem erfolglosen Habilitation von Horowitz vgl. Taschwer, Hochburg des Antisemitismus, 106-109.

114 Das Asiatentum an der Alma mater, Wienbibliothek im Rathaus, Tagblattarchiv, TS 1233.

„Sollte der Asiate Kelsen es durch die Schlappeheit der Behörden erreichen, daß der Asiate Brassloff an der deutschen Kulturstätte wieder seine schweinischen Kabarettwitze vortragen kann, dann wird sich in Wien etwas tun, was Wien noch nicht gesehen hat! Wir warnen die Behörden, die es in der Hand haben, verbrecherische Wüstensöhne zu beseitigen!“¹¹⁵

Das genaue Ausmaß von Kelsens Unterstützung ist nicht dokumentiert, doch soll er Brassloff zumindest Arnold Eisler als Verteidiger organisiert haben.¹¹⁶

In der mündlichen Verhandlung zeigte sich Brassloff reuig, er versicherte, keine „böse, obszöne“ Absichten mit Witzen, die er in seiner Lehrveranstaltung gemacht hatte, verfolgt zu haben. Er gab an, die meisten inkriminierten Äußerungen „unter grösserer oder geringerer Abänderung“ getätigt zu haben. Rückblickend bewertete er einige seiner Äußerungen als „sehr geschmacklos“, doch betonte er, „nie eine Auffassung vertreten“ zu haben, „die irgendwie mit der herrschenden Moral im Widerspruch“ stehe.¹¹⁷ Schlussendlich schlug die Disziplinarkammer einstimmig die Strafe der Rüge vor. Der Akademische Senat folgte einstimmig diesem Vorschlag.¹¹⁸ Brassloff lehrte bis zu seiner Vertreibung aus Österreich durch die Nationalsozialisten 1938 an der Wiener Fakultät. Seine Karrierechancen auf ein Ordinariat waren jedoch durch die Angelegenheit 1925 bereits früh verunmöglicht worden – die Deutsche Gemeinschaft hatte somit zumindest einen Teilsieg errungen, in den Protokollen wurde der Fall als „nun erledigt“ verbucht.¹¹⁹

Resümee

Angesichts der günstigen Quellenlage lässt sich für die Disziplinarverfahren gegen Josef Bayer und Stephan Brassloff die Involvierung der Deutschen Gemeinschaft in die Disziplinarfälle anhand der Protokolle der Sitzungen nachweisen. Sie zeigen die weitreichenden Interventionsmöglichkeiten der antisemitischen Seilschaften an der Universität Wien auf. Erfolg stellte sich bei manchen Interventionen wie im Fall Bayer erst verzögert ein und manche Versuche, jüdische und andersdenkende Hochschullehrer gänzlich von den Universitäten zu beseitigen, scheiterten zuweilen. Trotzdem hatten die antisemitischen Netzwerker und ihre Aktionen im studentischen und medialen

115 Ebd. Hervorhebung im Original durch Sperrung.

116 Interview mit Friedrich Lothar Brassloff, geführt von Konstantin Kaiser, 12.10.1984, Typoskript im Leo Baeck Institute Archives, digitalisiert.

117 Protokoll der mündlichen Verhandlung v. 14.12.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.340 (= GZ 104 ex 1925/26), 38/8.

118 Beratungsprotokoll des Akademischen Senats v. 8.1.1926, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.340 (= GZ 104 ex 1925/26), 43.

119 Protokoll v. 4.2.1926, abgedruckt bei Huber, Antisemitische Schaltzentrale, 28.

Bereich die Macht, akademische Karrieren zu zerstören bzw. den universitären Alltag ihrer Opfer wesentlich zu erschweren. Stephan Brassloff erklärte in der mündlichen Verhandlung seiner Disziplinarangelegenheit, dass die vergangenen Monate „zu den ärgsten [s]eines Lebens gehör[t]en“¹²⁰. Anhand beider Fälle lässt sich auch deutlich die Einwirkung der Mitglieder der antisemitischen Cliques auf die universitären Abläufe festmachen. Während sie manche Aktionen selbst ausführten, bedienten sie sich bei anderen ihrer Kontakte aus der Studentenschaft, der eigenen Fakultät, des Unterrichtsministeriums oder der Presse. Gerade zu den außeruniversitären Schnittstellen und persönlichen Verflechtungen benötigt es noch weiterer Forschung.

¹²⁰ Protokoll der mündlichen Verhandlung v. 14.12.1925, UAW, Sonderreihe Disziplinarakten, Senat S 185.340 (= GZ 104 ex 1925/26), 38/8.

Ilse Reiter-Zatloukal

Antisemitische Vernetzungen von Juristen in der Zwischenkriegszeit

Eine Spurensuche

Der Juristenstand befand sich sowohl in der Habsburgermonarchie als auch in der Zeit nach 1918 in besonderer und vielfältigster Weise in Beziehung zum Antisemitismus. Zum einen waren Juristen oft in gesellschaftspolitisch relevanten Feldern bzw. in politischen Bewegungen aktiv, zum anderen bekleideten sie häufig bedeutende gesellschaftliche oder politische Funktionen. Wurden sie als „Juden“ wahrgenommen, so waren sie nicht nur mit dem Judenhass weiter Teile der Bevölkerung sowie der konservativen und deutschnationalen Parteien allgemein konfrontiert, sondern hatten bereits ihre Ausbildung in einem extrem konservativ-deutschnationalen, jedenfalls aber antisemitischen Klima an den Universitäten absolvieren müssen. Nach der Promotion blieb ihnen der Zugang zum öffentlichen Dienst, v. a. zur Richterschaft, in der Regel verwehrt. Als Anwälte (und vereinzelt Anwältinnen) wiederum hatten sie sich nicht nur gegen antisemitische Angriffe „arischer“ Vereine zur Wehr zu setzen, sondern waren seit 1933 auch vom Antimarxismus und versteckten Antisemitismus der Regierung betroffen. Deutschnationale Juristen hingegen fanden sich nicht nur bereits in den einflussreichen Studentenverbindungen auf Universitätsboden in mannigfaltiger Weise repräsentiert, sondern waren darüber hinaus in verschiedenen einflussreichen Vereinen vernetzt. Diese Vereine, deren Bedeutung für die Rechtswissenschaft und Rechtspraxis noch nicht ausreichend erforscht ist, dienten oft auch als Ersatz oder Tarnorganisationen für die ab Juni 1933 verbotenen NS-Strukturen.

Im Folgenden werden daher im Sinne einer ersten Spurensuche - nach einer Einleitung zu Antisemitismus und Politik in Österreich in der Zwischenkriegszeit mit Fokus auf die juristischen Berufe - zunächst berufsübergreifende Vernetzungsstrukturen thematisiert und dann die einschlägigen konkreten Verhältnisse an den Universitäten sowie hinsichtlich der zentralen juristischen Berufssparten untersucht.

Antisemitismus und Politik

In Österreich stellte der Antisemitismus bereits in der Zeit vor dem „Anschluss“ 1938 ein „autochthones“¹ wirkungsmächtiges Phänomen dar, das in allen Bereichen der Gesellschaft bemerkbar war und so als „kultureller Code“ (Shulamit Volkov) gelten muss, wenngleich es „neben dem politischen und alltäglichen Antisemitismus in Wien der Jahrhundertwende ein breites jüdisches und nichtjüdisches Interaktionsgeflecht“ gab.² Besonders vom Antisemitismus betroffen war der Juristenstand, der einen hohen Anteil an „Juden“³ aufwies, v. a. unter seinen wenigen weiblichen Angehörigen.⁴ Freilich verstand man in der Zeit vor dem „Anschluss“ unter „Juden“ gesellschaftlich nicht bloß Angehörige der mosaischen Religion, wie dies auch etwa das relevante Kriterium der Volkszählung 1934 war,⁵ sondern es wurden zumeist auch Angehörige christlichen Konfessionen mit jüdischer Herkunft undifferenziert als „Juden“ bezeichnet. Angesichts des vorherrschenden Antisemitismus war der Assimilations- bzw. Konversionsdruck auf die jüdische Bevölkerung massiv, besonders im assimilierten bürgerlichen und akademischen Milieu,⁶ stellte der „Taufzettel“ doch - in den Worten Heinrich Heines - das „Entrebillet zur europäischen Kultur“ bzw. zu einer weniger steinigen Kar-

-
- 1 Karl Stuhlpfarrer, Judenfeindschaft und Judenverfolgung in Österreich seit dem Ersten Weltkrieg, in: Anna Drabek/Wolfgang Häusler/Kurt Schubert/Karl Stuhlpfarrer/Nikolaus Vielmetti (Hg.), Das österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte, Wien 31988, 141-204, 141.
 - 2 Ernst Hanisch, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938), Wien 2011, 39.
 - 3 Die Verwendung des Begriffes ohne Anführungszeichen erfolgt in diesem Beitrag hinfort nur dann, wenn eindeutig auf das rechtliche relevante Kriterium der religiösen Zugehörigkeit abgestellt wird und eine bloße Zuschreibung ausgeschlossen werden kann.
 - 4 Frauen wurden erst im April 1919 zum rechtswissenschaftlichen Studium zugelassen. Die Zahl der Absolventinnen lag in Wien bis 1935/36 bei unter 300 bzw. insgesamt etwa 7%, vgl. zu den konkreten Zahlen in den einzelnen Studienjahren Tamara Ehs, Die Staatswissenschaften. Historische Fakten zum Thema „Billigdoktorate“ und „Frauen- und Ausländerstudien“, in: Zeitgeschichte 37 (2010) 4, 238-256, 243; im ersten Semester, in dem Frauen zum Studium zugelassen waren, betrug der Anteil der Studentinnen jüdischer Religion in Wien über 50%, vgl. Marina Tichy, Zur Geschichte des rechtswissenschaftlichen Studiums von Frauen. Die juristische Fakultät bis zum Ende der Ersten Republik, in: Victor Karady/Wolfgang Mitter (Hg.), Bildungswesen und Sozialstruktur in Mitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert (Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung 42), Köln-Wien 1990, 277-288, 281 und 284; dazu kommen diejenigen Studentinnen, die wie die erste Wiener Absolventin, Marianne Beth, jüdischer Herkunft waren.
 - 5 Peter Melichar, Juden zählen. Über die Bedeutung der Zahl im Antisemitismus, in: Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.), Antisemitismus in Österreich 1933-1938, Wien-Köln-Graz 2018, 111-134, 121; Andreas Weigl, Zahlen - Daten - Fakten. Die jüdische Bevölkerung der Republik Österreich 1933 bis 1938 in der Statistik, in: ebd., 135-152.
 - 6 Siehe etwa Astrid Schweighofer, Religiöse Sucher in der Moderne. Konversionen vom Judentum zum Protestantismus in Wien um 1900 (Arbeiten zur Kirchengeschichte 126), Berlin-München-Boston 2015, 84.

riere dar.⁷ So fanden im überwiegend katholischen Wien zwischen 1868 und 1903 mehr als 9.000 Übertritte zum christlichen Glauben statt - also mehr als in jeder anderen Stadt der Monarchie⁸ und dreimal so viele als in Berlin.⁹ Von der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg meldeten Jahr für Jahr ca. 700 Mitglieder ihren Austritt aus der Israelitischen Kultusgemeinde bei der Behörde, darunter „eine Unzahl von „Juristen““.¹⁰

Obwohl der Anteil der jüdischen Bevölkerung in der cisleithanischen Hälfte der Monarchie 1910 nur rund 2,9 %¹¹ und in Wien 8,6 % betrug,¹² war Wien stark von „Juden“ geprägt,¹³ gehörten sie doch aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Bildung zur kulturellen und intellektuellen Elite. Da ihnen viele Berufe lange Zeit verschlossen geblieben waren, erschienen primär die freien Berufe, wie insbesondere Arzt und Rechtsanwalt, als geeignetes Tätigkeitsfeld. Über diesen jüdischen „Bildungselan“¹⁴ bemerkte Theodor Herzl, der selbst an der rechtswissenschaftlichen Fakultät in Wien studiert hatte, dass „[w]eitaus die meisten jüdischen Kaufleute [...] ihre Söhne studieren“ ließen, was „die sogenannte Verjudung aller gebildeten Berufe“¹⁵ bewirkt habe. Allerdings empfanden sich viele der assimilierten Juden nicht primär als Juden, sondern vielmehr als Deutsche, sehr „zum Ärger der jüdischen Nationalisten, Zionisten und Antisemiten“.¹⁶

Eine wichtige Rolle für den Antisemitismus spielte in Österreich der Erste Weltkrieg. Zum einen wurde auch in Österreich die Legende von der „jüdischen Kriegsschuld“ und vom „jüdischen Dolchstoß“ verbreitet, zum

7 Der häufigste Grund für einen Übertritt war freilich, besonders bei Frauen, die Eheschließung, Rupert Klieber, *Jüdische, christliche, muslimische Lebenswelten der Donaumonarchie 1848-1918*, Wien-Köln-Weimar 2010, 52.

8 Ivar Oxaal/Walter R. Weitzmann, *The Jews of Pre-1914 Vienna*, in: *The Leo Baeck Institute Year Book* 30/1 (1985), 395-432, 414.

9 Klieber, *Lebenswelten*, 50.

10 Anna Staudacher, *Zwischen Emanzipation und Assimilation. Jüdische Juristen im Wien des Fin-de-Siècle*, in: Robert Walter/Werner Ogris/Thomas Olechowski (Hg.), *Hans Kelsen Leben - Werk - Wirksamkeit* (Schriftenreihe des Hans Kelsen-Instituts 32), Wien 2009, 41-53, 50. Etwa ein Drittel blieb konfessionslos, je ein Drittel wurde katholisch oder protestantisch, ebd.

11 Weigl, *Zahlen*, 137.

12 Susanne Helene Betz, *Wiener Judentum und Wiener Sport in der Zwischenkriegszeit: Fakten und Zahlen*, in: Bernhard Hachleitner/Matthias Marschick/Georg Spitaler (Hg.), *Sportfunktionäre und jüdische Differenz. Zwischen Anerkennung und Antisemitismus - Wien 1918 bis 1938*, Berlin-Boston 2019, 47-70, 47.

13 Steven Beller, *Soziale Schicht, Kultur und die Wiener Juden um die Jahrhundertwende*, in: Gerhard Botz/Ivar Oxaal/Michael Pollak/Nina Scholz (Hg.), *Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert*, 2. Aufl., Wien 2022, 241-260, 253.

14 Hanisch, *Illusionist*, 42.

15 Theodor Herzl, *Der Judenstaat*, Wien⁹ 1933, 79.

16 Hanisch, *Illusionist*, 56.

anderen machte man vielfach „die Juden“ für die verschärfte ökonomische Situation der Republik verantwortlich. Die jüdische Bevölkerung Wiens war nämlich während des Krieges durch die vor den zaristischen Truppen geflüchteten Juden und Jüdinnen aus Galizien erheblich angestiegen. Die „Ostjudenhetze“ wurde zunächst maßgeblich von den Christlichsozialen geschürt und betraf besonders auch „ostjüdische“ Akademiker:innen. In weiterer Folge nahm allerdings die Bevölkerung mosaischer Religion deutlich ab: Hatte sie nach der Volkszählung 1923 österreichweit noch 3,37 % und in Wien 10,8 %, ausgemacht, so fiel sie 1934 auf 2,8 %.¹⁷ In der Hauptstadt war der Anteil der „Israeliten“ von 201.512 im Jahr 1923 auf 176.034 im Jahr 1934¹⁸ gesunken und lag damit nur mehr bei 9,4 %.¹⁹

Antisemitismus findet sich in der Zwischenkriegszeit durchgehend im politischen Parteienspektrum Österreichs,²⁰ wobei die Bandbreite zwischen den antisemitischen Tendenzen in der Sozialdemokratischen Partei und dem offenen Antisemitismus der Großdeutschen und Christlichsozialen groß war. Getragen wurde der Antisemitismus daher zunächst v. a. von den Christlichsozialen, welche die „Vorherrschaft des zersetzenden jüdischen Einflusses“²¹ in ihrem Parteiprogramm 1926 anprangerten. Besonders radikal und rassistisch gefärbt war der Antisemitismus der christlichsozialen Arbeiterbewegung unter der Führung von Leopold Kunschak. Traditionell antisemitisch agierten die von Johannes Schober geführten Großdeutschen, aber auch die Sozialdemokratie war – wiewohl bzw. gerade weil sie in nicht geringem Maß von konvertierten und assimilierten Juden geführt wurde – nicht frei von antisemitischen Affekten, fürchtete sie doch den Ruf einer „jüdischen Partei“. Sie setzte den Antisemitismus jedoch nicht per se als wichtige strategische Waffe in der Politik ein. Einen radikalen rassistischen Antisemitismus verfolgten bekanntlich in besonderem Maße die Nationalsozialisten. Anfänglich ambivalent in ihrer Haltung gegenüber den Juden, trugen seit 1930 auch die Heimwehren zur Verschärfung des antijüdischen Klimas bei.

Ausdruck des Antisemitismus der Ersten Republik waren die Forderungen nach einem „Numerus clausus (proportionalis)“, also nach einer Zurückdrängung der „Juden“ auf einen ihrem Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung entsprechenden Anteil, v. a. in allen akademischen Berufen. So

17 Weigl, Zahlen, 137.

18 Sylvia Maderegg, Die Juden im österreichischen Ständestaat 1934-1938, Wien-Salzburg 1973, 1.

19 Gudrun Exner/Peter Schimany, Die Volkszählung von 1939 in Österreich und die Erfassung der österreichischen Juden, in: Rainer Mackensen (Hg.), Bevölkerungsforschung und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2006, 137-160, 140.

20 Siehe die Beiträge zu den verschiedenen Parteien in Enderle-Burcel/Reiter-Zatloukal (Hg.), Antisemitismus.

21 Klaus Berchtold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Wien 1967, 376.

sollten nach einem Gesetzentwurf Kunschaks 1919 die Juden z. B. von der Richterschaft überhaupt ausgeschlossen sein²² und generell eine „proportionale Repräsentation“ der „Juden“ im Rechtswesen stattfinden.²³ Sogenannte „Arierparagraphen“ waren schon seit dem 19. Jahrhundert in den Burschenschaften und nationalen Turnvereinen festgelegt worden, jetzt nahmen sie in den 1920er-Jahren deutlich zu. So sah etwa der Österreichische Alpenverein, in dem auch viele Jurist:innen jüdischer Herkunft aktiv waren, 1921 einen solche Ausschluss von Juden vor.

Auch in der Zeit des Austrofaschismus gab es keine explizit antijüdischen Gesetze und die österreichische Staatsführung benützte den Antisemitismus nicht wie die Nationalsozialisten als Propagandamittel, es existierte aber sehr wohl ein versteckter bzw. gelebter Antisemitismus. Kurt Schuschnigg versicherte daher einerseits, an der Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung festzuhalten, verhinderte jedoch antisemitische Agitation nur, wenn sie im NS-Sinne erfolgte und daher als „staatsfeindlich“ angesehen werden konnte. Diese „Zwiespältigkeit“ zog sich als „ein roter Faden durch die gesamte Judenpolitik des Ständestaates“.²⁴ Die Regierung pflegte zahlreiche Verbindungen mit österreichischen Juden. Sie stützte sich etwa immer wieder auf die rechtliche Expertise von Sektionschef Robert Hecht, dem Leiter des Rechtsbüros des Heeresministeriums und „Kronjuristen des Ständestaates“,²⁵ so z. B. in der Frage der Heranziehung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 zur Regierungsgesetzgebung. Auch wurde der Rechtsanwalt Desider Friedmann, Präsident der Kultusgemeinde seit 1933, in den Staatsrat berufen. Parallel dazu versuchte die Regierung aber immer wieder, den Antisemitismus nicht völlig den Nationalsozialisten zu überlassen, und dann schlug das Dollfuß-Schuschnigg-Regime ebenfalls verstärkt antisemitische Töne an. Die jüdische Bevölkerung ihrerseits betrachtete freilich den Austrofaschismus jedenfalls als das geringere Übel im Vergleich zum Nationalsozialismus und als Schutz gegen denselben.²⁶ Der Beitrag der

22 Florian Wenninger, „... für das ganze christliche Volk eine Frage auf Leben und Tod“. Anmerkungen zu Wesen und Bedeutung des christlichsozialen Antisemitismus bis 1934, in: Enderle-Burcel/Reiter-Zatloukal (Hg.), Antisemitismus, 195-236, 214.

23 Ilse Reiter-Zatloukal, „Bodenständigkeit“ vs. „Verjudung“. Antisemitismus und Ärzteschaft 1918 bis 1938, in: Enderle-Burcel/Reiter-Zatloukal (Hg.), Antisemitismus, 649-692; Ilse Reiter-Zatloukal, „Volksfremde Elemente im Anwaltsberuf. Antisemitismus und Advokatur 1918 bis 1938, in: ebd., 695-727; Bruce Pauley, Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit, in: Gerhard Botz/Ivar Oxaal/Michael Pollak/Nina Scholz (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Wien 2022, 241-260, 253.

24 Maderegger, Juden, 116.

25 Leopold Spira, Feindbild „Jud“ - 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich, Wien-München 1981, 33.

26 Bruce Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, 317.

jüdischen Bevölkerung zum kulturellen und wirtschaftlichen Leben blieb bis zum „Anschluss“ 1938 bedeutend: Nach einer Statistik der zionistischen Zeitschrift „Der Jude“ waren 1936 etwa 62 % der Rechtsanwälte Wiens Juden, 47 % der Ärzte und mehr als 28 % der Universitätsprofessoren.²⁷ Unterrepräsentiert waren Juden weiterhin im öffentlichen Dienst.²⁸

Vernetzung von Juristen in berufsübergreifenden Vereinen

Zahlreiche Juristen aus Rechtswissenschaft und Rechtspraxis gehörten Vereinen an, die nicht nur Juristen offenstanden und entweder vor 1938 als NS-Tarnorganisationen dienten, wie der Deutsche Klub und die Deutsche Gemeinschaft, oder zwar antisemitisch, aber gegen den Nationalsozialismus ausgerichtet waren, wie der Cartellverband, wobei freilich übergreifende Mitgliedschaften nicht selten waren. Darüber hinaus gab es deutschnational-antisemitische Juristenvereine, wie die Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaften, und einschlägige Berufsvereinigungen, wie den Verband der Deutsch-Arischen Rechtsanwälte.

a) Deutscher Klub

Zahlreiche Juristen aller Berufsfelder gehörten dem 1908 gegründeten Deutschen Klub“ (DK) an,²⁹ als dessen Zweck die Statuten die „Pflege des deutschen Volkstums und die Schaffung eines gesellschaftlichen und geistigen Mittelpunktes für seine Mitglieder“ angaben. Seine Gründungsväter waren daher auch großteils „Alte Herren“ deutschnationaler Studentenverbindungen. In der Praxis protegierte der vorgeblich unpolitische Verein ganz klar seine Mitglieder in beruflicher Hinsicht und verfolgte nicht nur antisemitische, sondern seit Ende der 1920er-Jahre zunehmend auch antiparlamentarische Ziele und forderte 1927 sogar zum Beitritt in die Heimwehr auf.³⁰ „Nach außen hin“ war er, wie Hans Bleyer-Härtl, Rechtsanwalt und DK-Mitglied, 1939 festhielt, „eine Art Geselligkeitsverein, seine Räume in der Hofburg boten aber allen Nationalen das gemeinsame Heim und waren dann in der schweren Zeit 1935 bis 1938 die Zufluchtsstätte der ‚Illegalen‘“.³¹

Dem DK gehörten in der Ersten Republik ständig ca. 1.000 Mitglieder (bei durchaus großer Fluktuation) an, wobei seit 1924 „nur Deutsche männlichen

27 Maderegger, Juden, 220; Pauley, Antisemitismus, 244.

28 Von 160.696 Beamten 1934 waren nur 700 Juden, Pauley, Antisemitismus, 244.

29 Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg, Wien 2020, 89.

30 Ebd., 35 und 76.

31 Hans Bleyer-Härtl, Ringen um Reich und Recht. Zwei Jahrzehnte politischer Anwalt in Österreich, Berlin 1938, 59.

Geschlechts und arischer Abkunft“ Mitglieder sein durften.³² Zu den Mitgliedern gehörten zahlreiche Regierungsmitglieder in der Ersten Republik,³³ die Justizminister Franz Dinghofer, Julius Roller, Hans Schürff, Franz Slama, Leopold Waber und Franz Hueber,³⁴ aber auch zahlreiche Rechtsanwälte, Richter und Staatsanwälte. So weist schon das Verzeichnis 1919 über 100 Juristen aus, das letzte Mitgliederverzeichnis vom September 1939 (924 Mitglieder) insgesamt 143 Juristen (15%), darunter 83 Rechtsanwälte (inklusive Anwärter), 36 Richter und 6 Staatsanwälte sowie 18 Notare (inklusive Anwärter).³⁵

Freilich gab es zahlreiche Überschneidungen mit anderen deutschnationalen Vereinen. So gehörte dem DK ein Großteil der Führungspersönlichkeit der 1919 gegründeten Deutschen Gemeinschaft (DG) an (siehe unten).³⁶ Enge Kontakte bestanden zur „aggressiv antisemitischen und rechtsradikalen *Deutschösterreichischen Tageszeitung* (DÖTZ), für die zahlreiche Mitglieder des Vereins arbeiteten“.³⁷ Das Klubmitglied Rechtsanwalt Walter Riehl betrieb seit 1918 überdies eine eigene antisemitische und deutschnationale Wochenzeitschrift (die *Deutsche Arbeiter-Presse*, seit 1923 das Nationalsozialistische Kampfblatt für Deutschösterreich), das Klubmitglied Karl Gottfried Hugelmann gab 1919 bis 1922 das *Deutsche Volksblatt* heraus.³⁸

Schließlich waren viele Klubmitglieder auch Mitglieder der NSDAP, wie etwa der Rechtsanwalt und spätere Juliputschist Otto Wächter,³⁹ wohl angeworben von seinem Anwaltskollegen Arthur Seyß-Inquart, und seit 1932 auch im Vereinsvorstand,⁴⁰ weiters der Universitätsassistent im Völkerrecht Herbert Kier⁴¹ und der Staatsanwalt Alfons Langer, der 1929/30, 1937/38 und 1939 Obmann des Vereins war.⁴² Mit dem Verbot der NSDAP im Juni 1933 bot der DK dann den Nationalsozialisten „eine mehr oder weniger geheime Plattform in der Illegalität“, und es fanden dort etwa die Zusammenkünfte der „national-

32 Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*, 54 und 63.

33 Ebd., 71.

34 Andreas Huber, Kornblume und Hakenkreuz. Mitglieder des Deutschen Klubs 1908 bis 1939, URL: https://www.academia.edu/42038355/Kornblume_und_Hakenkreuz_Die_Mitglieder_des_Deutschen_Klubs_1908_bis_1939, 47 (abgerufen 8.2.2022).

35 Siehe die Zahlen im Beitrag von Andreas Huber in diesem Band, 50.

36 Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*, 104.

37 Ausf. ebd., 77.

38 Ebd., 77 und 79.

39 Er war seit 1923 Mitglied der SA, seit 1930 der NSDAP, 1932 der SS, Ernst Klee, *Das Personenlexikon zum Dritten Reich: wer war was vor und nach 1945*, 5. Auflage, Frankfurt/Main 2015, 49.

40 Huber, Kornblume, 20.

41 Herfrid Kier, Herbert Kier (1900-1973). Ein deutschösterreichischer Völkerrechtler, *Journal der juristischen Zeitgeschichte* 16/1 (2015), URL: <https://doi.org/10.1515/jajuz2015-0115> (abgerufen 8.2.2022).

42 Huber, Kornblume, 36; Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*, 126 und 141.

sozialistischen Rechtswahrer“ statt. Auch lag die Wirtschaftsabteilung der NS-Landesleitung in der Hand von Klubmitgliedern, wie dem Rechtsanwalt Otto Wächter und dem Juristen Siegfried Camuzzo (leitender Sekretär im Industriellenbund).⁴³ Der DK wurde daher medial als „getarnte Nazizentrale“ bezeichnet.⁴⁴ Obwohl bei den Prozessen gegen die Juliputschisten klar wurde, dass daran Klubmitglieder beteiligt oder zumindest Putschistentreffen im Klub abgehalten worden waren, hatte er seine Tätigkeit offenbar ungehindert fortsetzen können. Nach dem „Anschluss“ 1938 konnte Seyß-Inquart noch einige Zeit seine schützende Hand über den DK halten, Ende Oktober 1939 wurde er aber auf Veranlassung von Reichskommissar Josef Bürckel aufgelöst.⁴⁵

b) Deutsche Gemeinschaft

Im Juni 1919 meldete der Rechtsanwalt Herbert Dölter, Mitglied der akademischen Burschenschaft Arminia Graz, die Gründung der Deutschen Gemeinschaft (DG) bei der Vereinsbehörde an, möglicherweise auf Betreiben des DK, der eine Zusammenarbeit mit den katholischen Kreisen für den „gemeinsamen Abwehrkampf“ intendierte.⁴⁶ Nach den offiziellen Statuten bestand der Vereinszweck in der „Hebung der wirtschaftlichen Kultur des deutschen Volkes in Deutschösterreich“ sowie „dessen Erziehung zu intensiverer Arbeitsleistung, größerer Sparsamkeit und Bildung“.⁴⁷ Tatsächliches Ziel des logenartig organisierten Vereins war jedoch „die Protektion der eigenen Mitglieder“, der sogenannten „Geraden“, und „der Ausschluss von Freimaurern, Sozialisten und von anderen Linken und Liberalen aus Führungspositionen“, also der sogenannten „Ungeraden“. Da der Verein „in allen Ministerien [...] Vertrauensleute sitzen“ hatte, kam es - nach den Erinnerungen des langjährigen Generalsekretärs Karl Wache, ebenfalls Mitglied in einer schlagenden Burschenschaft - zumeist gar nicht zur Ausschreibung von Stellen. Diese wurden nämlich aufgrund der Verbindungen der DG „im kurzen Wege durch einen unserer Herren“ besetzt,⁴⁸ so wohl auch im Justizministerium, wo es nach dem „Anschluss“ bei 38 Juristen dementsprechend nur einen politisch und einen „rassisch“ verfolgten Juristen gab, während bei sechs eine NSDAP-Mitgliedschaft

43 Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 131.

44 *Österreichisches Abendblatt*, 2.9.1933, 1.

45 Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 140 und 187.

46 So Hans Ueberberger, zit. n. Andreas Huber, Antisemitische Schaltzentrale. Die Deutsche Gemeinschaft und Österreichs Hochschulen in der Ersten Republik, URL: https://www.academia.edu/42048759/Antisemitische_Schaltzentrale._Die_Deutsche_Gemeinschaft_und_%C3%96sterreichs_Hochschulen_in_der_Ersten_Republik, 9 (abgerufen 8.2.2022).

47 Huber, Schaltzentrale, 4; auch Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 93.

48 Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 104.

und bei zwei eine Anwärtschaft vorlag.⁴⁹ Der Verein war daher „nichts weiter als eine Tarnorganisation für den eigentlichen Geheimbund: ‚die Burg‘“, die in „Unterbürgen“ und „Fachgruppen“ entsprechend den jeweiligen Berufsfeldern gegliedert war. Die jeweiligen Fachgruppen hatten in einer „Gleichen Liste“ die „verlässlichen Gleichen“ anzuführen und in der „Gelben Liste“ jene, die im Verdacht standen, „Gelbe“ zu sein, die „als Vorkämpfer des Ugtms. [Ungeradentums] bekämpft werden“ sollten.⁵⁰

Die Leitung der „Burg“ lag wohl in den Händen Dölter und - so die Vermutung Waches - des Anglistikprofessors Kurt Knoll, wobei hinter diesen beiden der Wiener Kardinal Friedrich Gustav Piffl gestanden haben soll.⁵¹ Daneben bestand eine Doppelspitze aus einerseits nationalen und andererseits katholischen Kräften, wobei zu diesen zehn Männern, neben Dölter und dem großdeutschen Juristen Franz Dinghofer, der zur Zeit der Republikgründung als einer der drei Präsidenten der provisorischen Nationalversammlung und später als Justizminister (BMJ) fungierte, auch Arthur Seyß-Inquart gehörte, der in Dölter's Kanzlei beschäftigt war.⁵² Vier dieser Führungsgruppe gehörten auch dem Cartellverband an. Mitte/Ende der 1920er-Jahre hatte die DG ca. 600 führende „Brüder“ aus v. a. Justiz, Gesundheit und Politik, der Fachgruppe Hochschulen gehörten 39 Mitglieder an (siehe weiter unten). Etwa ein Viertel der Mitglieder der DG waren gleichzeitig Mitglieder des DK.⁵³ Zu den Mitgliedern aus dem Kreis der Juristen gehörte neben Dölter, Seyß-Inquart und Dinghofer etwa auch der Rechtsanwalt Gustav Steinbauer,⁵⁴ später Verteidiger in den Nürnberger Prozessen u. a. seines Vereinskollegen Seyß-Inquart. 1930 stellte die DG die Tätigkeit nach dem Tod Dölter's ein und wurde aufgelöst, möglicherweise weil der katholische Flügel keine Zusammenarbeit mit dem nationalen Flügel mehr wünschte.⁵⁵

c) Gesellschaft für Rechts- (und Staats)wissenschaften

Neben dem DK und der DG bestand seit 1933 mit der Gesellschaft für Rechtswissenschaft (GR) eine weitere „legale Tarnorganisation österreichischer NS-Juristen“. Die Satzung gab als Vereinszweck zwar die „Pflege und Förderung der Rechts- und Staatswissenschaft“ an,⁵⁶ nach Franz von Papen war das Ziel

49 Josef Gerö und Viktor Hoyer, Gertrude Enderle-Burcel/Alexandra Neubauer-Czettl, Justiz am Prüfstand. Spitzenbeamte im Justizministerium 1938-1945-1955, in: BRGÖ 2015, 32-57, 53.

50 Ausf. Huber, Schaltzentrale, 9; Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 94.

51 Huber, Schaltzentrale, 7; Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 95.

52 Huber, Schaltzentrale, 7.

53 Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 103.

54 Ebd., 215; <https://www.mi-history.at/steinbauer-gustav> (abgerufen 8.2.2022).

55 Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 114.

56 ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur XIV 1180.

der Gesellschaft allerdings, unter dem „maßgeblichen Einfluss“ von Seyß-Inquart „den hiesigen Juristen und Hochschullehrern die neue deutsche Rechtsgebung systematisch zu erläutern“.⁵⁷ Sie stellte eine Vereinigung „im Wesen nationalsozialistischer Rechtswahrer“ dar, „wenn sie auch, um der Verfolgung durch das Schuschnigg-Regime zu entgehen, ihre Wesensart verbergen mußte“.⁵⁸

Obmann der GR, dem „Sammelpunkt der nationalsozialistischen Rechtswahrer in Österreich“, der auch ab „1934 den Abstammungsnachweis verlangte“,⁵⁹ war seit März 1934⁶⁰ der im Mai desselben Jahres zum Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät gewählte Ernst Schönbauer,⁶¹ der auch dem DK angehörte. Zu ihren Mitbegründern gehörte neben Seyß-Inquart, der die Funktion des Schatzmeisters bekleidete, weiters Robert Kauer, seit 1929 Richter und seit 1931 Staatsanwalt in Wien. Er war bereits seit 1932 Mitglied der NSDAP sowie des NS-Juristenbundes, unterstützte seit 1933 die NS-Rechtsanwälte Erich Führer, Hans Mann und Georg Ettingshausen bei der Verteidigung strafrechtlich verfolgter Nationalsozialisten und wurde 1935 aus politischen Gründen seiner Funktion als Staatsanwalt enthoben.⁶² Auf Aufforderung Kauerers ebenfalls Mitglied war etwa seit 1925 Hermann Hiltcher, der Vorsteher des Bezirksgerichts (BG) Zwettl. Johann Klein, Richter am Landesgericht (LG) für Zivilrechtssachen Wien, der auch als Hauptschriftleiter der Wiener Ausgabe des Organes des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbunds (NSRB) Deutsches Recht fungierte, war sogar Gründungsmitglied der Gesellschaft. Aber auch andere Richter und Staatsanwälte gehörten der Gesellschaft an (siehe weiter unten).⁶³ Freilich habe man sich noch nicht als nationalsozialistisch bezeichnen können, doch „wichtiger war zu allen Zeiten der Geist als die Form, wichtiger der Kern als die Hülle. Und dieser Geist und dieser Kern waren ein-

57 Papen an Hitler, 14.7.1938, zit. n. Johannes Koll, Arthur Seyß-Inquart und die deutsche Besatzungspolitik in den Niederlanden (1940-1945), Wien-Köln-Weimar 2015, 36.

58 Hans Hoyer, Besprechung von Ernst Schönbauer, Der Rechtswahrer in der Nationalsozialistischen Ostmark. NS-Rechtswahrerbund Verlag, Wien 1938, in: Deutsche Justiz 1938, 1737.

59 Ernst Schönbauer, Der Rechtswahrer in der nationalsozialistischen Ostmark, Wien 1938, 5.

60 ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur XIV 1180.

61 Er war im Mai 1934 einstimmig von der Fakultät zum Dekan gewählt, aber vom Ministerium nicht bestätigt worden, weil er sich als einziges Fakultätsmitglied geweigert hatte, der VF beizutreten, Johannes Kalwoda, Ernst Schönbauer (1885-1966). Biographie zwischen Nationalsozialismus und Wiener Fakultätstradition, in: BRGÖ 2012/2, 282-316, 290; siehe zu ihm auch Irmgard Schartner, Die Staatsrechtler der juristischen Fakultät der Universität Wien im „Ansturm“ des Nationalsozialismus. Umbrüche und Kontinuitäten. Frankfurt/Main, u. a. 2011, 258-330.

62 Wolfgang Stadler, „... Juristisch bin ich nicht zu fassen.“ Die Verfahren des Volksgerichts Wien gegen Richter und Staatsanwälte 1945-1955, Wien 2007, 320. Er wurde nach dem „Anschluss“ wieder in den Justizdienst übernommen und war schließlich Gaugeschäftsführer des Wiener NS-Rechtswahrerbundes 1939-1943, ebd., 300.

63 Ebd., 254, 323, 334, 350 und 365.

deutig“, so schrieb Schönbauer unmittelbar nach dem „Anschluss“ 1938.⁶⁴ Aus seiner politischen Überzeugung hatte Schönbauer auch davor kein Hehl gemacht und bei einer Kundgebung im März 1937 dem damaligen Juristen- dekan Wenzel Gleispach, Professor für Strafrecht nationalsozialistischer Aus- richtung, seine „Grüße entbot[en] und ihm mitteilen [lassen], dass die Hoch- schule noch immer deutsch gesinnt sei“. Als einzige Reaktion darauf sei, so erinnerte er sich später - wegen der wohlwollenden Intervention von Ludwig Adamovich, Staatsrechtsprofessor, Mitglied des Staatsrats, Universitätsprofes- sor seit Herbst 1934 und schließlich auch letzter BMJ des „Ständestaates“ - nur „ein Verbot für die von [ihm] geleitete ‚Gesellschaft für Rechts- und Staatswis- senschaften‘ herausgegeben“ worden.⁶⁵

Der seit 1937 in Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaften umben- nannte Verein wurde am 1. Juni 1938 feierlich in die Akademie für Deutsches Recht eingegliedert und Seyß-Inquart übernahm das Präsidium.⁶⁶ Gleichzeitig erfolgte die Aufnahme von Seyß-Inquart und Schönbauer als Mitglieder in die Akademie.⁶⁷

d) Österreichisch-Deutscher Volksbund und weitere deutschnationale Vereine

Ein Sammelbecken späterer nationalsozialistischer Juristen war der 1925 ge- gründete Österreichisch-Deutsche Volksbund (ÖDVB), der sich zwar als unpo- litisch bezeichnete, aber den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich „auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der in Betracht kommenden Staatsverträge“ anstrebte. Mitglied konnte „jeder Deutsche“ wer- den, „der sich zum Anschluss bekennt“,⁶⁸ was dazu führte, dass die Vaterlän- dische Front (VF) den ÖDVB „vertraulich beobachten“ ließ und „einschlägige Erhebungen“ pflegte.⁶⁹ Dem NS-Anwalt Bleyer-Härtel⁷⁰ zufolge war der ÖDVB geschaffen worden, „damit sich alle Deutschen, denen an der Gemeinschaft der Deutschen gelegen war, treffen könnten“. Ihr „letzter Führer“ war Seyß-In-

64 Schönbauer, Rechtswahrer, 6.

65 Kamila Staudigl-Ciechowicz, Römisches Recht, in: Thomas Olechowski/Tamara Ehs/Kami- la Staudigl-Ciechowicz, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938 (Schriften des Archivs der Universität Wien 20), Göttingen 2015, 263-291, 279. Schönbauer wiederum versuchte dem nach dem „Anschluss“ 1938 aus politischen Gründen entlassenen Adamovich eine Stelle an der Fakultät zu verschaffen und beschäftigte ihn schließlich trotz des Widerstands des Dozentenbundführers als administrative Hilfskraft, Franz-Stefan Meissel/ Stefan Wedrac, Strategien der Anpassung - Römisches Recht im Zeichen des Hakenkreuzes, in: Franz-Stefan Meissel/Thomas Olechowski/Ilse Reiter-Zatloukal/Stefan Schima (Hg), Vertriebe- nes Recht - Vertreibendes Recht (Juridicum Spotlight 2), Wien 2012, 35-78, 61.

66 *Völkischer Beobachter*, 2.6.1938, 2; *Neues Wiener Abendblatt*, 2.6.1938, 3.

67 *Kärntner Tagblatt*, 4.6.1938, 4.

68 Sitzung, ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10323.

69 Bezirksleitung VF an die Landesleitung 10.3.1936, ebd.

70 Bleyer-Härtl, Ringen, 38.

quart,⁷¹ der auch u. a. Rechtsbeistand von dessen früherem Obmann Hermann Neubacher, dem späteren NS-Bürgermeister von Wien, war.⁷²

Dem ÖDVB gehörten Mitglieder aller politischer Parteien an, so neben dem Sozialdemokraten Karl Renner u. a. die Juristen Rudolf Ramek (christlichsozialer Bundeskanzler 1924-1926), Franz Slama (Anwalt und großdeutscher BMJ 1928-1930), Julius Roller (großdeutscher BMJ 1919/20, Präsident des OGH bis 1927), Rudolf M. Paltauf (Richter und Staatsanwalt sowie großdeutscher BMJ 1920-1922),⁷³ aber auch etwa die später vor dem Volksgericht angeklagten Richter Otto Cernstein (Grazer Oberlandesgericht) und Hermann Hiltcher (KG Korneuburg).⁷⁴ Daher erteilte die Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit auch im Dezember 1936 die Weisung, „der Tätigkeit des Vereines ‚Österreichisch-Deutscher Volksbund‘ ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, um eine allfällige unerwünschte politische Tätigkeit hintanhaltend zu können“.⁷⁵

Darüber hinaus gab es noch Vereinigungen, die, so Bleyer-Härtel,⁷⁶ „entweder von früher her bestanden oder von der Bewegung bewußt zu Tarnungszwecken ins Leben gerufen wurden“ und denen natürlich ebenfalls zahlreiche Juristen angehörten. Dazu kamen neben den diversen Studentenverbindungen, v. a. den Burschenschaften, denen ein großer Teil der Juristen angehörte, auch verschiedene Turnvereine wie der Turnerbund, wenngleich dieser betonte, dass jede „parteipolitische Betätigung“ in demselben verboten sei,⁷⁷ sowie der Deutsche und Österreichische Alpenverein,⁷⁸ besonders der Zweig „Austria“, der bereits 1921 den „Arierparagrafen“ eingeführt hatte, wobei auch hierin der NS-Rechtsanwalt Walter Riehl als dritter Vorsitzender involviert war.⁷⁹ Diesen Vereinigungen gehörten übrigens die meisten nach dem Ende der NS-Herrschaft vor dem Volksgericht angeklagten Richter und Staatsanwälte an, die neben Burschenschaften und dem Deutsch-Akademischen Juristenverein auch vielfach dem Schulverein Ostmark, deutschnationalen Gesangs- oder Lesevereinen, dem NS-Beamtenbund und

71 Bleyer-Härtel, Ringen, 59.

72 Koll, Seyß-Inquart, 35.

73 Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß, Wien-Frankfurt/Main-Zürich 1971, 46.

74 Stadler, Verfahren, 304 und 318.

75 Sicherheitsdirektor des Bundes für die bundesunmittelbare Stadt Wien an die BPDion Wien, 28.12.1936, ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10323.

76 Bleyer-Härtel, Ringen, 138.

77 Bundesturnrat (Hg.), Abwehr der Angriffe auf den Deutschen Turnerbund, Wien 1933, 18.

78 Siehe dazu den Beitrag von Gunnar Mertz in diesem Band: Der Alpenverein und die illegale NSDAP in Österreich 1933 bis 1938.

79 Martin Achrainner/Nicholas Mailänder, Der Verein, in: Deutscher Alpenverein e.V., Österreichischer Alpenverein e.V., Alpenverein Südtirol e.V. (Hg.), Berg heil!, Köln-Weimar-Wien 2011, 193-318, 228.

dem Nationalsozialistischen Juristenbund (später in Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund, NSRB, unbenannt) angehörten.⁸⁰

e) *Cartellverband und weitere katholische Akademikervereine*

Personelle Verbindungen bestanden auch nachweisbar zwischen der DG und dem Cartellverband (CV). So gehörten mehrere Gründungsmitglieder der DG dem CV an, darunter der Theologieprofessor Nivard Schlögl, der 1920 die Forderung nach einem „Arierparagrafen“ im CV betrieb. Gemeinsam mit dem damaligen Jus-Studenten Engelbert Dollfuß, der zu dieser Zeit Schreibkraft bei Karl Wache in der DG war,⁸¹ stellte er auf der 51. Cartellversammlung 1921 in Regensburg den Antrag auf Einführung eines Arierparagrafen, der als Kriterium für die Mitgliedschaft im CV eine „deutscharische Abstammung bis zu den Großeltern“ vorsah.⁸² Ausgeschlossen von der Mitgliedschaft sollten alle Studenten sein, „deren Blut von jüdischer Beimischung befleckt war“.⁸³ Dieser wurde in der schriftlichen Abstimmung jedoch abgelehnt.⁸⁴ Darüber hinaus trat Dollfuß als Redner der katholisch-deutschen Studentenschaft im Rahmen des (vom Christlichsozialen Anton Jerzabek 1919 in Wien gegründeten) Antisemitenbundes⁸⁵ als Redner auf und hatte es etwa im Juni 1920 bei der „Antisemitenversammlung im Rathaus“ begrüßt, dass „die antisemitischen Kundgebungen an der Universität“ die Öffentlichkeit auf die „Verjudung der Hochschulen“ „aufmerksam“ gemacht hätten.⁸⁶

Dem CV, der „zum dominanten Rekrutierungsreservoir“ der christlichsozialen Führungsetage wurde,⁸⁷ gehörte nicht nur der (spätere) Bundespräsident Wilhelm Miklas sowie der spätere Bundeskanzler (BK) Ignaz Seipel an, der die Diskriminierungen von Juden an der Universität angesichts der viele „Ostjuden“ als „Notwehrantisemitismus“ bezeichnet hatte,⁸⁸ sondern auch zahlreiche bedeutende Juristen, wie etwa Rudolf Ramek, Otto Ender (Rechtsanwalt, Landeshauptmann von Vorarlberg und BK 1930-1931), Karl Buresch (Rechtsanwalt, BK 1930/31, danach Finanzminister), Kurt Schuschnigg (nicht nur BK ab Juli 1934, sondern von Beruf ebenfalls Rechtsanwalt, Unterrichtsminister

80 Siehe Stadler, Verfahren, Anhang.

81 Huber, Schaltzentrale, 9.

82 <https://oecv.at/Biolex/Detail/11600096> (abgerufen 8.2.2022).

83 Zit. n. Huber, Schaltzentrale, 8.

84 Gerhard Hartmann, Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich, Kevelaer 2006, 493.

85 Siehe den Beitrag von Klaus Taschwer in diesem Band: Vereinszweck: Bekämpfung des Judentums. Zur Frühgeschichte des Antisemitenbundes 1919 bis 1921.

86 *Reichspost*, 8.6.1920, 5.

87 Gernot Stimmer, Eliten in Österreich 1848-1970 (Studien zu Politik und Verwaltung 57), Wien-Köln-Graz 1997, 708.

88 Ignaz Seipel, Die Kulturpolitik der Christlichsozialen, in: *Reichspost*, 23.9.1920, 2.

[BMU] und BMJ) sowie BMJ Heinrich Mataja, die Finanzminister Jakob Ahrer und Ludwig Draxler (ebenfalls Rechtsanwalt), Sozialminister Josef Resch⁸⁹ sowie BMU Anton Rintelen.⁹⁰ Aber auch der Nationalrat und der Bundesrat, dem nicht wenige Juristen angehörten, hatten einen hohen CV-Anteil (zwischen fast 26 % 1920 und fast 34 % 1934 bzw. fast 41 % 1920 und 35 % 1934⁹¹).

Zum Kreis der Katholisch-Nationalen im CV gehörte der Wiener Rechtsgeschichte-Professor und christlichsoziale Bundesrat Karl Gottfried Hugelmann. Dieser wurde jedoch 1933 sowohl aus der Christlichsozialen Partei, für die er im Bundesrat saß, als auch aus dem CV ausgeschlossen, war doch der VF zufolge „stadtbekannt“, dass er „überall, wo er verkehrt[,] politisiert“ und bemüht sei, „sich in nationalsozialistischem Sinne zu betätigen“.⁹² Aber auch etwa hinsichtlich des Innsbrucker Richters Karl Wolf griff zu der CV 1932/33 zu einem Ausschluss, weil dieser ein „begeisterter Anhänger der [NS-]Bewegung“ war.⁹³ Vom Antisemitismus grenzte sich der CV freilich nicht ab. Wie der frühere christlichsoziale BMU und Parteiohmann seit 1933 Emmerich Czermak 1936 betonte, existiere die „Judenfrage [...] sicherlich auch für uns CVer, aber wir haben sie gelöst [...]; wir sind judenrein. Bei uns ist der Arierparagraph erfüllt“. Es sei auch „immer selbstverständlich [gewesen], daß Halbjuden und jüdisch Belastete nicht in unsere Reihen gehören“. Der „sogenannte Rassenstandpunkt“ sei im CV also „praktisch richtig gehandhabt worden“.⁹⁴

Ein weiteres katholisch-nationales Netzwerk stellte die 1930 - gleichsam in Ergänzung zum CV - gegründete Katholische Akademikergemeinschaft dar,⁹⁵ die ein Diskussionsforum darstellen und der katholischen Elitebildung dienen sollte.⁹⁶ Mitglieder waren neben Dollfuß etwa die Juristen Otto Ender, Karl Gottfried Hugelmann, Anton Rintelen (Landeshauptmann der Steiermark 1920-1926, 1928-1933, auch BMU), Richard Schmitz (damals Mitglied des Nationalrats, 1934-1938 Bürgermeister Wiens) und Ferdinand Degenfeld-

89 Gerhard Hartmann, *Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung*, Limburg-Kevelaer³ 2001, 112; Hartmann, *Geschichte*, 269, 281 und 380.

90 Hartmann, *Geschichte*, 273.

91 Ebd., 268.

92 Linda Erker, *Die Universität Wien im Austrofaschismus. Österreichische Hochschulpolitik 1933 bis 1938, ihre Vorbedingungen und langfristigen Nachwirkungen* (Schriften des Archivs der Universität Wien 29), Göttingen 2021, 173.

93 Zur Zeit der NS-Herrschaft war er für 24 Todesurteile verantwortlich, vgl. Sabine Pitscheider, *Tiroler und Vorarlberger Opfer der NS-Justiz. Verfahren vor dem Tiroler Volksgerichtshof und dem OLG Wien gegen TirolerInnen und VorarlbergerInnen*, Graz 2016, in: BMJ (Hg.), *Täter - Richter - Opfer. Tiroler und Vorarlberger Justiz unter dem Hakenkreuz*, Graz 2016, 49-108, 56.

94 Zit. n. Erker, *Die Universität Wien im Austrofaschismus*, 211.

95 ÖStA/AdR, BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur I-801.

96 Hartmann, *Geschichte*, 243.

Schonburg,⁹⁷ klar antisemitisch gesinnter Professor für Nationalökonomie an der Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät,⁹⁸ der 1934 auch den Vorsitz übernahm.

Universitäre Vernetzung

Die Universitäten waren in der Zwischenkriegszeit einerseits „jüdisches Hoffnungsgebiet“, zum anderen Ort brutaler antisemitischer Gewalt und daher eine blutige „Kampfzone“.⁹⁹ Besonders an der Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät manifestierte sich die seit den 1880er-Jahren erstarrende Judenfeindlichkeit sowohl im Lehrkörper als auch in der Studentenschaft in vielfältigster Weise.

a) Studierende

An der Wiener Juristenfakultät pendelte sich der Anteil jüdischer Studenten zur Jahrhundertwende bei ca. einem Fünftel ein (und lag damit weit hinter dem der Medizinischen Fakultät), während die anderen Juristenfakultäten keine nennenswerten Anteile jüdischer Studenten verzeichneten. Trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke waren die jüdischen Studenten aber zumeist aus den studentischen Organisationen ausgeschlossen. So verfolgten die „wehrhaften Vereine“ bzw. Burschenschaften schon früh einen radikalen Rassenantisemitismus. Ab 1878 wurden in vielen schlagenden Burschenschaften „Arierparagraphen“ in Kraft gesetzt und den jüdischen Studenten mit dem „Waidhofener Prinzip“ 1896 auch die „Ehre“ und somit die „Satisfaktionsfähigkeit“ abgesprochen. Die nationaljüdischen Studenten wiederum reagierten mit der Gründung zionistischer „wehrhafter“ Verbindungen, denen auch zahlreiche Jus-Studenten angehörten, wie z. B. der Kadimah 1882, die bis August 1938 bestand.¹⁰⁰ Auch andere Vereinigungen, wie die Leseklubs, schlossen Juden seit den in den 1880er-Jahren zunehmend aus. Daher gründeten jüdische Rechtsstudenten z. B. 1894 die Jüdisch-akademische Lesehalle, deren Präsident zwischen 1923 und 1937 der Wiener Rechtsanwalt Karl Jellinek

97 Brigitte Behal, Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutschnationaler katholischer Eliten im Zeitraum 1930-1965, phil. Diss., Universität Wien 2009, 48.

98 <https://geschichte.univie.ac.at/de/personen/ferdinand-graf-von-degenfeld-schonburg-o-univ-prof-dr-jur-dr-phil> (abgerufen 8.2.2022).

99 Werner Hanak-Lettner, Das kurze 19. Jahrhundert. Die Universität als jüdisches Hoffnungsgebiet und Tor zur Stadt, in: Werner Hanak-Lettner (Hg.), Die Universität. Eine Kampfzone, Wien 2015, 32-60.

100 Dieter J. Hecht, Jewish (Vacation) Fraternities in the Habsburg Monarchy. Kadimah and Geulah - Forward to Redemption, in: Austrian studies 24 (2016) 31-48; Robert S. Wistrich, The Jews of Vienna in the Age of Franz Joseph, Oxford 1990, 347.

war,¹⁰¹ und 1908 den Jüdisch-Akademischen Juristenverein, um „das Selbstbewusstsein der jüdischen Juristen zu stärken“.¹⁰²

Noch radikaler als in der Monarchie war aber der Antisemitismus an den Universitäten nach dem Umbruch 1918. Insbesondere die „Ostjuden“ wurden verstärkt als unerwünschte Konkurrenz wahrgenommen - dies umso mehr, als seit 1919 auch Frauen zum Studium der Rechtswissenschaften zugelassen waren, wobei der Anteil jüdischer Studentinnen unter den inskribierten Frauen im Sommersemester 1919 fast 51 % betrug.¹⁰³ Der Prozentsatz der jüdischen Studierenden an der Juristenfakultät sank freilich ab 1918 kontinuierlich: So lag er im Wintersemester 1933/34 nur mehr bei 15,8 %, 1934/35 bei 13 % und 1937/38 bei 7,9 %.¹⁰⁴

Der in der Ersten Republik an der Universität praktizierte Antisemitismus nahm viele Formen an. So durften der 1919 gegründeten „Deutschen Studentenschaft“ nur deutschnationale, völkische, katholische und später auch NS-Studierende beitreten, obwohl sie als offizielle Vertretung „aller“ Hörer:innen von den österreichischen Rektoren anerkannt wurde. In Entsprechung dazu forderte die „Deutsche Studentenschaft“ bereits 1920 einen Numerus clausus für „Juden“, wie er im selben Jahr in Ungarn eingeführt worden war,¹⁰⁵ um den „deutschen Charakter der deutsch-österreichischen Hochschulen“ zu wahren.¹⁰⁶ Auch der Jus-Student Engelbert Dollfuß, Vertreter der katholischen Fraktion der „Deutschen Studentenschaft“, propagierte den Numerus clausus in der „Judenfrage“, denn nur so könne man der „heimischen Jugend

101 Gregor Gatscher-Riedl, Ein geistiges Zentrum der Wiener jüdischen Studentenschaft. Die Lese- und Redehalle jüdischer Hochschüler 1894-1938, in: David 123 (2020), URL: <https://davidkultur.at/artikel/ein-geistiges-zentrum-der-wiener-juedischen-studentenschaft> (abgerufen 8.2.2022).

102 Marsha L. Rozenblit, Die Juden Wiens 1867-1914. Assimilation und Identität (= Forschungen zur Geschichte des Donauraumes 11), Köln-Graz 1989, 164; Tamara Ehs, Das extramurale Exil. Vereinsleben als Reaktion auf universitären Antisemitismus, in: Evelyn Adunka/Gerald Lamprecht/Georg Traska (Hg.) Jüdisches Vereinswesen in Österreich im 19. und 20. Jahrhundert (Schriftenreihe des Centrums für Jüdische Studien 18), Innsbruck 2011, 15-29, 21.

103 Waltraud Heindl, Bildung und Emanzipation. Studentinnen an der Universität Wien, in: Mitchell G. Ash/Josef Ehmer (Hg.), Universität - Politik - Gesellschaft (650 Jahre Universität Wien - Aufbruch ins neue Jahrhundert 2), Göttingen 2015, 529-563.

104 Herbert Posch, Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise 1918 bis 1938, in: Herbert Posch/Doris Ingrisch/Gert Dressel (Hg.), „Anschluß“ und Ausschluss 1938. Vertriebene und vertriebene Studierende der Universität Wien, Wien-Berlin 2008, 61-97, 84.

105 Mária M. Kovács, The Numerus Clausus in Hungary 1920-1945, in: Regina Fritz/Grzegorz Rossoliński-Liebe/Jana Starek (Hg.), Alma Mater Antisemitica. Akademisches Milieu, Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939 (Beiträge zur Holocaustforschung des WWVI 3), Wien 2016, 85-112.

106 Zit. n. Brigitte Fenz, Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft. Das Studentenrecht in Österreich 1918-1932, phil. Diss., Universität Wien 1977, 14.

den akademische Boden sichern“.¹⁰⁷ Ebenfalls bereits 1920 begannen die gewalttätigen Ausschreitungen gegen jüdische (aber auch sozialdemokratische) Studierende, die sich noch weiter verstärkten, seit der 1926 in Wien gegründete Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) zur stärksten Fraktion in der Deutschen Studentenschaft geworden war. Die Universität wurde nun zunehmend zum „Bürgerkriegsschauplatz“.¹⁰⁸

Ein veritables Sammelbecken der späteren nationalsozialistischen Studenten stellte der 1909 gegründete Deutsch-Akademische Juristenverein mit Sitz an der Universität Wien dar, v. a. nachdem die „katholischen und vaterländischen Studenten“ Anfang Februar 1934 ausgetreten waren.¹⁰⁹ Der Verein, dem alle Jus-Studenten „deutsch-arischer Abkunft“ angehören konnten, bezweckte nach der Satzung, seine Mitglieder „in ihrer theoretischen und praktischen Ausbildung in den Rechts- und Staatswissenschaften“ sowie die „Kameradschaft“ zu fördern, wobei ein „Verband alter Herren“ diese Ziele unterstützte.¹¹⁰ Sein Obmann Helmut Dachs war freilich als „nationalsozialistischer Parteigänger“ bekannt, wegen verbotswidriger Betätigung für die NSDAP auch polizeilich bestraft und hatte sich offenbar nach dem Parteiverbot im Juni 1933 in das Deutsche Reich abgesetzt.¹¹¹ Mitglieder des Vereines waren etwa August Dellisch, der Vorsteher des BG Pottenstein, Rudolf Kretschmer, Richter an den BG Kremsmünster und Tulln, der 1938/39 Mitarbeiter bei Staatskommissär Otto Wächter wurde und so an der „Säuberung“ der Justiz mitwirkte, der Wiener Staatsanwalt Alois Lindermann¹¹² usw. Der Verein wurde am 6. März 1934 behördlich aufgelöst,¹¹³ wobei für die Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit einerseits die Obmannschaft von Dachs als „prominenter Nationalsozialist“¹¹⁴ einen Auflösungsgrund darstellte, andererseits auch die Nichteinladung der Regierung zum Universitätsball, die sie „als demonstrativen Akt staats- beziehungsweise regierungsfeindlichen Charakters“ wertete. Eine von Seyß-Inquart gegen die Auflösung eingebrachte Verwaltungsgerichtshofbeschwerde blieb erfolglos.¹¹⁵

107 *Reichspost*, 24.9.1920, 5; vgl. Klaus Taschwer, Nachrichten von der antisemitischen Kampfzone, in: Margarete Grandner/Thomas König (Hg.), *Reichweiten und Außensichten. Die Universität als Schnittstelle wissenschaftlicher Entwicklungen und gesellschaftlicher Umbrüche (650 Jahre Universität Wien - Aufbruch ins neue Jahrhundert 3)*, Göttingen 2015, 99-26, 108.

108 Taschwer, *Nachrichten*, 108.

109 Aktenvermerk 9.2.1934, ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur XIV 444.

110 Satzungen, ebd.

111 Auflösungsbescheid vom 6.3.1934, ebd.

112 Stadler, *Verfahren*, 305, 326 und 330.

113 Auflösungsbescheid vom 6.3.1934, ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur XIV 444.

114 Bescheid des BKA (Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit), 13.4.1934, ebd.

115 Bundespolizeidirektion (BPDion) Wien, Aktenauszug, 4.5.1935, ebd.

Für die jüdischen Studierenden an der Fakultät hatte sich mit der Wahl Wenzel Gleispachs, eines radikal deutschnationalen bzw. nationalsozialistischen Strafrechtsprofessors¹¹⁶ zum Rektor 1929, die Lage noch weiter verschärft, brachte sie doch zusätzlichen Aufwind für den Nationalsozialismus und Antisemitismus. Bruno Kreisky, der ab 1929 Jus in Wien studierte, erinnerte sich: „Es war schlicht und einfach eine Hölle. Hörer, von denen man wußte, dass sie jüdischer Abkunft waren, oder die so aussahen, wurden immer wieder aus den Universitäten hinausgeprügelt. Man saß in einer Vorlesung, und plötzlich stürmte ein Haufen Nazistudenten in den Hörsaal, meist in Stiefeln -, sie sprangen auf die Bänke und riefen ‚Juden raus!‘ und ‚Rote raus!‘. [...] War man aus dem Hörsaal einigermaßen heil heraus, stand das Schlimmste noch bevor. Auf den langen Gängen und auf den Stiegen pflegten die Nazis nämlich sogenannte Salzgassen zu bilden, durch die man hindurchgeprügelt wurde, bis man mit Mühe und Not den Ausgang erreichte - meistens verletzt.“¹¹⁷ Erst ab dem Herbst 1933 gingen die antisemitischen Krawalle dann durch die zunehmende Repressionspolitik der Regierung gegen NS-Studierende zurück. Allerdings verlagerte sich der Antisemitismus in der Zeit bis 1938 „nur auf die Hinterbühne, er wurde ‚inoffiziell‘, aber nie verpönt“.¹¹⁸ Die nicht als „arisch“ geltenden Studenten sahen sich daher „isoliert, [...] ohne kameradschaftliche, ohne gesellschaftliche Beziehungen zu [den ...] sogenannten arischen Kommilitonen“ und fühlten sich „ghettoisiert“.¹¹⁹

b) Lehrende

Im Lehrkörper der Universitäten waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Wissenschaftler jüdischer Herkunft nur ganz vereinzelt in den Bereichen Medizin und Rechtswissenschaft vertreten. Der erste jüdische Rechtsprofessor war der Strafrechtler Wolfgang Wessely (1861 Ordinarius in Prag). Jüdischer Herkunft, aber zum Christentum konvertiert, waren die Wiener Professoren Julius Glaser (1860 Ordinarius für Strafrecht)¹²⁰ und Josef Unger (1855 Ordinarius für Zivilrecht),¹²¹ darüber hinaus gab es weitere Rechtslehrer jüdischer Herkunft in der Stellung von Dozenten. Insgesamt waren 1910 37,5 % der Vortragenden an der Wiener juristischen Fakultät jüdischer Herkunft.¹²²

116 Siehe dazu insbesondere Brigitte Fenz, Zur Ideologie der „Volksbürgerschaft“. Die Studentenordnung der Universität Wien vom 8. April 1930 vor dem Verfassungsgerichtshof, in: *Zeitschrift* 5 (1978) 4, 125-145.

117 Zit. n. Hanak-Lettner, Jahrhundert, 142.

118 Linda Erker, Studierende an der Universität Wien und ihr Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit, in: Enderle-Burcel/Reiter-Zatloukal (Hg.), *Antisemitismus*, 785-806, 801.

119 Walter Sokel, zit. n. ebd.

120 Franz Kobler, The Contribution of Austrian Jews to Jurisprudence, in: Josef Fraenkel (Hg.), *The Jews of Austria. Essays on their Life, History and Destruction*, London 1967, 25-40, 27.

121 Ebd., 29.

122 Beller, Schicht, 45.

Der sich seit den 1880er-Jahren verschärfende Antisemitismus schlug sich auch verschiedentlich bei der Berufung auf Professorenstellen in der Fakultät nieder.¹²³ Dies bekam etwa Georg Jellinek, der Sohn des Wiener Rabbiners Adolf Jellinek, zu spüren, dessen Berufung auf eine ordentliche Professur des Völkerrechts Unger und andere Professoren der Fakultät betrieben. Er musste sich allerdings mit einer außerordentlichen Professor für Staatsrecht begnügen, da „mit Rücksicht auf die völkerrechtliche Stellung des Papstes“ das Völkerrecht an den österreichischen Universitäten nur von Katholiken vertreten werden sollte¹²⁴ und die Ernennung eines „Israeliten [...] vielfach Anstoß erreg[t]“ hätte.¹²⁵ Die Lehrkanzel erhielt schließlich 1889 der Tiroler Heinrich Lammasch, der von der liberalen Presse als „Exponent der (antisemitischen) Klerikalen“ erachtet wurde.¹²⁶ 1904 wurde auch die Berufung des jüdischen Römischrechtlers Otto Lenel nach Wien verhindert.¹²⁷ Verstärkung erhielten die Deutschnationalen in der Fakultät dann 1915 durch die Berufung von Wenzel Graf von Gleispach. Ähnliches spielte sich auch an den anderen Juristenfakultäten ab. So war Jellinek auch in Innsbruck unerwünscht, ebenso die Wiener Zivilrechtler Armin Ehrenzweig und Emanuel Adler sowie der Wiener Rechtshistoriker Emil Goldmann und der Wiener Strafrechtler Alexander Löffler.¹²⁸

Die Zwischenkriegszeit war dann durch den „Triumph des faktischen Antisemitismus“ gekennzeichnet.¹²⁹ Zum einen gab es an der Wiener Fakultät schon zu Beginn der Ersten Republik lediglich drei Professoren jüdischen Glaubens, und vor 1938 waren nur elf der insgesamt 42 (ordentlichen und außerordentlichen) Professoren jüdischer Herkunft. Zum anderen wurde in dieser Zeit auch nur ein einziger ordentlicher Professor jüdischen Glaubens an der Wiener Fakultät ernannt, nämlich 1922 der Völkerrechtler Leo

123 Ausf. Ilse Reiter-Zatloukal, Antisemitismus und Juristenstand. Wiener rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät und Rechtspraxis vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum „Anschluss“ 1938, in: Oliver Rathkolb (Hg.), *Der lange Schatten des Antisemitismus. Kritische Auseinandersetzungen mit der Geschichte der Universität Wien im 19. und 20. Jahrhundert*, Wien 2013, 183-205, 185.

124 *Nationalzeitung*, 2.9.1889, zit. n. Camilla Jellinek, Ein Lebensbild, in: Georg Jellinek, *Ausgewählte Schriften und Reden*, Bd. 1, Berlin 1911, Neudruck Aalen 1970, 61.

125 Majestätsvortrag 22.8.1889, abgedr. bei Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky, Heinrich Lammasch (1853-1920). Notizen zur akademischen Laufbahn des großen österreichischen Völker- und Strafrechtsgelehrten, Innsbruck 1993, 57-58, 57.

126 Ebd., 18.

127 Reiter-Zatloukal, Antisemitismus, 190.

128 Peter Goller/Martin Urmann, Antisemitismus an der Universität Innsbruck. Vom „Waidhofener Prinzip“ zum „Ständestaat“ (1896-19338), in: Enderle-Burcel/Reiter-Zatloukal (Hg.), *Antisemitismus*, 807-822, 818.

129 Kamila Staudigl-Ciechowicz, „Judenrein“? Zum Antisemitismus an der Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät vor 1938, in: BRGÖ 2021/1, 100-118, 108.

Strisower¹³⁰ (dessen Ernennung aber nur möglich war, weil gleichzeitig Alexander Hold-Ferneck von den antisemitischen Seilschaften für eine gleiche Professur durchgesetzt wurde),¹³¹ und nur ein einziger außerordentlicher Professor, nämlich 1919 Stephan Brassloff. Darüber hinaus erfolgten nur zwei Ernennungen von Ordinarien jüdischer Herkunft, nämlich von Hans Kelsen 1919 und Oskar Pisko 1924, dessen Berufung diejenige von Armin Ehrenzweig aus Graz verhindern sollte.¹³² Die Wiener Juristenfakultät verfolgte also schon lange vor 1938 den Kurs, möglichst „judenrein“ zu werden, war sie doch von „der Vorherrschaft einer Gruppe deutschnationaler Professoren“ sowie durch einen „radikalen Antisemitismus rassischer Prägung“ gekennzeichnet.¹³³ Anders als die gewalttätigen Studenten zeigten sie ihren Antisemitismus vor 1938 aber nur vereinzelt offen, sondern praktizierten sie ihren Judenhas in mehr oder weniger geheimen Netzwerken. Oft nahmen deren Mitglieder universitäre Leitungsfunktionen wahr oder machten ihren Einfluss in universitären Gremien geltend, wo sie bei Habilitations- und Berufungsverhandlungen mit vorgeschobenen Fachargumenten gegen unerwünschte Bewerber vorgingen. Da es außerdem „erhebliche personelle Überlagerungen zwischen diesen Cliquen gab, wurden diese umso wirkmächtiger, zum Teil auch über das akademische Milieu hinaus“.¹³⁴

Zwischen 1908 und 1938 gehörte zumindest die Hälfte der 30 Rektoren der Universität Wien dem DK an, so der Zivil- und Völkerrechtler Ernst Schwind (Rektor 1919/20), der Strafrechtler Wenzel Gleispach (1929/30) und der Völkerrechtler Alexander Hold-Ferneck (1934/1935). Von den Dekanen der juristischen Fakultät waren Mitglieder im DK neben Schwind (1911/12, 1921/22), Gleispach (1919/20, 1925/26) und Hold-Ferneck (1929/20) auch: der Zivilverfahrensrechtler Hans Sperl (1913/14), der Rechtshistoriker Hans Voltolini (1916/17, 1917/18, 1924/25), der Strafrechtler Ferdinand Kadečka (1936/38) sowie der Römischrechtler Ernst Schönbauer (1938-1943).¹³⁵ Außerdem gehörten zahlreiche weitere Mitglieder des Lehrpersonals der juristischen Fakultät dem DK an,

130 Kamila Staudigl-Ciechowicz, Exkurs: Akademischer Antisemitismus, in: Thomas Olechowski/Tamara Ehs/Kamila Staudigl-Ciechowicz, Fakultät, 67-77, 73.

131 Thomas Olechowski, Hans Kelsen. Biographie eines Rechtswissenschaftlers, Tübingen 2020, 399.

132 Staudigl-Ciechowicz, „Judenrein“?, 113; Olechowski, Kelsen, 400.

133 Oliver Rathkolb, Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien zwischen Antisemitismus, Deutschnationalismus und Nationalismus 1938, davor und danach, in: Gernot Heiß/Siegfried Mattl/Sebastian Meissl/Edith Saurer/Karl Stuhlpfarrer (Hg.), Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938 bis 1945 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 43), Wien 1989, 197-232, 197.

134 Klaus Taschwer, Braun-schwarze Beziehungsgeflechte. Zur Bedeutung antisemitischer Netzwerke im akademischen Milieu der Zwischenkriegszeit und zu ihren Nachwirkungen nach 1938 und 1945, in: Enderle-Burcel/Reiter-Zatloukal (Hg.), Antisemitismus, 769-784, 770.

135 Staudigl-Ciechowicz, Exkurs, 71.

z. B.: Wilhelm Andraea, Robert Bartsch, Karl Braunias, Julius Bombiero, Karl Byloff, Erwin Höpler, Karl Gottfried Hugelmann, Robert Kerber, Herbert Kier, Alexander Mahr, Richard Pfaundler, Helfried Pfeifer und Othmar Spann.¹³⁶

Darüber hinaus entfaltete die DG auf der Ebene des Lehrpersonals an den Universitäten einen unheilvollen Einfluss. Die Fachgruppe Hochschulwesen, in der Othmar Spann, seit 1919 Ordinarius für Nationalökonomie und Gesellschaftslehre an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät - wiewohl nur stellvertretender Leiter der Fachgruppe - den Ton angab, führte „Gelbe Listen“ über die politische Einstellung und „rassische“ Herkunft der Professoren und Dozenten. Sie verhinderte etwa, dass 1926 der austromarxistische Jurist und Soziologe Max Adler ein Ordinariat an der Fakultät erhielt, worin auch Karl Gottfried Hugelmann, Extraordinarius für Deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte, Staatsrecht und Kirchenrecht, als Kontaktmann zur Presse involviert war.¹³⁷

In besonderem Maße war der Römischrechtler Stephan Brassloff¹³⁸ den Machenschaften der deutschnationalen Professoren und Studenten ausgesetzt, als er 1925 mit Ernst Schönbauer in Konkurrenz um ein Ordinariat stand. Spann und die „Deutsche Studentenschaft“ entfesselten ein wahres Kesseltreiben gegen Brassloff, das zu einem Disziplinarverfahren führte, warf man Brassloff doch u. a. vor, durch diverse Äußerungen „erotischen Beigeschmackes“¹³⁹ die Würde der Universität verletzt zu haben. Dass die Aktion gegen Brassloff geplant war, zeigen die Sitzungsprotokolle der DG.¹⁴⁰ Hans Kelsen, der Partei für Brassloff ergriff, wurde massiv bedroht. Ein Funktionär der „Deutschen Studentenschaft“ rief z. B. in einer NS-Wochenzeitung die Behörden zur Beseitigung „verbrecherische[r] Wüstensöhne“ auf: „Sollte der Asiate Kelsen es durch Schlappeheit der Behörden erreichen, dass der Asiate Brassloff an der deutschen Kulturstätte vortragen kann, dann wird sich in Wien etwas tun, was Wien noch nicht gesehen hat!“¹⁴¹ Die Karriere Brassloffs war damit beendet, Schönbauer wurde zwei Jahre später zum Ordinarius

136 Staudigl-Ciechowicz, Exkurs, 71.

137 Zit. n. Huber, Schaltzentrale, 16.

138 Ausf. Franz Stefan Meissel, Römisches Recht und Erinnerungskultur - zum Gedenken an Stephan Brassloff (1875-1943), in: Vienna Law Inauguration Lectures. Antrittsvorlesungen an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien 1), Wien 2008, 1-47, Franz Stefan Meissel, in: Strategien der Anpassung - Römisches Recht im Zeichen des Hakenkreuzes, in: Franz Stefan Meissel/Thomas Olechowski/Ilse Reiter/Stefan Schima (Hg.), Vertriebenes Recht - Vertreibendes Recht (Juridicum Spotlight 2), Wien 2012, 35-78, 40-42.

139 Die Disziplinarkammer erachtete z. B. die Bemerkung als „ausgesprochen obszön“, dass es auch in der Ehe „Pflichtübungen“ gebe, als „grob obszön“ den Satz „Jungfrauen pflegen manchmal ihre Jungfernschaft mit Hypotheken zu belasten“, Meissel, Recht, 13-16.

140 Staudigl-Ciechowicz, „Judenrein“?, 11; Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 108.

141 Zit. n. Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 108.

ernannt. Auch wollte die DG der liberalen Schule der Wiener Nationalökonomie eine „konservative“ Richtung entgegensetzen, weshalb als Nachfolger von Carl Grünberg 1927 der „mittelmäßige wie antisemitisch deutschtümeln-de“ Jurist und Nationalökonom Ferdinand Degenfeld-Schonburg, später der erste Nachkriegsdekan der Fakultät, berufen wurde.¹⁴²

Eine ihrer „Gelben Listen“ veröffentlichte die DG im Oktober 1929 auch in antisemitischen Zeitungen,¹⁴³ nachdem sie die „fortschreitende Verjudung unserer Hochschulen“ angeprangert und betont hatte, dass es notwendig zu wissen sei, „wer von den Hochschullehrern Jude ist und wer Deutscher“, weil es nicht nur ein Recht, sondern auch „völkische Pflicht“ sei, „den deutschen Lehrer zu hören, dem Heimat, Volk, Rasse, Vaterland und Deutschtum heilige Begriffe und für den Heimatschutz und Heimatliebe, Vaterlandssinn und Vaterlandsverteidigung ewige und sittliche Werke und angeborene Pflichten eines deutschen Kulturmenschen sind!“. Man gab nun die Namen der „Professoren jüdischer Volkszugehörigkeit oder jüdischer Abstammung bekannt“, und stellte klar: „Ihr wißt, was Ihr anlässlich der Einschreibung zu tun habt“. „Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät: „Adler E., Adler M. (Marxist), Braßloff, Ehrenzweig, Gal Alex., Goldmann, Henrich, Herrnritt, Hupka, Kaufmann, Kelsen (Marxist), Klang, Kornfeld, Kunz, Lehnhoff [recte Lenhoff], Menzel, Mises, Petschek, Pisko, Pollak Rud., Pribram Karl, Rappaport, Redlich Josef, Schilder, Schiff, Schlesinger, Schreier, Sieghart, Strisower.“¹⁴⁴

Othmar Spann war aber nicht nur in der DG engagiert, sondern betrieb auch den „Spann-Klub“, den vom Rektor anerkannten Staatswissenschaftlichen Verein an der Universität Wien, der „loser und unverbindlicher organisiert“, aber ebenfalls gut vernetzt war.¹⁴⁵ Er konstituierte sich, als die ersten Absolvent:innen des 1919 an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät installierten staatswissenschaftlichen Studiums ihre wissenschaftlichen Karrieren begannen. Ihm gehörten hauptsächlich Schüler und Weggefährten Spanns an, aber alle Akademiker konnten Mitglieder werden, sofern sie „deutsch“ waren und den Vereinszweck unterstützten, der darin lag, „für die Teilnahme am Staats- und Wirtschaftsleben in theoretischer, praktischer und gesellschaftlicher Beziehung eine allgemeine Grundlage zu schaffen“.¹⁴⁶

Die Erfolge der antisemitischen Netzwerke an der Wiener Juristenfakultät spiegelten sich also einerseits in der Verhinderung von „Juden“ auf Lehrkan-

142 Huber, Schaltzentrale, 25.

143 Staudigl-Ciechowicz, Exkurs, III.

144 Zit. n. Staudigl-Ciechowicz, Exkurs, 67.

145 Taschwer, Beziehungsgeflechte, 777.

146 Tamara Ehs, Extra muros: Vereine, Gesellschaften, Kreis und Volksbildung, in: Olechowski/Ehs/Staudigl-Ciechowicz, Fakultät, 701-748, 715.

zeln und im Rückgang der Habilitationen von Wissenschaftlern jüdischer Herkunft. Hatten sich zwischen 1900 und 1918 noch mindestens 18 als „Juden“ angesehene Wissenschaftler an der Wiener Fakultät habilitiert, so waren es in der Zwischenkriegszeit nur mehr zehn, wobei nach 1934 nur mehr eine Habilitation erfolgte, nämlich die von Albert A. Ehrenzweig (jun.).¹⁴⁷ Andererseits wurden auch exponiert Deutschnationale an die Fakultät berufen, nämlich Hold-Ferneck 1922 sowie Schönbauer und Hugelmann 1924. Über Hugelmanns nationale Einstellung berichtete der NS-Anwalt Hans Bleyer-Härtl, dass dieser nach dem Verbot der NSDAP im Juni 1933 im DK eine „jener Reden hielt, die einem unvergeßlich sind, weil sie ein Weltengericht bedeuten“. Als „Hugelmann mit einem heiligen Schwur, daß der Kampf [um die deutsche Einheit] unentwegt fortgeführt werden würde bis zum Siege, geendet hatte, da sangen Hunderte von Männern, mit straffem Arm dem Führer huldigend, das Deutschland-Lied“.¹⁴⁸ Darüber hinaus stand Hugelmann im Verdacht, in den NS-Juliputsch involviert gewesen zu sein, wobei ihm nach seiner Verhaftung Seyß-Inquart als Anwalt beistand.¹⁴⁹

Während also Deutschnationale an die Wiener Fakultät berufen wurden oder bereits berufene in der Universitätshierarchie der Zwischenkriegszeit rasch aufstiegen und höchste Universitätsämter bekleideten, wurden die wenigen Lehrenden jüdischer Herkunft an der Fakultät konsequent insultiert und ausgegrenzt, ganz besonders freilich die außerordentlichen Professoren und Dozenten jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft.¹⁵⁰ Aber auch der bereits 1897 zum Protestantismus konvertierte Handelsrechtler Josef Hupka, der letzte Dekan jüdischer Herkunft in der Zwischenkriegszeit (1926/27), war vielfach massiver antisemitischer Hetze ausgesetzt, v. a. als er diversen Provokationen der „Hakenkreuzler“ entgegentrat und sich für von den Deutschnationalen schikanierte Universitätsangehörige einsetzte.¹⁵¹

Es ist daher nicht verwunderlich, dass etwa Carl Grünberg 1923 nach Frankfurt am Main¹⁵² und Hans Kelsen 1930 nach Köln wechselte. Auch Kelsen, „einer der wenigen Nichthakenkreuzler auf dem Katheder“, wie es Karl

147 Staudigl-Ciechowicz, „Judenrein“?, 113.

148 Hans Bleyer-Härtl, Ringen, 132.

149 Koll, Seyß-Inquart, 174.

150 Liste bei Staudigl-Ciechowicz, Exkurs, 73.

151 Ausf. Klaus Taschwer, Kämpfer gegen den Antisemitismus und Opfer der Shoa. Leben und Sterben von Josef Hupka (1875-1944). Ordinarius für Handels- und Wechselrecht an der Universität Wien, in: Johannes Koll (Hg.), „Säuberungen“ an österreichischen Hochschulen 1934-1945, Wien 2017, 459-489, 467; Caterina Maria Grasl, Joseph Hupka (1875-1944). Leben und Werk eines zu Unrecht vergessenen Rechtswissenschaftlers (= Wiener Studien zu Geschichte, Recht und Gesellschaft 8), Berlin u. a. 2022.

152 Staudigl-Ciechowicz, „Judenrein“?, 114.

Renner formulierte,¹⁵³ war mehrfach ins Visier der Deutschnationalen geraten.¹⁵⁴ Er hatte schon die mangelnde Unterstützung seiner Habilitation durch Edmund Bernatzik auf die „nicht sehr judenfreundliche Haltung der Fakultät“¹⁵⁵ zurückgeführt und war bei seiner Verteidigung von Brassloff auf Feindschaft gestoßen. Neben dem Rechtshistoriker Ernst Schwind, der aus seiner deutschnationalen bzw. antisemitischen Haltung kein Hehl machte und auch 1918 versucht hatte, die Ernennung Kelsens zum Extraordinarius zu verhindern,¹⁵⁶ war es v. a. das DK-Mitglied Hold-Ferneck, das sich als Kelsen-Gegner hervortat und sich später zuschrieb, dass es ihm gelungen sei, Kelsens „Einfluss zu brechen“.¹⁵⁷ Es ist daher nachvollziehbar, dass Hans Kelsen 1930 nach Köln ging, was er dem Ministerium gegenüber mit der „immer unangenehmer sich gestaltende[n] Stellung im Prof[essoren] Koll[egium]“ begründete.¹⁵⁸ Die *Arbeiter-Zeitung* beklagte, dass ein „Kartell der Klerikalen mit den Hakenkreuzlern“ die Universitäten monopolisiere und die Wiener Universität „in wenigen Jahren auf das Niveau der letzten Provinzuniversität heruntergewirtschaftet“ worden sei. Sie resümierte zutreffend: „Die Kelsen gehen, die Gleispach bleiben.“¹⁵⁹

Von den Professoren jüdischer Herkunft verblieben an der Wiener Fakultät bis 1938¹⁶⁰ also nur mehr die Ordinarien Josef Hupka, Oskar Pisko (Zivil- und Handelsrecht) und Emil Goldmann (Deutsches Recht) sowie der Extraordinarius Brassloff, daneben gab es eine Vielzahl von jüdischen Privatdozenten. Ein weiterer Abbau war seitens des Unterrichtsministeriums 1933/34 angedacht, der u. a. Goldmann und Brassloff (sowie auch Hold-Ferneck) betroffen hätte, wozu es aber dann doch nicht kam.¹⁶¹

Die Fakultät verlassen musste freilich Gleispach, der im Oktober 1933 aufgrund seiner Kritik an der Regierung Dollfuß zwangspensioniert wurde, was das Professorenkollegium laut Dekan Degenfeld-Schonburg „mit tiefem Bedauern“ zur Kenntnis nahm.¹⁶² Ende 1933 ging er an die Universität Berlin, wo

153 Olechowski, Kelsen, 484.

154 Siehe dazu den Beitrag von Péter Tchet in diesem Band: Hans Kelsen als Zielscheibe: Antisemitismus im Kontext der rechtswissenschaftlichen Debatten der Ersten Republik.

155 Hans Kelsen, *Autobiographie* (1947), in: Matthias Jestaedt (Hg.), *Hans Kelsen im Selbstzeugnis*, Tübingen 2006, 31–94, 41.

156 Olechowksi, Kelsen, 205.

157 Nikolaus Grass (Hg.), *Österreichische Rechts- und Staatswissenschaften in Selbstdarstellungen* (Schlern Schriften 97), Innsbruck 1952, 102.

158 Staudigl-Ciechowicz, „Judenrein“?, 112; ausf. Olechowski, Kelsen, 481.

159 *Arbeiter-Zeitung*, 11.7.1930, 2.

160 Siehe für 1938 Vertriebenen fächerweise gegliedert ausführlich Franz Stefan Meissel/Thomas Olechowski/Ilse Reiter-Zatloukal/Stefan Schima (Hg.), *Vertriebenes Recht - Vertreibendes Recht*, Wien 2010.

161 Staudigl-Ciechowicz, „Judenrein“, 115.

162 Reiter-Zatloukal, *Antisemitismus*, 196.

er 1934 ein Ordinariat erhielt. Hugelmann wurde 1934 im Zuge der „Herabsetzung des Personalaufwandes der Hochschulen“ zwangspensioniert und nahm eine Professur in Münster an.¹⁶³ Zur dieser bis zum Juli 1934 „vergleichsweise zurückhaltenden Maßregelung von NS-affinen Lehrenden“ bemerkt Linda Erker, dass dabei die „Männernetzwerke innerhalb und außerhalb der Hochschule eine bedeutende Rolle [spielten], in denen zwischen katholisch-nationalen, NS-affinen und nationalsozialistischen Kreisen weiter gutes Einvernehmen herrschte“.¹⁶⁴ Danach wurden die Maßnahmen verschärft, an die Stelle der bisherigen Netzwerke, die nun nur mehr getarnt agieren konnten, traten nun verstärkt der CV und andere katholische Vereinigungen.

Rechtsanwälte

Im Bereich der Rechtsanwaltschaft manifestierte sich der Antisemitismus und damit verbunden auch die Vernetzung in antisemitischen Netzwerken in besonderem Maße, wollten sich doch offenbar die deutschnationalen und auch katholischen Rechtsanwälte deutlich von den Kollegen jüdischer Herkunft abgrenzen, die bereits 1881 61 % der Anwälte ausgemacht hatten.¹⁶⁵ Trotz verfassungsrechtlicher Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung war nämlich eine staatliche juristische Karriere schon in der Monarchie ohne Übertritt zum christlichen Glauben de facto unmöglich gewesen. Denjenigen Juden, die den Schritt einer Annahme des christlichen Glaubens nicht gehen wollten, blieb daher zumeist nur der Weg offen, die Laufbahn eines Anwalts (oder einer Anwältin)¹⁶⁶ zu wählen, weshalb ihr Anteil auch in der Zwischenkriegszeit mit 62 % hoch blieb.¹⁶⁷

Ein besonderer Kritikpunkt der „arischen“ Rechtsanwälte war aber nicht nur der hohe Prozentsatz der jüdischen Anwält:innen, sondern auch die starke Präsenz jüdischer Funktionäre in der Rechtsanwaltskammer in Wien, was sich mit den Eingriffen in die Autonomie der Kammern im Austrofaschismus ändern sollte. Ende März 1934 wurden nämlich infolge des Verbots der SDAP

163 Ebd., 196; Erker, Die Universität Wien im Austrofaschismus, 176.

164 Erker, Die Universität Wien im Austrofaschismus, 175.

165 Beller, Schicht, 45.

166 Bis zum „Anschluss“ 1938 wurden in ganz Österreich 25 Frauen in die Liste der Rechtsanwälte eingetragen, 20 wurden nach dem „Anschluss“ aus der Rechtsanwaltsliste gelöscht. 16 von ihnen wurden vom NS-Regime als „Volljüdinnen“ kategorisiert, 14 von ihnen gelang die Flucht, zwei wurden von den Nationalsozialisten ermordet, siehe: Barbara Sauer/Ilse Reiter-Zatloukal, Advokaten 1938. Das Schicksal der in den Jahren 1938 bis 1945 verfolgten österreichischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, hg. vom Verein zur Erforschung der anwaltlichen Berufsgeschichte der zwischen 1938 und 1945 diskreditierten Mitglieder der österreichischen Rechtsanwaltskammern, Wien 2010, 35.

167 Reiter-Zatloukal, „Bodenständigkeit“, 699.

am 12. Februar 1934 nun alle Mandate der Ausschüsse der Kammern für erloschen erklärt, wenn die Inhaber zur Zeit ihrer Wahl der SDAP oder einer unter ihrem Einfluss stehenden Organisation angehört hatten oder ihr nachher beigetreten waren. Davon waren jedenfalls drei jüdische Ausschussmitglieder betroffen.¹⁶⁸ In weiterer Folge wurde der Ablauf sämtlicher Kammermandate mit Ende 1935 gesetzlich angeordnet. Die im November 1935 durchgeführte Neubestellung der Funktionäre hatte nun hinsichtlich der Kammer in Wien eine „ausgesprochen antisemitische Tendenz“, obwohl die Regierung vorgeblich den „nationalsozialistische[n] Einfluß, der sich in den Provinzkammern fühlbar gemacht“ habe, beseitigen wollte.¹⁶⁹ Von den zwölf jüdischen Anwälten des Ausschusses wurden nämlich nur zwei erneut berufen, die restlichen zehn jedoch, darunter der Kammerpräsident von 1932 bis 1935 Siegfried Kantor, „übergangen“ bzw. aus der Leitung der Kammer „ausgeschaltet“.¹⁷⁰

a) *Verband der Deutsch-Arischen Rechtsanwälte*

Das wohl einflussreichste Netzwerk der deutschnationalen und nationalsozialistischen Rechtsanwälte Österreichs war der 1933 vom Wiener Anwalt Viktor Tschadesch gegründete Verband der Deutsch-Arischen Rechtsanwälte, der u. a. die „Zusammenfassung der deutsch-arischen Rechtsanwälte des österreichischen Bundesgebietes“, die „Einflussnahme auf die Gesetzgebung und Rechtsprechung in Lehre und Leben im Sinne deutschen Volksempfindens“ und die „Vorbereitung eines Gesetzes zur Schaffung einer Standesvertretung (Kammer) der deutsch-arischen Rechtsanwälte des österreichischen Bundesgebietes“ bezweckte. Er propagierte also, insbesondere in seiner Verbandszeitung, die „Pflege deutschen Rechtsempfindens im Sinne des Kampfes gegen die Überfremdung des österreichischen Rechtes in Lehre und Leben und entsprechend der Auffassung der bodenständigen Bevölkerung“, die unter den „Praktiken einer jüdischen Advokatenclique“ zu leiden habe.¹⁷¹

Im Zuge der Vertretung der Interessen der „bodenständigen, arischen, deutsch-christlichen“ Rechtsanwälte¹⁷² verfolgte der Verband einen „radikalen Rassenantisemitismus nach deutschem Vorbild“, wobei er sich aber zur

168 So Barbara Sauer, Selbstbestimmung versus Fremdbestimmung. Die Wiener Rechtsanwaltskammer 1930-1950, in: Österreichisches Anwaltsblatt 2014/10, 596-607, 691, Kübl spricht von 4 Mitgliedern, Friedrich Kübl, Geschichte der jüdischen Advokaten und Rechtsgelehrten in Österreich, in: Hugo Gold (Hg.), Geschichte der Juden in Österreich. Ein Gedenkbuch, Tel Aviv 1971, 117-125, 122.

169 Ebd., 122.

170 Ebd.

171 Schreiben des Verbandes an Vereins-Bureau der BuPolDion, 23.12.1937, ÖStA, AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-4777.

172 Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisation, Institutionen, Bewegungen, Berlin-Boston 2012, 623.

Legitimation seines Antisemitismus auf „führende Männer im öffentlichen Leben Österreichs“, wie z. B. Leopold Kunschak und Ignaz Seipel, stützte.¹⁷³ Als Sammelbecken der „bodenständigen“ österreichischen Rechtsanwälte trat der Verband auch für die Förderung des „arischen“ Nachwuchses und gegen die „Überfremdung“ des Anwaltsstandes ein. Er forderte daher einen Numerus clausus für jüdische Anwälte in Österreich, gab es doch nach seiner rassistischen Einschätzung in Wien 1934 schon über 82,5% „jüdische“ Anwälte, während die „bodenständigen, christlich-deutschen Rechtsanwälte in Wien [...] kaum die Zahl 300 erreichen“ würden.¹⁷⁴

Der Verband boykottierte auch die Union Internationale des Avocats, Bruxelles-Paris, den ältesten Weltverbands der Rechtsanwälte, deren Vorsitzender der frühere Präsident der Wiener Kammer Siegfried Kantor war, als die Union ihre Jahressitzung 1936 in Wien abhielt. Als Gegenveranstaltung plante der Verband vielmehr für 1937 einen „Weltkongress der arischen Rechtsanwälte“ in Wien.¹⁷⁵ In der vom Verband herausgegebenen „Zeitschrift für österreichisches Recht und vergleichende Rechtswissenschaft“ (1938), die das „österreichische Schrifttum von dem jüdischen Einflusse [...] befreien“ sollte,¹⁷⁶ durften entsprechend den Vereinszielen nur „christliche, arische Schriftsteller [...] zur Sprache und zu Wort kommen“.¹⁷⁷ Auch gab der Verband den „Arischen Geschäftsweiser“¹⁷⁸ heraus, in dem „erstklassige arische, christlich-deutsche Firmen ihre Ankündigungen erscheinen lassen“ konnten,¹⁷⁹ was eine intensive Auseinandersetzung mit der Rechtsanwaltskammer in Wien nach sich zog, die dies als standeswidrig erachtete.¹⁸⁰ Im Dezember 1936 rief der Verband seine Mitglieder überdies zum Boykott jüdischer Geschäfte bei den Weihnachtseinkäufen auf.¹⁸¹

Ende 1933 hatte der Verband über 500¹⁸² und 1934 bereits 800 Mitglieder - „so daß [...] der Zusammenschluß aller deutsch-arischen Standesangehöriger

173 Mitteilungen des Verbandes Deutsch-Arischer Rechtsanwälte Österreichs [im Folgenden Mitt dt-a RA], 1936/16, 2.

174 Schreiben des Verbandes an das PolKomm Innere Stadt 17.10.1933, ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-4777.

175 Schreiben an das Vereinsbüro der BPDion in Wien 28.12.1936, ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-4777.

176 ÖStA/AdR, BKA-I Parteiarchive VF Gensekt 514-I-425, Ktn. 108.

177 Schreiben des Verbandes an BReg z.H. Kurt Schuschnigg, 14.7.1937, ebd.

178 Zeitschrift für österreichisches Recht und vergleichende Rechtswissenschaft, Jänner 1938, 1.

179 Schreiben des Verbandes an Polizeikomm Innere Stadt, 17.10.1935, ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-4777.

180 Die Auseinandersetzung mit der Wiener Kammer. Die arischen Geschäftsweiser, Mitt dt-a RA. 1935/11, 1.

181 Mitteilungen dt-a RA 1936/22, 7.

182 Mitt dt-a RA, 1933/1, 1.

Bilder online nicht verfügbar.

Links: Otto Ender war Landeshauptmann von Vorarlberg und als einziger Vorarlberger Bundeskanzler der Republik. *Rechts:* Rudolf Ramek stammte aus Teschen (Cieszyn) in Österreichisch-Schlesien und stand als Bundeskanzler zwei Regierungen vor. | *Österreichische Nationalbibliothek*

gen Österreichs in bald erreichbare Nähe gerückt“ schien,¹⁸³ denn er bündelte sowohl christlichsoziale wie auch großdeutsche und nationalsozialistische Anwälte. Zu den christlichsozialen Mitgliedern gehörten etwa die ehemaligen BK (und Juristen) Rudolf Ramek, der sogar im Vorstand vertreten war,¹⁸⁴ Karl Buresch und Otto Ender¹⁸⁵ sowie der ehemalige Innen- und Außenminister Heinrich Mataja. Den Großdeutschen gehörte der ehemalige BMJ Franz Slama an, und auch zahlreiche NS-Rechtsanwälte waren Mitglieder: Walter Riehl (u. a. Mitorganisator des Antisemitentages 1921 sowie unentgeltlicher Verteidiger des Nationalsozialisten Otto Rothstock im Prozess wegen dessen Mordes am jüdischen Schriftsteller Hugo Bettauer¹⁸⁶ sowie der im Schattendorf-Prozess 1927 angeklagten „Frontkämpfer“), Erich Führer (NSDAP-Mitglied seit 1932, Verteidiger u. a. der Juliputschisten Franz Planetta und Otto

183 Mitt dt-a RA, 1934/2, 1.

184 Wahlanzeige, ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-4777.

185 Ausf. Peter Melichar, Otto Ender 1875-1960: Landeshauptmann, Bundeskanzler, Minister. Untersuchungen zum Innenleben eines Politikers, Wien-Köln-Weimar 2018, 163.

186 Bettauer hatte v. a. aufgrund seiner erfolgreichen Wochenschrift *Er und Sie*, in welcher er eine sexuell freizügige Lebensführung vertrat, Hass auf sich gezogen und wurde von Rothstock in der Redaktion erschossen. Riehl erwirkte die Einweisung Rothstocks in eine psychiatrische Klinik, die dieser 18 Monate später als freier Mann verließ, ausf. Murray G. Hall, Der Fall Bettauer, Wien 1978.

Holzweber sowie Leiter des illegalen NS-Juristenbundes), Otto Wächter, Hans Bleyer-Härtl und Arthur Seyß-Inquart,¹⁸⁷ aber auch die nach dem „Anschluss“ großflächig in „Arisierungen“ involvierten Anwälte Friedrich Zabranky und Hans Mann, wobei sich Mann, Bleyer-Härtl zufolge, „mit größter Selbstlosigkeit [...] einer weitverzweigten illegalen Tätigkeit neben seiner umfassenden Verteidigertätigkeit hinzugeben pflegte“.¹⁸⁸

b) Weitere Netzwerke

Zahlreiche Anwälte waren freilich auch frühe Mitglieder der NSDAP, wie etwa seit 1931 Georg Ettingshausen (seit 1930 SA-Mitglied und Präsident der Rechtsanwaltskammer in Wien nach dem „Anschluss“),¹⁸⁹ Arthur Seyß-Inquart (der nicht nur 1931 der NSDAP beitrug, sondern auch dem Ausschuss der Wiener Kammer angehörte),¹⁹⁰ Robert Lippert (seit 1923 NSDAP- und SA-Mitglied, Rechtsberater der NSDAP-Gauleitung, nach dem „Anschluss“ kommissarischer Leiter der Salzburger Rechtsanwaltskammer¹⁹¹), Josef Plakolm (Mitglied der NSDAP seit 1933 und der SS seit 1936, nach dem „Anschluss“ kommissarischer Leiter der Linzer Rechtsanwaltskammer); weiters Otto Wächter seit 1930 und SS-Obersturmbannführer Hans Mann (der später Führungspositionen u. a. im NSRB innehatte) seit 1931.

Ebenso gehörten zahlreiche Rechtsanwälte schon vor 1938 dem NSRB an, wie z. B. Otto Wächter seit 1923, Walter Riehl und Ernst Kaltenbrunner seit 1930, Georg Ettingshausen, der seit 1932 Obmann des NS-Juristenbundes für den Gau „Groß Wien“ war, Erich Führer seit 1932 usw.

Parallel dazu waren zahlreiche Rechtsanwälte Mitglieder des DK, darunter Walter Riehl, der bereits 1918 im DK über die „Notwendigkeit einer selbständigen deutschnationalen Arbeiterbewegung und einer deutschen nationalsozialistischen Parteigruppe“ in Österreich referierte. Riehl initiierte 1927 auch eine Besprechung im DK zur Gründung eines „Deutschösterreichischen Ehegesetzvereines“, der als Forderung die Regelungen des NS-Blutschutzgesetzes von 1935 vorwegnahm. Riehl verteidigte 1927 auch (gemeinsam mit zwei weiteren Anwälten) die „Frontkämpfer“ im Schattendorf-Prozess, wobei er den Vorsitzenden des Straflandesgerichts, Ernst Ganzwohl, wohl aus dem DK kannte.¹⁹² Einer der beiden anderen Rechtsanwälte im Schattendorf-

187 Koll, Seyß-Inquart, 36.

188 Bleyer-Härtel, Ringen, 221.

189 Kinga Projimovics, Eine Akkreditierung. Der Rechtsberater des ungarischen Konsulats, in: S.I.M.O.N 1 (2014), 225-229, 225, URL: https://simon-previous-issues.wvi.ac.at/images/Documents/Events/2014-1/2014-1_Event_Eine-Quelle/Events_Nur-eine-Quelle.pdf (abgerufen 8.2.2022).

190 Koll, Seyß-Inquart, 36.

191 Zu den kommissarischen Leitungen Peter Wrabetz, Österreichs Rechtsanwälte in Vergangenheit und Gegenwart, Wien 2002, 127.

192 Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 45, 70 und 74.

Prozess, Hans Bleyer-Härtl, der die Verteidigung übernommen hatte, „um Moskau und Juda moralisch ins Knie zu zwingen“,¹⁹³ war dem DK 1927 beigetreten, Arthur Seyß-Inquart bereits im Jahr 1924. Als weitere Mitglieder sind z. B. Otto Wächter und Erich Führer zu nennen.¹⁹⁴

Einem radikalen Antisemitismus hatte sich auch der 1937 gegründete „Weltverband arischer und artverwandter Rechtsanwälte“ verschrieben, der sich als „Zusammenfassung der arischen und artverwandten Rechtsanwälte sämtlicher Kulturstaaten des Erdballes“ verstand und als seinen Zweck die „Einflussnahme auf die Gesetzgebung und Rechtsprechung in Lehre und Leben in einem dem Rechtsempfinden der arischen und artverwandten Völker entsprechenden Sinne“ definierte.¹⁹⁵ Angesichts dessen, dass hinter diesem Verein, über dessen Mitglieder bislang nichts bekannt ist, ebenfalls Viktor Tschadesch stand, wurde dessen Tätigkeit polizeilich überwacht.¹⁹⁶

Ebenfalls eine antisemitische Tendenz hatte der 1934 gegründete „Frontring der Rechtsanwälte“, dem nur solche Rechtsanwälte angehören durften, die in der bewaffneten Macht der österreichisch-ungarischen Monarchie Frontdienst geleistet hatten. Sein Zweck war „die Pflege und Betätigung österreich-patriotischer Gesinnung, Wahrung und Ausbau des überlieferten Rechtsgutes, Berücksichtigung der besonderen österreichischen Rechtsbedürfnisse, weiters die Pflege der Kameradschaft und Kollegialität, endlich gesellschaftlichen Zusammenschluss und Erlangung wirtschaftlicher Vorteile für seine Mitglieder“.¹⁹⁷ Er setzte sich aber auch explizit gegen das „Eindringen heimatfremder Elemente in Recht und Gesetzgebung“ und für die Einführung des „Bodenständigkeitsbegriffs“ in das öffentliche Recht ein, denn „Rechtspflege und Rechtsaufbau [...] könnten so gegen Überfremdung geschützt“ werden.¹⁹⁸ Um „Zuständiggewordene“, also die „Ostjuden“, „zum Österreicher zu machen“, müsse daher eine gewisse Zeit „bewussten Bekennens zum Österreichertum verstreichen“.¹⁹⁹ Wenngleich hier eine antisemitische Ausrichtung sichtbar wird, war der „Frontring“, bei dem Kurt Schuschnigg das Ehrenpräsidium wahrnahm,²⁰⁰ aber kein Sympathisant des Nationalsozialismus, rief er doch etwa am 11. März die Anwaltschaft dazu auf, bei der von BK Schuschnigg anberaumten Volksbefragung für die Unabhängigkeit Österreichs mit „Ja“ zu stimmen.²⁰¹

193 Bleyer-Härtl, Ringen, 59.

194 Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 75 und 96.

195 Statuten, ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-5159.

196 Sicherheitsdirektor des Bundes für die bundesunmittelbare Stadt 30.9.1937, ebd.

197 Satzungen, ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-4950.

198 *Salzburger Volksblatt*, 15.4.1935, 3.

199 *Der Tag*, 14.4.1935, 7.

200 *Innsbrucker Nachrichten*, 18.4.1935, 6; *Der Tag*, 14.4.1935, 7.

201 *Innsbrucker Nachrichten*, 11.3.1938, 11.

Richter und Staatsanwälte

Die österreichischen Richter und Staatsanwälte waren schon seit der Monarchie konservativ und traditionell stark deutschnational orientiert. So gehörten 1906 über 9 % der cisleithanischen deutschen Richterschaft deutschnationalen Korporationen an, aber nicht einmal 1% dem CV. Die Sprengel der Oberlandesgerichte (OLG) Wien und Graz wiesen 1912 mit 11,8% bzw. 18,1% Mitgliedschaften in deutschnationalen Korporationen „bereits eine Infiltrationsstärke [auf], die langfristig auch politisch relevant erscheint“. Insbesondere die Spitzenpositionen der Gerichtsbehörden waren stark mit Mitgliedern der Burschenschaften und nationaler Vereine besetzt.²⁰² Durch eine „gezielte Ämterpatronage in dieser schon in der Monarchie deutschnationalen Domäne“ konnte also bereits am Ende der Monarchie „eine Konzentration in der Besetzung von Spitzenpositionen erreicht werden“, so etwa am OLG Graz 1914 mit 50%.²⁰³

In der Ersten Republik vergrößerte sich dann der Anteil der deutschnationalen Richterschaft in der ordentlichen Gerichtsbarkeit bis 1928 auf mehr als das Doppelte (28 %) und nahm erst im Austrofaschismus deutlich ab (1935 17%, 1937 11%). Die Rekrutierung aus dem katholischen Milieu stieg hingegen nur langsam (1928 4%, 1937 7%).²⁰⁴ Hinsichtlich der Spitzenpositionen in den OLG-Sprengeln Wien und Graz bestand bis 1938 eine „überdimensionale deutschnationale Dominanz“: So gehörten 1928 18 % der Gesamtrichterschaft deutschnationalen Organisationen an, in den Spitzenpositionen 1928 82 % und 1935 48 %. Deutschnational waren etwa in Wien 1928 alle Oberstaatsanwälte, ein Erster Leitender Staatsanwalt, jeweils der Präsident und Vizepräsident des LG für Zivilrechtssachen und des LG für Strafrechtssachen. Im OLG-Sprengel Innsbruck hingegen konnten die Deutschnationalen in der Richterschaft zur Zeit des Austrofaschismus zugunsten eines „Monopols der katholischen Elite“ zwischen 50 % (1935) und 70 % (1937) zurückgedrängt werden. Der Oberste Gerichtshof (OGH) blieb aber bis 1938 eine „ungefährdete Domäne der deutschnationalen Elite“. Im Verfassungsgerichtshof (VfGH) gelang ab 1929 die verstärkte Rekrutierung von Mitgliedern aus den deutschnationalen bzw. katholisch-legitimistischen Juristen (1931 20 % bzw. 30 %), während am Verwaltungsgerichtshof (VwGH) in der Zwischenkriegszeit etwa 32 % der Richter als katholisch-legitimistisch und etwa 29 % als deutschnational eingestuft werden können.²⁰⁵

Diese beachtliche Dominanz der Deutschnationalen korreliert auch mit der politischen Zuordnung der Justizminister bis 1938, gehörten doch von

202 Stimmer, *Eliten*, 428, 430.

203 Ebd., 885.

204 Ebd., 881.

205 Ebd., 883, 889 und 891.

22 Justizministern 20 den Deutschnationalen an:²⁰⁶ So war Julius Roller (Staatssekretär für Justiz und dann BMJ 1919/20)²⁰⁷ vor Ende der Monarchie bereits Mitglied des Reichsrates für die Deutschradikale Partei. Die Minister Richard Bratusch (BMJ 1919, 1920-1926 Präsident des OLG Graz)²⁰⁸ und Rudolf M. Paltauf (BMJ 1920-1922, danach Präsident des OGH)²⁰⁹ waren Mitglieder steirischer deutschnationaler Burschenschaften. Der Großdeutschen Volkspartei gehörten Leopold Waber (BMJ 1922/1923, 1924-26)²¹⁰, Felix Frank (BMJ 1923/24),²¹¹ Franz Dinghofer (BMJ 1927/28, danach Präsident des OGH 1928-928)²¹², Franz Slama (BMJ 1928-1930), der nach seiner Amtszeit als Anwalt zahlreiche illegale Nationalsozialisten verteidigte,²¹³ Hans Schürff (BMJ 1930/31, 1931/32), der später als Bürgermeister von Mödling mit der lokalen NSDAP vor dem Parteiverbot kooperierte und „der Verbreitung des Nationalsozialismus in Österreich Vorschub leistete“,²¹⁴ und Johann Schober (BMJ 1930/31, BK 1921/22, 1929/1930, seit 1918 und zwischen den Kanzlerschaften Wiener Polizeipräsident) an.²¹⁵ Aus der Heimwehr kamen Franz Hueber (BMJ 1930), Schwager Hermann Goerings und seit 1934 Mitglieder der illegalen NSDAP,²¹⁶ sowie Egon Berger-Waldenegg vom Steirischen Heimatschutz.²¹⁷ Die übrigen Justizminister waren fast alle Christlichsoziale, nämlich Ignaz Seipel (1928/29), der ab März 1920 als Vorstandsmitglied der Geheimorganisation „Vereinigung für Ordnung und Recht“ angehörte²¹⁸ und als Bundes-

206 Ebd., 890.

207 Richard Harlfinger, Roller, Julius, in: Österreichisches Biographisches Lexikon (ÖBL) 1815-1950, https://www.biographien.ac.at/oebl_9/226.pdf (abgerufen 8.2.2022).

208 Gertrude Enderle-Burcel/Michaela Follner, Diener vieler Herren. Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945. Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien 1997, 46.

209 Er war zuvor Richter und Staatsanwalt, dann im BMJ tätig, 1918 Sektionschef, Helge Dvorak, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. 1/4, Heidelberg 2000, 274.

210 Fritz Wolfram, Dr. Leopold Waber. Nach 1918 ein freiheitlicher Politiker der ersten Stunde, in: Freie Argumente, Freiheitliche Zeitschrift für Politik 16 (1989) 4, 39-50.

211 Fritz Wolfram, Dr. Felix Frank. Ein zu Unrecht vergessener freiheitlicher Politiker der Ersten Republik, in: Freie Argumente, Freiheitliche Zeitschrift für Politik 14 (1987) 1, 49-58.

212 https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Franz_Dinghofer (abgerufen 8.2.2022).

213 Friedrich Mayrhofer, Franz Dinghofer, Verkünder der Republik, in: Oberösterreich, Bd. 1, Linz 1981, 185-199.

214 Silvia Petrin, Schürff, Hans, in: ÖBL 1815-1950, https://www.biographien.ac.at/oebl_11/295.pdf (abgerufen 8.2.2022).

215 Gertrude Enderle-Burcel, Schober, Johannes, in: ÖBL 1815-1950, https://www.biographien.ac.at/oebl/oebl_S/Schober_Johannes_1874_1932.xml (abgerufen 8.2.2022).

216 Harry Slapnicka, Oberösterreich. Die politische Führungsschicht 1918-1938 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 3), Linz 1976, 136.

217 Egon Berger-Waldenegg/Heinrich Berger-Waldenegg (Hg.), Biographie im Spiegel. Die Memoiren zweier Generationen, Wien-Köln-Weimar 1998, 363.

218 Die Vereinigung plante eine gewaltsame Ausschaltung der Sozialdemokratie, siehe: Melichar, Ender, 80.

kanzler „persönlich für Geldflüsse an paramilitärische Organisationen wie die radikal antisemitische Frontkämpfervereinigung [sorgte]“,²¹⁹ und Kurt Schuschnigg. Seit 1934 waren sie der VF zuzuordnen. Der einzige sozialdemokratische Minister war vom 26. Juni bis 7. Juli 1920 Matthias Eldersch.

Es erstaunt daher nicht, dass sich Richter und Staatsanwälte jüdischer Religion oder Herkunft nur ganz vereinzelt finden. Auch die Berufung des damaligen Generalprokurators Robert Winterstein, eines bereits 1893 zum Katholizismus konvertierten Juden,²²⁰ zum BMJ 1935 brachte hier keine Änderung. Darüber hinaus gab es nur eine verschwindend geringe Anzahl von Richtern, die der Sozialdemokratie zugerechnet werden können.²²¹

Richter und Staatsanwälte waren durchwegs in Burschenschaften organisiert, gehörten aber auch zahlreich sonstigen nationalen Vereinen an, so etwa diversen Sportverbänden, wie z. B. dem Deutschen Turnerbund, dem Deutsch-Völkischen Turnverein und dem Alpenverein, Gesangsvereinen, dem Schulverein Südmark u. dgl. Häufig waren sie ebenfalls Mitglieder in (anderen) NS-Tarnorganisationen, wenngleich darüber noch systematische Forschungen fehlen. Mitglieder der Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaft waren etwa neben (den bereits genannten) Johann Klein und Hermann Hiltcher, Paul Lux, Richter am LG für Strafsachen Wien, der Wiener Staatsanwalt Viktor Reindl und Anton Stainingner, Rat am Jugendgerichtshof.²²²

Mitglieder des einflussreichen DK waren z. B. die beiden Präsidenten des OGH von 1919 bis 1938, nämlich die beiden Burschenschafter Julius Roller (Präsident bis 1927) und Franz Dinghofer (Präsident bis 1938), aber auch etwa Heinrich Bartsch, Referent am OGH seit 1925.²²³ Mitglied im DK waren auch der Präsident des VwGH (1931-1934) Wenzel Kamitz,²²⁴ weiters Robert Bartsch, seit 1922 am VwGH tätig, seit 1932 dort Senatspräsident und später Mitglied des 1934 geschaffenen Bundesgerichtshofs,²²⁵ sowie Anton Kesch-

219 Martin Krist/Albert Lichtblau, *Antisemitismus in Wien: Opfer, Täter, Gegner*, Innsbruck-Wien-Bozen 2017, 46.

220 Er wurde in Buchenwald ermordet, Werner Winterstein, *Anmerkung: Prominent. Die Geschichte der Familie Winterstein 1867-1945*, Wien 2008, 121.

221 Ursula Schwarz konnte im Zuge ihrer einschlägigen Forschungsarbeiten zu den Richtern und Staatsanwälten zur Zeit der NS-Herrschaft in Österreich bislang nur acht Richter mit Mitgliedschaft oder sonstigem Bezug zur SDAP eruieren: siehe das Projekt „Nazifizierung der österreichischen Justiz: Biographien von Richtern und Staatsanwälten“, <https://www.doew.at/erforschen/projekte/datenbankprojekte/nazifizierung-der-oesterreichischen-justiz-biographien-von-richtern-und-staatsanwaelteln> (abgerufen 8.2.2022). Dank an Ursula Schwarz für die entsprechenden Informationen.

222 Stadler, *Verfahren*, 254, 323, 334, 350 und 365.

223 https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Heinrich_Bartsch (abgerufen 8.2.2022).

224 Hildegard Hemetsberger-Koller, Kamitz, Richard, in: *ÖBL 1815-1950*, https://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_K/Kamitz_Reinhard_1907_1993.xml (abgerufen 8.2.2022).

225 Clemens Jabloner, *Abschied eines Senatspräsidenten*, in: Metin Akyürek/Gerhard Baumgartner/Dietmar Jahnle/Harald Stolzelechner (Hg.), *Staat und Recht in europäischer Perspektive: Festschrift für Heinz Schäffer*, Wien 2006, 195-311.

Bilder online nicht verfügbar.

Links: Franz Dinghofer rief als einer der drei gleichberechtigten Präsidenten des Staatsrates am 12. November 1918 von der Rampe des Parlaments die Republik aus. *Rechts:* Walter Riehl übernahm 1919 den Vorsitz der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP). | *Österreichische Nationalbibliothek*

mann, seit 1921 Rat und seit 1931 Senatspräsident.²²⁶ Egbert Mannlicher, der zunächst im Bundeskanzleramt tätig war und 1930 als Senatspräsident an den VfGH berufen, 1934 aber vorzeitig pensioniert wurde, war sogar lange Jahre im Vorstand des DK.²²⁷ Im VfGH hingegen gehörte nur ein Mitglied, nämlich der Großdeutsche Julius Sylvester, dem DK an, aber drei Stellvertreter, nämlich Ernst Ganzwohl, der auch Vorsitzender der „Vereinigung österreichischer Richter“ war, Karl Gottfried Hugelmann und Otto Lutz.²²⁸

Mitglieder des DK aus dem Bereich der Staatsanwaltschaft waren etwa Alfons Langer, der 1929/30 sowie ab 1937 sogar dessen Obmannschaft wahrnahm und auch dem Deutschen Turnerbund angehörte,²²⁹ Robert Kauer, Erwin Scheibert, zunächst politischer Referent der StA Wien und dann Oberstaatsanwalt in Wien,²³⁰ weiters Franz Butschek, Staatsanwalt im Fall Rothstock,²³¹ dem die Tagespresse damals sogar den Vorwurf machte, dass er sich

226 https://www.biographien.ac.at/oeb1_3/310.pdf; <https://www.parlament.gv.at/WWER/PARL/J1848/Keschmann.shtml> (beides abgerufen 8.2.2022).

227 Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*, 161.

228 Ebd., 72.

229 Ebd., 122.

230 *Freie Stimmen*, 5.8.1937, 3.

231 Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*, 72.

kaum Mühe gab, „den Schein zu wahren“ und anstelle der Anklagerede „in Wahrheit ein Plädoyer für den Angeklagten“ gehalten habe.²³² Verbindungen zum DK wies auch der Vorsitzende des Geschworenengerichts auf, das Otto Rothstock 1925 freisprach, Ernst Ramsauer, der überdies Mitglied der DG war.²³³ Als Rothstocks Verteidiger trat übrigens Walter Riehl auf, der später auch, wie bereits ausgeführt, als einer der drei Verteidiger im Schattendorf-Prozess tätig wurde, bei dem Ernst Ganzwohl, ebenfalls (seit 1925) Klubmitglied, als vorsitzender Richter fungierte.²³⁴ Als weitere Mitglieder des DK sind z. B. Landesgerichtsrat Edmund Krautmann, der 1922 die Obmannfunktion innehatte und in der NS-Zeit zum OLG-Präsidenten avancierte,²³⁵ und der Richter am Handelsgericht Kamillo Policky, der den „Anschluss“ 1938 als „Befreiung Österreich“ feierte,²³⁶ zu nennen.

Auch waren viele Richter und Staatsanwälte sowie Richteramtsanwärter vor und während der Verbotszeit Mitglieder der NSDAP und gut vernetzt, v. a. in Form der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO). So hatte etwa Ernst Österreicher, seit 1930 Mitglied der NSDAP, 1932 oder 1933 gemeinsam mit anderen eine Zelle der NSBO beim LG für Strafsachen Wien gegründet und NS-Umtriebe im Gefangenenhaus geduldet; Rupert Schwelle war seit 1931 NSDAP-Mitglied und übernahm im August 1934 die Leitung der NSBO im Justizpalast; Otto Ludwig, Rat des LG für Zivilrechts-sachen Wien, gehörte einer NSBO-Zelle am Exekutionsgericht an. Ebenfalls seit 1931 NSDAP-Mitglied und NSBO-Zellenleiter seit 1932 war Paul Lux, der seiner Vernetzung u. a. mit Hans Mann und Arthur Seyß-Inquart nach dem „Anschluss“ eine steile Karriere verdankte.²³⁷ Bereits 1930 besaß etwa auch Johann Stich die NSDAP-Mitgliedschaft, der nach dem Juliputsch drei Wochen „angehalten“, seines Posten bei der StA beim LG Wien enthoben und strafversetzt (sowie später nach dem „Anschluss“ Generalstaatsanwalt) wurde.²³⁸ Zum Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft in Linz stieg

232 *Der Tag*, 6.10.1925, 1, auch Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*, 73 (in beiden fälschlich „Bucek“).

233 Huber/Erker/Taschwer, *Der Deutsche Klub*, 112.

234 Ebd., 74.

235 Ebd., 53.

236 Stephan Rieder, *Österreichisches Insolvenzrecht während der NS-Zeit*, in: *Österreichisches Anwaltsblatt* 2012/9, 419-433, 428.

237 Stadler, *Verfahren*, 243-244, 246, 335.

238 Ursula Schwarz/Wolfgang Stadler, *Staatsanwaltskarrieren. Erste Republik - Bundesstaat Österreich - Nationalsozialismus - Zweite Republik*, in: Gerald Kohl/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.), „... das Interesse des Staates zu wahren“. Staatsanwaltschaften und andere Einrichtungen zur Vertretung öffentlicher Interessen - Geschichte, Gegenwart, Perspektiven, Wien 2018, 278-307, 280.

1939 auch Ferdinand Eypeltauer auf (Mitglied der VF seit 1934 und Mitglied des DK, Mitglied der NSDAP aber erst seit 1936).²³⁹

Selbst die Zugehörigkeit zur VF in der Zeit des Austrofaschismus stand nicht im Gegensatz zu einer deutschnationalen oder nationalsozialistischen Betätigung, empfahl doch sogar der illegale NSRB, dem viele Richter und Staatsanwälte bereits während des Verbotes der NSDAP angehörten, seinen Mitgliedern explizit den Beitritt zur VF als Tarnung. Mitglieder der VF seit 1934 waren etwa Felix Maria Gabriel, seit 1926 Senatsvorsitzender des LG für Zivilrechtssachen Wien und Mitglied der NSDAP seit 1936; Hermann Hilt-scher, Gerichtsvorsteher des BG Zwettl (seit 1936) und NSDAP-Mitglied seit 1925; der Klagenfurter und spätere Wiener Staatsanwalt Hermann Feichtinger, Mitglied der NSDAP seit 1930; Rudolf Kunze, Senatsvorsitzender am LG für Strafsachen und Mitglied der NSDAP seit 1935; Anton Rolleder, Richter am BG Meidling und NSDAP-Mitglied seit 1931; Gustav Tamele, Senatsvorsitzender des LG für Zivilrechtssachen in Graz und Mitglied der NSDAP seit 1934; Richard Vasiček, Richter am BG Langenlois und NSDAP-Mitglied seit 1931, usw.²⁴⁰ Sogar der Dienststellenleiter der VF Otto Estl, der 1937 Staatsanwalt am Jugendgerichtshof wurde, war illegaler Nationalsozialist.²⁴¹ Eine Weigerung, der VF beizutreten, ist nur von einigen wenigen Staatsanwälten bekannt: Robert Kauer, der von 1933 bis 1936 der StA am Jugendgerichtshof angehörte, Anton Köllinger, später in der NS-Zeit Generalstaatsanwalt in Linz und dann in Innsbruck, und Johannes Meissner, vor 1938 Mitglied des DK und später in der NS-Zeit Generalstaatsanwalt in Graz.²⁴²

Die Regierung Dollfuß unternahm daher alles, um die Justiz auf Regierungslinie zu bringen. So ordnete sie schon im Mai 1933 an, auch die Richter und Staatsanwälte wie alle anderen Beamten auf Treue und Gehorsam gegenüber der Regierung zu vereidigen, was ein deutliches Ansteigen der Disziplinarverfahren nach sich zog.²⁴³ So erhielt z.B. Walter Dillersberger,

239 Ursula Schwarz, NS-Richter in Österreich, in: Gerald Kohl/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.), RichterInnen in Geschichte, Gegenwart und Zukunft. Auswahl, Ausbildung, Fortbildung und Berufslaufbahn, Wien 2014, 125-144, 138; Winfried R. Garscha/Franz Scharf, Justiz in Oberdonau, Linz 2007, 247-332.

240 All diese „Alten Kämpfer“ hatten sich nach dem Ende der NS-Herrschaft vor dem Volksgericht zu verantworten, Stadler, Verfahren, 314, 318, 311, 328, 352, 369 und 373.

241 Schwarz/Stadler, Staatsanwaltskarrieren, 279.

242 Ursula Schwarz, Antisemitismus am Beispiel der Personalpolitik bei Richtern und Staatsanwälten 1933 bis 1938, in: Enderle-Burcel/Reiter-Zatloukal (Hg.), Antisemitismus, 621-632, 623; Schwarz/Stadler, Staatsanwaltskarrieren, 280.

243 Ausf. Ilse Reiter-Zatloukal, Richtermaßregelung und Rechtsstaatlichkeit in Österreich 1934-1938, in: Gerald Kohl/Christian Neschwara/Thomas Olechowski/Josef Pauser/Ilse Reiter-Zatloukal/Milos Vec (Hg.), Land, Policey, Verfassung. Festschrift für Thomas Simon zum 65. Geburtstag, Wien 2020, 277-299.

NSDAP-Mitglied seit 1931 und SS-Untersturmführer, zuerst Richter am BG St. Johann im Pongau, dann in Feldkirch und seit 1936 am LG Innsbruck, einen Disziplinarverweis wegen „Beleidigung der Regierung“ und war nach dem Parteiverbot als Obmann des Deutsch-Völkischen Turnvereins weiter im Sinne der NS-Bewegung aktiv. Auch wurde etwa der Halleiner Bezirksrichter Anton Jennewein, NSDAP-Mitglied seit 1930 sowie Kreisleiter und Gauleiter in Salzburg, im März 1934 unter Kürzung der Bezüge disziplinargerichtlich in den dauernden Ruhestand versetzt, ebenso der Wiener Richter Herbert Paul im Dezember 1934 wegen Betätigung für den Nationalsozialismus.²⁴⁴

Dennoch erachtete die Regierung die richterliche Disziplinargerichtsbarkeit nicht als ausreichend, da die Richter bislang „nicht in sich selbst den Mut aufbrächten, vaterlandsfeindliche Elemente aus ihren Kreisen auszustoßen“, wiewohl zugestanden werden musste, dass die „überwiegende Zahl der Richter“ ohnehin „staatstreu und objektiv“ sei.²⁴⁵ Daher schuf die Regierung 1934 durch das Verfassungsübergangsgesetz die Möglichkeit, Richter von Amtswegen formlos durch ministeriellen Bescheid zu versetzen oder zu pensionieren.²⁴⁶ Davon machte BMJ Schuschnigg auch häufig Gebrauch, um NS-Zellen in der Justiz zu eliminieren, wenngleich dadurch offenbar fallweise neue entstanden. So wurde Josef Dölzl, Richter am BG Oberpullendorf seit 1936, Mitglied der NSDAP seit Sommer 1933 und seit 1936 der SS, von Schuschnigg nach Wien zwangsversetzt. Gegen seine Versetzung mobilisierte aber der von Tirol nach Oberpullendorf strafversetzte vormalige Richter des BG Taxenbach/Tirol, Karl Grüner, der nicht nur in Tirol NS-Angeklagte begünstigt hatte, sondern dies auch in weiterer Folge im Burgenland fortsetzte. Auch Erwin Saurwein, Richter am BG Rattenberg/Tirol, wurde 1935 nach Oberpullendorf versetzt, wodurch sich hier am BG ein veritabler NS-Mikrokosmos etablierte, in dessen Genuss der damals in Haft befindliche illegale Gau-Funktionär Tobias Portschy kam, konnte er doch als Gerichtshäftling die illegale Parteiarbeit für die NSDAP ungestört von der Zelle aus leiten.²⁴⁷

Was die Durchsetzung der Justiz mit Nationalsozialisten betrifft, so ging man nach dem „Anschluss“ davon aus, dass etwa die Hälfte der Richter Mitglieder der verbotenen NSDAP gewesen seien.²⁴⁸ Der Wiener Oberstaatsanwalt Hans Hoyer meinte etwa 1938, dass sich das „Schuschnigg-System [...]

244 Ilse Reiter-Zatloukal, Die (Un)Abhängigkeit der Richter unter der austrofaschistischen und nationalsozialistischen Herrschaft, in: BRGÖ 2016/2, 419-469, 448 und 438.

245 Ebd., 437.

246 BGBl. II 75/1934.

247 Reiter-Zatloukal, (Un)Abhängigkeit, 443.

248 Franz Hueber, Der Weg der Rechtsvereinheitlichung. Vortrag am „Tag des Deutschen Rechts“ 1939, in: Deutsches Recht 13-14 (1939), 237-242, 238.

dessen bewußt [gewesen sei], daß - abgesehen von den Juden und Mischlingen - die Richter und Staatsanwälte im Lande Österreich dem Nationalsozialismus nahestanden, soweit sie nicht sogar illegale Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen waren“.²⁴⁹ Für die Steiermark liegt eine Aufstellung des Sicherheitsdirektors aus dem Jahr 1934 vor, nach der ca. 48 % der Richter nationalsozialistisch bzw. „völkisch“/„national“ eingestellt gewesen seien.²⁵⁰ Für das Oberlandesgericht (OLG) Wien wurden für die Zeit vor 1938 etwas über 20 % Richter großdeutscher bzw. nationaler Gesinnung und etwas über 20 % Nationalsozialisten erhoben.²⁵¹

Als der Staatskommissar beim Reichsstatthalter SS-Standartenführer Otto Wächter nach dem „Anschluss“ die Richter und Staatsanwälte „säuberte“, wurden daher aufgrund der bisherigen Aufnahmepraxis in den Staatsdienst bloß (zumindest) 237 der insgesamt 1.512 bisher erfassten österreichischen Richter entlassen oder in den Ruhestand versetzt, davon 130 aus dem OLG-Sprengel Wien. Von den 87 im Sinne der NS-Rassegesetze aus „rassischen“ Gründen Entfernten waren nur 47 „Juden“ (3 %), 28 „Mischlinge“ und 10 „jüdisch versippte Personen“, dazu kamen 77 politische Gegner, also v. a. „Ständestaatler“ und Legitimisten.²⁵²

Schlussbemerkung

Der „Anschluss“ bedeutete für viele der gut vernetzten Juristen erhebliche Karrieresprünge. So wurde Arthur Seyß-Inquart Reichsstatthalter, Franz Hueber Justizminister in der NS-Regierung des „Landes Österreich“, Otto Wächter Staatskommissar für Personalangelegenheiten, Erich Führer Vizepräsident der Wiener Anwaltskammer und Ernst Schönbauer Dekan der juristischen Fakultät. In seiner Funktion als Staatskommissär nahm Otto Wächter die Neuordnung des Berufsbeamtentums vor und säuberte sowohl die Universitäten als auch die Richterschaft von Nicht-„Ariern“ und politischen Gegnern.²⁵³ Aber auch die Anwaltschaft erlitt einen massiven Aderlass.

Die meisten bisherigen antisemitischen und deutschnational/nationalsozialistischen Netzwerke gingen nun in den NS-Strukturen auf. Neben dem

249 Zit. n. Schwarz, Antisemitismus, 623.

250 Gerald M. Wolf, „Jetzt sind wir die Herren ...“ Die NSDAP im Bezirk Deutschlandsberg und der Juli-Putsch 1934, Innsbruck-Wien-Bozen 2008 (= Grazer zeitgeschichtliche Studien 3), 116.

251 Stefan Wedrac, Die politische Einstellung der Richter des Präsidiums und des Geschäftsbereiches Zivil- und Handelssachen des Landgerichts Wien 1942. Versuch einer Kollektivbiographie, in: BRGÖ 2017/1, 252-268, 259.

252 Aktuelle Zahlen von Ursula Schwarz an die Verf. übermittelt.

253 Die österreichische Richterschaft war bis 1947 rein männlich, an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten gab es ebenfalls erst nach 1945 die ersten Professorinnen (Z. B.: in Wien 1957 und in Linz 1969).

NSDStB, der die Burschenschaften ablöste, war dies für die promovierten Juristen nun der NSRB, der die einzige Berufsorganisation der Juristen im nationalsozialistischen Deutschen Reich von 1936 bis 1945 darstellte. Reichsrechtsführer Hans Frank richtete auch umgehend eine Landesführung Österreich des NSRB ein, die seit 14. März 1938 Franz Hueber innehatte; als sein Stellvertreter fungierte Hans Mann. Der NSRB wurde auch am 29. März zum kommissarischen Leiter „für sämtliche juristische Vereinigungen und Verbände“ bestellt, die in weiterer Folge aufgelöst wurden.²⁵⁴

Für die meisten bisher deutschnational oder illegal nationalsozialistisch organisierten und gut vernetzten Juristen kam nun die Zeit steiler beruflicher Karrieren. Die katholischen Netzwerke konnten hingegen erst wieder nach dem Ende der NS-Herrschaft Einfluss entfalten, dies dann allerdings für lange Zeit.

254 ÖStA/AdR, BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-4950.

Hans Kelsen als Zielscheibe

Antisemitismus im Kontext der rechtswissenschaftlichen Debatten der Ersten Republik

„Eigentlich Hans Kohn, aber er hat sich Kelsen genannt“, – so beschrieb der FPÖ-Politiker Johannes Hübner den berühmten österreichisch-amerikanischen Juristen Hans Kelsen 2017 auf einer rechtsnationalistischen Konferenz in Deutschland.¹ Die Behauptung ist historisch falsch. Kelsens Familie hieß nie Kohn, aber Hübner konnte mit dieser historischen Unwahrheit Kelsens jüdische Abstammung hervorheben.² Er konnte damit an die Tradition der antisemitischen Diffamierung Kelsens aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg anknüpfen: Der deutschnationale Professor für Wirtschaftsgeschichte, Taras Borodajkewycz bezeichnete Kelsen in seinen Vorlesungen mehrmals als „Kelsen-Kohn“. Nachdem sozialistische Studenten, wie Ferdinand Lacina und Heinz Fischer, die Aussagen aufgenommen und veröffentlicht hatten, erlangten sie 1965 eine größere Öffentlichkeit.³ Borodajkewycz wurde vom FPÖ-nahen Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) in Schutz genommen, die Auseinandersetzungen wurden in der Wiener Innenstadt sogar gewalttätig ausgetragen.⁴ 1965 beging die Universität Wien ihr 600-jähriges Jubiläum.⁵ Aus diesem Anlass schrieb Kelsen, dass ihn gerade seine eigene Erfahrung aus der Zwischenkriegszeit darin bestätigt habe, „daß Wissenschaft von Poli-

1 Antisemitische Anspielungen aus den Reihen der FPÖ, *Der Standard*, 19.7.2017, URL: <https://www.derstandard.de/story/2000061470100/antisemitische-anspielungen-aus-den-reihen-der-fpoe> (abgerufen 31.10.2022).

2 Thomas Olechowski, Anmerkungen zum Namen Kelsen, *Der Standard*, 23.7.2017, URL: <https://www.derstandard.de/story/2000061671302/anmerkungen-zum-namen-kelsen> (abgerufen 31.10.2022).

3 Heinz Fischer, Die Situation an Österreichs Hochschulen, *Die Zukunft*, April 1965, 109-110. Zur Dokumentation des Falles siehe: Heinz Fischer, *Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz*, Wien 1966.

4 In der Wiener Innenstadt demonstrierten antifaschistische Organisationen gegen Borodajkewycz; der Neonazi Günther Kümel schlug dem ehemaligen Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger ins Gesicht, der zwei Tage später an den Folgen verstarb.

5 Zu den antisemitischen Vorfällen um das Begehen des Jubiläums siehe: Katharina Kniefacz/Linda Erker, „Es ist halt alles eine Blickwinkelfrage!“ Zur umstrittenen Verleihung des Ehren doktorates der Universität Wien an den Staatsrechtler Ernst Forsthoﬀ (1965), in: Alexander Pinwinkler/Johannes Koll (Hg.), *Zuviel der Ehre? Interdisziplinäre Perspektiven auf akademische Ehrungen in Deutschland und Österreich*, Wien-Köln-Weimar 2019, 275-306, 286-295.

tik getrennt sein muß“.⁶ Seine starke Skepsis gegenüber „absoluten Wahrheiten“ und der Politisierung der Wissenschaft war demnach nicht nur erkenntnistheoretisch, sondern auch historisch bedingt.⁷

Auch wenn die „Reine Rechtslehre“ (eigentlich bis heute) im Mittelpunkt heftiger Kritiken stand und steht,⁸ wurden die Auseinandersetzungen mit Kelsen besonders in der Zwischenkriegszeit heftig und im Kontext des damaligen Antisemitismus ad personam geführt. Kelsen war selbst ein streitlustiger Autor, der die „Reine Rechtslehre“ vehement – etwa gegen die Rechtssoziologie von Eugen Ehrlich⁹ oder die Rechtserfahrungslehre von Fritz Sander¹⁰ – verteidigte. Viele von diesen Debatten hatten es aber gemein, dass sie Kelsens Positionen verstanden, jedoch zu anderen Konsequenzen bezüglich der Problempunkte gelangten.

In den 1920er-Jahren wurde aber Kelsen mit zwei anderen kritischen Schriften konfrontiert. Die Bücher des Völkerrechtlers Alexander Hold-Ferneck und des Rechtshistorikers Ernst Schwind wären rein wissenschaftlich wenig interessant – ihre Argumente waren weder neu noch gut begründet¹¹ –, aber sie zeigen Pars pro toto das rechtsnationalistische Klima der damaligen Universität Wien.¹² Weil beide Professoren aus der ehemaligen Elite der Habsburgermonarchie kamen, war ihre Auseinandersetzung mit Kelsen auch von ihrer (nicht zuletzt antisemitisch motivierten) „Angst“ um die Neuverteilung der gesellschaftlichen und akademischen Machtpositionen bedingt. Kelsen, der einer jüdischen Familie entstammte, war gegenüber progressiven Ideen

6 Hans Kelsen, Frei von politischem Zwang, *Die Presse* (Wochenendbeilage), 8./9.5.1965, II.

7 Zu einer historischen Lesart der „Reinen Rechtslehre“ siehe: Péter Techet, „Historical turn“ in der Hans-Kelsen-Forschung? Wechselwirkungen zwischen Rechtstheorie und Rechtsgeschichte, in: *Zeitschrift für Öffentliches Recht* 76 (2021) 4, 1329-1369, 1332-1350 und 1361-1363.

8 Rudolf Aladár Métall, Die politische Befangenheit der Reinen Rechtslehre, in: *Internationale Zeitschrift für Theorie des Rechts* 10 (1936), 163-177; Axel-Johannes Korb, Kelsens Kritiker. Ein Beitrag zur Geschichte der Rechts- und Staatstheorie (1911-1934), Tübingen 2010.

9 Nachgedruckt in: Hans Kelsen/Eugen Ehrlich, *Rechtssoziologie und Rechtswissenschaft*, Baden-Baden 2003.

10 Hans Kelsen, *Rechtswissenschaft und Recht. Erledigung eines Versuchs zur Überwindung der „Rechtsdogmatik“*, in: *Zeitschrift für Öffentliches Recht* 3 (1922), 101-235.

11 Zum Streit zwischen Kelsen und Hold-Ferneck siehe: Jürgen Busch/Kamila Staudigl-Ciechowicz, „Ein Kampf ums Recht“? Bruchlinien in Recht, Kultur und Tradition in der Kontroverse zwischen Kelsen und Hold-Ferneck an der Wiener Juristenfakultät, in: Szabolcs Hornyák/Botond Juhász/Krisztina Korsósne Delacasse/Zsuzsanna Peres (Hg.), *Turning Points and Breaklines*, Jahrbuch Junge Rechtsgeschichte 4, München 2009, 110-138. Zum Streit zwischen Kelsen und Schwind siehe Thomas Olechowski, *Rechtsphilosophie gegen Rechtsgeschichte? Ein Juristenstreit aus der Zwischenkriegszeit an der Wiener Rechtsfakultät*, in: Gerald Kohl/Christian Neschwara/Thomas Simon (Hg.), *Festschrift für Wilhelm Braunerder zum 65. Geburtstag*. Rechtsgeschichte mit internationaler Perspektive, Wien 2008, 425-442.

12 Zum antisemitischen Klima (sowohl unter den Studierenden als auch den Lehrenden) an der Wiener Universität der Zwischenkriegszeit siehe: u. a. Klaus Taschwer, *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert*, Wien 2015, 71-160.

und der neuen Republik positiv eingestellt. Seine Rechts- und Demokratietheorie begründete und rechtfertigte die gesellschaftlichen Änderungen - etwa mit der Dekonstruktion des konservativen Naturrechts oder mit der Rechtfertigung einer aktivistisch-progressiven Rechtsprechung¹³ -, weswegen sie den konservativen Kreisen ein Dorn im Auge war.

Im folgenden Aufsatz werde ich die gegen Kelsen gerichteten Kritiken einerseits als Abwehrkampf konservativer Juristen gegen eine ideologiekritische Rechtslehre darstellen und andererseits im Kontext des universitären Antisemitismus verorten.

Vorwurf des Formalismus: Recht als konservative „Ordnung“ oder Produkt demokratischer Politik?

1926 veröffentlichte der Wiener Völkerrechtsprofessor Alexander Hold-Ferneck ein Buch gegen die „Reine Rechtslehre“, in dem er Kelsens „staatenlose“ Rechtslehre als eine abstrakte, das Phänomen des Rechts nicht gänzlich abdeckende Lehre verwarf. Seine Kritik lässt sich nicht (nur) als eine wissenschaftliche Auseinandersetzung verstehen, zumal die Kritikpunkte theoretisch wenig begründet waren. Sie erklärt sich vielmehr aus der damaligen politischen und universitären Situation, in der die „alte Elite“ der Monarchie, zu der auch Hold-Ferneck gehörte, die neuen Ideen abwehren bzw. die jüdisch stämmigen Kolleg:innen verdrängen wollte.

Alexander Hold-Ferneck - bis 1919 Baron und Freiherr - lehrte Völkerrecht ab 1909, aber erst ab 1921 als Ordinarius an der Universität Wien bis zu seiner Emeritierung von 1945.¹⁴ Politisch vertrat er rechtsnationalistische, militaristische Ansichten; er engagierte sich auch im rechtsnationalistischen Deutschen Klub an der Universität Wien.¹⁵ Er verscrieb sich auch in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit politischen Zielen. Konkret wollte er die Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain-en-Laye bekämpfen, wofür er schon in der Zwischenkriegszeit „[d]en besten Antrieb [...] durch die nationalsozialistische Bewegung [fand].“¹⁶

13 Zum demokratischen und relativistischen Charakter der „Reinen Rechtslehre“ siehe: Péter Techet, „Autoritäre“ und demokratische Rechts- und Rechtswissenschaftsverständnisse - Die „Reine Rechtslehre“ als Grundlage für eine demokratische Rechtspolitik, in: Rechtsphilosophie 8 (2022) 3, 347-367.

14 Zur Biografie siehe: Roland Graßberger, Hold-Ferneck, Alexander, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hg.), Neue Deutsche Biographie, Bd. 9, Berlin 1972, 523-524.

15 Kamila Staudigl-Ciechowicz, Exkurs: Akademischer Antisemitismus, in: Thomas Olechowski/Kamila Staudigl-Ciechowicz/Tamara Ehs, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918-1938, Göttingen 2014, 69-77, 71.

16 Alexander Hold-Ferneck, Selbstdarstellung, in: Nikolaus Grass (Hg.), Österreichische Rechts- und Staatswissenschaften der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Innsbruck 1952, 93-103, 100.

Kelsens Hintergrund war hingegen anders, was auch seine Rechtslehre durchaus prägte. Sein Wissenschafts- und Gesellschaftsverständnis erklärt sich nämlich nicht nur mit seiner liberalen Weltanschauung oder seiner Nähe zur Sozialdemokratie, sondern auch mit seinen Erfahrungen angesichts des damaligen Antisemitismus.¹⁷ Er wurde in eine - väterlicherseits aus Galizien, mütterlicherseits aus Böhmen stammende - jüdische Familie geboren.¹⁸ Um den bestehenden Antisemitismus abzuwehren, ließ er sich später römisch-katholisch taufen.¹⁹ Vor seiner Ehe trat er in die evangelische Kirche über, was weniger mit Überzeugung als mit dem liberalen Eheverständnis des Protestantismus zu tun haben muss.²⁰ Als Agnostiker zeigte Kelsen allerdings wenig Interesse an irgendwelcher Religion; er machte das religiöse Denken sogar verantwortlich für den politischen Absolutismus, d. h. die Aggressivität und Gewalt gegenüber den Andersdenkenden.²¹

Kelsens und Hold-Fernecks Lebenswege kreuzten sich bereits in der Endphase der Monarchie. Beide waren im Kriegsministerium während des Ersten Weltkriegs tätig, beide erarbeiteten (letztendlich nicht angewendete) Reformvorschläge für den Erhalt der Habsburgermonarchie.²² Nach dem Kriegsende gelang es aber nur Kelsen, wesentlichen Einfluss auf die neue Verfassung auszuüben. Hold-Fernecks Mitarbeit wurde von Staatskanzler Karl Renner abgelehnt.²³ Hold-Fernecks Einstellung gegenüber Kelsen war also zwar sehr wohl auch vom Karriereneid bestimmt, sie ist aber auch Ausdruck sozialer Differenzen und Interessen, d. h. biografisch bedingt und ideologisch motiviert.

Hold-Fernecks konservative Rechtsanschauung kam im Buch „Der Staat als Übermensch“ zum Ausdruck. Er wollte die legalistisch-formalistische Staatsauffassung mit Hinweis auf eine angebliche „Ordnung“ bekämpfen, um die Staatlichkeit als eine sittliche, übermenschliche und metajuristische Idee zu begründen.²⁴ Das Buch richtete sich gegen Hans Kelsen - also den

17 Reut Yael Paz, *A Gateway between Distant God and Cruel World. The Contribution of Jewish German-Speaking Scholars to International Law*, Leiden-Boston 2013, 178-179, 197 und 229.

18 Über seine Herkunft siehe: Thomas Olechowski, *Über die Herkunft Hans Kelsens*, in: Tiziana Chiusi/Thomas Gergen/Heike Jung (Hg.), *Das Recht und seine historischen Grundlagen. Festschrift für Elmar Wadle zum 70. Geburtstag*, Berlin 2008, 849-863.

19 Thomas Olechowski, *Hans Kelsen. Biographie eines Rechtswissenschaftlers*. Unter Mitarbeit von Jürgen Busch, Tamara Ehs, Miriam Gassner und Stefan Wedrac, Tübingen 2020, 87-88.

20 Ebd., 117-119.

21 Hans Kelsen, *Die platonische Gerechtigkeit*, in: *Kant-Studien* 38 (1933) 1-2, 91-117, 117.

22 Kamila Staudigl-Ciechowicz/Thomas Olechowski, *Völkerrecht*, in: Olechowski/Staudigl-Ciechowicz/Ehs, *Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät*, 521-547, 529.

23 Hold-Ferneck, *Selbstdarstellung*, 98-99.

24 Alexander Hold-Ferneck, *Der Staat als Übermensch. Zugleich eine Auseinandersetzung mit der Rechtslehre Kelsens*, Jena 1926, 31.

Universitätskollegen, der 1920/21 als Dekan Hold-Fernecks Professur für Völkerrecht ermöglicht hatte.²⁵ In seiner Erinnerung behauptete Hold-Ferneck, dass er von Kolleg:innen und Studierenden ermuntert gewesen sei, „die Fakultät vor dem Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß sie sich den Lehren Kelsens widerspruchslos beuge“, weswegen er „das Opfer [brachte], die Schriften [von Kelsen - Anm. d. A.], die sich damals auf etwa zweitausend Seiten beliefen, nochmals im Zusammenhang durchzunehmen. Das kostete ein ganzes Jahr!“²⁶

Hold-Ferneck griff die Kelsen'sche Rechtslehre aus zwei Richtungen an. Einerseits meinte er, dass das legalistisch-formalistische Konzept, nach dem es nur Rechtsordnungen, aber keine vorrechtlichen Staaten gäbe,²⁷ die politische Realität verkenne. Hold-Ferneck wählte das Beispiel des kriegsführenden Staates, um die von Kelsen behauptete Identität von Staat und Recht zu widerlegen: „Staaten führen Kriege, nicht Rechte“.²⁸ Von einem Völkerrechtler war es eine merkwürdige Meinung, weil die Kriegsführung gerade im Völkerrecht ebenso von rechtlichen Normen bestimmt ist. Andererseits kritisierte Hold-Ferneck, dass Kelsen das Recht von den Rechtsbrüchen her begreife und deswegen mit dem Zwang verbinde: „[M]an [vernichtet] den Rechtsbegriff, wenn man die Verknüpfung des Rechts mit Ordnung, Frieden und Sicherheit aufhebt“,²⁹ d. h. Kelsen greife nur das „Pathologische des Rechtslebens“ heraus.³⁰ Die These, dass das Recht von der „Ordnung“ und dem Rechtsgehorsam her gedacht werden müsse, verkennt den - in seinen früheren Schriften auch von Hold-Ferneck behaupteten³¹ - Zwangscharakter des Rechts. Wenn das Recht immer problem- und zwangslos befolgt werden würde, wäre es sinnlos, juristisch vorzuschreiben, was faktisch vorherrscht.³²

Der Völkerrechtsprofessor begnügte sich aber nicht mit einer theoretischen Kritik, indem er das Recht als Sein konzeptualisierte - dies wäre noch

25 Als Universitätsdekan wollte Kelsen Leo Strisower zum ordentlichen Professor für Völkerrecht ernennen, was aber wegen der jüdischen Religion von Strisower zuerst auf Ablehnung stieß. Als Kompromiss wurde dann vorgeschlagen, dass gleich zwei Professoren für Völkerrecht - neben Strisower auch Hold-Ferneck - ernannt werden, vgl. Olechowski, Hans Kelsen, 309-310.

26 Hold-Ferneck, Selbstdarstellung, 101.

27 Zur Kelsens Idee, der Staat sei nichts anderes als die Rechtsordnung, siehe u. a. Hans Kelsen, *Der soziologische und der juristische Staatsbegriff. Kritische Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Recht*, Tübingen 1922, 205-206, 252-253.

28 Hold-Ferneck, *Der Staat als Übermensch*, 2.

29 Ebd., 8.

30 Ebd., 39.

31 Hold-Ferneck, *Die Rechtswidrigkeit. Eine Untersuchung zu den allgemeinen Lehren des Strafrechtes*, Bd. 1. *Der Begriff der Rechtswidrigkeit*, Jena 1903, 76-78.

32 Hans Kelsen, *Die Idee des Naturrechts* (1927), in: Hans Kelsen, *Demokratie und Sozialismus. Ausgewählte Aufsätze*, Wien 1967, 73-113, 78-79.

eine zwar unkreative, aber legitime Kritik gewesen³³ -, sondern es war ein Angriff auf die Person Kelsens: „An seinem Platz ein braver Mann, der die Rechtsvorschriften ermittelt, deutet und anwendet oder ihre Deutung und Anwendung lehrt, wandelt er sich in der Wesenslehre des Rechts in erschreckender Weise. Da ist ein spindeldürrer, bis auf den letzten Blutstropfen ausgepreßtes Männchen, das den Doktorhut tief ins pergamentene Antlitz drückt, auf daß die Welt der Tatsachen nicht störe in der Versunkenheit in ideelle Normen. Man gebe ihm den Laufpaß! Wir brauchen keine ‚juristische Erkenntnis‘, die sich auf die Frage, was dann das Recht sei, auf ihre ‚Reinheit‘ ausredet.“³⁴

Außer dem persönlichen Hass zeigen diese Zeilen, dass Hold-Ferneck die „Reine Rechtslehre“ vollkommen missverstanden, als ob sich die „Reinheit“ auf das Recht und nicht „nur“ auf die Rechtswissenschaft bezöge. Die „Reine Rechtslehre“ ist aber keinesfalls eine Theorie eines „reinen“ Rechts,³⁵ Kelsen nahm die politischen Aspekte des Rechts zur Kenntnis.³⁶ Als Rechtswissenschaftler hielt er es aber für unwissenschaftlich, den politischen Prozess der Rechtsentstehung rechtswissenschaftlich vorbestimmen zu wollen.³⁷ Die „Reine Rechtslehre“ „befreit“ nämlich die Rechtswissenschaft von der Ideologie,³⁸ um den politischen Charakter des Rechts - der früher hinter pseudo-rechtswissenschaftlichen Konstruktionen versteckt wurde³⁹ - offenzulegen. Indem Kelsen die Möglichkeiten rechtswissenschaftlicher Erkenntnis so eng zog, ermöglichte er der Politik, das Recht bestimmen bzw. ändern zu können.⁴⁰

Nach dem Erscheinen des Buches wurde berichtet, dass sich an der Universität Wien eine breite Solidarität mit Kelsen abgezeichnet habe. Bis auf vier Professoren (Wenzeslaus Gleispach, Ernst Schönbauer, Ernst Schwind

33 Kelsen widerlegte Hold-Fernecks diesbezügliche Position bereits in seiner Habilitationsschrift von 1911; Hans Kelsen, Hauptprobleme der Staatsrechtslehre entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatze (1911), in: Matthias Jestaedt in Kooperation mit dem Hans Kelsen-Institut (Hg.), Hans Kelsen Werke, Bd. 2/I, Tübingen 2008, 2-878, 385-386.

34 Hold-Ferneck, Der Staat als Übermensch, 12.

35 Matthias Jestaedt, Hans Kelsens Reine Rechtslehre. Eine Einführung, in: Hans Kelsen, Reine Rechtslehre. Studienausgabe der 1. Auflage 1934, Tübingen 2008, XI-LXVI, XXVI.

36 Hans Kelsen, Reichsgesetz und Landesgesetz nach österreichischer Verfassung (1914), in: Matthias Jestaedt in Kooperation mit dem Hans Kelsen-Institut (Hg.), Hans Kelsen Werke, Bd. 3, Tübingen 2010, 360-438, 371.

37 Techet, „Autoritäre“ und demokratische Rechts- und Rechtswissenschaftsverständnisse, 361-363.

38 Pierluigi Chiassoni, Il realismo radicale della teoria pura del diritto, in: Materiali per una storia della cultura giuridica 42 (2012) 1, 237-261, 240 und 248.

39 Matthias Jestaedt, Einleitung, in: Matthias Jestaedt (Hg.), Hans Kelsen im Selbstzeugnis. Sonderpublikation anlässlich des 125. Geburtstages von Hans Kelsen am 11. Oktober 2006, Tübingen 2006, 1-19, 2.

40 Horst Dreier, Der Preis der Moderne. Hans Kelsens Rechts- und Sozialtheorie, in: Elif Özmen (Hg.), Hans Kelsens politische Philosophie, Tübingen 2017, 3-27, 24-25.

und Othmar Spann) hätten alle Professoren der Rechtswissenschaftlichen Fakultät ein offizielles Schreiben für Kelsen unterschrieben.⁴¹ Kelsen dementierte aber, dass es sich um einen offiziellen Beschluss gehandelt habe.⁴²

Er antwortete Hold-Ferneck mit einem kleineren Buch, in dem er unter anderem die Widersprüche zwischen Hold-Fernecks früheren Thesen und jetzigen Meinungen aufzeigte.⁴³ Kelsens Argumentation blieb auf die Rechtswissenschaft bezogen, er erkannte sogar die wissenschaftliche Möglichkeit einer Staatswissenschaft als Seinswissenschaft oder die wissenschaftliche Begründung einer Wertimmanenz der Wirklichkeit.⁴⁴ Hold-Ferneck verfasste daraufhin ein neues, noch polemischeres Buch. Er nannte die „Reine Rechtslehre“ als ein „schillerndes Strohpüppchen“⁴⁵ und bekräftigte nochmals den Wunsch, die Jugend von der „Reinen Rechtslehre“ fernhalten zu wollen: „Aber ernst nehme ich die Pflicht, die mir als dem Vertreter dieses Faches obliegt, die akademische Jugend vor den hohlen und lebensfremden Konstruktionen des Verächters der Geschichte zu warnen.“⁴⁶

In der Debatte prallten zwei Rechts- und Rechtswissenschaftsauffassungen aufeinander.⁴⁷ Hold-Ferneck begriff das Recht als eine bestehende „Ordnung“, welche die Rechtswissenschaft zu erkennen habe, mit dem Ziel, diese „Ordnung“ dadurch zu untermauern; Kelsen hingegen entkräftete die Idee, dass dem Recht eine bestimmte „Ordnung“ vorangehe bzw. dass die Rechtswissenschaft diese „Ordnung“ zu legitimieren habe. Eine „reine“ Rechtswissenschaft ist somit politischer als die klassisch-etatistische Staatsrechtslehre, weil sie die Normbestimmung an die Politik und die Rechtspraxis delegiert.⁴⁸

Die Frage, ob das Recht politisch frei zu gestalten oder pseudo-rechtswissenschaftlich auf ein konservatives „Ordnungsdenken“ einzuengen sei, war in der Ersten Republik von großer politischer Relevanz. Die Sozialdemokratie wollte - bis 1920 auf Bundesebene, danach nur in Wien - sozial- oder kulturpolitische Ziele erreichen, die nur dann möglich waren, wenn das Recht nicht - wie Hold-Ferneck versuchte - an eine angeblich vorgegebene metajuristische „Ordnung“ gekoppelt wird. Indem Kelsen das Recht als Form und Dynamik

41 Unbegründete Angriffe gegen Professor Dr. Kelsen, *Neues Wiener Journal*, 15.6.1926, 5.

42 Unbegründete Angriffe gegen Professor Doktor Kelsen, *Neues Wiener Journal*, 16.6.1926, 9.

43 Hans Kelsen, *Der Staat als Übermensch. Eine Erwiderung*, Wien 1926, 3 und 6.

44 Ebd., 8-9.

45 Alexander Hold-Ferneck, *Ein Kampf ums Recht. Entgegnung auf Kelsens Schrift „Der Staat als Übermensch“*, Jena 1927, 17.

46 Ebd., 11.

47 Busch/Staudigl-Ciechowicz, „Ein Kampf ums Recht“?, 126-127.

48 Horst Dreier, *Kelsen im Kontext. Beiträge zum Werk Hans Kelsens und geistesverwandter Autoren*, Tübingen 2020, 64.

bzw. die Rechtswissenschaft als reine Beschreibung des Rechts bestimmte, begründete er implizit, dass und warum auch eine den konservativen Interessen widersprechende Gesetzgebung oder Rechtspraxis möglich sind.

Die Kritik an Kelsen stellte insofern den wissenschaftlich verschleierte Abwehrkampf einer herrschenden Klasse dar, welche die Deutungshoheit über das Recht nicht verlieren wollte. In diesem Sinne verortete der Journalist Hans Margulies in der Wiener Zeitung *Der Tag* auch die Angriffe von Hold-Ferneck als Reaktion der (vorher) Privilegierten:

„Zahlenmäßig überwiegen die rechtsradikalen Elemente unter den Professoren und Studenten an allen deutschen und österreichischen Hochschulen. Das ist der Verzweiflungskampf des Privilegierten. [...] Diese Sonderstellung, diese Sonderrechte sich zu bewahren gegen den Ansturm von unten, gegen die Masse, ist Sinn der geistigen und politischen Einstellung an den Hochschulen. [...] Jene Elemente, die, neuer Anschauung voll, ihr hier auch in ihrem Umkreis Geltung verschaffen wollen, müssen ausgemerzt werden. [...] Der Kampf an den Hochschulen, der ein Kampf um die Hochschulen ist, ist ja schließlich nur ein Teil des Weltanschauungskrieges.“⁴⁹

Vorwurf der Abstraktheit: Recht als Geschichte oder Norm?

Zwei Jahre später legte auch der Wiener Rechtshistoriker Ernst Schwind – bis 1919 Freiherr – ein Buch gegen Kelsens Rechtslehre vor. Er lehrte zwischen 1897 und 1932 zuerst in Innsbruck, dann in Wien Rechtsgeschichte.⁵⁰ Schwind entstammte einem ähnlichen konservativ-aristokratischen Milieu wie Hold-Ferneck. Seine Antipathie gegenüber Kelsen war insofern ebenso gesellschaftlich mitgeprägt. Politisch vertrat er deutschnationale Ansichten; er war ebenso Mitglied des Deutschen Klubs.⁵¹

In seinem Buch von 1928 wollte er das abstrakte Rechtsdenken mit historischen Argumenten bekämpfen. Für ihn stellte Kelsens „Reine Rechtslehre“ ein „Gebilde der Phantasie“, ein „Kunstwerk“ dar,⁵² weil sie der emotionalen Komponenten entbehre: „[A]us der heute so modernen Geistesrichtung, die alles mit dem Verstande und nichts mit dem Gemüte und mit der Seele lösen möchte, erklärt sich in meinen Augen ein Teil des Erfolges, welchen in man-

49 Hans Margulies, Lessing - Hannover, Kelsen - Wien, *Der Tag*, 16.6.1926, 4.

50 Zur Biografie siehe: Elisabeth Berger, Schwind, Ernst Freiherr von, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hg.), *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 24, Berlin 2010, 87-88.

51 Staudigl-Ciechowicz, Exkurs: Akademischer Antisemitismus, 71.

52 Ernst Schwind, *Grundlagen und Grundfragen des Rechts. Rechtstheoretische Betrachtungen*, München 1928, 16-17.

chen Kreisen die ‚reine Rechtslehre‘ auszuweisen vermochte“.⁵³ Schwind führte die Beliebtheit der „Reinen Rechtslehre“ auf deren reduktionistisches Rechtsverständnis zurück: „[M]an braucht gar nichts zu wissen und kann aus sich selbst heraus mit der Logik allein mutig weiter arbeiten in dieser Lehre. Kann es etwas Schöneres geben für einen Anfänger?“⁵⁴ Er fügte hinzu - als ob Kelsen als Rechtshistoriker argumentiert hätte -, dass „ein Rechtshistoriker bescheidener und vorsichtiger sein [müsste],“ als das Recht nur auf Normen zurückzuführen.⁵⁵ Schwind verwechselte dabei - ähnlich wie Hold-Ferneck - die Kelsen'sche Forderung nach einer reinen Rechtswissenschaft mit der Idee eines reinen Rechtes: „Alles Geistige, Ethische, Sittliche und Menschliche muß aus dem Rechte herausdestilliert werden, bis es zu jener mechanisierten Gestaltung kommt, in der die reine Rechtslehre das wesentliche des Rechts erblickt.“⁵⁶

Gegen Kelsens These, dass der Staat „nur“ die Rechtsordnung bedeute, bediente sich Schwind desselben militärischen Argumentes wie Hold-Ferneck: Er machte sich nämlich über die „Reine Rechtslehre“ lustig, nach der „der Weltkrieg ein Kampf von etwas über zwei Dutzend Rechtsordnungen gewesen wäre“.⁵⁷ Die Kelsen'sche These, nach der das Recht (der Staat) nicht eine vorgegebene, homogene „Ordnung“, sondern pluralistische Interessenkonflikte zum Ausdruck bringe,⁵⁸ verstand Schwind als „eine gewaltige Einseitigkeit und Übertreibung der materialistischen Elemente im Rechte.“⁵⁹ Der als Materialismus angeprangerte Formalismus/Rechtspositivismus begründet allerdings die Artikulationsmöglichkeit unterschiedlicher (auch marginalisierter) politischer und sozialer Interessen im Recht.⁶⁰ Das naturrechtliche Konzept von Schwind, das die bestehende Kräfte- und Rechtsverhältnisse untermauert, sei hingegen, wie Kelsen im Allgemeinen bemerkte, das „Recht der Stärkeren“.⁶¹

In seiner Antwort versuchte Kelsen darzulegen, warum sich rechtstheoretische Thesen rechtsgeschichtlich weder bestätigen noch widerlegen lassen,⁶² ohne der Rechtsgeschichte das Existenzrecht abzusprechen - aber es

53 Schwind, Grundlagen und Grundfragen, 156.

54 Ebd. 152.

55 Ebd. 62.

56 Ebd. 45.

57 Ebd., 66.

58 U. a. Hans Kelsen, Der Begriff des Staates und die Sozialpsychologie, in: *Imago. Zeitschrift für Anwendung der Psychoanalyse für die Geisteswissenschaften* 8 (1922) 2, 97-141, 101-102.

59 Schwind, Grundlagen und Grundfragen, 39.

60 Hans Kelsen, *Die philosophischen Grundlagen der Naturrechtslehre und des Positivismus*, Charlottenburg 1928, 64.

61 Kelsen, *Die Idee des Naturrechts*, 83.

62 Hans Kelsen, *Rechtsgeschichte gegen Rechtsphilosophie? Eine Erwiderung*, Wien 1928, 2.

seien zwei unterschiedliche wissenschaftliche Methoden, weswegen auch ihr Gegenstand anders sei.⁶³ Bezüglich von Schwinds Behauptung, dass sein Staatsbegriff vielseitiger sei als die Gleichsetzung von Staat und Rechtsordnung, bemerkte Kelsen ironisch, dass ein erkenntnistheoretisch so ausgehnter Universalbegriff des Staates, wie jener von Schwind, „offenbar das - für den Mittelstand zu teuer gewordene - Konversationslexikon zu ersetzen hat“.⁶⁴ Kelsen zeigte ideologiekritisch auf, dass die Vorstellung, es gebe einen Staat über dem Recht, partikularen Zielen gewisser Herrschaftsklassen - wie er schon in der Allgemeinen Staatslehre bewies⁶⁵ - nutze. Insofern war Kelsens Gegenfrage an Schwind berechtigt, „[o]b dieser ‚vielseitige Staatsbegriff‘ nicht doch - politisch - ein wenig einseitig ist“.⁶⁶

Im Vergleich zu seiner Erwidrerung auf Hold-Ferneck war Kelsen in seinem Streit mit Schwind bissiger und schärfer - was nicht nur mit den äußerst dilettantischen, leicht widerlegbaren Argumenten von Schwind, sondern auch seiner Schlussbemerkung zu tun haben muss. Schwind stellte nämlich am Ende seines Buches fest, dass Kelsens Lehre „gerade an unserer Universität dank der Zusammensetzung der Lehrenden und der Lernenden besondere Verbreitung und Anklang findet“.⁶⁷ Kelsen ließ die antisemitische Anspielung nicht unbeantwortet: „Wer den *genus loci* kennt, weiß, daß die ‚Zusammensetzung‘, die S. [Schwind] ohne nähere Aufklärung in die Diskussion zu ziehen für nötig befindet, mit irgendeiner wissenschaftlichen Richtung in der Lehrerschaft oder gar in der Hörerschaft nicht das geringste zu tun hat“.⁶⁸

Kelsens Erfahrungen mit dem universitären Antisemitismus und sein Abgang aus Wien

Der „Geist des Ortes“, den Kelsen ansprach, war jenes universitäre Milieu in Wien, in dem Kelsen als jüdisch stämmiger Professor zu den Ausnahmen gehörte.⁶⁹ Obwohl Numerus-clausus-Regeln, wie etwa in Ungarn, in Österreich

63 Als Möglichkeit des Zusammendenkens des Kelsen'schen Rechtspositivismus mit der Rechtsgeschichte - weil beide die Dynamik und die Relativität des Rechts beschreiben - siehe: Jean-Louis Halpérin, *Le droit et ses histoires*, in: *Droit et société* 75 (2010) 2, 295-313, 297 und 310; Techet, „Historical turn“, 1358-1361.

64 Kelsen, *Rechtsgeschichte gegen Rechtsphilosophie?*, 18.

65 Hans Kelsen, *Allgemeine Staatslehre*. Studienausgabe der Originalausgabe 1925. Hg. von Matthias Jestaedt, Tübingen 2019, 378.

66 Kelsen, *Rechtsgeschichte gegen Rechtsphilosophie?*, 18.

67 Schwind, *Grundlagen und Grundfragen*, 156-157.

68 Kelsen, *Rechtsgeschichte gegen Rechtsphilosophie?*, 31.

69 Über den vorherrschenden Antisemitismus unter Studierenden wie auch Professoren an der Universität Wien siehe u.a. Linda Erker/Klaus Taschwer, »Eine wirklich befriedigende Lösung der Judenfrage«. Antisemitische Personalpolitik an der Universität Wien vor und nach 1933, in: Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.), *Antisemitismus in Österreich 1933-1938*, Wien-Köln-Weimar 2018, 752-767, 754-755.

nicht eingeführt wurden, konnten die rechtsnationalistischen Netzwerke in mehreren Fällen Habilitationsvorhaben oder Berufungen jüdisch stämmiger Wissenschaftler:innen erfolgreich verhindern. Zwischen 1918 und 1938 wurden 24 neue außerordentliche oder ordentliche Professoren an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät berufen, davon waren nur vier jüdischer Herkunft⁷⁰ - und nur ein einziger Professor war zum Zeitpunkt seiner Berufung nicht konvertiert: der Völkerrechtler Leo Strisower. Das akademische Leben war also auch im Roten Wien vor allem christlichsozial und deutschnational geprägt.⁷¹

Kelsen bekam den universitären Antisemitismus am eigenen Beispiel ebenso mit. Bei seiner Habilitation legte ihm etwa der Staatsrechtler Edmund Bernatzik die Advokatur als möglichen Beruf statt einer wissenschaftlichen Karriere nahe, was Kelsen mit der „nicht sehr judenfreundliche[n] Haltung der Fakultät“ erklärte.⁷² Als Kelsen 1918 zum außerordentlichen Professor in Wien berufen wurde, war Schwind dagegen, weil Kelsens Lehre „destruktiv und zersetzend“, „für die Studierenden verblendend“ sei.⁷³

Auch als ordentlicher Professor war Kelsen mit dem Netzwerk rechtsnationalistischer Professoren konfrontiert, die seinen Schüler:innen Steine in den wissenschaftlichen Weg legten. Das Habilitationsverfahren des Völkerrechtlers Josef L. Kunz zog sich etwa wegen Hold-Ferneck sieben Jahre lange hin.⁷⁴ Der rechtsnationalistische Professor spielte eine negative Rolle auch bei der Habilitation eines anderen Kelsen-Schülers. Fritz Schreier reichte 1922 eine Habilitation über die „Reine Rechtslehre“ ein. Neben Kelsen war Hold-Ferneck der andere Gutachter. Er setzte durch, dass drei weitere rechtsnationalistische Professoren - Gleispach, Schwind und Spann - miteinbezogen wurden, die sich in ihren Sondervoten gegen die Habilitation aussprachen. Schreier wurde letztendlich nur infolge des Einschreitens des Unterrichtsministeriums habilitiert, aber er konnte sich im akademischen Leben Österreichs nicht etablieren.⁷⁵

Kelsen war indirekt auch in die Affäre um Stephan Brassloff involviert.⁷⁶ Dem Professor für Römisches Recht wurde 1925 vorgeworfen, sexistische

70 Staudigl-Ciechowicz, Exkurs: Akademischer Antisemitismus, 73.

71 Janek Wasserman, *Black Vienna. The Radical Right in the Red City, 1918-1938*, Ithaca-London 2014, 8 und 223.

72 Hans Kelsen, *Autobiographie* (1947), in: Matthias Jestaedt in Kooperation mit dem Hans Kelsen-Institut (Hg.), *Hans Kelsen Werke*, Bd. 1, Tübingen 2007, 29-91, 40.

73 Schwinds Gutachten zit. n. Olechowski, *Rechtsphilosophie gegen Rechtsgeschichte?*, 32.

74 Thomas Olechowski/Kamila Staudigl-Ciechowicz, *Allgemeines und österreichisches Staatsrecht, Verwaltungslehre und österreichisches Verwaltungsrecht*, in: Olechowski/Staudigl-Ciechowicz/Ehs, *Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät*, 465-521, 491.

75 Ebd., 491-492.

76 Dazu vgl. den Beitrag „Zur Universität Wien als Cliques-Schnittpunkt“ von Kamila Staudigl-Ciechowicz in diesem Band.

Witze gemacht zu haben. Die Vorwürfe wurden von der christlichsozial-orientierten *Reichspost* antisemitisch konnotiert erhoben: Brassloff sei „mit vielen seiner Stammesgenossen“ aus Czernowitz nach Wien gekommen - was übrigens nicht stimmte -, und ergänze seine Vorträge mit „schmutzige[r] Erotik“. ⁷⁷ Im Disziplinarverfahren, in dem Hold-Ferneck zum Untersuchungsführer berufen wurde, verschaffte Kelsen Brassloff einen Anwalt. Deswegen wurde auch Kelsen in der antisemitischen Öffentlichkeit auf übelste Art und Weise angegriffen:

„Kelsen gehört zu den gefährlichsten Juden der Fakultät, der alle deutschen Professoren dadurch betrügt, dass er ihnen seit Jahren ‚Deutschtum‘ vorheuchelt! [...] Wir können aber schon im vorhinein sagen: Sollte der Asiate Kelsen es durch Schlappeheit der Behörden erreichen, daß der Asiate Brassloff an der deutschen Kulturstätte vortragen kann, dann wird sich in Wien etwas tun, was Wien noch nicht gesehen hat!“⁷⁸

Kelsen erlebte auch als Verfassungsrichter Anfeindungen. Weil der Verfassungsgerichtshof (VfGH) in der Zwischenkriegszeit politisch heikle Fragen zu entscheiden hatte, wurde der VfGH nolens volens der politischen Konflikte der Gesellschaft teilhaftig.⁷⁹ Der VfGH übte nämlich seine rechtsanwendende und kontrollierende Macht öfters aktivistisch aus,⁸⁰ was dann Kelsen theoretisch mit der Gleichsetzung von Rechtsanwendung und Rechtssetzung einholte und indirekt rechtfertigte.⁸¹ Diese VfGH-Judikatur kam oft dem Roten Wien (etwa in den verfassungsrechtlichen Streitigkeiten um das Verbot vom Arthur Schnitzlers „Reigen“⁸² oder das Wiener Krematorium⁸³) oder anderen progressiven Ansätzen (etwa in den Fragen, ob Kinder konfessionsloser Eltern Religionsunterricht besuchen müssen,⁸⁴ oder ob ein:e Schulleiter:in

77 „Herrenabende“ an der Universität?, *Reichspost*, 25.9.1925, 4.

78 *Deutsche Arbeiter-Presse*, November 1925 [konkretes Datum nicht auffindbar], zit. n. Taschwer, *Hochburg des Antisemitismus*, 131.

79 Zur Bedeutung der Verfassungsgerichtsbarkeit in der Ersten Republik siehe: Péter Techet, *Vers une lecture historique de la «Théorie Pure du Droit»*. Contextes et pratiques de la juridiction constitutionnelle autrichienne, in: *Analisi e Diritto* 21 (2021) 2, 121-144.

80 Ebd., 129-137.

81 Kelsen, *Allgemeine Staatslehre*, 551-552 und 587-589.

82 Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes (VfSlg), 8/1921; zum „Reigen“-Fall siehe: Péter Techet, *Reigen um Kompetenzen*. Arthur Schnitzlers „Reigen“ vor dem Verfassungsgerichtshof im Jahre 1921, in: *Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs* 12 (2022) 1, 135-154.

83 VfSlg, 206/1923; 257/1924; 258/1924; zum Krematorium-Fall siehe: Péter Techet, *Kultur- und Rechtskampf um das Wiener Krematorium (1922-1924)*. Ansätze der aktivistischen Verfassungsgerichtsbarkeit in der Ersten (österreichischen) Republik?, in: *forum historiae iuris* (2022), 1-48, URL: <https://forhistiur.net/2022-05-techet> (abgerufen 31.10.2022).

84 VfSlg. 646/1926; 797-802/1927; 875/1927; 948/1928; 1206/1929; 1267/1929.

der Mehrheitskonfession in der Schule angehören muss⁸⁵) zugute.⁸⁶ Um diese Themen brachen kulturkämpferische Auseinandersetzungen aus: Schnitzlers „Reigen“ oder das Wiener Krematorium wurden dabei in einem antisemitischen Unterton kritisiert⁸⁷ und die Konfessionslosigkeit als „jüdisch-materialistisches Antichristentum“ gebrandmarkt.⁸⁸

Der VfGH als Institution - und besonders Kelsen als Verfassungsrichter - gerieten allerdings erst infolge der Dispensehen-Erkenntnisse in die Kritik.⁸⁹ In der Frage, ob Gerichtshöfe die neuen, nach einer Ehedispens geschlossenen Ehen aufheben dürfen, überzeugte Kelsen als Referent seine Kollegen am VfGH, die frühere, restriktive Judikatur⁹⁰ zu verändern.⁹¹ Mit der fragwürdigen These, es bestehe ein Kompetenzkonflikt zwischen Judikative und Exekutive,⁹² konnte Kelsen die Dispensehen juristisch absichern und somit praktisch die Trennung katholischer Ehen ermöglichen. Die Idee, die Dispensehefälle als Kompetenzkonflikte - per analogiam zu den wegrechtlichen Streitigkeiten⁹³ - zu erfassen, wurde vom Kelsens oben erwähnten Schüler

85 VfSlg. 449/1925; VfSlg. 958/1928.

86 Das heißt aber nicht, dass der VfGH immer im Interesse der Sozialdemokratie entschieden hätte. Deswegen wurde der VfGH etwa von den Sozialdemokrat:innen des „Aktivismus“ bezichtigt, nachdem der VfGH - auf Kelsens Initiative - die ganze Hausbesorgerordnung vom Land Wien als verfassungswidrig aufgehoben hatte. (VfSlg. 90/1922). Als sozialdemokratische Kritik am VfGH-Erkenntnis siehe u.a. *Arbeiter-Zeitung*, 23.4.1922, 2; *Arbeiter-Zeitung*, 18.6.1922, 3.

87 U. a. Der Reigen um die Latrine, *Reichspost*, 12.2.1921, 1; Karl Paumgarten, Hinter den Kulissen der „Reigen“-Schützer, *Reichspost*, 14.2.1921, 2; Alma Seitz, Wien wird ein Krematorium haben, *Reichspost*, 9.10.1921, 1-2.

88 „Werdet konfessionslos!“ Die Abfallspropaganda der Marxisten in Wien, *Reichspost*, 29.3.1923, 6.

89 In Österreich gehörte das staatliche Eherecht hauptsächlich in die Kompetenz der jeweiligen Kirchen, d. h. eine Trennung (heutige Scheidung) für katholische Ehen war nicht möglich (ABGB § 111), es sei denn, es wurde eine Dispens seitens der lokalen Administration erteilt (ABGB § 83), aufgrund deren dann auch eine neue Ehe geschlossen werden konnte. Nach 1918 erteilte die sozialdemokratische Administration in Niederösterreich (und dann in Wien) fast automatisch die Dispens, was dann neue Eheschließungen ermöglichte. Die Gerichtshöfe erklärten aber die Ehen, welche nach einer durch Dispens aufgelösten Ehe neu geschlossen wurden, für nichtig, was für eine vollkommene Rechtsunsicherheit in puncto Eherecht sorgte. Obwohl die Gerichtshöfe nicht über die Dispens, sondern über die danach geschlossenen Ehen urteilten, gelang es Kelsen die Sachlage am VfGH als Kompetenzkonflikt zwischen Verwaltung und Judikative umzudeuten - als ob beide über dieselbe Frage entschieden hätten - und praktisch die staatlich sanktionierte Unauflöslichkeit der katholischen Ehen zu beenden; zu dieser Frage siehe: Ulrike Harmat, Ehe auf Widerruf? Der Konflikt um das Eherecht in Österreich 1918-1938, Frankfurt/Main 1999.

90 Der VfGH ließ zuerst zu, Dispensehen gerichtlich für nichtig zu erklären (VfSlg. 726/1926), Kelsen setzte aber ab 1927 erfolgreich eine andere Auffassung durch (VfSlg. 878/1927).

91 Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des VfGH, 5.11.1927. Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), 1. Republik, Oberste Behörden (OBh), Justiz, VfGH, Karton 74/K 6/27, fol. 23-24.

92 Hans Kelsen, Der Begriff des Kompetenzkonfliktes, in: *Juristische Blätter* 57 (1928) 6, 105-110.

93 VfSlg. 647/1926; VfSlg. 836/1927.

Fritz Schreier – dem eine wissenschaftliche Karriere wegen Hold-Ferneck verwehrt blieb und er deswegen als Rechtsanwalt arbeitete – in die Diskussion gebracht.⁹⁴ Darin, dass der VfGH einen Kompetenzkonflikt zwischen Judikative und Exekutive konstruierte und ihn zuungunsten der ordentlichen Gerichte entschied, zeigte sich auch ein gesellschaftlich-hegemonial bestimmter Konflikt zwischen der mehrheitlich konservativ eingestellten Richterschaft und der teilweise progressiveren (Wiener) Verwaltung.⁹⁵

Die klerikale Reaktion wartete nicht lange auf sich: Dem VfGH und allen voran Kelsen wurde vorgeworfen, die legislative Macht zu usurpieren⁹⁶ und die Bigamie zu fördern.⁹⁷ Die Angriffe richteten sich immer mehr gegen die Institution des VfGH an sich:⁹⁸ Dieser müsse entpolitisiert (d. h. eigentlich unpolitisiert) werden,⁹⁹ was in der Verfassungsnovelle von 1929 letztendlich erfolgte und zum Ende von Kelsens verfassungsrichterlicher Tätigkeit führte.¹⁰⁰ Die *Arbeiter-Zeitung* bezeichnete es als „Rache des Klerikalismus“.¹⁰¹

Kelsen nahm 1929 einen Ruf an die Universität zu Köln an, was er rückblickend nicht mit der Lage an der Wiener Fakultät, sondern mit den Angriffen auf den VfGH erklärte.¹⁰² Ab 1929 verschärfte sich allerdings der Antisemitismus an der Universität Wien.¹⁰³ Der rechtsnationalistische Strafrechtsprofessor Gleispach wurde zum Rektor gewählt und erließ 1930 – mit der Unterstützung der nationalsozialistischen Studentenschaft und dem ebenso rechtsnationalistischen Unterrichtsminister Heinrich Srbik – eine (später

94 Fritz Schreier, Ein Weg zur Erhaltung der Dispensehen, *Arbeiter-Zeitung*, 16.5.1927, 2; Fritz Schreier, Verwaltungsakt und Urteil, in: *Juristische Blätter* 56 (1927) 19, 293-295, 295.

95 Bezüglich der Dispensehedebatte bemerkte Adolf Julius Merkl, dass die ordentlichen Gerichte nicht unbedingt und nicht immer die Garanten der Freiheit seien; Adolf Julius Merkl, Aussprache über die Berichte, in: *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 5 (1929), 218-222, 219-220.

96 Karl Wahle, Bindung der Gerichte an gesetzeswidrig erteilte Ehedispense? [2. Teil], in: *Juristische Blätter* 57 (1928) 6, 111-116, 113; Karl Satter, Grenzen der Kompetenzgerichtsbarkeit, in: *Zeitschrift für Öffentliches Recht* 7 (1928), 545-582, 581; Franz Mayr-Harting, Grotteske im Rechtsstaat, *Reichspost*, 10.7.1928, 1.

97 Gregor Hankiewicz, Freie Bahn der Bigamie? *Reichspost*, 9.11.1928, 2.

98 *Reichspost*, 16.11.1928, 2; *Reichspost*, 27.7.1929, 1.

99 U. a. Ignaz Seipel, Entpolitisierung des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtes (1929), in: Ignaz Seipel, *Der Kampf um die österreichische Verfassung*, Wien-Leipzig 1930, 218-222, 220.

100 Der neue VfGH verwarf Kelsens Kompetenzkonfliktkonzept und hob die gerichtlichen Ungültigkeitserklärungen der Dispensehen nicht mehr auf (VfSlg. 1341/1930), was die *Reichspost* als „Sieg des Rechts“ bzw. als Ende des vermeintlich von Kelsen beeinflussten VfGH begrüßte. Vgl. *Reichspost*, 2.8.1930, 1.

101 Die Rache des Klerikalismus, *Arbeiter-Zeitung*, 6.2.1930, 1-2.

102 Hans Kelsen, Encounters and Problems, in: *Yearbook of the Summer School of the University of Vienna* 8 (1965), 65-68, 66.

103 Linda Erker, Die Universität Wien im Austrofaschismus. Österreichische Hochschulpolitik 1933 bis 1938, ihre Vorbedingungen und langfristigen Nachwirkungen, Göttingen 2021, 52-57.

Bild online nicht verfügbar.

Hans Kelsen um das Jahr 1930. Er vertrat die Ansicht, dass nur in einer parlamentarischen Demokratie eine positive Entwicklung für das Gemeinwesen entstehen kann. Kelsen glaubte an die Zivilisierung und den Fortschritt durch die Vernunft. Der Staat war für ihn der Inbegriff der Rechtsordnung.
| Österreichische Nationalbibliothek

vom VfGH aufgehobene) Studentenordnung, welche rassistische Kategorisierungen unter den Studierenden einführte.

Die *Arbeiter-Zeitung* kontrastierte die akademische Situation in der Ersten Republik mit jener in der Habsburgermonarchie: Auch wenn ein konservativ-repressives Klima auch in der Monarchie - etwa unter den Regierungen von Eduard Taaffe oder Kasimir Felix Badeni - geherrscht habe, wurden progressive Professoren - wie Eugen Philippovich¹⁰⁴ oder Anton Menger¹⁰⁵ - von der Universität Wien nicht derart marginalisiert wie Kelsen (und andere Andersdenkenden) in der Zwischenkriegszeit: „In der Zeit der Taaffe und Badeni konnte ein Mann wie [Eugen, Anm. d. A.] Philippovich seine Hörer zur sozialen Erkenntnis führen, in der Zeit der Monarchie ein Sozialist wie Anton Menger als ordentlicher Professor an der Wiener Universität wirken. Heute ist es anders. Ein Kartell der Klerikalen mit den Hakenkreuzlern hat unsere Hochschulen monopolisiert. Ist eine Lehrkanzel zu besetzen, so entscheidet nur noch die Gesinnung über die Berufung“.¹⁰⁶

104 Eugen Philippovich (1858-1917) war ein österreichischer Ökonom, der eine progressive Sozialpolitik unterstützte und an der Universität Wien als Professor lehrte; er war einer der Mitbegründer der progressiven Sozialpolitischen Partei.

105 Anton Menger (1841-1906) war ein sozialistisch gesinnter Rechtswissenschaftler, der an der Universität Wien den Lehrstuhl für Zivilprozessrecht innehatte.

106 Die Kelsen gehen, die Gleispach bleiben, *Arbeiter-Zeitung*, 11.7.1930, 3.

Epilog: Die Reine Rechtslehre als „eine spezifisch oesterreichische Theorie“?

In seiner Autobiografie von 1947 führte Kelsen seine Skepsis gegenüber substanziellen Begriffen wie „Staat“ und „Volk“ auf seine Erfahrung im habsburgischen Vielvölkerstaat zurück.¹⁰⁷ In diesem Sinne sei die „Reine Rechtslehre“ – wie er meinte – „eine spezifisch oesterreichische Theorie“. Die Kelsen'sche Staats- und Homogenitätskritik erklärt sich zunächst zwar als Denkprodukt eines Vielvölkerstaates. Jedoch aus der biografischen Mikroperspektive gesehen, kann sie aber auch als Reaktion auf ein stark antisemitisches, rechtskonservatives Klima vom damaligen Österreich (und im Besonderen des damaligen wissenschaftlichen Milieus) verstanden werden.¹⁰⁸ Kelsens formalistische Rechts- und relativistische Demokratielehre ist also von ihrem Entstehungskontext nicht zu trennen.¹⁰⁹ Sie lässt sich demnach einerseits (angesichts der politischen Situation der Ersten Republik) als Begründung einer offenen Gesellschaft, andererseits (angesichts des akademischen Umfeldes) als Entideologisierung der Wissenschaft (und somit als Ermöglichung neuer Ideen und gesellschaftlichen Gruppen im universitären Feld) begreifen.

107 Kelsen, Autobiographie, 60.

108 Eliav Lieblich, Assimilation through Law. Hans Kelsen and the Jewish Experience, in: James Loeffler/Moria Paz (Hg.), *The Law of Strangers. Jewish Lawyers and International Law in the Twentieth Century*, Cambridge 2019, 51-81, 56.

109 Reut Yael Paz, Kelsen's Pure Theory of Law as a "hole in time", in: *Monde(s)* 7 (2015) 1, 77-78, 93.

Tobias Röck

Der Nachrichtendienst der österreichischen NSDAP-Landesleitung (1933-1935)

*Antidemokratische Netzwerke als Nährboden illegaler
nationalsozialistischer Betätigung in Österreich*

Die in diesem Sammelband thematisierten antidemokratischen Netzwerke und Machtzirkel boten verschiedenen konservativen bis rechtsextremen politischen und weltanschaulichen Gruppierungen einen fruchtbaren Nährboden - darunter auch der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich. Anhand des Fallbeispiels des Nachrichtendienstes der NSDAP-Landesleitung¹ wird im Folgenden gezeigt, wie derartige Netzwerke nationalsozialistische Betätigung auch in der Illegalität ab Juni 1933 auf verschiedenen Ebenen - allen voran im nachrichtendienstlichen Sektor sowie in der Unterstützung der terroristischen Aktivitäten - erleichterten und ermöglichten. Zu diesem Zweck folgt zunächst ein kompakter Überblick über diesen spezifischen Nachrichtendienst (ND) und die für seinen Aufbau und sein Operieren wesentlichen Personen. Deren jeweilige Hintergründe werden ebenso erläutert. Zudem wird näher auf die wichtigsten Aktivitäten und Aufgaben des NDs eingegangen, um dann im Kapitel „Netzwerke“ anhand dreier Beispiele (der Deutschen Wehr, dem Bund Oberland und dem Deutschen Klub) darzulegen, wie verschiedene antidemokratische Zirkel konkret für die klandestine Arbeit des NDs genutzt wurden.

Überblick Nachrichtendienst

Der Nachrichtendienst der österreichischen NSDAP-Landesleitung wurde kurz nach dem Verbot der NSDAP und einer Vielzahl ihrer Unterorganisationen in Österreich am 19. Juni 1933 initiiert. Dieser spezifische Nachrichtendienst war demnach eine explizite Reaktion der österreichischen NS-Bewegung unter der Führung von Landesinspekteur und De-facto-Landesleiter Theodor Habicht auf das Verbot ihrer Organisationen. Er war auch Teil ihrer neuen Strategie in der Illegalität, die vor allem den Ausbau

1 Für eine umfassendere Darstellung dieses spezifischen Nachrichtendienstes vgl. Tobias Röck, *The Intelligence Service of the Austrian NSDAP (1933-1935). Dimensions of Illegal National Socialist Activity in Austria*, Masterarbeit, Universität Wien 2019.

nachrichtendienstlicher Strukturen sowie die Intensivierung terroristischer Aktivitäten vorsah.²

Eine zeitgenössische Einschätzung durch die österreichische Bundespolizei charakterisiert den ND durchaus zutreffend: Der Nachrichtendienst „war zu dem Zwecke eingerichtet worden, um Mitteilungen aus Kreisen der Wirtschaft und der Politik sowie aus Aemtern für die Funktionäre der illegalen N.S.D.A.P. [sic] zu verschaffen und entsprechende Berichte im Wege der ‚Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft‘ in München, Brienerstrasse No.55, der sogenannten ‚Landesleitung Oesterreich‘ der N.S.D.A.P. in München und anderen führenden Emigranten zu liefern.“³ Wie bereits durch die Bundespolizei richtig erkannt wurde, war der ND zwar thematisch weitestgehend auf Österreich beschränkt und dabei insbesondere in Wien präsent. Er wies personell und geografisch aber auch weitreichende Verbindungen zum nationalsozialistischen Deutschland und zu den dortigen österreichischen Emigrant:innen auf. Auch die erwähnte „Treuhandgesellschaft“, die als Tarnorganisation die konspirativen Aktivitäten des NDs verschleiern sollte, kann dafür durch ihren Sitz in München als Zeugnis dienen.

Obwohl auch diese Tarnorganisation den österreichischen Exekutivbehörden bereits Anfang 1935 bekannt war, unterschätzten diese die schiere Dimension des NDs. Dessen personelle Vernetzung bis in höchste Kreise des österreichischen Staates wurde genauso unzureichend erkannt wie das Ausmaß der über die Kernaufgaben des Sammeln, Verarbeitens und Verteilens von Informationen hinausgehenden Aktivitäten. Zweifellos spielte auch die bereits erfolgte weitreichende Unterwanderung der Exekutivkräfte mit Anhänger:innen der NS-Bewegung bei dieser Fehleinschätzung eine Rolle. So wurde von den Behörden ganz grundlegend nicht erkannt, dass dieses spezifische Netzwerk nicht nur eine der vielen kleinen, oft stark personenbezogenen NS-Nachrichtenorganisationen war, sondern im Auftrag der NSDAP-Landesleitung (die ihren Sitz kurz nach dem Parteiverbot von Linz nach München verlegt hatte⁴) selbst betrieben wurde. Der ND stellte eine Art Überorganisation dar, die bestehende Nachrichtennetze anzapfen und verknüpfen sollte. Ziel war es, auf diese Weise die geheimdienstliche Schlag-

2 Herbert Blatnik, NS-Kommunikationsnetze und Infiltration, Propaganda und Terror nach 1933, in: Hans Schafranek/Herbert Blatnik (Hg.), Vom NS-Verbot zum „Anschluss“. Steirische Nationalsozialisten 1933-1938, Wien 2015, 125-193, 149-151; Hans Schafranek, Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006, 83-85.

3 Mitteilung Bundes-Polizeidirektion in Wien, 11.1.1935. Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), 2.3.4., 1935, Vr 343_35.

4 Winfried R. Garscha, Nationalsozialisten in Österreich 1933-1938, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur. 1933-1938, Wien 2005, 100-120, 105.

kraft der NS-Bewegung im Allgemeinen und den diesbezüglichen Einfluss der NSDAP im Speziellen zu stärken.

Aus Unkenntnis über den „offiziellen“ Charakter des Nachrichtendienstes wurde dieser von den österreichischen Ermittlungsbehörden meist nach seinen ersten beiden Leitern Otto Begus und Otto Bersch (Deckname Benesch) benannt und taucht in vielen Akten daher in unterschiedlichen Varianten als „Nachrichtendienst Begus/Bersch/Begus-Bersch“, „Nachrichtendienst Benesch“ oder unter der übernommenen Tarnbezeichnung „Wirtschaftlicher Nachrichtendienst“ auf. In Archivalien nationalsozialistischer Provenienz und der überlieferten NS-internen Korrespondenz wird der ND hingegen überwiegend als „Nachrichtendienst der NSDAP-Landesleitung“⁵ bezeichnet.

Kurzcharakterisierung der wichtigsten Akteure

Neben den bereits erwähnten, in den Akten explizit als Leiter des NDs betitelten Otto Begus und Otto Bersch konnten im Zuge der Archivrecherchen (vor allem im Wiener Stadt- und Landesarchiv sowie dem Österreichischen Staatsarchiv) sechs weitere Personen identifiziert werden, die besonders relevant für das operative Geschäft des NDs waren. Diese insgesamt acht Personen bildeten das Kernteam des NDs, koordinierten seine Aktivitäten und waren in alle Schritte seiner regen Nachrichtentätigkeit involviert.

Im Folgenden werden jene acht Hauptakteure kurz vorgestellt und vor allem hinsichtlich ihrer Verbindungen zu verschiedenen antidemokratischen Netzwerken, die vielfach eine wertvolle Ressource für die nachrichtendienstliche Arbeit darstellten, beleuchtet.

Die treibende Kraft hinter dem Nachrichtendienst war Otto Gustav Wächter, seit 1932 SS-Mitglied und einer der führenden und einflussreichsten NSDAP-Funktionäre in Österreich, der als illegaler „Gauleiter“ Wiens und als „Sonderbeauftragter der LL Österreich in den politischen Verhandlungen mit den öst. Regierungsstellen und Parteien“ tätig war.⁶ Wächter agierte weit über Parteigrenzen hinaus in einflussreichen Kreisen, etwa als Vorstandsmitglied im Deutschen Klub.⁷ Darüber hinaus heiratete er in eine einflussreiche Unternehmerfamilie (Bleckmann-Stahlwerke) ein und verkehrte in den Kreisen der NS-freundlichen Industrieelite des Landes.⁸ Weiters war Wächter seit Jahren als NS-Parteianwalt in Wien tätig und in Justizkreisen dementspre-

5 Vgl. etwa Theo Habicht, Zeugnis Otto Begus, 9.4.1937. Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Gauakten (OeStA/AdR ZNsZ GA), 199.579 - Otto Begus.

6 Otto Wächter, Personalfragebogen NSDAP, 25.6.1938, OeStA/AdR ZNsZ GA, 130.802 - Otto Wächter.

7 Philippe Sands, Die Rattenlinie. Ein Nazi auf der Flucht. Lügen, Liebe und die Suche nach der Wahrheit, Frankfurt/Main 2020, 57.

8 Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg, Wien 2020, 141.

chend bestens vernetzt.⁹ Nach dem Parteiverbot im Juni 1933 war es schließlich Wächter, der Otto Begus mit der Gründung eines NSDAP-eigenen Nachrichtendienstes beauftragte, um so in der Illegalität den politischen Arm der Partei auch im geheimdienstlichen Sektor unabhängiger von den bewaffneten Organisationen, allen voran von der SA, zu machen.¹⁰ Das Wirken des NDs ist daher in ein kompliziertes Geflecht unterschiedlicher, teils kooperierender, teils konkurrierender nachrichtendienstlicher NS-Organisationen eingebettet, das als anschauliches Beispiel für das polykratische, von Doppelgleisigkeiten und Intrigen gekennzeichnete System des Nationalsozialismus gelten kann.¹¹ Insbesondere der Nachrichtensektor war von einem Klima des Misstrauens und Konkurrenzdenkens zwischen SS und NSDAP auf der einen und SA auf der anderen Seite geprägt. Das belegt z. B. ein Zitat des SA-Unterführers Johann Donner, der über den ND der NSDAP-Landesleitung am 23. Juli 1934, also nur zwei Tage vor dem Juliputsch (!), sagte:

„Der ND kann nur dann mit einer tätigen Mithilfe der SA rechnen, [...] wenn die SA im ND nicht mehr eine Spitzelorganisation gegen sich selbst erblickt, die nur Verdächtiges sieht, Schlechtes annimmt und sich dadurch verhaßt macht.“¹²

Der als erster ND-Leiter eingesetzte Begus folgte Wächters Vorbild in dieser Frage der NS-internen Loyalität und ist ebenfalls der NSDAP sowie der SS zuzuordnen. Begus verfügte als studierter Jurist und jahrelanger Polizist darüber hinaus über weitreichende Netzwerke innerhalb des Polizei- und Justizapparats. Er legte gemeinsam mit dem stellvertretenden Leiter des NDs Fritz Thaler eine Kartei zur politischen Einstellung von Polizeikollegen an, die auch für das Werben um neue Informant:innen in Polizeikreisen hilfreich war. Ebenso nutzte er für diesen Zweck auch Bekanntschaften aus seiner Zeit als Soldat im Ersten Weltkrieg und als Mitglied im Bund Oberland, wo er Anfang der 1920er-Jahre unter anderem Bekanntschaft mit Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg schloss.¹³

Bereits wenige Monate nach der Gründung des NDs wurde Otto Begus im September 1933 der Weitergabe sensibler Polizeidokumente überführt.¹⁴ Nach

9 Bundesministerium für Inneres, Kriegsverbrecher Otto Wächter, 20.5.1946. WStLA, 2.7.1.4. - Gauakten (GA), VG 215_50 - Otto Wächter.

10 Christiane Rothländer, Die Anfänge der Wiener SS, Wien-Köln-Weimar 2012, 429.

11 Vgl. Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 2000, 423-424, 427.

12 Johann Donner zit. n. Rothländer, Anfänge, 435.

13 SS-Stammkarten-Abschrift Otto Begus, o. D. OeStA/AdR ZNsZ GA, 199.579 - Otto Begus.

14 An diesem Beispiel lässt sich auch die vor allem der behördlichen Verfolgung geschuldete hohe Fluktuation innerhalb der illegalen NS-Bewegung aufzeigen, die eine große Herausforderung für die historische Aufbereitung darstellt.

Verbüßen einer halbjährigen Haftstrafe gelang ihm die Flucht nach Deutschland, wo er von der Münchner Zweigstelle des NDs seine Tätigkeit wieder aufnahm.¹⁵ Die vakante Leiterposition im ND übernahmen interimistisch der stellvertretende Leiter Fritz Thaler sowie Otto Wächters rechte Hand Rudolf Pavlu.¹⁶ Fritz Thaler brachte als ausgebildeter Diplomat und einzige Person des Kernteams mit expliziter nachrichtendienstlicher Erfahrung - unter anderem hatte er 1928 die „Amerikanisch-Europäische Informations-Agentur“ (AMEIA) gegründet - Professionalität in die oft dilettantischen und improvisierten Strukturen der österreichischen NS-Bewegung. Er fungierte darüber hinaus als Kontaktmann des NDs zu deutschen NS-Institutionen und nachrichtendienstlichen Stellen.¹⁷ Seine Verbindungen erweiterten den Pool an potenziellen Informant:innen für den ND erheblich, wie später am Beispiel von Franz Haider noch ausgeführt wird. Nicht zuletzt verfügte er als Ernst Rüdiger Starhemberts ehemaliger Pressesprecher (während Starhemberts erstem kurzen Intermezzo als Minister im Herbst 1930) über gute Kontakte innerhalb der Heimwehr und war als früherer Jurist ebenfalls hervorragend in Polizei- und Justizkreisen vernetzt. Laut der Historikerin Christiane Rothländer waren es im Frühling 1934 genau diese Kontakte innerhalb der Polizeikräfte, die ihm nach erfolgter Verhaftung die Flucht aus dem Polizeigewahrsam und nach München ermöglichten.¹⁸ Thaler war von der Staatspolizei in die Bundes-Polizeidirektion am Schottenring überstellt worden, konnte dort jedoch während des Wartens auf seine Einvernahme, laut Polizeiakten „unter Aufsicht der [...] Wachebeamten“,¹⁹ fliehen. Das für Rothländer nicht zufällige Gelingen seiner Flucht stellt somit ein eindrückliches Beispiel der Unterwanderung der österreichischen Sicherheitskräfte durch die NS-Bewegung im Allgemeinen und diesen spezifischen Nachrichtendienst im Besonderen dar.

Nach Thalers Flucht nach Deutschland bestimmte Wächter im Frühling 1934 Otto Karl Bersch zum neuen Leiter des NDs. Dieser arbeitete als Buchhalter für den Waffenproduzent Steyr²⁰ und war somit in einer weniger sensiblen, aber für den ND dennoch hilfreichen Position tätig. Auch er war als ehemaliges Mitglied (1931/32) in Heimwehrkreisen vernetzt und Mitglied im Deutschen Klub.²¹ Unter Berschs Leitung erlebte der ND seine aktivste Phase, die dementsprechend auch am stärksten archivalischen Niederschlag fand.

15 Theo Habicht, Zeugnis Otto Begus, 9.4.1937. OeStA/AdR ZNsZ GA, 199.579 - Otto Begus.

16 Rothländer, Anfänge, 432.

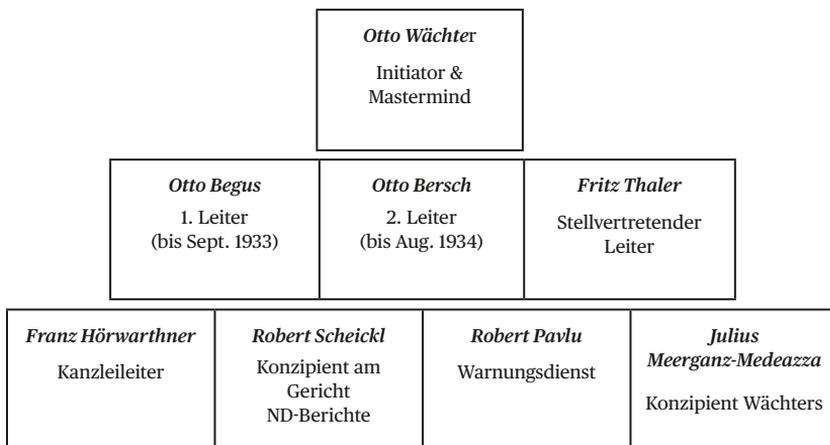
17 Ebd., 429; Niederschrift Zeugenaussage Franz Haider, 7.6.1934. WStLA, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34.

18 In München verstärkte er das dortige ND-Team um Begus. Rothländer, Anfänge, 430-431 und 433.

19 Meldung der Bundespolizeidirektion Wien, 15.12.1936, zit. n. Rothländer, Anfänge, 433.

20 Siehe auch: Tano Bojankins Artikel mit dem Titel „Das Netzwerk des Mandl-Konzerns“ in diesem Band.

21 Otto Bersch, Personalfragebogen NSDAP, 30.6.1938. OeStA/AdR ZNsZ GA, 343.264 - Otto Bersch.



Schematische Darstellung der Hierarchie des Nachrichtendienstes der österreichischen NSDAP-Landesleitung. | *Eigene Darstellung Tobias Röck*

Wie erwähnt war der Nachrichtendienst auf Betreiben Otto Wächters entstanden und der ambitionierte NS-Funktionär positionierte zwei seiner engsten Vertrauten in dessen Zentrum: Rudolf Pavlu und Julius Meerganz-Medeazza. Pavlu fungierte als Wächters Stabschef in der Landesleitung und war auch nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus ein treuer Begleiter Wächters bei seinen weiteren Positionen im besetzten Generalgouvernement. Von einer Sekretärin Wächters wurde er im Zuge dessen als „entsetzlicher Judenhasser“²² charakterisiert.

Julius Meerganz-Medeazza hingegen war ein ehemaliger Heimwehrlere und studierter Jurist: Nach mehreren Stellen an Tiroler Gerichten sowie dem Wiener Landesgericht für Strafsachen arbeitete er als Wächters Konzipient und fungierte oftmals als erste Ansprechstation für einen Kontakt mit Wächter. Weiters war er bis zum Parteiverbot der österreichische Direktor des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ) gewesen.²³

Robert Scheickl hingegen war federführend beim Verfassen der wöchentlichen Berichte des NDs, die entweder in seiner oder Berschs Wohnung oder aber in einer als Atelier getarnten Zweigstelle des NDs im vierten Wiener Gemeindebezirk verfasst wurden.²⁴ In diesen Berichten wurden die wichtigsten zusammengetragenen Informationen gebündelt und an die Mitglieder des

²² Zit. n. Sands, Rattenlinie, 125.

²³ Bundesministerium für Inneres, Abteilung 2, Erhebungen Julius Meerganz-Medeazza [sic], 22.4.1949. OeStA/AdR ZNSZ GA, 47 - Julius Meerganz-Medeazza.

²⁴ Landesgericht für Strafsachen Wien I, Zeugenvernehmung Franz Hörwarthner, 19.2.1935. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35.

NDs, die ND-Zweigstelle sowie die NSDAP-Landesleitung in München und Emigranten in Deutschland übermittelt. In einigen Fällen fanden Informationen des NDs auf diesem Weg auch Niederschlag in bayerischen Zeitungen.²⁵

Scheickl weist einen ganz ähnlichen Karriereweg wie Meerganz-Medeazza auf: Er war als Konzipient am Wiener Landesgericht für Strafsachen tätig und wurde im Juli 1933 der politischen Abteilung 26 zugeteilt. Die politischen Abteilungen waren Anfang 1933 vom austrofaschistischen Regime als juristisches Instrument zur Repression der Opposition neu eingerichtet worden.²⁶ In besagter Abteilung 26 arbeitete Scheickl direkt an Verfahren wegen „politischer Verfehlungen“ und somit an Prozessen gegen illegale Nationalsozialist:innen, aus denen er Dokumente an Verteidiger Wächter weiterleitete. Darüber hinaus war er im Reichsbund Deutscher Beamten (RDB) und ebenfalls Mitglied des Deutschen Klubs.²⁷

Das Kernteam wird komplettiert durch Franz Hörwarthner, der als Kanzleileiter des NDs fungierte. Durch seine langjährige Tätigkeit (1928-1933) als Bundesheersoldat war er ein wichtiges Bindeglied zwischen NS-Strukturen im Heer, wie etwa dem „Deutschen Soldatenbund“ oder der „Deutschen Wehr“ und dem ND.²⁸ Letzten Endes war es auch Hörwarthner, der das schrittweise Ende des NDs einleitete.²⁹

In den Tagen nach dem Juli-Putsch konnte die Polizei bei mehreren Hausdurchsuchungen eine Fülle an belastendem Material sicherstellen und mehrere zentrale Akteure des NDs verhaften. So wurde ND-Kanzleileiter Hörwarthner etwa im Zuge einer Hausdurchsuchung bei Hanns Blaschke, einem führenden NS-Funktionär und Putschisten, bereits direkt am Tag nach dem Juli-Putsch, also am 26. Juli 1934, festgenommen.³⁰ Trotz des sichergestellten Materials aus den Kreisen des NDs sah sich die Polizei bei dessen Bekämpfung

25 Landesgericht für Strafsachen Wien, Zeugenaussage Dr. Alois Tomek, Volksgericht am 28.11.1947. WStLA, Sammlung 2.7.1.4. - GA, VG 215_55 - Otto Bersch.

26 Karina Wächter, Politik und Strafjustiz in den Jahren 1933 und 1934 - Mit besonderer Berücksichtigung des Landesgerichtes für Strafsachen Wien I., Dipl. Arb., Universität Wien 2013, 96-103.

27 Landesgericht für Strafsachen Wien I, Urteil gegen Robert Scheickl, 25.6.1935. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35.

28 Mitteilung Bundes-Polizeidirektion in Wien, 11.1.1935. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35; Ida Hörwarthner, Gnadengesuch um Enthaltung ihres Gatten, Franz Hörwarthner, 15.7.1938. OeStA/AdR ZNsZ GA, 33.921 - Franz Hörwarthner.

29 Bauer, Hitlers zweiter Putsch. Dollfuß, die Nazis und der 25. Juli 1934, St. Pölten-Salzburg-Wien 2014, 16.; Landesgericht für Strafsachen Wien I, Zeugenvernehmung Franz Hörwarthner, 19.2.1935. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35. Offiziell aufgelöst wurde der ND am 31.7.1935, die österreichische Landesleitung war bereits im August 1934 formell aufgelöst worden. Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Werdegang Otto Begus, 23.9.1940. OeStA/AdR ZNsZ GA, 199.579 - Otto Begus.

30 Landesgericht für Strafsachen Wien I, Zeugenvernehmung Franz Hörwarthner, 19.2.1935. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35.

jedoch einem großen Problem gegenüber: der Entschlüsselung der Decknamen, die in sämtlicher ND-Korrespondenz verwendet wurden. Hörwarthner kooperierte mit der Polizei - mutmaßlich im Gegenzug für seine Enthaltung - und identifizierte für diese die Personen hinter den Decknamen, was zu einer Kettenreaktion an Verhaftungen führte.³¹ In Polizeiakten aus der NS-Zeit heißt es daher: „[d]ie Angaben des H[örwarthner] hätten in der Systemzeit zur Folge gehabt, dass die Polizei Mitglieder der Landesleitung und einen grossen Teil des Nachrichtendienstes der NSDAP verhaften konnte.“³²

Hörwarthners Kooperation³³ ermöglichte es so den ermittelnden Behörden insgesamt mehr als vierzig Personen aus dem Kreis des NDs und der NS-Bewegung zu verhaften³⁴ - darunter Begus, Bersch und Scheickl.³⁵ Dies versetzte dem ND einen schweren Schlag, von dem er sich bis zu seiner endgültigen offiziellen Auflösung cirka ein Jahr später nicht mehr erholte.³⁶

Vor allem in den Hochphasen seiner Aktivität in der ersten Jahreshälfte 1934 wurde dieses achtköpfige Kernteam des NDs von einem ausgedehnten Pool von Kurieren, Mittelspersonen und Informant:innen verstärkt und mit Informationen verschiedenster Provenienz versorgt. Christiane Rothländer charakterisiert das Ausmaß dieses Informant:innennetzwerks des NDs wie folgt: „Das von Wächter und seinen Mitarbeitern organisierte Spionagenetzwerk reichte im Sommer 1934 vom ehemaligen albanischen Honorarkonsul bis zum Wiener Lederhosenerzeuger.“³⁷

Insgesamt lassen sich in den konsultierten Archivquellen um die hundert Personen direkt mit dem Nachrichtendienst in Verbindung bringen, darunter eine einzige Frau: Maria Brandsteidl, von der später noch die Rede sein wird.³⁸ Es gilt hier aber festzuhalten, dass aufgrund des klandestinen Charak-

31 Landesgericht für Strafsachen Wien I, Zeugenvernehmung Dr. Franz Mayer, 4.3.1935. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35.

32 Staatspolizeileitstelle Wien, Vermerk Franz Hörwarthner, 5.7.1939. OeStA/AdR ZNSZ GA, 33.921 - Franz Hörwarthner.

33 In den Augen der Gestapo stellte seine Kooperation mit der Polizei einen „sehr schweren Fall von Parteiverrat“ dar, weswegen Hörwarthner am 15.3.1938, also nur drei Tage nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich, verhaftet und ins KZ Buchenwald deportiert wurde, das er aber Nachkriegsakten zufolge überlebt hat (siehe weitere Angaben im Namensregister). Staatspolizeileitstelle Wien, Vermerk Franz Hörwarthner, 9.3.1939. OeStA/AdR ZNSZ GA, 33.921 - Franz Hörwarthner.

34 Ebd.

35 Ebd.; Landesgericht für Strafsachen Wien I, Zeugenvernehmung Dr. Franz Mayer, 4.3.1935. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35.

36 Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Werdegang Otto Begus, 23.9.1940. OeStA/AdR ZNSZ GA, 199.579-Otto Begus; Jakob Stuchlik, *Der arische Ansatz. Erich Frauwallner und der Nationalsozialismus*, Wien 2009, 98.

37 Rothländer, *Anfänge*, 436.

38 Die Gründe für dieses starke (archivalische) Ungleichgewicht zu erörtern, würde hier den Rahmen sprengen - dieses stellt aber in jedem Fall ein interessantes Forschungsdesiderat dar.

ters der nachrichtendienstlichen Strukturen zweifelsohne nur ein geringer Teil der Personen des Netzwerks von den Behörden entdeckt wurde und so Eingang in die Archivquellen fand.³⁹ Wichtig ist dabei zu betonen, dass die Informant:innen in einem unterschiedlich intensiven Naheverhältnis zum Nationalsozialismus standen. Einige waren explizit Mitglieder diverser NS-Organisationen. Ein erheblicher Anteil war dies aber nicht oder gar Mitglied in anderen politischen und weltanschaulichen Bewegungen, die von der Christlichsozialen Partei über die Heimwehr und den Landbund bis hin zur katholischen Kirche reichten und damit auch zentrale Stützen des austrofaschistischen Regimes umfassten. Vor allem bei diesen nicht explizit nationalsozialistisch gesinnten Personen spielten gemeinsame Mitgliedschaften in antidemokratischen, rechtsextremen und paramilitärischen Organisationen wie Deutsche Wehr, Bund Oberland oder Deutscher Klub eine zentrale Rolle. Sie alle fungierten für die illegale NS-Bewegung als eine Art Türöffner in die Institutionen des austrofaschistischen Systems, vor allem in Exekutive, Judikative⁴⁰ und Verwaltung⁴¹.

Aktivitäten

a) Unterwanderung staatlicher Institutionen

Zu den Hauptaufgaben und -tätigkeiten des NDs zählte vor allem die Unterwanderung staatlicher Institutionen, insbesondere im Bereich der Judikative wie auch der Exekutive in Form der Sicherheitskräfte (Polizei, Gendarmerie, Bundesheer) und der Verwaltung (archivalisch belegt etwa für das Passamt⁴² und das Zolloberamt⁴³). Aus all diesen Institutionen sollte ein konstanter Informationsfluss hergestellt werden, um allem voran die Strafverfolgung von Nationalsozialist:innen präventiv zu verhindern oder Urteile zu mildern. Neben diesen beiden „Sicherheitsnetzen“ halfen etwa Kontakte im Passamt bei der Ausreise aus Österreich, sofern die Flucht vor Verhaftung notwendig wurde. Der zentrale Verbündete des NDs im Passamt war dabei dessen stellvertretender Leiter Benno Braitenberg. Dieser war ein alter Kampfgefährte

39 Das umfassende Erschließen weiterer Archivbestände würde zweifelsohne weitere Personen zutage fördern, die mit dem ND in Verbindung standen.

40 Siehe dazu auch Ilse Reiter-Zatloukals Artikel „Antisemitische Vernetzungen von Juristen in der Zwischenkriegszeit“ in diesem Band.

41 Blatnik, NS-Kommunikationsnetze, 135. Vgl. auch John Lauridsens Monografie, die sich detailliert diesem für den Aufstieg der NS-Bewegung in Österreich so wichtigen Milieu widmet. John T. Lauridsen, *Nazism and the Radical Right in Austria 1918 -1934*, Copenhagen 2007.

42 Landesgericht für Strafsachen Wien, Zeugenaussage Dr. Alois Tomek, Volksgericht am 28.11.1947. WStLA, Sammlung 2.7.1.4. - GA, VG 215_55 - Otto Bersch.

43 Bundespolizeidirektion Wien, Meldung Hausdurchsuchung und Anhaltung Robert Scheickl, 9.8.1934. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35.

von Otto Begus und versorgte Nationalsozialist:innen mit den für die Ausreise nach Deutschland notwendigen Dokumenten, den sogenannten Ausreiseseichtvermerken.⁴⁴

Zum übergeordneten Zweck der Haftverhinderung verfügte der Nachrichtendienst über weitverzweigte Netzwerke an Informant:innen unter den Polizeikräften. Zum einen war der erste Leiter des NDs, Otto Begus, wie erwähnt selbst Polizist in Wien, zum anderen wurden Kontakte zu bereits bestehenden NS-Zellen innerhalb der Polizei unterhalten⁴⁵ - wie etwa zur Gruppe „Gersthof II“ von Konrad Rotter. Diese umfasste am Höhepunkt ihrer Tätigkeit im Jahr 1933 über tausend mit dem Nationalsozialismus sympathisierende Wiener Polizisten.⁴⁶ Ein prominenter Informant des NDs war auch der frühere Leiter der Alarmabteilung der Sicherheitswache Leo Gotzmann, der wiederum über die Mitgliedschaft in der Burschenschaft Wiener Akademische Sängerschaft Ghibellinen mit dem Leiter der Staatspolizei Herbert Hedrich befreundet war.⁴⁷

Auf Basis von Informationen aus Polizeikreisen wurde vom Nachrichtendienst und vor allem von Rudolf Pavlu der sogenannte „Warnungsdienst“ eingerichtet. Dessen Zweck war es, Nationalsozialist:innen vor bevorstehenden Hausdurchsuchungen oder Verhaftungen zu warnen und so präventiv die Strafverfolgung zu verhindern wie auch Depots für Propagandamaterial bzw. Waffen und Sprengstoff vor der Aushebung zu bewahren.⁴⁸

Bis hoch in richterliche Kreise reichende Netzwerke in der Judikative wiederum sollten verhafteten Nationalsozialist:innen und ihren Anwälten⁴⁹ Informationen über den Kenntnisstand der Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften verschaffen, um so Urteile abwenden oder zumindest mildern zu können. Der Richter Johann Powalatz etwa, der brisanterweise auch die Verfahren gegen Scheickl und Bersch sowie Franz Haider, Gottfried Weinrich und Oskar Vogl führte,⁵⁰ war seit 1933 der Leiter der politischen Abteilung VI am Landesgericht für Strafsachen. Das hielt ihn jedoch ebenso wenig wie seine Mitgliedschaft in der Vaterländischen Front davon ab, ab 1934 an mehrere

44 Landesgericht für Strafsachen Wien, Zeugenaussage Dr. Alois Tomek, Volksgericht am 28.II.1947. WStLA, 2.7.1.4. - GA, VG 215_55 - Otto Bersch.

45 Bundes-Polizeidirektion in Wien, Scheickl Robert; Missbrauch der Amtsgewalt, 27.3.1935. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35.

46 Rothländer, Anfänge, 412 und 430, Fn. 1894.

47 Bauer, Hitlers zweiter Putsch, 9, 13 und 94; Rothländer, Anfänge, 431 und 436.

48 Ebd.; Blatnik, NS-Kommunikationsnetze, 161.

49 Allen voran Otto Wächter, der als Parteianwalt eine Vielzahl angeklagter Nationalsozialist:innen vertrat, wie auch Julius Meerganz-Medeazza, der als Rechtsberater der Wiener SA fungierte. Julius Meerganz-Medeazza, Eidesstattliche Erklärung, 15.6.1936. OeStA/AdR ZNsZ GA, 47 - Julius Meerganz-Medeazza.

50 Johann Powalatz, Lebenslauf Johann Powalatz, 28.5.1938. OeStA/AdR Justiz RJM PA - Powalatz Johann Dr.

NS-Organisationen zu spenden; u. a. an die NSDAP und die SS.⁵¹ Auf Vermittlung von ND-Informantin Maria Brandsteidl, verhandelte Powalatz, dessen Gerichtsschreiberin sie war, im Jahr 1935 als vorsitzender Richter im Verfahren abseits des Gerichtssaals gar direkt mit dem Angeklagten Robert Scheickl über dessen Urteil. Dies führte zu einer verhältnismäßig geringen Strafe von acht Monaten. Diese Haft wurde durch die Anrechnung der U-Haft-Zeiten noch weiter verkürzt, was die tatsächlich noch ausständige Haftdauer auf drei Monate herabsetzte.⁵² Nach der NS-Machtübernahme in Österreich beschrieb Powalatz seine richterliche Tätigkeit die Jahre zuvor demnach auch in eindeutigen Worten: „Ich habe als Vors[itzen]der in polit[ischen] Strafprozessen gegen Nationalsoz[ialisten] in nationalsoz[ialistischem] Sinne gearbeitet.“⁵³ Als Zeug:innen für die Richtigkeit dieser Angaben verweist er unter anderem auf Maria Brandsteidl und auf Robert Scheickl.⁵⁴

Neben der in diesem und weiteren Beispielen erfolgten Verkürzung der Haftzeiten für Mitglieder der NS-Bewegung übte die skizzierte Unterwanderung von Exekutive und Judikative zweifellos auch innerhalb der NS-Bewegung einen nicht zu unterschätzenden psychologischen Effekt aus, da für verhaftete oder als Zeug:innen vernommene Nationalsozialist:innen anzunehmen war, dass eine Kooperation mit den Behörden an die NS-Bewegung durchsickern würde.

b) Unterstützung des terroristischen Arms der NS-Bewegung

Diese Infiltrationsaktivitäten dienten also vor allem der Aufrechterhaltung der personellen, propagandistischen und militärischen Schlagkraft der illegalen NS-Bewegung und waren somit auch für den terroristischen Arm von erheblicher Bedeutung, da sie diesem halfen, - auch in der Illegalität und in Anbetracht von Behördenbemühungen, den NS-Terror einzudämmen -, den terroristischen Druck auf das austrofaschistische Regime aufrechtzuerhalten. Zusammen mit der Tausendmarksperrre von 29. Mai 1933 als schmerzhafte wirtschaftliche Sanktion gegenüber Österreich sollte die Regierung Dollfuß destabilisiert und zum Abdanken gezwungen werden. Noch direkter arbeitete der Nachrichtendienst dem terroristischen Arm im Bereich des Waffenschmuggels und der Militärspionage zu, wobei hier Verbände wie die Deutsche Wehr oder der Bund Oberland von zentraler Bedeutung waren.

51 Ebd.; Wolfgang Stadler, „... Juristisch bin ich nicht zu fassen.“ Die Verfahren des Volksgerichtes Wien gegen Richter und Staatsanwälte 1945-1955, Wien 2007, 345-346.

52 Maria Brandsteidl, Lebenslauf, o. D., pp. 2f. WSTLA, 2.3.14., Volksgerichtsverfahren, 1946, Vr 8121-46.

53 Reichsstatthalter, Fragebogen Johann Powalatz, 27.5.1938. OeStA/AdR Justiz RJM PA - Powalatz Johann Dr.

54 Ebd.; Johann Powalatz, Lebenslauf Johann Powalatz, 28.5.1938. OeStA/AdR Justiz RJM PA - Powalatz Johann Dr.

Netzwerke

a) Deutsche Wehr

Die Deutsche Wehr war ein kleines, paramilitärisches und nachrichtendienstliches Netzwerk, das gemäß Ermittlungen der Bundespolizeidirektion im Jahr 1924 unter dem Titel Deutscher Wehrtturnverband ins Leben gerufen wurde.⁵⁵ Unter dem harmloseren Deckmantel vermeintlicher Turnübungen entwickelte die Deutsche Wehr als rechtsextreme Zelle innerhalb des österreichischen Bundesheeres vor allem in Wien rege Aktivität. Insbesondere ab Anfang 1933 hatte es die NS-Bewegung zu einer ihrer Prioritäten auserkoren, innerhalb der österreichischen Armee derartige Zellen mit nationalsozialistischen Sympathisanten zu etablieren, um einen etwaigen Einsatz der Streitkräfte gegen die NS-Bewegung zu unterminieren.⁵⁶ Trotz wiederholter Gegensteuerungsversuche seitens der Regierung war diese Strategie von erheblichem Erfolg gekrönt und stellte bis zur letztendlichen NS-Machtübernahme im März 1938 einen kontinuierlichen Einfluss der NS-Bewegung auf das Bundesheer sowie einen beständigen Informationsfluss aus demselben sicher.

Die für den ND relevantesten Akteure innerhalb der Deutschen Wehr waren dabei der bereits erwähnte Oskar Vogl und Walter Leubuscher. Leubuscher war trainierter Pilot, hatte die österreichische Offiziersschule besucht und dadurch Zugang zu klassifizierten Informationen gehabt. So leitete er etwa Baupläne für Waffen, militärische Gebrauchsanweisungen und verschiedene interne Anweisungen an den ND weiter. Ab Herbst 1932 fungierte er auf Geheiß von Josef Fitzthum, einem Spitzenfunktionär der Wiener SS, außerdem als militärischer Ausbilder der Wiener SS⁵⁷ und stand gemäß Ermittlungen von März 1934 auch „mit dem Standartenführer der S.A. Standarte 11 in engster Fühlung und hat diesem reservate militärische Dienstbehelfe ‚Verhalten im Strassenkampf bei inneren Unruhen‘ übergeben, die er mit seinem Namen gefertigt hat“.⁵⁸

Die Ermittlungen der Bundespolizeidirektion ergaben weiters, dass Leubuscher bis Dezember 1932 die Heeresoffiziersschule in Enns besucht hatte und „anfangs 1933 deshalb aus dem Bundesheer entlassen [wurde], weil er Instruktionsmaterial und Behelfe den dortigen Beständen entnahm und den militanten Formationen der nat[ional]soz[ialistischen] Partei übergab“.⁵⁹

55 Bundes-Polizeidirektion in Wien, Haft Oskar Vogl, 27.2.1934. WStLA, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34.

56 Blatnik, NS-Kommunikationsnetze, 157-158; Francis Ludwig Carsten, *The First Austrian Republic 1918-1938. A Study based on British and Austrian Documents*, Aldershot 1986, 162-163 und 173.

57 Rothländer, Anfänge, 310 und 585.

58 Kriminalbezirksinspektor Alois Luggas, Erhebung Walter Leubuscher, 8.3.1934. WStLA, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34.

59 Ebd.

Unter seinen Informationen befanden sich etwa auch Zeichnungen und Beschreibungen eines neuen leichten Maschinengewehrs des Bundesheeres, zu denen er in der Offiziersschule Zugang hatte.

Durch Leibuschers hochrangige Rolle im österreichischen Bundesheer und seiner Tätigkeit für den ND erhielt sowohl die Wiener SS als auch Teile der SA Insiderinformationen zur Offiziers- und Pilotenausbildung, zur Bewaffnung und verschiedenen dienstlichen Vorgängen innerhalb der Armee sowie explizit auch Auskunft über das geplante militärische Vorgehen bei „inneren Unruhen“. Darüber hinaus hatte Leibuscher auch die militärische und organisatorische Leitung der nationalsozialistischen Terroroffensive im Frühsommer 1933 über, deren Folgen mehr als hundert Verletzte sowie vier Tote und mit 19. Juni 1933 das Verbot der NSDAP und ihrer Unterorganisationen in Österreich waren.⁶⁰ Nach Leibuschers Verhaftung revanchierte sich der ND für dessen Informationen, indem Robert Scheickl Dokumente aus dem Gericht schmuggelte und weiterleitete.⁶¹ An Leibuschers Beispiel zeigt sich somit eindrücklich die enge Verzahnung zwischen der Infiltration staatlicher Institutionen zur Informationsbeschaffung einerseits sowie dem terroristischen Arm und militärischen Zielen der NS-Bewegung andererseits.

Das Beispiel Oskar Vogls belegt wiederum, dass die Mitgliedschaft in mehreren antidemokratischen Organisationen keineswegs eine Seltenheit war und das persönliche Netzwerk umso mehr erweiterte. Vogl war zum einen Unteroffizier und Maschinengewehrinstrukteur der Deutschen Wehr und erhielt über diese Beziehungen Baupläne eines spezifischen Gewehres des Bundesheeres, die er an den ND weiterleitete.⁶² Zum anderen arbeitete er für eine Spionagegruppe rund um Franz Haider und Gottfried Weinrich, die er beide wiederum vom Bund Oberland kannte, wie im Folgekapitel weiter ausgeführt wird.⁶³

b) Bund Oberland

Dieser Bund war einer der vielen in den chaotischen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen paramilitärischen und rechtsextremen Verbände im deutschsprachigen Raum. Er war aus dem Freikorps Oberland hervorgegangen, das in den Aufständen in Oberschlesien (1919–1921) die polnischen

60 Bauer, Hitlers zweiter Putsch, 12–13. Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934, München 1976, 275–276; Rothländer, Anfänge, 332.

61 Landesgericht für Strafsachen Wien I, Urteil gegen Robert Scheickl, 25.6.1935. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35.

62 Landesgericht für Strafsachen Wien, Anklage gegen Franz Haider, Oskar Vogl und Gottfried Weinrich, 29.9.1934. WStLA, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34.

63 Ebd.; Zeugenaussage Oskar Vogl, 13.3.1934. WStLA, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34.

Bild online nicht verfügbar.

Ausschnitt aus dem Bericht über die Hausdurchsuchung bei Beatrix Weinrich am 2. März 1934.
| *WStLA*, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34

Sezessionsbestrebungen blutig bekämpfte. Der Bund rekrutierte sich stark aus Frontkämpfern aus dem Ersten Weltkrieg und war vor allem in Bayern präsent, erhielt aber auch Zulauf aus Österreich - wie etwa im Fall der bereits genannten, auf Informationen aus dem Bundesheer spezialisierten Gruppe um Haider, Weinrich und Vogl.⁶⁴

Haider war als professioneller Spion für die deutsche Reichswehr tätig und dort unter anderem Kollege des stellvertretenden ND-Leiters Fritz Thaler, der Haider's Bundesheer-Spionagezelle für den ND anwarb.⁶⁵ Einer der produktivsten Informanten der Gruppe war Rudolf Christoph, ein guter Freund Weinrichs, der als Infanterist beim Infanterieregiment Nr. 2 in der Breitenseer Kaserne in Wien stationiert war. Christoph übermittelte Weinrich nicht nur Pläne eines neuen Mörsers des Bundesheeres (Muster 33) inklusive des dazugehörigen Dienstbuches, sondern händigte ihm wahrscheinlich auch verschiedene Sprengmittel aus Armeebeständen aus, die bei einer Hausdurchsuchung bei Weinrichs Mutter aufgefunden wurden.⁶⁶

Im Zuge der Verhaftung von Weinrich wurde im Februar 1934 auch bei Haider eine Hausdurchsuchung durchgeführt, bei der „der Auszug aus einem Erlasse des Bundesministeriums für Heereswesen aus dem Jahre 1934 sowie der Auszug aus einem Regimentskommandobefehl vom Jänner 1934 vorgefunden wurden“,⁶⁷ sowie Pläne des neu entwickelten, erst 1933 in Dienst ge-

64 Zeugenaussage Oskar Vogl, 13.3.1934. *WStLA*, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34.

65 Franz Haider, Niederschrift Zeugenaussage Franz Haider, 7.6.1934. *WStLA*, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34.

66 Landesgericht für Strafsachen Wien I, An das Infanterieregiment Nr. 2, 18.7.1934; Revierinspektor Franz Hammerschmiedt, Zeugenaussage Beatrix Weinrich, 2.3.1934. *WStLA*, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34.

67 Bundes-Polizeidirektion in Wien, Schreiben an die Staatsanwaltschaft Wien I, Betreffs Weinrich Gottfried und andere, 23.2.1934. *WStLA*, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34.

stellten leichten Maschinengewehres Muster 30.⁶⁸ Das Netzwerk des Bundes Oberland um Haider hatte also Zugriff auf Informationen zu brandneuer militärischer Technologie des Bundesheeres und konnte diese an den ND und in weiterer Folge an reichsdeutsche Stellen weitergeben.

Auch das Trio Otto Begus, Ernst Starhemberg und Benno Braitenberg lernte sich im Bund Oberland kennen. Die gemeinsame Kampferfahrung in Oberschlesien - Begus war hierbei militärischer Vorgesetzter von Starhemberg - legte dabei den Grundstein für persönliche und berufliche Kontakte, die auch ein Jahrzehnt später noch bestanden: So machte Heimwehrführer Starhemberg, der im Laufe der Jahre immer wieder ambivalente Kontakte zur NS-Bewegung pflegte, ihn in seiner ersten Amtszeit als Minister im kurzlebigen Kabinett Vaugoin (September bis November 1930) zu seinem Adjutanten.⁶⁹ Begus spielte demnach vor allem auch als Verbindungsmann zur einflussreichen Heimwehr eine wesentliche Rolle für den ND und handelte im Gegenzug noch im Jahr 1933 NS-intern aus, dass Heimwehrführer Starhemberg im Falle einer NS-Machtübernahme verschont bliebe.⁷⁰ Benno Braitenberg hingegen hatte wie Begus ebenfalls eine Polizeikarriere eingeschlagen und war bis 1933 Polizeichef von Eisenstadt, ehe er wegen seiner bekannten Sympathien für den Nationalsozialismus nach Wien strafversetzt, dort aber dennoch stellvertretender Leiter des Passamtes wurde.⁷¹ Diese außerordentliche Blindheit der österreichischen Behörden war sogar für Braitenberg selbst verwunderlich: „Sonderbarerweise hatte man mir ein Referat zugeteilt, in dem ich viel helfen konnte: Ausreisesichtvermerke für Deutschland.“⁷²

Die österreichische Regierung hatte mit 1. Juni 1933 eine offizielle Bewilligung von Reisen nach Deutschland, sogenannte Ausreisesichtvermerke, verpflichtend gemacht.⁷³ Diese Regelung zielte vor allem darauf ab, dem regen nationalsozialistischen Schmuggel von Waffen, Propagandamaterial und Personen über die deutsch-österreichische Grenze Einhalt zu gebieten und so auch die Wellen an nationalsozialistischen Terroranschlägen zu bekämpfen,

68 Bundes-Polizeidirektion in Wien, Schreiben an die Staatsanwaltschaft Wien I, Betreffs Weinrich Gottfried und andere, 23.2.1934. WStLA, 2.3.4., 1934, Vr 1589_34.

69 Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Werdegang Otto Begus, 23.9.1940. OeStA/AdR ZNsZ GA, 199.579 - Otto Begus; Rothländer, Anfänge, 429, Fn. 1886 und 430, Fn. 1895.

70 Besondere Disziplinarkommission beim Bundeskanzleramt, Disziplinarsache Otto Begus, 30.10.1933. OeStA/AdR ZNsZ GA, 199.579 - Otto Begus.

71 Landesgericht für Strafsachen Wien, Zeugenaussage Dr. Alois Tomek, Volksgericht am 28.11.1947. WStLA, Sammlung 2.7.1.4. - GA, VG 215_55 - Otto Bersch.

72 Benno Braitenberg zit. n. Christiane Rothländer, 231.

73 Ilse Reiter-Zatloukal, Politische Radikalisierung, NS-Terrorismus und „innere Sicherheit“ in Österreich 1933-1938. Strafrecht, Polizei und Justiz als Instrumente des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes, in: Karl Härter/Beatrice de Graaf (Hg.), Vom Majestätsverbrechen zum Terrorismus. Politische Kriminalität, Recht, Justiz und Polizei zwischen Früher Neuzeit und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 2012, 271-319, 291.

die insbesondere im Frühjahr 1933 ihren ersten Höhepunkt erreicht hatten.⁷⁴ In seiner Funktion im Passamt konnte Braitenberg nun helfen, diese Bemühungen durch die Ausstellung von Ausreisesichtvermerken für gesuchte Nationalsozialist:innen oder NS-Kuriere (sowie durch die Weitergabe von Akten aus dem Passamt an den ND) zu unterlaufen.⁷⁵ Dies war für die NS-Bewegung vor allem in zweierlei Hinsicht nützlich: Zum einen verstärkte Braitenbergs Tätigkeit ein weiteres Sicherheitsnetz gegen Strafverfolgung, indem es gesuchten Nationalsozialist:innen die temporäre Ausreise und als letztes Mittel die dauerhafte Emigration nach Deutschland ermöglichte.⁷⁶ Zum anderen erleichterte es die Fortsetzung der Schmuggelaktivitäten und damit die Aufrechterhaltung des terroristischen Drucks auf die österreichische Regierung wie auch Bewaffnungsbemühungen in Vorbereitung des Juliputsches.

c) Deutscher Klub

Der Deutsche Klub „bildete ab den frühen 1930er-Jahren den einflussreichsten Treffpunkt für ‚betont nationale‘ Österreicher und für bürgerliche Nationalsozialisten“.⁷⁷ Nicht zufällig ist daher von drei der acht Personen des ND-Kernteam auch eine Mitgliedschaft im Deutschen Klub bestätigt: Wächter, Bersch und Scheickl.⁷⁸ Via dem Klub hatten ND-Mitglieder (hier vor allem in der Person von ND-Mastermind Otto Wächter) Zugang zu Kreisen der politischen, bürokratischen und wirtschaftlichen Elite des Landes, die weit über die dezidiert nationalsozialistische Zirkel hinausreichten - etwa ab 1934 zu Innenminister Robert Kerber vom Landbund, der Informationen aus Ministerratssitzungen weiterleitete.⁷⁹

Für den ND diente der Klub als Drehscheibe für nachrichtendienstliche Informationen. Für die NS-Bewegung war er generell als Treffpunkt führender Funktionäre und Juli-Putschisten essenziell.⁸⁰ Nach dem Putsch 1934 kon-

74 Garscha, Nationalsozialisten in Österreich, 104.

75 Landesgericht für Strafsachen Wien, Zeugenaussage Dr. Alois Tomek, Volksgericht am 28.II.1947. WStLA, 2.7.1.4. - GA, VG 215_55 - Otto Bersch.

76 Nicht zuletzt wurde das Sicherheitsnetz der Emigration auch von fast allen Mitgliedern des NDs früher oder später selbst in Anspruch genommen - so durch Thaler (Frühling 1934), Wächter (Juli 1934), Meerganz-Medeazza (August 1934), Bersch (April 1935) und Scheickl (September 1935), Begus gelang sogar zwei Mal unentdeckt die Ausreise (März 1934 und Februar 1935).

77 Linda Erker/Andreas Huber/Klaus Taschwer, Von der „Pflegestätte nationalsozialistischer Opposition“ zur „äußerst bedrohlichen Nebenregierung“. Der Deutsche Klub vor und nach dem „Anschluss“ 1938, in: Zeitgeschichte 2 (2017) 44, 78-97, 78.

78 Bundespolizeidirektion Wien, Teilabschrift der Niederschrift der Einvernahme von Robert Scheickl von 10.8.1934, 7.3.1935. WStLA, 2.3.4., 1935, Vr 343_35.

79 Andreas Huber, Rückkehr erwünscht. Im Nationalsozialismus aus „politischen“ Gründen vertriebene Lehrende der Universität Wien, Wien 2016, 94-96 und 140-141.

80 Bundespolizeidirektion Wien, Niederschrift der Einvernahme von Robert Scheickl, 17.8.1934; Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 135 und 257-258.

statierte die Presse daher zutreffend, „daß der Deutsche Klub mit [...] seiner Verschiedenheit an harmlosen, weniger harmlosen und ganz und gar nicht harmlosen Mitgliedern eine ausgezeichnete Tarnung für die Tätigkeit jener Verbrecher abgegeben hat, denen die Vorbereitung des infamen Mordes vom 25. Juli zur Last fällt.“⁸¹ Nach Scheitern des Putsches wurde der Deutsche Klub deshalb für einige Monate gesperrt, ehe der Rausschmiss besonders belasteter Mitglieder - beispielsweise Wächter, der die politische Leitung des Putsches inne gehabt hatte - eine Wiedereröffnung möglich machte.⁸²

Fazit

Die Darstellung der Arbeit des Nachrichtendienstes der NSDAP-Landesleitung zeigt verschiedene Facetten illegaler NS-Betätigung jener Zeit auf. Sie legt vor allem offen, wie die Arbeit der illegalen NS-Bewegung im Allgemeinen beziehungsweise dieser nachrichtendienstlichen Organisation im Speziellen auf dem vielschichtigen Netz an rechtsextremen und antidemokratischen Organisationen beruhte, das im Zentrum dieses Sammelbandes steht. Es wurde gezeigt, wie diese Netzwerke in ihrer Funktion als Austauschort zwischen rechtskonservativen und dezidiert nationalsozialistischen Kreisen einen idealen Nährboden für die klandestine Tätigkeit des NDs bildeten. Diesem wurden Personenkreise erschlossen, die teils weit über die Zirkel der NS-Bewegung und der explizit nationalsozialistisch gesinnten Personen hinausgingen.

Weiters wurde anhand mehrerer Beispiele aufgezeigt, wie derartige Organisationen vom ND für das Sammeln und die Weitergabe sensibler Informationen aus Kreisen des Militärs, der Exekutive oder der Judikative genutzt wurden. Vor allem auch durch teils jahr(zehnt)elang bestehende Kontakte über antidemokratische und paramilitärische Verbände wie dem Bund Oberland oder der Deutschen Wehr konnten einerseits sensible Militärgeheimnisse erlangt, gesammelt und weitergeleitet werden. Andererseits wurden durch Informant:innen im Zolloberamnt oder dem Passamt staatliche Maßnahmen gegen Waffenschmuggel und den regen nationalsozialistischen Personenverkehr zwischen Österreich und dem Deutschen Reich unterlaufen.

Dieser spezifische Nachrichtendienst der Landesleitung demonstriert damit, wie eben jenes Netzwerk demokratiefeindlicher Gruppierungen auch eine wesentliche Voraussetzung für die sukzessive Unterwanderung des österreichischen Staates durch nationalsozialistische Kräfte war.

81 Sturm über Österreich vom 10. Februar 1935, zit. n. Ebd., 140-141.

82 Ebd., 136-140; Bruce Pauley, *Hitler and the Forgotten Nazis*, Chapel Hill 1981, 129. Siehe dazu auch Andreas Hubers Artikel mit dem Titel „Kornblume und Hakenkreuz. Die Mitglieder des Deutschen Klubs 1908 bis 1939“ in diesem Band.

Gunnar Mertz

Der Alpenverein und die illegale NSDAP in Österreich 1933 bis 1938

Ein Nährboden nationalsozialistischer Agitation

Der Deutsche und Österreichische Alpenverein (DÖAV) gilt in der historischen Literatur als prominentes und gut dokumentiertes Beispiel antisemitischer Ausschlussmechanismen durch sogenannte „Arierparagraphen“ im österreichischen Vereinswesen. Nach Jahrzehnten des Miteinanders wurden Jüdinnen und Juden ausgegrenzt und zunächst in die 1921 gegründete Sektion Donauland gedrängt, die 1924 dann zur Gänze aus dem Dachverband ausgeschlossen und 1938 aufgelöst wurde.¹ Für die Zeit der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur finden sich in der Literatur viele mehr oder weniger verstreute Hinweise zur Infiltration von legalen Institutionen durch die illegale NS-Bewegung, teils schon vor dem Juliputsch 1934, in noch stärkerem Ausmaß in der späteren Periode.² Häufig finden sich darunter auch Hinweise auf den DÖAV als NS-Tarnorganisation. Kurt Bauer etwa beschrieb den Verein in seiner Arbeit zum Juliputsch 1934 als Beispiel einer „organisatorischen Plattform für den illegalen Kampf“.³ Als ein weiterer Literaturbeleg sei die Gesamtdarstellung über den Sport im nationalsozialistischen Österreich von Matthias Marschik erwähnt, der im Verein einen „primären Ankerpunkt“ der österreichischen Hitlerjugend bis 1938 sah.⁴

Johanna Gehmacher zeigte für die illegale Hitlerjugend (HJ), dass der organisatorische Fortbestand nach dem Parteiverbot durch zwei miteinander verbundene Strategien der Nationalsozialist:innen ermöglicht wurde: Die Tarnung im deutschnationalen Milieu sowie die von den „Bündischen“ übernom-

1 Vgl. die Literaturangaben Bernhard Hachleitner, Arierparagraphen und andere Ausschlussmechanismen, in: Bernhard Hachleitner/Matthias Marschik/Georg Spitaler (Hg.), Sportfunktionäre und jüdische Differenz. Zwischen Anerkennung und Antisemitismus - Wien 1918 bis 1938, Berlin-Boston 2018, 23-46.

2 Vgl. Hans Schafranek, Österreichische Nationalsozialisten in der Illegalität 1933-1938, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime 1933-1938: Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien 2013, 105-137, 130.

3 Kurt Bauer, Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Wien 2003, 24.

4 Matthias Marschik, Sportdiktatur: Bewegungskulturen im nationalsozialistischen Österreich, Wien 2008, 38.

mene Organisationsform des Freizeitlagers und der Rückzug in die Natur.⁵ Vor diesem Hintergrund werden hier erstmals Verbindungen des DÖAV zur illegalen NSDAP systematisch analysiert. Es wird untersucht, inwieweit der Verein Ziel und Mittel von NS-Betätigung wurde sowie eine Mobilisierungs-, Tarn- und Agitationsplattform für die NS-Bewegung in Österreich vor 1938 darstellte. Zuerst werden die Organisationsstruktur aufgezeigt und die österreichischen Mitglieder des Hauptausschusses der Jahre 1934 bis 1938 biografisch untersucht. Eine Untersuchung der Mitglieder des bis 1934 tätigen Ausschusses erfolgt aus forschungspragmatischen Gründen an dieser Stelle nicht. In Folge wird die NS-Betätigung auf Ebene einer einzelnen in Terrorismus involvierten Sektion sowie auf Ebene der Nachwuchsarbeit im intersektionalen und regionalen Vergleich analysiert und abschließend zusammenfassend periodisiert.

Die Organisations- und Mitgliederstruktur

Der DÖAV entstand 1874 aus dem Zusammenschluss der bis dahin unabhängigen Alpenvereine in Deutschland und Österreich und wurde mit vorwiegend wissenschaftlichen Zielen zur Erforschung der Alpen gegründet. Noch vor der Jahrhundertwende verstärkte er sein Engagement in der Schaffung und Erhaltung touristischer Infrastruktur, vor allem im Weg- und Hüttenbau. Er war ein Verband von vereinsrechtlich selbstständigen Sektionen, deren Anzahl in den 1930er-Jahren bei etwa 100 in Österreich und 300 in Deutschland lag. Alle fünf Jahre wechselte der Vereinssitz zwischen den beiden Staaten. Die Vereinsorgane waren die jährliche Hauptversammlung, der zweimal pro Jahr tagende Haupt- und der regelmäßig tagende Verwaltungsausschuss. Der Hauptausschuss bestand aus vier Vorsitzenden und bis zu 32 für fünf Jahre gewählte Mitglieder. Aus dessen am Vereinssitz wohnhaften Mitgliedern bildete sich der Verwaltungsausschuss, der die laufenden Geschäfte besorgte. Für die Vertretung nach außen waren der Erste Vorsitzende oder seine Stellvertreter verantwortlich, die je zur Hälfte aus Österreich und Deutschland kamen.⁶ Nach dem turnusmäßigen Wechsel des Vereinssitzes nach Stuttgart wurden die österreichischen Sektionen von 1934 bis 1938 vom nationalsozialistischen Deutschland aus verwaltet.

Organisatorisch weiter strukturiert waren die Sektionen durch ange-schlossene Gruppen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten, oftmals starkem Eigenleben und geringer Bindung an den Hauptverein: Ski-abteilungen, Paddler-, Naturkunde-, Jugendgruppen und weitere Schwerpunkte. Außerdem fanden sich Gruppen mit unterschiedlicher ideologischer

5 Johanna Gehmacher, *Jugend ohne Zukunft: Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938*, Wien 1994, 316.

6 Vgl. Satzungen des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins (Fassung 1930).

Ausrichtung im DÖAV zusammen, etwa in Wien eine Gruppe der Christlich-deutschen Turnerschaft und eine weitere vom Reichsbund der katholischen deutschen Jugend Österreichs neben nationalsozialistisch ausgerichteten Sektionen. In der Sektion Germanen mit Sitz in Wien beispielsweise tarnte sich laut einem österreichischen Polizeivermerk der Bund der Reichsdeutschen, in dessen wöchentlichen Gasthausrunden „Mitteilungen über die Arbeit der Wiener illegalen Bewegung gemacht“ und die Verbindung zur Gauleitung der NSDAP gehalten werde.⁷

Der Mitgliederstand in Österreich sank von 97.666 Ende 1933 bis Ende 1937 um etwa 10 %, wobei die Zuwächse in den Bundesländern den Rückgang bei den Wiener Sektionen nicht ausgleichen konnten.⁸ Mit immer noch rund 51.000 Mitgliedern in Wien war der DÖAV 1937 mehr als zwölf Mal so groß wie der Deutsche Turnerbund.⁹ Weibliche Obleute existierten nicht. Österreichweit betrug der Frauenanteil im DÖAV aber immerhin knapp 32%.¹⁰ Angaben zu NS-Anteilen von Vorständen und Mitgliedern sind nur in Regionalstudien einzelner Sektionen möglich, deren Ergebnisse oftmals schwer vergleichbar sind. Laurenz Krisch zeigte, dass die Sektion Bad Gastein auch jüdische Mitglieder hatte, sich aber von den zwischen 1930 und 1934 tätigen 24 Vereinsfunktionären und Mitgliedern der alpinen Rettungsmannschaft 17 nach dem Parteiverbot als illegale Nationalsozialisten zu erkennen gaben, die sich „besonders aktiv für die Bewegung betätigten“.¹¹ Michael Kasper zeigte für den DÖAV im Montafon, dass sich unter 72 Schrunser:innen, die zwischen 1938 und 1945 Angehörige des DÖAV waren, 33 NSDAP-Mitglieder befanden. Die Illegalen schlüsselt Kasper allerdings nicht auf.¹²

Hauptausschuss 1934 bis 1938

Dem Stuttgarter Hauptausschuss der Jahre 1934 bis 1938 gehörten insgesamt 18 Österreicher an. Das aus diesen 18 Funktionären gebildete Sample wird

7 Bundespolizeidirektion (BPDion) Wien, Vereinsbüro, Aktenvermerk, 29.2.1936, ÖStA, AdR, BPDion Wien, VB, XIV 64/15.

8 Vgl. DÖAV Bestandsverzeichnisse 1934 und 1938.

9 Vgl. Magistratsabteilung für Statistik der Stadt Wien (Hg.), Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1937 (Neue Folge, 4. Bd.), 226.

10 Vgl. Martin Achraimer/Nicholas Mailänder, Der Verein, in: Deutscher Alpenverein/Österreichischer Alpenverein/Alpenverein Südtirol (=DAV/ÖAV/AVS, Hg.), Berg heil!: Alpenverein und Bergsteigen 1918-1945, Wien-Köln-Weimar 2011, 193-318, 206.

11 Laurenz Krisch, Zersprengt die Dollfußketten. Die Entwicklung des Nationalsozialismus in Bad Gastein bis 1938, Wien-Köln-Weimar 2003, 177-178.

12 Vgl. Michael Kasper, Edelweiß und Hakenkreuz? Alpinismus und Nationalsozialismus im ländlichen Raum, in: Edith Hessenberger/Andreas Rudigier/Peter Strasser/Bruno Winkler (Hg.), Menschen & Berge im Montafon. Eine faszinierende Welt zwischen Lust und Last, Schruns 2009, 117-146.

für die biografische Untersuchung in drei Gruppen eingeteilt:¹³ Zehn „Alte Kämpfer“ und illegale Nationalsozialisten mit Parteintritten vor oder nach dem NSDAP-Verbot, fünf Funktionäre, die erst nach dem „Anschluss“ in die NSDAP oder einen ihrer Wehrverbände eintraten und zuletzt drei Funktionäre ohne Parteianbindung. Die Österreicher im Ausschuss setzten sich vorwiegend aus Beamten, zwei Rechtsanwälten, zwei Kaufleuten und einem Tischlermeister zusammen. In der regionalen Verteilung ist ein Überhang von Wiener Mitgliedern feststellbar. Der Bildungsgrad im Ausschuss war höher als unter den Sektionsvorsitzenden. Während mehr als die Hälfte der österreichischen Hauptausschussmitglieder einen Dokortitel hatte, waren unter den Sektionsvorsitzenden nur 20 % promoviert.¹⁴ Der österreichische Teil des Gremiums war stark mit Nationalsozialisten sowie NS-Kollaborateuren durchsetzt und von 18 Österreichern engagierten sich 15 früher oder später für die NSDAP oder einen ihrer Wehrverbände. Unter ihnen fanden sich zehn „Alte Kämpfer“ und illegale Nationalsozialisten. Zur Gruppe von nur drei Funktionären ohne Parteibindung gehörte mit dem Dornbirner Kaufmann August Dreher auch ein offenbar der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur nahestehender Funktionär. Er stellte nach dem „Anschluss“ aus nationalsozialistischer Perspektive eine „außerordentliche Belastung“ dar und musste sein Mandat zurücklegen.¹⁵ Das Gremium war daher österreichischerseits nicht ein reines „Austronazi“-Netzwerk, auch wenn es zweifelsohne bereits wesentlich von Nationalsozialisten dominiert war.

In Folge wird auf den ersten Vorsitzenden Raimund Klebelsberg und die Gruppe der zehn illegalen Nationalsozialisten eingegangen. Der „freiheitlich Großdeutsche“ Geologieprofessor und 1933/34 Rektor der Universität Innsbruck Klebelsberg trat erst 1941 der NSDAP bei, galt nach dem Universitätshistoriker Peter Goller jedoch bereits vor 1938 im „Netzwerk von nazistischen Dozenten“ der Universität Innsbruck als „Kollaborateur“.¹⁶ Mit dem DÖAV beschritt Klebelsberg eine Gratwanderung zwischen NS-Kollaboration und Schutz des Vereins vor der drohenden Auflösung. In der Periode der Einbeziehung der „nationalen Opposition“ nach dem Juliabkommen bestellte ihn die Vaterländische Front zum Volkspolitischen Referenten von Tirol. Nach seiner Zusage trat er das Amt aber nicht an. Sein Rückzug soll jedoch nicht wie in der Presse kolportiert an der Nichterfüllung von Klebelsbergs

13 Vgl. DAV/ÖAV/AVS, Berg heil, 578.

14 Vgl. DÖAV Bestandsverzeichnis 1935.

15 Fussenegger an VA, 19.4.1938, AÖAV, ZV 4.19.

16 Peter Goller, Die politische Lage an der Universität Innsbruck 1933/34-1938-1945/1950, in: Johannes Koll (Hg.), „Säuberungen“ an österreichischen Hochschulen 1934-1945, Wien-Köln-Weimar 2017, 365-404, 371.

Forderung nach einem „Arierparagraphen“ in der Vaterländischen Front gelegen haben,¹⁷ sondern am Umstand, dass die nationalsozialistischen Kreise Tirols so stark gegen die „Verständigungsarbeit“ eingestellt gewesen seien.¹⁸ Obwohl Klebelsberg die NSDAP-Mitgliedsnummer 6.296.196 aus dem für Altparteigenossen reservierten Nummernblock erhielt, wird er hier auf Grund des späten Parteieintrittes im Jahr 1941 nicht in die Gruppe der Illegalen aufgenommen.¹⁹

Zur Gruppe der zehn illegalen Nationalsozialisten gehörten die Mittdreißiger Ludwig Obersteiner aus Graz und Rudolf Schwarzgruber aus Wien, die bei einem Durchschnittsalter der Funktionäre von 52 Jahren die Jüngsten im Ausschuss waren. Schwarzgruber trat 1931 der NSDAP bei und war damit der längst gediente Parteigenosse im Ausschuss.²⁰ Nach einer gemeinsamen Kaukasus-Expedition von Obersteiner und Schwarzgruber trat auch Obersteiner 1936 der Partei bei.²¹ Die weiteren illegalen Parteigenossen kamen mit Ausnahme von zwei Innsbruckern aus Wien und Umgebung. Sie traten zu unterschiedlichen Zeiten der NSDAP bei: Georg Liedeck, Abteilungsleiter einer Vertriebsgesellschaft und Vertreter der Sektion Touristenklub im Jahr 1932,²² der Tischlermeister Heinz Irmeler²³ sowie der Magistratsbeamte und spätere Präsidialvorstand des Wiener NS-Bürgermeisters Otto Schutovits 1935.²⁴ Der Jurist und Bundesbahnbeamte Ernst Hanausek aus Baden bei Wien war der Öffentlichkeit durch seine Lichtbildvorträge zu alpinen Themen bekannt. Die Bundesbahn führte nach dem Parteiverbot gegen ihn ein Disziplinarverfahren wegen seines Eintretens für die NSDAP, die ihn 1938 als Illegalen anerkannte.²⁵ Zudem sind in diese Gruppe die Innsbrucker Juristen Anton Tschon und Josef Prochaska einzureihen. Tschon brachten österreichische Sicherheitsbehörden im Jänner 1937 mit der illegalen NSDAP in Verbindung.²⁶ Die

17 *Die Stimme*, 26.11.1937, 3.

18 Niederschrift der zweiten Tagung der volkspolitischen Landesreferenten, Wien, 20.12.1937, ÖStA, AdR BKA BKA-I Parteiarchive VF Gensekt 514-1-320 K 99.

19 Vgl. NSDAP-Reichsschatzmeister an Gauschatzmeister der Gauleitung Tirol-Vorarlberg, 11.6.1941, BArch, R/9361-II/523175.

20 Peter Autengruber/Birgit Nemeč/Oliver Rathkolb/Florian Wenninger, *Umstrittene Wiener Straßennamen. Ein kritisches Lesebuch*, Wien 2014, 226.

21 Meldeblatt, 28.6.1945, Stadtarchiv Graz, NS-Registrierung Ludwig Obersteiner.

22 Vgl. Meldeblatt, 16.7.1945, Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), NS-Registrierung Georg Liedeck.

23 Vgl. Fragebogen Nr. 34, Erhebungsergebnis der BPDion Wien, 23.9.1947, WStLA, Gauakt (GA) 178.446.

24 Vgl. Schutovits an Reschny, 24.10.1938, WStLA, GA 160.815.

25 Vgl. NSDAP Kreispersonalamt Baden, Beurteilung, 14.2.1939, ÖStA, AdR, GA 38.202.

26 Vgl. Andreas Praher, *Österreichs Skisport im Nationalsozialismus. Anpassung - Verfolgung - Kollaboration*, Berlin-Boston 2022, 131 und 215.

NS-Betätigung von Tschon in der Verbotszeit dürfte nach dem „Anschluss“ für die Zuteilung einer Mitgliedsnummer aus dem für Altparteigenossen vorgesehenen Block aber nicht ausgereicht haben.²⁷ Prochaska hingegen erhielt die für Nationalsozialisten begehrte Anerkennung als Illegaler.²⁸

Der Funktionär Viktor Hinterberger ist ein Beispiel für die Funktion illegaler Netzwerke im DÖAV zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen hüttenbesitzender Sektion in der Stadt und dem alpinen Raum. Der Wiener Hinterberger war unter anderem Mitglied im Deutschen Klub, einem einflussreichen pro-nationalsozialistischen Elitennetzwerk.²⁹ Im Zuge der Anerkennung der illegalen Tätigkeit nach 1938 beschrieb Hinterberger seine nationalsozialistisch ausgerichteten Personalentscheidungen als Hüttenwart. Er habe dafür gesorgt, dass die von ihm betreuten Hütten nur an Nationalsozialisten und eine Nationalsozialistin verpachtet wurden. Die aus nationalsozialistischer Perspektive positive Wirkung dieser Handlungen habe sich etwa gezeigt, als der von Hinterberger eingesetzte Pächter des Hochweißsteinhauses im Karnischen Hauptkamm (Kärnten) Juliputschisten zur Flucht über die Grenze nach Italien verholphen habe.³⁰

Die Mitgliedschaften des als wesentlicher NS-Wegbereiter im DÖAV geltenden Eduard Pichl erkannte die NSDAP mit 1937, die SA erst mit 1938 an.³¹ Die Wahl des exponierten Pichls in den Hauptausschuss 1936 stellte in der halblegalen Phase der NS-Betätigung nach dem Juliabkommen ein Signal dar. Bereits unmittelbar nach der „Machtergreifung“ in Deutschland 1933 hatte Pichls Sektion Austria zum Missfallen des österreichischen Regimes einen Antrag auf Satzungsänderungen für den Gesamtverein eingebracht, in dem unter anderem die erst 1938 umgesetzte Umbenennung auf Deutscher Alpenverein und die Einführung des „Arierparagraphens“ gefordert wurden.³² Im Zuge der Zwangseingliederung der Sektionen in die Österreichische Turn- und Sportfront des autoritären Regimes entsandte der Verein 1935 Pichl als Verhandler mit der Regierung. Da er sich offen gegen die Eingliederung aussprach, setzte ihn der Führer der Turn- und Sportfront Ernst Rüdiger Starhemberg ab und Pichl kam nicht mehr als Verhandlungspartner in Frage. Ihn ersetzte Otto Schutovits. Es handelt sich dabei um den einzigen

27 Vgl. Amtlicher Vermerk, 8.8.1947, Meldeblatt 1946, Stadtarchiv Innsbruck (StAI), NS-Registrierung Anton Tschon.

28 Vgl. Karteivormerkung, 29.5.1946, Meldeblatt 1946, StAI, NS-Registrierung Josef Prochaska.

29 Vgl. Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, *Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg*, Wien 2020.

30 Vgl. Hinterberger an Ortsgruppe Währing, 9.5.1938, an Ortsgruppe Mitterberg, 2.3.1941, an Hess, 16.2.1941, BAArch, R/9361-II/414805.

31 Vgl. BPDion Wien, Karteikarte, WStLA, GA 79.774.

32 Vgl. DÖAV Hauptausschuss, Sitzung vom 13./14.5.1933.

bekanntem personalpolitischen Eingriff der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur in die Führung des Gesamtvereins, auch wenn Pichl in dieser Funktion nicht einmal ein formelles Amt innehatte.³³ Wohl durch seine zwischenstaatliche Organisationsstruktur geschützt, erhielt der DÖAV auch keinen Kommissar der autoritären Regierung, wie ihn etwa der Deutsche Turnerbund oder der Österreichische Skiverband als Überwachungsmaßnahme erhielten.

Nicht mehr zu den österreichischen Mitgliedern zu zählen, aber zu erwähnen ist der radikale Nationalsozialist Fritz Rigele, der 1933 von Österreich nach Berlin flüchtete und deutscher Staatsbürger wurde. Er hatte 1912 die Schwester von Hermann Göring, Olga Therese Sophie Göring, geheiratet und war Bevollmächtigter für den DÖAV der österreichischen NSDAP-Landesleitung.³⁴ Als wesentliche Verbindungsperson zur NSDAP und den Regierungsstellen in Deutschland wurde er 1937 in den Hauptausschuss bestellt. Er hatte bis zu seinem Unfalltod im selben Jahr die Leitung des „Reichsdeutschen Sektionentages“ über, einer Verwaltungseinrichtung zur weiteren nationalsozialistischen Ausrichtung der deutschen Sektionen.³⁵ Bis Mitte der 1920er-Jahre war Rigele Vorsitzender der Sektion Saalfelden, die im Zentrum des nächsten Kapitels steht.

Die Sektion Saalfelden und der Schmuggel im Steinernen Meer

Die ab Sommer 1933 in Bayern aufgestellte Österreichische Legion unterhielt im deutsch-österreichischen Grenzgebiet in dem auf deutschem Staatsgebiet gelegenen Funtenseehaus (Kärlingerhaus) der Sektion Berchtesgaden ein Depot für den Schmuggel von Waffen, Munition, Sprengmittel und Propagandamaterial von Bayern nach Salzburg. Über das auf österreichischem Gebiet gelegene, aber der deutschen Sektion Ingolstadt gehörende Riemannhaus brachten erfahrene Bergsteiger:innen das Material ins Tal, wo es verteilt in verschiedenen Depots für bewaffnete Aktionen bereitstand.³⁶ Den österreichischen Sicherheitsbehörden war diese wichtige NS-Nachschublinie bekannt. Die Regierung nutzte die Verhaftung der Mechanikergehilfen Richard Gruber und August Ebner, die am 20. Mai 1934 mit Sprengmittel und Propagandamaterial in ihren Rucksäcken vom Funtenseehaus kommend aufgegriffen wurden, zur diplomatischen Intervention in Deutschland. Politisch konnte die Dollfuß-Diktatur aber den Umtrieben der Legionäre im Grenzgebiet wenig

33 Vgl. DÖAV Verwaltungsausschuss, Sitzungen vom 27.1.1935 und 3.4.1935.

34 Vgl. Hüffner an Rigele, 30.1.1934, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), R 73527.

35 DAV/ÖAV/AVS, Berg heil, 572.

36 Vgl. Hans Schafranek, Söldner für den „Anschluss“. Die Österreichische Legion 1933-1938, Wien 2010, 119-121; Literatur zum Depot bei Michael E. Holzmann, „... und steht die Legion auf dem ihr zugewies'nen Posten“. Die Österreichische Legion als Instrument früher NS-Aggressionspolitik, Berlin 2018, 302.

entgegensetzen. Mehrere österreichische Interventionen im Berliner Außenamt blieben auch nach der Aufdeckung der Schmuggeltransporte erfolglos.³⁷

Eine wesentliche Stütze dieser NS-Nachschublinie waren Funktionäre und Mitglieder der Sektion Saalfelden. Der Vorstand war mit Nationalsozialisten durchsetzt: Der Tierarzt Albert Kaltenegger und der Schlossermeister sowie illegale Ortsgruppenleiter Robert Hilzensauer als Vorsitzende und der spätere NS-Bürgermeister von Saalfelden, der Gastwirt und Buchhalter Hans Großlercher, als Kassier.³⁸ Der in der Sektion aktive Bergführer Georg Fuchslechner bewirtschaftete mit seiner Frau Magdalena das Riemann- und das nahegelegene Ingolstädterhaus. Nach seiner Flucht aus Österreich im August 1933 in Folge des Parteiverbotes der NSDAP schloss er sich der Legion an, operierte als Unterführer im Hochplateau des Steinernen Meeres (Salzburg, Bayern) und überschritt für Attentate sowie andere Aktionen immer wieder die Grenze. Obwohl seine Frau und er die Wirtschaftsbefugnis für die Hütten verloren, agierte Fuchslechner weiter als Ansprechpartner auf deutscher Seite.³⁹ Von österreichischer Seite waren bei den umfangreichen Schmuggeltransporten Josef Aberger und Bruno Hagn führend. Vor allem Letzterer hatte durch seine Tätigkeit als Wegewart der Sektion besondere Kenntnisse der oftmals in der Nacht bewältigten Schmuggelrouten. Sie rekrutierten noch weitere Mitglieder als Träger und transportierten von Februar bis Ende Juli 1934 große Mengen von Waffen, Sprengmittel und Propagandamaterial. Der zweite Obmann, der Schlossermeister Hilzensauer, fertigte zur Aufbewahrung der Sprengmittel Blechkisten an. Durch einen Hinweis flogen mehrere Trägergruppen auf. Alleine in den bei Hagn versteckten Kisten fand die Gendarmerie Anfang August 1934 drei Maschinenpistolen, 24 Pistolen und Revolver, elf scharf adjustierte Handgranaten sowie große Mengen an Munition und Sprengkörpern. Aberger und Hagn wurden noch im August nach dem Sprengstoffgesetz zum Tod verurteilt, aber von Bundespräsident Wilhelm Miklas zu Haftstrafen begnadigt.⁴⁰ Die NS-Involvierung der Sektion und die aus ihrer Sicht dadurch hervorgerufene schwierige Lage nach den Aufdeckungen der Schmuggeltransporte verdeutlicht ein Bericht des ersten Obmannes Kaltenegger an den Hauptausschuss in Stuttgart. Er beklagte darin nicht nur die

37 Vgl. Notiz, 14.6.1934, Zl. 373/Pol, ÖStA, AdR, BKA-AA, Generalkonsulat Berlin, Ktn. 18.

38 Vgl. Salzburger Chronik für Stadt und Land, 26.11.1934, 6; *Salzburger Tagblatt* 26.2.1946, 5 und 25.10.1946, 6.

39 Vgl. Hütten-Standblätter, AÖAV, HÜW 2.264, 2.265; Maximilian Oswald, SA-Standartenführer Johann Mathoi, in: Thomas Albrich (Hg.), *Die Täter des Judenpogroms 1938 in Innsbruck*, Innsbruck-Wien 2016, 164-169; Praher, *Skisport*, 149-151.

40 Vgl. Gendarmeriepostenkommando Saalfelden an Bezirkshauptmannschaft Zell/See, 2.8.1934, E-Nr-Sp.f.Nr. 48, Salzburger Landesarchiv, LG Salzburg, Vr 1671/34; *Innsbrucker Nachrichten*, 17.8.1934, 9-10, 18.8.1934, 3 und 20.8.1934, 3.

Bild online nicht verfügbar.

Das Kärlingerhaus am Funtensee (auch Funtenseehaus genannt) der DÖAV-Sektion Berchtesgaden liegt auf 1638 Meter Seehöhe in Bayern. Das Foto stammt vom 1. September 1933. | *Archiv des Österreichischen Alpenvereins*

beiden bereits ausgesprochenen Todesurteile für Aberger und Hagn, sondern auch, dass er selbst neun Wochen inhaftiert, der zweite Obmann Hilzensauer seit drei Monaten in Untersuchungshaft und der Kassier Großlercher acht Monate interniert und nach dem Juliputsch mehrere Wochen in Haft gewesen sei. Weiters beklagte er, dass gegen mehrere Mitglieder wegen der Schmuggeltransporte noch Untersuchungen liefen und ihnen die Todesstrafe drohe.⁴¹

Im Zusammenhang mit dem Schmuggel vom Funtenseehaus ergingen 1934/1935 in mehreren Strafverfahren zumindest 26 Todesurteile, die in Haftstrafen umgewandelt wurden, weitere Verurteilungen zu Haftstrafen, aber auch ein Freispruch.⁴² Trotz der bekannten NS-Verbindungen und Verhaftungen in der Zeit der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur konnte sich die oberste Vereinsführung der Sektion Saalfelden im Amt halten. Die Sektion Ingolstadt setzte 1935 den Bergführer Hans Haggenmüller auf der Hütte ein, der „oben gut angeschrieben“ gewesen sei.⁴³ Er wurde aber aus der Sektion Saalfelden

41 Vgl. Sektion Saalfelden an HA des DuÖAV, 22.10.1934, Abschrift, PAAA, R 73527.

42 Vgl. *Salzburger Volksblatt*, 5.9.1934, 1-2, 21.9.1934, 4, 10.1.1935, 6, 2.3.1935, 13 und 18.6.1935, 9; *Kleine Volks-Zeitung*, 2.6.1935, 10.

43 Hackel an VA, 8.6.1937, AÖAV, ZV 4.13.

ausgeschlossen, weil er oder seine Frau angeblich die Salzburger Sicherheitsdirektion auf die nationalsozialistische Haltung der Sektion aufmerksam gemacht und ihre Auflösung betrieben habe. Zwischen den beiden Sektionen kam es zum Streit wegen des „Spitzels“ und Fragen zu Wegbauten. Es ergab sich, so das Salzburger Hauptausschussmitglied Heinrich Hackel, das seltsame Verhältnis, dass die österreichische Sektion nationalsozialistisch, die reichsdeutsche aber „vaterländisch“ erschien.⁴⁴

Jugendgruppen

Die Mobilisierungswirkung der DÖAV-Jugendarbeit für die NS-Bewegung kann nicht unterschätzt werden. Die einflussreichen Tiroler BDM-Führerinnen, die Schwestern Mignon, traten 1934 der NSDAP bei. Herta Mignon beschrieb 1946 ihre Hinwendung zur NSDAP über den DÖAV: Sie sei „vom Turnkurs der Hochschule als Jugendführerin im Alpenverein eingesetzt“ worden und habe dort viele Menschen kennengelernt, „die sich gleich uns Studentinnen mit der damals drohenden Arbeitslosigkeit auseinandersetzen und ihre Behebung und einen Weg aus dieser Not nur in einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland sahen“.⁴⁵ Der Innsbrucker HJ-Führer Willi Holzknecht war Jungmannschaftsmitglied der Sektion Innsbruck und wurde, wie auch Waltraud Mignon, vom DÖAV finanziell unterstützt. Zumindest in Tirol waren laut einer illegalen BDM-Führerin die nationalsozialistisch orientierten Jugendlichen zwar durchwegs Mitglieder im DÖAV, der als Tarnorganisation für den BDM aber nicht unbedingt nötig war, da die BDM-Gruppen weiterhin großteils als eigenständige Gruppen in der Illegalität zusammenhielten.⁴⁶

Wie bei den Sektionen war auch das Personal in der DÖAV-Jugendarbeit politisch heterogen. Der Turnlehrer am Innsbrucker Bundes- und Realgymnasium Martin Busch blieb bis 1938 Leiter der Landesstelle für Alpines Jugendwandern des DÖAV in Tirol. Er arbeitete der Schuschnigg-Diktatur als Ortsgruppenleiter der Vaterländischen Front, unterstützendes Mitglied der Ostmärkischen Sturmsharen und Landesjugendführer des Österreichischen Jungvolkes zu.⁴⁷ Eine zahlenmäßig mehr oder weniger bedeutende Jugendarbeit des DÖAV war ab Mitte der 1930er Jahre vorwiegend ein österreichisches

44 Hackel an VA, 8.6.1937, AÖAV, ZV 4.13.

45 Claudia Rauchegger-Fischer, „Sind wir eigentlich schuldig geworden?“. Lebensgeschichtliche Erzählungen von Tiroler Frauen der Bund-Deutscher-Mädel-Generation, Innsbruck-Wien-Bözen 2018, 106.

46 Vgl. Gebhard Bendler, Alpinismus ... eine spezifisch deutsche Kunst? Deutschnationalismus und Antisemitismus in den Innsbrucker Bergsteigervereinen 1869-1938, Dipl. Arb., Universität Innsbruck 2009, 113-114.

47 Vgl. Martin Achrain, Martin Busch. Alpenvereinsvorsitzender von 1953 bis 1957, in: Bergauf (2013) 1, 46-48.

Phänomen. Die reichsdeutschen Jugendgruppen hatten Ende 1937 2.398, die österreichischen Sektionen hingegen 8.660 weibliche und männliche Mitglieder. Ein Zuwachs erfolgte in den Landeshauptstädten, besonders in Graz, aber mit der Ausnahme Innsbruck.⁴⁸ Unter der Führung des seit Juli 1933 der NSDAP angehörenden Medizinstudenten Wolf Zimek wurde in Graz die HJ ab Herbst 1935 in die DÖAV-Jugendgruppen integriert. Nach dem Juliabkommen führte sie ihre Skirennen ganz offiziell unter Kontrolle der Gendarmerie als DÖAV-Jugendrennen durch. Ungefähr 60% der Grazer BDM-Angehörigen sollen nach dem Parteiverbot dem DÖAV beigetreten sein, die anderen blieben „Gäste“.⁴⁹ Von den etwa 600 zu gleichen Teilen männlichen und weiblichen Jugendgruppenmitgliedern sollen nach Zimek 98% der HJ angehört haben.⁵⁰ Diese möglicherweise geschönten Zahlenangaben aus der Zeit nach dem „Anschluss“ sind mit Vorsicht zu betrachten. Jedenfalls hatte die Grazer Jugendgruppe ohne „Gäste“ Ende 1937 nachweislich 421 gemeldete Mitglieder.⁵¹

Das im Zuge der Forschungsarbeiten erschlossene Archiv der Sektion Gebirgsverein bot die Grundlage für die strukturierte Untersuchung der illegalen NS-Aktivitäten in dieser Sektion. Auf den Sturzhahnwäldern der Sektion im Toten Gebirge (Steiermark) fand bereits im Winter 1933/34 das erste illegale BDM-Schulungslager des Gaues Alpenland-West (Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg) des BDM statt.⁵² Unter den in den Vereinschroniken dokumentierten Jugendgruppen konnten in Verbindung mit der Überlieferung von NS-Organisationen jeweils eine getarnte BDM- und eine SA-Gruppierung sowie vier HJ-Kameradschaften festgestellt werden. Von den elf Wiener Jugendgruppen der Sektion im Jahr 1937 waren somit mehr als die Hälfte nationalsozialistisch infiltriert.⁵³ Erfolgreich etablierten sich gleich in der Phase zwischen Parteiverbot 1933 und Juliputsch 1934 die Medizinstudentin Adolfine Niessner und ihre Schwester Paula Niessner mit ihrer BDM-Gruppe. Sie tarnten sich als neu gegründete Gilde Deutsche Freischar. Mit bis zu 25 jungen Frauen führten sie wöchentliche Heimabende, Sonntagsfahrten und

48 Vgl. DÖAV Bestandsverzeichnisse 1934-1938.

49 Vgl. Kärntner Landesarchiv, BH Hermagor Sch. 159, NS-Registrierung Wolf Zimek; Illegale Hitlerjugend im Alpenverein, in: *Nachrichten des Zweiges Graz-St.G.V des Deutschen Alpenvereins* 16 (1938) 3.

50 Vgl. Zimek an Gallian, 6.5.1938, abgedruckt in: *Mitteilungen der Bundesleitung des Touristenvereins die „Naturfreunde“*, Beilage zu *Naturfreund* 41 (1948) 10-12, 6.

51 Vgl. DÖAV Bestandsverzeichnis 1938, 27.

52 Vgl. Herta Weber-Stumfohl, Ostmarkmädel. Ein Erlebnisbuch aus den Anfangsjahren und der illegalen Kampfzeit des BDM in der Ostmark, Berlin 1939, 72.

53 Vgl. im folgenden Abschnitt, wenn nicht anders angeführt, die Jahresberichte der ÖGV Jugendgruppen, 7 Bände, Wien 1932-1938 (unveröffentlichte Manuskripte), Archiv des Österreichischen Gebirgsvereins (AÖGV).

mehrere Lager durch, die bereits Luftschutzkurse im Programm hatten.⁵⁴ 1934 infiltrierte der Gründer und ehemalige Führer der HJ von Wien-Hietzing, Rene Maruna, mittlerweile SA-Mitglied, die Führung der Gilde Jungdeutscher-Wanderbund. Die Gruppierung bestand fast nur aus Mitgliedern des Deutschen Turnerbundes und hatte daher ohnehin eine Nähe zur SA. Obwohl die Untergruppen organisatorisch nach Geschlecht getrennt geführt waren, hielten sie manche ihrer Veranstaltungen gemeinsam ab.

Die ab 1934 als Gilde Ullr getarnte HJ-Kameradschaft zeigt, dass die Tarnung mit Wissen der Vereinsführung vollzogen wurde. Der Kameradschaftsführer Gerhard Schutovits⁵⁵ war der Sohn des erwähnten Hauptauschussmitgliedes und Sektionsvorsitzenden Otto Schutovtis. Das auch durch Zeitungsmeldungen dokumentierte Beispiel zeigt zudem die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen bei der Tarnung. Während die Kameradschaftsführer ihre Weisungen zwei Mal pro Woche in „Führerschulungskursen“ von dem in Potsdam ausgebildeten Bannführer Ludwig Figl im Vereinshaus der Alpenvereinssektion erhalten haben sollen, hätten Exerzierübungen in den Räumlichkeiten des Jugendbundes stattgefunden. Die Führerschulungskurse flogen Anfang 1935 auf und der Bannführer musste flüchten.⁵⁶

Für die getarnten Gruppen verliefen die Aufdeckungen hingegen glimpflich, da Warnungen eingelangt waren. Kameradschaftsführer Maruna und die Niessner-Schwester traten in den Hintergrund und scheinen in den Verzeichnissen nicht mehr auf. Paula Niessner konnte mit mehr als 20 Mädchen und jungen Frauen zwischen zwölf und 21 Jahren bereits ein Jahr später unter neuem Namen getarnt zurückkehren. Auch für die Sektion hatte die Aufdeckung keine Konsequenzen. Im Gegenteil, es kamen noch drei weitere getarnte HJ-Kameradschaften hinzu. Für die Führung von 24 Hitlerjungen im Alter von 17 bis 18 Jahren in zwei Kameradschaften der Gilde Heimatland erhielten Robert Altenaichinger und Ernst Dotti von der Sektion finanzielle Unterstützung und von der NSDAP 1941 das goldene HJ-Ehrenzeichen.⁵⁷ Ebenso tarnte ab 1937 der HJ-Führer Heinrich Brixi seine Kameradschaft als Gilde Dachstein. Laut der Vereinschronik soll auch er nach einer Anzeige gewarnt worden sein, so dass die polizeiliche Untersuchung ergebnislos verlief. Zumindest ab diesem Zeitpunkt habe die Polizei der Chronik zufolge

54 Vgl. Beitritts-Erklärung zur Hochschulgemeinschaft Deutscher Frauen, 23.5.1938, BArch, R/9361-II/761213.

55 Vgl. Personalfragebogen Gerhard Schutovits, 30.5.1938, ÖStA, AdR, GA 167.810.

56 Telegraf, 9.2.1935, 1-2, 11.2.1935, 1; Josef Moser, Ein Stückerl vom einstigen großen Leid aller Deutschen in Österreich, in: Der Gebirgsfreund 49 (1938) 6, 67.

57 Vgl. BPDion Wien, Dienstzettel, 10.6.1949, ÖStA, AdR, GA 261.337 (Dotti); BPDion Wien, Niederschrift mit Altenaichinger, 6.9.1948, WStLA, Volksgericht Wien, Vg 12a Vr 4317/46.

Bild online nicht verfügbar.

Donaufahrt der Gilde Jungdeutscher Wanderbund nach Hainburg, Gruppenfoto vor dem Haidentor in Petronell vom 24. Juni 1934. | *Archiv des Österreichischen Gebirgsvereins*

die Heimabende überwacht.⁵⁸ Zur zweitgrößten Wiener Jugendgruppe der Sektion Touristenklub sei hier nur angemerkt, dass 1937 ihr siebenwöchiges Sommerlager für Mädchen im Alter von zwölf bis 16 Jahren identisch mit dem polizeilich aufgedeckten BDM-Lager auf der Ursprungalm (Steiermark) war.⁵⁹

Jungmann- und Bergsteigerinnenschaften sowie weitere Gruppierungen

Die erste Jungmannschaft im DÖAV für junge männliche Erwachsene gründete Eduard Pichl Ende 1921 in der Sektion Austria, um, so Pichl, mit jungen Bergsteigern den „völkischen Wehrgedanken zu pflegen“.⁶⁰ Aus ihr rekrutierte Pichl die ersten Mitglieder für seinen 1923 gegründeten Deutschen Wehrtturnverband, der sich 1927 in Deutsche Wehr umbenannte und im Abzeichen ein Hakenkreuz enthielt. Dieser Wehrverband lieferte, wie 1947 ein Polizei-

58 Vgl. Die Tätigkeit der Jugendgruppe im Jahre 1938 (unveröffentlichtes Manuskript), Wien 1938, AÖGV.

59 Vgl. Jugendgruppe, in: Österreichische Touristen-Zeitung 57 (1937) 5, 42; Weber-Stumfohl, Ostmarkmädel, 194.

60 DÖAV. Austria Bergsteigerschaft. Zum zehnjährigen Bestand, Wien 1932, 6.

bericht im Zuge der Strafverfolgung Pichls anmerkte, „den Grundstock für die später gegründete SA und SS“. ⁶¹ Die Deutsche Wehr wurde 1934 behördlich aufgelöst. Die Jungmannschaft führte Pichl als Austria Bergsteigerschaft im DÖAV weiter. Laut Erhebungen der Polizei nach dem Juliputsch 1934 sei die Austria Bergsteigerschaft „nationalsozialistisch durchseucht“, die Mitglieder seien SA-Führer sowie zwei Mitglieder in die RAVAG- und Bundeskanzleramtsprozesse verwickelt. ⁶²

So wie bei den Jugendgruppen wiesen die Jungmannschaften vor allem in Österreich die größten Mitgliederstärken auf. Dies dürfte an der Konkurrenz durch NS-Organisationen in Deutschland gelegen haben. In Österreich verdoppelte sich zwischen 1933 und 1938 die Anzahl der Jungmannschaften auf 43 und der Mitgliederstand verfünffachte sich auf 5.548. ⁶³ Die Führerin des illegalen BDM, Herta Weber-Stumfohl bemerkte, dass besonders der Jungmannschaft „fast durchwegs“ SA-, SS- und HJ-Mitglieder angehört hätten. ⁶⁴ Die mit 2.500 Mitgliedern größte und ab 1936 wegen des starken Mitgliederzuwachses in mehreren Kameradschaften organisierte Jungmannschaft hatte die Sektion Gebirgsverein. Ihr Führer war der illegale NSDAP- und NSKK-Angehörige Eduard Bruckner. ⁶⁵ In einem Interventionsschreiben hieß es 1940, er habe genau gewusst, dass „seine ihm anvertrauten Jungens illegale Arbeit leisteten ohne ihnen Schwierigkeiten zu machen“. ⁶⁶ Sein Stellvertreter war der noch besser in der NS-Bewegung vernetzte Paul Slupetzky aus Wien-Döbling, der vom NS-Blockwart zum Bezirksschatzmeister, Bezirksleiter und dann zum illegalen Kreisleiter aufstieg und neben dem Alpenverein Verbindung zur Politischen Organisation, der SA, dem Turnverein Döbling und der illegalen NS-Presse hatte. ⁶⁷

Die zweitgrößte Jungmannschaft mit 659 Mitgliedern im Jahr 1937 hatte die Sektion Touristenklub. Sie wurde 1936 reorganisiert und erhielt als neuen Führer den seit 1930 in der SA tätigen Otto Motzke. Er habe 1937 „aus den Leuten die Schar des SA-Sturmes 24/24“ gegründet, bevor er 1937 in die SS

61 Vgl. BPDion Wien, Abt. 1 an Staatsanwaltschaft Wien, 10.5.1947, Zl. I/JB, 3478/46, Oberösterreichisches Landesarchiv, LG Linz, Vr 10 Vg 1944/48; vgl auch WStLA, Gelöschte Vereine, 953/1924 und die biografische Angaben bei Christiane Rothländer, Die Anfänge der Wiener SS, Wien-Köln-Weimar 2012, 96, 430, 582, 586, 594, 603 und 605.

62 BPDion Wien, Vereinsbüro, Aktenvermerk, 13. und 14.8.1934, ÖStA, AdR, BPDion Wien, VB, XIV 64/13.

63 Vgl. DÖAV Bestandsverzeichnisse 1934 und 1938.

64 Weber-Stumfohl, Ostmarkmädel, 61.

65 Vgl. Von unserer Jungmannschaft, in: Gebirgsfreund 44 (1933) 3, 64.

66 Slupetzky an Personalamt der Ortsgruppe Döblerhof, 29.1.1940, WStLA, GA 281.937.

67 Vgl. Fragebogen Slupetzky, 26.8.1938, ebd.; Hans Bleyer-Härtl, Ringen um Reich und Recht. Zwei Jahrzehnte politischer Anwalt in Österreich, Wien 1939, 141.

übertrat, führte Motzke nach dem „Anschluss“ aus und rühmte sich unter anderem mit verbotenen Hissungen von Hakenkreuzfahnen.⁶⁸ Eine der spektakulärsten durch Kletter:innen ausgeführten Aktionen dieser Art in Wien war die Anbringung einer Vorrichtung auf dem Nordturm der Votivkirche in der Nacht auf den 1. Mai 1935. Sie entrollte für die Feierlichkeiten der Vaterländischen Front am nächsten Tag automatisiert eine acht Meter große Hakenkreuzfahne.⁶⁹

Als Pendant zur Organisationsform Jungmannschaft für die über 18-jährigen Frauen installierte die NS-Bewegung und die Sektion Gebirgsverein 1935 eine als Bergsteigerinnenschaft arbeitende NS-Gruppierung. Ihre Leiterin, Herta Völk, war seit Oktober 1933 Parteigenossin und beschrieb ihre NS-Aktivitäten mit dem Schmuggel von Propagandaschriften, Geld- und Sachspenden für die NSDAP, der „Erziehung der Mädels im NS-Sinne“, der „Verbreitung des NS Gedankengutes“ und der „Pflege der NS Lieder“ als Leiterin der Bergsteigerinnenschaft. Nach dem „Anschluss“ würdigte die NSDAP sie als „Alten Kämpfer“ der Ostmark und sie avancierte zur Ortsfrauenschaftsleiterin in Wien-Michelbeuern.⁷⁰

Auch in Vorarlberg reorganisierten sich ab Sommer 1935 die HJ und der BDM in der Jungmannschaft. Die Organisationen waren nach Harald Walser „praktisch identisch“.⁷¹ HJ-Führer Hans Österle und BDM-Führerin Grete Emmich nutzten den Verein zur Mitgliedermobilisierung und seine Infrastruktur sowie Veranstaltungen zur NS-Agitation.⁷² Die Infiltration des DÖAV und somit der Wandel von DÖAV- zu NS-Gruppierungen blieb nicht auf einzelne Sektionen und die Nachwuchsarbeit beschränkt. Zur Tarnung einer „SA-Reserve“ musste etwa die Alpine Rettungsstelle des DÖAV in Bad Gasstein erhalten.⁷³ Ab April 1937 lag die Schulungsführung der SA-Obergruppe Österreich in der Hand von Bergsteigern, die sich aus Studienzeiten und der Akademischen Sektion Wien kannten: Edgar Traugott, SA-Sturmabteilführer und Schulungsführer der SA-Obergruppe Österreich; sein Stellvertreter in dieser Position, SA-Sturmabteilführer Hugo Rößner und SA-Oberscharführ-

68 Lebenslauf, 27.4.1939, BArch, R/9361/III/134450.

69 Vgl. Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, Lagebericht Mai 1935, G.D. 336.279-St.B., ÖStA, AdR, Zeitgeschichtliche Sammlung, Mappe 37; Kleine Volks-Zeitung, 22.10.1935, 9 und 12.11.1935, 11.

70 Zentralbesoldungsamt, Pensionsstelle an Registrierungsbehörde, 16.3.1949, WStLA, NS-Registrierung Herta Völk.

71 Harald Walser, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938 (Materialien zur Arbeiterbewegung), Wien 1983, 142; vgl. auch Gehmacher, Jugend, 363.

72 Vgl. das umfangreiche Material im Vorarlberger Landesarchiv, LG Feldkirch, Vr 70/1936 und Prs. 208/1936; Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Zl. 397.721/36 und Zl. 315.646, ÖStA, AdR, BKA.

73 Krisch, Dollfußketten, 178.

rer Meinhart Sild. Nach der Verhaftung von Sild im November 1937 arbeitete Rössner im Untergrund weiter. Traugott stellte den Organisationsapparat von der obersten SA-Führung bis zu den einzelnen Stürmen auf. Er leitete zum Jahreswechsel 1937/38 das erste gesamte illegale SA-Lager in einer Hütte der Sektion Touristenklub auf der Grebenzenalm in den steirischen Bergen.⁷⁴

Zusammenfassung und Periodisierung

Für die zusammenfassende Strukturierung werden die dargelegten empirischen Erkenntnisse abschließend in das von Johanna Gehmacher beschriebene Dreiphasenmodell der illegalen NS-Betätigung eingepasst.⁷⁵ Die Involvierung von Teilen des DÖAV in der ersten Phase bis zum Juliputsch, die nach Gehmacher durch nationalsozialistischen Terror und offene Agitation mit massiver deutscher Unterstützung gekennzeichnet war, belegt der Schmuggel von Waffen und Sprengstoffen von Deutschland nach Österreich durch Mitglieder und Funktionäre der Sektion Saalfelden. Der diktatorische Repressionsapparat ging nach dem Juliputsch mit zahlreichen Todesurteilen hart gegen die Täter vor. Als offene NS-Agitation kann Pichls Versuch der Nazifizierung des DÖAV durch Satzungsänderungen und Umbenennung in Deutscher Alpenverein 1933 gewertet werden. Die zweite Phase kennzeichnete eine konspirative Reorganisation und Kaderschulung, die nach Gehmacher in eine neue Radikalisierung bis zum Frühjahr 1936 mündete. Der Beitrag von DÖAV-Sektionen zeigte sich durch die Reorganisation von HJ-, BDM-, sowie SA-Gruppen und durch die Führerschulung mit in Deutschland ausgebildetem Personal innerhalb der DÖAV-Nachwuchsarbeit. Nationalsozialist:innen wurden Führungspositionen im DÖAV überlassen und mit dem Konzept der Bergsteigerinnenschaft eine neue Organisationsform eingeführt, die zur Tarnung genutzt wurde. Die letzte Phase setzte nach dem Juliabkommen 1936 ein, in dessen geheimen „Gentlemen Agreement“ übrigens besonders dem DÖAV im Reiseverkehr eine bevorzugte Behandlung zugesprochen wurde. Im Zentrum stand eine teilweise legalisierte Breitenpropaganda, die an der versuchten Anbindung des Volkspolitischen Referates in Tirol an den DÖAV-Vorsitzenden erkennbar ist und die Position des Vereins in der „nationalen Opposition“ verdeutlicht. Ein pro-nationalsozialistisches Signal des Vereins war 1937 die Berufung des stark exponierten Eduard Pichl

74 Vgl. Staatspolizeiliches Büro, Situationsbericht, 4.12.1937, 9.00 Uhr, ÖStA, AdR, BKA BKA-I SL GdföS Stapo SB; Lebenslauf Traugott, 22.9.1938, WStLA, GA 226.807; Lebenslauf Rößner, 26.9.1938, WStLA, GA 286.768; Personalfragebogen Sild, 10.6.1938, ÖStA, AdR, GA 239.328; Hugo Rößner, Das Lager, in: Edgar Traugott (Hg.), Kämpfergeschichten, 2. Aufl., Brunn-Wien-Leipzig 1940, 58-61, 58.

75 Vgl. Gehmacher, Jugend, 303.

in den Hauptausschuss. In der letzten Phase von Gehmachers Periodisierung war die verstärkte Unterwanderung legaler Organisationen durch die NS-Bewegung ein weiteres Merkmal. Sie zeigt sich insbesondere in der Nachwuchsarbeit des DÖAV durch neu aufgestellte Gruppierungen oder an identischen Veranstaltungen von Jugendgruppen und Jungmannschaften des DÖAV mit der HJ und dem BDM. Die Periodisierung der empirischen Erkenntnisse lässt den Schluss zu, dass Teile des DÖAV in allen drei Phasen des NSDAP-Verbotese der NS-Bewegung eine Plattform boten. Zu NS-Engagement kam es sowohl genuin durch die Vereinsarbeit selbst als auch durch Infiltration von außen. Der DÖAV kann daher in der Zeit von 1933 bis 1938 als Mobilisierungs- und Agitationsplattform der illegalen NS-Bewegung betrachtet werden.

Tano Bojankin

Das Netzwerk des Mandl-Konzerns

*Unterwanderung und Destabilisierung demokratischer Staaten
durch einen Rüstungskonzern*

Wichtige Aspekte beim Aufkommen von Faschismus und Nationalsozialismus in der Zwischenkriegszeit waren die Finanzierung dieser Bewegungen sowie die Ausstattung der damals noch nichtstaatlichen Akteure mit Waffen und Munition. Strukturen und Kooperationen, die schon vor dem Ersten Weltkrieg zwischen Militär, Rüstungsindustrie und Politik entstanden sind, wurden dabei genutzt und ausgebaut. Ein zentraler Player war der Hirtenberger-Mandl-Konzern. Der Beitrag soll die wichtigsten Knotenpunkte dieses internationalen Netzwerks skizzieren.

Die Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg

a) Die Hirtenberger Patronenfabrik

Die Hirtenberger Patronenfabrik wurde 1860 im gleichnamigen Ort in Niederösterreich von Serafin Keller (1823–1882) gegründet.¹ 1887 stieg die Familie Mandl, die schon zuvor in der Munitionsproduktion und im Getreidehandel aktiv war, in das Unternehmen ein und es wurde in die Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik Keller & Compagnie“ umbenannt.² Es folgte eine rasante Expansion. 1895 beteiligte sich die k. k. privilegierte österreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, 1897 erfolgte die Umwandlung in die Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik Aktiengesellschaft (im folgenden „Hirtenberger“ genannt).³ 1899 erfolgte der Börsengang des Unternehmens.⁴ Die Creditanstalt wurde Hauptaktionärin. Seit 1899 gab es ein Zweigwerk in Ungarisch-Altenburg (Ma-

1 Zur Geschichte der Hirtenberger Patronenfabrik ausführlich: Tano Bojankin, *Profite und Patronen: Fritz Mandl - der Kanonenkönig der Zwischenkriegszeit*, in: Andrea Winklbauer (Hg.), *Lady Bluetooth - Hedy Lamarr*, Wien 2019, 100–115, 101–103; Josef Mötz, *Hirtenberger AG. Die ersten 150 Jahre. Festschrift anlässlich des Firmenjubiläums 2010*.

2 *Amtsblatt zur Wiener Zeitung*, 15.10.1887, Nr. 236, 554. Zur Familie Mandl ausführlich: Marie-Theres Arnbohm, Friedmann, Gutmann, Lieben, Mandl und Strakosch. *Fünf Familienporträts aus Wien vor 1938*, Wien-Köln 2002, 19–62, sowie Georg Gaugusch, *Wer einmal war. Das jüdische Großbürgertum Wiens 1800–1938*, Bd. 2: L-R, Wien 2016, 2067.

3 *Amtsblatt zur Wiener Zeitung*, 24.8.1897, Nr. 193, 273.

4 *Der Tresor*, 17.12.1896, Bd. XXXIII, Nr. 1284; *Compass 1901, Finanzielles Jahrbuch Österreich*, 782.

gyaróvár).⁵ Die wichtigsten Exportregionen waren Lateinamerika, der Nahe Osten, Ostasien und diverse europäische Staaten, vor allem am Balkan, die über keine eigene leistungsfähige Waffen- und Munitionsindustrie verfügten. Aufgrund ihrer hohen Fertigungskapazitäten bekam die Hirtenberger auch Großaufträge aus dem Deutschen Reich.⁶

Neben eigenständigen Munitionslieferungen und dem Export ganzer Munitionsfabriken wurden im internationalen Geschäft meistens Munition und Waffen im „Paket“ geliefert. Hier etablierte sich spätestens seit der Jahrhundertwende eine Exportkooperation mit der Oesterreichischen Waffenfabriks-Gesellschaft (OEWG) in Steyr.⁷

b) Die Oesterreichische Waffenfabriks-Gesellschaft (OEWG)

Die Oesterreichische Waffenfabriks-Gesellschaft geht auf eine Gewehrteilefabrik, die der Armaturenfabrikant Leopold Werndl (1797–1855) 1830 in Steyr in Oberösterreich gründete, zurück. Dessen Sohn Josef Werndl (1831–1889), ein in Thüringen und den Vereinigten Staaten ausgebildeter Gewehrschlosser, wandelte diese 1862 in eine moderne Gewehrfabrik um. 1869 wurde das unter J. F. Werndl & Comp. firmierende Unternehmen unter der Führung des Wiener Bankvereines in die eigens dafür gegründete Aktiengesellschaft Oesterreichische Waffenfabriks-Gesellschaft eingebracht.⁸ Das an der Wiener Börse notierende Unternehmen expandierte aufgrund zahlreicher wafentechnischer Innovationen stark. Seit einer konjunkturbedingt notwendig gewordenen Sanierung 1898 wurde das Unternehmen von der Bodencreditanstalt kontrolliert.⁹ 1913 wurde die mittlerweile auf 17 Standorte verteilte Produktion in einem großen Neubau in Steyr konzentriert. Die OEWG war eine der größten und leistungsfähigsten Waffenfabriken weltweit und exportierte genauso wie die „Hirtenberger“ international.¹⁰

Umgehung der Rüstungsbeschränkungen aus den Friedensverträgen

Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte große Veränderungen sowohl für die Hirtenberger Patronenfabrik als auch die Oesterreichische Waffenfabriks-gesellschaft. Aufgrund der Pariser Vorortverträge¹¹ mussten die Rüstungs-

5 Compass 1901/02, Finanzielles Jahrbuch Österreich, 105.

6 Mötz, Hirtenberger, 31.

7 Ebd., 37.

8 *Amtsblatt zur Wiener Zeitung*, 27.6.1872, Nr. 145, 822.

9 Franz Mathis, *Big Business in Österreich: Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen*, Wien 1987, 294–296.

10 Mötz, Hirtenberger, 37.

11 Versailles (Deutschland), Saint-Germain-en-Laye (Österreich), Neuilly-sur-Seine (Bulgarien), Trianon (Ungarn) und Sévres (Osmanisches Reich).

produktion stark eingeschränkt, Rüstungsfabriken demontiert und Waffen zerstört werden. Trotz der Beschränkungen konnte die Hirtenberger den Export unter Anknüpfung an Geschäftsbeziehungen aus der Vorkriegszeit - vor allem mit lateinamerikanischen Staaten - wieder ankurbeln.¹²

Die Strategie der Umgehung der Rüstungsbeschränkungen war simpel. Neben geheimer illegaler Produktion in Deutschland und Österreich wurden ganze Produktionslinien samt Maschinenpark einfach in Länder verlagert, die nicht diesen Beschränkungen unterlagen. Jeweils mit lokalen und internationalen Kapitalgebern wurden vor Ort Aktiengesellschaften gegründet. In den Niederlanden und der Schweiz wurden die Gesellschaften in Absprache mit der deutschen Militärführung zur geheimen und illegalen Wiederbewaffnung der Deutschen Reichswehr gegründet.¹³

Durch den Ausbruch des Polnisch-Sowjetischen Kriegs 1919 entstand auch dort ein großer Absatzmarkt. 1919 gründete die Hirtenberger AG in Warschau die Patronenfabrik Pociak SA¹⁴ sowie 1920 die Sprengmittelfabrik Nitrat SA.¹⁵ Die Erstausrüstung an Maschinen der Pociak SA wurde der Hirtenberger Fabrik entnommen. Sie hatte eine Kapazität von 150.000 Patronen pro Tag. 1926 erfolgte dann die offizielle Eintragung einer Aktiengesellschaft in den Niederlanden unter der Bezeichnung N.V. Nederl. Patronen-, Slaghoedjes-en Metalwarenfabriek in Dordrecht.¹⁶ Der Standort war strategisch so gewählt, dass auch mittels Schleppkähnen rheinaufwärts diskret nach Deutschland geliefert werden konnte. Die Fabrik in Dordrecht wurde mit Maschinen aus Hirtenberg und aus Deutschland ausgestattet. Auch Techniker- und Facharbeiterfamilien aus Hirtenberg übersiedelten für die Produktion in die Niederlande. Es gab 13 Fertigungsstraßen mit allen für die Patronenerzeugung notwendigen Maschinen.¹⁷

Vier zentrale Personen des Netzwerkes der illegalen Aufrüstung

a) Fritz Mandl (1900-1977)

Alexander Mandl (1861-1943) war seit 1902 Generaldirektor der Hirtenberger. Sein Sohn Fritz Mandl, der von klein auf im Betrieb aufwuchs, wurde

12 Mötzt, Hirtenberger, 49.

13 Ronald C. Newton, The Neutralization of Fritz Mandl: Notes on Wartime Journalism, the Arms Trade, and Anglo-American Rivalry in Argentina during World War II, in: The Hispanic American Historical Review 66 (1986) 3, 541-579, 545.

14 Zakłady Amunicyjne „Pocisk“ Spółka Akcyjna.

15 Polskie Zakłady Chemiczne „Nitrat“ Spółka Akcyjna.

16 Handelsregister van de Kamer van Koophandel en Fabrieken te Dordrecht, inventory number 354, 7095-7115 Bedrijvenregister Zuid-Holland (Kamers van Koophandel), Bedrijfsnaam: Patronenslaghoedjes en Metaalwarenfabriek, NV (Dossier: 007107).

17 Mötzt, Hirtenberger, 49-51.

römisch-katholisch erzogen und besuchte das Piaristenkonvent in Krems.¹⁸ 1918 diente er als Einjährig-Freiwilliger. Er studierte Chemie und trat 1920 in die Hirtenberger ein. 1930 wurde er deren Generaldirektor. Seit 1929 war Mandl Mitglied der Heimwehr. Fritz Mandl zählte sicherlich zu den schillerndsten Unternehmerpersönlichkeiten in Österreich der Zwischenkriegszeit. Seine zahlreichen Ehen, insbesondere jene mit der Schauspielerin Hedy Kiesler (1914–2000), die unter dem Pseudonym Hedy Lamarr später eine Hollywood-Karriere machte, haben dazu beigetragen und machten ihn zum Objekt der Berichterstattung in der Regenbogen- und Boulevardpresse.¹⁹

b) Waldemar Papst (1880–1970)

Waldemar Papst, in Berlin geboren, absolvierte die Königlich Preussische Hauptkadettenanstalt in Groß-Lichterfelde bei Berlin.²⁰ 1899 erhielt er sein Offizierspatent. Im Ersten Weltkrieg war er an der Westfront stationiert und seit 1916 Teil des Generalstabs des deutschen Heers. Nach dem Krieg beteiligte er sich 1919 führend an der Niederschlagung des Spartakusaufstands (auch Januarkämpfe genannt – ein Generalstreik mit bewaffneten Kämpfen in Berlin vom 5. bis 12. Januar 1919). Er gab die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Auftrag. Nach einem gescheiterten Putschversuch Mitte 1919 und maßgeblicher Beteiligung am ebenfalls gescheiterten Kapp-Putsch Anfang 1920 setzte er sich nach Innsbruck ins Exil ab. Dort stieg er zum Stabschef der Heimwehr auf. In dieser Funktion wurde er auch von deutschen Industriellen wie Hugo Stinnes (1870–1924), Ottmar Strauss (1878–1941) und Otto Wolff (1881–1940) finanziert. Er bekam auch Gelder aus einem Geheimfonds von Gustav Stresemann (1878–1929).²¹ Es entstanden enge Freundschaften mit Fritz Mandl und Hermann Göring (1893–1946), der sich in Innsbruck von einer Verletzung, die er sich beim Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923 zugezogen hatte, erholte. Papsts Ziel war eine „Weiße Internationale“ faschistischer Staaten. Er etablierte eine politische Achse Rom-Innsbruck-Budapest, um einen Putsch in Österreich zu organisieren, dieser aber misslang.²² 1930 wurde er aus Österreich nach Deutschland ab-

18 Fritz Mandls Vater Alexander, ein Jude, heiratete Mandls Mutter, eine römisch-katholische Hausangestellte, erst nach Fritz Mandls Geburt. Fritz wurde katholisch erzogen. In den 1930er-Jahren wurde kolportiert, dass Fritz Mandl behauptete, sein wahrer Vater sei ein Christ – dieser soll sogar ein Erzbischof gewesen sein. Siehe: Newton, *Neutralization*, 543.

19 Andrea Winklbauer, Die vielen Rollen der Hedy Lamarr, in: Andrea Winklbauer (Hg.), *Lady Bluetooth – Hedy Lamarr*, Wien 2019, 16–61, 24–26.

20 Zur Biografie Waldemar Papsts ausführlich: Klaus Gietinger, *Der Konterrevolutionär: Waldemar Papst. Eine Deutsche Karriere*, Hamburg 2009.

21 Ebd., 257–263.

22 Ebd., 266–274.

geschoben.²³ Papst gründete 1931 gemeinsam mit dem italienischen Botschafter Giuseppe Renzetti (1891–1953) in Berlin die Gesellschaft zum Studium des Faschismus (1931–1934).²⁴ Diese Gesellschaft, eine Mischung aus Lobby und Think-Tank, hatte sich die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland nach italienischem Vorbild zum Ziel gesetzt. Sie vereinte führende Proponenten der politischen Rechten. Aus konservativen bis hin zu nationalsozialistischen Kreisen rekrutierten sich die Mitglieder. Ebenso die Finanzierung erfolgte von dort. Ebenfalls 1931 wurde Waldemar Papst Exportdirektor der Rheinmetall und arbeitete hier eng mit Hans Eltze (1880–1952)²⁵ zusammen.²⁶ Die geheime Direktionsanstellung „zur besonderen Verwendung“ in Berlin und nicht am Stammsitz der Rheinmetall in Düsseldorf wurde über eine Beteiligung Papsts am Verlag Tradition für rechte Literatur getarnt. Man wollte die politischen und geheimdienstlichen Kontakte von Papst für die Rheinmetall, die Reichswehr und für illegale staatliche Aufrüstungsprojekte nutzbar machen.²⁷

c) Hans Eltze (1880–1952)

Hans Eltze, in Berlin geboren, absolvierte eine kaufmännische Lehre im Bankhaus Gebrüder George in Berlin. Nach Abschluss der Lehre im Jahr 1900 und einjährigem Militärdienst arbeitete er bei Maschinenfabriken in Argentinien, den Vereinigten Staaten und Kanada. Von 1906 bis 1912 war er persönlicher Sekretär des amerikanischen Elektroingenieurs und Entrepreneurs Frederick Stark Pearson (1861–1915), danach Leiter der ausländischen Gesellschaften in Brasilien und Mexiko. Während des Ersten Weltkriegs diente Eltze in der deutschen Armee. Bei Kriegsende trat er in die Rheinmetall ein.²⁸ Als Generaldirektor der Rheinmetall war Eltze führend an der illegalen Aufrüstung der Reichswehr beteiligt. Während der Ruhrbesetzung 1923 war er deshalb kurzfristig in Haft.²⁹ 1925 wurde das Deutsche Reich über die staatliche Beteiligungsgesellschaft VIAG Mehrheitsaktionärin der Rheinmetall. Eltze war auch Mitglied der

23 Ebd., 276.

24 Zur Gesellschaft zum Studium des Faschismus ausführlich: Manfred Wichmann, Waldemar Papst und die Gesellschaft zum Studium des Faschismus 1931–1934 (Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung: Beiheft 8), Berlin 2013.

25 Andreas Pospischil, Leonhard Riedmüller. Schweizer Staatsfeind oder Bauernopfer?, in: Schweizer Archiv für Tierheilkunde 160 (2018) 1, 57–60, 58.

26 Gietinger, Konterrevolutionär, 288–290.

27 Ebd., 291.

28 Kurzlebenslauf Hans Eltzes in: BAR: E 2001 (C) Bd. 4, 142, zit. n. Ramón Bill, Waffenfabrik Solothurn. Schweizerische Präzision im Dienste der deutschen Rüstungsindustrie, Solothurn 2002, 24.

29 125 Jahre Rheinmetall - die Jahre 1918 bis 1935, Rheinmetall AG, https://www.rheinmetall.com/de/rheinmetall_ag/group/corporate_history/125_jahre_rheinmetall_1/jahre_1918_bis_1/index.php (abgerufen 2.12.2021).

Hauptkommission der Ende 1925 gegründeten Statistischen Gesellschaft (STEGA).³⁰ Die STEGA war eine geheime Organisation des Heereswaffenamts und des Reichsverbands der Deutschen Industrie zur illegalen Wiederbewaffnung Deutschlands. Zusammen mit Fritz Mandl und Hermann Obrecht (1882-1940) plante Hans Eltze die Gründung der Waffenfabrik Solothurn.

d) Hermann Obrecht (1882-1940)

Hermann Obrecht wurde in Grenchen in Kanton Solothurn geboren. Er absolvierte das Lehrerseminar in Solothurn und wurde 1901 Volksschullehrer. Im Jahr darauf wurde er in die kantonale Finanzverwaltung berufen und 1909 zum Regierungsrat des Militär- und Finanzdepartements ernannt. Diese Funktionen verdankte er seinem Engagement bei der Freisinnigen Partei. Von 1917 bis 1928 war Obrecht Mitglied des Schweizer Nationalrats. Er war auch im Milizsystem verankert, wurde 1930 zum Oberst befördert und übernahm eine Brigade. Obrecht saß in zahlreichen Verwaltungsräten, wobei der in der Waffenfabrik Solothurn zu den umstrittensten zählte. 1935 wurde Obrecht in den Bundesrat gewählt. Seine dort ausgearbeitete Vorlage „zum Ausbau der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ wurde 1939 in einer Volksabstimmung angenommen. Er gilt als der Initiator der kriegswirtschaftlichen Organisation der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.³¹

***Das Rheinmetall-OEWG (Steyr-Werke)-Hirtenberger Joint-Venture:
Die Waffenfabrik Solothurn in der Schweiz***

Fritz Mandl beteiligte sich gemeinsam mit dem belgischen Rüstungsunternehmen Fabrique Nationale d'Armes de Guerre (FN)³² an der 1923 gegründeten schweizerischen Patronenfabrik Solothurn AG, deren Alleineigentümer er später werden sollte.³³ Zusammen mit dem Schweizer Mitglied des Nationalrats Hermann Obrecht und dem deutschen Waffen- und Munitionsunternehmen Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft (spätere Rheinmetall-Borsig AG) unter Generaldirektor Hans Eltze wandelte Fritz Mandl dieses Unternehmen, nachdem er die Munitionsproduktion stillgelegt hatte, 1929 in die Waffenfabrik Solothurn AG um. Zeichnungsbe-

30 Berenice A. Carroll, Design for Total War: Arms and Economics in the Third Reich, The Hague/Paris 1968, 67.

31 Jean-M. Lätt, „Obrecht, Hermann“, in: Neue Deutsche Biographie 19 (1999), 405-406, <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118589245.html#ndbcontent> (abgerufen 2.12.2021).

32 Die Kontrolle der Fabrique Nationale d'Armes de Guerre in Herstal (FN) wechselte nach dem Ersten Weltkrieg vom deutschen Waffenhersteller Mauser zur Société Générale de Belgique.

33 „[...] spätestens bis Juni 1928 wechselten die Akten den Besitzer [...] zu gleichen Teilen von Fritz Mandl, der Patronenfabrik Dordrecht und der FN - kurz darauf wurde auch der Anteil der FN von Mandl übernommen [...]“, zit. n. Bill, Waffenfabrik, 24.

rechtigte Verwaltungsratsmitglieder der Waffenfabrik waren Obrecht, Mandl und Eltze.³⁴ Diese Gesellschaft übernahm die Konstruktionsunterlagen und Patente der Rheinmetall sowie der ehemaligen OEWG - nunmehr Steyr-Werke - und entwickelte diese weiter.³⁵ Gemeinsam mit den Steyr-Werken wurde 1930 mit der Steyr-Solothurn Waffen AG in Zürich eine zentrale Verkaufsorganisation gegründet. Hermann Obrecht wurde zum Verwaltungsrat, Hans Eltze zum Generaldirektor dieser Gesellschaft bestellt.³⁶ Das Sortiment reichte von Handfeuerwaffen (Pistolen, Maschinengewehre etc.) bis zu kleinen Feldgeschützen und Panzerabwehrwaffen.³⁷ Die Munition wurde von der Patronenfabrik Dordrecht, aber auch aus Hirtenberg zugeliefert. Mit einer finalen Assemblierung der Produkte in der Schweiz oder der Deklaration von in die Schweiz gelieferter Fertigware als Halbzeuge wurden die Exportverbote der Vorortverträge umgangen.³⁸ Größere Waffenlieferungen gingen nach Ungarn, Österreich, Portugal, Chile, Bolivien, El Salvador und Uruguay, kleinere nach China und Japan, eventuell auch in die Sowjetunion.³⁹

Wegen der schlechten propagandistischen Optik für die NSDAP - mit „Jude Mandl“ und „Heimwehr Mandl“ wurde von den Nationalsozialisten agitiert - trat Fritz Mandl nach deren Machtergreifung in Deutschland 1933 aus dem Verwaltungsrat der Waffenfabrik Solothurn AG aus. Aus dem gleichen Grund wurde die Beteiligung von der Hirtenberger AG offiziell „abgestoßen“. ⁴⁰ Die Beteiligung Mandls an der Waffenfabrik Solothurn AG wurde aber erst 1938 an die Rheinmetall verkauft, die damals ein Teil der Reichswerke Hermann Göring war. Über welche Gesellschaft die Anteile von Mandl zwischenzeitlich gehalten wurden, ist nicht bekannt. Die Geschäftsverbindung zu Fritz Mandl wurde danach trotzdem weitergeführt.⁴¹ Die 1939 gegründete und 1941 in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Solita in Solothurn hatte ab 1940 die Generalvertretung der Waffenfabrik Solothurn AG für Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, die Türkei, Italien und Kolonien, Spanien und Kolonien, Portugal und Kolonien, Brasilien, Argentinien, Chile sowie Peru inne. Fritz Mandl besaß vier Fünftel der Aktien der Solita AG, wobei ob des

34 Schweizerisches Handelsamtsblatt (SHAB), Nr. 8, 11.1.1929, 67. Je nach Quelle gab es eine 50- bis 90-Prozent-Beteiligung Mandls, wahrscheinlicher war aber ein 50:50-Verhältnis zwischen Mandl und Rheinmetall, bei der Gründung waren Rheinmetall, Hirtenberger und eventuell auch Dordrecht und die Steyr-Werke involviert.

35 Bill, Waffenfabrik, 33.

36 SHAB, Nr. 295, 17.12.1930, 2568.

37 Michael Heidler, Swiss Connection. Rheinmetall and Steyr in Switzerland, in: Small Arms Review 17, (September 2013) 3.

38 Bill, Waffenfabrik, 35.

39 Ebd., 38-41.

40 Compass 1935, Finanzielles Jahrbuch Österreich, 709.

41 Bill, Waffenfabrik, 58.

inzwischen ausgebrochenen Weltkrieges nur der italienische Markt nennenswerte Umsätze brachte.⁴²

Hans Eltze schied 1934 sowohl aus der Rheinmetall als auch aus der Waffenfabrik Solothurn aus. Er wurde stellvertretender Direktor der 1935 in Berlin gegründeten monopolistischen Ausfuhrgemeinschaft für Kriegsgerät GmbH (AGK). Diese Gesellschaft wurde vom Reichskriegsministerium und anderen offiziellen Stellen initiiert und fungierte als Exportkartell der Deutschen Rüstungsindustrie. Zuvor hatten sich Firmen wie Rheinmetall oder Krupp zunehmend Konkurrenz auf den internationalen Märkten gemacht.⁴³ Eltze arbeitete weiter mit Fritz Mandl zusammen wie beispielsweise bei dem nicht realisierten Projekt des Aufbaus eines integrierten Rüstungskonzerns in Portugal.⁴⁴

Waldemar Papst wickelte weiterhin von Berlin aus für die Rheinmetall großvolumige Waffengeschäfte ab, über Tarnfirmen und als zivile Warenlieferungen deklariert auch nach 1933. Die chinesische Kuomintang unter Chiang Kai-shek (1887-1975) wurde neben Maschinengewehren mit Militärberatern aus Deutschland ausgestattet.⁴⁵ In Afghanistan wurden 1936 bis 1939 fünf bis sechs Divisionen mit Waffen ausgerüstet.⁴⁶ Ab 1941, mittlerweile mit eigenen Firmen selbstständig, verlagerte Papst seinen Wohnsitz in die Schweiz. Wo bei die Unternehmen als allgemeiner Warenhandel getarnt, sich mit der Beschaffung von Werkzeugmaschinen und Rüstungsgütern für das Deutsche Reich sowie mit nachrichtendienstlichen Aufgaben für das Oberkommando der Wehrmacht befassten.⁴⁷

Offshore Gesellschaften und der Management-Buyout des Hirtenberger Konzerns

Während sich niederländische und Schweizer Aktiengesellschaften schon vor dem Ersten Weltkrieg etablierten und für diskrete Transaktionen genutzt wurden, entstand der Finanz- und Offshore-Platz Lichtenstein erst in den 1920er-Jahren. Die Côte d'Azur und speziell Monaco entwickelten sich in der Zwischenkriegszeit zum Zentrum des internationalen Waffenhandels.⁴⁸ Diese Strukturen wurden für intransparente Parteienfinanzierung und globale Handels- und Finanztransaktionen genutzt.

42 Bill, Waffenfabrik, 67.

43 Christian M. Leitz, Arms Exports from the Third Reich, 1933-1939: the Example of Krupp, in: Economic History Review 51 (1998) 1, 133-154, 139.

44 António Louçã, Conspiradores e traficantes. Portugal no tráfico de armas e divisas nos anos do nazismo (1933-1945), Cruz Quebrada 2005.

45 Gietinger, Konterrevolutionär, 309.

46 Ebd., 314-315.

47 Ebd., 322-331.

48 Siehe: Richard Lewinsohn (Morus), Der Mann im Dunkel: Die Lebensgeschichte Sir Basil Zaharoffs, des „mysteriösen Europäers“, Berlin 1929.

Es gab eine Reihe von seit den 1920er-Jahren in der Schweiz und Liechtenstein gegründeten Sitzgesellschaften, die Fritz Mandl zurechenbar waren.⁴⁹ Der Großteil der globalen Finanz- und Rüstungstransaktionen Mandls wurde über diese abgewickelt. Die 1928 in Zürich gegründete Norma AG investierte die Erlöse in einige Liegenschaften in Belgrad, die Vaduzer RHIBAG in Immobilien in Wien.⁵⁰ Mit der Argentinia SA in Monte Carlo gab es auch eine Holdinggesellschaft Mandls in Monaco.⁵¹ In Cap d'Antibes an der Côte d'Azur besaß Fritz Mandl eine Villa namens Daisy Roc.⁵²

Nach dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe 1931 wurde die Bank zur Sanierung verstaatlicht. Zur Erlangung frischen Kapitals wurden von der Creditanstalt mehrere ihrer Industriebeteiligungen - darunter auch ihre 23.000 Aktien (60 Prozent) der Hirtenberger AG - auf die 1930 von der Creditanstalt gemeinsam mit internationalen Finanziers in Basel gegründete Holding Continentale Gesellschaft für Bank- und Industrierwerte AG übertragen.⁵³ Hermann Obrecht gehörte dem Verwaltungsrat dieser Holding an. Ende 1932 wurde die Hirtenberger AG umgegründet und das Unternehmen auf die neue Gesellschaft übertragen. Hermann Obrecht wurde zum Verwaltungsrat sowohl der alten als auch der neuen Gesellschaft bestellt.⁵⁴ Anfang 1933 wurde publik, dass die strafrechtliche Untersuchung in Zusammenhang mit der Creditanstalt gegen Fritz Mandl einige Zeit davor eingestellt worden war.⁵⁵ Ende September 1934 erwarb die kurz zuvor von Fritz Mandl in Zürich errichtete Hubertus AG das Hirtenberger-Aktienpaket von der Continentale.⁵⁶ Die Finanzierung dieser Transaktion soll über einen Kredit mit kurzer Laufzeit erfolgt sein.⁵⁷ Es ist anzunehmen, dass die Rückführung aus (stillen) Reserven der Hirtenberger AG selbst erfolgte. Es handelt sich hierbei um eine Umgründung unter Einbeziehung von ausländischen Sitzgesellschaften und Ausnutzung von bilanziellen Spielräumen. Mit den schon vorher gehaltenen Aktien wurden nunmehr neunzig Prozent der Hirtenberger AG von Mandl kontrolliert. Dieses Management-Buyout ist beachtlich, da die Familie Mandl bei Ende des Ersten

49 U. a.: Munos AG, Zürich; Handels-Aktiengesellschaft für Eisen und Stahlprodukte, Solothurn; Maloja AG, Vaduz; Bütast AG, Zürich; Silberhegner AG.

50 Häuserkauf Fritz Mandls, *Der Morgen*, 12.3.1937, 6.

51 Hanspeter Lussy/Rodrigo Lopez, Finanzbeziehungen Liechtensteins zur Zeit des Nationalsozialismus, Teilband II, Vaduz-Zürich 2005, 463.

52 Mo Amelia Teitelbaum, *The Stylemakers. Minimalism and Classic Modernism 1915-1945*, London 2010, 202.

53 Zentralblatt 1932, Teil 2, Eintr. Handelsregister, 9.11.1932, Nr. 45, 1055.

54 Zentralblatt 1932, Teil 1, Eintr. Handelsregister, 15.6.1932, Nr. 24, 571.

55 Beschleunigung des Strafverfahrens gegen die CA-Schuldigen, *Tiroler Anzeiger*, 18.1.1933, 6.

56 SHAB, Nr. 48, 27.2.1934, 521.

57 Newton, *Neutralization*, 545.

Weltkrieges so gut wie keine Aktien am Unternehmen hielt, nun aber diese fast vollständig im Besitz Fritz Mandls waren. Ermöglicht hatten das auch die politischen Kontakte Mandls in Österreich, was Gegenleistungen nötig machte.

Heimwehrfinanzierung

Der öffentliche Beschaffungsbereich ist korruptions- und kickbackanfällig - der Rüstungsbereich ganz besonders.⁵⁸ Politische Landschaftspflege oder das „Anfüttern“ war damals in Österreich noch verbreiteter als heute.⁵⁹ Der langjährige österreichische Verteidigungsminister Carl Vaugoin (1873-1949) wurde nach seiner politischen Karriere 1934 Aufsichtsrat sowohl in der Hirtenberger AG als auch in der Patronenfabrik Dordrecht. Der Anführer der Heimwehren Ernst Rüdiger Starhemberg (1899-1956) war gerne Jagdgast auf dem Landsitz Mandls, der Jagdvilla Fegenberg auf dem über 2.000 Hektar umfassenden Gut Schwarza im Gebirge. Fritz Mandl galt als *der* Finanzier sowohl der Heimwehr als auch des notorisch unter Geldnot leidenden Starhemberg. Starhemberg selbst sowie die Heimwehren waren durchwegs offen antisemitisch eingestellt. Ein Ehrenschild Fritz Mandls für den Heimwehrball in Leobersdorf wurde daher von der Presse damals polemisch kommentiert, wie z.B. von der *Arbeiter-Zeitung* unter dem Titel „Die Heimwehrhakenkreuzler und der Ehrenjude“.⁶⁰ Auch kleine Ortsgruppen wurden mit Geldspenden oder als Inserate getarnten „Pressespenden“ bedacht.⁶¹ Wobei Mandls Unterstützung der Heimwehren nicht nur aus rein geschäftlichem Interesse bestand. Er selbst war ein Bewunderer des Führers der italienischen Faschisten Benito Mussolini (1883-1945) und des dortigen Regimes. Er selbst hatte das politische Ziel der Errichtung einer faschistischen Diktatur in Österreich. Dieses Ziel verfolgte er auch aktiv seit den 1920er-Jahren. Seine (internationalen) geschäftlichen und politischen Aktivitäten sowie Kontakte waren dabei symbiotisch.

a) Umsturzpläne Mandls

1932 planten Mandl, Papst, Starhemberg, der Handels- und Verkehrsminister Guido Jakoncig (1895-1972), der Sicherheitsminister Hermann Ach (1880-1953) und der General der Artillerie und Sektionschef im Verteidi-

58 Klaus Ott, Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu, *Süddeutsche Zeitung*, 10.12.2014, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/korruption-rheinmetall-gibt-bestechung-bei-ruestungsdeal-zu-1.2261583> (abgerufen 30.11.2021).

59 Siehe: Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2012, Bundesgesetzblatt I, Nr. 61/2012.

60 Die Heimwehrhakenkreuzler und der Ehrenjude, *Arbeiter-Zeitung*, 25.3.1931, 4; Heimatschutz - Judenschutz: Etwas vom Antisemitismus der Heimwehler, *Tagblatt*, 22.3.1931, 2.

61 Vor dem Richter: Woher die Heimwehr ihr Geld bezog, *Der Wiener Tag*, 25.9.1932, 11.

gungsministerium Gustav Geng (1880–1944) wegen der „Gefahr von Links“ präventiv zu handeln und Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (1892–1934) zu stürzen. Im Zuge eines Staatsstreiches sollte eine diktatorische Regierung eingesetzt werden. Konspirative Treffen fanden statt. Mandl glaubte der Zeitpunkt für den so lange ersehnten „Marsch auf Wien“ und für den Sturz des Bundeskanzlers sei gekommen. Für die Verschwörer stand fest, dass Bundeskanzler Dollfuß von den Verhandlungen für eine Völkerbundanleihe aus der Schweiz „mit demokratischem Gedankengut infiziert“ zurückkehren würde und „linke christlich-soziale Elemente“ in die Regierung nehmen wolle. Sie befürchteten auch, dass Dollfuß die Heimwehr entmachten und sogar eine Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie bilden könnte. Damit wären die laufenden Aufrüstungspläne der Konspiranten gescheitert. Der befürchtete „Linksruck“ von Dollfuß fand nicht statt und dieser Putsch wurde nicht realisiert.⁶²

b) Die Hirtenberger Waffenaffaire

Benito Mussolini wollte Starhemberg und die Heimwehren unterstützen. Ab 1930 wurde deshalb folgende Transaktion abgewickelt, die 1933 als „Hirtenberger Waffenaffaire“ einen internationalen Skandal verursachte.⁶³ Italien hatte große Bestände an Beutewaffen der österreichisch-ungarischen Armee aus dem Ersten Weltkrieg. Da die Gewehre und Maschinengewehre wegen eines in der italienischen Armee nicht verwendeten Kalibers für diese unbrauchbar waren, wurden davon über 100.000 Stück für einen symbolischen Preis an eine Schweizer Aktiengesellschaft Fritz Mandls verkauft.⁶⁴ Zur selben Zeit wollte sich auch die ungarische faschistische Regierung unter Miklós Horthy (1868–1957) illegal wiederbewaffnen. Starhemberg stellte auch in diesem Fall die Verbindung zwischen dem ungarischen Verteidigungsminister Gyula Gömbös (1886–1936) zu Mandl und Mussolini bzw. dessen Emissär Eugenio Morreale (1891–1984) her.⁶⁵ 60.000 Stück der Lieferung wurden hochpreisig an Ungarn verkauft. 40.000 Stück wurden Starhemberg bzw. den Heimwehren geschenkt.⁶⁶ Als Reparaturauftrag getarnt wurden die Waffen per Bahn aus Italien in das Hirtenberger Werk geliefert. Von dort wurden sie weiter

62 Ursula Prutsch, *Wer war Fritz Mandl, Waffen, Nazis und Geheimdienste*, Wien-Graz 2022, 76–78.

63 Arnborn, Friedmann, 39.

64 Arnborn zitiert nach einem Brief aus der NS-Zeit: 100.000 Gewehre und 1.000 Maschinengewehre; Ebd.

65 Ernst Rüdiger Starhemberg, *Memoiren*, Wien 1971, 83.

66 Susi Riegler, *Der Kanonenkönig*, in: MOZ. Alternative Monatszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Juni 1988, 54–57, 54; Die Angaben in den verschiedenen Quellen über die Anzahl der Gewehre sind unterschiedlich: Starhemberg schreibt von 40.000 bis 50.000 überlassenen Gewehren sowie einigen Maschinengewehren. Siehe: Starhemberg, *Memoiren*, 82 und 131.

Bild online nicht verfügbar.

Fritz Mandls Vater, Alexander Mandl, trat 1910 aus dem mosaischen Glauben aus. Mandls Mutter, Maria Mohr, war Katholikin. Der Sohn wurde katholisch erzogen. Mandl besuchte das Piaristengymnasium in Krems, rückte 1918 als Einjährig-Freiwilliger ein und studierte Chemie. Er bewunderte Benito Mussolini und bekannte sich offen zum Faschismus.
| Österreichische Nationalbibliothek

an die Empfänger expediert.⁶⁷ Als im Jänner 1933 die *Arbeiter-Zeitung* darüber berichtete, brach der Skandal los. Eine Untersuchung des Völkerbundes verlief ergebnislos, da nach Schweizer Recht die Transaktion legal war.⁶⁸ Die Hirtenberger Waffenaffäre geriet zwar aufgrund der Ernennung Adolf Hitlers (1889–1945) zum Reichskanzler in den Hintergrund der Berichterstattung. Sie war aber letztendlich indirekt der Auslöser der am 4. März 1933 erfolgten „Selbstausschaltung des Parlamentes“ - des austrofaschistischen Putschs.

c) Die Abessinienlieferung

Wie alliierte Geheimdienste herausfanden, wurden später Munitionslieferungen der Hirtenberger an Italien für den Abessinienkrieg (1935/36) um rund dreißig Prozent höher fakturiert. Der Differenzbetrag floss via Hirtenberger bzw. Mandl zur Heimwehr.⁶⁹ Zeitgleich mit dieser Zahlung wurde Fritz Mandl

67 Brief vom 28.4.1938 von Staatsrat Otto Eberhardt. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Bestand Gustloff-Werke Weimar 74, zit. n. Arnbohm, Friedmann, 39.

68 Nach Angabe Mandls gegenüber dieser Kommission sollen auch englische und französische Aktionäre an der Schweizer Gesellschaft beteiligt gewesen sein.

69 Angaben eines Francis Klein, der in Buenos Aires für Mandl arbeitete, zit. n. Bill, Waffenfabrik, 125, Bill zitiert nach: Fritz Mandl and the Argentine Armaments Programm, Memorandum to: Interdepartemental Comitee on Proclaimed List, o. J. (wahrscheinlich 1941/42). PRO: Foreign office 115 General Correspondance, Bd. 4160 Fritz Mandl.

im Austrofaschismus zwischen 1935 und 1938 niederösterreichischer Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Industriebundes Niederösterreich.⁷⁰

Der „Anschluss“ und das Argentinien Projekt⁷¹

Nach dem „Anschluss“ 1938 wurde die Hirtenberger Patronenfabrik „ariert“ und der Wilhelm-Gustloff-Stiftung eingegliedert. Mandl erhielt vom Deutschen Reich große Summen in Devisen und ging nach Argentinien ins Exil, wo er sich samt Entourage in Buenos Aires niederließ.⁷² Durch Waffen- und Munitionslieferungen der Hirtenberger verfügte Mandl seit den 1920er-Jahren über gute Kontakte zu hochrangigen Militärs in mehreren Ländern Südamerikas, so auch in Argentinien. Vorausschauend erwarb er schon ab 1937 in Argentinien Firmen, Land, ein Apartment in der Avenida Alvear in Buenos Aires sowie ein repräsentatives Anwesen, das El Castillo de Mandl genannt wurde.⁷³ Über seine argentinische Holdinggesellschaft SAFINA investierte er in zahlreiche Unternehmen in Südamerika.⁷⁴

Mandl verfolgte das Projekt des Aufbaus einer integrierten argentinischen Rüstungsindustrie (Stahlwerk samt angeschlossener Waffenfabrik). Seine Partner für dieses Projekt waren primär US-Unternehmen sowie finanzkräftige und politisch gut vernetzte Wall-Street-Banker, mit denen er schon länger bekannt war. Mandl führte auch Gespräche mit potenziellen Partnern und Finanziers in London, Paris und der Schweiz. Hier erfuhr er von seinem Züricher Bankier Johann Wehrli, dass die Hermann-Göring-Werke ein ebensolches Projekt in Planung hatten. Da Fritz Mandl Mitte 1940 an einen schnellen Frieden durch Sieg NS-Deutschlands und eine Niederlage der Briten glaubte, schlug er den Amerikanern vor, den Komplex gemeinsam mit den Hermann-Göring-Werken in Argentinien zu verwirklichen. Deshalb schickte Mandl die Projektdokumentation an seinen Bekannten, den nationalsozialistischen Vertrauensmann in der austrofaschistischen Regierung

70 Fritz Mandl, in: Biographisches Handbuch des NÖ Landtages und der NÖ Landesregierung 1921-dato, 84. https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sites/noe-landtag/dokumente/biographisches_handbuch/1921-dato.pdf (abgerufen 30.11.2021).

71 Newton, Neutralization, 541-579; Ronald C. Newton, The United States, the German-Argentinian, and the Myth of the Fourth Reich, 1943-47, in: Hispanic American Historical Review 64 (1984) 1, 81-103.

72 Von 1942 bis 1955 lebte Ernst Rüdiger Starhemberg ebenfalls in Argentinien, siehe: Newton, Neutralization, 546.

73 Als sich die deutsche Invasion Frankreichs abzeichnete, übersiedelte Mandl aus Cap d'Antibes mit Zwischenstation in New York im März 1940 nach Buenos Aires. Siehe: Teitelbaum, Style-makers, 203 und 212.

74 1937 sollen Mandl schon 20 Millionen Schweizer Franken für Investitionen zur Verfügung gestanden sein.

Schuschnigg und Staatssekretär des Äußeren nach dem Juliabkommen 1936 Guido Schmidt (1901-1957). Dieser war nach dem „Anschluss“ Österreichs Direktor der Linzer Reichswerke Hermann Göring geworden. Ende des Jahres erhielt Mandl die Zusage der Deutschen zum deutsch-amerikanischen Joint Venture. Mandl, der mittlerweile den Ausgang des Krieges realistischer einschätzte, antwortete ihnen nicht mehr. Für Mandl hatte dieser Vorschlag aber weitreichende negative Folgen.

Nicht nur die britischen Geheimdienste beobachteten ihn und sein Umfeld, auch das FBI leitete nun Untersuchungen gegen ihn ein. Dieses konnte sogar Informanten aus dem Umfeld Mandls, selbst unter dessen Vertrauensleuten, anwerben. Vertrauliche Informationen und Dokumente gelangten so ab 1943/44 an die Behörden, darunter die Korrespondenzen mit den Hermann-Göring-Werken und die auf Vermittlung Guido Schmidts 1938 mit dem Deutschen Reich abgeschlossene Vereinbarung betreffend die finanzielle Entschädigung für die Hirtenberger AG.⁷⁵

Die Briten waren generell gegen das US-argentinische Projekt Mandls, da sie durch dieses den Verlust des südamerikanischen Marktes für Rüstungsgüter nach dem Krieg befürchteten. Sie wollten aber nicht direkt gegen Mandl agitieren. Deshalb lobbyierten sie über die USA. Trotz anfänglicher Unterstützung in und durch die USA verschlechterte sich dadurch die Position Mandls immer mehr. US-Geschäftspartner distanzieren sich von ihm. US-Exportkredite wurden blockiert. Auf der Grundlage von Fritz Mandls allgemein bekanntem Opportunismus, der relativ hohen Entschädigungszahlung für die Hirtenberger AG aus dem Jahr 1938 sowie seiner Korrespondenzen mit NS-Stellen konnte von britischer Seite eine (Dark-Public-Relation-)Kampagne gegen Mandl mit folgendem Tenor konstruiert werden: Mandl sei die zentrale Schnittstelle und der Organisator für Finanztransaktionen und Technologietransfers hochrangiger Nazi-Bonzen nach Südamerika, um nach der absehbaren Niederlage die Basis für die spätere Wiedererrichtung des NS-Staates - des Vierten Reichs - zu ermöglichen.⁷⁶ Im Februar 1945 wurde diese Erzählung über Reader's Digest veröffentlicht und erreichte ein globales Publikum.⁷⁷ Nun war Fritz Mandls Ruf endgültig ruiniert. Er wurde mit einem US-Embargo belegt und Geschäfte mit ihm oder seinen Firmen wurden untersagt. Die argentinischen Behörden nationalisierten seine Unternehmen und

75 Hier auch die Informationen, dass das Guthaben der Hirtenberger bei der Chase Manhattan Bank in New York über 10 Millionen Dollar 1938 zwischen Schmidt und Mandl im Verhältnis 45 zu 55 privat aufgeteilt worden war, siehe: Newton, Neutralisation, 563.

76 Newton, Neutralisation, 543.

77 1950 wurde Reader's Digest dafür von einem Londoner Gericht zu Widerruf und einer hohen Entschädigungszahlung an Fritz Mandl verurteilt. High Court of Justice [London], Law Reports, Nov. 14, 1950, siehe: Newton, Neutralisation, 545.

Vermögenswerte und er selbst wurde des Landes verwiesen. Auch nachdem Mandl im Juli 1946 sowohl von den britischen als auch US-amerikanischen Embargolisten gestrichen wurde, war es für ihn schwer, in diesen Ländern Geschäfte zu machen. Auch seine Versuche, über die Schweizer Solothurn mit der Lieferung von Panzern und Panzerabwehrwaffen nach Pakistan wieder am Waffenmarkt Fuß zu fassen, scheiterten. Erst 1957 bekam Fritz Mandls Schweizer Holdinggesellschaft Hubertus AG die Hirtenberger Fabrik rückgestellt und erhielt große Bundesheeraufträge. Mit der Reaktivierung von alten Geschäftsbeziehungen Fritz Mandls aus der Vorkriegszeit konnte die Hirtenberger wieder Exportaufträge für Militärpatronen erlangen. Nach dem Tod Fritz Mandls verkaufte seine Witwe 1981 die Hirtenberger AG.⁷⁸

Hermann Obrecht verstarb 1940 in der Schweiz. Waldemar Papst lebte bis zu seinem Tod 1970 wohlhabend, im Waffenhandel aktiv und unbehelligt in Westdeutschland.⁷⁹ Hans Eltzes wanderte nach dem Zweiten Weltkrieg nach Brasilien aus, wo er 1952 verstarb.

Ausblick und weitere Forschungsfragen und Desiderate

Fritz Mandl zählt sicher zu den interessantesten österreichischen Unternehmerpersönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Aufgewachsen und sozialisiert in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie war seine konservativ-antidemokratische politische Einstellung unter den Industriellen keine Ausnahme. Als finanziell erfolgreicher Rüstungsindustrieller mit Verbindungen zu hochrangigen antidemokratischen - auch internationalen - Kreisen in Politik und Militär ist Mandl ein in der Forschung noch zu wenig beachteter zentraler Akteur beim Aufstieg von Faschismus und Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit. Dieser Beitrag, aber auch mein Beitrag über Mandl im Katalog zur Ausstellung „Lady Bluetooth - Hedy Lamarr“ aus 2019 konnte nur oberflächlich das Thema anreißen.⁸⁰ Die im März 2022 erschienene erste Biografie Mandls von Ursula Prutsch erschließt zwar weiteres wichtiges Archivmaterial, überspringt aber für das Verständnis der Person Mandls wichtige Ereignisse.⁸¹ Beispielsweise ist die Verschiebung des Aktienpaketes der Hirtenberger 1931/34 von der Creditanstalt zu Mandls Schweizer Holding und Mandls Verbindung zur Creditanstalt im Allgemeinen und zu Vorstandsdirektor der Creditanstalt Friedrich Ehrenfest (1878-1965) im Speziellen nicht thematisiert. Ehrenfest,

78 Prutsch, Mandl, 279.

79 Gietinger, Konterrevolutionär, 356-379.

80 Winklbauer, Bluetooth, 100-115.

81 Auch der ihr von der Familie zur Verfügung gestellte Nachlass Mandls umfasste interessanterweise nur den Zeitraum von 1938 bis 1949, den Mandl in Argentinien verbrachte. Ausserdem fehlten in diesem wichtige Dokumente wie u. a. die Korrespondenz mit Guido Schmidt, Prutsch, Mandl, 22.

der in Wien vor einem Strafprozess wegen Untreue im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Creditanstalt stand, floh nach Portugal von wo er nicht ausgeliefert werden konnte. In Portugal war Ehrenfest gemeinsam mit Hans Eltze für das (schlussendlich nicht realisierte) portugiesische Rüstungsprojekt von Mandl aktiv.⁸² Die Beziehung zwischen Mandl und Ehrenfest war schon zuvor eng. Eine Aufarbeitung der diesbezüglichen Creditanstalt-(Strafverfahrens)-Akten muss erst erfolgen. Georg Ransmayers Bosel-Biografie bietet einen detaillierten Einblick in das Muster der Verflechtungen samt Geldzahlungen aus dem Umfeld der Creditanstalt an Politiker und an Journalisten zwecks Verfahrensverschleppungen und Verfahrenseinstellungen sowie Manipulation der Medienöffentlichkeit.⁸³

Ein weiteres Forschungsdesiderat wären die Verbindungen zu den US-amerikanischen (Finanzierungs-)Partnern Mandls für das nicht realisierte argentinische Rüstungsprojekt: Carl Loeb (1875-1955) von Loeb, Rhoades & Co., Frank Altschul (1887-1981) von Lazard Freres, Donald Bloomingdale (1913-1954) von der Kaufhausdynastie/Kette Bloomingdale's, sowie die leitenden Partner von Bankers Trust und Brown Brothers Harriman & Co. setzten sich 1941 alle persönlich (vergeblich) bei den US-Amerikanischen Behörden für Mandl ein. Alle diese Unterstützer waren hochkarätige Wall-Street Finanziers.⁸⁴

Brown Brothers Harriman & Co. hatte 1924 gemeinsam mit der Bank voor Handel en Scheepvaart N.V. in Amsterdam die Union Banking Corporation in New York gegründet. Die 1916 gegründete Bank voor Handel en Scheepvaart stand im Eigentum der Thyssen Familie. Die Union Banking Corporation organisierte die Finanzierung aus den USA für den Ausbau von Fritz Thyssens (1873-1951) Vereinigte Stahlwerke AG ab 1926, also die Finanzierung der Rheinischen Schwer- und Rüstungsindustrie. Fritz Thyssen war bis 1938 ein zentraler Unterstützer und Förderer Hitlers und der Nationalsozialisten.

Hermann Alexander Brassert (1875-1961) bzw. die H. A. Brassert & Company, Chicago und London war das Planungsbüro für Mandls argentinisches Rüstungsprojekt. Die Planung umfasste auch den Business- und Finanzierungsplan.⁸⁵ Brassert war 1937 für die Planung und die Errichtung der Hermann-Göring-Werke in Salzgitter, sowie ab 1938 auch für das Schwesterwerk in Linz verantwortlich.⁸⁶

82 Louçã, Conspiradores, 68-75.

83 Georg Ransmayer, Der arme Trillionär - Aufstieg und Untergang des Inflationkönigs Sigmund Bosel, Wien-Graz-Klagenfurt 2016, 181-187.

84 Newton, Neutralisation, 553

85 Prutsch, Mandl, 178-181.

86 Gudrun Pischke, Europa arbeitet bei den Reichswerken. Das nationalsozialistische Lagersystem in Salzgitter, herausgegeben vom Archiv der Stadt Salzgitter = Salzgitter-Forschungen. Bd. 2), Salzgitter 1995, 17.

Im Lichte dieses Biotops war Mandls Vorschlag eines Deutsch-Amerikanischen Joint Ventures nicht mehr absurd, sondern für eine Realisierung nur um circa fünf Jahre zu spät gewesen. Inwieweit Mandls Rüstungsprojekte vor dem argentinischen Projekt Finanzierungen aus den USA bekamen, ist noch unerforscht. Ebenso ob von antidemokratischen US-Bankiers und Industriellen die Faschisten genau so wie die Nationalsozialisten in Europa unterstützt und gefördert wurden. Henry Fords (1863-1947) und Thomas John Watsons (1874-1956) - CEO von IBM - antisemitische und antidemokratische Einstellung sowie Begeisterung und Unterstützung für Adolf Hitler ist bekannt,⁸⁷ die Beteiligung dieser Konzerne an der deutschen Aufrüstung und dem Holocaust weniger.⁸⁸

Ein weiteres noch kaum bearbeitetes Forschungsfeld wäre Basil Zaharoff (1849-1936). Mandl wurde in der Presse oft als „Zaharoff Argentinens“ oder „[Westen-]Taschen Zaharoff“ bezeichnet. Damit wurde auf das Geschäftsmodell Zaharoffs angespielt: Aufrüstung von mehreren Ländern, Einflussnahme auf die Politik, Schüren von militärischen Konflikten (auch mittels lancierten Falschmeldungen in Medien) zwischen diesen Ländern, damit es zum Kriegsausbruch kommt, der für ihn dann eine Gewinnmaximierung brachte. Zaharoff hatte Minderheits- und Mehrheitsbeteiligungen an bedeutenden Teilen der europäischen Rüstungsindustrien (unter anderem an Vickers, Schneider-Creusot, Krupp und Skoda), Zaharoff galt nach dem Ende des Ersten Weltkrieges als der reichste Mensch der Welt. Obwohl die Person Zaharoffs mehrfach Eingang in Literatur und Film als Vorbild für Charaktere gefunden hat (unter anderem als James Bond Bösewicht Blofeld und Dürrenmatts „Alte Dame“) ist Basils Zaharoffs Biografie noch nicht wissenschaftlich aufgearbeitet.⁸⁹

Generell ist der Einfluss des „Militärisch-Industriellen Komplexes“ im Speziellen sowie großer Vermögen im Allgemeinen auf Politik und Medien vor dem Zweiten Weltkrieg noch weitgehend unerforscht. Ein interdisziplinärer Forschungsansatz könnte wertvolle und spannende Erkenntnisse bringen.

87 Edwin Black, *Nazi Nexus, Americas Corporate Connections to Hitler's Holocaust*, Washington 1999.

88 Edwin Black, *IBM and the Holocaust*, Washington 2001.

89 Prutsch, Mandl, 186 und 213.

Florian Ruttner

Die „völkerverbindende Kraft des Antisemitismus“

Hans Krebs und ein Versuch der internationalen Netzwerkbildung

Die im Titel zitierte Wendung von der „völkerverbindenden Kraft des Antisemitismus“¹ stammt aus einem „Die Weltfront“ betitelten Sammelband aus dem Jahre 1926, in dem der Antisemit und nationalsozialistische Politiker Hans Krebs² durch genau diese „Kraft“ Antisemiten mehrerer Länder, oder wie es im Untertitel im entsprechenden Jargon hieß, die „antisemitischen Führer aller Völker“ zu einem Netzwerk verknüpfen wollte. Dieses Unterfangen überrascht vielleicht zunächst. Antisemitismus als regressive Auflehnung gegen die Moderne wendet sich eigentlich gegen deren Tendenz, mit der Herausbildung eines Weltmarktes die „Blutrenge“³ vormoderner Gesellschaftsformen zu überwinden. Gerade Kategorien wie die völkisch verstandene Herkunft bekommen so einen zentralen Stellenwert. Gleichzeitig wird dadurch, dass der wahnhaft antisemitisch markierte „Feind“ als weltumspannende, hinter den Kulissen wirkende Macht vorgestellt wird, dem Antisemiten irgendeine Art von länderübergreifendem Zusammenschluss nahegelegt. Auch Hannah Arendt unterstrich das internationale Moment des Antisemitismus: „Mit anderen Worten, der moderne Antisemitismus war nie bloß eine Angelegenheit des extremen Nationalismus: von Anfang an wurde er als Internationale betrieben.“⁴ Gerade bei „Grenzdeutschen“ fand dies einen besonders fruchtbaren Boden. So ist es wohl kein Zufall, dass mit Hans Krebs ein sudetendeutscher Nationalsozialist sich berufen fühlte, diese Aufgabe zu übernehmen.

Dabei muss man natürlich die Frage stellen, wie diese Netzwerke im Detail aussahen. Da es sich um Netzwerke antisemitischer Ideologen handelte,

1 Hans Krebs/Otto Prager, Vorwort, in: Dies. (Hg.), Die Weltfront. Eine Sammlung von Aufsätzen antisemitischer Führer aller Völker, Aussig 1926, 3-4, 3.

2 Zur Person Hans Krebs siehe weiter unten. Über den zweiten Herausgeber des Bandes, Otto Prager, konnte nichts ermittelt werden. Es besteht der Verdacht, dass es sich um ein Pseudonym handelt.

3 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1976, 79.

4 Hannah Arendt, Antisemitismus und die faschistische Internationale, in: Dies.: Nach Auschwitz. Essays und Kommentare 1, Berlin 1989, 31-48, 32.

sollen ein paar Überlegungen zu den Besonderheiten, die solche Netzwerke aufweisen, vorausgeschickt werden.

Es gibt im spezifischen Inhalt, um den sich diese Netzwerke bilden Tendenzen, die diese festigen, als auch Gegenteilstendenzen, die diese lösen. Zunächst schweißt die totale Feindbestimmung natürlich die Netzwerke zusammen: „Die Geschichte ist eine Verschwörung, in Gang gesetzt von dämonischen Kräften von fast transzendentaler Macht, und was man anscheinend braucht, um sie zu besiegen, sind nicht die üblichen Methoden des politischen Kompromisses, sondern ein regelrechter Kreuzzug“. ⁵ Die sich auf dieser Mission Wählenden suggerieren sich und anderen immer wieder einen Status als eingeschworener Kreis. Sie „erhalten vermeintliche Insider-Informationen, werden ins Vertrauen gezogen, als Angehörige der Elite behandelt, die es verdienen, die schaurigen Geheimnisse zu kennen, die Außenseitern verborgen bleiben“. ⁶

Gleichzeitig zeichnet ein solches Netzwerk, das Fehlen eines sachlichen Substrats aus, das dem Netzwerk Stabilität gibt. Theodor W. Adorno verweist auf das Beispiel eines Agitators, der sein Publikum anwies „generell dem Rat ihrer Führer zu folgen, ohne genauer anzugeben, welche Art von Führern er meinte“. ⁷ Dieser fehlende Inhalt fordert Konflikte innerhalb der Netzwerke geradezu heraus. Dazu kommt eine Faszination für den Untergang, der die antisemitische Propaganda ausmacht: „Während sie vor der drohenden Gefahr warnen, versetzt die Vorstellung des unvermeidlichen Verderbens sie und ihre Zuhörer in Erregung, wobei sie nicht einmal zwischen der Vernichtung ihrer Feinde und ihrer eigenen Vernichtung klar unterscheiden.“ ⁸ Diese widerstreitenden Tendenzen lassen die Netzwerke notwendigerweise prekär werden.

Wie sehr aber die antisemitische Paranoia die Weltsicht und auch das tägliche Leben der einzelnen Akteur:innen ⁹ prägte und wie sehr die frei flottierende Projektion Zusammenschlüsse und Netzwerke prekär machte, weil sich der Vorwurf, selbst Teil einer Verschwörung zu sein, auch gegen Antisemiten wenden kann, sei an einer etwas absurden, aber erhellenden Anekdote verdeutlicht. Ende Mai 1941 erhielt Hans Krebs, damals schon Präsident des Regierungsbezirks Aussig, Post von seinem Namensvetter Oskar Krebs, ebenfalls ein alter Kämpfer des Nationalsozialismus, der ihm sein Leid

5 Richard Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays*, Chicago 1979, zit. n. Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, München 2007, 99.

6 Theodor W. Adorno, *Antisemitismus und faschistische Propaganda*, in: Ernst Simmel (Hg.), *Antisemitismus*, Frankfurt/Main 2002, 148-162, 150.

7 Ebd., 158.

8 Ebd., 161.

9 Bei allen in diesem Beitrag vorkommenden Akteuren handelt es sich um Männer. Zur Frage, ob es Spezifika eines weiblichen Antisemitismus gibt, vgl. Ljiljana Radonić, *Die friedfertige Antisemitin? Kritische Theorie über Geschlechterverhältnis und Antisemitismus* (Europäische Hochschulschriften 508), Frankfurt/Main 2004.

klagte: Er sei das Opfer des 1939 erschienen „verleumderischen Artikels Prof. Dr. Rud. Stephans ‚Männerbünde der Vergangenheit‘“ in dem „die ehemaligen Schlaraffia-Mitglieder als Freimaurer, also als Volksverräter bezeichnet werden“.¹⁰ Das Problem war offensichtlich, dass Oskar Krebs selbst Mitglied des kleinbürgerlichen, in Ritterromantik schwelgenden Männerclubs Schlaraffia gewesen war. Seine Versuche, bei seinem Kreisleiter die Sache klarzustellen stieß auf taube Ohren, sodass Oskar Krebs, empört, und um sich als überzeugter und alter Nationalsozialist zu zeigen, diesem an den Kopf warf: „Ich wurde bereits im J. 1929 durch die vorliegende Broschüre Ludendorffs ‚Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse‘ richtig informiert, also zur Zeit als Prof. Stephan noch zu Schule ging.“¹¹ Auch das fruchtete nicht. Oskar Krebs, gegen den sich durch einen Zufall der paranoide Wahn, an dem er teilhaben wollte, gekehrt hatte, klagte davon, das „Gefühl erlittenen Unrechts an meiner derzeitigen und früheren Einstellung“ komme „wieder zum Durchbruch und nagt an Seele und Körper“,¹² damit auch demonstrierend, wie sehr Identität und psychische Konstitution des Antisemiten vom Antisemitismus bestimmt sind.

Im folgenden Beitrag soll also Krebs' Sammelband gleichsam als Sonde dienen, um der Frage nachzugehen, wie diese grenzüberschreitenden Verknüpfungsversuche konkret aussahen, wie haltbar diese Netzwerke waren, und ob und wenn ja welchen Transformationen sie unterlagen. Zunächst soll aber das Umfeld aus dem Krebs kam, beleuchtet werden.

Nationalsozialismus als grenzüberschreitende Bewegung

Hans Krebs, der für die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) im Prager Parlament saß und dessen Karriere sich durch eine enge Verbindung zu Wien und Österreich auszeichnete, brachte für diese grenzüberschreitende Tätigkeit alle Voraussetzungen mit. Die „Grenzlanddeutschen“ spielten in der Entwicklung der völkischen und frühen nationalsozialistischen Bewegung überhaupt eine zentrale Rolle. Gerade in den böhmischen Ländern entwickelte sich aus der alldeutschen und antisemitischen Bewegung Georg von Schönerers kommend, zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine völkische Arbeiter- und Angestelltenbewegung, die schließlich auch zu der frühen Ausformulierung eines auch sogenannten nationalsozialistischen Programms durch Rudolf Jung¹³ führte. Die Historikerin Eva Hahn

10 Brief Oskar Krebs an Hans Krebs, 24.5.1941, Národní Archiv, Fond DNSAP 744, Karton 1, ič. 13.

11 Ebd.

12 Ebd.

13 Rudolf Jung, Der nationale Sozialismus. Seine Grundlagen, sein Werdegang, seine Ziele, Toppau 1919; Zu dieser Entwicklung vergleiche Michael Wladika, Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k. u. k. Monarchie, Wien 2005, 516-615.

hebt diese Wurzel des Nationalsozialismus hervor: Ignoriere man diese, übersehe man leicht, „daß sich die Partei Hitlers selbst als eine grenzübergreifende und keineswegs nur als eine im Deutschen Reich wirkende Bewegung verstand“.¹⁴

In dieser Bewegung war auch Krebs aktiv. Man kann seine Vita fast exemplarisch für dieses grenzüberschreitende Moment nennen, das natürlich erst nach dem Zerfall der Donaumonarchie nach dem Ersten Weltkrieg voll zu tragen kam. Krebs pflegte, aus Jihlava/Iglau kommend, enge Beziehungen sowohl nach Wien als auch nach Deutschland. So unterstrich er 1932 beim Ausfüllen des Fragebogens bezüglich seiner Biografie für das Munzinger-Archiv¹⁵ unter dem Punkt „Jugend und Erziehung“ neben seinem böhmischen Herkunftsort seine Tätigkeit in Wien: „Mit 22 Jahren in Wien, Generalsekretär der Zentralkommission deutscher Arbeitnehmerverbände Oesterreichs. Seit 1911-1914 Redakteur der parlament. ‚Deutschen Arbeiter-Korrespondenz‘ (Wien I. Parlament).“¹⁶ Seine weitere Karriere führte ihn nach dem Ersten Weltkrieg in die neu gegründete Tschechoslowakische Republik, wo er von 1925 bis zur Aberkennung seines Mandats 1933¹⁷ für die DNSAP als Abgeordneter im Parlament tätig war, wie auch als Redakteur des Parteiblatts *Der Tag* in Ústí nad Labem/Aussig. Trotz seiner politischen Funktion in der Tschechoslowakischen Republik nahm er ab 1927 regelmäßig an den Nürnberger Parteitagen der deutschen Schwesterpartei NSDAP als Redner teil.¹⁸ Auch seine Kontakte nach Österreich rissen nicht ab.

1926, dem Jahr, in dem er den antisemitischen Sammelband veröffentlichte, nahm die sozialdemokratische *Arbeiter-Zeitung* Notiz von diesen Aktivitäten, da ein Schreiben Krebs' an Hans Bauer, einen seiner Wiener Parteigenossen durchgesickert war, in dem jener um kompromittierendes Material über den Wiener Finanzstadtrat Hugo Breitner bat, welches in einer antisemitischen Kampagne Verwendung finden sollte. Unter dem Titel „Schuffte

14 Eva Hahn, Über Rudolf Jung und vergessene sudetendeutsche Vorläufer und Mitstreiter Hitlers, in: Hans Henning Hahn (Hg.), Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte. Eine völkische Bewegung in drei Staaten, Frankfurt/Main 2007, 91-144, 105.

15 Das 1913 von Ludwig Munzinger gegründete „Internationale Biographische Archiv“ beschrieb sich selbst 1932 als „zentralgeleitetes Zettelarchiv, das [...] es sich zur Aufgabe macht, der Öffentlichkeit zuverlässiges Material über alle im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten zuzuführen.“ (Beilage zum Fragebogen Hans Krebs, Národní Archiv, Fond DNSAP 744, Karton 1, ič. 13.). Es besteht bis heute.

16 Fragebogen Hans Krebs, Národní Archiv, Fond DNSAP 744, Karton 1, ič. 13.

17 Vgl. Eintrag Hans Krebs der Webseite der Tschechischen Abgeordnetenversammlung, URL: <https://www.psp.cz/sqw/detail.sqw?id=2301&org=291> (abgerufen 27.4.2022).

18 Vgl. Andreas Luh, Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei im Sudetenland: Völkische Arbeiterpartei und faschistische Bewegung, in: Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 32 (1991), 23-38, 28.

am Werk! Wie Verleumdungen entstehen“¹⁹ wird Krebs' Brief dokumentiert, in dem dieser schreibt: „Wir müssen die Juden durch Ueberweisung ihrer Lügen in der Arbeiterschaft entlarven. [...] In den nächsten Tagen kommt Parteigenosse Otto Pauler aus Bilin (Böhmen) zu Ihnen, um in der Judenfrage mit Ihnen zu sprechen.“²⁰ Auch wenn die *Arbeiter-Zeitung* in ihrer Polemik diese antisemitische Stoßrichtung nicht als solche benannte, fiel ihr doch die grenzüberschreitende Taktik auf und ihre Kritik an der versuchten Verleumdung harsch aus:

„Wir konnten nicht feststellen, was an Niedertracht das Trifolium der drei Ehrenmänner [...] schließlich zusammengebraut hat, was [...] in Wien erfunden und geliefert, in der Tschechoslowakei dann als Tatsachen adjustiert und verbreitet wurde. Das Dokument gewährt einen erschreckenden Einblick in die Werkstatt der Lumpen, die sich allerorten ohne Unterschied der Partei und der Konfession zusammengetan haben, die Partei der Arbeiter und ihre Vertrauensmänner zu verleumden und zu meucheln. [...] [D]ie österreichische Sozialdemokratie hat Ursache, auf ihre Gegner stolz zu sein!“²¹

Zwei Jahre später, 1928, wurde Krebs schließlich auf einen Zuruf aus München zum Landesleiter der österreichischen Nationalsozialisten ernannt, um die heillos zerstrittenen Flügel der Bewegung zu versöhnen. Neben der stärker auf die deutsche Partei ausgerichteten Hitlerbewegung gab es die aus der völkischen Arbeiterbewegung kommende Gruppe um Karl Schulz, die sich nicht ohne Weiteres direkt Hitler unterstellen wollte.²² Obwohl - oder vielleicht gerade, weil - Krebs zu diesem Flügel Verbindungen hatte (so hatte er mit Walter Gattermayer, einem Schulz-Mann, schon vor dem Ersten Weltkrieg zusammengearbeitet), war das Ergebnis dieses Versöhnungsversuchs zwiespältig. Zwar ließ Krebs Erfolgsmeldungen publizieren²³ und behauptete in einer Denkschrift, er habe „sowohl in der Partei als auch in den Kampforganisationen und in der Hitlerjugend Ordnung“²⁴ geschaffen, allerdings meldete sein alter Parteigenosse Leo Haubenberger, der schon zu dem Sammelband 1926

19 Schufte am Werk! Wie Verleumdungen entstehen, *Arbeiter-Zeitung*, Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs, 31.12.1926, 6.

20 Ebd.

21 Ebd.

22 Vgl. Gerhard Jagschitz, Die Nationalsozialistische Partei, in: Emmerich Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hanisch/Anton Staudinger (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Erste Republik 1918-1933*, Wien 1995, 231-244, 235.

23 Einigung der Nationalsozialisten Oesterreichs, *Freie Stimmen. Deutsche Kärntner Landeszeitung*, 3.10.1929, 2.

24 NSDAP-Personalakte Krebs, Berlin Document Center: Denkschrift des Pg. Hans Krebs, zit. n. Luh, DSNAP im Sudetenland, 28.

beigetragen hatte, Zweifel an, indem er beklagte, es habe keine „andere Partei in Österreich [...] einen so großen Führerverbrauch wie die unsere“.²⁵

Die Verhandlungen scheiterten schließlich. Krebs kehrte in die Tschechoslowakische Republik zurück, wo er weiter im Rahmen der DNSAP als radikalisierender Faktor wirkte. Er half dabei, deren paramilitärische Organisation, getarnt als Sportverband, aufzubauen. Als die Republik 1932 gegen diese Machenschaften im „Volkssportprozess“ in Brno/Brünn vorging, wurde Krebs' Immunität als Abgeordneter aufgehoben. Auch bei der politischen Verwertung dieses Prozesses spielten Verbindungen nach Wien eine Rolle. So erreichte Krebs Anfang Februar 1933 ein Brief aus dem Hause des Anwalts Hans Neuwirth in Znaim, der später als Vertriebenenfunktionär und Geschäftsführer des Collegium Carolinum wirkte.²⁶ In diesem wurde Krebs anwaltliche Hilfe angeboten und bemerkt: „Ich selbst fahre heute nach Wien und spreche dort am 10. im Deutschen Klub über den Brünnner Prozess.“²⁷

Die Verurteilung Krebs' verhinderte das nicht, aber dieser entzog sich der Verhaftung durch eine Flucht nach Deutschland, wo er ab 1933 als Presseferent im Innenministerium sowie ab 1936 im Reichstag weiter gegen die Tschechoslowakische Republik agitierte und in der Volkstumspolitik weiter eine radikalisierende Rolle spielte.²⁸ Nach dem „Münchener Diktat“ 1938 kehrte er schließlich zwar überhäuft mit Titeln (Rang eines Gauleiters ehrenhalber, SS-Brigadeführer, Goldenes Ehrenabzeichen der Partei) in den neugegründeten Gau Sudetenland zurück, nahm dort aber nur den wenig prominenten Posten des Präsidenten des Regierungsbezirks Aussig ein. Als Propagandaredner führte ihn sein Weg aber immer wieder auch nach Österreich, so 1943 nach St. Pölten, wo der „Pg. Krebs“ den Berichten zufolge „[g]anz hervorragend [...] die Zusammenhänge des internationalen Judentums auf[zeigte], ganz gleichgültig, ob Roosevelt oder Stalin sein Beauftragter ist“²⁹ oder in Wien, wo er der „älteren Parteigenossenschaft kein Unbekannter“ sei, und so bei seinem „Erscheinen in der Versammlung lebhaft

25 Haubenbergers Exposé, 30.3.1930, Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Schuhmacher Nr. 305 II, zit. n. Francis L. Carsten, *Faschismus in Österreich*. Von Schönerer zu Hitler, München 1978, 149.

26 Vgl. Tobias Weger, „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955, Frankfurt/Main 2008, 274.

27 Brief Neuwirth an Krebs, 8.2.1933, Národní Archiv, Fond DNSAP 744, Karton 1, ič. 13.

28 Vgl. Ronald M. Smelser, *The Sudeten Problem. 1933–1938 Volkstumspolitik and the Formulation of Nazi Foreign Policy*, Middletown 1975, 86–92.

29 Härtere Tage, entschlossener Glaube. Gauleiter Krebs sprach in einer Großkundgebung der NSDAP in St. Pölten, St. Pöltner Zeitung, 25.3.1943, 7. Angesichts dieser Äußerungen Krebs' scheint es noch absurder, dass der exilierte sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch den Plan hegte, Krebs als angeblich gemäßigten Nationalsozialisten in das Projekt einer sudetendeutschen Exilregierung einzubeziehen. Vgl. dazu Martin K. Bachstein, *Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie*, München 1974, 283; Florian Ruttner, *Pangermanismus, Edvard Beneš und die Kritik des Nationalsozialismus*, Freiburg i. Br. 2019, 246–250.

begrüßt wurde und die Zuhörer wieder in seinen Bann zu ziehen wußte.“³⁰ Da die Durchhalteparolen Krebs' den Ausgang des Krieges aber nicht beeinflussten, konnte die Tschechoslowakische Republik seiner nach 1945 habhaft werden, ihn vor ein Gericht stellen und 1947 hinrichten.

Die antisemitische Internationale

Einerseits stand Krebs mit seinem antisemitischen Sammelband in der Tradition grenzüberschreitender Aktivität, andererseits ging er damit insofern darüber hinaus, als er darin auch den engeren Kreis der Donaumonarchie und des Deutschen Reiches, also den klassischen pangermanischen Bezugsraum, verließ. Das lag aber in der Logik des Antisemitismus, wie schon Arendt bemerkte: „Es ist kein Zufall, daß die Nazis gerade unter den Deutschen im Ausland eine so starke Gefolgschaft hatten und daß die charakteristischsten Abschnitte der Ideologie des Nationalsozialismus als einer internationalen Bewegung in der Tat von Auslandsdeutschen herrühren.“³¹

Aber nicht nur dort wurde die von Arendt hervorgehobenen internationale Vernetzung von Antisemiten vorangetrieben. Schon in der ersten Welle des organisierten Antisemitismus Ende des 19. Jahrhunderts gab es solche Ansätze. Der „Erste Internationale Antijüdische Kongress zu Dresden“ im September 1882 vermerkte in seinem Manifest, wenn er auch „die Details der Modalitäten der Lösung der Judenfrage sonach einstweilen den sich entwickelnden Ereignissen“ überlassen müsse, er es als seine Aufgabe erachte, „das Ingangbringen und die Organisation der gesellschaftlichen internationalen Selbstverteidigung zu veranlassen“.³² Allerdings blieb dieser Versuch, wie auch weitere in den folgenden Jahren hauptsächlich auf Deutschland, Österreich und Ungarn beschränkt.³³ Auch blieb ein nennenswerter Widerhall, wenn man von spöttischen Kommentaren wie dem der *Neuen Freien Presse* absieht, aus. Im Artikel der *Presse* fragte man sich mit höhnischem Unterton, ob „man lachen oder weinen [soll], wenn man die Berichte über die seltsame Versammlung liest, welche während der letzten zwei Tage in

30 Adolf Hitler rettet Europa vor dem Untergang. Gauleiter e. h. Hans Krebs über den Entscheidungskampf der Nation, Wiener Kronen Zeitung, 23.3.1943, 3.

31 Arendt, *Faschistische Internationale*, 38.

32 Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, Manifest an die Regierungen und Völker der durch das Judentum gefährdeten christlichen Staaten, URL: https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/417_Manifest_Antijuedischen%20Kongresses_118.pdf (abgerufen 30.11.2021).

33 Vgl. Ulrich Wyrwa, Die Internationalen Antijüdischen Kongresse von 1882 und 1883 in Dresden und Chemnitz. Zum Antisemitismus als europäische Bewegung, URL: <https://www.europa.clio-online.de/essay/id/fdae-1481> (abgerufen 30.11.2021); Ders.: Antisemitenkongresse, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin-Boston 2011, 5-7.

Dresden unter dem Namen eines ‚Antisemiten-Congresses‘ tagte?“³⁴ Dieses Unterschätzen der Dynamik und der Gefährlichkeit des Antisemitismus rächte sich aber spätestens nach dem Ersten Weltkrieg. Arendt weist dabei auf die zentrale Rolle der „Protokolle der Weisen von Zion“ hin, die antisemitische Verschwörungphantasien beflügelten. Auch unterstrich sie, dass bei diesen weniger die Frage von Interesse sei, wie zum hundertsten Mal die Tatsache, dass diese eine Fälschung seien, am besten bewiesen werden könnte, sondern warum sie immer noch geglaubt werden und erfolgreich sind. Es ist also mehr eine Frage der psychischen Bedürfnisse des Antisemiten, die ihn an die „Protokolle“ glauben lassen wollen. Arendt bezieht sich dabei auf die Arbeit Alexander Steins, der schon 1936 im Prager Exil die Schrift „Adolf Hitler: Schüler der Weisen von Zion“ verfasste und dort zeigte, wie sehr die praktische nationalsozialistische Politik dem, was im antisemitischen projektiven Wahn Juden und Jüdinnen zugeschrieben wurde, folgte und es selbst vorantrieb.³⁵ Diese Projektionsleistung, die den Antisemitismus auszeichnet, geht einher mit einem Ausfall der Reflexion beim Individuum, wie auch Adorno festhielt: „Anstatt der Stimme des Gewissens hört es Stimmen; anstatt in sich zu gehen, um das Protokoll der eigenen Machtgier aufzunehmen, schreibt es die Protokolle der Weisen von Zion den anderen zu.“³⁶

Diese Projektionsleistung fand dann auch am Wiener Antisemitentag 1921, der nach dem Ersten Weltkrieg die Tradition aus den 1880er-Jahren wieder aufnahm, ihren Ausdruck, als Walter Riehl, ein ursprünglich sozialdemokratischer Parteigänger aus Wiener Neustadt, der um die Jahrhundertwende als Staatsbediensteter in Nordböhmen zu einem Nationalsozialisten der ersten Stunde wurde, in seiner Rede forderte: „Die große Aufgabe einer zwischenvölkischen Schutzstelle der arischen Völker Europas, die als Gegenorganisation gegen die Alliance Israélite gedacht sein muß, wird es sein, zu verhindern, daß aus den Gegensätzen der europäischen Völker untereinander das Judentum jene Riemen schneidet, mit denen es alle miteinander schließlich und endlich doch unter ihre Fuchtel bringt.“³⁷

34 Wien, 13. September, *Neue Freie Presse*, 14.9.1882, 1.

35 Vgl. Alexander Stein, *Adolf Hitler, Schüler der „Weisen von Zion“*, Freiburg i. Br. 2011, 161.

36 Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente* (Adorno Gesammelte Schriften Bd. 3), Frankfurt/Main 1997, 214.

37 Die erste zwischenvölkische Antisemitentagung in Wien, *Der eiserne Besen*, 20.2.1921, 4. Zum Wiener Antisemitentag 1921 vergleiche auch den Beitrag Klaus Taschwers in diesem Band, dem ich auch für den Hinweis auf diese Quelle danke. Auf diesem Antisemitentag ergriff übrigens auch Krebs' alter Kampfgefährte aus der völkischen Gewerkschaftsbewegung, Walter Gattermayer, das Wort, er geißelte den „Einfluß des jüdischen Geistes auf die Bestrebungen der Arbeitnehmerschaft“. Vgl. ebd. Wie eng die Verbindungen waren, zeigt auch, dass *Der eiserne Besen* 1926 in Krebs' Buch beworben wurde.

Diese Besessenheit, das eigene Handeln und die eigenen Organisationsformen an dem selbst herbeiphantasierten Feindbild zu orientieren, findet sich dann auch in vielen antisemitischen Zusammenschlüssen. So organisierte sich nicht nur der Germanenorden in Deutschland, der um 1921 eine terroristischen Geheimorganisation bildete, nach dem Vorbild der Freimaurer,³⁸ auch die Regeln der Deutschen Gemeinschaft, die ab 1919 in Wien gegen die „Juden“, Linke, und alles, was ihr als „ungerade“ erschien, konspirierte, „orientierte sich in vielen Aspekten an jenen der Freimaurerei“.³⁹

Vor diesem Hintergrund ist nun die Publikation Krebs' aus dem Jahre 1926 zu sehen, die jetzt näher betrachtet werden soll. Sie sollte ein Schritt hin zu einer wie von Riehl projektierten antisemitischen Organisation sein oder zumindest die publizistische Vorarbeit dazu.

„Die Weltfront“ als Versuch einer internationalen Netzwerkbildung

Liest man das Vorwort zu Krebs' Sammelband, in dem er dessen Intention noch einmal klarstellt, fallen drei Dinge auf. Zunächst einmal, wie schon in der Wendung von der „völkerverbindenden Kraft des Antisemitismus“ angedeutet, die fast antinationale Stoßrichtung, die dazu dient, den Antisemitismus⁴⁰ zu unterstreichen:

„Soll der Kampf gegen den Judaismus siegreich zu Ende geführt werden, muß vorerst den Völkern die Brille des Chauvinismus von den Augen gerissen werden, durch die sie im Nachbarvolk den Feind sehen. Die Völker müssen klar sehen lernen, dann werden sie sehr bald ihren einzig wahren Gegner, Erzfeind Israel, erkennen.“⁴¹

Auch wenn mit der Nennung des Chauvinismus eine Spitze gegen Frankreich intendiert sein kann, wird hier doch einem Ethnopluralismus das Wort geredet, was Arendts These vom internationalen Charakter der antisemitischen Bewegung unterstreicht. Dieser Ethnopluralismus, der nicht nur angeblich natürliche „Völker“ konstruiert, sondern diese auch in einem unversöhnlichen Gegensatz zu dem als abstrakt und kosmopolitisch imaginierten „Juden“ sieht, zieht sich auch wie ein roter Faden in der einen oder anderen Form durch die meisten Beiträge des Bandes. Durch diesen gemeinsamen

38 Vgl. Martin Sabrow, Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar (Schriftreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Bd. 69), München 1994, 46.

39 Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer, Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg, Wien 2020, 95. Germanenorden und Deutsche Gemeinschaft hatten auch die Bezeichnung „Burg“ für die Organisation gemeinsam. Vgl. Sabrow, Rathenaumord, 47; Huber/Erker/Taschwer, Der Deutsche Klub, 94.

40 Krebs/Prager, Vorwort, 3.

41 Ebd., 4.

Feind sollen auch die Konflikte zwischen den einzelnen „Völkern“ überdeckt werden.⁴² Des Bekanntheitsgrades des Autors wegen sei hier nur aus dem Beitrag Alfred Rosenbergs zitiert, der konstatiert, dass der „frühere Nationalismus in allen Staaten versagt hat“.⁴³ Da die von ihm in klassischer antisemitischer Weise mit dem „Juden“ identifizierte Geld- und Zirkulationssphäre grenzüberschreitend sei, sei auch der traditionelle Nationalismus passé: „Deshalb ist der Kampf mit dem Enderfolg der Befreiung aller Nationen von der unsittlichen Weltherrschaft des Geldes und der Herren des Geldes, der Juden, nur durch einen geschlossenen Einsatz aller Europäer möglich.“⁴⁴

Der zweite Punkt, der ins Auge sticht, ist das Fehlen einer nur biologischen und rassistischen Argumentation des Antisemitismus; es gehe gegen „den Juden als Träger des jüdischen Geistes“.⁴⁵ Dies ermöglicht dann auch drittens, die Fühler hin zu rechtskatholischen Antisemiten auszustrecken. Der Antisemitismus sei die „wahre glühende Liebe zur eigenen Nation und ihrer Kultur, er ist die nationale Reformationsbewegung der ario-christlichen Kultur“.⁴⁶ Diese imaginierte Gemeinschaft wird gegen alle Übel, die mit der Moderne in Zusammenhang gesehen werden, in Anschlag gebracht: „Der Kapitalismus, der im Grunde genommen nur goldenen Bolschewismus darstellt [...] war von jeher dem arischen Geiste fremd, er widerspricht aber auch den Lehren der christlichen Religion.“⁴⁷

Dieser Versuch des Brückenschlags hin zum Rechtskatholizismus spiegelt sich auch in den Beiträgen von Krebs' und Pragers Sammelband wider. Von den 22 Beiträgen lassen sich fünf diesem Spektrum zuordnen. Die meisten Autoren dieser Beiträge stehen mit der „Agenzia urbs“ in Verbindung, einem katholischen antimodernistischen Netzwerk, das in den frühen 1920er-Jahren von Umberto Beghini gegründet worden war und in romanischen Län-

42 Es ist daher kein Wunder, dass diese Ideologie auch in jüngerer Zeit immer wieder von der Neuen Rechten und von Identitären übernommen wurde, um zu zeigen, wie wenig man doch mit dem Nationalsozialismus gemein habe. Diesem Manöver kommt ein verbreitetes Bild des Nationalsozialismus entgegen, das den Antisemitismus als Unterform des Rassismus missversteht und so genau dessen internationales Moment verfehlt. Zur Funktion des Ethnopluralismus vgl. Julian Bruns/Natascha Strobl, Eine schrecklich nette Familie. Zum Verhältnis der Identitären und der Neuen Rechten, in: Friedrich Burschel (Hg.), Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Berlin 2020, 229-251, 245-248.

43 Alfred Rosenberg, Die Krise des nationalen und sozialen Gedankens, in: Krebs/Prager (Hg.), Weltfront, 20-22, 20.

44 Ebd., 21.

45 Krebs/Prager, Vorwort, 4.

46 Ebd.

47 Ebd.

dem aktiv war.⁴⁸ Das quantitative Ungleichgewicht bei den Artikeln zeigt aber auch, dass dieser Brückenschlag nur teilweise gelang.

Der Anspruch hingegen, eine Plattform für internationale Beiträge zu sein, wurde eingelöst. Der Band präsentiert Beiträge aus 16 verschiedenen Ländern. Diese Zahl ist insofern bereinigt, als ein Autor, der Österreicher Georg Anton de Pottere, von dem gleich noch die Rede sein wird, unter dem Pseudonym „Egon van Wingham, Rotterdam“⁴⁹ schrieb. De Pottere nutzte dieses Pseudonym offenbar häufiger. Es hatte in diesem Zusammenhang den Nebeneffekt, die Niederlande in der Liste der vertretenen Länder hinzuzufügen. Aber ganz abgesehen von dieser Trickserei gelang es Krebs, über den bisher von den früheren Internationalisierungsversuchen abgedeckten Raum (Deutschland, die deutschsprachigen Gebiete des ehemaligen Cisleithaniens und Ungarns) deutlich hinauszugehen. Diese Länder bilden zwar nach wie vor quantitativ den Schwerpunkt (drei Artikel aus Deutschland, drei aus Österreich, zwei aus der Tschechoslowakischen Republik und einer aus Ungarn). Es sind aber auch Beiträge aus romanischen (Italien, Frankreich und Rumänien), slawischen (Russland - allerdings von einem in Paris weilenden Exilanten, Polen, Slowenien und Bulgarien), skandinavischen Ländern (Norwegen und Dänemark) und der Schweiz präsent. Es wurden sogar drei Autoren aus nordafrikanischen Ländern aufgeboten: Zwei Beiträge stammen aus Algerien, wo antisemitische Franzosen, organisiert in der Unions Latines, immer noch gegen das sogenannte Crémieux-Dekret von 1870 agitierten, das den algerischen Juden und Jüdinnen die rechtliche Gleichstellung sicherte.⁵⁰ Aus Ägypten berichtete ein Korrespondent der „Agenzia urbs“, wie sehr nicht ein Franziskaner, der als Lehrer der St. Katharinenschule in Alexandria arbeitete, wegen „15 zionistischen Juden“,⁵¹ unter seinen Schülern zu leiden hätte, die es sich nicht gefallen ließen, dass jener Lehrer Ritualmordlegenden verbreitete. Denn die Gymnasiasten, an einer französischsprachigen Zeitung⁵² geschult, oder wie der rechtskatholische Korrespondent es nannte, „die eifrig das Schandblatt ‚Aurore‘ lesen“,⁵³ wandten sich an diese Zeitung,

48 Vgl. Benigni, Umberto, Istituto Giovanni Treccani, URL: https://www.treccani.it/enciclopedia/umberto-benigni_%28Dizionario-Biografico%29/ (abgerufen 30.11.2021).

49 Egon van Wingham [Georg Anton de Pottere], Die ethisch-kulturelle Bedeutung des Kampfes gegen den Judentum, in: Krebs/Prager (Hg.), Weltfront, II-19, 11.

50 Vgl. Götz Nordbruch, Crémieux-Dekret (1870), in: Benz (Hg.), Handbuch, Bd. 4, 78; Samuel Kalman, French Colonial Fascism. The Extreme Right in Algeria 1919-1939, New York 2013, 35.

51 Rachid, Die ägyptische Plage, in: Krebs/Prager (Hg.), Weltfront, 79-84, 80.

52 Es handelte sich dabei um die von Lucien Scitton herausgegebene „L'Aurore. Journal d'information Juives“. Zur Geschichte des Blattes vgl. URL: <https://www.nli.org.il/en/newspapers/lauror> (abgerufen 29.11.2021).

53 Rachid, Ägyptische Plage, 80.

die das Thema aufgriff und einer scharfen Kritik an der Verbreitung des Antisemitismus am 15. Mai 1925 die Titelseite widmete.⁵⁴ Die Leitung der Schule musste sich offiziell entschuldigen, was der antisemitische Korrespondent als Verrat einer korrupten Führung darstellte, gegen die er wüste Drohungen ausstieß, von denen die folgende noch die zivilisierteste ist: „Denn in fünf Erdteilen erhebt unbeugsam die christliche Wiedergenesung, die soziale Abwehr. Sie hat das Gewissen, das die obengenannten Herren nicht haben; aber sie hat auch ihre Krallen und läßt mit sich nicht spaßen.“⁵⁵ Dieser Beitrag wirft auch ein Schlaglicht darauf, wie in den 1920er-Jahren in Ägypten Aktionen gegen das Aufkommen des Antisemitismus durchaus nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt waren, wie auch darauf, dass 1926 der Antisemitismus des politischen Islam, der sich erst 1928 mit der Gründung der Muslimbrüderschaft eine moderne organisatorische Form gab,⁵⁶ europäischen Antisemiten noch nicht als Bündnispartner attraktiv erschien. Das sollte sich aber bald ändern. Schon 1935 wurde auf einem vom „Welt-Dienst“, einem ideellen und in mancher Hinsicht auch personellen Nachfolgeprojekt von Krebs' Vernetzungsversuch organisierten Kongress diskutiert, dass weder der Name „Pan-arische Liga“ noch ein Name, der „christlich“ enthalte, eine gute Wahl für eine Plattform wäre, da das die ebenfalls anwesende Vertreter arabischer und islamistischer Organisationen ausschließen würde.⁵⁷

Überhaupt kann Krebs' Buch auch als Klammer gesehen werden, die mehrere Generationen von Antisemiten zusammenbrachte. Denn wenn man die Autoren unter diesem Aspekt betrachtet, spannt sich der Bogen von Theodor Fritsch bis hin zu Georg Anton de Pottere.

Fritsch, ein völkischer Antisemit der ersten Stunde, war mit seinem Leipziger Hammer-Verlag, in dem so ziemlich alle bekannten einschlägigen antisemitischen Machwerke wie auch die Zeitschrift *Hammer - Blätter für deutschen Sinn* erschienen, einer der wichtigsten Propagandisten des Antisemitismus in Deutschland seit den 1880er-Jahren. Er war so erfolgreich, dass er von seiner publizistischen Tätigkeit ein Auskommen finden konnte.⁵⁸

54 Un scandale dans une école congréganiste. La légende du „meurtre rituel“ enseignée en classe, *L'Aurore*, 15.5.1925, 1. Online unter der URL: <https://www.nli.org.il/en/newspapers/lauror> (abgerufen 29.11.2021).

55 Rachid, *Ägyptische Plage*, 82.

56 Vgl. Matthias Künzel, *Dжихad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg*, Freiburg i. Br. 2002, 17-24.

57 Vgl. Louis W. Bondy, *Racketeers of Hatred. Julius Streicher and the Jew baiter's International*, London 1946, 245.

58 Vgl. Paul W. Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus* (Frankfurter Beiträge zur Soziologie Bd. 8), Frankfurt/Main 1959, 88; Julian Köck, *Völkische Publizistik als Lebensmodell. Zum sozialen Typus des völkischen Publizisten*, in: *Archiv für die Geschichte des Buchwesens* 72 (2017), 149-171, 152.

Darüber hinaus war Fritsch auch in zahlreichen antisemitischen Vereinigungen führend tätig (Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Germanenorden, Reichshammerbund).⁵⁹ Im Sammelband war er mit gleich zwei Beiträgen vertreten (einer unter dem Pseudonym Ferdinand Roderich-Stoltheim).

De Potteres Beitrag, der wie schon erwähnt ebenfalls unter Pseudonym erschien, zählt zu den programmatischen Texten des Bandes. Sein Text bietet fast das gesamte Arsenal antisemitischer Wahnvorstellungen auf und ist auch deshalb bemerkenswert, weil er auch heute wieder verbreitete Ideologeme im Horizont der 1920er-Jahre formuliert. Wird heute behauptet, ein „großer Austausch“ bedrohe die Identität der Völker, so warnt de Pottere: „Wer sich dieses Einssein mit seinen Vorfahren durch fremde Betörer und Verführer nehmen läßt, verliert den Zusammenhang mit seiner Kultur und wird ethisch haltlos.“⁶⁰ Und das Raunen die „Lügenpresse“ und darüber, eine jüdische Verschwörung würde das Internet kontrollieren und die Wahrheit unterdrücken wurde damals so formuliert: „Dieses Halten in Blindheit der arischen Öffentlichkeit wird dem jüdischen Schmock dadurch ermöglicht, daß sich die den Draht, das Kabel, die Radiotelegraphie monopolisierenden Nachrichten-Agenturen durchwegs bereits in den Händen seiner Rasse befinden.“⁶¹ Der Text ist auch deshalb interessant, da de Pottere darin eine Übersicht über die antisemitische Textproduktion seiner Zeit gibt: Von Arthur Dinter über Friedrich Wichtl zu Henry Ford wird fast jeder einschlägige Autor als Leseempfehlung genannt.

Dieses verschwörungstheoretische Wissen eignete sich de Pottere, ein ehemaliger ungarischer Konsul in Moskau, seit den frühen 1920er-Jahren an, als er sich zwischen Wien, München und Paris in der einschlägigen Szene herumtrieb und zu einem zentralen und frühen (schon 1931) Propagandisten der Deportation aller Juden und Jüdinnen nach Madagaskar wurde.⁶²

1933 gründete er zusammen mit Ulrich Fleischhauer in Erfurt den schon erwähnten und phasenweise reichweitenstarken „Welt-Dienst“, der antisemitische Pamphlete in mehreren Sprachen herausgab und damit die Vernetzungsarbeit auf ein neues Niveau hob.⁶³ Allerdings überwarf sich de Pottere 1936 mit Fleischhauer und gründete 1937 im austrofaschistischen Wien die Pan-arische Union,⁶⁴ gleichsam als Konkurrenzunternehmen. Der Welt-

59 Vgl. die entsprechenden Einträge in Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin-Boston 2012.

60 Van Winghene, Bedeutung des Kampfes, 13.

61 Ebd., 15.

62 Vgl. Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden“: Antisemitische Idee und politische Praxis 1885-1945 (Studien zur Zeitgeschichte 53), München 1998, 38-43.

63 Vgl. Michael Hagemeister, Welt-Dienst, in: Benz, Handbuch Bd. 5, 644-646, 644. Zum Netzwerk und den Aktivitäten des Welt-Diensts vgl. Bondy, Raketeers.

64 Vgl. Philipp Rohrbach, Pan-arische Union, in: Benz, Handbuch Bd. 5, 480-481, 480.

Dienst, der nach außen hin immer seine Unabhängigkeit betont hatte, wurde 1938 in das von Alfred Rosenberg vorangetriebene „Institut zur Erforschung der Judenfrage“ integriert, wobei Fleischhauer geschasst wurde.

Neben de Pottere sind noch drei weitere Bezüge des Sammelbandes zu Österreich zu erwähnen, die zeigen, wie sich dieses Land in das antisemitische Netzwerk einbrachte: Zwei Artikel von österreichischen Nationalsozialisten, die die Verbundenheit der Partei mit der völkischen Gewerkschaftsbewegung dokumentieren und eine Erwähnung der Rolle der Universität Wien als Ausgangspunkt für antisemitische Propaganda im Ausland.

Beim ersten Autor handelt es sich um den Studenten der Veterinärmedizin und Vorsitzenden der nationalsozialistischen Jugendvereinigung Adolf Bauer, der in den 1920er-Jahren als Autor mehrerer Flugblätter und Erzählungen aufscheint, in denen sich Misogynie, Sexualneid und Antisemitismus verbinden.⁶⁵ In Krebs' Sammelband propagierte er, ganz organischen Staatsvorstellungen verpflichtet, den Einbau der Arbeiter als „Träger der Arbeit“⁶⁶ in die Volksgemeinschaft, um dem Judentum die Waffe des Klassenhasses aus der Hand zu schlagen.⁶⁷

Der zweite Beitrag stammt von Leo Haubenberger, der aus der völkischen Gewerkschaftsbewegung kam, zu deren Geschichte er publizierte⁶⁸ und der für die NSDAP sowohl im Bundesrat als auch im Gefängnis saß.⁶⁹ In seinem Beitrag verbreitert er sich über „Judentum und Freimaurerei“⁷⁰, einem Thema, zu dem er schon 1923 publizierte.⁷¹ Auch dieser Beitrag, der von der üblichen antisemitischen Vorstellung ausgeht, dass „Judentum und Freimaurerei mit einander identisch sind“,⁷² geht in keiner Weise über die

65 Vgl. Johanna Gehmacher, Antisemitismus und Krise des Geschlechterverhältnisses, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 4 (1992), 425-447, 434. In Andreas Hubers Mitgliederliste des Deutschen Klubs vom 30. September 1939, URL: www.academia.edu/42097329/Mitgliederverzeichnis_des_Deutschen_Klubs_vom_30_September_1939 (abgerufen 29.11.2021) wird ebenfalls ein Adolf Bauer geführt, als Beruf wird allerdings „Fabrikdirektor“ genannt. Ob es hier um dieselbe Person handelt konnte nicht ermittelt werden.

66 Adolf Bauer, Das soziale Problem und die Judenfrage, in: Krebs/Prager, Weltfront, 28-32, 31.

67 Zur Kritik solcher Vorstellungen vgl. Nikolas Lelle, Hinter dem Ruf nach deutscher Arbeit verschanzte sich die Volksgemeinschaft, in: Charlotte Busch/Martin Gehrlein/Tom David Uhlig (Hg.), Schiefheilungen. Zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus, Wiesbaden 2016, 179-200; Stephan Grigat, Kritik der Arbeit. Produktivitätswahn, Antisemitismus und das gute Leben, in: Talente 28 (2017), 34-50.

68 Vgl. Leo Haubenberger, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, Wien 1922.

69 Vgl. Biografie von Leo Haubenberger, URL: https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00529/index.shtml (abgerufen 29.11.2021).

70 Leo Haubenberger, Judentum und Freimaurerei, in: Krebs/Prager (Hg.), Weltfront, 52-55, 52.

71 Leo Haubenberger, Es werde Licht! Kurze Darstellung über Wesen und Wirken des internationalen Geheimbundes der Freimaurer, Wien 1923.

72 Haubenberger, Judentum, 54.

Bild online nicht verfügbar.

Staatsbesuch des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern Wilhelm Frick in Süddeutschland (ohne Ortsangaben). Gauleiter Hans Krebs ist gerade am Wort. Von einem Volksgerichtshof im Prager Parlament wurde er wegen Hochverrats angeklagt und schließlich im Jahr 1947 hingerichtet.
| *Deutsches Bundesarchiv*

bekanntem Stereotypen und Topoi des Antisemitismus hinaus. Er besteht hauptsächlich aus der Nennung von Namen, die angeblich oder tatsächlich Freimaurer sind. Erwähnenswert ist höchstens, dass er auch die Lüge vom „Staatsrechtslehrer Prof. Kohn-Kelsen (Der Autor der österreichischen Verfassung!)“⁷³ verbreitet, die bis heute nicht ausgestorben ist.⁷⁴

Interessanter, da er Licht auf die Rolle der Universität Wien als Multiplikator des europäischen Antisemitismus wirft, ist der bulgarische Beitrag des Bandes. Dieser berichtet davon, wie ein bulgarischer Akademikerverein an der Universität Wien sich nach einer internen Auseinandersetzung antisemitisch radikalisierte, spaltete und einen Arierparagrafen verpasste.⁷⁵ Über das Ergebnis bemerkt der Autor: „Nun sind aber Hunderte von Akademikern, die alle Mitglieder dieses Vereins in Wien waren, als überzeugte Antisemiten in

73 Ebd., 53. Vergleiche zur zeitgenössischen antisemitischen Diffamierung Hans Kelsens den Beitrag von Péter Tchetet in diesem Band. Neben der antisemitischen Lüge, die Kelsen zum Juden macht, steckt in dem Zitat auch der verbreitete Irrtum, Kelsen zum „Autor“ der Verfassung zu machen.

74 Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Freiheitlicher Antisemitismus. Neues von ganz rechts, URL: <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/juli-2017/freiheitlicher-antisemitismus> (abgerufen 29.11.2021).

75 Um welchen der drei in Frage kommenden bulgarischen Vereine, die im Findbuch des Universitätsarchivs aufscheinen, es sich dabei handelt konnte leider nicht eruiert werden.

die Heimat zurückgekehrt und sie werden es sein, die den Kern der zukünftigen antisemitischen Bewegung in Bulgarien bilden werden.“⁷⁶ Inwieweit diese Einschätzung der Wirklichkeit entspricht oder Wunschenken des Autors ist, kann im Rahmen dieses Textes nicht beantwortet werden.

Die Zweitaufgabe von Krebs' Buch 1935

Krebs' Buch wurde 1935 in zweiter, überarbeiteter Auflage von einer weiteren der vielen untereinander konkurrierenden antisemitischen „Forschungs“-Institutionen des NS-Staates neu herausgegeben, dem „Institut zum Studium der Judenfrage“ (nicht zu verwechseln mit Rosenbergs oben erwähnten Einrichtung), wobei Eugen von Engelhardt, der erste Leiter desselben als Mitherausgeber fungierte. Dieses Berliner Institut wurde vom Propagandaministerium finanziert.⁷⁷ Das Buch wurde im Geleitwort zwar als „wesentlich erweiterte Neuauflage“⁷⁸ angepriesen, aber in Wirklichkeit hatte es völlig Charakter und Funktion geändert. War die Ausgabe von 1926 noch der Versuch, möglichst viele internationale Antisemiten zu Wort kommen zu lassen, um Verbindungen zu knüpfen, so wurde 1935 stärker den Bedürfnissen der aktuellen NS-Außenpolitik angepasst. Es kamen nur noch Autoren aus 16 (nicht mehr 22) verschiedenen Ländern zu Wort, und auch von einer Einbindung der antisemitischen rechtskatholischen Antimodernisten wurde jetzt abgesehen. In der Ausgabe von 1935 sind nur zwei der Beiträge kirchlichen Autoren zuzuordnen, die aber auch eine andere Stoßrichtung haben. Einmal handelt es sich dabei um einen Hirtenbrief von Exilerzbischöfen der russischen Orthodoxie, in dem besonders die Gefahren der Freimaurerei beschworen werden,⁷⁹ und einmal um die Antwort des polnischen Kardinals Aleksander Kakowski auf die 1934 vorgetragene Bitte einer Abordnung polnischer Rabbis, gegen den wachsenden Antisemitismus in Polen aufzutreten.⁸⁰ Die ideologische Bandbreite wurde also verengt und das Buch auf Propaganda

76 Peter Nitskov, Die Juden in Bulgarien, in: Krebs/Prager (Hg.), Weltfront, 76-78, 78.

77 Vgl. Martin Finkenberger, Institut zum Studium der Judenfrage, in: Benz (Hg.) Handbuch Bd. 5, 325-326, 326.

78 Institut zum Studium der Judenfrage, Geleitwort, in: Hans Krebs/Eugen von Engelhardt (Hg.), Die Weltfront. Stimmen zur Judenfrage. Folge 1, Berlin 1935, 7.

79 Konzil der Erzbischöfe der Russischen Rechtsgläubigen Kirche im Auslande, Hirtenbrief an alle in der Zerstreung lebenden Gemeinden der Russischen Rechtsgläubigen Kirche, am 28. August 1932, Sremskije Karlowzy, Südslawien, in: Ebd., 91-100, 99.

80 Aleksander Kardinal Kakowski, Antwort Seiner Eminenz, des Erzbischofs von Polen, an die Abordnung der polnischen Rabbiner am 7. Juni 1934, in: Ebd., 101-104. Der Kardinal ließ es sich nicht nehmen, den Rabbis die Verbreitung von Unmoral und die Beleidigung von Christen durch die Juden vorzuhalten und so den Antisemitismus zu rechtfertigen. Vgl. Alina Cala, Jew. The Eternal Enemy? The History of Antisemitism in Poland (Polish Studie Transdisciplinary Perspectives 22), Berlin 2018, 212-213.

im Sinne der NS-Außenpolitik fokussiert, wobei sich drei Stoßrichtungen ausmachen lassen. Zunächst sollte der internationalen Kritik an den deutschen antisemitischen Maßnahmen entgegengetreten werden.⁸¹ Im Geleitwort wird beklagt, dass nach 1933 das „Judentum aller Länder mit skrupellosen Mitteln den Versuch gemacht“ habe, „Deutschland - das in konsequenter, aber maßvoller Weise an die Lösung des Judenproblems in seinem Staatsgebiet heranging - eine gemeinsame ‚Weltfront‘ der dem Judentum botmäßigen Massen und Mächte entgegensetzen.“ Zentral für diesen Versuch, sich gegen Kritik zu immunisieren, ist dabei der Beitrag des NS-Innenministers Wilhelm Frick, dessen Rede aus 1934 vor dem diplomatischen Korps abgedruckt ist. In dieser vergleicht er die deutschen antisemitischen Maßnahmen mit Regelungen der Einwanderung in die USA und den Bevölkerungsaustausch zwischen der Türkei und Griechenland, um Normalität zu simulieren.⁸²

Zweitens soll ganz im Sinne der Hoffnung auf eine britisch-deutsche Allianz gezeigt werden, dass die britische faschistische Bewegung im Aufwind und das Empire von Zersetzung durch Juden bedroht sei. Dazu wird eine Rede Oswald Mosleys, des Führers der British Union of Fascists (BOF), wiedergegeben, in der dieser meint, das „organisierte Judentum“ habe durch eine antideutsche Politik und Kriegstreiberei „die Interessen des Landes herausgefordert.“⁸³

Drittens soll der Kampf gegen die Regelungen des Friedensvertrags von Versailles verschärft werden, um zunächst im Osten freie Hand zu haben. Auch diese Argumente deckt ein britischer Faschist der BOF ab, John Frederick Charles Fuller, der besonders die Minderheitenschutzregelungen der Vorortverträge ins Visier nimmt: Diese dienten nur zur „Weltzersetzung durch Verseuchung der Friedensverträge durch das Gift Moskaus“, denn „sowohl die Dritte Internationale als auch der Völkerbund setzen sich für internationale Überwachung der Welt ein, einer Welt, die auf der Selbstbestimmung unzufriedener Minderheiten begründet ist“.⁸⁴ Mit dieser Vorstellung von Minderheitenschutz verbindet Fuller dann auch einen Angriff auf die zionistische Bewegung und ihre Bemühungen zur Staatsgründung, was als Hinweis auf die frühe Verquickung von Antizionismus und Antisemitismus genommen werden muss.

Direkt gegen einen Nachbarstaat Deutschlands, die Tschechoslowakische Republik, hetzt noch Hans Krebs mit einem neuen Artikel, in dem er das oft

81 Institut, Geleitwort, 7.

82 Vgl. Wilhelm Frick, Die Rassengesetzgebung des Dritten Reiches. Vortrag des Reichsministers des Inneren Dr. Wilhelm Frick vor dem diplomatischen Korps in Berlin am 5. März 1934, in: Krebs/von Engelhardt (Hg.), Weltfront, 28-41, 30-31.

83 Oswald Mosley, Judentum gegen Faschismus. Rede von Sir Oswald Mosley, Gründer und Führer der British Union of Fascists, in der Albert Hall, London, am 28. Oktober 1934, in: Ebd., 42-49, 45.

84 J.F.C. Fuller, Der Krebschaden Europas, in: Ebd., 65-81, 75.

in der Propaganda wiederholte Bild beschwört, diese Republik sei nur eine jüdische oder freimaurerische Gründung auf dem Rücken der eigentlichen tschechischen und slowakischen Nationalbewegungen.⁸⁵ Es sei auch nur diesem „Einfluß jüdisch-freimaurerischer Politiker“ geschuldet, „daß sich die Tschechoslowakei als Bindeglied zwischen Paris und Moskau hergegeben hat und ganz und gar in das freimaurerisch-kommunistische Bündnissystem eingeordnet wurde.“⁸⁶ Der Text schließt mit der Hoffnung, dass das „Volk mit seinen Verführern und Ausbeutern“, der „Prager Freimaurerclique“, „eine Abrechnung halten“ werde, „die den Weg freimachen wird zur Verständigung“.⁸⁷

Insgesamt ist der Antisemitismus in der Neuauflage also bei weitem zielgerichteter und instrumenteller an der konkreten Außenpolitik Deutschlands orientiert. Alle Kritik an deutschen Verbrechen soll abgeschwächt werden, alle potenziellen Verbündeten einer deutschfreundlichen Politik sollen in den Ländern mobilisiert werden, die Einheit der Staaten, die als Ziele einer Expansionspolitik auserkoren sind, soll erschüttert werden. Dass diese Ziele genau mit subversiven Mitteln verfolgt werden, unterstreicht die Beobachtungen Alexander Steins, der ja in der in der antisemitischen Paranoia eine Projektionsleistung sah. Ganz wurden aber die Verbindungen, die 1926 bestanden, nicht gekappt: Mehrere Beiträge (aus Ungarn und Rumänien) wurden übernommen, ebenso der Beitrag Alfred Rosenbergs. Bemerkenswert in Hinsicht auf die Rolle des Sammelbandes von 1926 als Klammer zwischen den Generationen von Antisemiten ist, dass auch der Beitrag des mittlerweile verstorbenen Theodor Fritsch noch einmal abgedruckt wurde. Allerdings fehlt der Beitrag de Potteres, der ja mittlerweile bei der Konkurrenz, bei Fleischauers Welt-Dienst publizierte.

Die Neuauflage sollte offenbar auch der Auftakt für eine ganze Serie sein, zumindest wurde sie im Untertitel als „Folge 1“ bezeichnet. Zu einer Fortsetzung kam es allerdings nicht. Vermutlich deshalb, weil die internationale antisemitische Propaganda beim Welt-Dienst zentralisiert wurde.

Schlussbemerkungen

Hans Krebs' Sammelband sollte in diesem Beitrag als Sonde genutzt werden, um in das oft unübersichtliche Geflecht antisemitischer Bünde und Organisationen vorzustößen und deren Versuche, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten, zu untersuchen. Der Band kann als Illustration der These Arendts von der internationalen Dynamik der antisemitischen Bewegung angesehen werden. Erfolgreich im Sinne der Bildung eines stabilen Netzwerkes

85 Vgl. Ruttner, Pangermanismus, 20-22.

86 Hans Krebs, Das Judentum in der Tschechoslowakei, in: Krebs/von Engelhardt (Hg.), Weltfront, 50-54, 54.

87 Ebd.

konnte der Versuch schon wegen der paranoiden Natur des Antisemitismus gar nicht sein, die die einzelnen Gruppen stets zu Spaltungen trieb. Wie prekär die Netzwerke von antisemitischen Ideologen sind, fiel auch schon einem frühen Beobachter auf, der den Animositäten innerhalb dieser Netzwerke ein eigenes Kapitel widmete und trocken bemerkt: "To anti-Semites anyone whom they dislike becomes a Jew."⁸⁸ Das, verbunden mit dem Hauen und Stechen um Posten und Ressourcen, ließ die Verbindungen immer wieder zerfallen. Erfolgreich war er nur in der Verbreitung des Wahns und in dessen Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter.

Die Struktur der antisemitischen Netzwerke, ihr wahnhafter Charakter und das Fehlen eines sachlichen Grundes, ermöglichte es auch, dass in der Neuauflage des Sammelbandes die Stoßrichtung des Buches ganz im Sinne der staatlichen Propaganda übernommen werden konnten. Dies darf natürlich nicht als unfreiwillige Instrumentalisierung gesehen werden, im Gegenteil. Es sollte sich ja zeigen, dass der nationalsozialistische Behemoth⁸⁹ dem Wunsch des Antisemiten nach der Vernichtung von Juden und Jüdinnen in bis dahin unvorstellbarem Maße nachkommen würde. Er gab den prekären Netzwerken auch ein Minimum an Kohäsion.

Schließlich soll, gerade da in den Beiträgen dieses Sammelbandes recht aktuell anmutende Figuren verschwörungstheoretischen Denkens in leicht historisiertem Kleid auftauchen, an Arendts Warnung von 1945 erinnert werden:

„Wie man auch immer die Chancen dieser Überlebenspolitik der faschistischen Internationale bemessen möchte, es wurde unmittelbar nach der Bekanntgabe von Hitlers Tod klar, daß der Zusammenbruch Deutschlands, [...] keinesfalls mit dem Verschwinden des Faschismus aus der internationalen Politik identisch war. [...] Sie [die Antisemiten, FR] spekulieren darauf, daß der Nazismus und alle mit ihm verbundenen ideologischen Begriffe nur eine Schlacht, aber nicht den Krieg verloren haben. Und da sie aus Erfahrung wissen, daß sie es mit einer internationalen Bewegung zu tun haben, halten sie die Zerstörung Deutschlands nicht für einen entscheidenden Schlag.“⁹⁰

88 Ebd., 248.

89 Behemoth hier im Sinne Franz L. Neumanns, der den Namen dieses biblischen Ungeheuers als Titel seiner frühen Analyse des Nationalsozialismus wählte, um damit den Unterschied zum klassischen bürgerlichen Staat, den Leviathan zu betonen. Damit verwies Neumann früh auf die dynamische und multipolare Struktur des Nationalsozialismus, in der verschiedene Gruppen in Konkurrenz sich gegenseitig radikalisierten. Vgl. Franz Neumann, *The Structure and Practice of National Socialism, 1933-1944*, 2nd, revised ed. New York, Oxford 1944 und Armin Nolzen, Franz L. Neumanns „Behemoth“. Ein vergessener Klassiker der NS-Forschung, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 1*, Potsdam 2004, H. 1, 150-153.

90 Arendt, *Faschistische Internationale*, 41.

Autor:innen

Tano Bojankin

hat Rechtswissenschaften an der Universität Wien studiert. Er ist Kulturtheoretiker und Gründungsmitglied und Leiter des privaten Instituts für Postayloristische Studien (IPTS). Forschungsschwerpunkte sind Organisationsaufbau im kulturellen und wissenschaftlichen Feld, Unternehmensgeschichte, Wirtschaftskriminalität, Kunstfinanzierung sowie Innovation.

Stefan Eminger

studierte Geschichte und Deutsche Philologie in Wien. Von 2001 bis 2005 war er Lektor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Seit 2006 ist er Leiter des Referats für Zeitgeschichte im Niederösterreichischen Landesarchiv. Ebenso ist er Kurator zeithistorischer Ausstellungen.

Linda Erker

ist Historikerin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Sie lehrt und forscht zu Geschichts- und Erinnerungspolitik, Universitätsgeschichte, Wissenschaftsmigration nach Südamerika und zu rechten Netzwerken. Ebenso ist sie Sachverständige in der Kommission 8 für das Österreichische Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bereich Zeitgeschichte.

Andreas Huber

arbeitet als Historiker und Soziologe am Institut für Höhere Studien in Wien sowie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Zuvor unter anderem wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Universitätsassistent am Institut für Zeitgeschichte und Mitarbeiter im „Forum ‚Zeitgeschichte der Universität Wien““. Forschungen zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte insbesondere der Universität Wien wie auch zu Vereinen und Netzwerken im 20. Jahrhundert.

Harald Katzmaier

studierte Soziologie an der Universität Wien. Er ist Direktor und Gründer (CEO) von FASresearch. Er ist führender Experte auf dem Gebiet der angewandten sozialen Netzwerkanalyse mit Schwerpunkt auf Machtverhältnissen, Innovation und strategischen Lagebildanalysen.

Gunnar Mertz

studierte Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung an der Universität Wien und der Université de Liège, Belgien. Er ist Doktorand am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und arbeitet zur Geschichte des organisierten Bergsportes im 20. Jahrhundert.

Robert Obermair

studierte in Salzburg und Leicester Geschichte und Anglistik/Amerikanistik (Lehramt). Aktuell arbeitet er als Universitätsassistent für Zeitgeschichte an der Paris-Lodron-Universität Salzburg.

Ilse Reiter-Zatloukal

studierte Rechtswissenschaften in Wien. Sie ist seit 2019 Universitätsprofessorin am Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind neben der österreichischen Strafrechts-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts unter anderem politische Radikalisierung, politisch motivierte Vermögensbeschlagnahme und Antisemitismus in Österreich 1933 bis 1938.

Tobias Röck

studierte in Wien und Jerusalem Zeitgeschichte und Global Studies. Aktuell ist er Mitarbeiter im Community Management der Tageszeitung *Der Standard*.

Michael Rosecker

studierte Geschichte und Philosophie. Seit 2015 ist er wissenschaftlicher Leiter des Karl-Renner-Museums und seit 2016 stellvertretender Direktor des Karl-Renner-Instituts. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte sind Sozial-, Demokratie- und Ideengeschichte sowie Theoriebildung im Feld der Sozialen Demokratie.

Stephan Roth

ist Bibliothekar, Archivar und Mitglied des Stiftungsvorstandes im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) sowie Mitarbeiter des Niederösterreichischen Landesarchives (NÖLA). Themenbereiche seiner Forschungen sind die NS-Judenverfolgung, Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus sowie Erinnerungspolitik in Österreich.

Florian Ruttner

studierte in Wien Politikwissenschaft und Geschichte. Seit 2020 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Außenstelle des Münchner Collegium Carolinum in Prag. Er beschäftigt sich mit tschech(oslowak)ischer Geschichte, der Kritik völkischer Bewegungen, sowie deutscher und österreichischer Erinnerungspolitik.

Kamila Staudigl-Ciechowicz

studierte Rechtswissenschaften und Geschichte. Sie ist seit 2020 Universitätsassistentin PostDoc am Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien und seit 2022 Lehrbeauftragte an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Regensburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Europäische Privatrechtsgeschichte, Österreichische Rechtsentwicklung der Zwischenkriegszeit, Europäische Verfassungsgeschichte und Frauenrechtsgeschichte.

Klaus Taschwer

studierte Soziologie und Politikwissenschaft sowie Philosophie an der Universität Wien mit dem Schwerpunkt Wissenschaftsforschung. Er ist Wissenschaftsredakteur bei der Tageszeitung *Der Standard*.

Péter Techet

studierte Rechtswissenschaften in Budapest und München sowie südosteuropäische Geschichte in Regensburg. Promotion in Mittlerer und Neuerer Geschichte (in Mainz) sowie in Rechtsphilosophie (in Budapest). Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg und Habilitand an der Universität Zürich.

Florian Wenninger

absolvierte das Studium der Politikwissenschaft und Zeitgeschichte. Er ist Senior Research Fellow und Lehrbeauftragter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und an der FH Campus Wien sowie seit 2020 Leiter des Instituts für Historische Sozialforschung in Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Polizei und Devianz, Diktatur und Transformation und Historische Identitätsbildung.

Personenverzeichnis

- Abel, Othenio 152, 171-173, 179
Aberger, Josef 268-269
Ach, Hermann 288
Adamovich, Ludwig 197
Adenauer, Konrad 193
Adler, Emanuel 205, 208
Adler, Max 207-208
Adler, Friedrich 37
Alberti, Albrecht 132
Altmann, Siegfried 78-79
Altschul, Frank 294
Andreae, Wilhelm 207
Arzt, Leopold 168
Austerlitz, Friedrich 92
Badeni, Kasimir Felix 241
Bardolff, Carl 40
Bartsch, Heinrich 219
Bartsch, Robert 207, 219
Bauer, Adolf 310
Bauer, Hans 300
Bauer, Otto 92, 188
Bauer Wilhelm 133
Bayer, Josef 163, 169-179, 181, 184
Becke, Friedrich 169
Begas, Otto 245-250, 252, 257-258
Berger-Waldenegg, Egon 218
Bernatzik, Edmund 210, 237
Bersch, Otto 43, 245, 247-252, 257-258
Berwerth, Friedrich Martin 35
Bettauer, Hugo 12, 60, 86, 182
Bichlmair, Georg 85
Bittner, Ludwig 133
Blaschke, Hanns 43, 249
Bleyer-Härtl, Hans 192, 197-198, 209, 215-216,
274
Bloch, Joseph 83
Bloch, Ernst 28
Bloomingdale, Donald 294
Blum, Leon 136
Bodirsky, Gustav 33, 35
Böhm, Anton 90, 124, 126-127, 129-134,
136-141, 230, 301
Bombiero, Julius 207
Borodajkewycz, Taras 90, 126-127, 130-131,
133, 136-138, 141-143, 277
Braitenberg, Benno 251, 257-258
Brandsteidl, Maria 250, 253
Brassert, Hermann Alexander 294
Brassloff, Stephan 15, 163, 169-170, 179-184,
210, 207, 237-238
Braunias, Karl 133, 207
Breitner, Hugo 300
Breuning, Klaus 142
Brixi, Heinrich 272
Bruckner, Eduard 274
Brückner, Eduard 152, 171-173
Brunner, Otto 129, 133
Brunner, Sebastian 83
Buchta, Wilhelm 33
Bürckel, Joseph 46, 48, 135-136, 194
Buresch, Karl 105, 121, 199, 214
Busch, Martin 270
Butschek, Franz 220
Byloff, Karl 207
Camuzzo, Siegfried 194
Cernstein, Otto 198
Christian, Viktor 152, 171-173, 178
Christoph, Rudolf 256
Coudenhove-Kalergi, Heinrich 75
Coudenhove-Kalergi, Richard 75, 77
Czermak, Emmerich 89, 94, 105, 119, 200
Czermak, Wilhelm 169, 170, 175-176
Dachs, Helmut 124, 203
de Pottère, Georg Anton 307-310, 314

Deckert, Joseph 68, 83, 84
 Degenfeld-Schonburg, Ferdinand 201, 208,
 210
 Dellisch, August 203
 Deutsch, Franz 119
 Dinghofer, Franz 37, 193, 195, 218-219
 Döllner, Johannes 167, 169, 182-183
 Dollfuß, Engelbert 13, 43, 45, 64-65, 89, 105-
 106, 118, 121, 124, 133, 142, 156, 179, 191,
 199-200, 202 210, 222, 249 253, 257, 261,
 264, 267, 269
 Dölter, Herbert 36, 194-195
 Dölzl, Josef 223
 Dopsch, Alfons 169, 183
 Dotti, Ernst 272
 Dreher, August 264
 Drexel, Karl 111
 Drimmel, Heinrich 141, 161
 Dvorak, Max 171, 218
 Ebenhoch, Alfred 109
 Eberle, Joseph 133
 Ebner, August 267
 Egger, Rudolf 133, 169-170, 175
 Ehrenfest, Friedrich 293-294
 Ehrenzweig, Albert 209
 Ehrenzweig, Armin 205-206, 208
 Ehrlich, Eugen 228
 Eibl, Hans 123, 136, 149
 Eisler, Arnold 182, 184
 Eldersch, Matthias 218
 Eltze, Hans 283-286, 294
 Ender, Otto 105, 199-200, 214, 218
 Engelhardt von, Eugen 311-313
 Entz, Gustav 46, 167
 Eppel, Helene 85, 90, 126, 128, 131, 136
 Esser, Hermann 68
 Estl, Otto 222
 Ettingshausen, Georg 196, 215
 Exner, Felix 167, 190
 Eypeltauer, Ferdinand 222
 Feichtinger, Hermann 156, 222
 Fert, Olga 126
 Figl, Leopold 77
 Figl, Ludwig 273
 Fischel, Alfred 167
 Fischer, Heinz 227
 Fischer, Zyrill Johann 85-87
 Fitzthum, Josef 254
 Fleischhauer, Ulrich 309-310
 Flor, Fritz 123, 127, 129, 131-132, 134, 137
 Ford, Henry 309
 Forstbach, Edmund 121
 Frauenfeld, Alfred Eduard 42, 132
 Freud, Sigmund 24, 156
 Frey, Alexander 58
 Frick, Wilhelm 312
 Fried, Jakob 138
 Friedmann, Desider 191, 279, 290
 Fritsch, Theodor 308-309, 314
 Fuchslechner, Georg 268
 Fuchslechner, Magdalena 268
 Führer, Erich 13, 196, 214, 224
 Fuller, John Frederick Charles 313
 Funder, Friedrich 56, 80-81, 89, 98, 113
 Gabriel, Felix Maria 222
 Gal, Alexander 208
 Ganzwohl, Ernst 215, 220
 Gattermayer, Walter 61, 301, 304
 Gemeiner, Erwin 58
 Geng, Gustav 289
 Geßmann, Albert 115
 Geyer, Rudolf 171
 Gföllner, Johannes Maria 87
 Ghezze, Max 112
 Girards, Rene 24
 Glaise-Horstenau, Edmund 44, 123, 133
 Glaser, Julius 204
 Gleispach, Wenzel(slaus) 97, 167-168, 176-177,
 180, 182, 197, 206, 210, 232, 237, 240-241
 Goldmann, Emil 205, 208, 210
 Goller, Peter 264
 Gömbös, Gyula 289
 Göring, Hermann 101, 122, 267, 282, 285,
 291-292, 294
 Göring, Auguste Therese Sophie 267
 Gotzmann, Leo 252
 Graf Dubsky 136
 Gregorig, Josef 55
 Gröling, Albrecht 33-34
 Groß, Ernst 41
 Groß, Lothar 35
 Großlercher, Hans 268
 Grünberg, Carl 208
 Grüner, Karl 223

Habicht, Theodor 245, 247, 249
 Hackel, Heinrich 270
 Haggemüller, Hans 269
 Hagn, Bruno 268-269
 Haider, Franz 247, 252, 255-256
 Halstead, Albert 60
 Hammerschmidt, Franz 132
 Hanausek, Ernst 265
 Harand, Irene 77
 Hardeck, Johann 119
 Hartmann, Ludo Moritz 167, 173
 Haubenberger, Leo 301, 310-311
 Hauska, Zdenko 34
 Haydn, Joseph 129
 Hecht, Robert 191
 Hedrich, Herbert 252
 Heine, Rudolf 35
 Heinisch, Heiko 136
 Heiss, Friedrich 123, 129, 133, 141
 Hemala, Franz 89
 Henrich, Walter 208
 Herdmenger, Emil 160
 Herrnritt, Rudolf 208
 Herzl, Theodor 189
 Hiele, Wolfgang 44
 Hillen Ziegfeld, Arnold 123, 129
 Hiltl, Herbert 41
 Hiltsher, Hermann 196, 198, 219, 222
 Hilzensauer, Robert 268-269
 Hinterberger, Viktor 266
 Hirsch, Hans 133
 Hitler, Adolf 54-55, 68, 86, 136-137, 140, 196,
 259, 262, 282, 295, 301-305
 Hochstetter, Ferdinand 171-173
 Hoernes, Moriz 171
 Hofbauer, Clemens Maria 83
 Hofer, Andreas 147-148
 Hohenlohe, Konstantin 167, 169
 Hold-Ferneck, Alexander 16, 181, 206, 209-210
 228-238, 240
 Höller, Hans 66, 73
 Holzknecht, Willi 270
 Höpler, Erwin 207
 Horovitz, Karl 183
 Horthy, Miklós 289
 Hörwarthner, Franz 248-249
 Höttl, Walter 137
 Hoyer, Hans 196-197, 223
 Hübner, Johannes 227
 Hudal, Alois 72, 87-88, 123, 140
 Hueber, Franz 218
 Hugelmann, Karl Gottfried 122, 127, 134, 149,
 169-170, 193, 200, 207, 209, 211, 220
 Hummer, Gustav 35
 Hupka, Josef 167, 208-210
 Hurdes, Felix 124, 134, 139
 Innitzer, Theodor 88, 105, 128, 133, 135-136,
 138, 167
 Irmeler, Heinz 265
 Jakoncig, Guido 288
 Jellinek, Adolf 205
 Jellinek, Georg 205
 Jellinek, Karl 201
 Jelusich, Mirko 42
 Jennewein, Anton 223
 Jerzabek, Anton 56, 61, 63, 66-68, 72, 88, 100,
 199
 Jung, Rudolf 299-300
 Junker, Hermann 170-173, 176
 Kadečka, Ferdinand 206
 Kai-shek, Chiang 286
 Kakowski, Aleksander 312
 Kamitz, Reinhard 141, 219
 Kamitz, Wenzel 219
 Kantor, Siegfried 212-213
 Karbach, Oskar 94
 Karger, Paul 58
 Kauer, Robert 196, 220, 222
 Kaufmann, Felix 208, 264
 Keller, Serafin 279
 Kelsen, Hans 16, 22, 29, 156, 182-183, 189, 206-
 210, 227-228, 230-242, 311
 Kerber, Robert 207, 258
 Kern, Josef 43-44
 Kernberg, Otto F. 21
 Keschmann, Anton 219-220
 Kienböck, Victor 89
 Kier, Herbert 193, 207
 Kiesler, Hedwig 282
 Kittinger, Karl 37
 Klang, Heinrich 208
 Klaus, Josef 90, 97, 127, 130, 140
 Klebel, Ernst 127, 131, 138, 140-141
 Klein, Johann 196, 219

Knoll, Kurt 36, 195
 Knoll, August Maria 114
 Knoll, Fritz 169
 Kofend, Adolf 33
 Kogon, Eugen 90, 127-128, 130-131
 Kolbe, Walter 182-183
 Köllinger, Anton 222
 König, Franz 139
 Koppers, Wilhelm 179
 Körber, Rober 56, 182-183
 Koren, Hanns 140
 Kornfeld, Felix 208
 Köstler, Rudolf 169, 173-174, 180
 Kralik von, Richard 148-149.
 Krasser, Robert 76, 115-116, 138
 Krautmann, Edmund 221
 Krebs, Hans 17, 297-303, 311
 Kreisky, Bruno 204
 Klebelsberg, Raimund 264-265
 Kretschmayr, Heinrich 133
 Kretschmer, Rudolf 203
 Kubizek, August 55
 Kümel, Günther 227
 Kummer, Karl 119
 Kunschak, Leopold 62-63, 66, 72, 76-81, 92,
 95-96, 190, 213
 Kaltenegger, Albert 268
 Kunz, Josef L. 208, 237
 Kunze, Rudolf 222
 Lacina, Ferdinand 227
 Lamarr, Hedy 279, 282, 293
 Lammasch, Heinrich 205
 Lanc, Arthur 119
 Langer, Alfons 41, 46, 193, 220
 Lechner, Hans 140
 Lechner, Karl 127, 133-134, 136-138
 Lehmann, Walter 32, 178
 Leithe-Jasper, Harald 43
 Lenel, Otto 205
 Lenhoff, Artur 208
 Leubuscher, Walter 254-255
 Liebknecht, Karl 282
 Liedeck, Georg 265
 Lindermann, Alois 203
 Lippert, Robert 215
 Loeb, Carl 294
 Löffler, Alexander 205
 Lorenz, Reinhold 127, 129, 133
 Löwenthal, Leo 19-20, 28
 Ludwig, Otto 221
 Lueger, Karl 7, 10, 55, 63-64, 77-78, 80-81, 88-
 89, 93-94, 97-98, 103, 109-110, 117
 Luick, Karl 167
 Lutz, Otto 220
 Lux, Paul 219, 221
 Luxemburg, Rosa 282
 Kapfhammer, Franz 124, 126, 139-140
 Mahr, Alexander 207
 Mandl, Alexander 290
 Mandl, Fritz 16, 117, 247, 279, 281-282, 284-286,
 288-295
 Mann, Hans 196, 215, 225, 229
 Mannlicher, Egbert 158, 220
 Margulies, Hans 234
 Maruna, Rene 272
 Mataja, Heinrich 196, 215, 221, 225,
 Mauer, Otto 138-139
 Mayer, Franz 250
 Mayer, Hans 169
 Mayr, Michael 95, 105, 111
 Meerganz-Medeazza, Julius 248-249, 252, 258
 Meissner, Johann 222
 Meister, Richard 161
 Menger, Anton 241
 Menghin, Oswald 15, 105, 122, 127, 145-162, 179
 Menghin, Alois 146-148
 Menghin, Mara 160
 Menzel, Adolf 208
 Merkl, Adolf 167-168, 240
 Mignon, Herta 270
 Mignon, Waltraud 270
 Mika, Emil 129
 Miklas, Wilhelm 105, 199, 268
 Mises, Ludwig 208
 Missong, Alfred 126, 133
 Molden, Fritz 124, 137
 Morawetz, Rüdiger 43-44
 Morreale, Eugenio 289
 Mosley, Oswald 313
 Motzke, Otto 274-275
 Much, Rudolf 169-173, 183
 Mühlwerth, Albert von 35
 Müller, Otto 134, 141
 Müller, Paul 133

Müller-Guttenbrunn, Adam 37
Mussolini, Benito 288-290
Nadler, Josef 122, 130, 133-134
Neubacher, Hermann 89, 129, 132, 198
Neuwirth, Hans 302
Niessner, Adolfine 271-272
Niessner, Paula 271-272
Nowak, Leopold 133
Oberhummer, Eugen 171, 173, 179
Obersteiner, Ludwig 265
Obrecht, Hermann 284-285, 287, 293
Odehnal, Franz 58
Österle, Hans 275
Ohnhäuser, Victor 34
Orel, Anton 59, 61
Paltauf, Rudolf M. 198, 218
Papen von, Franz 133, 157, 195-196
Papst, Waldemar 17, 282-283, 286, 288
Pattai, Robert 78, 80, 83
Pauer, Franz Xaver 105, 112
Paul, Herbert 223
Pauler, Otto 301
Pavlu, Rudolf 43, 247-248, 252
Pawlikowski, Ferdinand 87
Pescheck, Christian 160
Petschek, Georg 208
Petwaidic, Walter 132
Pfaundler, Richard 207
Pfeifer, Helfried 207
Pfitzner, Konrad 129
Pfliegler, Michael 126, 129, 139
Philippovich, Eugen 241
Pichl, Eduard 266-267, 273-274, 276
Piffl, Gustav 89, 195
Pischiak, Karl 135
Pisko, Oskar 206, 208, 210
Plakolm, Josef 215
Planetta, Franz 214-215
Pöch, Rudolf 171
Pohl, Wenzel 167
Polanyi, Karl 21, 28
Polgar, Alfred 53
Policky, Kamillo 221
Pollak, Rudolf 208
Portschy, Tobias 223
Powalatz, Johann 252-255
Prade, Heinrich 34
Pribram, Karl 208
Prochaska, Josef 265-266
Rader, Julius 57-59, 63
Raisp, Egon 46
Ramek, Rudolf 100, 105, 199, 214
Ramsauer, Ernst 221
Rappaport, Achill 208
Reche, Otto 179
Reder, Franz 127, 131, 134, 171
Redlich, Oswald 171
Redlich, Josef 208
Reindl, Viktor 219
Reinhardt, Max 71
Reisch, Emil 167
Renner, Karl 60, 62, 72, 198, 210, 230
Renzetti, Giuseppe 283
Resch, Josef 96, 105, 200
Riedl, Franz Hieronymus 126-132, 134, 136-137, 139-141, 143
Riedl, Richard 33, 48
Riehl, Walter 59, 67-68, 72, 193, 198, 214-215, 220-221, 304
Rigele, Fritz 267
Rintelen, Anton 105, 200
Röck, Friedrich 170, 178, 179
Rößner, Hugo 275-276
Rohling, August 83
Rohracher, Andreas 160
Rolleder, Anton 222
Roller, Julius 193, 198, 218-219
Rothmeyer, Josef 58
Rothschild, Louis 96
Rothstock, Otto 214, 220-221
Rotter, Konrad 252
Rudolf, Karl 125-130, 137-139
Sander, Fritz 228
Saurwein, Erwin 223
Schachermayr, August 36
Schaffer, Josef 167, 169
Scheibert, Erwin 220
Scheickl, Robert 248-253, 255, 258
Schiff, Walter 208
Schilder, Siegmund 208
Schlegel, Josef 112
Schlesinger, Wilhelm 208
Schlögl, Nivard 118, 199
Schlund, Erhard 118, 120

- Schmidt, Wilhelm 150, 171, 179
 Schmidt, Guido 105, 122, 292-293
 Schmitt, Carl 20, 23, 119
 Schmitz, Richard 89, 94, 105, 177, 200
 Schneider, Emil 78, 105, 176, 292
 Schneider, Ernst 80-81
 Schnitzler, Arthur 111
 Schober, Johann(es) 99-100, 112, 190, 218
 Scholz, Nina 84, 87, 136, 189
 Schönbauer, Ernst 196-197, 206-207, 224, 232
 Schönerer von, Georg 7, 10, 35, 55, 57, 78, 80, 302
 Schreier, Fritz 208, 237, 240
 Schreyvogel, Friedrich 136
 Schubert, Anton 57, 188
 Schulmeister, Otto 123, 139
 Schürff, Hans 97, 99-100, 193, 218
 Schuschnigg, Kurt 45, 89, 105, 121, 124, 133, 142, 157, 179, 191, 196, 199, 213, 216, 219, 223, 257, 261, 264, 267, 269, 292
 Schutovits, Gerhard 272
 Schutovits, Otto 265-266
 Schwab, Emanuel 35
 Schwarzgruber, Rudolf 265
 Schwelle, Rupert 221
 Schwind, Ernst 16, 169-170, 206, 210, 228, 232, 234-237
 Sedlak, Karl 56-57, 88
 Sedlmayr, Hans 133
 Seipel, Ignaz 64, 87, 89, 95-96, 105, 139, 199, 213, 218, 240
 Senn, Franz 117
 Sever, Albert 62
 Seyß-Inquart, Arthur 31, 41, 48, 64, 69, 193-197, 203, 209, 215-216, 221, 224
 Siegel, Engelbert 115
 Sieghart (Singer), Rudolf 208
 Simmel, Georg 23-25
 Slama, Franz 193, 198, 218, 214
 Slupetzky Paul 274
 Spann, Othmar 180, 182, 207-208, 237
 Sperl, Hans 167, 173, 206
 Srbik, Heinrich 123, 127, 130, 133-134, 240
 Stainingner, Anton 219
 Starhemberg, Ernst Rüdiger 246, 257, 266, 288-289, 291
 Stark Pearson, Frederick 283
 Staudinger, Anton 87, 89-90, 95, 124, 127, 301
 Steinbauer, Gustav 87, 90, 195
 Stiassny, Ernest 78-79
 Stich, Johann 221
 Stinnes, Hugo 282
 Stockinger, Fritz 105, 121
 Strauss, Othmar 282
 Stresemann, Gustav 282
 Strisower, Leo 206, 208, 231, 237
 Strzygowski, Josef 152, 171, 178
 Sueß, Franz 167
 Sylvester, Julius 220
 Taaffe, Eduard 241
 Tamele, Gustav 222
 Tandler, Julius 172-173
 Ternik, Walter 127-128, 130-131, 134
 Thaler, Fritz 246-247, 248, 256, 258,
 Thyssens, Fritz 294
 Tomaseth, Heinz Julius 33
 Tomek, Ernst 167
 Traugott, Edgar 276-277
 Tschadesch, Viktor 212, 216
 Tschon, Anton 265-266
 Uebersberger, Hans 167
 Unger, Josef 204-205
 Ursin, Josef 59
 Vasiček, Richard 222
 Vaugoin, Carl 105, 121, 257, 288
 Veiter, Theodor 90, 122, 127-131, 137, 143, 158
 Vergani, Ernst 55-56
 Völk, Herta 275
 Vogelsang von, Karl 91, 149
 Vogl, Oskar 252, 255-257
 Volkan, Vamik 27
 Völker, Karl 167
 Voltolini, Hans 167, 206
 Waber, Leopold 37, 62, 193, 218
 Wache, Karl 194, 199
 Wächter, Josef 69
 Wächter, Otto Gustav 16, 41-43, 69-70, 132, 140, 193-194, 203, 215-216, 224, 245-250, 252, 258-259
 Wagner-Jauregg, Julius 169
 Wahrmond, Ludwig 111-112
 Walker, Gustav 169
 Walser, Harald 275
 Wandruszka, Adam 129-130

Wasicky, Richard 167
Weber-Stumfohl, Herta 271, 273-274
Wedra, Rudolf 37
Weinberger, Lois 134, 139
Weinrich, Beatrix 256
Weinrich, Gottfried 252, 255, 256-257
Weninger, Josef 179
Werndl, Leopold 282
Werndl, Josef 282
Wessely, Wolfgang 204
Westen, Peter 40
Wettstein, Richard 171, 173
Wiesinger, Albert 83
Wilke, Karl Alexander 42
Winter, Ernst Karl 113
Wlassak, Moritz 167
Wolf, Wilhelm 122, 127, 130, 133-134, 136-137, 149
Wolf, Karl 35, 200
Wolff, Otto 56, 282
Wollek, Richard 115-116
Zaharoff, Basil 295
Zehentbauer, Franz 167, 182-183
Zimek, Wolf 271
Zuckmayer, Carl 53
Zweig, Stefan 71

